**Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 im Zuge der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien (Teilfortschreibung Windenergie II)**

**Synopse zur**

**erneuten Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 12 Abs. 2 LplG**

und der

**erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 12 Abs. 3 LplG**

**jeweils in Verbindung mit § 9 Abs. 3 und 5 ROG**


| Lfd. Nr. | Gliederung der Synopse | Seiten |
|---|---|---|
| 1 | Synopse zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange | 1-46 |
| 2 | Inhaltsverzeichnis mit Anlagen der Träger öffentlicher Belange | 1-27 |
| 3 | Synopse zur Beteiligung der Öffentlichkeit | 1-105 |
| 4 | Inhaltsverzeichnis mit Anlagen der Öffentlichkeit | 1-88 |
| 5 | Anlage 1 zur Synopse (Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen), Stand 16.12.2025 | 1-57 |


Hinweise und Anmerkungen:

1. Die Stellungnahmen wurden zur besseren Verarbeitung in einer Datenbank in Bearbeitungseinheiten eingeteilt. Eine Stellungnahme (STNA-ID) besteht in der Regel aus mehreren Bearbeitungseinheiten (BE-ID)
2. Da in der Datenbank keine Verarbeitung von Karten und Bildern möglich ist, wurden den Synopsen zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit jeweils ein Inhaltsverzeichnis einschließlich Anlagen beigefügt, in dem die den Stellungnahmen als Anlage beigefügten Pläne, Karten und sonstige Dokumente abgedruckt sind. Bei nicht abgedruckten Plänen, Karten und Dokumenten ist deren Inhalt in der Synopse erläutert und die Gründe auf den Verzicht des Abdrucks dargestellt. In die Stellungnahme integrierte Karten wurden durch Übernahme der Stellungnahme in das Anlagenverzeichnis übernommen, sofern sie neben dem schriftlichen Teil der Stellungnahme einen weitergehen Informationsgehalt haben oder für die Abwägungsentscheidung eine Relevanz haben.

3. Die Zuordnung der Anlagen zur Stellungnahme bzw. zum Stellungnehmer erfolgt über die Stellungnahme-ID und die Stellungnehmer-ID (STNE-ID) im Anlagenverzeichnis mit Angaben der Seitenzahlen.
4. Auf den Abdruck von Gruß- und Dankesformeln am Beginn und Ende der Stellungnahmen wurde grundsätzlich verzichtet.
5. Die Namen stellungnehmender Privatpersonen wurden aus Datenschutzgründen anonymisiert, ebenso wie Informationen, die Rückschlüsse auf konkrete Eigentumsverhältnisse zulassen.

**Teilfortschreibung Windenergie II – Verfahren der erneuten Beteiligung**

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| STNE-ID: 5<br>Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen<br>STNA-ID: 104 | BE-ID: 281 Das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen (MLW) dankt für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur erneuten (zweiten) Beteiligung zur o.g. Teilfortschreibung. Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Abteilung hat die berührten Ministerien des Landes Baden-Württemberg sowie die berührten Referate des MLW über den Anhörungsentwurf informiert und gebeten, Anregungen und Bedenken mitzuteilen. Das MLW nimmt zu dem Planentwurf nachfolgend als oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde (Ziffer I) sowie als oberste Denkmalschutzbehörde (Ziffer II) Stellung. Die Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft wird in Ziffer III dieses Schreibens aufgeführt. Das Ministerium für Verkehr hat mitgeteilt, sich mit einer gesonderten Stellungnahme direkt an den Regionalverband Heilbronn-Franken zu wenden. Das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat keine Anregungen oder Bedenken gemeldet. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 5<br>Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen<br>STNA-ID: 104 | BE-ID: 282 I. Stellungnahme des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen als oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde Die o. g. Teilfortschreibung Windenergie II wird im Rahmen der Regionalen Planungsoffensive aufgestellt. Gem. § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) sollen Gebiete in einer Größenordnung von mindestens 1,8 % der jeweiligen Regionsfläche für die Nutzung der Windenergie festgelegt werden. Wir begrüßen das vom Regionalverband gewählte Vorgehen der Aufspaltung in ein Haupt- und ein Annexverfahren. Auf diese Weise kann der Auftrag aus § 20 KlimaG BW schnellstmöglich erfüllt werden. Die nach Anlage 2 zum KlimaG BW maßgebliche Regionsfläche beträgt für die Region Heilbronn-Franken 4 764,76 km². Das Flächenziel für die Region Heilbronn-Franken beträgt daher mindestens rund 8 577 ha. Mittels der Teilfortschreibung Windenergie (2015) und der 13. Änderung des Regionalplans Heilbronn-Franken (ebenfalls 2015) wurden bereits 27 Vorranggebiete mit einer Fläche von rund 1 624 ha im Regionalplan festgelegt. Diese Gebiete sollen weiterhin bestehen bleiben. Mit der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie II (Hauptverfahren) sollen weitere 87 Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen mit einer Fläche | Kenntnisnahme |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | von rund 8 466 ha hinzugefügt werden. Das MLW begrüßt, dass der Planentwurf das in § 20 KlimaG BW geforderte Mindestflächenziel zum Stand der zweiten Beteiligung überschreitet. | |
| STNE-ID: 5<br>Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen<br>STNA-ID: 104 | BE-ID: 283 II. Stellungnahme des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen als oberste Denkmalschutzbehörde Die oberste Denkmalschutzbehörde hält die Stellungnahme des Landesamts für Denkmalpflege für missverständlich. Es gibt keine denkmalrechtliche Notwendigkeit, weitere Vorranggebiete in das Annexverfahren zu verschieben. Auf mögliche Beeinträchtigungen verschiedener Kulturdenkmale wurde bereits umfassend in der Stellungnahme des LAD vom 05.12.2024 hingewiesen. Diese Belange wird der Regionalverband in seine abschließende Abwägung einbeziehen. Der Satz „Aus Sicht des Landesamts für Denkmalpflege wäre es jedoch auch sinnvoll, die Flächen mit in das Annexverfahren aufzunehmen, bei denen zum jetzigen Stand von einem hohen Potential einer erheblichen Beeinträchtigung der in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale auszugehen ist, um den Erfordernissen des Denkmalschutzes Rechnung zu tragen“; ist insoweit in vorgenanntem Sinne zu verstehen. | Zustimmung Der RVHNF verfährt in der beschriebenen Weise. |
| STNE-ID: 5<br>Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen<br>STNA-ID: 104 | BE-ID: 284 III. Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Zeithorizont des Satzungsbeschlusses Aufgrund des notwendigen zügigen Ausbaus der Nutzung Erneuerbarer Energien sieht § 13a Abs. 1 LplG den Satzungsbeschluss von Teilplänen und sonstigen Änderungen eines Regionalplans im Sinne des § 12 Abs. 1 LplG, deren Gegenstand die Festlegung von Gebieten für die Nutzung von Windenergie und Photovoltaik auf Freiflächen zur Umsetzung des Landesflächenziels im Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg ist, bis spätestens 30. September 2025 vor. Diese Frist wird mit dem vorliegenden Beteiligungsentwurf um voraussichtlich mehr als ein halbes Jahr überschritten. Für das sogenannte Annexverfahren ist darüber hinaus kein Zeitpunkt für einen Abschluss erkennbar. Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft weist erneut auf die Notwendigkeit eines zügigen Abschlusses der vorliegenden Planung hin. Der Ausbau der Windenergie ist zur Erreichung der Energiesicherheit und aufgrund der Klimaziele äußerst dringlich – nicht zuletzt auch im Hinblick auf die anschließende Ausweisung der geeigneten Vorranggebiete als Beschleunigungsgebiete. Zwar wird die angestrebte Beschleunigung des Hauptverfahrens zur Erlangung der Steuerungswirkung ausdrücklich begrüßt, jedoch lässt die Aufspaltung der Planung eine erhebliche zeitliche Diskrepanz bei | Kenntnisnahme Der RVHNF war bereits in der Vergangenheit und ist auch weiterhin hoch motiviert sowie sehr ambitioniert den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben. Es wird dabei auf zahlreiche Planungen zum Ausbau erneuerbarer Energien hingewiesen, die teils bereits lange vor dem durch die ehemalige Landesregierung initiierten Ausrufen der Regionalen Planungsoffensive in Angriff genommen wurden. Namentlich sei auf die Teilfortschreibung Fotovoltaik (2010), die Teilfortschreibung Windenergie (2015), die 13. Änderung des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 - Ausweisung eines Vorranggebietes für regionalbedeutsame Windkraftanlagen im Harthäuser Wald (2015) und die 20. Änderung des Regionalplans Heilbronn-Franken - Ausweisung von weiteren Vorbehaltsgebieten für regionalbedeutsame Photovoltaikanlagen und Anpassung der Ausnahmeregelung für Freiflächenphotovoltaikanlagen in Regionalen Grünzügen nach Plansatz 3.1.1 (2024) hingewiesen. Weiter wird darauf hingewiesen, dass der RVHNF als erster Regionalverband die im Rahmen der regionalen Planungsoffensive gestartete Teilfortschreibung Solarenergie zu einem erfolgreichen Abschluss bringen konnte. Für die Windkraft zeigt sich der Erfolg dieser seit mehr als 10 Jahren andauernden |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | der Fertigstellung der im Annexverfahren geführten Flächen befürchten. Vor dem Hintergrund der ambitionierten Ausbauziele für erneuerbare Energien und der damit verbundenen Dringlichkeit ist eine kontinuierliche und vollumfängliche Flächenbereitstellung geboten. Es besteht die Sorge, dass durch die Fokussierung auf das Erreichen des gesetzlichen 1,8 %-Flächenziels im Hauptverfahren die notwendige Priorisierung des Annexverfahrens nachlassen könnte. Um einen faktischen Stillstand der Planungsprozesse für diese Teilflächen zu vermeiden, sollte sichergestellt werden, dass das Annexverfahren mit gleicher Intensität und unter engen Zeitvorgaben parallel zum Hauptverfahren weitergeführt wird, um die langfristigen Ausbaupotenziale der Region vollumfänglich auszuschöpfen. Für die Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen sind ausreichend Personalkapazitäten bereit-zustellen sowie die vorhandenen technischen Möglichkeiten zu nutzen. | Befassung mit den Belangen der erneuerbaren Energien darin, dass die Region Heilbronn-Franken führend in Baden-Württemberg beim Ausbau der Windkraft ist. So wurde in der Vergangenheit und wird auch zukünftig in der Region Heilbronn-Franken laut Dashboard Windenergie Baden-Württemberg mit Stand vom 25.05.2026 mit 303 WEA in Betrieb und 346 WEA in Planung ein erheblicher und sehr deutlich über dem Anteil an der Landesfläche liegender Teil des Windenergieausbaus in Baden-Württemberg geleistet. Weiter wird darauf hingewiesen, dass der RVHNF selbst nach Überführung von 17 geplanten Vorranggebieten ins Annexverfahren zu einer nochmaligen Prüfung aufgrund vorgebrachter konfligierender Belange mit 2,12 % der Regionsfläche an Vorranggebieten im Hauptverfahren noch deutlich über dem Flächenziel von 1,8 % liegt. Da nicht absehbar ist, dass alle ins Annexverfahren überführten geplanten Vorranggebiete ersatzlos entfallen werden, ist also nochmal mit einer weiteren zusätzlichen Festlegung von Flächen über dem bereits jetzt über das Flächenziels hinaus gehenden Maß zu erwarten. Dem RVHNF hat inzwischen aus nahezu allen ursprünglich geplanten 104 Gebieten, also auch den 17 ins Annexverfahren überführten Gebieten, Kenntnis von laufenden Vorhabenplanungen. Es zeigt sich also, dass die Planung des RVHNF sowohl quantitativ als auch qualitativ den Anforderungen vollkommen entspricht. Wie bisher auch, wird der RVHNF seine Planung auch im Annexverfahren mit der gebotenen Zielstrebigkeit weiterverfolgen. Hierzu gehört allerdings auch, die gebotene Sorgfalt walten zu lassen und aufkommende Konflikte rechtssicher zu prüfen und zu klären. Ohne diese Sorgfalt wäre auch ein frühzeitiger Planungsabschluss ein reiner Pyrrhussieg, da die möglicherweise anstehenden Normenkontrollklagen direkt zur Aufhebung der Planung führten. Der RVHNF ist sich hier in vollem Umfang seiner Verantwortung bewusst; die Sorge einer fehlenden Fokussierung oder gar einer mangelnden Motivation ist gänzlich unbegründet. An der regionalen Planung scheitert das Ausschöpfen der regionalen Ausbaupotenziale nicht. |
| STNE-ID: 5<br>Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen<br>STNA-ID: 104 | BE-ID: 285 Auswahl der Vorranggebiete für Haupt- bzw. Annexverfahren sowie weitere Bearbeitung Die Auswahl der Gebiete, die in das sogenannte Annexverfahren ausgelagert werden sollen, führt dazu, dass Gebiete mit überproportional hoher Windhöffigkeit erneut geprüft werden, während | Teilweise Ablehnung und teilweise Zustimmung Die Schlussfolgerung, dass es sich bei den ins Annexverfahren überführten Gebieten um Gebiete mit überproportional hoher Windhöffigkeit handle und verbleibende Gebiete lediglich mittlere Windhöffigkeit besitzen würden, kann nicht |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | sich die unstrittigen Gebiete eher auf Bereiche mit mittlerer Windhöffigkeit konzentrieren. Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft regt an, die für die Auslagerung angeführten Gründe im Annexverfahrens kritisch zu überprüfen. Hierbei ist insbesondere das überragende öffentliche Interesse am Ausbau der erneuerbaren Energien gemäß § 2 EEG konsequent in die Schutzgüterabwägung einzustellen. Dies betrifft insbesondere die Gewichtung der Umfassungswirkung (Schutzgut Mensch), der Belange des Luftverkehrs und des Denkmalschutzes, um eine sachgerechte Priorisierung leistungsstarker Standorte zu gewährleisten. | nachvollzogen werden. Ursache für das Überführen ins Annexverfahren sind im Rahmen der Beteiligung nach § 9 (2) ROG vorgetragene bzw. hervorgetretene Konfliktlagen. Diese sind transparent in den Verfahrensunterlagen dokumentiert. Diese Konfliktfälle sind unabhängig von einer Eignungsbewertung zu betrachten und zu prüfen. Losgelöst hiervon ist darauf hinzuweisen, dass ausweislich der Standortdatenblätter ca. 76 % der ins Annexverfahren überführten geplanten Vorranggebiete ganz oder in großen Teilen Eignungsstufe 3 (also beste Eignung) für die Windhöffigkeit aufweisen. Für die im Hauptverfahren verbliebenen geplanten Vorranggebiete liegt dieser Wert bei ca. 60 %. Hier von einer Disproportionalität zu sprechen ist aus Sicht des RVHNF nicht gerechtfertigt. Zumal darauf hingewiesen werden muss, dass viele Gebiete im Hauptverfahren, die eine geringere Eignung bei der Windleistungsdichte aufweisen, gleichzeitig eine Eignung durch bereits laufende Umsetzungsplanungen aufweisen und durch diese Eignung auch bei einer mittleren Windleistungsdichte übernommen wurden. Hier kann davon ausgegangen werden, dass die Planungsträger der konkreten Umsetzungsplanungen hinreichend Kenntnis über die Gegebenheiten und Möglichkeiten in den Gebieten hatten. Diesen im Regelfall weit vorangeschrittenen Umsetzungsplanungen ist mit Blick auf § 2 EEG ebenfalls vorrangig eine Umsetzung möglich zu machen. Der RVHNF ist und bleibt von der Qualität seiner geplanten Vorranggebiete überzeugt und sieht keine bewusst oder unbewusst vorgenommene überdurchschnittliche Herausnahme von besonders windhöffigen Flächen. Die angeregte kritische Prüfung der Konfliktfälle wird im Annexverfahren erfolgen. Hierbei ist sich der RVHNF des rechtlichen Rahmens bewusst. Dieses Rahmens war sich der RVHNF bereits bei der erforderlichen Herausnahme der Flächen aus dem Hauptverfahren und der Überführung ins Annexverfahren bewusst. |
| STNE-ID: 5<br>Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen<br>STNA-ID: 104 | BE-ID: 286 Naturschutz Die in der Stellungnahme des RP Stuttgart vom 01.04.2026 erwähnten neuen Daten zu Rast- und Zugvogelgebieten und die darin angesprochenen Daten zu den ASP-Arten werden voraussichtlich keine Vollzugsunfähigkeit der betroffenen Vorranggebiete bewirken. Daher ist eine diesbezügliche Abschichtung auf die Genehmigungsebene möglich. In den vorranggebietsspezifischen Unterlagen sollte auf diese Daten zur weiteren Berücksichtigung auf Genehmigungsebene hingewiesen werden. | Zustimmung Der RVHNF weist in den jeweiligen Standortdatenblättern der durch die nachgereichten Daten berührten geplanten Vorranggebieten auf die Sachverhalte hin und empfiehlt eine frühzeitige Abstimmung mit den Naturschutzbehörden. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| STNE-ID: 5<br>Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen<br>STNA-ID: 104 | BE-ID: 287 Die Beteiligten Ministerien sowie das Regierungspräsidium Stuttgart erhalten eine Mehrfertigung dieser Stellungnahme. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 236<br>Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg Referat 41<br>STNA-ID: 81 | BE-ID: 204 Der Regionalverband Heilbronn-Franken hat das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen und dieses das Ministerium für Verkehr um eine 2. Stellungnahme zum Entwurf der o.g. Teilfortschreibung des Regionalplans Heilbronn-Franken, Teilfortschreibung Windenergie II gebeten. Damit kann das Ministerium für Verkehr eine Stellungnahme zu dem Verfahren abgeben. Da nur Standorte gestrichen wurden, verweisen wir für die verbliebenen auf unsere frühere Stellungnahme. | Kenntnisnahme Bei der genannten Stellungnahme handelt es sich um die Stellungnahme zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG. Die genannte Stellungnahme wurde in der Abwägung zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG behandelt. Die Abwägungsergebnisse sind der am 30.01.2026 durch die Verbandsversammlung beschlossenen Synopse zu entnehmen, die dem Stellungnehmer zugestellt wurde und auf der Homepage des RVHNF eingesehen werden kann. |
| STNE-ID: 4<br>Regierung von Mittelfranken<br>STNA-ID: 20 | BE-ID: 32 Gegenstand des letzten Fortschreibungsentwurfs waren 104 geplante Vorranggebiete. Nach Auswertung der Stellungnahmen sollen 17 davon überarbeitet werden. Da die verbleibenden 87 Gebiete ausreichen, um den geforderten Flächenbeitragswert zu erreichen, ist vorgesehen, das Verfahren in ein Hauptverfahren für die 87 unveränderten Gebiete und ein Annexverfahren für die zu ändernden Gebiete zu trennen. Aus raumordnerischer Sicht der Regierung von Mittelfranken hatten wir gegen keines der 104 Gebiete Einwendungen erhoben. Dies wird aufrechterhalten. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 251<br>Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie<br>STNA-ID: 29 | BE-ID: 68 Vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme im o.g. Verfahren. Berührte Aspekte der Landes- und Regionalplanung in Bayern werden ggf. von den Regierungen von Unterfranken und Mittelfranken als zuständige höhere Landesplanungsbehörden bzw. von den benachbarten Regionalen Planungsverbänden Bayerischer Untermain, Würzburg und Westmittelfranken vorgetragen. Eine gesonderte fachliche Stellungnahme des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie erfolgt zunächst nicht. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 10<br>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Referat Infra I 3<br>STNA-ID: 86 | BE-ID: 231 Mit Schreiben vom 23. Februar 2026 baten sie um Stellungnahme der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange zur erneuten Beteiligung „Teilfortschreibung Windenergie II RPLAN“ des Regionalverbandes Heilbronn-Franken. Belange der Bundeswehr werden bei der Herausnahme von 17 Vorranggebieten weiterhin berührt und beeinträchtigt. Ich halte daher an meiner Stellungnahme, mit dem Aktenzeichen V-0918-24-ROG vom 30. Dezember 2024, weiterhin fest. Ich bitte Sie, mich über den weiteren Verlauf dieses Verfahrens unter Angabe meines Zeichens V-0116-26-ROG zu informieren und im weiteren Verfahren zu beteiligen. | Kenntnisnahme Die angesprochene Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung nach § 9 (2) ROG sowie der Umgang mit den darin vorgebrachten Belangen kann der Synopse der Beteiligung nach § 9 (2) ROG entnommen werden. Die Abwägung der Belange erfolgte mit Beschluss der Verbandsversammlung vom 30.01.2026. |
| STNE-ID: 13 | BE-ID: 157 Durch die vorgelegte Planung wird der Aufgabenbereich meiner | Kenntnisnahme |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung<br>STNA-ID: 66 | Behörde als Trägerin öffentlicher Belange im Hinblick auf den Schutz ziviler Flugsicherungseinrichtungen gemäß § 18a Luftverkehrsgesetz (LuftVG) insoweit berührt, als das Teile Ihres Verbandsgebietes im Anlagenschutzbereich folgender Flugsicherungseinrichtungen belegen sind: VHF Kommunikation Sende- und Empfangsanlage Niederstetten Peiler Schwäbisch-Hall DVORTAC Dinkelbühl VORDME Luburg Die Anlagenschutzbereiche dieser Navigationsanlagen befinden sich primär im südlichen Bereich Ihres Verbandsgebietes. Je nach Verortung und Dimensionierung von Windenergieanlagen besteht die grundsätzliche Möglichkeit einer Störung dieser Flugsicherungseinrichtungen. Nach § 18a Abs. 1 Satz 1 LuftVG dürfen Bauwerke nicht errichtet werden, wenn dadurch Flugsicherungseinrichtungen gestört werden können. Bei der Ausweisung Gebieten für die Windenergienutzung in Anlagenschutzbereichen weise ich auf die Möglichkeit von Einschränkungen im späteren Genehmigungsverfahren (z.B. nach dem BImSchG) und die Notwendigkeit der Beteiligung meiner Behörde hin. Ich würde Ihren Verbandsgremien aber dazu raten, an der vorgelegten Planung festzuhalten. Diese Beurteilung beruht auf den nach § 18a Abs. 1b, Satz 2 LuftVG angemeldeten Anlagenstandorten und -schutzbereichen der Flugsicherungseinrichtungen mit heutigem Stand. | |
| STNE-ID: 13<br>Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung<br>STNA-ID: 66 | BE-ID: 158 Den weiteren Beratungen in Ihren Verbandsgremien wünsche ich einen konstruktiven Verlauf. Über den Abschluss des Verfahrens bitte ich mich zu gegebener Zeit zu unterrichten. | Kenntnisnahme Eine Unterrichtung über das Verfahrensende erfolgt. |
| STNE-ID: 15<br>Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen Referat 618<br>STNA-ID: 51 | BE-ID: 139 Die Bundesnetzagentur fungiert bei Beteiligungsverfahren nach § 9 ROG bzw. § 12 LplG nicht als Träger öffentlicher Belange. Insofern erfolgt seitens der Bundesnetzagentur keine Stellungnahme. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 18<br>Deutsche Flugsicherung GmbH<br>STNA-ID: 88 | BE-ID: 233 Unsere Stellungnahme V202402268 vom 08.10.2024 gilt weiterhin. | Kenntnisnahme Die angesprochene Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung nach § 9 (2) ROG sowie der Umgang mit den darin vorgebrachten Belangen kann der Synopse der Beteiligung nach § 9 (2) ROG entnommen werden. Die Abwägung der Belange erfolgte mit Beschluss der Verbandsversammlung vom 30.01.2026. |
| STNE-ID: 19<br>Die Autobahn GmbH des Bundes | BE-ID: 10 Wir bedanken uns für die erneute Beteiligung der Autobahn GmbH, Niederlassung Südwest,an der Teilfortschreibung Windenergie des | Kenntnisnahme |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| Südwest<br>STNA-ID: 11 | Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 im Zuge der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien (Teilfortschreibung Windenergie II). Nach Durchsicht der online bereitgestellten Unterlagen, ist die Autobahn GmbH des Bundes hier betroffen, sofern Vorrangebiete für Windenergie sich unmittelbar in Bereichen der Autobahn A81 bzw. der Autobahn A6 befinden. | |
| STNE-ID: 19<br>Die Autobahn GmbH des Bundes Südwest<br>STNA-ID: 11 | BE-ID: 11 Gemäß § 9 Absätze 1 und 2 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) dürfen Hochbauten jeder Art bis zu 40 Meter neben Bundesautobahnen, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, nicht errichtet werden. Bauliche Anlagen in einer Entfernung bis zu 100 Metern dürfen nur mit Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes (FBA) hergestellt werden. Im Hinblick auf die Errichtung von Windenergieanlagen verweisen wir ausdrücklich auf § 9 Abs. 2b FStrG. Danach gelten die vorgenannten Regelungen nicht, wenn lediglich der Rotor in die Anbaubeschränkungszone hineinragt. In diesem Fall ist die oberste Landesstraßenbaubehörde bzw. das FBA im Genehmigungs- oder Anzeigeverfahren zu beteiligen. Auch bei genehmigungsfreien Vorhaben ist eine Stellungnahme der genannten Behörden einzuholen. Zudem sind die Belange gemäß § 9 Abs. 3 FStrG sowie § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zu beachten. Im Rahmen der straßenrechtlichen Bewertung erfolgt eine abstrakte Gefährdungsbeurteilung möglicher Standorte. Aufgrund des Näheverhältnisses zur Autobahn können Risiken wie Flugsicherheitsbefeuerung, Diskoeffekt, Eisabwurf/Eissturz, Maschinenhausbrand, optische Beeinträchtigungen sowie Rotorblatt- oder Turmbruch (Bauteilversagen) relevant sein. Vorbehaltlich einer Einzelfallprüfung ist bei Einhaltung der Kipphöhe davon auszugehen, dass diesen Risiken durch Nebenbestimmungen begegnet werden kann. Die Beurteilung erfolgt stets standort- und anlagenspezifisch und erfordert entsprechende gutachterliche Nachweise. Ein besonderes Augenmerk ist auf das Thema Eisabwurf/Eissturz zu richten. Aus Sicht der Autobahn GmbH des Bundes als Straßenbaulastträger der A81 und der A6 ist das verbleibende Restrisiko durch geeignete Schutzmaßnahmen auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Eine Haftung für Schäden durch Eisabfall oder andere Einwirkungen der Windenergieanlagen auf den Fahrzeugverkehr wird ausdrücklich ausgeschlossen. Im Hinblick auf die logistische Umsetzung der Vorhaben wird darauf hingewiesen, dass die Anlieferung der Bauteile sowie der für die Errichtung erforderlichen Fahrzeuge und Geräte voraussichtlich im Rahmen von Großraum- und Schwertransporten erfolgen wird. Es wird daher empfohlen, die Rahmenbedingungen der Anlieferung | Kenntnisnahme Der RVHNF hält mit seinen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen 130 m Abstand zu Autobahnen (siehe Kriterienset zur Teilfortschreibung Windenergie II des RVHNF). Somit kann die vom RVHNF zugrunde gelegte Referenzanlage, bei der ein Rotorradius von 90 m angesetzt wird, nicht in die genannten 40 m beidseitig Autobahnen einschwingen. Davon abweichende Anlagentypen sind auf Ebene der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zu prüfen. Dies gilt auch für die weiteren vorgebrachten Sachverhalte; sie sind bei der konkreten Standortplanung auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens abzuprüfen. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | frühzeitig in die Planung einzubeziehen. Sofern die Anlieferung über die Autobahn (Öffentliches Verkehrsnetz / separate Behelfsausfahrt) erfolgen muss, ist eine umfassende Beteiligung der Autobahn GmbH an der verkehrsplanerischen Konzeption erforderlich. Sofern im weiteren Verfahren die Errichtung von Anlagen in einem Bereich von bis zu 100 Metern zum befestigten Fahrbahnrand eine Bundesautobahn konkret beabsichtigt sein sollte, sind die oben genannten Anforderungen entsprechend zu beachten und das FBA sowie auch die Autobahn GmbH, Niederlassung Südwest erneut zu beteiligen. Sobald möglich, sind aussagekräftige Planunterlagen zu übermitteln, aus denen unter anderem auch die Abstände zur Bundesautobahn eindeutig hervorgehen müssen. | |
| STNE-ID: 20<br>Eisenbahn-Bundesamt<br>STNA-ID: 101 | BE-ID: 263 Ihr Schreiben ist am 24.02.2026 beim Eisenbahn-Bundesamt eingegangen und wird hier unter dem o. a. Geschäftszeichen bearbeitet. Ich danke Ihnen für meine Beteiligung als Träger öffentlicher Belange. Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren. Gegen die Streichung von 17 Vorranggebieten bestehen keine Bedenken. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 26<br>Fernstraßenbundesamt<br>STNA-ID: 52 | BE-ID: 140 Das Fernstraßen-Bundesamt ist die zuständige Genehmigungs- und Zustimmungsbehörde (Zustimmung im Rahmen von Bau- und Genehmigungsverfahren) für anbaurechtlich relevante Nutzungen, in einem Abstand von 100 m entlang der Bundesautobahnen und in einem Abstand von 40 m entlang der Bundesstraßen, außerhalb der Ortsdurchfahrten der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen i. S. d. § 9 Bundesfernstraßengesetz (FStrG). Für die vorbezeichneten Straßen nimmt die Autobahn GmbH des Bundes die Aufgaben des Trägers der Straßenbaulast wahr und ist in Bau- und Genehmigungsverfahren neben dem Fernstraßen-Bundesamt unabhängig von der Entfernung zum Straßenrand, bei einer möglichen Betroffenheit als Träger öffentlicher Belange zu beteiligen. Bei der Durchführung von Bebauungsplan- und Flächennutzungsplanverfahrens, wie vorliegend bei dem oben genannten Verfahren, entfällt eine direkte Beteiligung des Fernstraßen-Bundesamtes. Gemäß § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 12 InfrGG-BV erfolgt die Abgabe von Stellungnahmen zu Bebauungsplänen (§ 9 Absatz 7 des Bundesfernstraßengesetzes) durch die Autobahn GmbH des Bundes. In diesen Verfahren ist daher zwingend die Autobahn GmbH des Bundes zu beteiligen. | Kenntnisnahme Die Autobahn GmbH wurde ebenfalls am Verfahren beteiligt (siehe STNE-ID Nr. 19). |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Diese nimmt die Belange des Trägers der Straßenbaulast als Träger öffentlicher Belange wahr. Die Autobahn GmbH des Bundes gibt eine Gesamtstellungnahme mit interner Beteiligung des Fernstraßen-Bundesamtes unter Berücksichtigung der anbaurechtlichen Interessen ab. Entsprechend verweisen wir Sie hiermit ausdrücklich zuständigkeitshalber an die Autobahn GmbH des Bundes. Bitte richten Sie Ihren Antrag mit den erforderlichen Dokumententen zwingend an die Autobahn GmbH des Bundes. | |
| STNE-ID: 27<br>Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Main, Dienstsitz Aschaffenburg<br>STNA-ID: 68 | BE-ID: 163 Gegen die o. g. Teilfortschreibung Windenergie II habe ich aus Sicht des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes Main keine Einwände. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 31<br>Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg<br>STNA-ID: 58 | BE-ID: 146 Laufende und geplante Flurneuordnungsverfahren können im Geoportal-BW eingesehen werden (https://www.geoportal-bw.de/). Weitere Informationen, auch zu weiteren angedachten Flurneuordnungsverfahren können Sie bei den unteren Flurbereinigungsbörden der Landkreise Heilbronn, Hohenlohekreis, Schwäbisch-Hall und Main-Tauber-Kreis erhalten. Grundsätzlich kann die Flurneuordnung die Entwicklung einer zukunftsfähigen Energieversorgung konstruktiv begleiten. Durch z.B. Moderation und Bodenordnung können die Identifikation geeigneter Standorte und die Erstellung der notwendigen Infrastruktur zur Nutzung regenerativer Energiequellen gezielt unterstützt werden. Bitte beteiligen Sie zusätzlich auch die zuständigen unteren Flurbereinigungsbehörde bei den Landratsämtern, falls nicht bereits erfolgt. | Kenntnisnahme Sowohl die Stadt Heilbronn als auch alle Landratsämter der Region werden an dem laufenden Verfahren beteiligt. |
| STNE-ID: 44<br>Landeseisenbahnaufsicht Baden-Württemberg<br>STNA-ID: 100 | BE-ID: 261 Die Landeseisenbahnaufsicht (LEA) Baden-Württemberg sieht nicht das Erfordernis in diesem Planungsstadium eine Stellungnahme in eisenbahntechnischer Hinsicht abgeben zu müssen. Wir gehen davon aus, dass Sie evtl. betroffene Eisenbahninfrastrukturunternehmen ebenfalls beteiligen, welche aufgefordert sind, die Interessen ihrer Eisenbahn wahrzunehmen. Es ist deshalb auch nicht notwendig, dass Sie uns innerhalb dieses Verfahrens weiter beteiligen. Erst in einem konkreten eisenbahnrechtlichen Genehmigungsverfahren - i. A. Planfeststellung nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) - ist eine Verfahrensbeteiligung der LEA als Träger öffentlicher Belange zwingend. | Kenntnisnahme Die betroffenen Eisenbahninfrastrukturunternehmen wurden am Verfahren beteiligt. |
| STNE-ID: 44<br>Landeseisenbahnaufsicht | BE-ID: 262 Hinweis: Auf Grund neuer Erkenntnisse sind zukünftig aus unserer Sicht die in den Eisenbahnspezifischen Technischen Baubestimmungen (EiTB), | Kenntnisnahme Der vorgebrachte Belang wurde bereits in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG thematisiert und einer Abwägung zugeführt. Dieser |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| Baden-Württemberg<br>STNA-ID: 100 | Anlage A 1.2.8/6 aufgeführten Abstandsregelungen für Windenergieanlagen zu Verkehrswegen und Gebäuden anzuwenden. Danach gelten im Allgemeinen in nicht besonders eisgefährdeten Regionen Abstände zwischen Windenergieanlagen und Verkehrswegen sowie Gebäuden, gemessen von der Turmachse, größer als 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) als ausreichend. In anderen Fällen ist die Stellungnahme eines Sachverständigen erforderlich. Die technischen Regeln und Festlegungen der EiTB sind bei der Auslegung des § 2 Abs. 1 EBO in Bezug auf die Anforderungen an die Sicherheit und Ordnung heranzuziehen. Die EiTB baut auf der Muster-Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (MVV TB) auf. Die Abstandregelung zu Windenergieanlagen in der EiTB ist inhaltsgleich aus der MVV TB übernommen worden. Durch die Sicherheitsabstände der Windenergieanlagen zu bestehenden Eisenbahnbetriebsanlagen soll gewährleistet werden, dass durch die baulichen Anlagen keine Gefährdung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere das Leben und die Gesundheit eintritt. Auch die Sicherheit des öffentlichen Verkehrs soll gewahrt werden.“ | Umgang mit diesem Belang wurde von der Verbandsversammlung am 30.01.2026 beschlossen. |
| STNE-ID: 33<br>Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei Abteilung 2 - Informationstechnik<br>STNA-ID: 59 | BE-ID: 147 Die Autorisierte Stelle Digitalfunk BOS Baden-Württemberg (ASDBW) ist unter anderem mit der Prüfung des Richtfunknetzes der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Bezug auf mögliche Störungen desselben durch den Bau von Windenergieanlagen (WEA) beauftragt. Grundsätzlich ist festzustellen, dass das BOS-Richtfunknetz mehrfach durch die Windvorrangflächen tangiert ist. Eine einzelne Auswertung der Windvorrangflächen zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird verzichtet und auf die o.g. grundsätzliche Betroffenheit hingewiesen. Eine belastbare Stellungnahme zu den einzelnen Flächen findet in den jeweils nachgelagerten Einzelverfahren (Immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren) basierend auf den dann vorliegenden konkreten WEA-Standortkoordinaten statt, bei denen die ADBW jeweils um eine erneute Beteiligung bittet. | Kenntnisnahme Da der RVHNF nicht die verfahrensführende Stelle der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren ist, kann er keine Beteiligung in diesen garantieren. Der RVHNf geht jedoch fest davon aus, dass die zuständigen Immissionsschutzbehörden eine den rechtlichen Vorgaben entsprechende Beteiligung durchführen. |
| STNE-ID: 34<br>Regierungspräsidium Freiburg Abteilung 8 Forstwirtschaft<br>STNA-ID: 17 | BE-ID: 27 Im o.g. Verfahren werden 17 zu überarbeitende VRG aus dem Hauptverfahren gestrichen und in ein Annexverfahren überführt. Hiervon sind keine forstrechtliche/fachliche Belange direkt betroffen. Somit werden seitens der höheren Forstbehörde hierzu keine Hinweise vorgebracht. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 34<br>Regierungspräsidium Freiburg Abteilung 8 Forstwirtschaft<br>STNA-ID: 17 | BE-ID: 28 Bezüglich der 87 im Hauptverfahren verbleibenden VRG haben sich keine Änderungen ergeben. Unsere im Rahmen der formellen Beteiligung vorgebrachte Stellungnahme mit Datum vom 06.12.2024 gilt daher unverändert fort. | Kenntnisnahme Die genannte frühere Stellungnahme wurde bereits in der abgeschlossenen Beteiligung nach § 9 (2) ROG behandelt und die Abwägung durch die Verbandsversammlung am 30.01.2026 beschlossen. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| STNE-ID: 34<br>Regierungspräsidium Freiburg<br>Abteilung 8 Forstwirtschaft<br>STNA-ID: 17 | BE-ID: 29 Kenntnis von diesem Schreiben erhalten: • Die unteren Forstbehörden bei den Landratsämtern Heilbronn, Main-Tauber-Kreis, Hohenlohekreis, Schwäbisch-Hall und dem Stadtkreis Heilbronn • Das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Referat 52 Waldpolitik, nachhaltige Waldbewirtschaftung, Waldnaturschutz • Die StEWK Stuttgart | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 35<br>Regierungspräsidium Freiburg<br>Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau<br>STNA-ID: 72 | BE-ID: 169 Das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) im Regierungspräsidium Freiburg nimmt auf Grundlage der ihm vorliegenden Informationen und seiner regionalen Kenntnisse zu den Aufgabenbereichen, die durch das Vorhaben berührt werden, wie folgt Stellung: 1. Geologische und bodenkundliche Grundlagen Geologie 1.1 Geologie Die lokalen geologischen Verhältnisse können der digitalen Geologischen Karte von Baden-Württemberg 1 : 50 000 (GeoLa) im LGRB-Kartenviewer entnommen werden. Nähere Informationen zu den lithostratigraphischen Einheiten bieten die geowissenschaftlichen Informationsportale LGRBwissen und LithoLex. 1.2 Geochemie Die geogenen Grundgehalte in den petrogeochemischen Einheiten von Baden-Württemberg sind im LGRB-Kartenviewer abrufbar. Nähere Informationen zu den geogenen Grundgehalten sind im geowissenschaftlichen Informationsportal LGRBwissen beschrieben. 1.3 Bodenkunde Die lokalen bodenkundlichen Verhältnisse sowie Bewertungen der natürlichen Bodenfunktionen nach § 2 Abs. 2 BBodSchG können in Form der Bodenkundlichen Karten 1 : 50 000 (GeoLa BK50) eingesehen werden. Bitte beachten Sie, dass die BK50 regelmäßig aktualisiert wird. Wir empfehlen daher, die neueste online verfügbare Version zu nutzen. Gemäß § 13 BNatSchG sowie § 2 LBodSchAG ist bei der Planung auf einen sparsamen und schonenden Umgang mit dem Boden zu achten. Dies beinhaltet u. a. die Prüfung von der bevorzugten Inanspruchnahme von Böden mit einer geringeren Funktionserfüllung. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 35<br>Regierungspräsidium Freiburg<br>Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau<br>STNA-ID: 72 | BE-ID: 170 2. Angewandte Geologie Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein hydrogeologisches bzw. geotechnisches Übersichtsgutachten, Detailgutachten oder ein hydrogeologischer bzw. geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros. 2.1 Ingenieurgeologie Für die konkreten Standorte von Windkraftanlagen werden | Kenntnisnahme Die genannten Aspekte wie z.B. Rutschungsgebiete, ingenieurgeologische Gefahrenbereiche und Geotope sind bei Betroffenheit als Hinweise in den jeweiligen Standortdatenblättern der betreffenden Vorranggebiete hinterlegt. Dort wird zudem darauf hingewiesen, dass diese Aspekte bei der konkreten Standortplanung zu berücksichtigen sind. Auf eine empfohlene Abstimmung mit dem LGRB wird verwiesen. Ähnliches gilt für das Schutzgut Wasser, wobei eine Einbeziehung der unteren Wasserbehörden im Zuge des |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | objektbezogene Baugrunderkundungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 unter besonderer Berücksichtigung der dynamischen Belastung sowie der Hangstabilität und einer möglichen Verkarstung empfohlen. Es wird daraufhin hingewiesen, dass - Rutschgebiete bei der Errichtung von Windkraftanlagen zu geotechnisch bedingten Mehraufwendungen führen oder die Errichtung aus wirtschaftlichen oder bautechnischen Gründen unmöglich machen können. - erhöhte Baugrundrisiken für Windkraftanlagen in den Verbreitungsbereichen verkarsteter Gesteine bestehen. Außer den in den Geologischen und Topografischen Karten verzeichneten Erdfällen bzw. Dolinen lassen sich im hochauflösenden Digitalen Geländemodell weitere Verkarstungsstrukturen erkennen. Potenziell vorhandene oder nachgewiesene Geogefahren (insbesondere Massenbewegungen und Verkarstungsstrukturen) können vorab in der Ingenieurgeologischen Gefahrenhinweiskarte von Baden-Württemberg abgerufen werden. 2.2 Hydrogeologie Aus hydrogeologischer Sicht wird seitens des LGRB bei der Planung von Windenergieanlagen (WEA) allgemein darauf hingewiesen, dass zu prüfen ist, ob durch die Eingriffe in den Untergrund (Bau der Fundamente, Anlage der Kabeltrassen, Schaffung von Zufahrten zu den Standorten) die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung beeinträchtigt wird. Zudem wird darauf hingewiesen, dass beim Bau und Betrieb von Windkraftanlagen wassergefährdende Stoffe (z.B.: Hydrauliköl, Schmieröl, Schmierfett, Transformatoröl) eingesetzt werden und deshalb für konkrete Standorte sicherzustellen ist, dass es hierdurch nicht zu einer nachteiligen Veränderung der Grundwasserqualität und -quantität kommt. Die hydrogeologischen Untergrundverhältnisse können u. a. dem Hydrogeologischen Kartenwerk des LGRB (1: 50 000) (LGRB-Kartenviewer) und LGRBwissen entnommen werden. | immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens grundsätzlich erfolgt. Letztendlich bleibt allerdings festzuhalten, dass alle in der Stellungnahme genannten Hinweise erst auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens bei Kenntnis von konkreten Anlagenstandorten Berücksichtigung finden können. |
| STNE-ID: 35<br>Regierungspräsidium Freiburg<br>Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau<br>STNA-ID: 72 | BE-ID: 171 Auf die Lage einzelner Planbereiche innerhalb von festgesetzten Wasserschutzgebieten wird hingewiesen. Die Geodaten zu rechtskräftig festgesetzten Wasserschutzgebieten werden von den Umweltämtern der Stadt- und Landkreise vorgehalten. Eine Übersicht der rechtskräftigen Wasserschutzgebiete kann über den Daten- und Kartendienst der LUBW eingesehen werden. Die Schutzbestimmungen (Einschränkungen, Verbote, etc.) in den Schutzzonen eines Wasserschutzgebietes werden von der zuständigen Wasserbehörde (i. d. R. LRA) mit einer Rechtsverordnung (Wasserschutzgebiets-erordnung) festgelegt, auf welche diesbezüglich verwiesen wird. Dem LGRB, Referat 94, liegen folgende Kenntnisse über | Kenntnisnahme In den Standortdatenblättern zu den einzelnen geplanten Vorranggebieten werden Berührungen von Wasserschutzgebieten aufgeführt. Diese sind entsprechend ihrer Zonierung in die regionale Planung eingeflossen (siehe Kriterienset). Die unteren Wasserbehörden werden ebenfalls am Verfahren beteiligt und trugen hierzu keine Bedenken vor. Auch zu HN_08_II wurden durch die untere Wasserbehörde des Landkreises Heilbronn keine Bedenken vorgetragen. Das Gebiet wird jedoch aus anderen Gründen im Annexverfahren, der Teilfortschreibung Windenergie IIa, einer nochmaligen Prüfung unterzogen. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Vorhaben zur Trinkwassergewinnung bzw. Aufträge zur Überprüfung, Überarbeitung oder Neuabgrenzung von Wasserschutzgebieten vor. Nähere Kenntnisse zu den Verfahrensständen können bei den zuständigen Wasserbehörden abgefragt werden. Landkreis Heilbronn: Fläche HN-08-II: Lage innerhalb fachtechnisch neu abgegrenztem WSG "Böllingerbachtal" (LUBW Nr.: 121-057); Neuabgrenzung nicht im Daten- und Kartendienst der LUBW dargestellt. | |
| STNE-ID: 35<br>Regierungspräsidium Freiburg<br>Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau<br>STNA-ID: 72 | BE-ID: 172 2.3 Geothermie Informationen zu den oberflächennahen geothermischen Untergrundverhältnissen sind im Informationssystem „Oberflächennahe Geothermie für Baden-Württemberg“ (ISONG) hinterlegt. ISONG liefert erste Informationen (Möglichkeiten und Einschränkungen) zur geothermischen Nutzung des Untergrundes mit Erdwärmesonden und Erdwärmekollektoren. Bitte nehmen Sie vor Verwendung des Informationssystems die Erläuterungen zur Kenntnis. | Kenntnisnahme Das Themenfeld Geothermie ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie II. |
| STNE-ID: 35<br>Regierungspräsidium Freiburg<br>Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau<br>STNA-ID: 72 | BE-ID: 173 2.4 Rohstoffgeologie (Mineralische Rohstoffe) Von rohstoffgeologischer Seite wird auf die Ausführungen der LGRB-Stellungnahme vom 30.03.2026 mit dem Az. RPF9-4700-89/2/2 hingewiesen, welche weiterhin gültig ist. Die vorliegenden zu prüfenden Flächen sind laut den vorliegenden Planunterlagen unverändert und werden in einem nachgelagerten Verfahren, dem separaten Annexverfahren, nochmals geprüft werden. Von rohstoffgeologischer Seite wird weiterhin ausgeführt, dass sich im Bereich oder am Rande der Vorranggebiete Windenergie z. T. ehemalige Abbaugebiete befinden. Im Bereich ehemaliger Rohstoffgewinnungsstellen können ehemalige Abbauwände, Verfüllungen u. ä. vorkommen. Die Geodaten des Themenbereichs Rohstoffgeologie können über das LGRBgeoportal als WMS-Dienst sowie als Vektordaten registrierungs- und kostenfrei in die eigene GIS-Umgebung eingebunden werden. Ergänzend wird auf Ausführungen und die Hinweise in der LGRB-Nachricht 04/2018 verwiesen. | Kenntnisnahme Bei der genannten Stellungnahme handelt es sich um die Stellungnahme zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG vom 19.11.2024 (nicht 30.03.2026). Die genannte Stellungnahme wurde in der Abwägung zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG behandelt. Die Abwägungsergebnisse sind der am 30.01.2026 durch die Verbandsversammlung beschlossenen Synopse zu entnehmen, die dem Stellungnehmer zugestellt wurde und auf der Homepage des RVHNF eingesehen werden kann. |
| STNE-ID: 35<br>Regierungspräsidium Freiburg<br>Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau<br>STNA-ID: 72 | BE-ID: 174 3. Landesbergdirektion 3.1 Bergbau Zur Streichung von 17 Vorranggebieten im modifizierten Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie II sind von bergbehördlicher Seite keine Anmerkungen vorzubringen. 4. Landeserdbebendienst 4.1 Erdbebenüberwachung Baden-Württemberg ist in Deutschland das Bundesland mit der höchsten Erdbebengefährdung. Im Rahmen der Daseinsvorsorge betreibt das LGRB den Landeserdbebendienst (LED), der mit rund 60 Messstationen die Erdbebentätigkeit im ganzen Land überwacht. Für 32 dieser Erdbebenmessstationen hat der LED individuelle | Kenntnisnahme Die genannten Handlungsempfehlungen haben bereits Eingang in die Planung gefunden. Auf die begründenden Unterlagen wird verwiesen. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Prüfbereiche zwischen 2 und 5 Kilometern Radius festgelegt und mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft abgestimmt. Für Windenergieanlagen (WEA), die innerhalb dieser Prüfbereiche errichtet werden sollten, wird davon ausgegangen, dass die Erschütterungsemissionen durch Turmschwingungen und Rotorbewegungen zu nennenswerten Beeinträchtigungen der Erdbebenregistrierung an der jeweiligen Erdbebenmessstation und damit der landesweiten Erdbebenüberwachung führen. Für diesbezügliche Handlungsempfehlungen wird auf die „Information zum Erdbebenmessnetz des Landes Baden-Württemberg“ des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 6. Dezember 2022 (Az.: UM44-4781-1/3/2) mit zugehörigem Geodatensatz verwiesen, die am 21. Dezember 2022 an die Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände Baden-Württemberg übermittelt wurde. Aufgrund ausreichender Abstände zu den nächstgelegenen Erdbebenmessstationen sind durch die vorgelegten Planungen Belange der Erdbebenüberwachung Baden-Württemberg zurzeit nicht berührt. | |
| STNE-ID: 35<br>Regierungspräsidium Freiburg<br>Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau<br>STNA-ID: 72 | BE-ID: 175 Allgemeine Hinweise Anzeige, Übermittlung und Bereitstellung von Geologie-Daten nach Geologiedatengesetz (GeolDG) Für geologische Untersuchungen und die daraus gewonnenen Daten besteht nach den Bestimmungen des Geologiedatengesetzes (GeolDG) eine Übermittlungspflicht gegenüber dem LGRB. Weitere Informationen hierzu stehen Ihnen im LGRBanzeigeportal zur Verfügung. Weitere Informationsquellen des LGRB im Internet Digitale Geodaten und Bohrdaten werden über die Fachanwendungen LGRBgeoportal und LGRBbohrungen bereitgestellt. Dort finden Sie auch weitere Fachinformationen und Downloadoptionen. Bitte nutzen Sie hierzu auch den LGRB-Kartenviewer sowie LGRBwissen. Insbesondere verweisen wir auf unser Geotop-Kataster. Beachten Sie bitte auch unser aktuelles Merkblatt für Planungsträger. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 37<br>Regierungspräsidium Stuttgart<br>STNA-ID: 103 | BE-ID: 265 Das Regierungspräsidium Stuttgart dankt für die erneute Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 im Zuge der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energie – Teilfortschreibung Windenergie II und nimmt dazu wie folgt Stellung: I. Stabsstelle Energiewende, Windenergie und Klimaschutz (StEWK) Zunächst ist zu begrüßen, dass einige der Hinweise und Anregungen aus der ersten Beteiligungsrunde Eingang in die weitere Planung gefunden haben. Wir sind uns bewusst, dass weitere Anmerkungen und | Kenntnisnahme |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Einwände zu Vorranggebieten, die im Hauptverfahren verbleiben, nicht mehr in die Abwägung einfließen werden und verzichten insoweit auf eine ausführliche Stellungnahme. | |
| STNE-ID: 37<br>Regierungspräsidium Stuttgart<br>STNA-ID: 103 | BE-ID: 266 Der Vollständigkeit halber möchten wir darauf hinweisen, dass die Gesamtfläche zur Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergie im neuen Planentwurf mit 8.466 ha lediglich noch 1,78 % beträgt, während die Festlegung in der ersten Offenlage noch 10.895 ha und damit 2,29 % umfasste. Das in § 20 KlimaG festgelegte Flächenziel von 1,8 Prozent wird den Unterlagen zufolge dennoch erreicht, da vor der Teilfortschreibung bereits 0,34 % der Regionsfläche als Vorranggebiete für Windenergie festgelegt worden waren und beibehalten werden sollen. In Summe stehen damit 2,12 % der Regionsfläche zur Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergie zur Verfügung. Diesen Aspekt werten wir positiv. Nichtsdestotrotz wäre es für die Erreichung des angestrebten Klimaziels in Baden-Württemberg wünschenswert, (mehr) neue Vorrangflächen für den Ausbau von Windenergieanlagen zu schaffen, die den Bau von Anlagen ausgestattet mit dem neuesten Stand der Technik und damit die Umsetzung höherer Leistungen – im Vergleich zu bestehenden älteren Anlagen in Gebieten, die der ersten Fortschreibung entstammen – fördern könnten. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund, dass in der bestehenden Gebietskulisse einige Vorranggebiete liegen, die insbesondere mit Blick auf denkmalschutzrechtliche Belange als kritisch eingestuft werden (insbesondere HN_06_II). | Kenntnisnahme Die von der Stabstelle vorgetragenen Berechnungen und Wünsche sind nachvollziehbar, sind aber nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Es ist korrekt, dass Plangebiete nach der Beteiligung nach § 9 (2) ROG zu einer weiteren Überprüfung aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II in das Annexverfahren (Teilfortschreibung Windenergie IIa) überführt werden müssen. Wie in den Beteiligungsunterlagen dargelegt, sind diese Gebiete damit nicht endgültig entfallen, sondern werden lediglich einer Überprüfung unterzogen. Diese Überprüfung erfolgt ergebnisoffen, so dass jeweils grundsätzlich sowohl ein weitgehendes Beibehalten, ein deutlicher Neuzuschnitt als auch ein kompletter Entfall möglich sind. Es ist nicht davon auszugehen, dass alle Gebiete komplett entfallen werden. Darüber hinaus wurden dem RVHNF in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG weitere Flächenaufnahmewünsche vorgetragen, die im Annexverfahren zu prüfen sind. Es ist also davon auszugehen, dass in einem gewissen Rahmen weitere Flächen zu den aktuell im Hauptverfahren befindlichen (wieder) aus dem Annexverfahren hinzukommen werden. Es bleibt im Übrigen darauf hinzuweisen, dass dem RVHNF auch in den bereits rechtskräftigen Gebieten der Teilfortschreibung Windenergie derzeit mehrere Repoweringmaßnahmen bekannt sind, in welchen ältere Anlagentypen durch aktuelle neue Anlagentypen ersetzt werden. Auch diese "alten" Gebiete tragen also in nennenswertem Umfang zu dem "Bau von Anlagen ausgestattet mit dem neuesten Stand der Technik" bei und sind nicht lediglich Auslaufposten veralteter Modeltypen. Im Zuge von Repowerimgmaßnahmen ist hier ein erheblicher Ausbau an Windkraftleistung möglich und absehbar. Unter diesem Gesichtspunkt sei auch darauf hingewiesen, dass der RVHNF laut Dashboard Windenergie Baden Württemberg mit Stand vom 25.05.2026 mit 303 WEA in Betrieb und 346 WEA in Planung einen erheblichen Teil des gesamten Windenergieausbaus in Baden-Württemberg geleistet hat und weiter leistet. Aus Sicht des RVHNF ist damit nachweislich gewährleistet, dass der RVHNF in überdurchschnittlichem Maß zum Gelingen der Energiewende beiträgt - sowohl in der Quantität als auch in der |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | Qualität der geplanten Flächen. Zu HN_06_II sei angemerkt, dass in diesem Gebiet aktuell ein immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren zur Genehmigung von 2 Windkraftstandorten stattfindet. Der RVHNF hat in der Beteiligung zu diesem Genehmigungsverfahren seine Zustimmung geäußert. Vor dem Hintergrund der Lage der beiden Anlagen in einem geplanten Vorranggebiet wurde bezogen auf die ebenfalls gegebene Lage im Regionalen Grünzug auf eine Überprüfung der derzeit noch geltenden Ausnahmevoraussetzungen seitens des RVHNF verzichtet. In der Stellungnahme des Regierungspräsidiums Stuttgart (RPS) zu diesem Verfahren wurde hingegen die Lage im Regionalen Grünzug zum Anlass genommen, einen Nachweis der Ausnahmevoraussetzungen einzufordern, der vermutlich hemmend auf das Verfahren wirkt. Ein solcher nochmaliger Nachweis ist aus Sicht des RVHNF nicht erforderlich. Die Güte dieser Fläche wurde durch den RVHNF im Rahmen seiner Flächensuche festgestellt. Im Übrigen wurde für die Teilfortschreibung Windenergie II bereits das Beteiligungsverfahren nach § 9 (2) ROG durchgeführt. Plansatz 4.2.3.3.2 regelt, dass sich im Falle einer Überlagerung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen mit anderen Vorranggebietsausweisungen (in dem Fall dem Regionalen Grünzug), die Windkraftnutzung Vorrang genießt. Es wird daher mit Blick auf die an dieser Stelle geforderte Beschleunigung der Energiewende an das RPS appelliert, die offensichtlich gegebenen Potenziale zur Verfahrensbeschleunigung im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren im Lichte der weiter unten vom RPS selbst genannten Vorgaben von § 2 EEG i.V.m. § 22 und § 7 KlimaG BW zu nutzen. |
| STNE-ID: 37<br>Regierungspräsidium Stuttgart<br>STNA-ID: 103 | BE-ID: 267 II. Stellungnahme Abt. 2 – Wirtschaft und Infrastruktur<br>Raumordnung Es bestehen keine raumordnerischen Bedenken gegen die Teilfortschreibung „Windenergie II“ des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 37<br>Regierungspräsidium Stuttgart<br>STNA-ID: 103 | BE-ID: 268 Plansatz 3.1.1 Abs. 2 (Z): Insbesondere vor dem Hintergrund des § 2 EEG stehen wir der allgemeinen Öffnung der Regionalen Grünzüge in Plansatz 3.1.1 Abs. 2 (Z) weiterhin positiv gegenüber und sehen dies als wesentlichen Beitrag zur Energiewende. | Kenntnisnahme Die angesprochene Öffnung der Regionalen Grünzüge ist zwar nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens, allerdings soll sie an dieser Stelle nochmals eingeordnet werden. Die vollständige Öffnung der Regionalen Grünzüge für regionalbedeutsame Windkraftanlagen löst die bisherige Ausnahmeregelung ab und folgt |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | damit der gesetzlichen Vorgabe nach § 11 Abs. 3 Nr. 7 LplG. Dort wird formuliert: "Regionale Grünzüge sollen unverzüglich aus Gründen des überragenden öffentlichen Interesses und der öffentlichen Sicherheit sowie der besonderen Bedeutung der erneuerbaren Energien im Sinne des § 2 EEG für Windkraft- und Freiflächen-Photovoltaikanlagen geöffnet werden." Dieser Vorgabe kommt der RVHNF nach. Dass hier keine anderweitigen Handlungsoptionen bestehen wird in Umweltbericht und Begründung ausgeführt. Mit der Öffnung wird keinesfalls die Absicht verfolgt, nach Erreichen des Flächenziels einen ungeregelten Zubau von Windkraftanlagen außerhalb der geplanten Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen zu ermöglichen. Der RVHNF stellt hier auf die mit der Erreichung des Flächenziels verbundene Entprivilegierung von Windkraftanlagen nach § 249 Abs. 2 BauGB ab. Dort ist folgendes geregelt: "Wurde das Erreichen eines in der Anlage des Windenergieflächenbedarfsgesetzes bezeichneten Flächenbeitragswerts des Landes gemäß § 5 Absatz 1 oder Absatz 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes festgestellt, kann außerhalb der Windenergiegebiete gemäß § 2 Nummer 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes ein in Absatz 1 genanntes Vorhaben nur ausnahmsweise nach § 35 Absatz 2 zugelassen werden, wenn ausgeschlossen ist, dass die in § 35 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 genannten Belange oder das Orts- und Landschaftsbild berührt sind. Hat ein Land gemäß § 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 oder Satz 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes regionale oder kommunale Teilflächenziele bestimmt und wird deren Erreichen gemäß § 5 Absatz 1 oder Absatz 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes festgestellt, gilt die Rechtsfolge des Satzes 1 für das Gebiet der jeweiligen Region oder Gemeinde. Der Eintritt der Rechtsfolge der Sätze 1 und 2 ist gesetzliche Folge der Feststellung." Es ist diesebzüglich auf die in der Begründung und dem Umweltbericht vielfach dokumentierten Steuerungsabsicht des RVHNF zu verweisen. Das wesentliche Anwendungsfeld, das sich durch die Öffnung der Regionalen Grünzüge ergibt, dürfte in der damit verbesserten Möglichkeit bestehen, auf Ebene der Bauleitplanung zusätzliche kommunale Windenergiegebiete darszustellen und festzusetzen. |
| STNE-ID: 37 | BE-ID: 269 Herausnahme der Vorranggebiete: Die Herausnahme der siebzehn | Kenntnisnahme Wie zuvor bereits erläutert, sind die 17 zur Streichung |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| Regierungspräsidium Stuttgart<br>STNA-ID: 103 | ursprünglich geplanten Vorranggebiete für Windenergie wird aus raumordnerischer Sicht bedauert, da hierdurch ein wesentlicher Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele hätte geleistet werden können. Ungeachtet der Herausnahme kann jedoch festgestellt werden, dass der Regionalverband Heilbronn-Franken das in § 20 KlimaG gesetzlich vorgeschriebene Flächenbeitragsziel auch durch die in der Planung verbleibenden Vorranggebiete im Hauptverfahren erreichen wird. | aus dem Hauptverfahren vorgesehenen Vorranggebiete durch die Überführung in das Annexverfahren, der Teilfortschreibung Windenergie IIa, nicht endgültig gestrichen. Sie werden lediglich einer nochmaligen Prüfung aufgrund vorgetragener, potenziell eine Erforderlichkeit in Frage stellender, Bedenken unterzogen. Diese Prüfung findet ergebnisoffen statt. Grundsätzlich könnte ein weitgehendes Beibehalten genauso ein Ergebnis sein, wie ein deutlicher Neuzuschnitt oder ein kompletter Entfall. Somit stellt die Fläche der im Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II bleibenden Gebiete tatsächlich eine Mindestfläche dar. Es ist davon auszugehen, das in gewissem Rahmen aus dem Annexverfahren weitere Flächen (wieder) hinzukommen. |
| STNE-ID: 37<br>Regierungspräsidium Stuttgart<br>STNA-ID: 103 | BE-ID: 270 Mit Blick auf das im bisherigen Verfahren genutzte Gutachten des Landes Mecklenburg-Vorpommern in der ergänzten Fassung von 2021 „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“ wird geraten, im Rahmen der Beurteilung der herausgenommenen Vorranggebiete aufgrund einer möglichen Umzingelungswirkung die Untersuchung nicht auf die rein geometrische Ermittlung des horizontalen Winkelsektors zu beschränken. Zwar dient der Winkelsektor von 120 Grad als wichtiger Faktor zur Bestimmung einer potentiellen Umzingelungswirkung, erschöpft sich jedoch nicht in ihm und ersetzt somit nicht die geforderte Einzelfallprüfung. Unter anderem sind nach dem o.g. Gutachten jedoch auch die Schutzbedürftigkeit von potentiell betroffenen Außenwohnbereichen, die Topographie sowie der Freiraumcharakter im Rahmen einer Gesamtschau zu betrachten und in die Prüfung einzubeziehen. Nur durch eine kumulative Betrachtung der Kriterien in Verbindung mit der konkreten Flächenkulisse kann eine fachlich belastbare Prognose der Umzingelungswirkung festgestellt werden. Insbesondere hinsichtlich der Vorranggebiete „SHA_20_II“ und „TBB_04_II“ empfehlen wir neben der Betrachtung des Winkelsektors daher auch eine Überprüfung im Einzelfall. | Kenntnisnahme und Zustimmung Die notwendige vertiefte Einzelfallprüfung, unter Berücksichtigung der genannten Faktoren, findet im Rahmen des Annexverfahrens, der Teilfortschreibung Windenergie IIa, statt. |
| STNE-ID: 37<br>Regierungspräsidium Stuttgart<br>STNA-ID: 103 | BE-ID: 271 Darüber hinaus weisen wir darauf hin, dass die Herausnahme einiger der Vorranggebiete bereits bestehende, genehmigte sowie in Planung befindliche Windkraftanlagen betrifft, wie z.B. die Vorranggebiete „HN_05_II“, „KÜN_03_II“, „KÜN_09_II“, „KÜN_10_II“, „SHA_20_II“, „SHA_23_II“ sowie „TBB_01_II“. Dies ist in der Abwägung angemessen zu berücksichtigen – auch im Lichte von § 2 EEG | Kenntnisnahme und Zustimmung Alle für eine Abwägung relevanten Belange gehen, auch unter Berücksichtigung von § 2 EEG, in die Abwägung im Rahmen des Annexverfahrens, Teilfortschreibung Windenergie IIa, ein. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | i.V.m. § 22 und § 7 KlimaG BW – insbesondere da das Kriterium der „Standorteffizienz“ zunächst für die Festlegung der Gebiete herangezogen wurde. | |
| STNE-ID: 37<br>Regierungspräsidium Stuttgart<br>STNA-ID: 103 | BE-ID: 272 III. Stellungnahme Abteilung 5 – Umwelt Wasser/Boden Auf die Stellungnahme vom 05.12.2024 wird verwiesen. | Kenntnisnahme Die in der früheren Stellungnahme zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG vorgebrachten Belange wurden in der dortigen Abwägung behandelt. Der Umgang mit diesen Belangen kann der Synopse zur Beteiligung nach § 9(2) ROG entnommen werden. Diese wurde durch die Verbandsversammlung am 30.01.2026 beschlossen. |
| STNE-ID: 37<br>Regierungspräsidium Stuttgart<br>STNA-ID: 103 | BE-ID: 273 Naturschutz Gesamtverfahren: Wir begrüßen die Berücksichtigung unserer Hinweise und Anmerkungen unserer letzten Stellungnahme vom 05.12.2024, welche im Rahmen der letzten Behördenbeteiligung abgegeben wurde. Hierbei insbesondere die Ergänzung von entsprechenden Hinweisen auf Vorkommen von Arten des Artenschutzprogramms Baden-Württemberg (ASP-BW) und den entsprechenden Zuständigkeiten in den Standortdatenblättern der genannten Vorranggebiete, sodass die Vorkommen in den nachgelagerten Planungen entsprechend Berücksichtigung finden können. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 37<br>Regierungspräsidium Stuttgart<br>STNA-ID: 103 | BE-ID: 274 Nach den Ausführungen des Regionalverbandes im Rahmen der Synopse sind nicht alle von uns genannten ASP-Vorkommen den Datensätzen zu entnehmen, welche dem Regionalverband 2024 übersandt wurden. Wir lassen Ihnen zeitnah nochmal einen aktualisierten Datensatz zukommen. | Kenntnisnahme Der RVHNF hat die vom RPS in Aussicht gestellten aktualisierten Datensätze erhalten. Diese wurden ebenfalls wie die bereits vorhandenen Datensätze zu ASP-Artvorkommen als Konfliktkriterium in berührten Standortdatenblättern hinterlegt, so dass sie auf Ebene der Umsetzungsplanung berücksichtigt werden können.<br>Bei den Datensätzen handelt es sich nicht um Arten, die eine Windenergienutzung in einem ggf. berührten Gebiet grundsätzlich in Frage stellen. Dies wurde dem RVHNF durch das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft (UM) bestätigt (siehe hierzu Stellungnahme des UM im Rahmen der Stellungnahme des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen, STNE-ID 5). Somit ist neben der Dokumentation in den Standortdatenblättern kein weiterer Umgang notwendig. |
| STNE-ID: 37<br>Regierungspräsidium Stuttgart<br>STNA-ID: 103 | BE-ID: 275 Betroffen von dieser Aktualisierung sind nach Erläuterungen des Regionalverbandes in der Synopse insbesondere noch die Vorranggebiete TBB_06_II, TBB_07_II und TBB_09_II, wovon lediglich TBB_06_II Bestandteil des Annex-Verfahrens ist. | Kenntnisnahme Die von der höheren Naturschutzbehörde angesprochenen geplanten Vorranggebiete TBB_07_II und TBB_09_II sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Die Stellungnahme geht daher in diesem Punkt am Beteiligungsgegenstand vorbei. Bei diesen beiden im Hauptverfahren weitergeführten geplanten Vorranggebieten wurden die Aktualisierungen der ASP-Artvorkommen dennoch der Vollständigkeit halber in das jeweilige Standortdatenblatt aufgenommen. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | Ergänzend erfolgt, wie bereits bei Berührungen mit den bisher eingegangenen ASP-Artvorkommen, in der Bewertung für das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt der Hinweis bezüglich der Artvorkommen eine frühzeitige Abstimmung mit der höheren Naturschutzbehörde zu suchen. Dadurch können die Belange im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden. |
| STNE-ID: 37<br>Regierungspräsidium Stuttgart<br>STNA-ID: 103 | BE-ID: 276 Mit Voranschreiten der Erfassungen relevanter Rast- und Zugvogelgebiete im Regierungsbezirk Stuttgart ergeben sich ebenfalls Änderungen zu dem Datensatz, welcher dem Regionalverband 2024 übersandt wurde. Auch diesbezüglich werden wir Ihnen zeitnah einen aktualisierten Datensatz zukommen lassen. Betroffen von dieser Aktualisierung sind die Vorranggebiete TBB_08_II und HN_17_II. Das Gebiet TBB_08_II befindet sich dabei nur zu einem kleineren Teil innerhalb eines dieser Rast- und Zugvogelgebiete. Das Gebiet HN_17_II wiederum liegt zu einem Großteil innerhalb eines Rast- und Zugvogelgebietes. Annex-Verfahren: Aufgrund der großflächigen Betroffenheit eines Rast- und Zugvogelgebietes wird seitens der höheren Naturschutzbehörde angeregt, das Vorranggebiet HN_17_II in das Annex-Verfahren aufzunehmen. | Ablehnung Die von der höheren Naturschutzbehörde angesprochenen geplanten Vorranggebiete HN_17_II und TBB_08_II sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Die Stellungnahme geht daher in diesem Punkt am Beteiligungsgegenstand vorbei. Der RVHNF hat die vom RPS in Aussicht gestellten zusätzlichen Daten inzwischen erhalten. Diese Daten, die als Dateien für geografische Informationssysteme nicht der Synopse beigefügt werden können, wurden, wie die dem RVHNF bereits vor der Beteiligung nach § 9 (2) ROG überlassenen Daten, dennoch in das Verfahren eingestellt und als Konfliktkriterium gewertet. Sie werden in den Standortdatenblättern berührter Vorranggebiete aufgeführt, so dass die Informationen auf der Ebene der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung berücksichtigt werden können. Eine Überführung von HN_17_II in das Annexverfahren ist durch die Berührung des neuerlich nachgelieferten Zugvogelgebietes in diesem Stadium der Planung nicht zu rechtfertigen. Dies wurde dem RVHNF ausdrücklich durch das UM bestätigt. In seiner Stellungnahme, die im Rahmen der Stellungnahme des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen abgegeben wurde (siehe STNE-ID 05), führt das UM hierzu folgendes aus: "Die in der Stellungnahme des RP Stuttgart vom 01.04.2026 erwähnten neuen Daten zu Rast- und Zugvogelgebieten und die darin angesprochenen Daten zu den ASP-Arten werden voraussichtlich keine Vollzugsunfähigkeit der betroffenen Vorranggebiete bewirken. Daher ist eine diesbezügliche Abschichtung auf die Genehmigungsebene möglich. In den vorranggebietsspezifischen Unterlagen sollte auf diese Daten zur weiteren Berücksichtigung auf die Genehmigungsebene hingewiesen werden." Auf den Sachverhalt wird im Standortdatenblatt hingewiesen und so eine Berücksichtigung auf immissionsschutzrechtlicher Ebene ermöglicht. HN_17_II bleibt unverändert im Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| STNE-ID: 37<br>Regierungspräsidium Stuttgart<br>STNA-ID: 103 | BE-ID: 277 IV. Stellungnahme Abteilung 8 – Landesamt für Denkmalpflege Gegenstand dieser Beteiligung ist die Streichung von geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren und gleichzeitige Überführung dieser Gebiete in ein nachgelagertes Annexverfahren. Aus Sicht des Landesamts für Denkmalpflege bestehen im Grundsatz keine Bedenken mit der o.g. Vorgehensweise. Aus Sicht des Landesamts für Denkmalpflege wäre es jedoch auch sinnvoll, die Flächen mit in das Annexverfahren aufzunehmen, bei denen zum jetzigen Stand von einem hohen Potential einer erheblichen Beeinträchtigung der in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale auszugehen ist, um den Erfordernissen des Denkmalschutzes Rechnung zu tragen. Hierzu verweisen wir nochmals auf unsere Stellungnahme vom 05.12.2024. | Ablehnung Die vom Landesamt angesprochenen geplanten Gebiete, die nicht aus dem Hauptverfahren gestrichen werden sollen, sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Die Stellungnahme geht daher in diesem Punkt am Beteiligungsgegenstand vorbei. Die in der früheren Stellungnahme zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG vorgebrachten Belange wurden in der dortigen Abwägung behandelt. Der Umgang mit diesen Belangen kann der Synopse zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG entnommen werden. Diese wurde durch die Verbandsversammlung am 30.01.2026 beschlossen. Eine nochmalige separate Befassung mit bereits durch Gremienbeschluss behandelten Belangen ist nicht vorgesehen, insbesondere ohne eine geänderte Sachlage. Die abschließende Abwägung in diesem Sinne erfolgt mit dem Satzungsbeschluss. Es sei an dieser Stelle zudem auf die Bewertung der Stellungnahme der höheren Denkmalschutzbehörde durch die oberste Denkmalschutzbehörde beim Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen verwiesen, die unter STNE-ID 05 behandelt wird. Das Ministerium schreibt dort: "Die oberste Denkmalschutzbehörde hält die Stellungnahme des Landesamts für Denkmalpflege für missverständlich. Es gibt keine denkmalrechtliche Notwendigkeit, weitere Vorranggebiete in das Annexverfahren zu verschieben. Auf mögliche Beeinträchtigungen verschiedener Kulturdenkmale wurde bereits umfassend in der Stellungnahme des LAD vom 05.12.2024 hingewiesen. Diese Belange wird der Regionalverband in seine abschließende Abwägung einbeziehen. Der Satz „Aus Sicht des Landesamts für Denkmalpflege wäre es jedoch auch sinnvoll, die Flächen mit in das Annexverfahren aufzunehmen, bei denen zum jetzigen Stand von einem hohen Potential einer erheblichen Beeinträchtigung der in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale auszugehen ist, um den Erfordernissen des Denkmalschutzes Rechnung zu tragen“; ist insoweit in vorgenanntem Sinne zu verstehen." |
| STNE-ID: 37<br>Regierungspräsidium Stuttgart<br>STNA-ID: 103 | BE-ID: 278 Hinweise: Die Abteilung 3 – Landwirtschaft, Ländlicher Raum, Veterinär- und Lebensmittelwesen sowie die Abteilung 4 – Mobilität, Verkehr, Straßen melden Fehlanzeige. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 37<br>Regierungspräsidium Stuttgart<br>STNA-ID: 103 | BE-ID: 279 Um Beteiligung des Regierungspräsidiums Stuttgart im weiteren Verfahren wird gebeten. Wir bitten, diese weitere Beteiligung digital über folgende Adresse durchzuführen: StEWK-Koordination@rps.bwl.de. | Zustimmung Eine Beteiligung im weiteren Verfahren erfolgt. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| STNE-ID: 37<br>Regierungspräsidium Stuttgart<br>STNA-ID: 103 | BE-ID: 280 Abschließend weist das Regierungspräsidium Stuttgart insgesamt darauf hin, dass die Entscheidung über die Ausweisung von Vorranggebieten im Ermessen des jeweiligen regionalen Planungsverbandes liegt. Die geltend gemachten öffentlichen Belange sind im Rahmen der dort sowie im Rahmen der im Genehmigungsverfahren zu treffenden Entscheidung unter Berücksichtigung von § 2 des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) und der Erreichung des vorgegebenen Flächenziels gemäß § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) entsprechend abzuwägen. | Kenntnisnahme Dem RVHNF ist die Bedeutung des § 2 EEG für den Abwägungsvorgang bewusst. |
| STNE-ID: 241<br>Landratsamt Ostalbkreis<br>STNA-ID: 92 | BE-ID: 242 Zu o. g. Vorhaben teilen wir nachstehende Anregungen und Informationen mit, die für die Ermittlung der Bewertung des Abwägungsmaterials und für die Umweltprüfung zweckdienlich sind: Geschäftsbereich Umwelt und Gewerbeaufsicht Gewerbeaufsicht Wir verweisen auf unsere frühere Stellungnahme. Grundsätzliche Bedenken gegen das Vorhaben werden von hier aus nicht vorgebracht. Geschäftsbereich Wasserwirtschaft Wasserversorgung einschließlich Wasserschutzgebiete Es sind keine Anregungen oder zu beachtende Fakten bezüglich der geplanten Streichungen von Vorranggebieten vorzubringen. Geschäftsbereich Landwirtschaft Hinsichtlich landwirtschaftlicher Belange ergeben sich keine Änderungen zur vorherigen Anhörung. Es sind durch die Änderungen der Teilfortschreibung Windenergie Regionalplan Heilbronn-Franken laut den Unterlagen 0260130_TOP_1_TF_Wind_II_Anlage_2_Text_Kartenteil keine Flächen im Ostalbkreis betroffen. Deshalb ist die nachfolgend zitierte Stellungnahme des GB Landwirtschaft vom 21.09.2023 weiterhin gültig: Durch die geplante Teilfortschreibung Windenergie Regionalplan Heilbronn-Franken werden landwirtschaftliche Belange des Ostalbkreises nicht tangiert. Trotzdem kann der Geschäftsbereich (GB) Landwirtschaft zum o. g. Vorgang folgende Hinweise vorbringen: • Gebiete für Windkraft (und Solarenergie) sollen lediglich auf landbauproblematischen Flächen ausgewiesen werden. Diese sind nach der Flurbilanz 2022 Baden-Württemberg als Grenz- und Untergrenzflur eingestuft. • Auch im Umweltbericht sollten landwirtschaftliche Belange bspw. in Form einer durchschnittlichen oder kumulativen Einstufung der Gebiete nach der Flurbilanz 2022 miteinbezogen werden. Sollten durch konkrete Bauvorhaben von Windkraftanlagen landwirtschaftliche Nutzflächen von Landwirten aus dem Ostalbkreis betroffen sein, wird um rechtzeitige Miteinbeziehung des Geschäftsbereichs Landwirtschaft gebeten. Gleiches gilt für geplante | Kenntnisnahme Der Stellungnehmer trägt keine Bedenken zum laufenden Beteiligungsschritt vor. Für die Hinweise auf frühere Stellungnahmen im Rahmen vorangegangener Verfahrensschritte gilt, dass diese Belange bereits in der jeweiligen Abwägung eingestellt wurden. Der Umgang damit kann der jeweiligen Synopse entnommen werden. Inwieweit Landwirte aus dem Ostalbkreis durch die Planungen des RVHNF betroffen sein könnten, kann nicht abgeschätzt werden, da dem RVHNF weder Eigentums- noch Pachtverhältnisse bekannt sind. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Ausgleichsmaßnahmen. Von den Geschäftsbereichen Naturschutz sowie Straßenverkehr werden keine Anregungen, Hinweise oder zu beachtende Fakten mitgeteilt. Die Stellungnahme des Geschäftsbereichs Vermessung und Geoinformation, Wald und Forstwirtschaft und Verkehrsinfrastruktur wird schnellstmöglich nachgereicht. | |
| STNE-ID: 47<br>Regierung von Unterfranken<br>STNA-ID: 23 | BE-ID: 41 Die Regierung von Unterfranken erhebt keine Einwände gegen die Streichung der im modifizierten Entwurf benannten Vorranggebiete und die damit verbundene Verlagerung dieser in ein Annex-Verfahren. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 47<br>Regierung von Unterfranken<br>STNA-ID: 23 | BE-ID: 42 Die unterfränkischen Planungsregionen Bayerischer Untermain (1) und Würzburg (2) grenzen direkt an das Gebiet des RVHNF an. In Region 1 ist das Verfahren zur Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten im Rahmen der 18., Verordnung abgeschlossen (https://www.regierung.unterfranken.bayern.de/aufgaben/177666/177670/eigene_leistung/el_00223/index.html). Die ausgewiesenen Gebieten traten am 23.12.2025 in Kraft. In Region 2 wurde am 17.12.2025 der Feststellungsbeschluss zur 20. Verordnung zur Änderung des Regionalplans der Region Würzburg gefasst (https://www.regierung.unterfranken.bayern.de/aufgaben/177666/177670/eigene_leistung/el_00276/index.html). Die Verbindlicherklärung wird derzeit durchgeführt, die enthaltenen Vorranggebiete entfalten jedoch bereits Wirkung als in Aufstellung befindliche Ziele. Die 20. Verordnung tritt voraussichtlich Ende des 2. Quartals 2026 in Kraft. Wir bitten die VRG und VBG Windenergie in Planungsregion 1 und 2 bei weiteren Planungen und Verfahren entsprechend in die Abwägung einzubeziehen. | Kenntnisnahme Die VRG und VBG der beiden Planungsregionen Bayerischer Untermain und Würzburg werden weiterhin durch den RVHNF berücksichtigt. |
| STNE-ID: 48<br>Regionaler Planungsverband Bayerischer Untermain<br>STNA-ID: 69 | BE-ID: 164 Der Regionale Planungsverband Bayerischer Untermain erhebt keine Einwände gegen die Streichung der im modifizierten Entwurf benannten Vorranggebiete und die damit verbundene Verlagerung dieser in ein Annex-Verfahren. Die Planungsregion Bayerischer Untermain (1) grenzt direkt an das Gebiet des RVHNF an. In Region 1 ist das Verfahren zur Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten im Rahmen der 18., Verordnung abgeschlossen (https://www.landkreis-aschaffenburg.de/Landkreis-und-Politik/Regionaler-Planungsverband/index.php?object=tx%7c3984.5.1&ModID=7&FID=3984.35251.1&NavID=3984.74&La=1). | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 48<br>Regionaler Planungsverband Bayerischer Untermain | BE-ID: 165 Die ausgewiesenen Gebiete traten am 23.12.2025 in Kraft. Wir bitten die VRG und VBG Windenergie in Planungsregion 1 bei weiteren Planungen und Verfahren entsprechend in die Abwägung einzubeziehen. | Kenntnisnahme Die Plangebiete der Region Bayerischer Untermain werden im weiteren Verfahren in die Abwägung einbezogen. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| STNA-ID: 69 | | |
| STNE-ID: 49<br>Regionaler Planungsverband Westmittelfranken c/o LRA Ansbach<br>STNA-ID: 56 | BE-ID: 144 Der Regionale Planungsverband Westmittelfranken hat bereits vom 9.12.2024 mitgeteilt, dass er keine eigenständige Stellungnahme zur o.g. Planung abgibt und hinsichtlich der raumordnerischen Belange auf die Stellungnahme der Höheren Landesplanungsbehörde verweist. Auch bezüglich der aktuell vorliegenden, geänderten Planung verweisen wir auf die Stellungnahme der Höheren Landesplanungsbehörde. | Kenntnisnahme Die Stellungnahme der Regierung Mittelfranken ist unter STNE ID 4 zu finden. |
| STNE-ID: 52<br>Regionalverband Nordschwarzwald<br>STNA-ID: 18 | BE-ID: 30 Vielen Dank für die erneute Beteiligung an der Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020. Durch die Herausnahme der Vorranggebiete des modifizierten Entwurfs sind die Belange der Region Nordschwarzwald nicht berührt. Wir bringen daher keine Anregungen oder Bedenken vor. Wir wünschen viel Erfolg bei den künftigen Verfahrensschritten und bitten um weitere Beteiligung am Verfahren. | Kenntnisnahme Der Regionalverband Nordschwarzwald wird weiter an dem laufenden Verfahren beteiligt. |
| STNE-ID: 53<br>Regionalverband Ostwürttemberg<br>STNA-ID: 19 | BE-ID: 31 Vielen Dank für die erneute Beteiligung als Träger öffentlicher Belange am oben genannten Verfahren. Die Beteiligung wird mit Verweis auf § 12 Abs. 4 LplG und § 9 Abs. 3 ROG beschränkt durchgeführt. Stellungnahmen können sich nur auf die im modifizierten Entwurf gestrichenen Vorranggebiete beziehen. Der modifizierte Entwurf, Stand 30.01.2026, sieht eine Streichung von 17 Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren. Die gestrichenen Gebiete sollen in ein Annexverfahren überführt und erneut geprüft werden. Der Regionalverband Ostwürttemberg hat die Planunterlagen zum Beteiligungsverfahren gesichtet und nimmt im Folgenden diesbezüglich Stellung: Von den aus dem Hauptverfahren gestrichenen Gebieten liegen drei Gebiete im an die Region Ostwürttemberg angrenzenden Landkreis Schwäbisch Hall. Die gestrichenen Gebiete SHA_16_II, SHA_20_II und SHA_23_II befinden sich nicht im Grenzbereich zur Region Ostwürttemberg. Belange der Region Ostwürttemberg werden durch die Streichung nicht berührt. Da die Erfüllung des Flächenziels der Region Heilbronn-Franken mit den im Hauptverfahren verbleibenden Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen weiterhin gegeben ist, werden seitens des Regionalverbands Ostwürttemberg keine Bedenken vorgebracht. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 51<br>Verband Region Karlsruhe<br>STNA-ID: 57 | BE-ID: 145 Wir bedanken uns für die erneute Beteiligung an der Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 und die Möglichkeit, in diesem Rahmen eine Stellungnahme abzugeben. Vorbehaltlich der Zustimmung der Gremien des Verbands Region Karlsruhe (voraussichtlich in der Sitzung am 08.07.2026) nimmt die Geschäftsstelle wie | Kenntnisnahme Die genannte Stellungnahme zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG wurde im Rahmen der dortigen Abwägung behandelt und das Abwägungsergebnis von der Verbandsversammlung am 30.01.2026 beschlossen. Die Behandlung der Sachverhalte kann der Synopse zu diesem Verfahrensschritt entnommen werden, die dem Stellungnehmer zugestellt |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | folgt Stellung: Die Verbandsversammlung des Verbands Region Karlsruhe hat am 17.12.2025 die Teilfortschreibung Windenergie als Satzung beschlossen. Mit einem Inkrafttreten ist bis Ende Mai zu rechnen. Der im ersten Planentwurf des Regionalverbands Heilbronn-Franken enthaltene Vorranggebietsentwurf in der Nähe der Regionsgrenze zum Verband Region Karlsruhe (HN_24_II) ist im vorliegenden zweiten Planentwurf erhalten geblieben. Änderungen am Planentwurf des Regionalverbands Heilbronn-Franken, die den Verband Region Karlsruhe betreffen könnten, sind nicht erkennbar. Wir verweisen deshalb auf unsere Stellungnahmen vom 03.12.2024 und 06.02.2025. | wurde und auf der Homepage des RVHNF eingesehen werden kann. |
| STNE-ID: 54<br>Verband Region Rhein-Neckar<br>STNA-ID: 31 | BE-ID: 70 Der Verband Region Rhein-Neckar äußerte sich mit Schreiben vom 20.12.2024 bereits im Rahmen des ersten Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020. Die Abwägung und Sachaufklärung zu unseren vorgebrachten Bedenken hinsichtlich einer potenziellen Beeinträchtigung der Klaschbachsiedlung in Sinsheim in der "Synopse zur Beteiligung nach § 12 (2) und (3) LplG in Verbindung mit § 9 (2) ROG (Teilfortschreibung Windenergie II)" erscheinen aus Sicht des Verbands Region Rhein-Neckar plausibel. Bezüglich des modifizierten Entwurfs der Teilfortschreibung Windenergie II des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 bestehen vor diesem Hintergrund keine Bedenken. Wir wünschen Ihnen einen erfolgreichen und zügigen Fortgang bei den weiteren Verfahrensschritten. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 55<br>Verband Region Stuttgart<br>STNA-ID: 87 | BE-ID: 232 Der Planungsausschuss des Verbandes Region Stuttgart hat in seiner letzten Sitzung am 18.03.2026 folgende Stellungnahme zu oben genanntem Verfahren beschlossen: Die seitens des Verband Region Stuttgart zu vertretende Belange werden durch die vorliegende Planung nicht berührt. Den Sachvortrag mit regionalplanerischer Wertung können Sie der beiliegenden Vorlage Nr. PLA 136/2026 entnehmen. | Kenntnisnahme Der Sachvortrag ist der Synopse als Anhang beigefügt. |
| STNE-ID: 56<br>Landratsamt Heilbronn<br>STNA-ID: 64 | BE-ID: 153 Das Landratsamt nimmt zu oben genannten Vorhaben wie folgt Stellung: Natur- und Artenschutz Die Beteiligung zum erneuten Beteiligungsverfahrens betrifft ausschließlich den Sachverhalt zur Streichung von Vorranggebieten (VRG) aus dem Hauptverfahren. Im Landkreis Heilbronn sind die VRG HN_05_II und HN_08_II von der Streichung betroffen. Nach fachlicher Prüfung bestehen aus Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes keine Bedenken bzw. Anmerkungen zu der Streichung. | Kenntnisnhame |
| STNE-ID: 56<br>Landratsamt Heilbronn | BE-ID: 154 Forst Gegen den Wegfall von 2 Vorranggebieten für regional bedeutsame Windkraft – eines davon in dem Waldgebiet „Ilmenwald“ mit | Kenntnisnhame |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| STNA-ID: 64 | der Bezeichnung „Westlich Bad Rappenau- Treschklingen“ - bestehen von Seiten der unteren Forstbehörde keine Bedenken. | |
| STNE-ID: 60<br>Landratsamt Main-Tauber-Kreis<br>STNA-ID: 63 | BE-ID: 152 Zu oben genannter Teilfortschreibung des Regionalplans nimmt das Landratsamt Main-Tauber-Kreis wie folgt Stellung: Bezüglich der Streichung von insgesamt acht geplanten Vorranggebieten im Main-Tauber-Kreis aus dem Hauptverfahren bestehen keine Bedenken oder Anregungen. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 213<br>Landratsamt Ostalbkreis<br>STNA-ID: 30 | BE-ID: 69 Belange des Waldes im Ostalbkreis sind durch den Wegfall von Vorranggebieten nicht betroffen. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 62<br>Landratsamt Schwäbisch Hall<br>STNA-ID: 93 | BE-ID: 243 Zum o.g. Vorhaben nimmt das Landratsamt Schwäbisch Hall, im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, wie folgt Stellung: Untere Naturschutzbehörde: Unter Aufrechterhaltung und Berücksichtigung der bereits abgegebenen Stellungnahmen, bestehen aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde keine Bedenken bzgl. des modifizierten Entwurfes der Teilfortschreibung Windenergie II des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020. | Kenntnisnahme Die in der früheren Stellungnahme zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG vorgebrachten Belange wurden in der dortigen Abwägung behandelt. Der Umgang mit diesen Belangen kann der Synopse zur Beteiligung nach § 9(2) ROG entnommen werden. Diese wurde durch die Verbandsversammlung am 30.01.2026 beschlossen. |
| STNE-ID: 62<br>Landratsamt Schwäbisch Hall<br>STNA-ID: 93 | BE-ID: 244 Untere Baurechtsbehörde: Baurechtliche Belange sind nicht betroffen. Untere Immissionsschutzbehörde: Keine Bedenken und Anregungen. Untere Wasser- und Bodenschutzbehörde: Hinweis Oberflächengewässer Durch die geplanten Vorranggebiete im LK SHA laufen eine Vielzahl von Gewässern. In der Umsetzungsplanung ist sowohl die Einhaltung des Gewässerrandstreifens als auch das Freihalten des festgesetzten Uberschwemmungsgebiets zu berücksichtigen. | Kenntnisnahme Auf die Oberflächengewässer und das Erfordernis der Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben auf der Umsetzungsebene wird im Umweltbericht und den jeweiligen Standortdatenblättern hingewiesen. |
| STNE-ID: 62<br>Landratsamt Schwäbisch Hall<br>STNA-ID: 93 | BE-ID: 245 Untere Landwirtschaftsbehörde: Generell unterstützt die Landwirtschaftsverwaltung aus umweltpolitischen Gründen die Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergieanlagen. Insgesamt erscheint es sowohl aus landwirtschaftlichen als auch aus landschaftlichen Gründen sinnvoll, für Windkraftanlagen ausschließlich Standorte mit einem hohen Ertragspotential für die Windenergie auszuwählen, da dort mit weniger Anlagen und einer geringeren Landschaftsbelastung eine entsprechend hohe Energieernte eingefahren werden kann. Bei der konkreten Auswahl der Standorte ist dabei die Methodik so zu wählen, dass die landwirtschaftlichen Belange in die Abwägung ordnungsgemäß einbezogen werden können. Bei der Beschreibung der einzelnen Standorte sollte deshalb neben der aktuellen Nutzung und dem Belang des Schutzgutes Boden auch darüber hinaus die Darstellung hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen mit Hilfe der Flurbilanz erfolgen. Auch ist eine | Ablehnung Es handelt sich um die identische Stellungnahme der unteren Landwirtschaftsbehörde, die bereits in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG vorgebracht wurde. Eine entsprechende Abwägung und der Umgang mit diesen Belangen ist der Synopse nach § 9(2) ROG zu entnehmen. Diese wurde von der Verbandsversammlung am 30.01.2026 beschlossen. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | potentielle Beeinträchtigung benachbarter landwirtschaftlicher Flächen darzulegen. Dort kann es ggf. zu Beeinträchtigungen der Bewirtschaftung und negativen Auswirkungen durch Immissionen (Geräusche, Schlagschatten etc.) auf die dort arbeitenden Landbewirtschafter sowie Tiere insbesondere schlachtreife Putenbestände in Offenställen kommen. Auch können evtl. angrenzend an die Konzentrationszonen neue bauliche Anlagen 'bzw. Nutzungsänderungen ausgeschlossen sein, die der Nutzung der Windenergie entgegenstehen, wodurch bei zukünftigen landwirtschaftlichen Vorhaben die betriebliche Entwicklung eingeschränkt sein kann. Bedenken aus landwirtschaftlicher Sicht werden jedoch zurückgestellt, sofern bei der kleinräumigen Standortwahl die landwirtschaftlichen Flächen zumindest hinsichtlich der Zuwegung und der Vermeidung von Missformen geschont werden. Sind also bei der Auswahl der Konzentrationszonen Flächen mit landwirtschaftlicher Nutzung betroffen, so sollte die Anordnung von Windkraftanlagen so erfolgen, dass der Flächenverbrauch möglichst geringgehalten wird, d.h. eine Errichtung in den Randbereichen der Flurstücke. Auch sollten Trassenführungen für die Erschließungsleitungen entlang vorhandener Wege verlaufen und nicht die landwirtschaftlichen Flächen queren. Werden landwirtschaftliche Verkehrswege beim Bau beschädigt, so sind sie zeitnah wiederherzustellen. | |
| STNE-ID: 62<br>Landratsamt Schwäbisch Hall<br>STNA-ID: 93 | BE-ID: 246 Untere Forstbehörde: Die Stellungnahme der unteren Forstbehörde hat weiterhin Bestand. | Kenntnisnahme Die angesprochene Stellungnahme zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG wurde bereits in der dortigen Abwägung behandelt. Eine entsprechende Abwägung und der Umgang mit diesen Belangen ist der Synopse nach § 9(2) ROG zu entnehmen. Diese wurde von der Verbandsversammlung am 30.01.2026 beschlossen. |
| STNE-ID: 62<br>Landratsamt Schwäbisch Hall<br>STNA-ID: 93 | BE-ID: 247 Amt für Flurneuordnung und Vermessung: Das Amt für Flurneuordnung und Vermessung bringt zu dem modifizierten Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie II des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 (Streichung ursprünglich geplanter Vorranggebiete) keine Bedenken oder Anregungen vor. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 62<br>Landratsamt Schwäbisch Hall<br>STNA-ID: 93 | BE-ID: 248 Gesundheitsamt: Zu den Änderungen in der Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn Franken gibt es aus Sicht des Gesundheitsamtes keine die bereits übermittelte Stellungnahme ergänzenden Bedenken oder Anregungen. | Kenntnisnahme Die angesprochene Stellungnahme zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG wurde bereits in der dortigen Abwägung behandelt. Eine entsprechende Abwägung und der Umgang mit diesen Belangen ist der Synopse nach § 9(2) ROG zu entnehmen. Diese wurde von der Verbandsversammlung am 30.01.2026 beschlossen. |
| STNE-ID: 68 | BE-ID: 12 Seitens der Stadt Bad Friedrichshall sowie der vVG Bad Friedrichshall / | Kenntnisnahme |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft Bad Friedrichshall - Oedheim - Offenau<br>STNA-ID: 12 | Oedheim / Offenau werden keine Bedenken oder Anregungen zur Streichung der geplanten Vorranggebiete in der TFS Wind vorgebracht, insbesondere die Gebiete in der näheren Umgebung "Westlich Bad Rappenau Treschklingen" und "Südlich Bad Wimpfen (Kernort)" betreffend. | |
| STNE-ID: 89<br>Gemeinde Mulfingen<br>STNA-ID: 25 | BE-ID: 58 Die Gemeinde Mulfingen begrüßt die Streichung des Vorranggebietes KÜN_03_II Südöstlich Dörzbach-Hohebach aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II des Regionalverbands Heilbronn-Franken. Wir beziehen uns weiterhin auf unsere Stellungnahme vom 20.11.2024. Weitere Punkte werden nicht vorgebracht. Dem Verfahren wünschen wir einen guten Verlauf. | Kenntnisnahme Die genannte frühere Stellungnahme wurde bereits in der abgeschlossenen Beteiligung nach § 9 (2) ROG behandelt und die Abwägung durch die Verbandsversammlung beschlossen. Diese Abwägung wurde der Gemeinde Mulfingen zugestellt und kann auf der Homepage des RVHNF eingesehen werden. |
| STNE-ID: 93<br>Gemeinde Rosengarten<br>STNA-ID: 15 | BE-ID: 23 Die Streichung der geplanten Windkraftfläche Rosengarten-Sanzenbach nehmen wir zur Kenntnis. Gleichzeitig verfolgen wir das Annexverfahren, in dem sich diese Fläche nunmehr befindet. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 101<br>Stadt Bad Wimpfen - Bauamt<br>STNA-ID: 33 | BE-ID: 72 Wir nehmen Bezug auf den bisherigen Schriftverkehr, insbesondere unsere ausführliche Stellungnahme vom 20.12.2024 im Rahmen der formellen Beteiligung der Behörden und TöB gemäß § 9 Abs. 2 Raumordnungsgesetz (ROG) mitsamt den fotorealistischen Visualisierungen als Anlage. Grundsätzlich möchte die Stadt Bad Wimpfen die darin dargelegten zu erwartenden erheblichen Beeinträchtigungen des in höchstem Maße raumbedeutsamen Kulturenkmals "Altstadt Wimpfen am Berg" durch die beiden Windvorranggebiete HN_06_II sowie HN_08_II vollumfänglich und unverändert aufrecht erhalten. Auf eine inhaltliche Wiederholung möchten wir daher an dieser Stelle verzichten und entsprechend auf die Stellungnahme vom 20.12.2024 verweisen. | Kenntnisnahme Die genannte frühere Stellungnahme wurde bereits in der abgeschlossenen Beteiligung nach § 9 (2) ROG behandelt und die Abwägung durch die Verbandsversammlung beschlossen. Diese Abwägung wurde der Stadt Bad Wimpfen zugestellt und kann auf der Homepage des RVHNF eingesehen werden. |
| STNE-ID: 101<br>Stadt Bad Wimpfen - Bauamt<br>STNA-ID: 33 | BE-ID: 73 Vor diesem Hintergrund wird die Streichung des Gebietes HN_08_II bzw. die Verschiebung ins Annexverfahen als folgerichtig erachtet und insofern begrüßt. Ergänzend sei bereits heute angemerkt, dass eine ersatzlose Streichung dieses Gebietes im Rahmen der zukünftigen Abwägung im Annexverfahren als einziger gangbarer Weg erachtet wird, um den denkmalpflegerischen Belangen das notwendige, ihnen zustehende Gewicht einzuräumen. | Kenntnisnahme Die Prüfung des Sachverhaltes im Annexverfahren erfolgt ergebnisoffen. Die Entscheidung über den weiteren Umgang mit dem geplanten Vorranggebiet für Windkraftanlagen HN_08_II wird auf Basis der Prüfungsergebnisse durch die Verbandsversammlung getroffen. |
| STNE-ID: 101<br>Stadt Bad Wimpfen - Bauamt<br>STNA-ID: 33 | BE-ID: 74 Wir bitten um entsprechende weitere Beteiligung am Verfahren. | Kenntnisnahme Die Stadt Bad Wimpfen wird am weiteren Verfahren beteiligt. |
| STNE-ID: 104<br>Stadt Gaildorf Abteilung | BE-ID: 150 Die Belange der Stadt Gaildorf sind in Bezug auf die Streichung der betroffenen Gebiete nicht berührt. | Kenntnisnahme |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| Baurecht und Bauumwelt<br>STNA-ID: 61 | | |
| STNE-ID: 106<br>Stadt Heilbronn<br>STNA-ID: 94 | BE-ID: 249 Im Rahmen der vorliegenden Planung werden die Belange der Stadt Heilbronn nicht berührt, sodass eine weitere Beteiligung aktuell nicht erforderlich ist. Für die anstehenden Verfahrensschritte wünschen wir Ihnen weiterhin viel Erfolg. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 109<br>Stadt Külsheim<br>STNA-ID: 13 | BE-ID: 13 Die Stadt Külsheim ist mit der Streichung der 17 geplanten Vorranggebieten, insbesondere des VRG TBB_06_II Nördlich Külsheim (Kernort) einverstanden und erhebt hierzu keine Anregungen oder Bedenken. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 112<br>Stadt Neckarsulm<br>STNA-ID: 36 | BE-ID: 80 Wir bedanken uns für die erneute Beteiligung an dem genannten Verfahren, zu dem weder von Seiten der Stadt Neckarsulm noch von Seiten der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Neckarsulm-Erlenbach-Untereisesheim weitere Anregungen oder Bedenken vorgetragen werden. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 113<br>Stadt Niederstetten<br>STNA-ID: 41 | BE-ID: 91 Bezug: Gebiet „TBB_32_II Südlich Weikersheim-Elpersheim“: Die Stadt Niederstetten begrüßt ausdrücklich, dass das Gebiet „TBB_32_II Südlich Weikersheim-Elpersheim“ aus dem Hauptverfahren herausgenommen und nicht weiterverfolgt wird. Aus Sicht der Stadt Niederstetten war dieses Gebiet insbesondere aufgrund der Abstände zu den Siedlungsbereichen Rüsselhausen und Herrenzimmern kritisch zu bewerten. Eine Umsetzung hätte voraussichtlich zu erheblichen Beeinträchtigungen für die betroffene Bevölkerung geführt, insbesondere im Hinblick auf mögliche Immissionen sowie die Auswirkungen auf das Landschaftsbild. Darüber hinaus bestanden erhebliche Bedenken hinsichtlich möglicher Auswirkungen auf den Flugplatz Niederstetten. Aufgrund der räumlichen Nähe zu flugbetrieblich relevanten Bereichen konnte nicht ausgeschlossen werden, dass es zu Einschränkungen des militärischen sowie zivilen Flugbetriebs gekommen wäre. Vor dem Hintergrund der hohen Bedeutung des Flugplatzes für die Bundeswehr sowie als zentraler wirtschaftlicher Standortfaktor für die Stadt Niederstetten wird die Herausnahme des Gebietes daher ausdrücklich positiv bewertet. | Kenntnisnahme Es ist darauf hinzuweisen, dass die Stadt Niederstetten in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG keine Bedenken gegen TBB_32_II vorgebracht hat. Damals wurde keine Stellungnahme abgegeben. Weiter ist darauf hinzuweisen, dass weder die Bundeswehr noch die zivilen Luftfahrtbehörden in ihren Stellungnahmen im Rahmen der genannten Beteiligung nach § 9 (2) ROG Bedenken gegen TBB_32_II vorgebracht haben. Eine vermutete Einschränkung des militärischen und oder zivilen Flugbetriebes ist somit auszuschließen. Der Siedlungsabstand zu Rüsselhausen liegt mit mindestens 1.400 m sehr deutlich über dem notwendigen Mindestabstand. Zu Herrenzimmern ist der Siedlungsabstand nochmals deutlich größer, so dass nach dem regionalen Kriterienset keine Konflikte vorliegen und eine immissionsschutzrechtlich relevante Beeinträchtigung nicht zu erwarten wäre. Somit sind die vorgebrachten Belangen nicht ausschlaggebend für eine Streichung von TBB_32_II aus dem Hauptverfahren. Die ausschlaggebenden Gründe sind vorgetragene Bedenken der unteren Naturschutzbehörde bezüglich von Artvorkommen und einer hohen Biotopdichte. Es wird weiter darauf hingewiesen, dass die Streichung aus dem Hauptverfahren ausdrücklich nicht bedeutet, dass das Gebiet nicht weiterverfolgt wird. Im anschließenden Annexverfahren muss geprüft werden, ob eine Umsetzung mit Blick auf die vorgetragenen Bedenken ggf. auch in einem anderen Zuschnitt möglich ist. Vom Ergebnis dieser Prüfung, die in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde erfolgen wird, hängt |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | ab, ob eine komplette Streichung oder ein Neuzuschnitt des Gebietes zur Lösung der beschriebenen Konfliktlage führen kann. |
| STNE-ID: 113<br>Stadt Niederstetten<br>STNA-ID: 41 | BE-ID: 92 Bezug: Gebiet „TBB_37_II Nördlich Bad Mergentheim-Herbsthausen“: Auch in dem Bewusstsein, dass im vorliegenden Verfahrensschritt eingebrachte Stellungnahmen gegebenenfalls nicht mehr berücksichtigt werden können, sieht sich die Stadt Niederstetten dennoch veranlasst, Hinweise und Bedenken zum oben genannten Vorranggebiet vorzubringen. Die Stadt Niederstetten schließt sich inhaltlich vollumfänglich der Stellungnahme der Stadt Bad Mergentheim (BE-ID: 4523, Abwägungsstand: 16.12.2025) an und unterstützt ausdrücklich die dort vorgetragenen Argumente. | Kenntnisnahme und Ablehnung Gegen TBB_37_II hätten im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG Bedenken vorgebracht werden können. In diesem Verfahrensschritt hat die Stadt Niederstetten keine Stellungnahme abgegeben. Die genannte Stellungnahme der Stadt Bad Mergentheim in diesem inzwischen abgeschlossenen Beteiligungsschritt wurde vom RVHNF geprüft und entsprechend dem der Stadt Niederstetten bekannten Abwägungsstand behandelt. TBB_37_II wurde nicht ins Annexverfahren überführt und wird somit unverändert weiterverfolgt. Die Streichung des geplanten Vorranggebiets TBB_37_II ist im Übrigen nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. |
| STNE-ID: 113<br>Stadt Niederstetten<br>STNA-ID: 41 | BE-ID: 93 Insbesondere sind aus unserer Sicht folgende Punkte hervorzuheben: Die geplante Gebietsgröße von über 100 Hektar (insgesamt ca. 122 ha) stellt einen erheblichen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Die damit verbundene großflächige Inanspruchnahme und Zerschneidung von Waldflächen ist kritisch zu bewerten. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund bereits erfolgter erheblicher Eingriffe im Bereich der Stadt Niederstetten. Durch die Erweiterung des Munitionsdepots der Bundeswehr wurden auf Niederstettener Gemarkung bereits rund 35 Hektar Waldfläche gerodet. Diese Vorbelastung ist bei der weiteren Planung zwingend zu berücksichtigen. Eine zusätzliche Beanspruchung von Waldflächen – auch im angrenzenden Bereich des geplanten Vorranggebietes – führt aus unserer Sicht zu einer unverhältnismäßigen kumulativen Belastung für Natur, Landschaft und Erholungsfunktion. Auch aus Sicht der Stadt Niederstetten ist mit einer weiteren Verschlechterung des Landschaftsbildes zu rechnen. Der betroffene Raum weist eine hohe landschaftliche Qualität auf, die durch die Errichtung von Windenergieanlagen nachhaltig verändert würde. Zusätzlich ist davon auszugehen, dass Anlagenlärm Auswirkungen auf angrenzende Siedlungsbereiche haben kann, insbesondere auf den Ortsteil Herrenzimmern. | Ablehnung Wie bereits dargelegt, ist TBB_37_II nicht Gegenstand der laufenden Beteiligung. Die Abwägung zu TBB_37_II fand bereits statt und fiel zugunsten der erneuerbaren Energien aus. Die von der Stadt Niederstetten eingebrachten Belange können somit nicht in eine Abwägung einfließen. Unabhängig hiervon ist jedoch darauf hinzuweisen, dass auch wenn diese Belange rechtzeitig vorgebracht worden wären, dies nicht zu einer anderen Abwägungsentscheidung geführt hätte. Der Abstand des Gebiets TBB_37_II zu Herrenzimmern liegt bei über 1.700 m und damit deutlich über dem Mindestabstand. Eine besondere kumulative Belastung der Waldflächen in der Kommune durch die Erweiterung des Bundeswehrmunitionsdepots ist aus Sicht des RVHNF nicht zu sehen. Der RVHNF gesteht zu, dass durch seine Planung Eingriffe in den Naturhaushalt, insbesondere in Waldflächen, und eine Änderung des Landschaftsbildes eintreten werden. Diese hat der RVHNF in seiner Planung bedacht und nach Möglichkeit minimiert. Im Bereich von TBB_37_II sind keine übermäßig starken Beeinträchtigungen, die sich deutlich von anderen geplanten Vorranggebieten abheben und eine Streichung begründen würden, zu sehen. Dies ist durch die gesetzlichen Vorgaben nicht vermeidbar und deshalb hinzunehmen. |
| STNE-ID: 113<br>Stadt Niederstetten<br>STNA-ID: 41 | BE-ID: 94 Weiterhin schließt sich die Stadt Niederstetten ausdrücklich der Stellungnahme des Regierungspräsidiums Stuttgart zu den militärischen Belangen (BE-ID: 4065) an. Der Flugplatz Niederstetten hat eine herausragende Bedeutung für die Bundeswehr und ist zugleich ein wesentlicher wirtschaftlicher Standortfaktor für die Stadt Niederstetten. Diese Funktion gilt es langfristig zu | Ablehnung Die Stellungnahme des RPS adressierte keine mögliche Beeinträchtigung militärischer Belange, sondern befürchtete aufgrund der geringeren möglichen Anlagenhöhen eine fehlende Wirtschaftlichkeit für Umsetzungen von Windkraftanlagen. Diese Befürchtung ist aus Sicht des RVHNF unbegründet, wie zahlreiche |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | sichern. Es ist daher zwingend sicherzustellen, dass die geplanten Windenergieanlagen weder den militärischen noch den zivilen Flugbetrieb beeinträchtigen oder einschränken. | bestehende und weiter in Planung befindliche Anlagenstandorte in Bereichen, in denen aufgrund militärischer Beschränkungen niedrigere Anlagentypen umgesetzt werden müssen, deutlich machen. Aus Sicht des RVHNF zeigen diese vielzähligen weiterhin laufenden Planverfahren, dass eine wirtschaftliche Umsetzung gegeben ist. Wie bereits zuvor dargelegt, zeigte die Beteiligung nach § 9 (2) ROG eindeutig, dass eine Beeinträchtigung des Flughafens Niederstetten nicht zu befürchten ist. Zwar brachte die Bundeswehr einzelne Sachverhalte vor, die im Genehmigungsverfahren der späteren Einzelstandorte auch in TBB_37_II zu beachten sind, kam aber in der BE-ID 4514 bezüglich TBB_37_II selbst zu dem Schluss: "Die Flächen sind grundsätzlich für die Nutzung für Windenergieanlagen geeignet, daher ist hier eine Windenergienutzung durchaus möglich. Unter der Auflage, dass die PTL - wie oben angegeben - von sämtlichen Hindernissen freizuhalten ist, kann der Windenergienutzung in diesen Flächen zugestimmt werden." Der geforderten langfristigen Sicherung des Flugbetriebes steht somit nichts entgegen. |
| STNE-ID: 114<br>Stadt Öhringen<br>STNA-ID: 27 | BE-ID: 59 Wir bedanken uns für die Beteiligung im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 im Zuge der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien (Teilfortschreibung Windenergie II). Die Stadt Öhringen nimmt zur Kenntnis, dass die vom Regionalverband Heilbronn-Franken ausgewiesenen Vorranggebiete im Stadtgebiet Öhringen („KÜN_07_II – Westlich Zweiflingen-Westernbach“, „KÜN_13_II – Östlich Öhringen-Michelbach“, „KÜN_14_II – Südlich Waldenburg“ und „KÜN_15_II – Südöstlich Öhringen-Michelbach“) nicht der Streichung unterliegen. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 117<br>Stadt Tauberbischofsheim<br>STNA-ID: 32 | BE-ID: 71 Die Kreisstadt Tauberbischofsheim begrüßt die Streichung des geplanten Vorranggebiets TBB_12_II "Nordöstlich Tauberbischofsheim-Dittigheim" und die Überführung des geplanten Vorranggebiets ins sog. Annexverfahren. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 118<br>Stadt Waldenburg<br>STNA-ID: 91 | BE-ID: 237 Zur Teilfortschreibung des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 im Zuge der regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien (Teilfortschreibung Windenergie II), und dem Beschluss des RVHNF vom 30. Januar 2026 (Annexverfahren) nimmt die Stadt Waldenburg wie folgt Stellung: Die bisherigen Argumente haben für die Stadt Waldenburg höchste Bedeutung. Aus diesem | Kenntnisnahme |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Grund haben wir diese in Gänze nochmals angehängt und sind daher Bestandteil unserer Stellungnahme. | |
| STNE-ID: 118<br>Stadt Waldenburg<br>STNA-ID: 91 | BE-ID: 238 1a) Die Überlastung der Menschen, Flora, Fauna und Tiere durch die Konzentration von Windenergie auf dem „Balkon Hohenlohe" ist nicht hinzunehmen. Auch wenn Umzingelungswerte rein technisch, nicht erreicht werden, so sind die Auswirkungen klar und deutlich erkennbar. Wir verweisen an dieser Stelle auch auf Ihre Hinweise im Zuge des Abwägungsprozesses und Annexierung von KÜN16II. Dies gilt insbesondere in der Wechselwirkung zu den bereits realisierten Baumaßnahmen und den im Hauptverfahren befindlichen Vorranggebieten. | Ablehnung Die vorgebrachten Belange wurden bereits in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG behandelt und durch die Verbandsversammlung mit Beschluss vom 30.01.2026 einer Abwägung zugeführt. |
| STNE-ID: 118<br>Stadt Waldenburg<br>STNA-ID: 91 | BE-ID: 239 1 b) Wir möchten den Punkt 5 „Quellgebiete" unserer Stellungnahme nochmals in den Focus rücken. Dieser wurde im Abwägungsprozess nicht bearbeitet. Daher ist es uns wichtig, diesen explizit nochmals zu erwähnen. 1 c) Ergänzend zu 1b) weisen wir auf die in der Anlage 1 zur Verfügung gestellten Risikobewertung nach der Trinkwassereinzugsgebietsverordnung hin. Nach dieser Lesart verbieten sich Baumaßnahmen und der Betrieb dieser Art in solchen Gebieten. | Ablehnung Der genannte Punkt Quellgebiete wurde in der Stellungnahme der Stadt Waldenburg zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG als 6) vorgebracht (der Punkt 5) handelte von Naturschutzgebieten). Dieser Sachverhalt wurde in der BE-ID 4192 durch den RVHNF behandelt. Hierbei wurde auf das Dokument „Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen“ und dort insbesondere auf die Kap. 11 "Wasser- und Grundwasserschutz" sowie das Kap. 15.5 "Schädliche stoffliche Einwirkungen durch Rotorblattabrieb, Mikroplastik, Carbon, Schwefelhexafluorid, PFAS, PFC, Bisphenol A" verwiesen. Kap. 11 stellt die möglichen Auswirkungen von Windkraftanlagen auf die Grundwasserbildung dar. Hieraus wird deutlich, dass der RVHNF keine grundsätzlichen Auswirkungen durch Windkraftanlagen auf die Grundwasserqualität sieht. Weiter sind im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren einzelner Standorte ggf. konkrete Einzelfallsituationen zu prüfen und in Abstimmung mit der unteren Wasserbehörde, etwa durch Nebenbestimmungen, Restrisiken zu minimieren. Die in der Stellungnahme gesehene Gefahr durch "Flügelabrieb" wurde mit dem Hinweis auf Kap. 15.5 beantwortet. Dort wurde für jeden der in der Überschrift genannten Stoffe dargelegt, dass diese in vielfältiger Weise bereits heute in Alltagsgegenständen eingesetzt werden und in der Natur zu finden sind. Weiter wird darauf hingewiesen, dass die Einbringung der Stoffe in die Natur durch Windkraftanlagen sehr gering ist und im Vergleich zu anderen allgegenwärtigen Quellen kaum ins Gewicht fällt. Für alle diese Stoffe erfolgt die Hauptexposition von Menschen auf anderen Wegen (etwa aufgrund von Beschichtungen in Kochgefäßen oder auch |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | Trinkwasserleitungen). Eine erhebliche Beeinträchtigung durch Windkraftanlagen ist jedenfalls nicht anzunehmen. Dies gilt auch für Waldenburg. Die vom Stellungnehmer angesprochene Anlage 1 ist der Synopse als Anhang beigefügt. Aus dieser ergibt sich aus hiesiger Sicht nicht, dass sich grundsätzlich bestimmte Maßnahmen in einem Gebiet verbieten. Selbstverständlich ist bei jedem Vorhaben im Einzelfall zu prüfen, ob und wie dieses mit der Trinkwasserversorgung in Einklang zu bringen ist. Dies kann jedoch erst anhand konkreter standörtlicher Situationen stattfinden. So wird in jedem immissionsschutzrechtlichen Verfahren auch die zuständige Wasserbehörde beteiligt. Eine auch in der Anlage zur Stellungnahme genannte Abstimmung mit den zuständigen Genehmigungs- und Fachbehörden findet statt. So wird in der Anlage auch lediglich darauf hingewiesen, dass bei Verfahren etwa für Energieanlagen der Betreiber der Trinkwasserversorgung beteiligt oder informiert werden muss. Ein pauschaler Ausschluss solcher Maßnahmen wird hingegen nicht formuliert. Weiter wird darauf verwiesen, dass die untere Wasserbehörde des Landratsamtes Hohenlohekreis keine Bedenken gegen die geplanten Vorranggebiete vorgetragen hat. In Summe bleibt festzuhalten: Der RVHNF hat die Belange des Trinkwasserschutzes berücksichtigt. Er hat entgegen der gemachten Aussage des Stellungnehmers die Belange bereits in der letzten Abwägung behandelt. Dem RVHNF liegen keine Kenntnisse vor, die nahelegen, dass mit den Belangen der Trinkwasserversorgung in Waldenburg nicht auf immissionsschutzrechtlicher Ebene ein Umgang gefunden werden kann. |
| STNE-ID: 118<br>Stadt Waldenburg<br>STNA-ID: 91 | BE-ID: 240 1d) Erfahrungen im Zuge der bisherigen Baumaßnahmen. Im Zuge der laufenden Baumaßnahmen, der 7 Windräder, ist landeseigene Infrastruktur massiv zerstört worden. Durch unfassbar viel Schwerlastverkehr sind sämtliche betroffenen Straßen und Zuwegungen unserer „Bergstadt" großflächig zerstört worden. Weiterhin gibt/gab es großflächige Zerstörungen von Waldstrukturen bei Anliefern der Windräder im Wald. Auf 4 km Länge wurde massiv in das Lichtraumprofil eingegriffen. Ca. drei Wochen wurden die Zufahrtstrassen gesperrt, um Baumfällarbeiten an der Trasse durchzuführen. | Ablehnung Die genannten Belange sind nicht Gegenstand der laufenden Beteiligung. Gegenstand der Beteiligung ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie und deren Überführung in das Annexverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa). Der RVHNF erfüllt mit seiner Planung den durch Bundes- wie Landesrecht vorgegebenen Ausbau erneuerbarer Energien. Ein für diesen Ausbau notwendiger Infrastrukturausbau ist an allen möglichen Standorten in unterschiedlichem Umfang notwendig und kann der gesetzlichen Vorgabe nicht entgegengehalten werden. |
| STNE-ID: 118 | BE-ID: 241 1e) In der massiven Konzentration dieser ausgewiesenen Flächen, auf | Ablehnung Hierbei handelt es sich um eine Wiederholung der bereits in der |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| Stadt Waldenburg<br>STNA-ID: 91 | denen auch deutlich mehr als die bereits 18 avisierten Windräder mit einer Höhe von 280 m stehen können, sehen wir eine überproportionale Beeinträchtigung und Belastung der Lebensqualität der Bevölkerung. Der Waldenburger Anteil an der Vorrangfläche des RVHNF beträgt ca. 5,5 %. Daraus ergibt sich für die Waldenburger Gemarkung ein Anteil von 15 % ausgewiesene geplante Vorrangflächen. In größerem Maße zu berücksichtigen sind die vorbeschiedenen Windkraftanlagen und die Windkraftanlagen im Genehmigungsverfahren, die außerhalb der im Entwurf geplanten Vorrangflächen liegen (Randlagen außerhalb KÜN_14_II bis KÜN_17_II sowie SHA_16_II auf TFWind2_Standortdatenblätter_Hohenlohekreises Seite 140). Hier sind bereits 12 Anlagen geplant und die zusätzliche Belastung durch mögliche Windkraftanlagen innerhalb der Flächen TF-Wind2 muss vermieden werden. Gesichtspunkt der Umzingelung: Im Bereich von Kupferzell/Westernach sind weitere Anlagen in einer Entfernung von ca. 3 km geplant. Von Waldenburg aus auf Nabenhöhe sichtbar. Siehe dazu auch Ihre Anlage B zur RVHNF Satzung 2.3, Seite 5. Zitat: „..der ländliche Bereich wird durch den überproportionalen Zubau von WKAs zusätzlich zu der Tatsache, dass dieser Bereich schon infrastrukturelle Nachteile hat, unverhältnismäßig belastet..." (Anlage B, zur Satzung c:2.2, Seite 8) Darüber hinaus gibt es für Waldenburg spezifische Einwendungen: 1) In der Nähe der ausgewiesenen Vorranggebiete befinden sich besonders schützenswerte Sozial- und Bildungseinrichtungen wie das Albert-Schweitzer¬Kinderdorf, das Freizeitheim des Kreisjugendrings Esslingen und das Berufskolleg Waldenburg. Die existierenden Schallgutachten in Folge der massiven Ausweitung der Teilflächen - insbesondere in Bezug auf die bereits genehmigten Anlagen der Karlsfurtebene - Konzentration der Flächen KÜN_14 II bis KÜN_17 II sind zu überarbeiten. Aus unserer Sicht ist der rechtliche Rahmen der Schallimmissionen durch die Summe der Windenergieanlagen überschritten. 2) Die Waldflächen auf der Gemarkung von Waldenburg dienen ganz Hohenlohe als Erholungsraum und haben eine signifikante Bedeutung für Mensch, Flora, Fauna und Habitate. Die Planung stellt einen erheblichen Eingriff auf die Schutzgüter Mensch, Tiere, Flora, Fauna und Habitate dar. Dabei stellt der Schwäbisch- Fränkische Naturpark einen besonders schützenswerten Bereich dar. Der Luftkurort und touristische Hohenloher Hotspot „Balkon Hohenlohe" wird stark beeinträchtigt. Dies schädigt touristisch geprägte Unternehmen. 3) Für das raumwirksame Kulturdenkmal „Schloss | Beteiligung nach § 9 (2) ROG vorgebrachten Stellungnahme. Die vorgebrachten Belange wurden bereits in der dortigen Abwägung behandelt. Der Umgang mit diesen Belangen wurde von der Verbandsversammlung am 30.01.2026 beschlossen und kann der Synopse zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG entnommen werden. Diese wurde dem Stellungnehmer zugeschickt und ist auf der Homepage des RVHNF öffentlich einsehbar. Eine nochmalige Befassung damit ist nicht Gegenstand des laufenden Beteiligungsverfahrens. Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie und deren Überführung in das Annexverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa). |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Waldenburg", muss der Schutz aufgrund der geänderten Voraussetzungen (Höhe und Anzahl der WEAs) neu bewertet werden. 4) Die Naturschutzgebiete NSG Michelbacher Viehweide (ÖHR) und NSG Obere Weide bestehen aus verschiedenen einzelnen Bereichen und überschreiten den im HOKis sichtbaren Bereich. Wir bitten um eine genaue Betrachtung und Berücksichtigung in Zusammenarbeit mit dem Landschaftserhaltungsverband Hohenlohekreis. 5) Waldenburg bezieht zukünftig 70% seines Trinkwassers durch eigene Quellen. Dieses Quellwasser wird vorrangig in einer der Vorranggebiete gebildet. Eine Beeinträchtigung ist durch die massiven Eingriffe im Erdreich und durch Flügelabrieb und dessen Ausbringung nicht auszuschließen (siehe auch Ihre Anlage B zur Satzung RVHNF). Die folgenden beiden Punkte sind aus unserer Sicht rechtlich zu prüfen und fraglich: 6) Es gibt eine Missachtung der am 29. Juni 2023 in Kraft getretenen Verordnung EU 2023/1115 über entwaldungsfreie Lieferketten in der EU. Marktteilnehmer und Händler müssen darin nachweisen, dass ihre Erzeugnisse (also auch Strom) nicht auf entwaldeten Flächen erzeugt wurden. In Waldenburg handelt es sich, ausschließlich um Waldflächen und diese dürfen daher zur Stromproduktion nicht genutzt werden. 7) Bereits in der Planungsphase der Windräder in der Karlsfurtebene, gab es Einwendungen und Ausschlussgutachten der Bundeswehr. Da die geplanten Vorzugsflächen und die Windradhöhen sich deutlich vergrößert und sich gleichzeitig die aktuelle Sicherheitslage verschlechtert hat, muss diesem Punkt verstärkt Rechnung getragen werden (Bundeswehr Schreiben Aktenzeichen, Infra 345-60-00/V-114-17 BIA vom 11.12.2020). | |
| STNE-ID: 119<br>Stadt Weikersheim<br>STNA-ID: 48 | BE-ID: 124 Wir verweisen auf unsere Stellungnahme vom 18.12.2025, in der wir die sehr nahen Abstände und die Standorte südlich und nördlich der bestehenden Aussiedlerhöhe kritisch beurteilen. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Herausnahme der Fläche TBB_32 südlich Elpersheim, da damit zumindest eine Himmelsrichtung im Bereich der Höhen rund um Weikersheim von der Bebauung mit Windkraftanlagen freigehalten werden kann. | Kenntnisnahme Die genannten Sachverhalte der Stellungnahme vom 18.12.2026 wurden in der Abwägung zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG behandelt und sind der am 30.01.2026 durch die Verbandsversammlung beschlossenen Synopse zu entnehmen. Der weitere Umgang mit dem ursprünglich geplanten Vorranggebiet TBB_32_II wird sich im Zuge der Prüfungen im Annexverfahren zeigen. |
| STNE-ID: 120<br>Stadt Wertheim<br>STNA-ID: 49 | BE-ID: 137 Hiermit erhalten Sie die Stellungnahme der Großen Kreisstadt Wertheim: In seiner öffentlichen Sitzung am 31.03.2026 hat der Gemeinderat der Großen Kreisstadt Wertheim zum Tagesordnungspunkt "Regionale Planungsoffensive Erneuerbare Energien Teilfortschreibung „Windenergie" des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 im Zuge der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien (Teilfortschreibung Windenergie II) Erneute Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange Herausnahme geplanter | Kenntnisnahme Die genannte Anlage zur Stellungnahme ist der Synopse als Anlage beigefügt. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Vorranggebiete aus dem Hauptverfahren und Überführung in das Annexverfahren" einstimmig den nachfolgenden Beschluss getroffen: "Die Herausnahme der geplanten Vorranggebiete TBB_01_II „Südöstlich Wertheim- Mondfeld“ und TBB_06_II „Nördlich Külsheim (Kernort)“ aus dem Hauptverfahren (Teilfortschreibung Windenergie II) und deren Überführungen in das Annexverfahren (Teilfortschreibung Windenergie IIa) wird zur Kenntnis genommen." Siehe hierzu auch die beigefügte Anlage (Auszug aus der Niederschrift zum o. g. Tagesordnungspunkt). | |
| STNE-ID: 243<br>Zweckverband BODENSEE-WASSERVERSORGUNG<br>STNA-ID: 105 | BE-ID: 288 Bei den Anlagen der Bodensee-Wasserversorgung (BWV) handelt es sich um Versorgungseinrichtungen KRITISCHER INFRASTRUKTUR. Die Anlagen unterliegen daher besonderen Schutzkriterien. Wir haben den Entwurf zur Teilfortschreibung des Regionalplans geprüft. In der Anlage erhalten Sie eine Übersicht über den Verlauf unserer Anlagen in der Region Heilbronn-Franken. Sollte es im Rahmen der weiteren Untersuchung zu Kollisionen mit unser Infrastruktur kommen, sind wir zur Detailabstimmung zu kontaktieren. Bitte beachten Sie, dass Windkraftanlagen (WKA) einen Sicherheitsabstand von 150m zu unseren Anlagen einhalten sollten, um auch im Havariefall die Versorgung der Mitbürger nicht zu gefährden. Wir bitten um weitere Beteiligung am Verfahren. | Kenntnisnahme Die in der Anlage zur Stellungnahme beigefügten Dokumente (Übersichtskarten zum Verlauf der Leitungsanlagen sowie Hinweispapier "Vorsicht Rohr") wurden bereits in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG vorgebracht. Die Behandlung des Sachverhaltes kann der Synopse zur Beteiligung nach § 9(2) ROG entnommen werden. Diese wurde am 30.01.2026 von der Verbandsversammlung beschlossen. Auf einen erneuten Abdruck dieser Unterlagen in der aktuellen Synopse wird daher verzichtet. Die Berücksichtigung des vorgetragenen Sachverhaltes ist auf immissionsschutzrechtlicher Ebene unter Kenntnis konkreter Standorte zu verorten. Unabhängig hiervon ist aus hiesiger Sicht durch die Streichung von 17 Gebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa) keine Beeinträchtigung der vorgebrachten Belange zu befürchten. Eine Beteiligung im weiteren Verfahren erfolgt. |
| STNE-ID: 235<br>Albtal-Verkehrs-Gesellschaft mbH - Abt.: V2-PL1<br>STNA-ID: 80 | BE-ID: 205 Wir bedanken uns für die erneute Beteiligung an der Teilfortschreibung Heilbronn-Franken und nehmen hierzu Stellung wie folgt: Die AVG ist von den Änderungen im Zuge der erneuten Beteiligung (Streichung von Vorranggebieten) nicht betroffen. Wir halten unsere Stellungnahme vom 25.11.2024 weiterhin aufrecht. | Kenntnisnahme Bei der genannten Stellungnahme handelt es sich um die Stellungnahme zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG vom 25.11.2024. Die genannte Stellungnahme wurde in der Abwägung zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG behandelt. Die Abwägungsergebnisse sind der am 30.01.2026 durch die Verbandsversammlung beschlossenen Synopse zu entnehmen, die dem Stellungnehmer zugestellt wurde und auf der Homepage des RVHNF eingesehen werden kann. |
| STNE-ID: 122<br>Amprion GmbH Betrieb Bestandssicherung<br>STNA-ID: 60 | BE-ID: 148 1. 220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Rheinau – Hoheneck, Bl. 4524 (Maste 140 bis 1142) 2. 220-/380-kV-GemeinschaftsleitungPkt. Fürfeld – Hoheneck, Bl. 4507 (Mast 160/Bl. 4506 bis Mast 3 und Mast 14 bis 18) 3. 220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Rheinau – Pkt. Fürfeld, Bl. 4506 (Maste 165 bis 170) | Bzgl. der zu Beginn der Stellungnahme angeführten Leitungs- und Mastanlagen erfolgt eine Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 122 | BE-ID: 149 Mit Schreiben vom 01.10.2024 haben wir im Rahmen unserer | Kenntnisnahme Die genannte Stellungnahme zur Beteiligung nach § 9 (2) |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| Amprion GmbH Betrieb Bestandssicherung<br>STNA-ID: 60 | Beteiligung als Träger öffentlicher Belange eine Stellungnahme zur o. g. Teilfortschreibung des Regionalplans abgegeben, in der wir auf die von den geplanten Flächenausweisungen betroffenen Leitungsabschnitte hingewiesen haben. Diese Stellungname behält weiterhin ihre Gültigkeit. Wie wir den nun eingereichten Verfahrensunterlagen entnehmen können, ist es geplant, die entsprechend in Rot dargestellten Vorranggebiete zu streichen. Grundsätzlich bestehen aus unserer Sicht keine Bedenken gegen die Streichung der Windvorrangzonen, da sich hierdurch keine weiteren Berührungspunkte mit unsere Höchstspannungsnetzanlagen ergeben. Bezüglich der weiteren bestehenden Windvorrangzonen verweisen wir auf die Inhalte aus unserer v. g. Stellungnahme. [Hinweis RVHNF: Der Stellungnahme ist eine pdf-Datei Information zum Datenschutz angehängt] | ROG wurde im Rahmen der dortigen Abwägung behandelt und das Abwägungsergebnis von der Verbandsversammlung am 30.01.2026 beschlossen. Die Behandlung der Sachverhalte kann der Synopse zu diesem Verfahrensschritt entnommen werden, die dem Stellungnehmer zugestellt wurde und auf der Homepage des RVHNF eingesehen werden kann. Die angefügten Informationen zum Datenschutz werden mangels Relevanz für das Verfahren nicht als Anlage der Synopse beigefügt. |
| STNE-ID: 137<br>Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg - Amt Heilbronn<br>STNA-ID: 71 | BE-ID: 168 Das Finanzministerium Baden-Württemberg hat uns zuständigkeitshalber Ihre Email vom 23.02.2026 über das erneute Beteiligungsverfahren „TFS Windenergie II RPLAN RV HN-Franken“ zur Bearbeitung weitergeleitet. Von dem im modifizierten Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie II gestrichenen Vorranggebieten sind wir nicht betroffen. Das Land Baden-Württemberg (Liegenschaftsverwaltung), vertreten durch den Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg, Amt Heilbronn erhebt im Rahmen des erneuten Beteiligungsverfahrens „Teilfortschreibung Windenergie II des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020“ daher keine Einwendungen. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 129<br>N-Ergie Netz GmbH<br>STNA-ID: 99 | BE-ID: 260 Aufgrund der Vielzahl der bestehenden EEG-Anlagen ist davon auszugehen, dass der Anschluss von Windkraftanlagen an das örtliche Mittelspannungsnetz in den meisten Fällen nicht mehr möglich ist. Bei Einzelanlagen wird dies von der N-ERGIE Netz GmbH individuell geprüft. Bei Windparks muss generell davon ausgegangen werden, dass der Anschluss in einer Umspannanlage notwendig ist. Die entsprechenden Anschlussleitungen bzw. die Trassen dafür sollten vorgesehen werden. Liegt die Leistung des Windparks bei 10 MW oder höher, ist die geeignete Spannungsebene für den Anschluss die 110-kV-Ebene. Als zuständiger Netzbetreiber bieten wir an, bei der Bewertung von Anschlusskosten der Vorrangflächen untereinander unterstützend mitzuarbeiten. Als Ansprechpartner steht Ihnen unsere Netzentwicklung Strom, Herr [Name anonymisiert] unter der Rufnummer [Telefonnummer anonymisiert] gerne zur Verfügung. | Kenntnisnahme Gegenstand der aktuellen Beteiligung ist lediglich die Streichung geplanter Vorranggebiete aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren (Teilfortschreibung Windenergie IIa). |
| STNE-ID: 130 | BE-ID: 297 Gegen die Trennung in Hauptverfahren (Teilfortschreibung | Kenntnisnahme Die in der früheren Stellungnahme zur Beteiligung nach |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| Netze BW GmbH<br>STNA-ID: 107 | Windenergie II) und Annexverfahren (Teilfortschreibung Windenergie IIa) haben wir keine Bedenken vorzubringen. Unsere Stellungnahme vom 20.11.2024 behält weiterhin ihre Gültigkeit. Im Anhang übersenden wir ihnen zur Aktualisierung unser 110-kV-Netz. | § 9 (2) ROG vorgebrachten Belange wurden in der dortigen Abwägung behandelt. Der Umgang mit diesen Belangen kann der Synopse zur Beteiligung nach § 9(2) ROG entnommen werden. Diese wurde durch die Verbandsversammlung am 30.01.2026 beschlossen. Der RVHNF dankt für die Überlassung aktueller Daten zum 110kV-Stromnetz, die aber mit Blick auf die vorgesehene Streichung von 17 Gebieten keinen Einfluss mehr auf den Abschluss der Teilfortschreibung Windenergie II haben werden. Die Daten werden jedoch im Annexverfahren Verwendung finden. Auf einen Abdruck dieser Unterlagen in der aktuellen Synopse wird daher verzichtet, zumal die die Dateien aufgrund des gewählten Dateiformats nicht ohne Weiteres abgedruckt werden können. |
| STNE-ID: 132<br>Netze ODR GmbH<br>STNA-ID: 55 | BE-ID: 143 Wir haben keine Anregungen zum vorliegenden Verfahren. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 133<br>NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH<br>STNA-ID: 67 | BE-ID: 159 Die im Rahmen der erneuten Beteiligung vorgelegten Änderungen des Planentwurfs haben wir zur Kenntnis genommen. Wir danken für die Information und die Möglichkeit der Einsichtnahme in die fortgeschriebenen Unterlagen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt bringen wir keine weitergehenden Anmerkungen vor. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 136<br>TransnetBW GmbH<br>STNA-ID: 65 | BE-ID: 155 Vorhaben Nrn. 3 und 4 BBPlG (SuedLink) Planfeststellungsabschnitt E2 Anlage 0346 380-kV-Netzverstärkung Grafenrheinfeld - Kupferzell – Großgartach (P48), Vorhaben Nr. 20 (BBPLG), Anlage 0348, Mast 009 - 013, 075 - 079, 078 - 083 380-kV-Leitung Großgartach - Pulverdingen, Anlage 0317 Mast 017- 021 380-kV-Leitung Kupferzell - Goldshöfe, Anlage 0341, Mast 087- 098, 103 - 107 380-kV-Leitung Höpfingen - Rittershausen, Anlage 7610, Mast 035 - 037, 065 - 068 | Bzgl. der zu Beginn der Stellungnahme angeführten Leitungs- und Mastanlagen erfolgt eine Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 136<br>TransnetBW GmbH<br>STNA-ID: 65 | BE-ID: 156 wir bedanken uns für die erneute Beteiligung an Ihrem Verfahren. Die TransnetBW wurde bereits am ersten Verfahren beteiligt und hat Stellung genommen. Wir verweisen auf unsere Stellungnahme vom 18.09.2024 und weisen darauf hin, dass weiterhin dieselben Inhalte gelten. Bitte beteiligen Sie uns weiterhin am Verfahren. | Kenntnisnahme Die genannten Stellungnahme vom 18.09.2024 wurden in der Abwägung zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG behandelt. Die Abwägungsergebnisse sind der am 30.01.2026 durch die Verbandsversammlung beschlossenen Synopse zu entnehmen, die dem Stellungnehmer zugestellt wurde und auf der Homepage des RVHNF eingesehen werden kann. Eine Beteiligung im weiteren Verfahren erfolgt. |
| STNE-ID: 206<br>BUND Regionalverband Heilbronn-Franken<br>STNA-ID: 77 | BE-ID: 199 Im Namen der beteiligten Umweltverbände BUND, NABU und LNV sowie deren baden-württembergischen Landesverbände danke ich für die Beteiligung am Verfahren und die ausführliche Auseinandersetzung mit unserer Stellungnahme, auf die wir hier aber inhaltlich nicht eingehen werden. Gegen die | Kenntnisnahme Der Umgang mit den genannten allgemeinen Kritikpunkten hat in der Abwägung zur abgeschlossenen Beteiligung nach § 9 (2) ROG stattgefunden und wurde am 30.01.2026 von der Verbandsversammlung beschlossen. Eine weitere Befassung hiermit ist nicht vorgesehen. Wie in |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Herausnahme der 17 Gebiete haben wir keine Einwände, wenngleich wir grundsätzlich auf unsere bereits in der Stellungnahme geäußerten, allgemeinen Kritikpunkte hinweisen. Zudem hätten wir uns aus naturschutzfachlichen Gründen gewünscht, dass deutlich mehr VRG ins Annexverfahren überführt worden wären. | der auf der Internetseite des RVHNF öffentlich einsehbaren und dem Stellungnehmer zugestellten Synopse dargestellt ist, hat sich der RVHNF an den gesetzlichen Rahmenbedingungen zu orientieren. Innerhalb des gesetzlichen Rahmens hat der RVHNF alle auf seiner Ebene bereits berücksichtigbaren naturschutzfachlichen Sachverhalte beachtet. Dies führt dazu, dass bereits bei der Kulissenerstellung naturschutzfachliche Belange, die einer regionalplanerischen Ausweisung entgegenstehen, eine Gebietsausweisung verhinderten. Mögliche Konflikte, die erst auf Ebene der Standortfindung auftreten können und auch erst dort vermieden werden können, können nicht auf regionaler Ebene adressiert werden. Dies würde sich auch in einer neuerlichen Prüfung im Annexverfahren nicht ändern, weshalb für die Mehrheit der vom Stellungnehmer gewünschten Änderungen auch im Annexverfahren kein anderer Umgang gefunden hätte werden können. |
| STNE-ID: 206<br>BUND Regionalverband Heilbronn-Franken<br>STNA-ID: 77 | BE-ID: 200 In diesem Zusammenhang möchten wir grundsätzlich anfragen, ob der RVHNF eine Aufnahme weiterer VRG aus dem Hauptverfahren ins Annexverfahren für möglich erachtet, wenn für diese neue, gravierende Meldungen zu windkraftsensiblen Arten vorliegen. | Ablehnung Der nächste Verfahrensschritt für die Gebiete des Hauptverfahrens der Teilfortschreibung Windenergie II ist der Satzungsbeschluss und damit das Ende des Verfahrens. Dies ist mit Blick auf die Notwendigkeit, die Steuerungswirkung zu erreichen und weiteren Zeitverzug zu vermeiden das Hauptziel. Aus Sicht des RVHNF ist es jedoch nicht zu erwarten, dass Sachverhalte auftreten, die nicht auf Ebene der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung adressiert und bei der Standortfindung bzw. in Nebenbestimmungen beachtet werden könnten. Sollte vor Satzungsbeschluss der äußerst unwahrscheinliche Fall eintreten, dass nachweislich eine derart gravierende geänderte Sachlage vorliegen würde, die zudem nicht auf Ebene der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung behandelt werden könnte und so großräumig wirken würde, dass sie die Erforderlichkeit eines Gebietes nachvollziehbar und ernsthaft in Frage stellen würde, dass letztendlich die Umsetzbarkeit eines Gebietes voraussichtlich nicht mehr gegeben wäre, wäre eine Herausnahme des geplanten Gebiets ernsthaft zu prüfen. Eine solche Herausnahme würde aus Sicht des RVHNF allerdings zwangsläufig die Notwendigkeit einer weiteren Beteiligung und damit weiteren Zeitverzug gepaart mit der neuerlichen Möglichkeit weiterer Sachänderungen mit sich bringen. Solche weiteren Änderungen, die nicht naturschutzfachlicher Natur sein müssten, könnten ihrerseits weiteren Handlungsbedarf nach sich ziehen. Eine |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | solche Endlosschleife sollte aus Sicht des Plangebers verhindert werden. |
| STNE-ID: 206<br>BUND Regionalverband Heilbronn-Franken<br>STNA-ID: 77 | BE-ID: 201 Wir gehen für das Annexverfahren davon aus, dass an neu vorgeschlagene, potentielle VRG-Flächen die gleichen Kriterien angesetzt werden, wie sie fürs Hauptverfahren von der Regionalversammlung verabschiedet wurden. So wurde uns zugetragen, dass die Kommune Neuenstadt eine Fläche als VRG vorschlägt, die im FFH-Gebiet und innerhalb eines Schwerpunktvorkommen von Fledermäusen liegt – für uns ein klares „No-Go“ und bislang für den RVHNF ebenso. | Kenntnisnahme und teilweise Zustimmung Im Annexverfahren werden die neu vorgeschlagenen Plangebiete sachlich auf Basis des selben Kriterienkataloges geprüft, der auch im Hauptverfahren angewendet wurde. Diskussionen möglicher Wunschflächen und deren Konflikte sind nicht Gegenstand des aktuell laufenden Verfahrensschrittes. Gegenstand dieser Beteiligung ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren. |
| STNE-ID: 206<br>BUND Regionalverband Heilbronn-Franken<br>STNA-ID: 77 | BE-ID: 202 Wir bitten um weitere Beteiligung, auch im Rahmen des Annexverfahrens. | Zustimmung Eine weitere Beteiligung am Verfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und IIa erfolgt. |
| STNE-ID: 166<br>Bauernverband Schwäbisch Hall-Hohenlohe-Rems e.V.Geschäftsstelle Übrigshausen<br>STNA-ID: 62 | BE-ID: 151 Zum aktuellen Stand der Planungen bestehen keine Bedenken. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 227<br>Gemeinde Jagstzell<br>STNA-ID: 70 | BE-ID: 166 In der Anlage übersende ich Ihnen den Beschluss aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Jagstzell vom 23.03.2026 zu o. g. Vorhaben. | Kenntnisnahme Der Beschluss ist nachstehend abgedruckt. |
| STNE-ID: 227<br>Gemeinde Jagstzell<br>STNA-ID: 70 | BE-ID: 167 Beschluss aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Jagstzell am 23.03.2026 TOP: 12. Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 im Zuge der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien (Teilfortschreibung Windenergie II) hier: Verfahren zur erneuten Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange GRS-2026-034 Beschluss: 1. Die Gemeinde Jagstzell hat keine Bedenken gegen die Teilfortschreibung des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 im Zuge der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien (Teilfortschreibung Windenergie II) 2. Belange der Gemeinde Jagszell sind hierbei nicht berührt. 3. Die Gemeinde Jagstzell bittet um Beteiligung am weiteren Verfahren. Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 0 Enthaltungen, 0 Befangen. Dem Beschluss wurde einstimmig zugestimmt. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 194<br>Markt Bütthard | BE-ID: 264 AUSZUG AUS DEM SITZUNGSPROTOKOLL Marktgemeinderat VOM 25.03.2026 Die Sitzung war öffentlich. TOP 07 Teilfortschreibung Windenergie II | Kenntnisnahme |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| STNA-ID: 102 | des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 hier: erneute Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange Sachvortrag: TBB_17_II „Nordöstlich Lauda-Königshofen-Oberbalbach“ und TBB_20_II „Nordwestlich Weikersheim-Nassau“. Der Marktgemeinderat hat sich in der Sitzung vom 13.11.2024 mit der ursprünglichen Planung befasst. Die Behandlung der Stellungnahme ist in der Anlage zu diesem TOP beigefügt als Synopse. Durch Herausnahme des Vorranggebiets TBB_17_II sind die Belange des Marktes Bütthard aus dem Sachvortrag vom 13.11.2024 noch weniger berührt. Beschluss: Aktuelle Maßnahmen oder Planungen des Marktes Bütthard, die für die Planaufstellung bedeutsam sein können, sind nicht bekannt. Weitere Anregungen und Hinweise über den Sachvortrag hinaus sind nicht erforderlich. Einwendungen werden nicht erhoben. Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Persönlich beteiligt: 0 | |
| STNE-ID: 193<br>VVG Erftal<br>STNA-ID: 96 | BE-ID: 255 Beigefügt übersenden wir Ihnen die Stellungnahmen der Gemeinde Neunkirchen und des Marktes Bürgstadt hinsichtlich der Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken. Beide Kommunen haben keine grundsätzlich Einwände vorgebracht. Der Markt Bürgstadt hat sinngemäß darauf hingewiesen, dass die eigene Vorrangfläche nicht beeinträchtigt werden darf. | Kenntnisnahme Eine mögliche Beeinträchtigung der Planungen auf bayerischer Seite wird seitens des RVHNF nicht gesehen, zumal die bayerischen Vorranggebiete in dem Bereich seit dem 23.12.2025 rechtskräftig sind. Vielmehr werden bezogen auf das unmittelbare südliche Angrenzen an des geplante Vorranggebiet TBB_02_II Synergieeffekte bzgl. der Umsetzung der Anlagen gesehen. |
| STNE-ID: 193<br>VVG Erftal<br>STNA-ID: 96 | BE-ID: 256 Auszug aus der Niederschrift über die 4. Sitzung des Gemeinderates Bürgstadt vom 10.03.2026 Zahl der Mitglieder: 17, Anwesend: 15 Die Behandlung war öffentlich. 5. Gemeindliche Stellungnahme zur Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 im Zuge der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien In der Sitzung vom 21.10.2022 hat der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes Heilbronn-Franken den Aufstellungsbeschluss für die Teilfortschreibung Windenergie II gefasst. Hintergrund des Aufstellungsbeschlusses war die Vereinbarung aller Regionalverbände Baden-Württembergs im Zuge einer Regionalen Planungsoffensive gleichzeitig Teilfortschreibungen für die Themenfelder Wind- und Solarenergie durchzuführen und entsprechende Flächenausweisungen für Wind und Photovoltaik auf 2 % der jeweiligen Regionsfläche vorzunehmen. Durch das Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz (in Baden-Württemberg: KlimaG) vom 01.02.2023 hat das Land Baden-Württemberg den über das Wind-an-Land-Gesetz / Windenergieflächenbedarfsgesetz des Bundes festgeschriebenen Flächenbeitragswert, der Baden-Württemberg verpflichtet, | Kenntnisnahme Die Stellungnahme ist der Synopse als Anlage beigefügt, so dass die eingefügte Skizze (Auszug aus der Raumnutzungskarte der Teilfortschreibung Windenergie II im Bereich des Gebiets TBB_02_II) dort eingesehen werden kann. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | 1,8 % der Landesfläche für Windkraft zur Verfügung zu stellen, auf die regionale Planungsebene übertragen. In diesem Gesetz hat das Land Baden-Württemberg festgelegt, dass dabei mindestens 1,8 % der jeweiligen Regionsfläche für die Windenergienutzung und mindestens 0,2 % für die Freiflächen-PV-Nutzung in den Regionalplänen festgelegt werden sollen. Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Heilbronn-Franken hat am 30. Januar 2026 neben der Synopse über die Behandlung der Stellungnahmen, die im Zuge der Beteiligung der Teilfortschreibung Windenergie II des Regionalplans 2020 eingingen, auch den modifizierten Entwurf und die Durchführung eines erneuten Beteiligungsverfahrens beschlossen. Es wurde um Rückmeldung bis spätestens 02. April 2026 gebeten. Der Regionalverband Heilbronn-Franken beabsichtigt weiterhin nördlich der Bürgstadter/Eichenbühler Fläche „Am Dachsberg", zwischen Ebenheid und Rauenberg (siehe die orangeschraffierte Fläche im nachfolgenden Planausschnitt), eine Fläche für Windenergie auszuweisen. Das Vorranggebiet besitzt eine Fläche von rund 72 ha und ist gegenüber der 1. Beteiligungsrunde in puncto Umfang und Flächenzuschnitt identisch. [Hinweis RVHNF: An dieser Stelle ist eine Skizze TBB_02_II "Südwestlich Freudenberg-Rauenberg" eingefügt.] Der Markt Bürgstadt und die Gemeinde Eichenbühl planen gemeinsam die Errichtung von mehreren Windkraftanlagen auf den gemeindeeigenen Flächen in der Flurbezeichnung „Am Dachsberg". Zuletzt wurde in der öffentlichen Sitzung des Marktes Bürgstadt am 24. Februar 2026 darüber informiert. Inwieweit diese beiden Vorrangflächen miteinander konkurrieren oder sich gegenseitig beeinträchtigen lässt sich verwaltungsseitig fachlich nicht sagen. Beschluss: Ja 14 Nein 1 Der Markt Bürgstadt nimmt die Planungen des Regionalverbandes Heilbronn-Franken zur Fortschreibung der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien zur Kenntnis und macht Einwände in der Form geltend, dass hiervon keine einschränkenden Wirkungen auf die auf Bürgstadter und Eichenbühler Gemarkung geplante und direkt angrenzende Vorrangfläche Am Dachsberg W63 ausgehen dürfen. Vielmehr sollte versucht werden, eine länderübergreifende einvernehmliche Lösung zu finden. | |
| STNE-ID: 193<br>VVG Erftal<br>STNA-ID: 97 | BE-ID: 257 Beigefügt übersenden wir Ihnen die Stellungnahmen der Gemeinde Neunkirchen und des Marktes Bürgstadt hinsichtlich der Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken. Beide Kommunen haben keine grundsätzlich Einwände vorgebracht. Der Markt Bürgstadt hat sinngemäß darauf hingewiesen, dass die eigene Vorrangfläche nicht | Kenntnisnahme Eine mögliche Beeinträchtigung der Planungen auf bayerischer Seite wird seitens des RVHNF nicht gesehen, zumal die bayerischen Vorranggebiete in dem Bereich seit dem 23.12.2025 rechtskräftig sind. Vielmehr werden bezogen auf das unmittelbare südliche Angrenzen an des geplante Gebiete TBB_02_II Synergieeffekte |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | beeinträchtigt werden darf. | bzgl. der Umsetzung der Anlagen gesehen. |
| STNE-ID: 193<br>VVG Erftal<br>STNA-ID: 97 | BE-ID: 258 Auszug aus der Niederschrift über die 2. Sitzung des Gemeinderates Neunkirchen vom 19.03.2026 Zahl der Mitglieder: 13, Anwesend: 8 Die Behandlung war öffentlich. 4. Gemeindliche Stellungnahme zur Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 In der Sitzung vom 21.10.2022 hat der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes Heilbronn-Franken den Aufstellungsbeschluss für die Teilfortschreibung Windenergie II gefasst. Hintergrund des Aufstellungsbeschlusses war die Vereinbarung aller Regionalverbände Baden-Württembergs im Zuge einer Regionalen Planungsoffensive gleichzeitig Teilfortschreibungen für die Themenfelder Wind- und Solarenergie durchzuführen und entsprechende Flächenausweisungen für Wind und Photovoltaik auf 2 % der jeweiligen Regionsfläche vorzunehmen. Durch das Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz (in Baden-Württemberg: KlimaG) vom 01.02.2023 hat das Land Baden-Württemberg den über das Wind-an-Land-Gesetz / Windenergieflächenbedarfsgesetz des Bundes festgeschriebenen Flächenbeitragswert, der Baden-Württemberg verpflichtet, 1,8 % der Landesfläche für Windkraft zur Verfügung zu stellen, auf die regionale Planungsebene übertragen. In diesem Gesetz hat das Land Baden-Württemberg festgelegt, dass dabei mindestens 1,8 % der jeweiligen Regionsfläche für die Windenergienutzung und mindestens 0,2 % für die Freiflächen-PV-Nutzung in den Regionalplänen festgelegt werden sollen. Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Heilbronn-Franken hat am 30. Januar 2026 neben der Synopse über die Behandlung der Stellungnahmen, die im Zuge der Beteiligung der Teilfortschreibung Windenergie II des Regionalplans 2020 eingingen, auch den modifizierten Entwurf und die Durchführung eines erneuten Beteiligungsverfahrens beschlossen. Es wurde um Rückmeldung bis spätestens 02. April 2026 gebeten. Der Regionalverband Heilbronn-Franken beabsichtigt weiterhin nördlich von Ebenheid und südlich von Rauenberg (ca. 72 ha) sowie östlich von Richelbach und westlich von Steinbach (ca. 176 ha, Abstand zu Richelbach ca, 1,3 km) eine Fläche für Windenergie auszuweisen. Gegenüber der 1. Beteiligungsrunde sind die Vorranggebiete in puncto Umfang und Flächenzuschnitt identisch. [Hinweis des RVHNF: Die Stellungnahme enthält an dieser Stelle zwei Skizzen: - Skizze TBB_02_II "Südwestlich Freudenberg-Rauenberg" eingefügt - Skizze TBB_08_II "Südwestlich Külsheim-Hundheim" eingefügt] Für die Planungen der Gemeinde | Kenntnisnahme Die Stellungnahme ist der Synopse als Anlage beigefügt, so dass die eingefügten Skizzen (Auszug aus der Raumnutzungskarte der Teilfortschreibung Windenergie II im Bereich der Gebiete TBB_08_II und TBB_02_II) dort eingesehen werden können. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Neunkirchen sind die beiden Flächen nicht von Bedeutung, nachdem diese jeweils ca. 4,5 km von der gemeindeeigenen Waldfläche „Lehmgrubenschlag" entfernt liegen. Belange der Gemeinde Neunkirchen sind demnach nicht betroffen. Beschluss: Ja 8 Nein 0 Die Gemeinde Neunkirchen erhebt nach Durchsicht der Planungen des Regionalverbandes Heilbronn-Franken zur Fortschreibung der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien keine Einwände. Belange der Gemeinde Neunkirchen werden durch die Planungen nicht berührt. | |
| STNE-ID: 214<br>Deutsche Bahn AG<br>STNA-ID: 95 | BE-ID: 250 Die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von DB InfraGO AG und DB Energie GmbH bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme zu o.g. Verfahren. Zunächst möchten wir festhalten, dass der DB Konzern den Ausbau der erneuerbaren Energien befürwortet. Schließlich ist auch eines der Leitbilder unserer Dachstrategie „Starke Schiene“ die grüne Transformation im gesamten DB Konzern. Dazu gehört u.a. auch Grüner Strom: Bis 2050 wird die Eisenbahn klimaneutral fahren. Dazu gehört, dass im Jahr 2038 unser Bahnstrom vollständig aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt und die Energieinfrastruktur dafür ausgebaut wird. Der weitreichende Ausbau der erneuerbaren Energien führt allerdings auch häufig zu Interessenskonflikten, gerade in Bezug auf die Abstände von Windenergieanlagen zu unseren Eisenbahninfrastrukturanlagen. Die Eisenbahnen sind nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) verpflichtet, ihren Betrieb sicher zu führen und die Eisenbahnstruktur sicher zu bauen und in einem betriebssicheren Zustand zu halten (§ 4 Absatz 3 AEG). Darüber hinaus sind die Anlagen der Eisenbahnen des Bundes (EdB) besonders schutzbedürftig und müssen vor Gefahren sowie Störpotentialen dringend geschützt werden. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 214<br>Deutsche Bahn AG<br>STNA-ID: 95 | BE-ID: 251 Um dies zu gewährleisten, hat das Eisenbahnbundesamt (EBA) in ihren „Eisenbahnspezifischen Technischen Baubestimmungen“ (EiTB) Empfehlungen zu den Abständen von WEA zu EdB abgegeben. Gemäß EiTB Teil A, Kapitel A 1 lfd. Nr. 1.2.8.7 i.V.m. Anlage A 1.2.8/6, müssen WEA einen Abstand von größer 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) zum nächstgelegenen in Betrieb befindlichen Gleis (Gleisachse) aufweisen. Für Freileitungen aller Spannungsebenen, z.B. 110 kV-Bahnstromleitungen / 15 kV-Speiseleitungen etc., gelten die Abstandsregelungen in DIN EN 50341-3-4 (VDE 0210-03):2011-01. Die Norm DIN EN 50341-2-4 VDE 0210-2-4:2019-09 sagt dazu aus: „Zwischen Windenergieanlagen und Freileitungen sind folgende horizontale Mindestabstände zwischen Rotorblattspitze in ungünstigster | Kenntnisnahme Die vorgebrachten Belange sind nicht Gegenstand der laufenden Beteiligung. Die laufende Beteiligung hat ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II sowie deren Überführung in das Annexverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa) zum Gegenstand. Die hier vorgebrachten Belange wurden bereits in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG behandelt und der entsprechende Umgang von der Verbandsversammlung am 30.01.2026 beschlossen. Die gesamte Stellungnahme ist der Synopse als Anlage beigefügt, so dass die angesprochene Grafik dort eingesehen werden kann. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Stellung und äußerstem ruhenden Leiter einzuhalten: - für Freileitungen ohne Schwingungsschutzmaßnahmen > 3 x Rotordurchmesser; - für Freileitungen mit Schwingungsschutzmaßnahmen > 1 x Rotordurchmesser. Wenn sichergestellt ist, dass die Freileitung außerhalb der Nachlaufströmung der Windenergieanlage liegt und der Mindestabstand zwischen der Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und dem äußeren ruhenden Leiter >1 x Rotordurchmesser beträgt, kann auf die schwingungsdämpfenden Maßnahmen verzichtet werden. Weiterhin gilt für Freileitungen aller Spannungsebenen, dass bei ungünstigster Stellung des Rotors die Blattspitze nicht in den Schutzstreifen der Freileitung ragen darf.“ Die folgende Grafik verdeutlicht die textliche Beschreibung der Norm: [Hinweis RVHNF: An dieser Stelle ist eine Grafik in die Stellungnahme eingefügt] Die Kosten für evtl. erforderliche Schwingungsschutzmaßnahmen an der Bahnstromleitung sind nach dem Verursacherprinzip vom Betreiber der Windenergieanlage zu tragen. Bei Einhaltung der o.g. Sicherheitsabstände bestehen unsererseits in der Regel keine Bedenken gegen die Errichtung von WEA in der Nähe unserer Infrastrukturanlagen. Dennoch ist immer auch eine Einzelfallbetrachtung der geplanten Standorte für WEA notwendig. Wir bitten um Berücksichtigung unserer o.g. Abstandsvorgaben und um Beteiligung in den noch folgenden Genehmigungsverfahren. | |
| STNE-ID: 214<br>Deutsche Bahn AG<br>STNA-ID: 95 | BE-ID: 252 Wir weisen abschließend darauf hin, dass die zuständige Genehmigungsbehörde hier in alleiniger Verantwortung entscheiden kann. Sie hat dabei die Abstandsempfehlungen des EBA aber auch andere erkenntnisleitende Informationen über etwaige auf den Bahnbetrieb bezogene Risiken für die öffentliche Sicherheit im Sinne des § 3 Abs. 1 der Landesbauordnung BW zu berücksichtigen. Allerdings trägt sie dann auch die Verantwortung für diese Entscheidung, insbesondere wenn sie von den allgemeinen Empfehlungen abweicht. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 214<br>Deutsche Bahn AG<br>STNA-ID: 95 | BE-ID: 253 Im Geltungsbereich des Regionalplans liegen mehrere Bahnstrecken die nicht im Betrieb oder Eigentum der DB AG sind. Die jeweiligen Betreiber bzw. Eigentümer sind ebenfalls am Verfahren zu beteiligen. Falls noch nicht geschehen, bitten wir im Rahmen der Anhörung der Träger öffentlicher Belange das Eisenbahn-Bundesamt zu beteiligen. Zuständige Stelle in diesem Falle: Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle Karlsruhe, Südendstraße 44, 76135 Karlsruhe Bei Planungen und Baumaßnahmen im Umfeld der Bahnlinie ist die Deutsche Bahn AG grundsätzlich frühzeitig zu beteiligen, da bei der | Kenntnisnahme Die genannten weiteren Stellen wurden ebenfalls im Verfahren beteiligt. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass Gegenstand der Beteiligung lediglich die Streichung von Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren ist. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Bauausführung ggf. Bedingungen zur sicheren Durchführung des Bau- sowie Bahnbetriebes zu beachten sind. | |
| STNE-ID: 214<br>Deutsche Bahn AG<br>STNA-ID: 95 | BE-ID: 254 Wir bitten Sie, uns die Abwägungsergebnisse zu gegebener Zeit zuzusenden und uns an dem Verfahren weiterhin zu beteiligen. | Teilweise Zustimmung und teilweise Ablehnung Eine weitere Beteiligung im Verfahren erfolgt. Die Zusendung des Abwägungsergebnisses ist nach Landesplanungsgesetz Baden-Württemberg nicht vorgesehen. Das Abwägungsergebnis kann nach Beschluss durch die Verbandsversammlung auf der Homepage des RVHNF eingesehen werden. |

REGIONALVERBAND
HEILBRONN-FRANKEN

**Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 im Zuge der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien (Teilfortschreibung Windenergie II)**

**Synopse zur erneuten Beteiligung nach § 12 Abs. 4, Abs. 3 Satz 3 bis 6 LplG in Verbindung mit § 9 Abs. 3 und 5 ROG**

# Inhaltsverzeichnis zum Anlagenverzeichnis der Träger öffentlicher Belange


| STNE-ID | STNA-ID | Name | Seiten-zahl |
|---|---|---|---|
| 120 | 49 | Anlage: TOP 5_Oe_Regionale Planungsoffensive | 2-3 |
| 55 | 87 | Anlage: 260318Stn_ePa_Vorlage | 4-6 |
| 118 | 91 | Anlage: Anlage 1 zu 1c Risikobewertung Trinkwassereinzugsverordnung | 7-18 |
| 214 | 95 | Anlage: TÖB-BW-26-231268 | 19-22 |
| 193 | 96 | Anlage: 2026-03-10 Stellungnahme Markt Bürgstadt | 23-24 |
| 193 | 97 | Anlage: 2026-03-19 Stellungnahme Neunkirchen | 25-27 |

Zentrale Steuerung, politische Planung, Recht

2. April 2026

**Auszug aus der**

**N I E D E R S C H R I F T**

**über die 21. Sitzung des Gemeinderates**

**in der Sitzungsperiode 2024/2029**

**am Dienstag, den 31. März 2026, 18:03 Uhr**

**Ort: Sitzungssaal des Rathauses**

**- öffentlich -**

---

**5. Regionale Planungsoffensive Erneuerbare Energien**

**Teilfortschreibung „Windenergie" des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 im Zuge der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien (Teilfortschreibung Windenergie II)**

**Erneute Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange**
**Herausnahme geplanter Vorranggebiete aus dem Hauptverfahren und Überführung in das Annexverfahren**
**Vorlage: 2024-29/0397**

Frau Leuchs bringt die Vorlage anhand einer Präsentation ein.

Oberbürgermeister Herrera Torrez hebt hervor, dass die Entscheidung über die Ausweisung der Gebiete als Windvorranggebiete beim Regionalverband liege. Er betont, dass die Stadt Wertheim zwar Stellungnahmen abgebe, diese jedoch nicht bindend für den Regionalverband seien. Er verweist auf Beispiele, bei denen der Regionalverband von den Vorschlägen der Stadt abgewichen sei. Oberbürgermeister Herrera Torrez stellt in Aussicht, dass im Falle einer Ausweisung der Flächen als Windvorranggebiete ein Ratsentscheid über die Nutzung städtischer Flächen für Windkraftanlagen angestrebt werden könnte, um die Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidung einzubeziehen.

Ortsvorsteher Roth ergänzt, dass die Stadt nur über die Nutzung ihrer eigenen Flächen entscheiden könne, während private Flächen, wie die des Fürstenhauses, außerhalb ihrer Entscheidungshoheit lägen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt:

1. Die Herausnahme der geplanten Vorranggebiete TBB_01_II „Südöstlich Wertheim-Mondfeld“ und TBB_06_II „Nördlich Külsheim (Kernort)“ aus dem Hauptverfahren (Teilfortschreibung Windenergie II) und deren Überführungen in das Annexverfahren (Teilfortschreibung Windenergie IIa) wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmung:**

Ja: 21 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

Für die Richtigkeit:

Tristan Fabig

**Sitzungsvorlage Nr. PLA136/2026**

Planungsausschuss
am 18.03.2026

zur Beschlussfassung
**- Öffentliche Sitzung -**

09.03.2026
0278-Ö-PLA136/2026

**Zu Tagesordnungspunkt 5**

**Stellungnahme zur Teilfortschreibung Windenergie II des Regionalplans Heilbronn-Franken**

**I. Sachvortrag:**

Das am 01.02.2023 in Kraft getretene Bundesgesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (Windenergieflächenbedarfsgesetz – WindBG) legt für jedes Bundesland ein umzusetzendes Flächenziel fest. Für Baden-Württemberg beträgt dieses Ziel zum Endzeitpunkt am 31.12.2032 1,8 % der Landesfläche. In dem am 07.02.2023 im Landtag von Baden-Württemberg verabschiedeten „Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg“ (KlimaG BW) wird das Bundesziel des WindBG aufgegriffen und in § 20 KlimaG BW die Mindestzielvorgabe von 1,8 % jeder Planungsregion zugewiesen. Die Erreichung der Teilflächenziele soll gemäß § 20 Abs. 2 KlimaG BW bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festgestellt werden. Als Planungsträger sind alle 12 Regionalverbände in Baden-Württemberg von diesen gesetzlichen Regelungen betroffen.

Der Regionalverband Heilbronn-Franken hat den Verband Region Stuttgart im Rahmen der ersten Offenlage angehört (vgl. PLA 030/2024). Die Verbandsversammlung hat am 30.01.2026 den Beschluss zum Umgang mit den eingegangenen Stellungnahmen sowie zum weiteren Vorgehen im Verfahren gefasst. Alle geplanten Vorranggebiete, die aus fachlichen Gründen überarbeitet werden müssen, werden in ein sogenanntes Annexverfahren, die Teilfortschreibung Windenergie IIa, ausgelagert, das zu einem späteren Zeitpunkt separat fortgeführt wird. Den Aufstellungsbeschluss für dieses Verfahren hat die Verbandsversammlung ebenfalls am 30.01.2026 gefasst. Die geplanten Vorranggebiete, die auf der Grundlage der Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen unverändert bleiben können, werden im sogenannten Hauptverfahren, der Teilfortschreibung Windenergie II, geführt. Dabei ist sichergestellt, dass die im Hauptverfahren verbleibenden Vorranggebiete zusammen mit dem Bestand an rechtskräftigen Vorranggebieten das Flächenziel von 1,8 % erreichen, damit die Steuerungswirkung der regionalen Planung greifen kann. Die Beteiligung im Hauptverfahren der Träger öffentlicher Belange läuft von 02.03.2026 bis 02.04.2026. Die Stellungnahme ist gemäß § 9 Abs. 3 Satz 3 ROG auf die geänderten Planinhalte beschränkt.

Der erarbeitete Planentwurf des Hauptverfahrens, der Gegenstand stand der aktuellen Beteiligung ist, umfasst 87 Vorranggebiete. Dies entspricht 8.466 ha und ergibt zusammen mit den unverändert bestehenden Gebieten aus der Teilfortschreibung Windenergie 2015 und der 13. Änderung des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 2,12 % der Fläche der Region Heilbronn-Franken. Sieben der ins-

gesamt 87 im Entwurf enthaltenden Vorranggebiete liegen an bzw. in unmittelbarer Nähe der gemeinsamen Grenze zur Region Stuttgart. Dabei handelt es sich um folgende Vorranggebiete:

- HN 23 II „Südöstlich Obersulm-Eichelberg“
- HN 24 II „Östlich Eppingen-Mühlbach“
- HN 25 II „Nordwestlich Lauffen am Neckar“
- HN 26 II „Östlich Wüstenrot (Kernort)“
- HN 27 II „Östlich Abstatt (Kernort)“
- SHA 29 II „Südwestlich Fichtenberg (Kernort)“
- SHA 30 II „Südlich Fichtenberg (Kernort)“

17 nochmals zu überarbeitende Vorranggebiete wurden aus dem laufenden Verfahren der Teilfortschreibung Windenergie II gestrichen und in das Annexverfahren (Teilfortschreibung Windenergie IIa) überführt. Zwei der Flächen des Annexverfahren liegen an bzw. in unmittelbarer Nähe der gemeinsamen Grenze zur Region Stuttgart. Dabei handelt es sich um folgende Vorranggebiete:

- SHA 20 II „Südöstlich Mainhardt-Bubenorbis“
- SHA 23 II „Südwestlich Rosengarten-Sanzenbach“

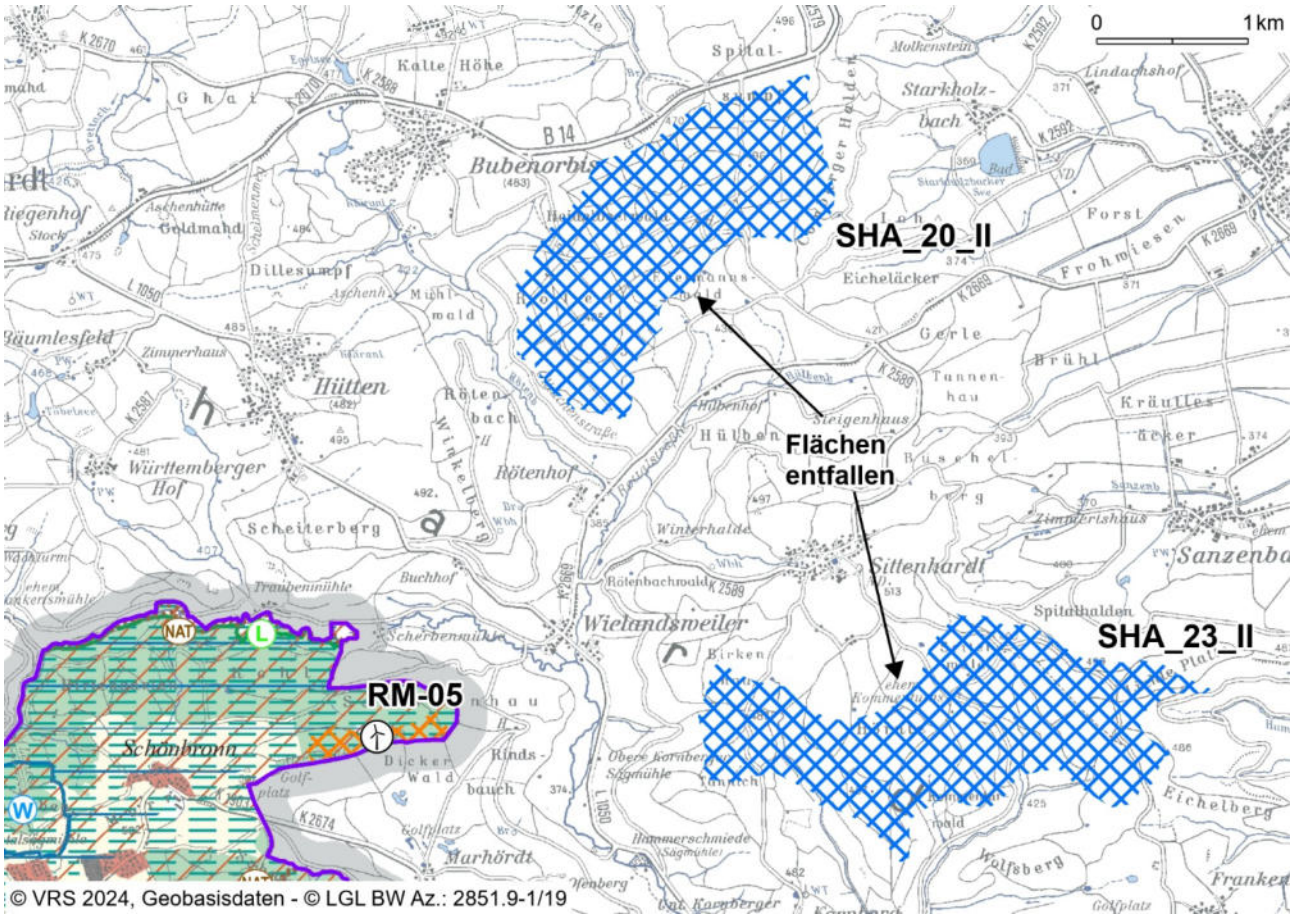
Da die Stellungnahme gemäß § 9 Abs. 3 Satz 3 ROG auf die geänderten Planinhalte beschränkt ist, sind nur die beiden Gebiete SHA 20 II „Südöstlich Mainhardt-Bubenorbis“ und SHA 23 II „Südwestlich Rosengarten-Sanzenbach“ Gegenstand der aktuellen Beteiligung, da diese nicht mehr Bestandteil des Planentwurfes des Hauptverfahrens sind. Alle anderen Gebiete wurden unverändert in den Planentwurf übernommen.

Regionalplanerische Wertung

Im Rahmen der regionalplanerischen Wertung wird im Folgenden auf die Betroffenheit der im Entwurf zur Teilfortschreibung des Regionalplans der Region Stuttgart geplanten Vorranggebiete durch die Planungen des Regionalverbands Heilbronn-Franken eingegangen.

SHA 20 II „Südöstlich Mainhardt-Bubenorbis“
SHA 23 II „Südwestlich Rosengarten-Sanzenbach“

Beide Gebiete gelten als zu überarbeitende Vorranggebiete und wurden aus dem laufenden Verfahren der Teilfortschreibung Windenergie II gestrichen und in das Annexverfahren (Teilfortschreibung Windenergie IIa) überführt.




Die vom Verband Region Stuttgart zu vertretende Belange werden durch die Planungen nicht berührt.

**II. Beschlussvorschlag:**

Die seitens des Verband Region Stuttgart zu vertretende Belange werden durch die vorliegende Planung nicht berührt.

# Wasserversorgung Stadt Waldenburg

## Risikobewertung nach der Trinkwassereinzugsgebieteverordnung (TrinkwEGV)

| | |
|---|---|
| **Ort:** | Waldenburg |
| **Auftraggeber:** | [redacted] |
| **Projektleiterin:** | |
| **GMP-Projektnr.:** | |
| **Datum:** | 19.03.2026 |

**Unterlagen:**

**Bundesministerium der Justiz:**

/1/ Bundesgesetzblatt Teil I – Zweite Verordnung zur Novellierung der Trinkwasserverordnung vom 20.06.2023

/2/ Verordnung über Einzugsgebiete von Entnahmestellen für die Trinkwassergewinnung (Trinkwassereinzugsgebieteverordnung – TrinkwEGV) vom 04.12.2023

**Bundes und Landesgesetze/ Umweltrecht:**

/3/ Wasserhaushaltsgesetz (WHG) §51 WHG

/4/ Landesgesetz (Baden-Württemberg) WG §19

**Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW):**

/5/ Merkblatt W 1004 – Bewertung von Trinkwassereinzugsgebieten gemäß Trinkwassereinzugsgebieteverordnung (2024-08)

/6/ DVGW-Arbeitsblatt W 101

**Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft (LAWA):**

/7/ Hilfestellung – Abgrenzung von Trinkwassereinzugsgebieten für die Bewertung nach TrinkwEGV für den 1. Zyklus mit Anlagen, Stand vom 29.09.2025

**Wasserverbandstag e.V. Bremen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt/BDEW – Landesgruppe Norddeutschland:**

/8/ Handlungshilfe zur Umsetzung der Trinkwassereinzugsgebieteverordnung (TrinkwEGV) mit Anlagen vom Dezember 2023

**Landratsamt Hohenlohekreis:**

/9/ Verordnung des Landratsamt Hohenlohekreis im Künzelsau zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wasserversorgungsanlagen auf Gemarkung Waldenburg der Wasserverbände “Wasserversorgung Goldbach” in Waldenburg-Goldbach und des Wasserverbands “Wasserversorgung Beltersrot” in Kupferzell-Beltersrot, vom 17 Dezember 2003

/10/ HOKis-Geoportal, https://gdi-hohenlohekreis.de/m/hokis/, Stand 11.03.2026

/11/ Entscheidung vom 22. Dezember 1976, Nr. 34.2/662.16/Ma/S, Bescheid vom 22.12.1976

12/ Entnahme von Grundwasser aus der Quellfassung 4, Sommerrain, Saillach auf Flst. 154/1, Flur Laurach, Gemarkung Waldenburg, Stadt Waldenburg zur öffentlichen Wasserversorgung, Bescheid vom 24.06.2025

/13/ Entnahme von Grundwasser aus den Quellfassungen 5 und 6 Kleeberg, Sailach auf Flst. 207, Flur Sailach, Gemarkung Obersteinbach, Stadt Waldenburg zur öffentlichen Wasserversorgung, Bescheid vom 02.06.2025

**Geologisches Landesamt/ WWA:**

/14/ Wasserschutzgebiet Sailach; Protokoll zur Auswertung von Wasserschutzgebieten für Quellfassungen, Protokoll vom 23.11.1984

**Vedewa (Vereinigung der Wasserversorgungsverbände und Gemeinden mit Wasserwerken):**

/15/ Auftr.-Nr. 1764-027; Anmeldung auf Eintragung Alter Rechte im Wasserbuch gemäß § 16 WHG und § 115 WaG, Beilage 1, Nr. 34.2/662.16/ma/S, Beschreibung vom 22.12.1976

**Anlagen:**

1. Übersichtslageplan, M = 1:25.000
2. Lageplan Wasserschutzgebiete M = 1:10.000
3. Lageplan Wasserschutzgebiete und Landnutzung M = 1:10.000
4. Ausbauplan und Schichtenverzeichnis der Quellfassungen I, III, V, VI
5. Chemische Analysen Brunnen (2022-2025)
6. Risikomatrix
7. Tabelle Trinkwassereinzugsgebieteverordnung (TrinkwEGV)

## Inhaltsverzeichnis:

Seite

1. Vorgang und Veranlassung ..... 6

2. Beschreibung des Einzugsgebietes ..... 6
   2.1 Örtliche Verhältnisse ..... 7
   2.2 Flächennutzung ..... 7

3. Gefährdungsanalyse, Risikoabschätzung/-bewertung ..... 8

4. Festlegung Untersuchungsprogramm ..... 10

5. Auswertung durchgeführter Untersuchungen ..... 10

6. Beschreibung bereits ergriffener Risikomanagementmaßnahmen ..... 11

7. Vorschläge für weitere Risikomanagementmaßnahmen ..... 11

# 1. Vorgang und Veranlassung

Zur Umsetzung der EG-Trinkwasserrichtlinie vom 20.12.2020 ist die zweite Verordnung zur Novellierung der Trinkwasserverordnung vom 20.06.2023 am 24.06.2023 in Kraft getreten /1/. Ergänzend hierzu wurde die Trinkwassereinzugsgebieteverordnung (TrinkwEGV) vom 04.12.2023 erlassen /2/. Durch die TrinkwEGV wird der risikobasierte Ansatz nach den Artikeln 7 und 8 der Trinkwasserrichtlinie umgesetzt und eine verpflichtende Risikobewertung sowie ein verpflichtendes Risikomanagement vorgeschrieben.

Die TrinkwEGV verfolgt das Ziel, das Rohwasser, das Grundwasser und das Oberflächenwasser in den Einzugsgebieten zu schützen, um somit perspektivisch eine Verringerung des Umfangs der Aufbereitung von Trinkwasser zu bewirken und Gefahren von den Ressourcen abzuwenden. Hierfür sollen mit Hilfe einer Risikoabschätzung mögliche Risiken in den Einzugsgebieten identifiziert werden, woraufhin eine entsprechende, zielgerichtete Untersuchung des Wassers in den Einzugsgebieten möglich ist. Durch ein Risikomanagement, welches auf den Daten der Risikoabschätzung und den Untersuchungen aufbaut, soll Risiken nach Möglichkeit vorgebeugt oder ihnen entgegengewirkt werden bzw. sollen sie minimiert werden.

Mit dem vorliegenden Bericht erfolgt die Risikobewertung gemäß § 3 TrinkwEGV für die Wasserversorgung der Gemeinde Heuchlingen als Grundlage für das festzulegende Risikomanagement.

Die Wasserversorgung der Stadt Waldenburg erfolgt durch insgesamt 5 Quellfassungen.

# 2. Beschreibung des Einzugsgebietes

Gemäß § 6 der TrinkwEGV wurde eine Bestimmung und Beschreibung des Trinkwassereinzugsgebietes für die Brunnen und Quellen vorgenommen.

Der Umgriff der Einzugsgebiete wird gemäß /3/-/6/ mit dem Umgriff der äußeren Trinkwasserschutzzonen (Zone III) gleichgesetzt.

Der Lageplan der festgesetzten Wasserschutzgebiete Frauenhalde, Sommerrain und Kleeberg (für alle Schutzgebiete WSG-VO vom 27.Juli 1989) mit der Georeferenzierung der Entnahmestelle ist als Anlage 2 beigefügt.

Details zum Einzugsgebiet können der Zusammenstellung in der Tabelle in Anlage 7 entnommen werden.

## 2.1 Örtliche Verhältnisse

Die Wasserversorgung der Stadt Waldenburg erfolgt durch die Wasserentnahme aus mehreren ausgewiesenen Schutzzonen. Insgesamt wird die Stadt durch 5 Quellen (I, III, IV, V, VI) versorgt.

Aus älteren vorliegenden Bescheiden und Unterlagen /15/ sind für die Quellen I-IV) zu heute abweichende Gemarkungseinteilungen (Gemarkung Obersteinbach wird zu Gemarkung Waldenburg) zu vermerken.

Die Risikobewertung erfolgt auf Basis der aktuell festgelegten Gewandeinteilungen.

Quellen I-III befinden sich auf der Gemarkung Waldenburg, im Gewand Frauenhalde, Quelle IV befindet sich im Gewand Sommerrain. Von den ursprünglich 3 Quellen im Gewand Frauenhalde ist die Quelle II trockengelegt worden, eine weitere Betrachtung dieser Quelle findet daher nicht statt. Die Quellfassungen 1-4 liegen auf der Flurnummern 154/1.

Die Quellen V und VI befinden sich auf dem Gewand Kleeberg, Flurnummern 207, Flur Sailach, Gemarkung Obersteinbach, Stadt Waldenburg.

Die Lage der Quellfassungen kann den Anlagen entnommen werden. Der Ausbauplan und das Schichtenverzeichnis sind in Anlage 4 beigefügt.

## 2.2 Flächennutzung

Der Großteil der Flächen in den Einzugsgebieten Frauenhalde/Sommerrain und Kleeberg liegt laut CORINE Land Cover in einem bewaldeten Gebiet mit einigen kleineren Ackerflächen (vgl. Anlage 3).

# 3. Gefährdungsanalyse, Risikoabschätzung/-bewertung

Im Rahmen der Gefährdungsanalyse wurden systematisch Gefährdungen und Gefährdungsereignisse in den Einzugsgebieten ermittelt. Diese hier ermittelten Szenarien wurden in der dann folgenden Risikoabschätzung hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer Auswirkungen bewertet und priorisiert. Die Risikoabschätzung beinhaltet die Analyse sowie die Bewertung von Risiken unter Einsatz der dem Betreiber vorliegenden Informationen.

Zweck der Risikoanalyse ist die individuelle Einstufung jedes Risikos. Dies wurde durch Abschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit und des Schadensausmaßes eines Gefährdungsereignisses erreicht.

Für die Risikoabschätzung wurde eine dreistufige Matrix (Eintrittswahrscheinlichkeit einer Gefahr gering – mittel – hoch) und Schadensausmaß für die Ressource des Trinkwassereinzugsgebietes beim Eintreten einer Gefahr (gering – mittel – hoch) verwendet, die zu drei Risikokategorien führen kann, die in Tabelle 1 erläutert sind.

**Tabelle 1: Risikokategorien mit Erläuterung zu Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadensausmaß**

| | | Schadensausmaß | | |
|---|---|---|---|---|
| | | **gering** | **mittel** | **hoch** |
| **Eintritts-wahrschein-lichkeit** | **gering** | niedriges Risiko | niedriges Risiko | hohes Risiko |
| | **mittel** | niedriges Risiko | mittleres Risiko | hohes Risiko |
| | **hoch** | mittleres Risiko | hohes Risiko | hohes Risiko |

**Erläuterung:**

Eintrittswahrscheinlichkeit:

- Gering (1): Bislang nicht vorgekommen. Wird nur bei einer Verkettung unglücklicher Umstände als möglich angesehen.
- Mittel (2): Gefahr ist bereits mindestens einmal aufgetreten, im Verhältnis zur Gesamtzahl jedoch noch gering.
- Hoch (3): Die Gefahr ist bereits mehrmals aufgetreten. Mit einem immer wiederkehrenden Auftreten der Gefahr ist zu rechnen.

Schadensausmaß:

- Gering (1): Gefahr hat keine bis sehr geringfügige Auswirkung; wird kaum wahrgenommen; Einzelfall; keine ernsthaften Folgen für das Trinkwassereinzugsgebiet und die Ressource.
- Mittel (2): Gefahr hat Konsequenzen für das Trinkwassereinzugsgebiet und die Ressource.
- Hoch (3): Ernsthafte Gefahren für das Trinkwassereinzugsgebiet, die zu deutlichen Konsequenzen für die Verwendung der Ressource führen können.

**Risikokategorien:**

Die Risikokategorien werden in Tabelle 2 beschrieben.

**Tabelle 2: Risikobewertung**

| | |
|---|---|
| Niedriges Risiko | Keine Abhilfemaßnahme notwendig, nur wenn nach eigener Einschätzung präventiv erforderlich |
| Mittleres Risiko | Mittelfristige Abhilfemaßnahme erforderlich |
| Hohes Risiko | Unmittelbare Abhilfemaßnahme notwendig |

In Tabelle 3 ist das Beispiel einer Risikomatrix gezeigt, mit der eine semi-quantitative Ermittlung des Rohwasserrisikos vorgenommen werden kann.

**Tabelle 3: Beispiel einer dreistufigen Risikomatrix zur semi-quantitativen Ermittlung des Rohwasserrisikos in Anlehnung an DVGW W-1004 (M) und DVGW W 1001 (M)**

| | | Schutzwirkung des Trinkwasser-einzugsgebietes | | |
|---|---|---|---|---|
| | | 1<br>hoch<br>(WSZ III B) | 2<br>mittel<br>(WSZ III/III A) | 3<br>gering<br>(WSZ II) |
| Ausgangsrisiko | < 5<br>gering | gering | gering | mittel |
| | 5 bis 10<br>mittel | gering | mittel | hoch |
| | > 10<br>hoch | mittel | hoch | hoch |

**Wertebereich Rohwasserrisiko:**
< 10: gering
10 bis 20: mittel
> 20: hoch

Die Matrix mit den Ergebnissen der Gefährdungsanalyse und der Risikoabschätzung sind als Anlage 6 beigefügt.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass der Betreiber der Trinkwasserversorgung gemäß § 14 der TrinkwEGV bei allen wesentlichen Verfahren, die zu einer Gefährdung im Einzugsgebiet führen können, beteiligt oder informiert werden muss. Hierzu gehören z.B. Infrastrukturprojekte, Energieanlagen etc., aber auch Ereignisse wie Abholzungen, Unfälle o.ä.

# 4. Festlegung Untersuchungsprogramm

Gemäß § 8 TrinkwEGV wurden Untersuchungen des Rohwassers im Trinkwassereinzugsgebiet Frauenhalde/Somerrain und Kleeberg auf relevante Parameter nach den Vorgaben der Absätze 2 bis 4 und der §§ 9 und 16 TrinkwEGV durchgeführt.

Die Untersuchungen wurden als LAWA-Untersuchungsergebnisse mit TZW-Bewertung übermittelt. Die Ergebnisse der Untersuchungen der Jahre 2022-2025 wurden auf Auffälligkeiten geprüft und sind als Anlage 5 in einer Tabelle zusammengestellt.

Im Jahr 2024 sind durch die akkreditierten Untersuchungsstelle *SGS Analitics Germany GmbH, 7793 Lahr weitere* Untersuchungen zum Trinkwasser durchgeführt worden. Ein Bericht liegt in Anhang bei.

# 5. Auswertung durchgeführter Untersuchungen

Die im Folgenden genannten Werte basieren auf Auswertungen der Prüfberichte zu chemischen Wasseruntersuchungen von 2022 bis 2025.

Zusammenfassung der Analysenergebnisse:

Die Probennahmen erfolgten an zwei Quellen, Quellen I Frauenhalde und V Kleeberg Diese stehen für das jeweilige übergeordnete Schutzgebiet.

Im Jahr 2022 wurden lediglich die Nitratwerte gemessen, die zwischen 11,4 (Quelle I) und 30,4 (Quelle V) schwanken. Für das Jahr 2024 sind weitere Angaben aufgezeichnet. Auffällig sind die hier ebenfalls hohen Nitratwerte 32,5 mg/l, sowie erhöhte Sulfatwerte 57,4 mg/l. Calcium liegt mit 70,2 mg/l vor, Calcium mit 27,4 mg/l.

Im Jahr 2025 liegt der Nitratgehalt für die Quelle I bei 10,8 mg/l, für die Quelle V bei 33,9 mg/l. In der Quelle V wurden Sulfatwerte von 53,6 mg/l gemessen.
Eine mikrobielle Beprobung fand nicht statt.

# 6. Beschreibung bereits ergriffener Risikomanagementmaßnahmen

Seitens des Wasserversorgers erfolgt eine regelmäßige Begehung des Wasserschutzgebiets, um bei möglichen Verstößen gegen die Auflagen des Schutzkatalogs reagieren zu können.

Die Stadt Waldenburg pflegt Maßnahmenpläne für jede Wasserversorgung, in denen dargestellt ist, wer der zuständige Ansprechpartner ist, wie die Informationskette laufen und welche Bewohner im Falle eines Notfalls speziell zu unterrichten sind.

Als Wasseraufbereitungsanlage wird eine UV-Filtrationsanlage eingesetzt

# 7. Vorschläge für weitere Risikomanagementmaßnahmen

Die Behörde soll auf Grundlage der Risikobewertung des Betreibers Risikomanagementmaßnahmen festlegen, die zur Verhinderung oder Beherrschung der identifizierten Risiken erforderlich sind. Die Maßnahmen sollen Emissionen begrenzen, eine Verschlechterung der Wasserbeschaffenheit verhindern/vermindern und die Aufbereitung verringern.

Neben den in Kapitel 6 beschriebenen Risikomanagementmaßnahmen zeigt die vorliegende Bewertung, dass zusätzlich folgende Risikomanagementmaßnahmen erforderlich sind:

- Seitens der Wasserversorgung sollte eine regelmäßige Begehung des Wasserschutzgebietes erfolgen, um bei möglichen Verstößen gegen die Auflagen des Schutzgebietskatalogs reagieren zu können.
- Es wird empfohlen, gesonderte Vereinbarungen mit den Landwirten zu treffen, um den Anbau von düngeintensiven Ackerkulturen zu vermeiden. Es wird empfohlen Gespräche mit Landwirten zur Änderung des Anbauplanes zu führen.
- Auch in der Erntezeit sollte das Abstellen von Maschinen mit wassergefährdenden Stoffen neben dem Brunnen vermieden werden.
- Es wird empfohlen potentielle Gefahrenstellen an den Ortsverbindungsstraßen und Flurwegen innerhalb des Trinkwasserschutzgebietes mit Leitplanken und entsprechender Beschilderung zusätzlich zu sichern.

Falls weitere Maßnahmen erforderlich sein sollten, sind diese in Abstimmung mit den zuständigen Genehmigungs- und Fachbehörden festzulegen.

Die Behörde stellt sicher, dass Verursacher die erforderlichen Maßnahmen gemäß Risikomanagement ergreifen und überprüft in angemessenen Zeitabständen die Wirksamkeit.




[redacted]

**Verteiler:**
Stadt Waldenburg (1x digital)

[redacted]

Deutsche Bahn AG - DB Immobilien
Gutschstraße 6 | 76137 Karlsruhe

Regionalverband Heilbronn-Franken
Verbandsdirektor Dr. Andreas Schumm
Am Wollhaus 17
74072 Heilbronn

beteiligung@rvhnf.de

Deutsche Bahn AG
DB Immobilien
KTE – WSP Baurecht
Gutschstraße 6
76137 Karlsruhe

[redacted]

Aktenzeichen: TÖB-BW-26-231268

02.04.2026

Ihr Az: -
Ihr Schreiben vom: 24.02.2026

**Erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 im Zuge der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien (Teilfortschreibung Windenergie II)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von DB InfraGO AG und DB Energie GmbH bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme zu o.g. Verfahren.

Zunächst möchten wir feshalten, dass der DB Konzern den Ausbau der erneuerbaren Energien befürwortet. Schließlich ist auch eines der Leitbilder unserer Dachstrategie „Starke Schiene“ die grüne Transformation im gesamten DB Konzern.

Dazu gehört u.a. auch Grüner Strom: Bis 2050 wird die Eisenbahn klimaneutral fahren. Dazu gehört, dass im Jahr 2038 unser Bahnstrom vollständig aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt und die Energieinfrastruktur dafür ausgebaut wird.

Deutsche Bahn AG | Sitz: Berlin | Registergericht: Berlin-Charlottenburg
HRB 50 000 | USt-IdNr.: DE 811569869 | Vorsitz des Aufsichtsrats: Werner Gatzer
Vorstand: Evelyn Palla (Vorsitz), Bernhard Osburg, Dr. Michael Peterson, Martin Seiler, Harmen van Zijderveld

Unser Anliegen:
DEUTSCHLAND BRAUCHT EINE STARKE SCHIENE

Nähere Informationen zur Datenverarbeitung im DB-Konzern finden Sie hier: www.deutschebahn.com/datenschutz

Der weitreichende Ausbau der erneuerbaren Energien führt allerdings auch häufig zu Interessenskonflikten, gerade in Bezug auf die Abstände von Windenergieanlagen zu unseren Eisenbahninfrastrukturanlagen.

Die Eisenbahnen sind nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) verpflichtet, ihren Betrieb sicher zu führen und die Eisenbahnstruktur sicher zu bauen und in einem betriebssicheren Zustand zu halten (§ 4 Absatz 3 AEG).

Darüber hinaus sind die Anlagen der Eisenbahnen des Bundes (EdB) besonders schutzbedürftig und müssen vor Gefahren sowie Störpotentialen dringend geschützt werden.

Um dies zu gewährleisten, hat das Eisenbahnbundesamt (EBA) in ihren „Eisenbahnspezifischen Technischen Baubestimmungen“ (EiTB) Empfehlungen zu den Abständen von WEA zu EdB abgegeben. Gemäß EiTB Teil A, Kapitel A 1 lfd. Nr. 1.2.8.7 i.V.m. Anlage A 1.2.8/6, müssen WEA einen Abstand von größer 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) zum nächstgelegenen in Betrieb befindlichen Gleis (Gleisachse) aufweisen.

Für Freileitungen aller Spannungsebenen, z.B. 110 kV-Bahnstromleitungen / 15 kV-Speiseleitungen etc., gelten die Abstandsregelungen in DIN EN 50341-3-4 (VDE 0210-03):2011-01.

Die Norm DIN EN 50341-2-4 VDE 0210-2-4:2019-09 sagt dazu aus:

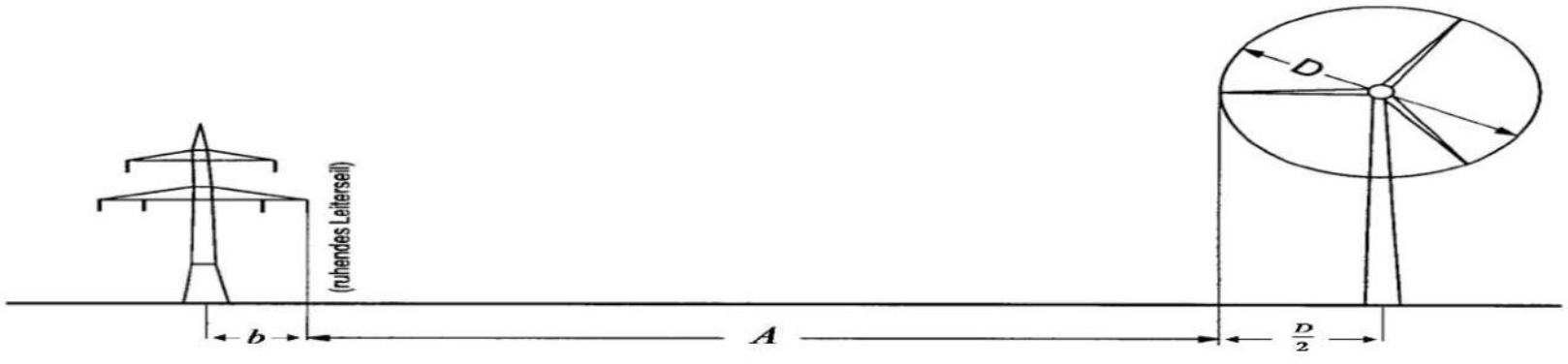
„Zwischen Windenergieanlagen und Freileitungen sind folgende horizontale Mindest-abstände zwischen Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und äußerstem ruhenden Leiter einzuhalten:

- für Freileitungen ohne Schwingungsschutzmaßnahmen ≥ 3 x Rotordurchmesser;
- für Freileitungen mit Schwingungsschutzmaßnahmen ≥ 1 x Rotordurchmesser.

Wenn sichergestellt ist, dass die Freileitung außerhalb der Nachlaufströmung der Windenergieanlage liegt und der Mindestabstand zwischen der Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und dem äußeren ruhenden Leiter > 1 x Rotordurchmesser beträgt, kann auf die schwingungsdämpfenden Maßnahmen verzichtet werden.

Weiterhin gilt für Freileitungen aller Spannungsebenen, dass bei ungünstigster Stellung des Rotors die Blattspitze nicht in den Schutzstreifen der Freileitung ragen darf.“

Die folgende Grafik verdeutlicht die textliche Beschreibung der Norm:




$A_{oS}$ – Freileitungen ohne Schwingungsschutzmaßnahme ≥ 3 x Rotordurchmesser D
$A_{mS}$ – Freileitungen mit Schwingungsschutzmaßnahme ≥ 1 x Rotordurchmesser D

Die Kosten für evt. erforderliche Schwingungsschutzmaßnahmen an der Bahnstromleitung sind nach dem Verursacherprinzip vom Betreiber der Windenergieanlage zu tragen.

Bei Einhaltung der o.g. Sicherheitsabstände bestehen unsererseits in der Regel keine Bedenken gegen die Errichtung von WEA in der Nähe unserer Infrastrukturanlagen. Dennoch ist immer auch eine Einzelfallbetrachtung der geplanten Standorte für WEA notwendig.

Wir bitten um Berücksichtigung unserer o.g. Abstandsvorgaben und um Beteiligung in den noch folgenden Genehmigungsverfahren.

Wir weisen abschließend darauf hin, dass die zuständige Genehmigungsbehörde hier in alleiniger Verantwortung entscheiden kann. Sie hat dabei die Abstandsempfehlungen des EBA aber auch andere erkenntnisleitende Informationen über etwaige auf den Bahnbetrieb bezogene Risiken für die öffentliche Sicherheit im Sinne des § 3 Abs. 1 der Landesbauordnung BW zu berücksichtigen. Allerdings trägt sie dann auch die Verantwortung für diese Entscheidung, insbesondere wenn sie von den allgemeinen Empfehlungen abweicht.

Im Geltungsbereich des Regionalplans liegen mehrere Bahnstrecken die nicht im Betrieb oder Eigentum der DB AG sind. Die jeweiligen Betreiber bzw. Eigentümer sind ebenfalls am Verfahren zu beteiligen.

Falls noch nicht geschehen, bitten wir im Rahmen der Anhörung der Träger öffentlicher Belange das Eisenbahn-Bundesamt zu beteiligen. Zuständige Stelle in diesem Falle: Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle Karlsruhe, Südendstraße 44, 76135 Karlsruhe

Bei Planungen und Baumaßnahmen im Umfeld der Bahnlinie ist die Deutsche Bahn AG grundsätzlich frühzeitig zu beteiligen, da bei der Bauausführung ggf. Bedingungen zur sicheren Durchführung des Bau- sowie Bahnbetriebes zu beachten sind.

Wir bitten Sie, uns die Abwägungsergebnisse zu gegebener Zeit zuzusenden und uns an dem Verfahren weiterhin zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen

DB AG – DB Immobilien

[redacted]

[redacted]

+++ Datenschutzhinweis: Aus aktuellem Anlass möchten wir Sie darauf hinweisen, dass die in Stellungnahmen des DB Konzerns enthaltenen personenbezogenen Daten von DB Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vor- und Nachname, Unterschriften, Telefon, E-Mail-Adresse, Postanschrift) vor der öffentlichen Auslegung (insbesondere im Internet) geschwärzt werden müssen. +++

**Chatbot Petra** steht Ihnen bei allgemeinen Fragen rund um immobilienrelevante Angelegenheiten gerne zur Verfügung.
Nutzen Sie dafür folgenden Link oder den QR-Code: https://chatbot-petra.tech.deutschebahn.com/

| **Auszug** aus der Niederschrift über die **4. Sitzung des Gemeinderates Bürgstadt** | | |
|---|---|---|
| **vom 10.03.2026** | Zahl der Mitglieder: 17<br>Anwesend: 15 | Die Behandlung war öffentlich. |

## 5. Gemeindliche Stellungnahme zur Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 im Zuge der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien

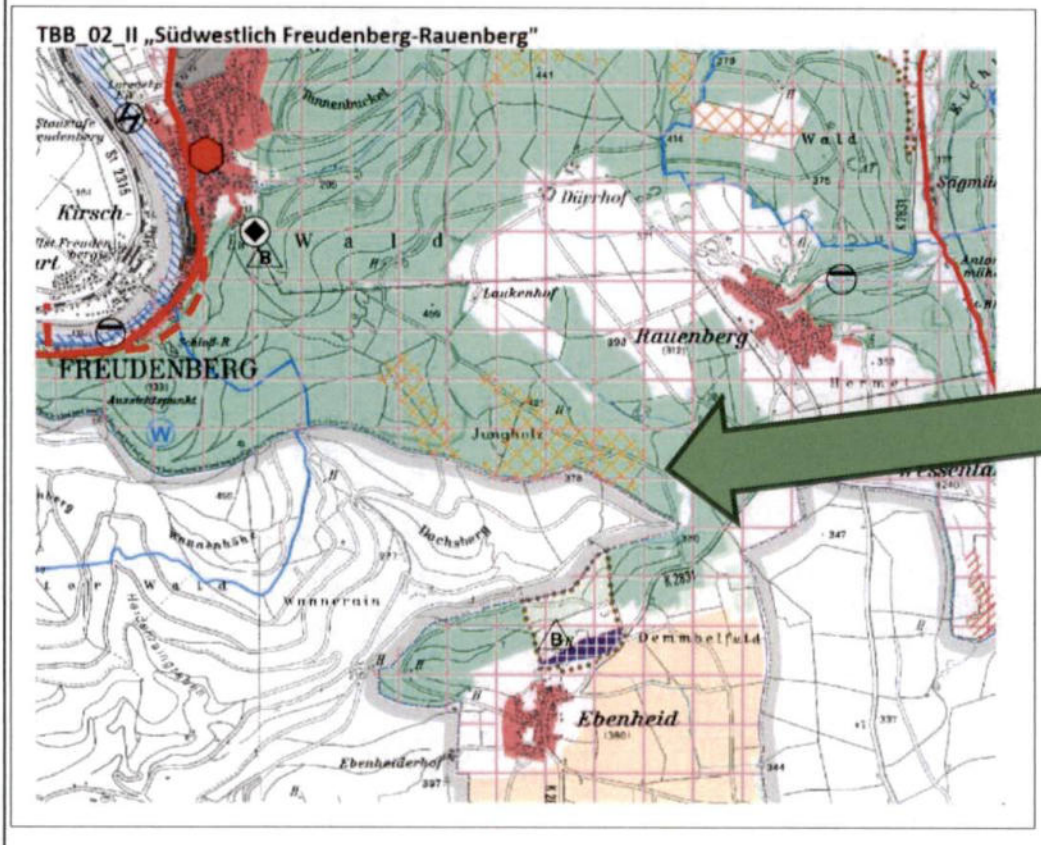
In der Sitzung vom 21.10.2022 hat der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes Heilbronn-Franken den Aufstellungsbeschluss für die Teilfortschreibung Windenergie II gefasst. Hintergrund des Aufstellungsbeschlusses war die Vereinbarung aller Regionalverbände Baden-Württembergs im Zuge einer Regionalen Planungsoffensive gleichzeitig Teilfortschreibungen für die Themenfelder Wind- und Solarenergie durchzuführen und entsprechende Flächenausweisungen für Wind und Photovoltaik auf 2 % der jeweiligen Regionsfläche vorzunehmen.

Durch das Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz (in Baden-Württemberg: KlimaG) vom 01.02.2023 hat das Land Baden-Württemberg den über das Wind-an-Land-Gesetz / Windenergieflächenbedarfsgesetz des Bundes festgeschriebenen Flächenbeitragswert, der Baden-Württemberg verpflichtet, 1,8 % der Landesfläche für Windkraft zur Verfügung zu stellen, auf die regionale Planungsebene übertragen. In diesem Gesetz hat das Land Baden-Württemberg festgelegt, dass dabei mindestens 1,8 % der jeweiligen Regionsfläche für die Windenergienutzung und mindestens 0,2 % für die Freiflächen-PV-Nutzung in den Regionalplänen festgelegt werden sollen.

Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Heilbronn-Franken hat am 30. Januar 2026 neben der Synopse über die Behandlung der Stellungnahmen, die im Zuge der Beteiligung der Teilfortschreibung Windenergie II des Regionalplans 2020 eingingen, auch den modifizierten Entwurf und die Durchführung eines erneuten Beteiligungsverfahrens beschlossen. Es wurde um Rückmeldung bis spätestens 02. April 2026 gebeten.

Der Regionalverband Heilbronn-Franken beabsichtigt weiterhin nördlich der Bürgstadter/Eichenbühler Fläche „Am Dachsberg", zwischen Ebenheid und Rauenberg (siehe die orangeschraffierte Fläche im nachfolgenden Planausschnitt), eine Fläche für Windenergie auszuweisen. Das Vorranggebiet besitzt eine Fläche von rund 72 ha und ist gegenüber der 1. Beteiligungsrunde in puncto Umfang und Flächenzuschnitt identisch.

| **Auszug** aus der Niederschrift über die **4. Sitzung des Gemeinderates Bürgstadt** | | |
|---|---|---|
| **vom 10.03.2026** | Zahl der Mitglieder: 17<br>Anwesend: 15 | Die Behandlung war öffentlich. |




Der Markt Bürgstadt und die Gemeinde Eichenbühl planen gemeinsam die Errichtung von mehreren Windkraftanlagen auf den gemeindeeigenen Flächen in der Flurbezeichnung „Am Dachsberg". Zuletzt wurde in der öffentlichen Sitzung des Marktes Bürgstadt am 24. Februar 2026 darüber informiert.

Inwieweit diese beiden Vorrangflächen miteinander konkurrieren oder sich gegenseitig beeinträchtigen lässt sich verwaltungsseitig fachlich nicht sagen.

**Beschluss:** **Ja 14 Nein 1**

Der Markt Bürgstadt nimmt die Planungen des Regionalverbandes Heilbronn-Franken zur Fortschreibung der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien zur Kenntnis und macht Einwände in der Form geltend, dass hiervon keine einschränkenden Wirkungen auf die auf Bürgstadter und Eichenbühler Gemarkung geplante und direkt angrenzende Vorrangfläche Am Dachsberg W63 ausgehen dürfen.
Vielmehr sollte versucht werden, eine länderübergreifende einvernehmliche Lösung zu finden.

**Bürgstadt, den 16.03.2026**
**Für die Richtigkeit:**
**i. A.**

BAYERN · VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT · TAL

[redacted]

| **Auszug** aus der Niederschrift über die **2. Sitzung des Gemeinderates Neunkirchen** | | |
|---|---|---|
| **vom 19.03.2026** | Zahl der Mitglieder: 13<br>Anwesend: 8 | Die Behandlung war öffentlich. |

## 4. Gemeindliche Stellungnahme zur Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020

In der Sitzung vom 21.10.2022 hat der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes Heilbronn-Franken den Aufstellungsbeschluss für die Teilfortschreibung Windenergie II gefasst. Hintergrund des Aufstellungsbeschlusses war die Vereinbarung aller Regionalverbände Baden-Württembergs im Zuge einer Regionalen Planungsoffensive gleichzeitig Teilfortschreibungen für die Themenfelder Wind- und Solarenergie durchzuführen und entsprechende Flächenausweisungen für Wind und Photovoltaik auf 2 % der jeweiligen Regionsfläche vorzunehmen.

Durch das Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz (in Baden-Württemberg: KlimaG) vom 01.02.2023 hat das Land Baden-Württemberg den über das Wind-an-Land-Gesetz / Windenergieflächenbedarfsgesetz des Bundes festgeschriebenen Flächenbeitragswert, der Baden-Württemberg verpflichtet, 1,8 % der Landesfläche für Windkraft zur Verfügung zu stellen, auf die regionale Planungsebene übertragen. In diesem Gesetz hat das Land Baden-Württemberg festgelegt, dass dabei mindestens 1,8 % der jeweiligen Regionsfläche für die Windenergienutzung und mindestens 0,2 % für die Freiflächen-PV-Nutzung in den Regionalplänen festgelegt werden sollen.

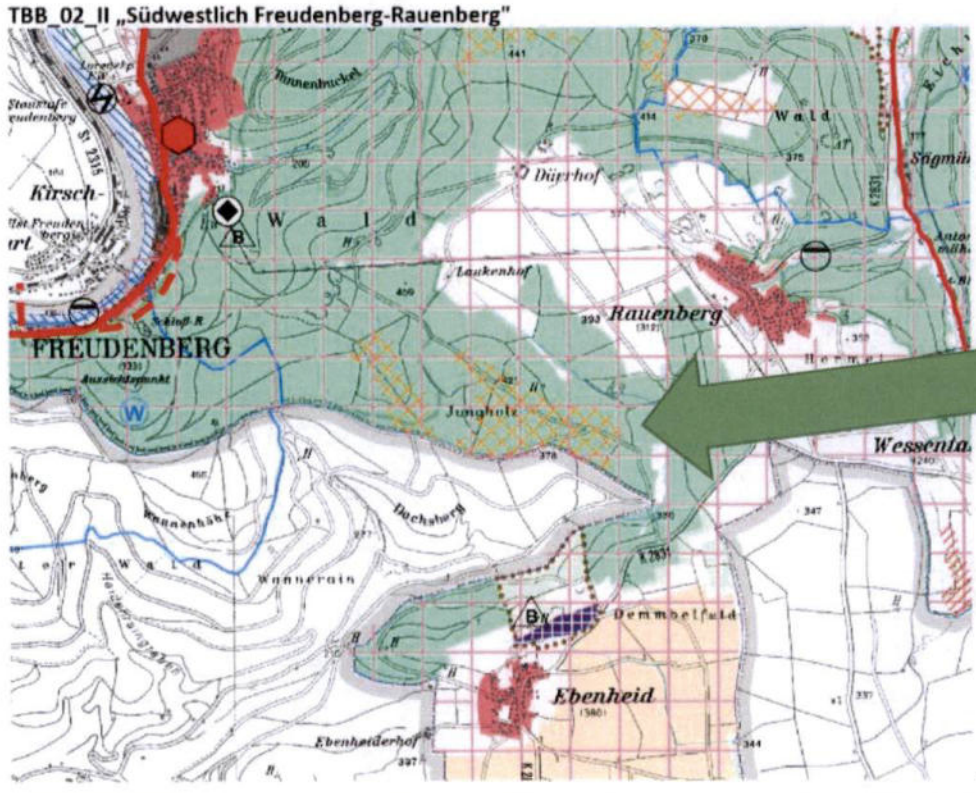
Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Heilbronn-Franken hat am 30. Januar 2026 neben der Synopse über die Behandlung der Stellungnahmen, die im Zuge der Beteiligung der Teilfortschreibung Windenergie II des Regionalplans 2020 eingingen, auch den modifizierten Entwurf und die Durchführung eines erneuten Beteiligungsverfahrens beschlossen. Es wurde um Rückmeldung bis spätestens 02. April 2026 gebeten.

Der Regionalverband Heilbronn-Franken beabsichtigt weiterhin nördlich von Ebenheid und südlich von Rauenberg (ca. 72 ha) sowie östlich von Richelbach und westlich von Steinbach (ca. 176 ha, Abstand zu Richelbach ca. 1,3 km) eine Fläche für Windenergie auszuweisen. Gegenüber der 1. Beteiligungsrunde sind die Vorranggebiete in puncto Umfang und Flächenzuschnitt identisch.

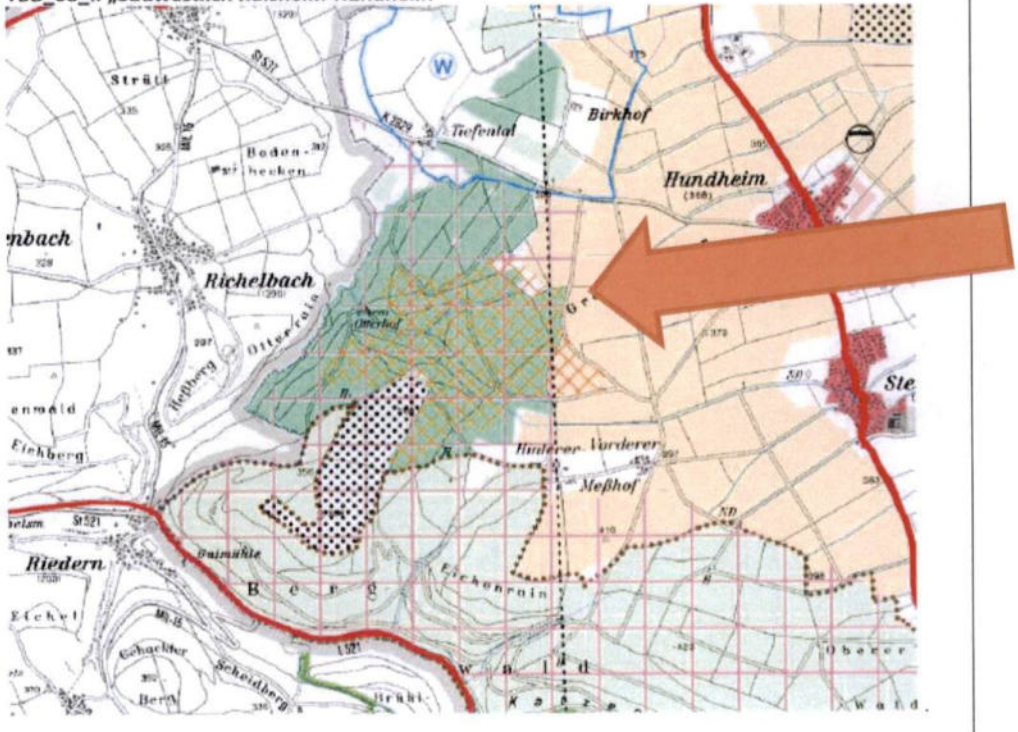
**Auszug** aus der Niederschrift über die **2. Sitzung des Gemeinderates Neunkirchen**

| | | |
|---|---|---|
| **vom 19.03.2026** | Zahl der Mitglieder: 13<br>Anwesend: 8 | Die Behandlung war öffentlich. |

TBB_02_II „Südwestlich Freudenberg-Rauenberg"




TBB_08_II „Südwestlich Külsheim-Hundheim"



| **Auszug** aus der Niederschrift über die **2. Sitzung des Gemeinderates Neunkirchen** | | |
|---|---|---|
| **vom 19.03.2026** | Zahl der Mitglieder: 13<br>Anwesend: 8 | Die Behandlung war öffentlich. |

Für die Planungen der Gemeinde Neunkirchen sind die beiden Flächen nicht von Bedeutung, nachdem diese jeweils ca. 4,5 km von der gemeindeeigenen Waldfläche „Lehmgrubenschlag" entfernt liegen. Belange der Gemeinde Neunkirchen sind demnach nicht betroffen.

**Beschluss:** **Ja 8 Nein 0**

Die Gemeinde Neunkirchen erhebt nach Durchsicht der Planungen des Regionalverbandes Heilbronn-Franken zur Fortschreibung der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien keine Einwände.
Belange der Gemeinde Neunkirchen werden durch die Planungen nicht berührt.

**Bürgstadt, den 25.03.2026**
**Für die Richtigkeit:**
**i. A.**

Kuger

**Teilfortschreibung Windenergie II – Verfahren der erneuten Beteiligung**

Beteiligung der Öffentlichkeit

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| STNE-ID: 234<br>BI Pro Dahenfeld<br>STNA-ID: 79 | BE-ID: 206 Zunächst möchten wir uns herzlich für Ihre transparente Rückmeldung sowie die ausführlichen Informationen zu unserer Einwendung bzw. Stellungnahme vom Oktober 2024 im Rahmen der ersten Beteiligungsrunde bedanken. Im Rahmen dieses erneuten Beteiligungsverfahrens möchten wir nochmals ausdrücklich auf die geforderte Ausweisung einer Windvorrangfläche auf der Gemarkung der Stadt Neuenstadt am Kocher hinweisen. Die von der Stadt Neuenstadt geforderte Fläche „westlich A81“ innerhalb eines FFH-Gebiets einschließlich der Pufferzone halten wir für äußerst problematisch und lehnen diese daher entschieden ab. Diese Fläche weist zahlreiche hochrangige Konfliktkriterien auf, unter anderem Schwerpunktvorkommen besonders schützenswerter Arten. Aus unserer Sicht bestehen daher schwerwiegende naturschutzrechtliche Bedenken, die nicht ausgeräumt werden können. Auch das Gutachten vom 20.09.2023 (DE 7021341 „Fachgutachterliche Einschätzung zur Realisierung von Windenergie“), das von der Neuenstadter Energie GmbH & Co. KG, Weippertstraße, Heilbronn, beauftragt wurde, darf unseres Erachtens nicht dazu führen, dass durch rechtliche Auslegungen oder Sonderregelungen Projekte in ökologisch hochsensiblen Bereichen ermöglicht werden. Die Umsetzung von Vorhaben, die nur durch juristische Ausnahmefälle oder Ausgleichszahlungen realisiert werden könnten, würde aus unserer Sicht diesen problematischen Wildwuchs fördern. Trotz der zahlreichen Einwendungen und Bedenken treibt die Neuenstadter Energie GmbH & Co. KG die Planung von mindestens drei Windenergieanlagen in diesem sensiblen kommunalen Waldgebiet weiterhin intensiv voran. Dieses Vorgehen steht aus unserer Sicht im Widerspruch zur Biodiversitätsstrategie der Europäischen Union, gefährdet wertvolle Lebensräume und trägt nicht zuletzt zur zunehmenden Politikverdrossenheit in der Bevölkerung bei. | Kenntnisnahme Die genannte Planung auf Flächen in Neuenstadt ist nicht Teil der aktuellen Gebietskulisse des RVHNF. Der RVHNF hat aktuell bis auf eine weniger als 1 ha umfassende Teilfläche des geplanten Vorranggebietes für regionalbedeutsame Windkraftanlagen HN_10_II keine Festlegung in Neuenstadt vorgesehen. Es ist korrekt, dass im Rahmen des abgeschlossenen Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG von der Stadt Neuenstadt eine Fläche zur Übernahme in die regionale Gebietskulisse gemeldet wurde. Flächenaufnahmen sind jedoch nicht Gegenstand der aktuellen Beteiligung. Gegenstand der aktuellen Beteiligung ist ausschließlich die Streichung von 17 Flächen aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie II a). Wünsche nach Flächenaufnahme werden im Annexverfahren anhand des regionalen Kriterienkatalogs ergebnisoffen geprüft und nochmals zur Diskussion gestellt. Das benannte parallel zur regionalen Teilfortschreibung laufende immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren liegt weder in der Hand des RVHNF noch hat dieser einen Einfluss auf darin getroffene Entscheidungen oder den Umfang von darin geforderten Untersuchungen etc. |
| STNE-ID: 234<br>BI Pro Dahenfeld<br>STNA-ID: 79 | BE-ID: 207 Durch die aktuell geplanten, teilweise bereits konkret projektierten bis zu 14 Windenergieanlagen auf dem Höhenrücken zwischen Neckarsulm und Langenbrettach entsteht zudem eine erhebliche räumliche Verdichtung. Dadurch fühlt sich nicht nur der Neckarsulmer Stadtteil Dahenfeld massiv von Windenergieanlagen umgeben; auch Ortsteile wie Lennach, Gellmersbach, | Kenntnisnahme und Ablehnung In dem genannten Bereich befinden sich die geplanten Vorranggebiete HN_09_II und HN_10_II. Beide Gebiete sind nicht Teil der laufenden Beteiligung. Beide Gebiete wurden durch Beschluss der Verbandsversammlung am 30.01.2026 im Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II belassen. Zu diesen Vorranggebieten |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Buchhorn und Cleversulzbach wären erheblich betroffen. | vorgebrachte Belange wurden in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG behandelt (siehe Synopse hierzu auf der Homepage des RVHNF) und eine entsprechende Abwägung von der Verbandsversammlung beschlossen. Unabhängig hiervon wurden beide Plangebiete bezüglich von Umfassungswirkungen auch auf die genannten Ortschaften geprüft. Eine Umfassung nach den regional angesetzten Kriterien liegt nicht vor. |
| STNE-ID: 234<br>BI Pro Dahenfeld<br>STNA-ID: 79 | BE-ID: 208 Windvorranggebiet HN_09_11 – Nördlich Erlenbach (Kernort) In der vergangenen Woche (KW 11) fand ein Ortstermin beim Wanderparkplatz „Herrenbusch“ statt, an dem Vertreter der Stadt Neckarsulm, des Forstamtes sowie der Projektiererfirma Enerkraft aus Erlenbach teilnahmen. Nach unseren Informationen soll der dortige Waldweg erheblich verbreitert werden, um den Transport der Bauteile für die geplanten Windenergieanlagen zu ermöglichen. Dabei wurde festgestellt, dass sich entlang der vorgesehenen Trasse Waldbiotope befinden, die durch die geplanten Maßnahmen zerstört würden. Bereits im letzten Beteiligungsverfahren haben wir den Regionalverband Heilbronn-Franken in unserer Stellungnahme ausdrücklich auf den vorhandenen Waldbiotopverbund innerhalb dieses geplanten Windvorranggebiets hingewiesen. Auch der NABU hat in seiner Stellungnahme auf die hohe ökologische Wertigkeit dieses Gebietes mit wertvollen Eichenbeständen, Speierlingsvorkommen sowie dem bestehenden Waldbiotopverbund aufmerksam gemacht. Angesichts einer zu geringen Windleistungsdichte laut Windatlas von lediglich etwa 190 W/m² erscheint es zudem unverhältnismäßig, dieses kleine Neckarsulmer Waldgebiet – das zugleich eine wichtige Erholungsfunktion für die Bevölkerung erfüllt – als Windvorranggebiet auszuweisen. Der zu erwartende Energieertrag dürfte entsprechend gering sein, während die Eingriffe in Natur und Landschaft erheblich wären. Ohne staatliche Subventionen wäre ein solcher Betrieb zudem wirtschaftlich äußerst fragwürdig. Wir möchten Sie daher eindringlich bitten, bei Ihren Abwägungen/Sichtungen nicht ausschließlich die gesetzlich vorgegebene Ausweisung von 1,8 % der Fläche für Windenergie zu berücksichtigen. Ebenso wichtig sind der Schutz unserer einzigartigen Natur- und Kulturlandschaft sowie die Lebensqualität von Mensch und Tier. | Ablehnung Wie bereits dargelegt, ist das geplante Vorranggebiet HN_09_II nicht Gegenstand der aktuellen Beteiligung. Alle in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG vorgebrachten Belange wurden in der dortigen Abwägung geprüft und ein Umgang dargelegt. Die Abwägungsergebnisse sind der am 30.01.2026 durch dier Verbandsversammlung beschlossenen Synopse zu entnehmen, die dem Stellungnehmer zugestellt wurde und auf der Homepage des RVHNF eingesehen werden kann. Die konkrete beste Lösung bezüglich einzelner Standorte oder deren Zuwegung ist auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens zu finden. |
| STNE-ID: 250<br>Bürgerinitiative Pro Fürfeld<br>STNA-ID: 116 | BE-ID: 301 Wir, die BI Pro Fürfeld, lehnen alle weiteren Vorranggebiete rund um Fürfeld im Annexverfahren ebenso ab. Auf die Ihnen vorliegende Begründung vom 02.06.2024 und 06.10.2024 wird verwiesen, insbesondere zur Umzingelung. | Kenntnisnahme Die vorgebrachten Belange sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Das erneute Beteiligungsverfahren hat ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | Überführung in das Annexverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa) zum Gegenstand. Die genannten Begründungen waren Teil der Stellungnahme zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG und wurden dort behandelt. Die Abwägung der dort vorgebrachten Sachverhalte erfolgte mit Beschluss der Verbandsversammlung vom 30.01.2026. Die Behandlung der Belange kann der Synopse zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG entnommen werden. Auf einen nochmaligen Abdruck wird deshalb verzichtet. |
| STNE-ID: 203<br>Bürgerwindpark Hohenlohe GmbH<br>STNA-ID: 9 | BE-ID: 7 Wir freuen uns, dass der Regionalverband Heilbronn-Franken im Rahmen des Annex-Verfahrens eine gemeinsame Betrachtung und Vergrößerung der beiden geplanten VRG KÜN_9_II und VRG KÜN_10_II prüfen möchte und sich damit unserer Stellungnahme zur Umfasssungsprüfung anschließt. | Kenntnisnahme Der RVHNF folgt mit der Überführung ins Annexverfahren der Linie, spezifische Fälle der Umfassungsprüfung, die nicht den festen Schemata von zweimal 120° bei zwei Freihaltewinkeln von jeweils 60° bzw. der Freihaltung von 180° entsprechen, im nachgelagerten Verfahren ergebnisoffen zu prüfen und damit einer einheitlichen Betrachtung zu unterziehen. |
| STNE-ID: 203<br>Bürgerwindpark Hohenlohe GmbH<br>STNA-ID: 9 | BE-ID: 8 Nicht nachvollziehen können wir die Herausnahme der VRG KÜN_10_II aufgrund der Vorsorgeabstände zu zwei Einzelgebäuden. Die bestehenden Vorbescheide sowie das im Verfahren befindliche immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren mit den AZ 50.5/699.1-2019-0018/lw belegen, dass alle gesetzlichen Anforderungen zu den Einzelgebäuden mit üblichen Auflagen eingehalten werden können (insbesondere Abstand 2H, Schall, Schattenwurf). Auf Wunsch können die Fachgutachten nachgereicht werden. | Kenntnisnahme Dass einzelne Standorte innerhalb des Vorranggebietes die gesetzlichen Vorgaben erfüllen können, belegt nicht, dass dies für die regionalplanerische Festlegung eines kompletten Vorranggebiets gilt. Die südliche Teilfläche von KÜN_10_II wie auch ca. das westliche Drittel von KÜN_09_II befinden sich nahezu vollständig innerhalb des 560 m Vorsorgepuffers zu Einzelgebäuden im Außenbereich. Auch wenn der Vorhabenträger an Einzelnen ausgewählten Standorten eine Planung vornehmen kann, wäre ein Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windkraftanlagen, das zu einem großen Teil Flächen umfasst, die aufgrund rechtlicher Vorgaben nicht bebaut werden können, rechtlich nicht erforderlich. Diesen Sachverhalt gilt es zu prüfen und einen Umgang damit zu finden. |
| STNE-ID: 203<br>Bürgerwindpark Hohenlohe GmbH<br>STNA-ID: 9 | BE-ID: 9 Daher fordern wir auch im Hinblick auf bestehende, rechtskräftige Vorbescheide sowie das eingereichte immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren die unveränderte bzw. ggf. vergrößerte Weiterverfolgung der VRG KÜN_9_II und VRG KÜN_10_II. | Kenntnisnahme Der weitere Umgang mit beider Gebiete wird im Rahmen des Annexverfahrens ergebnisoffen geprüft und ggf. überarbeitet. Die vorgebrachte Forderung wird hierbei ebenfalls in die weitere Betrachtung eingestellt. |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 21 | BE-ID: 33 Zum modifizierten Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie II, der vom 2. März bis ein-schließlich 2. April 2026 offenliegt, nehmen wir fristgerecht namens und im Auftrag der Energie Großrinderfeld GmbH, Marktplatz 6, 97950 Großrinderfeld im Folgenden Stellung und beantragen das Windvorranggebiet TBB_04_II „Westlich Großrinderfeld-Gerchsheim“ wie ursprünglich vorgesehen im Hauptverfahren weiterzuführen und nicht in das Annexverfahren | Kenntnisnahme und Ablehnung Die genannte Stellungnahme 7_STN_TBB_04_II_Energie_Großrinderfeld.pdf enthält alle weiteren in der folgenden Stellungnahme genannten Grafiken und Textauszüge. Diese Gesamtstellungnahme ist der Synopse als Anlage beigefügt. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | zu verschieben. Im Anhang befinden sich verschiedene Grafiken und Lagepläne, auf welche im Text verwiesen wird. Eine übersichtliche Darstellung in mit den eingebundenen Grafiken Briefform (siehe „7_STN_TBB_04_II_Energie_Grossrinderfeld.pdf“) ist zusätzlich beigelegt. | |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 21 | BE-ID: 34 Unsere Stellungnahme und unseren Antrag begründen wir wie folgt: In der nun offenliegenden Begründung der Streichung der geplanten Vorranggebiete aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und der Aufnahme in die Teilfortschreibung Windenergie IIa (Annexverfahren) wird die Verschiebung des Gebiets TBB_04_II „Westlich Großrinderfeld-Gerchsheim“ auf Seite 12 begründet (Siehe auch Anhang „1_TBB_04_II_Begruendung.pdf“). Grund für die Herausnahme ist also im Wesentlichen die Nichtberücksichtigung der Aussiedlerhöfe „Siedlung am Niederhofen, Gemeinde Altertheim“ und ein möglicher Umfassungskonflikt bei Unteraltertheim. | Kenntnisnahme Der Sachverhalt ist grundsätzlich richtig dargestellt. |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 21 | BE-ID: 35 1. Einbezug der Aussiedlerhöfe Bei Einbezug der Aussiedlerhöfe „Siedlung am Niederhofen“ auf bayrischer Seite, legt die Regierung von Unterfranken und der Regionale Planungsverband Würzburg aufgrund ihres Kriteriensets einen Siedlungspuffer von 600 m an. Dieser Siedlungspuffer ergibt sich aus der Referenzanlage Typ 1, welche von dem Regionalen Planungsverband mit einer Gesamthöhe von 285 m angenommen wird (siehe „2_Ausschnitt_aus_20._Vo_Wind_Anlage_2_Methodik_Erläuterungen_Kriterien.png“). In unserem Fall haben wir allerdings auf Grund einer MVA der Bundeswehr eine maximal mögliche Bauhöhe von 614 m ü. NHN (siehe STN des Bundesamts für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Referat Infra I 3). Entsprechend sind auf Grund der Geländehöhe vor Ort an der östlichen Kante nur WEAs von maximal 250 m Gesamthöhe möglich, was in unserer Planung der Fall ist. Darum fordern wir in diesem Fall einen Siedlungspuffer von 500 m anzuwenden. Eine Übersicht der Pufferzonen bietet der Lageplan „3_260206_GRF_II_Planrecht_Aussiedlerhöfe.pdf“. | Kenntnisnahme und Ablehnung Der RVHNF legt nicht den Siedlungsabstand des Regionalen Planungsverbandes Würzburg zugrunde sondern den sich aus dem Kriterienset des RVHNF ergebenden Vorsorgepuffer von 560 m. Dieser Vorsorgepuffer wird regionsweit einheitlich bei allen Plangebieten angelegt. Da dem RVHNF nicht bekannt ist welche Anlagen zu einem späteren Zeitpunkt von welchen Projektieren in den Vorranggebieten umgesetzt werden können, kann er sich ausschließlich auf die von ihm angesetzte größten Referenzanlage Typ 1 beziehen. Eine Differenzierung zwischen den Referenzanlagentypen Typ 1 und Typ 2 wurde aufgrund der damit verbundenen Komplexität des Kriteriensets und der schwierigen Nachvollziehbarkeit der daraus resultierenden Festlegungen verworfen. Darüber hinaus muss auf die Referenzanlage 1 abgestellt werden, da wie dieser Fall belegt, durch Abstellen auf Referenzanlage 2 (also die mindestens mögliche Anlagengröße) regelmäßig zu geringe Mindestabstände vorgesehen würden (siehe hierzu auch Begründung der "Teilfortschreibung Windenergie II", Kapitel D.3.2). Eine Berücksichtigung anderer Anlagentypen im Einzelfall wäre eine Benachteiligung gegenüber anderen nicht in dieser Form berücksichtigten Projektierern und damit rechtlich angreifbar. Eine Einzelfallprüfung der Gebiete auf dort ggf. umgesetzte Vorhaben und deren Anlagenhöhe ist weder leistbar noch erforderlich. Diese Einzelfallprüfung erfolgt im späteren |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren, in welchem auch der tatsächlich aufgrund der Anlagenkonfiguration einzuhaltende Mindestabstand nach § 249 (10) BauGB in der Genehmigung definiert wird. Der RVHNF hat die Aufgabe einer systematischen Festlegung von Vorranggebieten. Hierbei ist zu vermeiden, dass aufgrund der späteren Berücksichtigung der optisch bedrängenden Wirkung die Gebiete nicht umsetzbar sind und damit die Erforderlichkeit für die Ausweisung des Gebiets fehlt. Wie in der vom Stellungnehmer mitgelieferten Kartendarstellung (siehe Gesamtstellungnahme in der Anlage) gut zu erkennen ist, befinden sich die angesprochenen Aussiedlerhöfe auf bayerischer Seite teils unter 100 m vom Plangebiet TBB_04_II entfernt. Unabhängig von der Tatsache ob nun 500 oder 560 m Vorsorgepuffer eingehalten werden, befindet sich der weit überwiegende Teil des geplanten Vorranggebietes innerhalb dieser Vorsorgepuffer und ist damit nicht für eine Umsetzung der Windkraft geeignet. Dies entspricht einer klassischen fehlenden Erforderlichkeit dieses Gebietes. Dass der äußerste Osten des Plangebietes, in welchem die vom Stellungnehmer geplanten Standorte verortet sind, gerade außerhalb dieses Puffers nach § 249 (10) BauGB liegt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass dem geplanten Vorranggebiet insgesamt aufgrund dieses Sachverhaltes die Erforderlichkeit fehlt und es höchstens durch einen Neuzuschnitt unter Aussparen dieser nicht geeigneten Bereiche erforderlich werden könnte. Ein solcher Neuzuschnitt wird im Annexverfahren, der Teilfortschreibung Windenergie IIa, geprüft werden und ggf. erfolgen. |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 21 | BE-ID: 36 2. Einbezug der Umfassung von Unteraltertheim: Welche Maßstäbe der Regionalverband Würzburg angelegt hat, ist aus den Unterlagen der beschlossenen 20. Fortschreibug zur Windenergie nicht klar ersichtlich. Im Kriterienset ist nichts weiter ausgeführt, ebenso wenig auf Seite 29 des Umweltberichts (siehe „4_Ausschnitt_Umweltbericht_Methodik_Umfassung_RVWü.png“). Dort wird von einer „umzingelnden Wirkung“ und von einem „umstellen“ gesprochen, aber keine mathematische Be-rechnungs-/Bewertungmethode angenommen. Die Maßstäbe des Regionalverbandes Heilbronn-Franken bei der Prüfung einer unzulässigen Umfassung von Siedlungsgebieten, ergeben sich aus dem Umweltbericht (Stand 04.07.2024 / 06.08.2024) auf Seite 37 ff. Danach wird auf eine Methode zurückgegriffen, die in einem Gut-achten im | Kenntnisnahme Der Sachverhalt bezüglich des Vorgehens des RVHNF ist grundsätzlich richtig dargestellt. Die angesprochenen Textauszüge können der als Anlage der Synopse beigefügten Gesamtstellungnahme entnommen werden. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Auftrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern entwickelt und beschrieben wurde, das dem Umweltbericht in Anlage 1 beigefügt war. Im Umweltbericht wird das Vorgehen auf Seite 38 unter Bezugnahme auf das 2013 veröffentlichte und 2021 aktualisierte Gutachten im Auftrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur „Umfassung von Ortschaften durch Wind-kraftanlagen“ zusammenfassend unter „5_Ausschnitt_Umweltbericht_Methodik_Umfassung_RVHNF.png“ dargestellt. | |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 21 | BE-ID: 37 Im Fall des Gebiets TBB_04_II „Westlich Großrinderfeld-Gerchsheim“ stellt sich die Situation unter Berücksichtigung des Windvorranggebiet WK48-I „Nordöstlich Unteraltertheim“ entsprechend „6_260305_Umfassung_Unteraltertheim.pdf“ dar. Die Karte „6_260305_Umfassung_Unteraltertheim“ zeigt, dass vom äußeren Siedlungsrand von Unteraltertheim aus in horizontaler Ausrichtung 2 Freihaltekorridore mit jeweils deutlich mehr als 60° zwischen den zwei Windvorranggebiete gegeben sind, nämlich 139° und 83°. Auch eine Beeinträchtigung des Sichtfelds von 2/3 unter Berücksichtigung eines Gesichtsfelds von 180° in einer Richtung, also ein überstrichener Winkel von 120°, ist bei weitem unterschritten. Die zwei geplanten Windvorranggebiete würden eine Beeinträchtigung des Sichtfelds von 101° und 37°, zusammen also maximal 138° ergeben, allerdings unter Berücksichtigung eines 360° Sichtfelds. Berücksichtigt man, dass bei einem Gesichtsfeld von 180° in eine Richtung ein überstrichener Winkel von 120°, also unter Berücksichtigung von Freihaltekorridoren mit 60° insgesamt 240° zulässig wären, werden die Maßgaben des oben genannten Gutachtens und damit der vom Regionalverband Heilbronn-Franken und der vom Regionalen Planungsverband Würzburg angelegten Maßstäbe zur Vermeidung der Umfassung erfüllt sind. Eine regelkonforme Vermeidung der Umfassung ist damit gegeben. | Kenntnisnahme und Ablehnung Hierbei ist allerdings darauf hinzuweisen, dass der RVHNF dieses Gutachten, bei welchem es sich um keine gesetzliche Vorgabe handelt, sondern welches lediglich eine mögliche Handhabung der Fragestellung Schutz vor Umfassung/Überlastung darstellt, lediglich in seiner Maximalausprägung (also den im Gutachten einzig dargestellten Schablonentypen 120/60°und 180°) als schematisches Hilfsmittel zur Abgrenzung der Vorranggebiete eingesetzt hat. Dies hat den Hintergrund, dass der RVHNF in zahlreichen Fällen die potenzielle Umfassung von Siedlungsbereichen anhand mehrerer sich regelmäßig auch überlagernder Schablonen zu beurteilen hatte. Zu dem Zeitpunkt der Prüfung standen zudem noch keine Gebietsabgrenzungen fest, an welchen man eine individuelle Schablone hätte orientieren können, wie dies der Stellungnehmer nun anhand der abgegrenzten Plangebiete tat. In der Erstellungsphase der Vorranggebiete musste zunächst der Zuschnitt der einzelnen Vorranggebiete aus der deutlich größeren Potenzialkulisse anhand nachvollziehbarer und in die Öffentlichkeit kommunizierbarer Kriterien ermittelt werden. Dies anhand von unzählbar vielen individuell zu ermittelnden "frei kombinierbaren" Schablonen durchzuführen, hätte weder einen technisch umsetzbaren Weg für die Ermittlung der Vorranggebiete dargestellt, noch hätte es der Öffentlichkeit nachvollziehbar kommuniziert werden können, wenn jeder Zuschnitt unterschiedlich begründet und dargestellt worden wäre. Der hier angesprochene Fall TBB_04_II war der einzige Fall, in welchem der RVHNF bereits bei seiner Kulissenplanung einen von dem üblichen Schema abweichenden Fall bewusst angenommen hat. Dies wird auch im Standortdatenblatt von TBB_04_II (Stand der Beteiligung 06.08.2024) deutlich: "Für Unteraltertheim (Gemeinde Altertheim) kann eine Umfassung nicht durch eine Freihaltung von mind. 2 gegenüberliegenden |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | Bereichen mit 60° gemäß „Gutachten zur Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“ vermieden werden. Unter Berücksichtigung des rechtskräftigen VRG Wind 13_TBB bzw. der rechtskräftigen Konzentrationszone der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft (VVG) Tauberbischofsheim ergäbe sich im Nordwesten eine fast durchgängige Kulisse von nahezu 180° und gegenüber durch das geplante VRG Wind ein weiteres belastetes Sichtfeld von fast 30°. Dies entspricht nicht den Standardfällen für Einzelfallprüfungen aus dem zu Grunde liegenden Umfassungsgutachten. Allerdings ergibt sich durch die zwei in Verlängerung des Plangebietes bestehenden Windkraftanlagen westlich Gerchsheim bereits eine Vorbelastung. Zudem verbleiben um Unteraltertheim dennoch zwei Freihaltebereiche von ca. 85° in Richtung Osten und Süden." Einerseits zeigt dieser Text, dass der RVHNF grundsätzlich immer von den beiden Maximalpositionen, die sich aus dem Gutachten ergeben, ausging. Andererseits wird deutlich, dass schon aufgrund des Bestands an rechtskräftigen Windenergiegebieten und vorhandenen Standorten in diesem Fall eine solche Handhabung nicht mehr möglich war. Aus diesem Grund argumentierte der RVHNF mit einer Sondersituation, um die laufenden Planungen nach § 2 EEG berücksichtigen zu können. In der Stellungnahme der Regierung von Unterfranken im Rahmen der Beteiligung nach § 9 (2) ROG wurde seitens der Regierung von Unterfranken kritisiert, dass dieses Vorgehen "nicht dem empfohlenen Vorgehen im Gutachten entspricht". Aus diesem Grund solle die geplante Vorrangfläche TBB_04_II entfallen. Diese Situation war für den RVHNF der Präzedenzfall, auf dessen Grundlage entschieden wurde, dass alle Konflikte mit einer möglichen Umfassung sowie alle Wünsche auf eine alternative Umfassungslösung (also von der 120/60° bzw. 180° abweichenden Lösung) einer detaillierten Prüfung im Annexverfahren zugeführt werden müssen. Im Annexverfahren erfolgt eine intensive Einzelfallprüfung der konkreten Konstellation vor Ort, um zu klären, ob die vom Stellungnehmer gesehene regelkonforme Vermeidung der Umfassung der Tatsache entspricht oder das von der Regierung von Unterfranken gesehene nicht dem Gutachten entsprechende Vorgehen vorliegt. |
| STNE-ID: 210 | BE-ID: 38 3. Auch die nachfolgenden, weiteren Gründe, auf die es nach der | Kenntnisnahme Die Belange der Bundeswehr sind nicht ausschlaggebend |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 21 | Synopse zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange in Bezug auf die Verschiebung des geplanten Vorranggebiets TBB_04_II nicht ankommen soll, würden eine solche nicht rechtfertigen: Auf Seite 24 der vorgenannten Synopse wird die Stellungnahme des BAIUDBw unter BE-ID4498 dargelegt. Wie bei den anderen genannten WVRG stehen die Sachverhalte auch beim WVRG TBB_04_II dem Vorhaben nicht grundsätzlich entgegen. Es gibt Windvorranggebiete, welche sich näher an Niederstetten und Lauda befinden. Außerdem liegt das geplante Gebiet TBB_04_II innerhalb eines Bereichs, der Bauhöhen des Referenzanlagen Typ 2. Selbst unter Berücksichtigung der in der Stellungnahme angegebenen maximalen Bauhöhe von 614m über NHN wären ausweislich der konkreten, oben dargestellten WEA-Planungen Windenergieanlagen von bis zu 250 m möglich. Auch Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von 250 m können in dem Gebiet wirtschaftlich umgesetzt werden. Hiervon geht offensichtlich auch der Regionalverband Heilbronn Franken aus, wenn er auf Seite 90 der Synopse darauf hinweist, dass es sich um eine Fläche handelt, der eine kommunal unterstützte Projektierung zugrunde liegt. Jedenfalls aufgrund der Stellungnahme des BAIUDBw kann eine Verschiebung des Gebiets nicht gerechtfertigt werden. | für die Überführung ins Annexverfahren. Wie bereits dargelegt wird das geplante Vorranggebiet TBB_04_II aufgrund der Umfassungsprüfung in das Annexverfahren überführt. |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 21 | BE-ID: 39 Der Regionale Planungsverband Würzburg nahm ausweislich auf Seite 131 der Synopse unter BE-ID 4159 Stellung. Die Fläche des WindvorranggebietesTBB_04_II kann aufgrund der inzwischen vorliegenden Informationen zu Aussiedlerhöfen angepasst werden, ohne dass es dafür eine Verschiebung in das Annexverfahrens bedarf. Durch einen Zuschnitt mit einem Puffer von 500 m (entspricht der zweifachen Gesamthöhe der dort maximal möglichen WEAs) ergibt sich ein Abstand von mindestens 250 m bis zur bayrischen Landesgrenze und damit auch zum Vorbehaltsgebiet für Gips und Anhydrit. | Ablehnung Wie bereits dargelegt ist unter Einhaltung des Mindestabstands nach § 249 (10) BauGB zu den Aussiedlerhöfen auf bayerischer Seite zwar möglicherweise der Wunschstandort des Stellungnehmers möglich, für das regionale Plangebiet ist jedoch im gegenwärtigen Zuschnitt die Erforderlichkeit nicht länger gegeben. Ein vom Stellungnehmer geforderter Zuschnitt könnte ohne weitere Prüfungen mit entsprechendem Beteiligungsverfahren wenn überhaupt lediglich in der Form einer Rücknahme um die sich mit den Vorsorgeabständen zu Einzelgebäuden im Außenbereich überschneidenden Bereiche geschehen. Im Zuge der Abwägung zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG wurde mit Verweis auf den engen gesetzlichen Zeitplan nach § 13a LplG entschieden, solche Veränderungen nicht im Hauptverfahren durchzuführen. Ein Verbleib im Hauptverfahren, der Teilfortschreibung Windenergie II, schließt sich somit aus. Dieser Sachverhalt ist unabhängig von dem angesprochenen Vorbehaltsgebiet für Gips und Anhydrit. |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld | BE-ID: 40 Die in der Begründung für die Streichung des geplanten Vorranggebiets TBB_04_II aus dem Hauptverfahren und dessen Aufnahme in die | Ablehnung Wie dargelegt liegen die in der Begründung der Streichung aus dem Hauptverfahren angeführten Gründe weiter vor. Eine |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| STNA-ID: 21 | Teilfortschreibung Windenergie IIa (Annexverfahren) angegebenen Gründe sind damit nicht gegeben. Wir beantragen deshalb, das geplante Vorranggebiet TBB_04_II im Hauptverfahren zu belassen und nicht in das Annexverfahren zu verschieben. | Prüfung der Sachverhalte bleibt erforderlich und findet im Annexverfahren statt. TBB_04_II wird aus der Teilfortschreibung Windenergie II gestrichen und ins Annexverfahren überführt. |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 24 | BE-ID: 43 Zum modifizierten Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie II, der vom 2. März bis einschließlich 2. April 2026 offenliegt, nehmen wir fristgerecht namens und im Auftrag der Energie Großrinderfeld GmbH, Marktplatz 6, 97950 Großrinderfeld, im Folgenden Stellung. Wir beantragen, das Windvorranggebiet TBB_12_II „Nordöstlich Tauberbischofsheim-Dittigheim“ wie ursprünglich vorgesehen im Hauptverfahren weiterzuführen und nicht in das Annexverfahren zu verschieben. Im Anhang befindet sich eine Stellungnahme des ornithologischen Gutachters (siehe „1_Ornithologische_Stellungnahme_TBB_12_II_Artenschutz_DNP.pdf“).<br>Eine übersichtliche Darstellung mit den eingebundenen Grafiken on Briefform (siehe „2_STN_TBB_12_II_Energie_Grossrinderfeld.pdf“) ist zusätzlich beigelegt. | Kenntnisnahme und Ablehnung Das ornithologische Gutachten (Dokument 1_ornithologische_Stellungnahme_TBB_12_II_Artenschutz_DNP.pdf) sowie die Gesamtstellungnahme (Dokument 2_Stn_TBB_12_II_Energie_Grossrinderfeld.pdf) sind der Synopse als Anlage beigefügt und können dort eingesehen werden. |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 24 | BE-ID: 44 Unsere Stellungnahme und unseren Antrag begründen wir wie folgt: In der nun offenliegenden Begründung zur Streichung der geplanten Vorranggebiete aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und der Aufnahme in die Teilfortschreibung Windenergie IIa (Annexverfahren) wird die Verschiebung des Gebiets TBB_12_II „Nordöstlich Tauberbischofsheim-Dittigheim“ auf Seite 13 begründet. Der Grund für die Herausnahme des Gebiets ist im Wesentlichen das mögliche Vorkommen eines Raubwürgers im 200 m entfernten Naturschutzgebiet „Brachenleite“, das und dessen Umgebung als Überwinterungsgebiet des Raubwürgers bekannt sei. Zudem stelle der östliche Teil des geplanten VRG für den Raubwürger die einzige freie Anfluglinie auf das NSG dar. | Kenntnisnahme Der Sachverhalt ist grundsätzlich richtig dargestellt. |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 24 | BE-ID: 45 Zu diesen beiden Argumenten haben wir einen ornithologischen Gutachter der DNP GmbH hinzugezogen. Dieser kommt zusammenfassend in der „Artenschutzfachlichen Stellungnahme zur Betroffenheit des Raubwürgers im nahegelegenen NSG Brachenleite“ vom 17.03.2026, das in der Anlage zu diesem Schreiben beigefügt ist, zu folgenden Ergebnissen: „Durch die Errichtung von drei Windenergieanlagen in räumlicher Nähe wird die Nutzbarkeit des Naturschutzgebiets als Winterrevier nicht eingeschränkt, da keine häufig frequentierten Nahrungshabitate überplant werden und auch keine Barrierewirkung durch die wenigen und in weiten Abständen geplanten | Kenntnisnahme Der RVHNF nimmt die Ausführungen des Fachgutachters zur Kenntnis. Diesen steht die Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde zur Beteiligung nach § 9(2) ROG entgegen. Die untere Naturschutzbehörde teilte dem RVHNF mit: "Das aus zwei Teilflächen bestehende VRG befindet sich südlich/südwestlich des Naturschutzgebietes „Brachenleite“. Das NSG mit Umgebung ist als Überwinterungsgebiet des streng geschützten Raubwürgers bekannt, zudem befinden sich dort noch Vorkommen des Rebhuhns. Die östliche Teilfläche des VRG befindet sich in einer von Waldgebieten gesäumten |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Anlagen entsteht (ca. 400 – 500 m Entfernung zwischen den Anlagenstandorten). Der geplante Windpark ist für die Raubwürger ohne weiteres passierbar. Eine mögliche Barrierewirkung durch Windenergieanlagen ist bei Vögeln grundsätzlich auch nur dann anzunehmen, wenn größere Windparks in Bereichen konzentrierter Vogelzugstrecken liegen oder wenn Windparks zwischen essenzielle Teilhabitate (Nahrungshabitate, Schlafplätze) von (individuenreichen) Vorkommen von störungs- oder kollisionsempfindlichen Rastvögeln geplant werden, sodass häufig frequentierte Flugwege überplant werden, wie es z.B. bei Rastbeständen von Limikolen oder Wasservögeln vorkommen kann. Bei einzelnen Raubwürgerindividuen ist dieser Wirkfaktor jedoch als nicht einschlägig zu bewerten, da weder ein relevantes Kollisions- noch Meideverhalten besteht. Im Ergebnis lässt sich aus fachgutachterlicher Sicht feststellen, dass durch die geplante Errichtung von drei Windenergieanlagen im Windvorranggebiet TBB_12_II keine erhebliche Beeinträchtigung von im nahegelegenen Naturschutzgebiet „Brachenleite“ überwinternden Raubwürgern zu erwarten ist, da aufgrund der artspezifischen niedrigen Flughöhe und des hohen Rotordurchgangs keine signifikant erhöhte Kollisionsgefährdung anzunehmen ist und aufgrund der geplanten Errichtung der Anlagen außerhalb von häufig frequentierten Nahrungshabitaten keine Lebensraumentwertung besteht. Eine mögliche Barrierewirkung und ein relevantes Meideverhalten ist beim Raubwürger ohnehin auszuschließen.“ | Freifläche, die als einzige freie Anfluglinie für diese Offenlandarten dient. Die mögliche Errichtung von Windenergieanlagen in dieser freien Schneise kann auf Grund der Kulissenwirkung zu einem Verlust des Winter- bzw. Brutgebiets führen. Aus Artenschutzgründen bestehen gegen die östliche Teilfläche des VRG erhebliche Bedenken." Somit erhebt die für die Prüfung artenschutzrechtlicher Sachverhalte zuständige Fachbehörde erhebliche Bedenken gegen eine Festlegung von TBB_12_II in gegenwärtigem Zuschnitt. Über diesen Sachverhalt kann der RVHNF nicht hinweggehen, zumal für den Raubwürger gemäß dem LUBW-Papier "Hinweise zur Erfassung und Bewertung von Vogelvorkommen bei der Genehmigung von WEA" innerhalb von 500 m um die Fortpflanzungsstätten bzw. häufig frequentierten Nahrungshabitaten und Flugkorridoren durch die Errichtung und den Betrieb von WEA erhebliche Störungen auftreten können. Hier bleibt der konkrete Sachverhalt mit der zuständigen Fachbehörde im Annexverfahren zu klären und ein möglicher, im Fachgutachten skizzierter artenschutzrechtlich gangbarer Weg zu finden. |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 24 | BE-ID: 46 Ergänzend ist auf folgendes hinzuweisen: Die Stellungnahme von DNP bezieht sich zwar auf drei beantragte WEA des Typs Enercon E 175, ist jedoch auch auf die hier relevante Ausweisung des Gebiets als Vorranggebiet übertragbar. Denn ausweislich des Gebietssteckbriefs aus der 1. Offenlage der Teilfortschreibung Windenergie sind im gesamten Gebiet Gesamtbauhöhen von 280 m über Grund (Referenzanlage Typ 1) realisierbar. Bei diesem Referenzanlagentyp wird ausweislich der Begründung auf Seite 18 bei einer Gesamthöhe von 280 m von einer Nabenhöhe von 180 m sowie einem Rotordurchmesser von 180 m, also ein Rotorradius von 90 m ausgegangen. Der in der Stellungnahme angegebene, zwischen Rotorspitze und Gelände freibleibende Bereich ist bei beiden Anlagentypen eingehalten. | Kenntnisnahme Wie zuvor bereits dargelegt erhebt die untere Naturschutzbehörde erhebliche Bedenken aufgrund möglicher artenschutzrechtlicher Konflikte. Dieser Sachverhalt bleibt mit der unteren Naturschutzbehörde zu klären. Die fachgutachterlichen Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und in die Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde eingebracht. |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 24 | BE-ID: 47 In der der Ausweisung des NSG „Brachenleite bei Tauberbischofsheim“ zugrunde liegenden Würdigung des RP Stuttgart vom Oktober 2014 wird der Raubwürger nicht angesprochen, weder als Brutvogel noch als Sommer- bzw. Wintergast oder durchziehende Vogelart. Insoweit stellt | Kenntnisnahme Der Stellungnehmer gibt an, laut Schutzgebietsverordnung vom 17.12.2014 sei der Schutzzweck des Naturschutzgebiet „Brachenleite bei Tauberbischofsheim“ "Erhalt und Entwicklung der Lebens-, Fortpflanzungs-, Nahrungs- und Ruhestätten der an diese |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | sich zunächst die Frage, worauf die UNB in ihrer Stellungnahme die Aussage stützt, das NSG mit Umgebung sei als Überwindungsgebiet des streng geschützten Raubwürger bekannt. Jedenfalls für das NSG war dies 2014 noch nicht der Fall. § 3 Abs. 2 der Verordnung des RP Stuttgart über das Naturschutzgebiet „Brachenleite bei Tauberbischofsheim“ vom 17.12.2014 nennt als Schutzzweck auch den Erhalt und Entwicklung der Lebens-, Fortpflanzungs-, Nahrungs- und Ruhestätten der an diese Standorte angepassten Tier- und Pflanzenarten und enthält in § 4 Abs. 1 das Verbot aller Handlungen, die zu einer Zerstörung, Veränderung oder nachhaltigen Störung des Naturschutzgebiets oder seiner Bestandteile oder seines Naturhaushalts oder zu einer Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung führen oder führen können. Damit sind grundsätzlich nicht nur Handlungen innerhalb des Gebiets selbst, sondern auch von außerhalb hineinwirkende möglicherweise verboten. Negative Auswirkungen in das NSG hinein sind jedoch aufgrund der in der Stellungnahme von DNP im Einzelnen dargelegten Gründe ausgeschlossen. Die in der obigen Begründung für die Bewertung der Betroffenheit des Raubwürger herangezogenen LUBW Hinweise 2021 wurde jedenfalls durch das OVG Rheinland-Pfalz (Urteil vom 12.6.2024, 8 C 11223/22.OVG, Rn. 63 Juris) und das OVG Nordrhein-Westfalen (Urteil vom 24.8.2023, 22 D 201 / 22.AK, Rn. 166 Juris) dahingehend bewertet, dass aus diesem keine tragfähigen Rückschlüsse auf eine signifikante Erhöhung des Tötungs- und Verletzungsrisiko Für die Individuen der Art „Raubwürger“ infolge einer Gefahr von Kollisionen mit WEA abgeleitet werden können bzw. diese „nicht nachvollziehbar“ seien. Die Herausnahme des Gebiets kann deshalb jedenfalls auf Basis der LUBW Hinweise 2021 jedenfalls nicht rechtlich belastbar gestützt werden. | Standorte angepassten Tier- und Pflanzenarten und enthält in § 4 Abs. 1 das Verbot aller Handlungen, die zu einer Zerstörung, Veränderung oder nachhaltigen Störung des Naturschutzgebiets oder seiner Bestandteile oder seines Naturhaushalts oder zu einer Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung führen oder führen können." Dieser Schutzzweck wird ergänzt um den ausdrücklichen Schutz von artenreichen Offenlandlebensräumen wie Magerrasen, Halbtrockenrasen und Mähwiesen sowie deren Übergangsformen in Waldflächen und strukturreiche Hecken und Gehölzbereiche (siehe sowohl Schutzgebietsverordnung wie auch Würdigung). Gemäß dieser Aussage scheint die konkrete Artenzusammensetzung irrelevant zu sein, da ausdrücklich von an diese Standorte angepasste Tier- und Pflanzenarten gesprochen wird. Es ist aus Sicht des RVHNF damit offensichtlich bewusst nicht auf einzelne konkrete Arten abgestellt worden, sondern auf an die unter Schutz stehenden Habitaträume angepasste Arten und so auch ein Zu- oder Abwandern von Arten abgedeckt (in der Würdigung wird ausdrücklich auch eine sukzessive Einwanderung von Tier- und Pflanzenarten erwähnt). Dass vor knapp zwölf Jahren der Raubwürger nicht in der Würdigung des RP Stuttgart genannt wird ist somit für den Sachverhalt irrelevant. Dies vor allem auch unter dem Gesichtspunkt, dass in der Würdigung von 818 vorkommenden Tier- und Pflanzenarten, davon 82 Vogelarten gesprochen wird. Von diesen 82 Vogelarten werden, wie auch von allen anderen angesprochenen Artgruppen, jeweils lediglich ein verschwindend geringer besonders hervorzuhebender Anteil namentlich benannt (von den Vogelarten etwas über 10 konkrete namentliche Nennungen). Ob Raubwürger somit damals bereits nachgewiesen waren und nur nicht genannt sind oder ob diese im Nachgang in die Lebensräume eingewandert wären, ist daher aus Sicht des RVHNF irrelevant. In beiden Fällen fielen sie unter den Schutzzweck des Naturschutzgebietes, da es sich bei dem Raubwürger, einem Bewohner von halboffenen und weitgehend offenen mit einzelnen Büschen, Bäumen und Gehölzen durchsetzten Lebensräumen, um eine an die im NSG geschützten Lebensräume angepasste Tierart handelt. Woher die UNB ihre Kenntnisse über Artvorkommen erlangt hat, ist dem RVHNF nicht bekannt und für seine Beurteilung auch nicht relevant. Wenn die zuständige Fachbehörde für Natur- und |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | Artenschutz von Konflikten mit Artvorkommen ausgeht, ist dieser Sachverhalt durch den RVHNF aufzuklären. Die Herausnahme des Gebietes erfolgte nicht auf Basis der genannten LUBW-Hinweise, sondern aufgrund der vorgetragen Bedenken der UNB und deren Hinweis auf mögliche artenschutzrechtliche Konflikte aufgrund bekannter Artvorkommen. Der Hinweis auf das LUBW-Papier ist lediglich ein durch den RVHNF zusätzlich ermittelter erster Sachverhalt, der nahelegt, dass die Bedenken der UNB einer näheren Befassung im Annexverfahren bedürfen. |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 24 | BE-ID: 48 Weitere negative Stellungnahmen werden im Folgenden erörtert: Zu BE-ID 4498 vom Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Referat Infra I 3: Wie bei den anderen genannten WVRG stehen die Sachverhalte auch beim WVRG TBB_12_II dem Vorhaben grundsätzlich nicht entgegen. Zudem existieren Windvorranggebiete, die näher an Niederstetten und Lauda liegen. Selbst wenn entgegen des Gebietssteckbriefs hier nur der Referenzanlagen Typ 2 (zu dessen Definition siehe Seite 18 der Begründung mit 200 m Gesamthöhe, 140 m Nabenhöhe und 60 m Rotorradius) realisierbar wäre, bestünde zwischen der Rotorspitze und dem Gelände mit 80 m noch ein ausreichender Abstand, der Gefährdungen des „Raubwürgers“ gemäß der Stellungnahme von DNP ausschließen würde Jedenfalls aufgrund der Stellungnahme des BAIUDBw kann eine Verschiebung des Gebiets in das Annexverfahren nicht gerechtfertigt werden. | Kenntnisnahme Hinweise die durch das BAIUDBW vorgebracht wurden sind für die Streichung von TBB_12_II aus dem Hauptverfahren nicht von Belang. Diesbezüglich und auch bezogen auf die nachfolgenden vorgetragenen Sachverhalte wird auf die Begründung zum Planentwurf, die Gegenstand der erneuten Beteiligung war, verwiesen. Auf die mögliche Gefährdung des Raubwürgers wurde zuvor bereits ausdrücklich eingegangen. Das Fachgutachten von DNP steht hierbei in deutlichem Widerspruch zu der Stellungnahme der UNB. Dieser Sachverhalt bleibt aufzuklären und ggf. mögliche Optionen einer Umsetzung zu prüfen. Diese Aufklärung erfolgt - um den gesetzlichen Anforderungen nach § 13a LplG an den Abschluss des Verfahrens Rechnung zu tragen - im Annexverfahren. |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 24 | BE-ID: 49 Zu BE-ID 4358 vom Landratsamt Main-Tauber-Kreis: Auch in Bezug auf den Gewässerschutz und die fehlende Darstellung des an das östlich liegende Teilgebiet anschließenden Grabens (Gewässer II. Ordnung) ist nicht erkennbar, weshalb deshalb eine Gebietsausweisung scheitern sollte, zumal das Thema weitgehend auf die Genehmigungsebene und die dortige Standortwahl abgeschichtet werden könnte. | Kenntnisnahme Die genannten Belange sind nicht ursächlich für die Überführung von TBB_12_II ins Annexverfahren. |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 24 | BE-ID: 50 Zu BE-ID 4379 vom Landratsamt Main-Tauber-Kreis: Unsere Argumente hierzu wurden oben bei der Begründung bereits dargelegt. | Kenntnisnahme Es wird auf die obige Abwägung verwiesen. |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 24 | BE-ID: 51 Zu BE-ID 4419 Landratsamt Main-Tauber-Kreis: Die Stellungnahme betrifft den westlichen Teil des geplanten VRG TBB_12_II und nicht den Bereich, nicht den östlichen. Aus der erläuternden Stellungnahme ergibt sich aber auch für diesen Bereich, dass die Stellungnahme des LRA Main-Tauber-Kreis eine Herausnahme oder gar einen Entfall des westlichen Teils des Gebiets nicht | Kenntnisnahme Die dort genannten forstwirtschaftlichen Belange sind nicht ursächlich für die Überführung von TBB_12_II ins Annexverfahren. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | rechtfertigen würde. Vielmehr wäre auch hier eine Abschichtung auf die Genehmigungsebene und die dortige Standortwahl möglich. Eine Herausnahme und Verschiebung des Gebiets in das Annexverfahren wäre nicht gerechtfertigt. | |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 24 | BE-ID: 52 Zu BE-ID 4226 von der Stadt Tauberbischofsheim: Wir stimmen der Stellungnahme des Regionalverbandes zu, dass der mangelnde Netzausbau nicht als ablehnender Grund für ein Windvorranggebiet dienen darf. Die Eignung des Gebiets wäre durch die Stellungnahme der Stadt Tauberbischofsheim jedenfalls nicht infrage gestellt und damit ein allein auf diesem Argument basierende Verschiebung des geplanten Vorranggebiets in das Annexverfahren nicht gerechtfertigt. | Kenntnisnahme Die genannten Belange sind nicht ursächlich für die Überführung von TBB_12_II ins Annexverfahren. |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 24 | BE-ID: 53 Zu BE-ID 4252 Stadt Grünsfeld: Wie bei der vorherigen Stellungnahme sollte ein mangelnder Netzausbau nicht als Begründung gegen ein Windvorranggebiet verwendet werden. Zudem legt die Stadt Grünsfeld nicht dar, weshalb die Kriterien des Regionalverbands Heilbronn Franken zur Vermeidung unzulässiger Umfassungen, die bereits im Gebietssteckbrief der 1. Offenlage geprüft und damals verneint wurden, nicht erfüllt sein sollten. Eine Verschiebung des Gebiets in das Annexverfahren ist jedenfalls auf Basis der Stellungnahme der Stadt Grünsfeld nicht zu begründen. | Kenntnisnahme Die genannten Belange sind nicht ursächlich für die Überführung von TBB_12_II ins Annexverfahren. |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 24 | BE-ID: 54 Zu BE-ID 4227 von der Stadt Tauberbischofsheim: Die Veränderung des Landschaftsbildes wird durch den Landschaftsplaner bewertet, was zu einer Ausgleichszahlung führt. Laut § 2 EEG sind Projekte mit erneuerbaren Energien vorrangig zu bewerten. | Kenntnisnahme Die genannten Belange sind nicht ursächlich für die Überführung von TBB_12_II ins Annexverfahren. |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 24 | BE-ID: 55 Zu BE-ID 4225 von der Stadt Tauberbischofsheim: Die oben genannten Bedenken wurden jeweils entkräftigt. | Kenntnisnahme Die in der BE-ID thematisierte Beschlussfassung durch den Gemeinderat der Stadt Tauberbischofsheim war nicht ursächlich für die Überführung von TBB_12_II ins Annexverfahren. |
| STNE-ID: 210<br>Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 24 | BE-ID: 56 Zu den BE-IDs 5049, 5048, 5054, 5053 von Privatpersonen: In den Stellungnahmen der Privatpersonen wird im Wesentlichen allgemein auf die Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, insbesondere von Vogelarten verwiesen. Die Kritik, dass bei der Planung den Themenfeld Naturschutz nicht ausreichend Rechnung getragen worden sei, weist der Regionalverband Heilbronn Franken in Anlage 1 zur Synopse auf Seite 22 ff. zurück. Eine Verschiebung des Vorranggebiets in das Annexverfahren kann dadurch jedenfalls nicht begründet werden. Wegen der möglichen Betroffenheit des NSG „Brachenleite bei Tauberbischofsheim“ in Bezug auf den „Raubwürger“ wird auf die obigen Ausführungen verwiesen. | Kenntnisnahme Allgemeine Aussagen zu Biodiversität und Naturschutz sind nicht ursächlich für die Überführung von TBB_12_II ins Annexverfahren. Bezüglich der für die Überführung ursächliche konkrete Sachlage bezüglich eines möglichen Raubwürgervorkommens wird auf die obigen Ausführungen verwiesen. |
| STNE-ID: 210 | BE-ID: 57 Die in der Begründung für die Streichung des geplanten | Ablehnung Die in der Begründung zur Streichung von TBB_12_II aus dem |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| Energie Grossrinderfeld<br>STNA-ID: 24 | Vorranggebiets TBB_12_II aus dem Hauptverfahren und dessen Aufnahme in die Teilfortschreibung Windenergie IIa (Annexverfahren) angegebenen Gründe sind damit nicht gegeben. Wir beantragen deshalb, das geplante Vorranggebiet TBB_12_II im Hauptverfahren zu belassen und nicht in das Annexverfahren zu verschieben. | Hauptverfahren aufgeführten Sachverhalte wurden durch den Stellungnehmer nicht entkräftet. Es wurde lediglich eine Gegenposition bezogen. Für den RVHNF ist nicht erkennbar, ob die zuständige Fachbehörde mit ihren artenschutzrechtlichen Bedenken und der Forderung TBB_12_II zu streichen oder das vom Stellungnehmer beauftragte Fachgutachten, welches keine artenschutzrechtlichen Konflikte sieht, der Realität entsprechen. Dies bleibt in Abstimmung mit der Fachbehörde, unter anderem zur Verifikation der Artvorkommen und Prüfung notwendiger Konsequenzen (unter Berücksichtigung der Aussagen des Fachgutachtens) daraus, zu klären. Dieser offensichtlich strittige Sachverhalt ist, um einen zügigen Abschluss des Hauptverfahrens der Teilfortschreibung Windenergie II zu gewährleisten, im Annexverfahren zu klären. An der Verschiebung von TBB_12_II wird festgehalten. Für den RVHNF unstrittig ist lediglich, dass mögliche Vorkommen des Raubwürgers unter den Schutzzweck des Naturschutzgebietes fallen und damit eine Beeinträchtigung des Naturschutzgebietes zu verhindern ist. |
| STNE-ID: 208<br>KWA Contracting AG<br>STNA-ID: 16 | BE-ID: 24 Zum modifizierten Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie II, der vom 2. März bis einschließlich 2. April 2026 offenliegt, nehmen wir fristgerecht namens und im Auftrag der Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH, An der Limpurgbrücke 1, 74523 Schwäbisch Hall im Folgenden Stellung und beantragen das Windvorranggebiet SHA_20_II „Südöstlich Mainhardt-Bubenorbis“ wie ursprünglich vorgesehen im Hauptverfahren weiterzuführen und nicht in das Annexverfahren zu verschieben. Unsere Stellungnahme und unseren Antrag begründen wir wie folgt: | Kenntnisnahme und Ablehnung |
| STNE-ID: 208<br>KWA Contracting AG<br>STNA-ID: 16 | BE-ID: 25 In der nun offenliegenden Begründung der Streichung der geplanten Vorranggebiete aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und der Aufnahme in die Teilfortschreibung Windenergie IIa (Annexverfahren) wird die Verschiebung des Gebiets SHA_20_II – Südöstlich Mainhardt-Bubenorbis auf Seite 9 begründet (siehe „SHA_20_II_Begruendung_Annex.png“). Grund für die Herausnahme ist also im Wesentlichen die Nichtberücksichtigung des vom Verband Region Stuttgart beschlossenen Windvorranggebiet RM-05 „Großerlach“. Wird dies berücksichtigt, soll eine regelkonforme Vermeidung der Umfassung nicht mehr möglich sein. Eine Überprüfung des geplanten Gebiets soll deshalb im Rahmen des Antragsverfahrens erfolgen. Welche Maßstäbe der | Kenntnisnahme Der Sachverhalt ist grundsätzlich richtig dargelegt. Da es sich bei den vom Stellungnehmer genannten Anlagen um Textauszüge aus den Verfahrensunterlagen der Teilfortschreibung Windenergie II handelt, wird auf einen Abdruck verzichtet. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Regionalverband bei der Prüfung einer unzulässigen Umfassung von Sied-lungsgebieten angelegt hat, ergibt sich aus dem Umweltbericht (Stand 04.07.2024 / 06.08.2024) auf Seite 37 ff. Danach wird auf eine Methode zurückgegriffen, die in einem Gutachten im Auftrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern entwickelt und beschrieben wurde, das dem Umweltbericht in Anlage 1 beigefügt war. Im Umweltbericht wird das Vorgehen auf Seite 38 unter Bezugnahme auf das 2013 veröffentlichte und 2021 aktualisierte Gutachten im Auftrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur „Umfassung von Ortschaften durch Windkraftanlagen“ zusammengefasst (siehe „Umfassung_Methodik_aus_Gutachten.png“). | |
| STNE-ID: 208<br>KWA Contracting AG<br>STNA-ID: 16 | BE-ID: 26 Im Fall des Gebiets SHA_20_II „Südöstlich Mainhardt-Bubenorbis“ stellt sich die Situation unter Be-rücksichtigung des Windvorranggebiet RM-05 „Großerlach“ und des Gebiets SHA_23_II entspre-chend der angehängten Karte „260127_Umfassung_NF.pdf“. Die „Abschätzung Umfassung Wielandsweiler“ zeigt, dass vom äußeren Siedlungsrand von Schwäbisch Hall-Wielandsweiler aus in horizontaler Ausrichtung 3 Freihaltekorridore mit jeweils deutlich mehr als 60° zwischen den drei Windvorranggebiete gegeben sind, nämlich 66°, 93° und 102°. Auch eine Beeinträchtigung des Sichtfelds von 2/3 unter Berücksichtigung eines Gesichtsfelds von 180° in einer Richtung, also ein überstrichener Winkel von 120°, ist bei weitem unterschritten. Die 3 geplanten Windvorranggebiete würden eine Beeinträchtigung des Sichtfelds von 49°, 19° und 31°, zusammen also maximal 99° ergeben, allerdings unter Berücksichtigung eines 360° Sichtfelds. Be-rücksichtigt man, dass bei einem Gesichtsfeld von 180° in eine Richtung ein überstrichener Winkel von 120°, also unter Berücksichtigung von Freihaltekorridoren mit 60° insgesamt 240° zulässig wären, werden die Maßgaben des oben genannten Gutachtens und damit der vom Regionalverband Heilbronn-Franken angelegten Maßstäbe zur Vermeidung der Umfassung erfüllt. Eine regelkonforme Vermeidung der Umfassung ist damit gegeben. Der in der Begründung für die Streichung des geplan-ten Vorranggebiets SHA_20_II aus dem Hauptverfahren und dessen Aufnahme in die Teilfortschrei-bung Windenergie IIa (Annexverfahren) angegebene Grund der Vermeidung der Umfassung von Schwäbisch Hall-Wielandsweiler ist damit nicht gegeben. Wir beantragen deshalb, das geplante Vorranggebiet SHA_20_II im Hauptverfahren zu belassen und nicht in das Annexverfahren zu verschieben. | Kenntnisnahme und Ablehnung Die vom Stellungnehmer genannte Anlage "260127_Umfassung_NF.pdf" (die ebenso wie die Gesamtstellungnahme "Stellungnahme_VRG_SHA_20_II" als Anlage der Synopse beigefügt ist) stellt eine wie im Text beschriebene alternative Winkelverteilung einer möglichen Umfassungsprüfung dar. Insbesondere wird hier eine Einzelfallverteilung von nach dem Terminus des Gutachtens "Eignungsgebieten" (also Windenergiegebieten) und Freihaltekorridoren dargestellt. Diese belegt, dass die Summe der Eignungsgebiete keinen Winkel von 120° überschreitet und dass zwischen allen Eignungsgebieten ein Freihaltebereich von mehr als 60° freigehalten wird. Dies legt auch nach Ansicht des RVHNF eine Vereinbarkeit mit dem Gutachten zur Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen nahe. Hierbei ist allerdings darauf hinzuweisen, dass der RVHNF dieses Gutachten, bei welchem es sich um keine gesetzliche Vorgabe handelt, sondern welches lediglich eine mögliche Handhabung der Fragestellung Schutz vor Umfassung/Überlastung darstellt, lediglich in seiner Maximalausprägung (also den im Gutachten einzig dargestellten Schablonentypen 120/60° und 180°) als schematisches Hilfsmittel zur Abgrenzung der Vorranggebiete eingesetzt hat. Dies hat den Hintergrund, dass der RVHNF in zahlreichen Fällen die potenzielle Umfassung von Siedlungsbereichen anhand mehrerer sich regelmäßig auch überlagernder Schablonen zu beurteilen hatte. Zu dem Zeitpunkt der Prüfung standen zudem noch keine Gebietsabgrenzungen fest, an welchen man eine individuelle Schablone hätte orientieren können, wie dies der Stellungnehmer nun anhand der abgegrenzten Plangebiete tat. In der Erstellungsphase der Vorranggebiete musste zunächst der Zuschnitt |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | der einzelnen Vorranggebiete aus der deutlich größeren Potenzialkulisse anhand nachvollziehbarer und in die Öffentlichkeit kommunizierbarer Kriterien ermittelt werden. Dies anhand von unzählbar vielen individuell zu ermittelnden "frei kombinierbaren" Schablonen durchzuführen, hätte weder einen technisch umsetzbaren Weg für die Ermittlung der Vorranggebiete dargestellt, noch hätte es der Öffentlichkeit nachvollziehbar kommuniziert werden können, wenn jeder Zuschnitt unterschiedlich begründet und dargestellt worden wäre. Deshalb hat der RVHNF auf Basis des Gutachtens die maximal mögliche Umfassung als Grundlage seiner Betrachtung gewählt und eine sich hieraus ergebende Schablone für seine Gebietsabgrenzung gewählt (s.u.). Auch wenn dieses Vorgehen auch in aktuellen obergerichtlichen Entscheidungen bestätigt wurde, sei der Hinweis gestattet, dass selbst diese deutlich "vereinfachte" Handhabung bereits überaus komplizierte Einzelfallbeurteilungen mit einer Vielzahl an möglichen Fallkombinationen von potenziellen Gebietszuschnitten hervorbrachte und bei weitem nicht von allen Verfahrensbeteiligten als nachvollziehbar empfunden wurde. Auf die zahlreichen Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit, die im Zuge der Beteiligung nach § 9 (2) das Thema Überlastungsschutz zum Thema hatten, wird verwiesen. Diese Handhabung wurde im Übrigen bereits im Umweltbericht dargelegt und ist auch Teil des in der Anlage zitierten Textausschnittes. So steht im Umweltbericht hierzu: "Die Grundlage dieser Methode ist das menschliche Gesichtsfeld von 180° in eine Richtung. Eine Beeinträchtigung dieses Sichtfeldes von 2/3 wird als zumutbar bewertet. Dies entspricht einem überstrichenen Winkel von 120°. Demzufolge ist in horizontaler Ausrichtung ein Freihaltekorridor von 60° einzuplanen. Um eine Siedlung herum sind dementsprechend zwei Bereiche mit einer horizontalen Ausdehnung von 120° für Windkraftanlagen grundsätzlich möglich, wenn diese von Freihaltekorridoren mit 60° horizontaler Ausdehnung unterbrochen werden. Alternativ sieht das Gutachten vor, dass der Umfassungswinkel auf 180° erweitert werden kann, wenn der gegenüberliegende Teil des Sichtfeldes vollständig freigehalten wird." Weiter führt der Umweltbericht jedoch über den vom Stellungnehmer zitierten Absatz hinausgehend auch aus: "Die Winkelschablonen bestehen jeweils aus einem 2,5 km Radius, der in zwei 120° Bereiche und zwei 60° |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | Bereiche untergliedert ist. Diese Schablone wird mit dem zu prüfenden Siedlungsgebiet im Zentrum so ausgerichtet, dass mindestens die beiden 60° Bereiche von Vorranggebieten freigehalten werden (bzw. bei einer 180° Lösung mindestens 180° des Kreises)". Hieraus wird also deutlich, dass der RVHNF grundsätzlich nur diese zwei Fallkonstellationen aus dem Gutachten anwendet, wohl wissend, dass durch dieses der praktischen Umsetzbarkeit auf regionaler Planungsebene geschuldete Vorgehen in Einzelfällen Konflikte hervorgerufen werden könnten. Um diesen Sachverhalt nochmals zu verdeutlichen und konkretisieren, hat der RVHNF in redaktionellen Änderungen des Umweltberichtes zum Satzungsbeschluss den hier dargestellten Sachverhalt der schematischen Anwendung des Gutachtens nochmals ausführlicher erläutert und dargelegt, dass sich die Umfassungsprüfung an dem benannten Gutachten orientiert. Dies ändert nichts an dem angewendeten Vorgehen. Wurden die Zuweisungen dieser standardisierten Schablonen verletzt, so wurden Teilflächen der Potenzialkulisse nicht als ein potenzielles Eignungsgebiet (=Windenergiegebiet/Vorranggebiet) übernommen. Hiervon wurde in der Regel nur bei marginalen Überschreitungen der Winkelschablone (bei wenigen Grad Überschneidung) oder wenn es sich um bereits bestehende Umfassungen durch existierende Anlagenstandorte handelt, abgewichen. Lediglich in dem Fall des ursprünglich geplanten Vorranggebiets TBB_04_II hat der RVHNF bereits bei seiner Kulissenplanung einen von dem üblichen Schema abweichenden Fall bewusst angenommen. Dies wurde auch im Standortdatenblatt von TBB_04_II (Stand der Beteiligung 06.08.2024) deutlich: "Für Unteraltertheim (Gemeinde Altertheim) kann eine Umfassung nicht durch eine Freihaltung von mind. 2 gegenüberliegenden Bereichen mit 60° gemäß „Gutachten zur Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“ vermieden werden. Unter Berücksichtigung des rechtskräftigen VRG Wind 13_TBB bzw. der rechtskräftigen Konzentrationszone der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft (VVG) Tauberbischofsheim ergäbe sich im Nordwesten eine fast durchgängige Kulisse von nahezu 180° und gegenüber durch das geplante VRG Wind ein weiteres belastetes Sichtfeld von fast 30°. Dies entspricht nicht den Standard-Fällen für Einzelfallprüfungen aus dem zu Grunde liegenden Umfassungsgutachten. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | Allerdings ergibt sich durch die zwei in Verlängerung des Plangebietes bestehenden Windkraftanlagen westlich Gerchsheim bereits eine Vorbelastung. Zudem verbleiben um Unteraltertheim dennoch zwei Freihaltebereiche von ca. 85° in Richtung Osten und Süden." Einerseits zeigt dieser Text, dass der RVHNF grundsätzlich immer von den beiden Maximalpositionen, die sich aus dem Gutachten ergeben ausging. Andererseits wird deutlich, dass schon aufgrund des Bestands an rechtskräftigen Windenergiegebieten und vorhandenen Standorten in diesem Fall eine solche Handhabung nicht mehr möglich war. Aus diesem Grund argumentierte der RVHNF mit einer Sondersituation, um die laufenden Planungen nach § 2 EEG berücksichtigen zu können. In der Stellungnahme der Regierung von Unterfranken im Rahmen der Beteiligung nach § 9 (2) ROG wurde seitens der Regierung von Unterfranken kritisiert, dass dieses Vorgehen "nicht dem empfohlenen Vorgehen im Gutachten entspricht". Aus diesem Grund solle die geplante Vorrangfläche TBB_04_II entfallen. Diese Situation war für den RVHNF der Präzedenzfall, auf dessen Grundlage entschieden wurde, dass alle Konflikte mit einer möglichen Umfassung sowie alle Wünsche auf eine alternative Umfassungslösung (also von der 120/60° bzw. 180° abweichenden Lösung) einer detaillierten Prüfung im Annexverfahren zugeführt werden müssen. Im Annexverfahren erfolgt eine intensive Einzelfallprüfung der konkreten Konstellation vor Ort. Folglich wurden alle Fälle, in denen seitens der Bevölkerung bzw. des Vorhabenträgers eine signifikante Abweichung von dieser Standardschablone gefordert bzw. reklamiert wurde, bereits im Zuge der Abwägung zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG ins nachgelagerte Verfahren der Teilfortschreibung Windenergie IIa, dem Annexverfahren überführt und werden dort im Einzelfall auf eine individuelle Lösungsmöglichkeit geprüft. Im vorliegenden konkreten Fall von SHA_20_II handelt es sich nicht um einen oben genannten marginalen Fall der Überschreitung. Ursächlich für die Verschiebung ins Annexverfahren war, dass der RVHNF bei der ursprünglichen Prüfung ein Gebiet des Verbands Region Stuttgart nicht mit in die Prüfung der Umfassung von Schwäbisch Hall-Wielandsweiler einbezogen hat. Auf diesen Sachverhalt wurde der RVHNF im Rahmen der Beteiligung aufmerksam gemacht. Somit wurde diese Umfassungsprüfung erst im Nachgang der Beteiligung durchgeführt. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | Wird diese Prüfung nach dem oben und im Umweltbericht beschriebenen Schema durchgeführt, sind aufgrund der das Siedlungsgebiet auf drei Seiten umgebenden Windenergiegebiete (Eignungsgebiete im Sinne des Gutachtens) weder die 120/60° noch die 180°-Variante des Gutachtens anwendbar. In beiden Fällen befindet sich eines der 3 Eignungs- bzw. Windgebiete in erheblichem Umfang in einem nach der standardisierten Prüfschablone freizuhaltenden Bereich. Somit lag eine Abweichung von der schematisierten Vorgehensweise vor. Der RVHNF hätte eine solche Verteilung bei seiner Gebietsauswahl nicht umgesetzt, weswegen das betreffende Gebiet zur Sicherung der Vereinbarkeit mit der grundlegenden Planungskonzeption ins Annexverfahren überführt werden musste. Wie in anderen vergleichbaren Fällen, findet die Prüfung einer von der schematischen Anwendung abweichenden bzw. von dieser nicht abgedeckten Einzelfallbetrachtung, die auch das als Basis zu Grunde liegende Gutachten ermöglicht, im Annexverfahren statt. Unabhängig hiervon sichert dies - auch im Lichte vergleichbarer Fälle - die Möglichkeit, das Ergebnis dieser der Beteiligung nach § 9 (2) ROG nachgelagerten Prüfung nochmals einem Beteiligungsverfahren und damit einer Würdigung durch die Öffentlichkeit und die Träger öffentlicher Belange zuzuführen.<br>Dies ist aus Sicht des RVHNF im Sinne einer zukünftigen Rechtssicherheit, insbesondere in dem konfliktbehafteten Umfeld der genannten Plangebiete, unausweichlich und sollte im Interesse aller Beteiligten sein.<br>Abschließend wird darauf hingewiesen, dass der RVHNF im Zuge der erneuten Beteiligung der Teilfortschreibung Windenergie des Verbands Region Stuttgart mit Blick auf die größeren Ausbaupotenziale im Gebiet SHA_20_II empfohlen hatte, das besagte Gebiet im Verbandsgebiet von Stuttgart zu streichen; dieser Empfehlung ist der benachbarte Verband aber nicht gefolgt. Der RVHNF weist aus den o.g. Gründen die Forderung zurück und hält an der Überführung des Plangebietes ins Annexverfahren fest, in welchem dann die vom Stellungnehmer vorgebrachte Variante einer Einzelfallprüfung unterzogen wird. |
| STNE-ID: 208<br>KWA Contracting AG<br>STNA-ID: 39 | BE-ID: 84 Zum modifizierten Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie II, der vom 2. März bis einschließlich 2. April 2026 offenliegt, nehmen wir fristgerecht namens und im Auftrag der Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH, An der Limpurgbrücke 1, 74523 Schwäbisch Hall im Folgenden Stellung und | Kenntnisnahme und Ablehnung |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | beantragen das Windvorranggebiet SHA_23_II „Südwestlich Rosengarten-Sanzenbach“ wie ursprünglich vorgesehen im Hauptverfahren weiterzuführen und nicht in das Annexverfahren zu verschieben. | |
| STNE-ID: 208<br>KWA Contracting AG<br>STNA-ID: 39 | BE-ID: 85 Unsere Stellungnahme und unseren Antrag begründen wir wie folgt: In der nun offenliegenden Begründung der Streichung der geplanten Vorranggebiete aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und der Aufnahme in die Teilfortschreibung Windenergie IIa (Annexverfahren) wird die Verschiebung des Gebiets SHA_23_II „Südwestlich Rosengarten-Sanzenbach“ auf Seite 9 wie folgt begründet (01_SHA_23_II_Begruendung.png). | Kenntnisnahme Die vom Stellungnehmer erwähnte Abbildung (01_SHA_23_II_Begruendung.png) ist, wie alle weiteren in der Stellungnahme genannten Anlagen ebenfalls, Teil der Originalstellungnahme. Bei der abgedruckten Begründung handelt sich um einen Auszug aus den regionalplanerischen Unterlagen, konkret der Begründung zur erneuten Beteiligung. Auf eine Wiedergabe an dieser Stelle wird verzichtet. Die Gesamtstellungnahme ist als Anlage der Synopse beigefügt. Dort können die genannten Abbildungen eingesehen werden. |
| STNE-ID: 208<br>KWA Contracting AG<br>STNA-ID: 39 | BE-ID: 86 Grund für die Herausnahme ist also im Wesentlichen die Nichtberücksichtigung der Windkonzentrationszone im FNP 1. Änderung 8. Fortschreibung, welche gebietsweise deckungsgleich zu SHA_23_II verläuft. Eine Überprüfung des geplanten Gebiets soll deshalb im Rahmen des Antragsverfahrens erfolgen. Die Begründung der Herausnahme des gesamten Gebiets SHA_23_II ist aus unserer Sicht aus den folgenden Gründen nicht gegeben: Das geplante Vorranggebiet SHA_23_II überschneidet sich zum Teil mit der vorgenannten Konzentrationszone, wie sich aus dem folgenden Lageplan ergibt (Anlage: 02_Mögliches_VRG_SHA_23_II.pdf). Jedenfalls in dem sich überschneidenden Bereich, der rot gestreift im Lageplan hinterlegt ist, ist problemlos eine Anpassung des geplanten Vorranggebiets SHA_23_II möglich. Das kann auch ohne Streichung aus dem Hauptverfahren und Verschiebung in das Annexverfahren geleistet werden. Sollten über den im Hauptverfahren verbleibenden Teil des geplanten Vorranggebiets SHA_23_II hinaus Erweiterungen um die im obigen Langeplan enthaltenen, gelb hinterlegten Flächen aus der 1. Offenlage geplant sein, könnten diese problemlos im Annexverfahren erfolgen. | Ablehnung Da die Darstellung der Fläche im Flächennutzungsplan als Eignungskriterium in den Zuschnitt des Gebietes eingeflossen ist, muss bei einer Änderung des Zuschnittes der Konzentrationszone die Eignungsbewertung neu ermittelt werden. Darüber hinaus ist in Abstimmung mit der UNB zu prüfen, welche konkreten Sachverhalte gegen den FNP vorgetragen und zu dessen Änderung geführt haben, inwiefern diese im regionalen Kriterienset Wiederhall finden und ob sich hieraus eine Rücknahme überhaupt rechtfertigen lässt. Ein willkürlicher, ggf. nicht durch das Kriterienset abgedeckter Zuschnitt des Gebietes ist rechtlich angreifbar (etwa durch andere Projektierer die im Bereich der Rücknahmeflächen Planungen vorantreiben oder Flächenbesitzer). Der vorgetragene Vorschlag, die Fläche ohne erneute Beteiligung auf den FNP-Zuschnitt zurückzunehmen und dann im Annexverfahren wieder auszudehnen ist aus Sicht des RVHNF deshalb keine gangbare Vorgehensweise. Zumal eine nochmalige Vergrößerung nach erfolgter Rücknahme aus Akzeptanzgründen problematisch wäre - eine "problemlose" Verfahrensführung wie vom Stellungnehmer angenommen würde sich hierdurch im Annexverfahren sicher nicht einstellen. Wie in allen Fällen, in welchen ein Neuzuschnitt im Raum steht, muss dieser rechtssicher begründet und anhand nachvollziehbarer Kriterien ermittelt werden. Hierfür hat der RVHNF den Weg des Annexverfahrens gewählt. In keinem Fall hat der RVHNF einen Neuzuschnitt im Zuge des Hauptverfahrens der Teilfortschreibung Windenergie II vorgenommen. In diesem Zusammenhang sei darauf |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | hingewiesen dass ausdrücklich in der Raumschaft um SHA_23_II erheblicher Widerstand gegen die Planungen des Stellungnehmers und damit auch des RVHNF vorliegen, die dem RVHNF auch vielfach und auch in rechtsanwaltschaftlicher Vertretung, vorgetragen wurden. In diesem Umfeld eine nicht rechtssichere Variante zu wählen, nur um das Verfahren zu "beschleunigen" würde sowohl das lokale Vorhaben als auch die komplette regionale Planung gefährden. Der RVHNF bleibt bei seinem Beschluss, alle Flächenprüfungen und Neuzuschnitte in einem nachgelagerten Annexverfahren, der Teilfortschreibung Windenergie IIa, vorzunehmen. |
| STNE-ID: 208<br>KWA Contracting AG<br>STNA-ID: 39 | BE-ID: 87 Das weiter genannte Argument der Überlastungswirkung, insbesondere zusammen mit dem Vorranggebiet SHA_20_II „Südöstlich Mainhardt-Bubenorbis“ und dem durch den Verband Region Stuttgart beschlossenen Windvorranggebiet RM-05 „Großerlach“, greift ebenfalls nicht. Insoweit verweisen wir auf die von uns namens und im Auftrag der Stadtwerke Schwäbisch Hall am 11.03.2026 über das Online-Portal Ihres Regionalverbands hochgeladene Stellungnahme zum geplanten Windvorranggebiet SHA_20_II. In dieser haben wir anhand der vom Regionalverband angelegten Kriterien zur Überlastungswirkung nachgewiesen, dass die eingehalten sind und eine Überlastung nicht gegeben ist. Die am 11.3.2026 bereits hochgeladene Stellungnahme reichen deshalb auch nochmals mit dieser, das geplante Vorranggebiet SHA_23_II betreffenden Stellungnahme ein. Sie finden diese in der Anlage: 03_Stellungnahme_VRG_SHA_20_II.pdf. | Kenntnisnahme Wie in der Begründung dargelegt kann das im Zusammenhang mit SHA_20_II zu sehende Umfassungsproblem "durch eine Streichung von SHA_23_II aber nicht gelöst werden", weshalb der für die Streichung ausschlaggebende Grund die auf der Ebene der Bauleitplanung erfolgte Reduzierung der mittlerweile rechtswirksamen Konzentrationszone des Flächennutzungsplans der VVG der Stadt Schwäbisch Hall ist. Diese Reduzierung muss wie oben ausgeführt und auch bereits in der Begründung genannt in Abstimmung mit der VVG und dem Landratsamt auf ihre Auswirkungen auf die regionale Planung hin geprüft werden. Zu der Sachlage bei SHA_20_II wird auf die dortige Abwägung verwiesen (BE-ID 24). |
| STNE-ID: 208<br>KWA Contracting AG<br>STNA-ID: 39 | BE-ID: 88 Da die für eine Verschiebung des geplanten Vorranggebiets, jedenfalls soweit der Gebietszuschnitt über das der 1.Teiländerung der 8. Fortschreibung des FNP der VVG Schwäbisch Hall hinausgeht, genannten Gründe nicht greifen, beantragen wir, das geplante Vorranggebiet SHA_23_II insoweit im Hauptverfahren zu belassen und nicht in das Annexverfahren zu verschieben. | Ablehnung Wie zuvor dargelegt, tragen die vom RVHNF genannten Gründe für die Streichung. Der RVHNF hält somit an seiner Entscheidung zur Überführung von SHA_23_II ins Annexverfahren fest. |
| STNE-ID: 248<br>Ortschaftsrätin Stadtteil Dahenfeld<br>STNA-ID: 114 | BE-ID: 302 Im Rahmen des erneuten Beteiligungsverfahrens weise ich ausdrücklich darauf hin, auf die geforderte Ausweisung einer Windvorrangfläche auf der Gemarkung der Stadt Neuenstadt am Kocher zu verzichten - auch im Annexverfahren. Ihre bisherige Haltung zur geforderten Fläche „westlich A81“, welche Sie aktuell schon aus den bekannten Gründen nicht als Potentialfläche aufgenommen haben, möchte ich stärken und appellieren, dies auch weiterhin so zu vertreten. Die von der Stadt Neuenstadt geforderte Fläche „westlich A81“ innerhalb eines FFH-Gebiets | Ablehnung Eine eventuelle Aufnahme neuer Flächen in die regionale Vorranggebietskulisse ist nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Gegenstand dieses erneuten Beteiligungsverfahrens ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa). Es ist korrekt, dass von der Stadt Neuenstadt im Rahmen der Beteiligung nach |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | einschließlich der Pufferzone halte ich für äußerst problematisch. Diese Fläche weist zahlreiche hochrangige Konfliktkriterien auf, unter anderem Schwerpunktvorkommen besonders schützenswerter Arten. Dadurch bestehen schwerwiegende naturschutzrechtliche Bedenken, die nicht ausgeräumt werden können. Auch das Gutachten vom 20.09.2023 (DE 7021341 „Fachgutachterliche Einschätzung zur Realisierung von Windenergie“), das von der Neuenstadter Energie GmbH & Co. KG, Weippertstraße, Heilbronn, beauftragt wurde, darf nicht dazu führen, dass durch rechtliche Auslegungen oder Sonderregelungen Projekte in ökologisch hochsensiblen Bereichen ermöglicht werden. Die Umsetzung von Vorhaben, die nur durch juristische Ausnahmefälle oder Ausgleichszahlungen realisiert werden könnten, würde diesen problematischen Wildwuchs fördern. Trotz der zahlreichen Einwendungen und Bedenken treibt die Neuenstadter Energie GmbH & Co. KG die Planung von mindestens drei Windenergieanlagen in diesem sensiblen kommunalen Waldgebiet weiterhin intensiv voran. Dieses Vorgehen steht im Widerspruch zur Biodiversitätsstrategie der Europäischen Union, gefährdet wertvolle Lebensräume und ist in der Abwägung des Potentials im Verhältnis zum Eingriff in die Natur nicht notwendig und erforderlich. | § 9(2) ROG eine Fläche zur Aufnahme in die regionale Kulisse gemeldet wurde. Dieser Aufnahmewunsch wird im Annexverfahren ergebnisoffen auf eine Vereinbarkeit mit dem regionalen Kriterienset geprüft und das Ergebnis anschließend erneut in einem Beteiligungsverfahren zur Diskussion gestellt. |
| STNE-ID: 248<br>Ortschaftsrätin Stadtteil Dahenfeld<br>STNA-ID: 114 | BE-ID: 303 Hierzu nehme ich Bezug auf die Stellungnahme der Stadt Neuenstadt vom Dezember 2024 (Sitzungsunterlagen Regionalverband vom 30.01.2026), welcher ich in den genannten Punkten widersprechen möchte: 1. Der Bedeutung der Windkraft in der Region ist durch die bestehende Ausweisung der Potentialflächen rund um Neuenstadt bereits Rechnung getragen. Die landesweit geforderten Flächen sind ohne Gemarkung Neuenstadt bereits erreicht. 2. Siehe 1. – die geforderten Flächen sind ohne Gemarkung Neuenstadt bereits erreicht 3. Die von Neuenstadt vorgesehene Fläche ist hinsichtlich ihrer Eignung für die Windnutzung entgegen deren Aussagen nicht geeignet. Sie befindet sich im FFH-Gebiet (Nr. 7021341) bzw. in dessen Pufferzone. Die direkte und dauerhaft Inanspruchnahme im FFH-Gebiet oder einem Teil des Habitats ist immer eine erhebliche Beeinträchtigung. Ein direkter und dauerhafter Flächenverlust ist die Folge. Ebenso hat der Standort negative Auswirkungen auf den Generalwildwegekorridor. In Zusammenhang mit HN_10_II und HN_16_II ergibt sich eine kumulative Wirkung mit Folge der Beeinträchtigung auf das FFH-Gebiet. In der Teilfortschreibung Windoffensive II des Regionalplans Heilbronn-Franken sind im Bereich des geplanten Vorhabens außerdem keine Vorranggebiete für Windenergie vorgesehen. 4. Ein Projekt | Ablehnung Auch die Stellungnahme der Stadt Neuenstadt zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG ist nicht Gegenstand der erneuten Beteiligung. Der Umgang mit besagter Stellungnahme wurde von der Verbandsversammlung mit Beschluss vom 30.01.2026 gefasst und kann in der Synopse zu diesem Beteiligungsschritt auf der Homepage des RVHNF eingesehen werden. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | darf nur zugelassen werden, soweit es aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlicher sozialer oder wirtschaftlicher Art notwendig ist und zumutbare Alternativen den mit dem Projekt verfolgten Zweck an anderer Stelle nicht ohne oder mit geringer Beeinträchtigung zu erreichen ist. Alternativen existieren jedoch, wie oben genannt. Der Ausbau der Windkraft an dieser Stelle ist nicht kompatibel mit gleichzeitigem Schutz der FFH-Gebiete. Hierfür gibt es keine Lösung. Siehe Ziff. 3. 5. Die Flächen auf Neuenstadter Gemarkung werden zur Erreichung der regionalen Zielvorgaben nicht benötigt. Nachdem bereits Flächen in direkter Nachbarschaft auf Langenbrettacher und Erlenbacher Gemarkung in das Vorranggebiet mit aufgenommen wurden, sind die Zielvorgaben erreicht und führen zu Überlastung bzw. zur Umfassungsproblematik mit hohem Konfliktpotential für die Ortschaften Dahenfeld sowie Gellmersbach. | |
| STNE-ID: 248<br>Ortschaftsrätin Stadtteil Dahenfeld<br>STNA-ID: 114 | BE-ID: 304 Durch die aktuell geplanten, teilweise bereits konkret projektierten bis zu 14 Windenergieanlagen auf dem Höhenrücken zwischen Neckarsulm und Langenbrettach entsteht zudem eine erhebliche räumliche Verdichtung. Dadurch ist nicht nur der Neckarsulmer Stadtteil Dahenfeld massiv von Windenergieanlagen umgeben; auch Ortsteile wie Lennach, Gellmersbach, Buchhorn und Cleversulzbach wären erheblich betroffen. Aus den genannten Gründen lehne ich für den Stadtteil Dahenfeld, welcher in unmittelbarer Nachbarschaft liegt, die Übernahme bzw. Aufnahme der von Neuenstadt vorgesehenen Flächen ausdrücklich ab. Auch im Annexverfahren sehe ich keinen Bedarf. | Ablehnung Die angesprochenen parallel zur regionalen Teilfortschreibung Windenergie II laufenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren haben keinen direkten Bezug zur regionalen Planung. Diese laufen unabhängig von der regionalen Planung und könnten aufgrund der Tatsache, dass die Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft der Stadt Neuenstadt bisher über keinen die Windkraft steuernden Flächennutzungsplan verfügt, theoretisch vor Abschluss der Teilfortschreibung Windenergie II durch Genehmigung zum Abschluss gebracht werden. Es bleibt darauf hinzuweisen, dass die zahlreichen in den bisherigen Beteiligungsschritten der Teilfortschreibung Windenergie II vorgebrachten Stellungnahmen die regionale Planung aufgrund der gesetzlichen Pflicht, diese abzuarbeiten, massiv verzögerten und somit parallel laufenden Genehmigungsverfahren wie den angesprochenen mehr Zeit verschaffen, noch vor Abschluss der Teilfortschreibung Windenergie II eine Genehmigungsreife zu erreichen. |
| STNE-ID: 249<br>Ortsvorsteher Stadtteil Dahenfeld<br>STNA-ID: 115 | BE-ID: 305 Im Rahmen des erneuten Beteiligungsverfahrens weisen wir ausdrücklich darauf hin, auf die geforderte Ausweisung einer Windvorrangfläche auf der Gemarkung der Stadt Neuenstadt am Kocher zu verzichten. Die von der Stadt Neuenstadt geforderte Fläche „westlich A81“ innerhalb eines FFH-Gebiets einschließlich der Pufferzone halten wir für äußerst problematisch. Diese Fläche weist zahlreiche hochrangige Konfliktkriterien auf, unter anderem Schwerpunktvorkommen besonders schützenswerter Arten. Dadurch bestehen schwerwiegende | Ablehnung Eine eventuelle Aufnahme neuer Flächen in die regionale Vorranggebietskulisse ist nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Gegenstand dieses erneuten Beteiligungsverfahrens ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa).Es ist korrekt, dass von der Stadt Neuenstadt im Rahmen der Beteiligung nach |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | naturschutzrechtliche Bedenken, die nicht ausgeräumt werden können. Auch das Gutachten vom 20.09.2023 (DE 7021341 „Fachgutachterliche Einschätzung zur Realisierung von Windenergie“), das von der Neuenstadter Energie GmbH & Co. KG, Weippertstraße, Heilbronn, beauftragt wurde, darf nicht dazu führen, dass durch rechtliche Auslegungen oder Sonderregelungen Projekte in ökologisch hochsensiblen Bereichen ermöglicht werden. Die Umsetzung von Vorhaben, die nur durch juristische Ausnahmefälle oder Ausgleichszahlungen realisiert werden könnten, würde diesen problematischen Wildwuchs fördern. Trotz der zahlreichen Einwendungen und Bedenken treibt die Neuenstadter Energie GmbH & Co. KG die Planung von mindestens drei Windenergieanlagen in diesem sensiblen kommunalen Waldgebiet weiterhin intensiv voran. Dieses Vorgehen steht im Widerspruch zur Biodiversitätsstrategie der Europäischen Union, gefährdet wertvolle Lebensräume und ist in der Abwägung des Potentials im Verhältnis zum Eingriff in die Natur nicht notwendig und erforderlich. | § 9(2) ROG eine Fläche zur Aufnahme in die regionale Kulisse gemeldet wurde. Dieser Aufnahmewunsch wird im Annexverfahren ergebnisoffen auf eine Vereinbarkeit mit dem regionalen Kriterienset geprüft und das Ergebnis anschließend erneut in einem Beteiligungsverfahren zur Diskussion gestellt. |
| STNE-ID: 249<br>Ortsvorsteher Stadtteil Dahenfeld<br>STNA-ID: 115 | BE-ID: 306 Hierzu nehmen wir Bezug auf die Stellungnahme der Stadt Neuenstadt vom Dezember 2024 (Sitzungsunterlagen Regionalverband vom 30.01.2026): 1. Der Bedeutung der Windkraft in der Region ist durch die bestehende Ausweisung der Potentialflächen rund um Neuenstadt bereits Rechnung getragen. Die landesweit geforderten Flächen sind ohne Gemarkung Neuenstadt bereits erreicht. 2. Siehe 1. – die geforderten Flächen sind ohne Gemarkung Neuenstadt bereits erreicht 3. Die von Neuenstadt vorgesehene Fläche ist hinsichtlich ihrer Eignung für die Windnutzung entgegen deren Aussagen nicht geeignet. Sie befindet sich im FFH-Gebiet (Nr. 7021341) bzw. in dessen Pufferzone. Die direkte und dauerhaft Inanspruchnahme im FFH-Gebiet oder einem Teil des Habitats ist immer eine erhebliche Beeinträchtigung. Ein direkter und dauerhafter Flächenverlust ist die Folge. Ebenso hat der Standort negative Auswirkungen auf den Generalwildwegekorridor. In Zusammenhang mit HN_10_II und HN_16_II ergibt sich eine kumulative Wirkung mit Folge der Beeinträchtigung auf das FFH-Gebiet. In der Teilfortschreibung Windoffensive II des Regionalplans Heilbronn-Franken sind im Bereich des geplanten Vorhabens außerdem keine Vorranggebiete für Windenergie vorgesehen. 4. Ein Projekt darf nur zugelassen werden, soweit es aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlicher sozialer oder wirtschaftlicher Art notwendig ist und zumutbare Alternativen den mit dem Projekt verfolgten Zweck an anderer Stelle nicht ohne oder mit geringer | Ablehnung Auch die Stellungnahme der Stadt Neuenstadt zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG ist nicht Gegenstand der erneuten Beteiligung. Der Umgang mit besagter Stellungnahme wurde von der Verbandsversammlung mit Beschluss vom 30.01.2026 gefasst und kann in der Synopse zu diesem Beteiligungsschritt auf der Homepage des RVHNF eingesehen werden. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Beeinträchtigung zu erreichen ist. Alternativen existieren jedoch, wie oben genannt. Der Ausbau der Windkraft an dieser Stelle ist nicht kompatibel mit gleichzeitigem Schutz der FFH-Gebiete. Hierfür gibt es keine Lösung. Siehe Ziff. 3. 5. Die Flächen auf Neuenstadter Gemarkung werden zur Erreichung der regionalen Zielvorgaben nicht benötigt. Nachdem bereits Flächen in direkter Nachbarschaft auf Langenbrettacher und Erlenbacher Gemarkung in das Vorranggebiet mit aufgenommen wurden, sind die Zielvorgaben erreicht und führen zu Überlastung bzw. zur Umfassungsproblematik mit hohem Konfliktpotential für die Ortschaften Dahenfeld sowie Gellmersbach. | |
| STNE-ID: 249<br>Ortsvorsteher Stadtteil Dahenfeld<br>STNA-ID: 115 | BE-ID: 307 Durch die aktuell geplanten, teilweise bereits konkret projektierten bis zu 14 Windenergieanlagen auf dem Höhenrücken zwischen Neckarsulm und Langenbrettach entsteht zudem eine erhebliche räumliche Verdichtung. Dadurch ist nicht nur der Neckarsulmer Stadtteil Dahenfeld massiv von Windenergieanlagen umgeben; auch Ortsteile wie Lennach, Gellmersbach, Buchhorn und Cleversulzbach wären erheblich betroffen. Aus den genannten Gründen lehnen wir – auch als direkter Nachbar - die Übernahme der von Neuenstadt vorgesehenen Flächen ausdrücklich ab. | Ablehnung Die angesprochenen parallel zur regionalen Teilfortschreibung Windenergie II laufenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren haben keinen direkten Bezug zur regionalen Planung. Diese laufen unabhängig von der regionalen Planung und könnten aufgrund der Tatsache, dass die Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft der Stadt Neuenstadt bisher über keinen die Windkraft steuernden Flächennutzungsplan verfügt, theoretisch vor Abschluss der Teilfortschreibung Windenergie II durch Genehmigung zum Abschluss gebracht werden. Es bleibt darauf hinzuweisen, dass die zahlreichen in den bisherigen Beteiligungsschritten der Teilfortschreibung Windenergie II vorgebrachten Stellungnahmen die regionale Planung aufgrund der gesetzlichen Pflicht, diese abzuarbeiten, massiv verzögerten und somit parallel laufenden Genehmigungsverfahren wie den angesprochenen mehr Zeit verschaffen, noch vor Abschluss der Teilfortschreibung Windenergie II eine Genehmigungsreife zu erreichen. |
| STNE-ID: 232<br>Pro Heuchelberg e. V.<br>STNA-ID: 76 | BE-ID: 185 Hiermit gebe ich fristgerecht meine Stellungnahme zur laufenden Teilfortschreibung Windenergie II (einschließlich Annexverfahren) des Regionalplans Heilbronn-Franken ab. 1. Planungsverzug und Verfehlung des gesetzlichen Flächenziels Nachweislich wurde das gesetzlich verbindliche Ziel, bis zum 30.09.2025 mindestens 1,8 % der Regionsfläche als Windenergie-Vorranggebiete auszuweisen, nicht erreicht. (https://www.rvhnf.de) Dieser erhebliche Planungsverzug begründet ein strukturelles Abwägungsdefizit und wirft grundlegende Zweifel an der Steuerungsfähigkeit des Regionalverbandes im Sinne von § 2 ROG auf. Fehlende zeitgerechte Rechtssetzung führt zu erheblichen Risiken für die Rechtssicherheit zukünftiger Standortentscheidungen. | Ablehnung Es ist korrekt, dass der RVHNF wie andere Regionalverbände auch, das in § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz festgehaltene Ziel nicht gemäß der dort genannten Frist erreichte. Wörtlich steht dort: "(1) Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt. Für |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | den Verband Region Rhein-Neckar und für den Regionalverband Donau-Iller gelten die prozentualen Anteile nach Satz 1 jeweils für den baden-württembergischen Gebietsteil der Region. Für die Bestimmung der Größe der auszuweisenden Flächen ist die Größe der Regionsflächen und der Gebietsanteile der Regionen nach Anlage 2 maßgebend. (2) Die zur Erreichung der Teilflächenziele nach Absatz 1 notwendigen Teilpläne und sonstigen Änderungen eines Regionalplans sollen früher als in § 3 Absatz 1 WindBG vorgesehen bereits bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festgestellt werden. Die Stichtage nach § 3 Absatz 1 Satz 2 WindBG bleiben hiervon unberührt." Wie aus diesem Auszug hervor geht, sollen Regionalverbände lediglich bis zum 30.09.2025 dieses Flächenziel erreichen. Alle rechtlich damit verbundenen Konsequenzen, sofern dies nicht erreicht wird, stellen sich jedoch nach den bundesrechtlichen Vorgaben, die vom Landesgesetzgeber durch die Aussage "Die Stichtage nach § 3 Absatz 1 Satz 2 WindBG bleiben hiervon unberührt" ausdrücklich nicht geändert wurden, erst mit den im WindBG genannten Terminfristen (also frühestens 31.12.2027), ein. Auch in der LT Drs. 17/3741 wird ausdrücklich auf die bundesrechtlichen Regelungen und die dort genannten Stichtage hingewiesen (S.81). Somit tritt durch eine verzögerte Fertigstellung, solange diese vor Dezember 2027 erfolgt, keine vom Bundesgesetzgeber nicht vorgesehene Auswirkung auf Standortentscheidungen ein. Eine im KlimaG BW verwendete Soll-Formulierung hat das Bundesverwaltungsgericht bereits in den 1990er Jahren letztinstanzlich dahingehend interpretiert, dass bei Vorliegen von Umständen, die den Fall atypisch erscheinen lassen, die Behörde anders verfahren kann. Dies war insbesondere der Fall, da, wie vom Stellungnehmer im Folgenden noch aufgeführt, durch eine Vielzahl an z.B. durch Bürgerinitiativen wie die des Stellungnehmers organisierten Widersprüchen und Stellungnahmen aus der Bevölkerung, deutlich mehr Zeit für die rechtssichere Aufarbeitung des Beteiligungsverfahrens notwendig wurde, als dies vom Landesgesetzgeber offensichtlich erwartet wurde. In diesem Sinne trägt die Zeitverzögerung gerade nicht das Merkmal eines strukturellen Abwägungsdefizites, sondern gewährleistet im Gegenteil eine Vermeidung von Abwägungsfehlern und ist Ausdruck einer verantwortungsvollen Verfahrensführung. Indem alle vorgebrachten |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | Belange trotz der Menge an Einwendungen einzeln ermittelt und berücksichtigt wurden, wird ein Abwägungsdefizit vermieden. Im Gegenteil stellt der RVHNF hierdurch also gerade seine Steuerungsfähigkeit unter Beweis, da er ein rechtssicheres Verfahren und die Wichtigkeit der eintretenden Steuerungswirkung über die Einhaltung eines, zumindest in Teilen, gezielt im Beteiligungsverfahren attakierten Zeitplan stellt. Inwieweit der Stellungnehmer hierin eine Verletzung der Grundsätze der Raumordnung nach § 2 ROG sieht ist für den RVHNF nicht nachvollziehbar und kann deshalb nicht kommentiert werden. |
| STNE-ID: 232<br>Pro Heuchelberg e. V.<br>STNA-ID: 76 | BE-ID: 186 2. Methodenfehler durch Aufspaltung in Haupt- und Annexverfahren Die Auslagerung überarbeitungsbedürftiger Vorranggebiete in ein separates Annexverfahren (Teilfortschreibung IIa) dokumentiert eine mangelnde methodische Stabilität des Gesamtplanentwurfs. Die Aufspaltung führt zwangsläufig zu: - Bruchstückhafter Umweltprüfung, - Mangelnder Abwägungskohärenz, - Verletzung des Gebots gesamträumlicher Betrachtung gem. § 7 ROG. Ich rüge daher einen erheblichen Verfahrensmangel. | Ablehnung Die Auffassung die Aufspaltung in ein Haupt- und ein Annexverfahren stelle einen Methodenfehler dar ist falsch. Diesbezüglich wird auf die Begründung zur Teilfortschreibung Windenergie II verwiesen (Kapitel C.2). Bei der Aufspaltung handelt es sich um eine zeitliche nicht jedoch eine inhaltlich-konzeptionelle Entkopplung. Da die Abklärung strittiger Sachverhalte den Beschluss der unstrittigen Vorranggebiete und damit die Erreichung der Steuerungswirkung verzögern würde und damit dem ungesteuerten Zubau von Windkraft Vorschub leisten würde, soll dies entkoppelt werden. Hierbei besteht jedoch keinerlei inhaltlich-konzeptioneller Unterschied zwischen der Abarbeitung der strittigen Sachverhalte in einem Verfahren oder in zwei Verfahren. In beiden Fällen erfolgt die Prüfung anhand identischer Kriterien, da auch das Annexverfahren gemäß dem bereits gefassten Aufstellungsbeschluss auf dem identischen Kriterienkatalog basiert. In beiden Fällen wird die Umweltprüfung auf vergleichbare Weise durchgeführt. Auch im Rahmen eines einzigen Verfahrens könnte zu den in einer nochmaligen Beteiligung dann nicht mehr gegenständlichen Vorranggebieten (also jenen die nun im Hauptverfahren verbleiben) bei einer neuerlichen Beteiligung keine Einwendungen mehr vorgebracht werden. Da im Annexverfahren bei der Prüfung der Sachverhalte, die zu diesem Zeitpunkt dann bereits satzungsbeschlossenen Vorranggebiete des Hauptverfahrens als mögliche Windkraftstandorte in die Abwägung einfließen und somit im Zweifel eine Neuausweisung anderer Flächen verhindern würden, kann nicht nachvollzogen werden, inwiefern hier eine Verletzung der gesamträumlichen Betrachtung gesehen werden könnte. Sowohl bei der zeitlich entkoppelten neuen Prüfung wie auch bei der Prüfung innerhalb einer nochmaligen Abwägung mit erneuter |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | Beteiligung wird vollkommen identisch der Raum im Ganzen berücksichtigt und ein grundsätzlich einheitlicher Abwägungsmaßstab gewährleistet. Der RVHNF kann keine Argumente erkennen, die die vorgebrachten Befürchtungen stützen. Ein erheblicher Verfahrensmangel ist auszuschließen. |
| STNE-ID: 232<br>Pro Heuchelberg e. V.<br>STNA-ID: 76 | BE-ID: 187 3. Unzureichende Abwägung angesichts hoher Zahl von Stellungnahmen Im bisherigen Verfahren sind unzählige Stellungnahmen eingegangen. Die schiere Menge an fachlichen Einwänden lässt Zweifel aufkommen, ob alle Belange — insbesondere naturschutzfachliche Argumente — vollständig, einzelfallbezogen und nachvollziehbar berücksichtigt wurden. Ich rüge: - unvollständige Abwägungsdokumentation, - fehlende Einzelfallprüfung, - mögliche Abwägungsfehler nach § 1 Abs. 7 BauGB. | Ablehnung Wie zuvor bereits dargelegt hat der RVHNF größte Sorgfalt walten lassen bei der Behandlung aller vorgebrachten Belange. Alle Stellungnahmen, die im Zuge des gesamten Verfahrens eingingen, wurden im Detail geprüft und entsprechend den vorgebrachten Sachverhalten in die Abwägung eingestellt. Diese wurde in den Abwägungssynopsen, wie in Planungsverfahren üblich, dokumentiert und ist auf der Homepage des RVHNF öffentlich für alle einsehbar. Wenn in der Synopse zur Beteiligung Bearbeitungseinheiten mit einheitlichen Textbausteinen abgewogen wurden, so stellt dies keine fehlende Einzelfallprüfung dar. Es zeigt hingegen Verfahrenseffizienz, weil in Fällen von massenhaft vorgebrachten identischen Hinweisen/Bedenken/Anmerkungen diese einmal zentral in dem Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" abgewogen wurden und in den jeweiligen Stellungnahmen auf dieses Dokument verwiesen wurde. Vor der Zuweisung eines entsprechenden einheitlichen Textes stand jedoch die Einzelfallprüfung der Stellungnahme, ob individuell zu behandelnde Belange vorliegen oder ob die vorgebrachten Belange in den genannten Abwägungsvorschlägen bereits thematisiert werden. Dies wird unterstrichen dadurch, dass sehr häufig auch einheitliche Textblöcke mit individuellen Texten kombiniert wurden. Somit sind sowohl die unvollständige Dokumentation wie auch die fehlende Einzelfallprüfung zurückzuweisen. Ebenso ist der Vorwurf von Abwägungsfehlern zurückzuweisen, da der RVHNF streng nach den gesetzlichen Rahmenbedingungen, seinem Kriterienset und den in der Begründung zur Teilfortschreibung Windenergie II dokumentierten Leitlinien vorgegangen ist. § 1 Abs. 7 BauGB normiert das Abwägungsgebot bei der Aufstellung von Bauleitplänen. Bei Bauleitplänen handelt es sich um im Verhältnis zur Regionalplanung untergeordnete Pläne.[ Es bleibt ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass mit der BI Pro Heuchelberg e.V. eine Vereinigung, die offensiv und gezielt dafür geworben hat, möglichst viele |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | Stellungnahmen gegen Windkraft beim RVHNF einzubringen, nun die Anzahl der Stellungnahmen als Argument für vermeintliche Verfahrensfehler vorbringt. |
| STNE-ID: 232<br>Pro Heuchelberg e. V.<br>STNA-ID: 76 | BE-ID: 188 4. Öffnung regionaler Grünzüge — unzureichend begründet Im Planentwurf ist die Öffnung regionaler Grünzüge für Windenergieanlagen vorgesehen. Es fehlen tragfähige Begründungen zu: - Erholungsfunktion, - Landschaftsbild, - ökologischer Bedeutung, - Alternativenprüfung. Dies stellt ein erhebliches Abwägungsdefizit dar und verletzt das Prinzip der Verhältnismäßigkeit. | Ablehnung Die Öffnung der Regionalen Grünzüge ist nicht Gegenstand des aktuellen Beteiligungsschritts. Gegenstand der Beteiligung ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren zur Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa). Es soll dennoch an dieser Stelle auf die Öffnung der Regionalen Grünzüge kurz eingegangen werden, bei der es sich um eine gesetzliche Vorgabe handelt. § 11 (3) Nr. 7 LplG gibt Folgendes vor: "Regionale Grünzüge sollen unverzüglich aus Gründen des überragenden öffentlichen Interesses und der öffentlichen Sicherheit sowie der besonderen Bedeutung der erneuerbaren Energien im Sinne des § 2 EEG für Windkraft- und Freiflächen-Photovoltaikanlagen geöffnet werden." Da in der Region Heilbronn-Franken kein atypischer Sonderfall im Sinne der zuvor genannten Rechtsprechung bei Soll-Vorschriften zu erkennen ist, sind damit Regionale Grünzüge durch gesetzliche Vorgabe zu öffnen. Dies bedarf keiner weiteren Begründung und steht auch nicht im Ermessen des RVHNF, allerdings wird die Öffnung der Regionalen Grünzüge im Umweltbericht entsprechend betrachtet. Dabei ist eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Grünzugfunktionen (auch der genannten) in generalisierter Weise nicht möglich, da die Regionalen Grünzüge an unterschiedlichen Stellen unterschiedliche Funktionszuweisungen und Ausprägungen aufweisen. |
| STNE-ID: 232<br>Pro Heuchelberg e. V.<br>STNA-ID: 76 | BE-ID: 189 Bezugnehmend auf den Heuchelberg (HN_19_II_) weise ich darauf hin, dass die folgenden Punkte im Rahmen der derzeitigen Planüberlegungen weiterhin strittig sind und einer abschließenden fachlichen sowie rechtlichen Klärung bedürfen 4.1. Fehlende oder unzureichende Prüfung der Schutzfunktionen des Heuchelbergs Der Heuchelberg besitzt nachweislich eine zentrale Bedeutung für Landschaft, Wald, Ortsbild und Erholung, wie die beteiligten Kommunen ausdrücklich betonen. [Lb-natursc...utz-nrw.dej, [datenbank.nwb.de] Diese Belange wurden im Planentwurf nicht vollständig ermittelt und nicht nachvollziehbar bewertet. Das stellt ein Abwägungsdefizit dar, also einen anerkannten Abwägungsfehler, wenn wesentliche Belange nicht | Ablehnung HN_19_II ist nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Gegenstand der Beteiligung ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren zur Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa). Alle zu HN_19_II vorgebrachten Belange wurden bereits mit dem Beschluss der Verbandsversammlung vom 30.01.2026 abgewogen und gleichzeitig dadurch beschlossen, dass HN_19_II im Hauptverfahren weitergeführt wird. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits in dem Dokument "Abwägungsvorschläge und |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | ordnungsgemäß in die Planung einfließen. | erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. Alle für die regionale Planung relevanten Kriterien sind dem Kriterienset zu entnehmen und wurden im Planungsverfahren im Rahmen der Standortdatenblätter nachvollziehbar bewertet. Die Auswahl der Kriterien sowie deren Abstufungen sowie der Umgang mit den Schutzgütern nach UVPG sind der Begründung bzw. dem Umweltbericht zu entnehmen. Dies gilt auch für das Plangebiet HN_19_II. Die vorgebrachten Vorwürfe sind zurückzuweisen. Allgemein bleibt darauf hinzuweisen, dass der Quellbezug zum Landesbüro der Naturschutzverbände NRW zur Bekräftigung der zentralen Bedeutung des Heuchelbergs für Baden-Württemberg nicht nachvollzogen werden kann. Weiter ist darauf hinzuweisen, dass die Umsetzungsplanungen auf dem Heuchelberg in Trägerschaft bzw. mindestens unter Billigung der Anliegerkommunen stattfindet, weshalb auch der Hinweis auf die durch die Kommunen ausdrücklich benannte zentrale Bedeutung nicht nachvollziehbar ist. |
| STNE-ID: 232<br>Pro Heuchelberg e. V.<br>STNA-ID: 76 | BE-ID: 190 4.2. Keine ausreichende Alternativprüfung Die Regionalplanung muss gemäß Landesplanungsgesetz (LPlG BW) und § 20 KlimaG BW andere geeignete Flächen prüfen, bevor regionale Grünzüge geöffnet werden.<br>Der Planentwurf enthält jedoch keine belastbare Alternativen Analyse. Gerichte verlangen bei erheblichen Umweltwirkungen ausdrücklich eine umfassende Prüfung anderer Standorte, was hier nicht erfolgt ist. Dies verletzt das Abwägungsgebot und das Verhältnismäßigkeitsprinzip. | Ablehnung Die getroffenen Aussagen sind nachweislich falsch. Einerseits wird auf den zuvor bereits genannten § 11 (3) Nr.7 LplG hingewiesen, der die sofortige Öffnung Regionaler Grünzüge für Windenergie einfordert. § 20 KlimaG BW definiert die Zuständigkeit der Regionalplanung für das Erreichen des Flächenziels sowie deren Details. Regionale Grünzüge werden in diesem Paragraphen weder direkt noch indirekt angesprochen, somit auch keine vermeintliche Vorrangigkeit anderer Flächen. Unabhängig hiervon hat der RVHNF bei seiner Flächensuche kommend von der kompletten Regionsfläche anhand seines Kriteriensets über den Ausschluss von Flächen und danach durch die Prüfung auf Eignung und vorhandene Konflikte die geeignetsten Flächen der Region ermittelt. Somit hat der RVHNF die maximal mögliche Anzahl an Alternativen (nämlich die gesamte Regionsfläche) in seiner Planung betrachtet und geprüft. |
| STNE-ID: 232<br>Pro Heuchelberg e. V.<br>STNA-ID: 76 | BE-ID: 191 4.3. Öffnung regionaler Grünzüge ohne ausreichende Begründung Nach dem Landesplanungsgesetz dürfen Standorte für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nur als Vorranggebiete ausgewiesen | Ablehnung Es wird auf die unter 4. und 4.2. der Stellungnahme gemachten Abwägungsvorschläge verwiesen. Alle Vorranggebiete wurden aufgrund einer Eignungsprüfung, die im Übrigen in den Standortdatenblättern |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | werden, wenn ihre Eignung substantiiert begründet ist. Die Schutzfunktion der regionalen Grünzüge (Freiraumschutz, Klimafunktion, Erholung) wurde nicht angemessen berücksichtigt. Das widerspricht den Vorgaben der Landesplanung. | dokumentiert ist, ausgewählt. |
| STNE-ID: 232<br>Pro Heuchelberg e. V.<br>STNA-ID: 76 | BE-ID: 192 4.4. Rechtsfehlerhafte Ableitung von Planungsfolgen aus den Flächenzielen des WindBG Zwar verpflichtet das Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) Baden-Württemberg dazu, bis 2032 mindestens 1,8 % der Landesfläche auszuweisen ABER: Die Erfüllung dieser Pflicht entbindet die Planungsbehörde nicht davon, alle Flächen vollständig fachlich zu prüfen. Das WindBG ersetzt kein Abwägungsverfahren. | Ablehnung Wie bereits dargelegt fand diese fachliche Prüfung statt und ist in den Verfahrensunterlagen hinlänglich dokumentiert. |
| STNE-ID: 232<br>Pro Heuchelberg e. V.<br>STNA-ID: 76 | BE-ID: 193 4.5. Fehlerhafte Übertragung laufender Projektplanungen auf die Regionalplanung Am Heuchelberg läuft bereits ein Vorbescheidsverfahren nach § 9 Abs. 1a BImSchG für mehrere Windenergieanlagen. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass der Regionalplan nur noch „nachgezogen" wird. Die Rechtsprechung (z. B. BVerwG, OVG Schleswig) hat mehrfach Regionalpläne wegen Abwägungsfehlern aufgehoben, auch wenn Projekte bereits geplant waren. Damit bleibt der Regionalverband voll verantwortlich für eine eigenständige, fehlerfreie Abwägung. | Kenntnisnahme und Ablehnung Das geplante Vorranggebiet HN_19_II ist aufgrund der Eignungsprüfung und der relativ geringen Konfliktlage in die regionale Kulisse aufgenommen worden. Neben Begründung und Umweltbericht stellt insbesondere das Standortdatenblatt die verschiedenen Eignungs- und Konfliktkriterien und damit die gesamte Sachlage, die für den regionalplanerischen Abwägungsprozess erforderlich ist, transparent dar. Der RVHNF ist sich seiner Verantwortung bewusst. |
| STNE-ID: 232<br>Pro Heuchelberg e. V.<br>STNA-ID: 76 | BE-ID: 194 4.6. Unzureichende Berücksichtigung der naturschutzrechtlichen Vorgaben Für den Heuchelberg gelten weiterhin uneingeschränkt: · § 44 BNatSchG -Artenschutz · § 34 BNatSchG - FFH-Verträglichkeit · UVPG - UVP-Pflichten Eine umfassende fachliche Bewertung dieser Schutzgüter ist nicht erkennbar und stellt daher einen weiteren erheblichen Abwägungsmangel dar. | Kenntnisnahme und Ablehnung Der RVHNF bewegt sich mit der Teilfortschreibung Windenergie II in dem geltenden gesetzlichen Rahmen. Dies ist in den Verfahrensunterlagen, insbesondere den Standortdatenblätter und dem Umweltbericht, dokumentiert. Der Vorwurf einer fehlenden fachlichen Bewertung und eines Abwägungsmangels ist zurückzuweisen. |
| STNE-ID: 232<br>Pro Heuchelberg e. V.<br>STNA-ID: 76 | BE-ID: 195 4.7. Schlussfolgerung und Forderung Aufgrund der oben genannten Mängel ist die Planung nicht genehmigungsfähig. Ich fordere daher: 1. Rücknahme der geplanten Ausweisung der Vorranggebiete am Heuchelberg. 2. Durchführung einer vollständigen Alternativenprüfung. 3. Nachweis der Schutzfunktionen (Landschaft, Ökologie, Erholung). 4. Überarbeitung der Planung unter Beachtung der gesetzlichen Anforderungen. Bis dahin ist die Festlegung von Vorranggebieten zurückzustellen. | Ablehnung Da die vorgebrachten vermeintlichen Mängel und Vorwürfe unzutreffend sind, ist auch die Schlussfolgerung nicht zutreffend. Die Planung erfüllt die gesetzlichen Vorgaben und wird bezogen auf das geplante Vorranggebiet HN_19_II unverändert zu Ende geführt. |
| STNE-ID: 232<br>Pro Heuchelberg e. V.<br>STNA-ID: 76 | BE-ID: 196 5. Naturschutzrechtliche Risiken (Artenschutz) Das Gebiet Heuchelberg ist ein geschlossenes Waldgebiet mit potenziell hoher Vorkommenswahrscheinlichkeit streng geschützter Arten (z. B. Rotmilan, Gelbbauchunke, Fledermäuse). Bereits das signifikant erhöhte Tötungsrisiko ist gemäß § 44 BNatSchG genehmigungsrechtlich unzulässig. Ich fordere: - vollständige Horstkartierungen, - raum-zeitliche | Ablehnung Das geplante Vorranggebiet HN_19_II ist nicht Gegenstand der laufenden Beteiligung. Gegenstand der Beteiligung ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren zur Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa). Alle zu HN_19_II vorgebrachten Belange wurden bereits |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Fledermaus-Aktivitätsanalysen, - tabubehaftete Schutzzonen für Greifvögel. | mit dem Beschluss der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Heilbronn-Franken vom 30.01.2026 abgewogen und gleichzeitig dadurch beschlossen, dass HN_19_II im Hauptverfahren weitergeführt wird. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits in dem Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 Abs.2 ROG einer Abwägung zugeführt. Der Vollständigkeit halber ist dieses Dokument nochmals der Synopse als Anlage beigefügt. |
| STNE-ID: 232<br>Pro Heuchelberg e. V.<br>STNA-ID: 76 | BE-ID: 197 6. Hinweis auf mögliche rechtliche Schritte Aufgrund der oben genannten Mängel behalte ich mir die Einleitung einer Normenkontrollklage nach § 47 VwGO ausdrücklich vor. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 232<br>Pro Heuchelberg e. V.<br>STNA-ID: 76 | BE-ID: 198 Ich bitte um schriftliche Bestätigung dieser Stellungnahme und um Mitteilung, wie die vorgetragenen Einwände in das weitere Verfahren einfließen werden. | Kenntnisnahme Eingangsbestätigungen werden nicht verschickt. Das geänderte Landesplanungsgesetz sieht keine individuellen Benachrichtigungen der Stellungnehmer über die Abwägung vor. Es erfolgt aber nach Beschluss der Verbandsversammlung eine Veröffentlichung der vorgenommenen Abwägung auf der Homepage des RVHNF. |
| STNE-ID: 230<br>RES Deutschland GmbH<br>STNA-ID: 74 | BE-ID: 177 Die Aufnahme des vorgesehenen Vorranggebiets (VRG) SHA_23_II „Südwestlich Rosengarten-Sanzenbach“ in das Annexverfahren bedeutet zunächst, dass dessen Eignung erneut überprüft wird und eine abschließende Berücksichtigung in der Regionalplanung noch nicht gesichert ist. Wir sprechen uns ausdrücklich für die Ausweisung des genannten Vorranggebiets aus. Aus unserer fachlichen Sicht weist das Gebiet geeignete Rahmenbedingungen für eine effiziente und wirtschaftliche Nutzung der Windenergie auf und stellt einen wichtigen Baustein für den weiteren Ausbau Erneuerbarer Energien in der Region dar. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 230<br>RES Deutschland GmbH<br>STNA-ID: 74 | BE-ID: 178 Ergänzend möchten wir darauf hinweisen, dass die Fläche der Konzentrationszone A des „Teilflächennutzungsplans Windenergie“ Limpurger Land in der Gemarkung Oberrot ebenfalls in das Vorranggebiet einbezogen werden sollte. Hintergrund ist, dass für die entsprechende FNP-Fläche durch uns bereits ein Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung gemäß § 4 BImSchG für die Errichtung und den Betrieb von zwei Windenergieanlagen am 04.06.2025 beim Landratsamt Schwäbisch Hall eingereicht wurde. Am 18.03.2026 wurde die Vollständigkeit des Antrags vom LRA SH bestätigt. Wir gehen davon aus, dass eine Genehmigung zeitnah erteilt | Ablehnung Die vom Stellungnehmer angesprochene Konzentrationszone A des Teilflächennutzungsplans Windenergie Limpurger Land in Oberrot ist Teil von SHA_23_II und muss deshalb nicht erst in ein Vorranggebiet einbezogen werden. Als Teil von SHA_23_II muss auch diese Fläche den Weg über das Annexverfahren beschreiten. Andernfalls müsste das Vorranggebiet unterteilt werden in zukünftig zwei Vorranggebiete. Eine solche Vorgehensweise wäre weder verwaltungseffizient noch ohne planerische Risiken möglich, da der RVHNF im Hauptverfahren keine Gebietszuschnitte vornimmt. Alle Änderungen an Gebietszuschnitten |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | werden kann. Eine Einbeziehung der Fläche in das Vorranggebiet würde somit (weitere) Planungssicherheit schaffen und einen bereits weit fortgeschrittenen Projektstand angemessen berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund regen wir an, die im Flächennutzungsplan ausgewiesene Fläche unmittelbar als Vorranggebiet festzulegen und nicht dem Annexverfahren zuzuordnen. Nach unserer fachlichen Einschätzung besteht für diese Teilfläche kein weiterer vertiefter Prüfungsbedarf, da bereits eine umfassende Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchgeführt wurde und die maßgeblichen Belange entsprechend berücksichtigt sind. Die Überführung in das Annexverfahren erscheint daher nicht sachgerecht und ist mit dem Risiko zusätzlicher zeitlicher Verzögerungen verbunden. Angesichts des fortgeschrittenen Projektstands – einschließlich des durch uns eingereichten und vervollständigten BImSchG-Antrags – sollte dieser Bereich aus Gründen der Planungssicherheit und Verfahrenseffizienz unmittelbar in die Regionalplanung übernommen werden. | finden im Annexverfahren, der Teilfortschreibung Windenergie IIa, statt. Für einen sofortigen Zuschnitt besteht auch keinerlei Notwendigkeit, da, wie der Stellungnehmer selbst ausführt, bereits durch die kommunale Konzentrationszone ausreichende Planungssicherheit besteht. Diese fungiert wie das regionale Vorranggebiet als Windenergiegebiet nach Windenergieflächenbedarfsgesetz, so dass die laufende Planung ungehindert und ohne zeitliche Verzögerung weiterverfolgt werden kann. Selbst wenn die Ausschlusswirkung des FNP gerichtlich ausgesetzt werden sollte, blieben die Positivausweisungen nach Auffassung des RVHNF auch nach Eintreten der der Wirkungen von § 249 (2) BauGB bestehen. |
| STNE-ID: 230<br>RES Deutschland GmbH<br>STNA-ID: 74 | BE-ID: 179 Die Bedeutung der Windenergie für eine nachhaltige, klimafreundliche und unabhängige Energieversorgung ist heute größer denn je. Sie zählt zu den tragenden Säulen der Energiewende und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion von Treibhausgasemissionen sowie zur Sicherung der zukünftigen Energieversorgung. Vor diesem Hintergrund ist es aus unserer Sicht sinnvoll und erforderlich, ausreichend Flächen für die Nutzung der Windenergie bereitzustellen. Das gesetzlich vorgegebene Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche sollte dabei nicht nur erreicht, sondern im Sinne einer vorausschauenden und nachhaltigen Planung nach Möglichkeit deutlich überschritten werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die energie- und klimapolitischen Ziele auf regionaler Ebene zuverlässig umgesetzt werden können. | Zustimmung Der RVHNF erweitert mit der Teilfortschreibung Windenergie II die bereits rechtsverbindlichen Ausweisungen zugunsten der Windenergie auf 2,12% der Regionsfläche und übertrifft daher das Flächenziel von 1,8 % deutlich. Die im Annexverfahren nochmals zu prüfenden Vorranggebiete kommen bei einer Weiterführung (egal in welcher ggf. neu zugeschnittenen Form) noch hinzu. Der RVHNF ist überzeugt, den gesetzlichen Vorgaben wie auch den energiepolitischen Notwendigkeiten damit in ausreichendem Maße Rechnung zu tragen. |
| STNE-ID: 230<br>RES Deutschland GmbH<br>STNA-ID: 74 | BE-ID: 180 Wir bitten Sie daher, das genannte Vorranggebiet im weiteren Verfahren zu berücksichtigen und die planerischen Voraussetzungen für eine zügige Umsetzung zu schaffen. | Kenntnisnahme Der RVHNF berücksichtigt das geplante Vorranggebiet wie oben dargestellt im Annexverfahren. Das zügige Umsetzen des genannten Vorhabens wird durch die Verschiebung ins Annexverfahren nicht gefährdet. |
| STNE-ID: 242<br>SYNEQT GmbH Pipelines \| GIS-Documentation<br>STNA-ID: 98 | BE-ID: 259 Im Namen und Auftrag der Ethylen-Pipeline-Süd GmbH & Co. KG nehmen wir Stellung zu o. g. Teilfortschreibung: Die Ethylen-Pipeline Süd verläuft nicht in den Vorranggebieten des Regionalplans Heilbronn-Franken. Bei Rückfragen kontaktieren Sie uns unter: fernleitungsauskunft@evonik.com Bei Änderung Ihrer Planung bitten wir um erneute Anfrage. | Kenntnisnahme Eine Beteiligung im weiteren Verfahren erfolgt. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| STNE-ID: 238<br>UKA Umweltgerechte Kraftanlagen GmbH & Co. KG<br>STNA-ID: 83 | BE-ID: 213 Hiermit erhalten Sie fristgerecht die Stellungnahme der UKA Umweltgerechte Kraftanlagen GmbH & Co. KG im Zuge der förmlichen Beteiligung nach § 9 Abs. 2 und 3 Raumordnungsgesetz (ROG) i. V. m. § 12 Abs. 3 und 4 Landesplanungsgesetz (LplG) zum 2. Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplanes Heilbronn-Franken (Teilfortschreibung Windenergie II) mit der Bitte um Berücksichtigung. I. Ausgangslage Im 1. Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie war das Vorranggebiet HN_8_II Südlich Bad Wimpfen (Kernort) als Fläche für die Windenergienutzung vorgesehen. Im 2. Entwurf wurde die Fläche unter Hinweis auf denkmalpflegerische Belange (Blickbeziehungen zur denkmalgeschützten Gesamtanlage „Wimpfen am Berg“/Blauer Turm) und § 15 Abs. 4 Denkmalschutzgesetz (DSchG) gestrichen. Grundlage der Bedenken sind Sichtbarkeitsanalysen und fotorealistische Visualisierungen, insbesondere aus Blickpunkten wie der Haltebucht an der L1100 sowie Abschnitten des Neckarradwegs. | Kenntnisnahme Die Ausgangslage ist grundsätzlich richtig dargestellt. |
| STNE-ID: 238<br>UKA Umweltgerechte Kraftanlagen GmbH & Co. KG<br>STNA-ID: 83 | BE-ID: 214 II. Rechtlicher Rahmen Nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) liegt der Ausbau der erneuerbaren Energien, einschließlich Windenergie an Land, im überragenden öffentlichen Interesse und dient der öffentlichen Sicherheit. Dieser Gesetzesbefehl wirkt auf alle Abwägungsentscheidungen in der Regionalplanung ein: Er ersetzt die Abwägung nicht, erhöht aber das Gewicht der Flächensicherung für Windenergie und die Begründungslast für Flächenstreichungen. Der § 15 Abs. 4 DSchG Baden-Württemberg verlangt, Maßnahmen in der Umgebung von Kulturdenkmalen so zu gestalten, dass das Erscheinungsbild nicht erheblich beeinträchtigt wird. Maßgeblich ist die Schwelle der „erheblichen“ Beeinträchtigung des prägenden Erscheinungsbilds; eine bloße Wahrnehmbarkeit oder abstrakte Sichtbarkeit genügt nicht. Im systematischen Zusammenspiel mit dem Abwägungsgebot der Raumordnung gilt der Grundsatz der Konfliktbewältigung auf der „richtigen Ebene“: Auf der Grobsteuerungsebene der Regionalplanung ist eine Fläche nur dann auszuschließen, wenn erhebliche Beeinträchtigungen offenkundig und projektspezifisch nicht vermeidbar sind; andernfalls ist die Konfliktlösung der Zulassungsebene vorzubehalten (immissionsschutzrechtliche Genehmigung). Hinzu treten die bundes- und landesrechtlichen Flächenziele für Windenergie (Windenergieflächenbedarfsgesetz und Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg), die den planerischen Auftrag zur Sicherung ausreichender Flächen konkretisieren. | Kenntnisnahme und teilweise Ablehnung Wie der Stellungnehmer ausführt, seien auf der Grobsteuerungsebene der Regionalplanung Flächen lediglich auszuschließen, wenn erhebliche Beeinträchtigungen offenkundig und projektspezifisch nicht vermeidbar sind. Andernfalls sei die Konfliktlösung der Zulassungsebene vorzubehalten. Unter Zugrundelegung dieser vorgebrachten Bemessungsprämisse sei auf die Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege als höhere Denkmalschutzbehörde zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG hingewiesen. Dieses führte aus, dass "die Windkraftanlagen der Fläche HN_08_II „Südlich Bad Wimpfen (Kernort)“ deutlich, teilweise direkt hinter dem Blauen Turm erkennbar (sind), sodass hier nach Ansicht des Landesamts für Denkmalpflege eine erhebliche Beeinträchtigung vorliegt." Im weiteren Verlauf führt das Landesamt aus, das die visualisierte Anlage 4 "auch bei Verschiebung um einige hundert Meter nach Osten oder Südosten in das geplante Vorranggebiet hinein in ähnlich erheblicher Weise sichtbar sein wird." Aus Sicht des RVHNF trägt die höhere Denkmalschutzbehörde also exakt die Bedenken vor, die der Stellungnehmer als Voraussetzung für einen regionalen Ausschluss selbst annimmt. Sofern also die fachliche Einschätzung der höheren Denkmalschutzbehörde zutreffend wäre, wäre die Erforderlichkeit für HN_08_II nicht gegeben, da der Umsetzung im gesamten Gebiet |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | denkmalschutzrechtliche Belange entgegenstehen. Diese Position wird im Übrigen auch durch die vom RVHNF selbst durchgeführte Sichtbarkeitsanalyse nicht entkräftet, die bereits im Standortdatenblatt zu HN_08_II zur Beteiligung anführte, dass das gesamte Plangebiet mindestens von einem Blickpunkt aus in Teilen auch von zwei Blickpunkten aus einsehbar ist. Folgerichtig wurde das Konfliktpotenzial im Standortdatenblatt mit hoch bewertet und das Plangebiet ausschließlich unter Verweis auf § 2 EEG in die Gebietskulisse übernommen. Diese nun vorgebrachten fachlichen Bedenken der höheren Denkmalschutzbehörde mit diesem Hintergrundwissen ungeprüft "wegzuwägen" wäre aus Sicht des RVHNF unzulässig. Es wird hierbei nochmals darauf hingewiesen, dass die Überführung in das Annexverfahren nicht mit einer endgültigen Streichung gleichzusetzen ist, sondern lediglich die Möglichkeit eröffnen soll, die vorgetragenen Sachverhalte einer nochmaligen intensiven Prüfung zu unterziehen - in diesem Fall also der Prüfung, ob die vorgebrachten Belange der höheren Denkmalschutzbehörde höher zu Gewichten sind als die durch die Festlegung von HN_08_II für den Ausbau der erneuerbaren Energien erreichbare Nutzen. Diesen Sachverhalt hat der RVHNF in seiner Erwiderung auf die Stellungnahme der höheren Denkmalschutzbehörde ausführlich und auch rechtlich unterlegt ausgeführt. Für die konkrete Stellungnahme und die Behandlung durch den RVHNF sei auf die auf der Homepage des RVHNF öffentlich zugängliche Synopse zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG verwiesen. Wie der Stellungnehmer selbst anführt, ersetzt § 2 EEG nicht die Abwägung, sondern weist dem Belang erneuerbare Energien lediglich ein höheres Gewicht zu. Für eine rechtssichere Abwägung bleiben jedoch alle abwägungsrelevanten Sachverhalte zu erheben und zu prüfen. Dies wird - wie bei allen anderen geplanten Gebieten, die aus verschiedenen spezifischen und vertieft zu prüfenden Sachverhalten aus dem Hauptverfahren gestrichen werden - im Annexverfahren erfolgen. Unabhängig hiervon bleibt anzumerken, dass der Hinweis auf die bundes- und landesrechtlich zu erreichenden Flächenziele nicht länger abwägungsrelevant ist, da der RVHNF selbst bei Streichung aller im Annexverfahren befindlichen geplanten Vorranggebiete deutlich über dem gesetzlichen Flächenziel liegt. Der Entfall von HN_08_II würde die Flächenzielfeststellung nicht |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | gefährden. |
| STNE-ID: 238<br>UKA Umweltgerechte Kraftanlagen GmbH & Co. KG<br>STNA-ID: 83 | BE-ID: 215 III. Rechtsprechung und ihre Relevanz Die Linie der obergerichtlichen Rechtsprechung betont, dass Sichtbarkeit allein keine erhebliche Beeinträchtigung im Sinne des Umgebungsschutzes begründet und dass eine differenzierte, orts- und gestaltungsbezogene Prüfung erforderlich ist. So hebt das OVG Greifswald (Urteil vom 07.02.2023 – 5 K 171/22 OVG) hervor, dass es einer methodisch belastbaren, standortkonkreten Darlegung bedarf, wonach die prägenden Merkmale der Denkmalwirkung in relevanten Blickbezügen tatsächlich deutlich gemindert würden; mildernde Maßnahmen seien vorrangig zu prüfen. Das OVG Berlin-Brandenburg (Urteil vom 27.07.2023 – OVG 3a A 52/23) unterstreicht die erhöhte Abwägungswirkung des § 2 EEG und verlangt für eine Ablehnung wegen Denkmalschutzes eine differenzierte Begründung, die über generalisierte Sichtbarkeitsargumente hinausgeht. Die Linie wird durch die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 12.09.2024 – 7 C 3.23 bestätigt. Das BVerwG stellt klar, dass die Schwelle der „erheblichen Beeinträchtigung“ hoch ist und eine qualifizierte, nachvollziehbare Darlegung verlangt, wie gerade das prägende Erscheinungsbild eines Denkmals in seiner wesentlichen Wirkung betroffen wäre. Bloße Sichtbarkeit oder allgemeine ästhetische Betroffenheit genügen nicht. Zudem sind kollidierende Gemeinwohlbelange – namentlich der gesetzlich privilegierte Ausbau der Erneuerbaren nach § 2 EEG – in die Abwägung einzustellen; sie heben den Umgebungsschutz nicht auf, erhöhen aber die Begründungsanforderungen für restriktive Entscheidungen. Diese Leitlinien tragen die hier vertretene Auffassung: Erforderlich ist eine qualifizierte Feststellung einer erheblichen, nicht nur wahrnehmbaren Beeinträchtigung; pauschale Sichtbarkeitsargumente reichen nicht. | Kenntnisnahme Diese durch Rechtsprechung eingeforderte differenzierte, orts- und gestaltungsbezogene Prüfung wird Gegenstand des Annexverfahrens sein. Zum jetzigen Zeitpunkt kann eine erhebliche Beeinträchtigung der Belange weder klar bejaht noch klar verneint werden. Fakt ist, dass die höhere Denkmalschutzbehörde eine solche erhebliche Beeinträchtigung für das gesamte Vorranggebiet HN_08_II bejaht und der RVHNF, wie in seiner Behandlung der Stellungnahme der höheren Denkmalschutzbehörde zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG darlegt, für HN_08_II tatsächlich Anlass zu der Annahme hat, dass es "sehr wahrscheinlich (ist), dass zeitgemäße Anlagentypen unabhängig vom Standort innerhalb des geplanten Vorranggebiets unmittelbar von verschiedenen Sichtpunkten aus hinter der Stadtkulisse zu sehen sein werden und unmittelbar auf die Ansicht des Blauen Turms einwirken." Hinzu kommt, dass aus Sicht des RVHNF ein atypischer Ausnahmefall mit Blick auf § 2 EEG (OVG Koblenz, Urteil vom 8.5.2025– 1 C 10362/24.OVG) vorliegen könnte, so dass auch § 2 EEG hier nicht die denkmalrechtlichen Belange überwinden könnte. Dies ist Teil der Prüfung im Annexverfahren. In der Gesamtschau dieser Sachverhalte bleibt es aus Sicht des RVHNF unausweichlich, diese Gesamtgemengelage einer nochmaligen intenisven Prüfung zu unterziehen, um einen Abwägungsfehler auszuschließen. |
| STNE-ID: 238<br>UKA Umweltgerechte Kraftanlagen GmbH & Co. KG<br>STNA-ID: 83 | BE-ID: 216 IV. Anwendung auf HN_8_II Südlich Bad Wimpfen (Kernort) Die vorgetragenen denkmalpflegerischen Bedenken stützen sich primär auf Sichtbarkeitsüberlagerungen aus einzelnen Blickachsen (etwa Haltebucht L1100, Abschnitte des Neckarradwegs). Nach dem dargestellten Maßstab genügt dies nicht. Erforderlich wäre der belastbare Nachweis, dass die prägenden Merkmale der Gesamtanlage „Wimpfen am Berg“ – namentlich die Solitär- und Dominanzwirkung des Blauen Turms in konstitutiven Blickpunkten der Stadtsilhouette – in ihrer wesentlichen Wirkung erheblich gemindert würden. Maßgeblich sind dabei gerade jene dauerhaft genutzten, stadtgeschichtlich konstitutiven Aussichtspunkte; transiente Verkehrsblickpunkte | Kenntnisnahme und weitgehende Ablehnung Wie zuvor bereits dargelegt, deuten die derzeit bekannten Fakten (Visualisierungen, Stellungnahme der höheren Denkmalschutzbehörde, eigene Sichtbarkeitsanalyse des RVHNF) auf mögliche erhebliche Bedenken hin. Hierzu zählt auch die nicht abstreitbare Beeinträchtigung des die Stadtkulisse dominierenden Blauen Turms. Eine konkrete Überprüfung der Indizien erfolgte jedoch bislang nicht. Das überwiegende öffentliche Interesse nach § 2 EEG spräche eher dafür, diese Bedenken zu überwinden- sofern diese nicht ein Maß erreichen die § 2 EEG nicht überwinden kann. Aus Sicht des RVHNF steht allerdings auch die Tragfähigkeit des § 2 EEG in diesem |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | sind abwägungsrechtlich geringer zu gewichten. Die herangezogenen Visualisierungen folgen zwar anerkannten Standards, zugleich wurde jedoch selbst darauf hingewiesen, dass einzelne Darstellungen Anlagestandorte am Rand bzw. außerhalb des Gebietsumgriffs zeigen und die Übertragbarkeit in das Vorranggebiet hypothetisch angenommen wird. Gerade standortgenaue Verschiebungen (Mikrositing) um einige hundert Meter sowie maßvolle Höhenanpassungen sind typischerweise geeignet, kritische Überlagerungen („hinter dem Turm“) in Hauptsichtachsen zu vermeiden. Auf der Ebene des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens stehen zudem wirksame Minderungsinstrumente zur Verfügung: die Festlegung exakter Koordinaten nach einem Sichtachsenkonzept, Begrenzungen der Rotorspitzen- und Nabenhöhe für kritische Azimute, Anordnung und gegebenenfalls Reduktion der Anlagenzahl, matte und reflexionsarme Oberflächen sowie bedarfsgesteuerte Nachtkennzeichnung zur Minimierung nächtlicher Wahrnehmung. Solange diese abmildernden Mittel plausibel geeignet sind, erhebliche Beeinträchtigungen zu vermeiden, ist ein Flächenausschluss auf Regionalplanebene verfrüht. Vor diesem Hintergrund würde eine ersatzlose Streichung ohne belastbaren Nachweis der Unvermeidbarkeit erheblicher Beeinträchtigungen – trotz mildernder Mittel – ein Abwägungsdefizit bzw. eine Abwägungsfehleinschätzung nahelegen. Dies gilt umso mehr angesichts der bundesgesetzlich vorgegebenen Flächenziele (WindBG) und des § 2 EEG, die die planerische Pflicht zur Sicherung ausreichender Potenzialräume für die Windenergie verstärken. | Fall zumindest zur Diskussion (siehe Argumentation weiter oben und zur Abwägung der Stellungnahme des Landesdenkmalamtes in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG). Die vom Stellungnehmer ins Feld geführten erforderlichen "belastbaren Nachweise" wurden im bisherigen Verfahrensverlauf noch nicht für HN_08_II erhoben, da die erheblichen Bedenken der höheren Denkmalschutzbehörde erst im vorherigen Verfahrensschritt in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG vorgetragen wurden. Die Prüfung und Ermittlung der notwendigen Sachverhalte erfolgt deshalb stringent im nächsten Verfahrensschritt, im Annexverfahren. Es wird in diesem Zusammenhang nochmals darauf hingewiesen, dass die Formulierung "Vor diesem Hintergrund würde eine ersatzlose Streichung ohne belastbaren Nachweis..." vollkommen fehl läuft, da es sich weder um eine ersatzlose Streichung handelt noch keine hinreichenden Indizien für eine notwendige nochmalige Prüfung vorliegen. HN_08_II wird zur weiteren Prüfung der vorgetragenen Sachverhalte in das Annexverfahren überführt. Im Gegensatz zu der Aussage des Stellungnehmers wäre eine ungeprüfte Weiterführung von HN_08_II unter diesen Bedingungen deutlich eher ein Abwägungsdefizit und eine Abwägungsfehlentscheidung als den Sachverhalt einer nochmaligen Prüfung inklusive erneuter Beteiligung zu unterziehen. Zum aktuellen Zeitpunkt stehen den konkreten Bedenken der höheren Denkmalschutzbehörde nämlich lediglich theoretische ungeprüfte Spekulationen des Stellungnehmers gegenüber. Insbesondere die "standortgenauen Verschiebungen (Mikrositing) um einige hundert Meter" hatte die höhere Denkmalschutzbehörde aus hiesiger Sicht in ihrer Stellungnahme implizit ausgeschlossen, als sie auch eine solche Verschiebung der WEA 4 als nicht mildernd anerkannte. |
| STNE-ID: 238<br>UKA Umweltgerechte Kraftanlagen GmbH & Co. KG<br>STNA-ID: 83 | BE-ID: 217 V. Planerische Konsequenz Rechtssicher und verhältnismäßig ist die Beibehaltung des Vorranggebietes, verbunden mit einem klaren Prüf- und Auflagenvorbehalt für den Umgebungsschutz. In der Planbegründung sollte ausgeführt werden, dass die Belange des Denkmalschutzes nach § 15 Abs. 4 DSchG Baden-Württemberg berücksichtigt werden, die bloße Sichtbarkeit von WEA aus einzelnen Blickpunkten jedoch nach der aktuellen Rechtsprechung (u. a. OVG Greifswald 5 K 171/22 OVG; OVG Berlin-Brandenburg OVG 3a A 52/23; BVerwG 7 C 3.23) keine erhebliche Beeinträchtigung des prägenden Erscheinungsbildes begründet und unter Geltung des § 2 EEG der Ausbau der | Ablehnung Wie zuvor bereits dargelegt ist aktuell nicht absehbar, ob tatsächlich, wie vom Stellungnehmer angeführt, in einem immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren eine Lösung möglich ist. Der RVHNF kann jedoch keine rechtliche Abschichtung vornehmen, solange nicht klar ist, dass auf der nachgelagerten Ebene eine rechtskonforme Lösung gefunden werden kann. Nach Aussage der höheren Denkmalschutzbehörde (die von den bisherigen eigenen Untersuchungen des RVHNF teilweise gestützt wird) ist dies nicht der Fall. Da es sich hierbei um die Festlegung eines von Gesetzes wegen |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Erneuerbaren in der Abwägung besonders zu gewichten ist. Die konkrete Konfliktbewältigung wird auf die Genehmigungsebene verlagert: Für Vorhaben innerhalb des Vorranggebietes ist im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren eine denkmalfachliche 3D-Sichtfeldanalyse nach anerkannten Standards aus definierten, konstitutiven Blickpunkten der Gesamtanlage „Wimpfen am Berg“ vorzulegen. Auf dieser Grundlage sind geeignete Maßnahmen zur Konfliktminderung verbindlich festzulegen. Ergibt die Prüfung, dass trotz dieser Maßnahmen eine erhebliche Beeinträchtigung nicht ausgeschlossen werden kann, ist die Genehmigung zu versagen; die planerische Flächensicherung bleibt hiervon unberührt. | endabgewogenen Vorranggebietes für regionalbedeutsame Windkraftanlagen und nicht um die Suche für einzelne Standorte handelt, würde ein unreflektiertes Beibehalten dieser, aus hiesiger Sicht, gravierenden Unsicherheit die Erforderlichkeit des Gebietes in Frage stellen. Diese Rechtsunsicherheit wird der RVHNF im kommenden Annexverfahren aufklären und entsprechend der Ergebnisse kommender Prüfungen dann mit HN_08_II weiterverfahren. Der RVHNF geht davon aus, dass auch dem Stellungnehmer nicht an einem auf das Flächenziel anzurechnenden Vorranggebiet gelegen sein kann, in dem aber in kommenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren regelmäßig aufgrund denkmalrechtlicher Konflikte Genehmigungen versagt werden. Ob in dem Gebiet unter Zuhilfenahme mindernder Maßnahmen Windkraftanlagen grundsätzlich möglich sind, wird die Prüfung im Annexverfahren zeigen. |
| STNE-ID: 238<br>UKA Umweltgerechte Kraftanlagen GmbH & Co. KG<br>STNA-ID: 83 | BE-ID: 218 VI. Schlussfolgerung Unter Berücksichtigung von § 2 EEG, § 15 Abs. 4 DSchG BW, der Flächenziele des WindBG und der aktuellen Rechtsprechung ist die Beibehaltung des Vorranggebiets HN_8_II „Südlich Bad Wimpfen (Kernort)“ mit einem Planvermerk „besondere Anforderungen an den Umgebungsschutz“ die rechtssichere, verhältnismäßige und abwägungsgerechte Lösung. Sie wahrt den hohen Rang des Denkmalschutzes, ohne die gesetzlich gebotene Flächensicherung für die Windenergie zu unterlaufen, und verlagert die erforderliche Detailprüfung in das dafür sachnähere Genehmigungsverfahren. | Ablehnung Wie zuvor bereits ausführlich dargelegt, teilt der RVHNF diese Schlussfolgerung nicht. Im Gegenteil ist dieser Weg aus hiesiger Sicht gerade nicht rechtssicher und abwägungsfehlerhaft, da eine Abschichtung erfolgt ohne zu wissen ob in nachgelagerten Verfahren überhaupt eine Lösungsmöglichkeit besteht. Dies stellt die Gefahr einer fehlenden Erforderlichkeit dar. |
| STNE-ID: 238<br>UKA Umweltgerechte Kraftanlagen GmbH & Co. KG<br>STNA-ID: 83 | BE-ID: 219 VII. Ergebnis und Antrag Das Vorranggebiet HN_8_II „Südlich Bad Wimpfen (Kernort)“ sollte nicht ersatzlos aus dem 2. Entwurf gestrichen, sondern beibehalten und – soweit erforderlich – mit besonderen Anforderungen an den Umgebungsschutz nach § 15 Abs. 4 DSchG versehen werden. Unter Geltung des § 2 EEG (überragendes öffentliches Interesse; öffentliche Sicherheit) und der aktuellen obergerichtlichen Rechtsprechung genügt die bloße Sichtbarkeit geplanter Windenergieanlagen (WEA) aus einzelnen Blickbezügen nicht, um eine erhebliche denkmalrechtliche Beeinträchtigung zu belegen. Konflikte sind vorrangig projektbezogen durch mildernde Mittel zu bewältigen. Ein pauschaler Flächenausschluss auf der Ebene der Regionalplanung ist daher rechtlich nicht geboten. | Ablehnung HN_08_II wird nicht ersatzlos gestrichen. HN_08_II wird in ein weitergehendes Verfahren überführt und dort nochmals geprüft, um zu klären, ob und in welchem Umfang Maßnahmen zur Lösung denkmalrechtlicher Konflikte möglich und notwendig sind. Die Formulierung aus der Stellungnahme "- soweit erforderlich-" legt nahe, dass auch der Stellungnehmer sich offenbar nicht darüber im Klaren ist, ob und in welchem Umfang Maßnahmen zur Vereinbarkeit mit dem Denkmalschutz erforderlich sind. Genauso wenig wie dies aktuell abgeschätzt werden kann, kann aktuell abgeschätzt werden, ob Konflikte projektbezogen durch mildernde Mittel bewältigbar sind. |
| STNE-ID: 238<br>UKA Umweltgerechte | BE-ID: 220 Als Entwickler von Windenergieprojekten sind wir ein von Ihren Planungen unmittelbar betroffenes Unternehmen. Im Zuge der Entwicklung des | Kenntnisnahme Der RVHNF begrüßt und erkennt die Vorleistungen des Stellungnehmers sowie die dadurch gegebene Umsetzungsmöglichkeit |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| Kraftanlagen GmbH & Co. KG<br>STNA-ID: 83 | Windenergieprojektes Bad Wimpfen Süd sind wir verschiedenste vertragliche Verpflichtungen, z.B. gegenüber den Grundeigentümern, eingegangen und haben erhebliche finanzielle Aufwendungen u.a. für die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsanträge als Vorleistungen getragen. All das dient im Ergebnis der Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen und sollte gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz i.V.m. § 7 Abs. 2 Raumordnungsgesetz in der Abwägung des Planentwurfes entsprechend berücksichtigt werden. Auf Grund fortgeschrittener vertraglicher Einigung mit den Grundeigentümern (Flächensicherung) können zum jetzigen Zeitpunkt bereits 4 Windenergieanlagen komplett errichtet werden. Bei einer Aufnahme der Fläche im Regionalplan bestünde damit eine hohe Wahrscheinlichkeit für eine Realisierung und damit einen realen Zubau von dringend benötigen Windenergiekapazitäten in der Region. Bitte verstehen Sie unser Schreiben auch als Gesprächsangebot an Sie, unsere Expertise in den weiteren Planungsprozess mit einzubringen. Wir begrüßen deswegen einen persönlichen Termin mit Ihnen, für den unsere Flächenvorschläge eine Gesprächs- und Diskussionsgrundlage bilden können. | an. Der RVHNF war und ist das gesamte Verfahren über ebenfalls bestrebt, laufende Planungen wo möglich zu berücksichtigen und deren Umsetzung zu sichern. Hauptaugenmerk und Hauptaufgabe des RVHNF ist jedoch im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie II die gesetzlichen Vorgaben der Flächenzielerreichung rechtssicher zu erfüllen und dadurch die vorgesehene Steuerung der Windkraft zu erreichen. Somit ist es oberstes Ziel des RVHNF das Hauptverfahren rechtssicher abzuschließen. Hierfür ist HN_08_II auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes und Zuschnittes ein erheblicher Risikofaktor. Dem RVHNF sind darüber hinaus im Bereich der Plangebiete lediglich drei mögliche Standorte des Stellungnehmers bekannt, die alle zwischen den geplanten Vorranggebieten HN_08_II und HN_06_II liegen. Diese Standorte würden damit von einer Beibehaltung des Gebietes HN_08_II nicht profitieren. Weiter beantragte der Stellungnehmer in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG eine Erweiterung der beiden genannten Gebiete (auch im Bereich der zuvor genannten, dem RVHNF bekannten Standortplanungen), die ebenfalls im Annexverfahren geprüft werden wird. In diesem Zusammenhang kann damit auch ein möglicherweise notwendiger entsprechender Neuzuschnitt des Gebietes HN_08_II unter denkmalschutzrechtlichen Gesichtspunkten verknüpft und damit eine deutliche Minimierung der Wirkungen auf die historische Stadtkulisse und insbesondere den diese maßgeblich prägenden Blauen Turm erreicht werden. Gerne kann sich der Stellungnehmer hierbei im Rahmen des Annexverfahrens erneut einbringen. |
| STNE-ID: 244<br>Waldkindergarten Waldzauber e. V. c/o Verwaltungsstelle Dahenfeld<br>STNA-ID: 106 | BE-ID: 289 im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie zum Vorranggebiet HN 09 II nehmen wir erneut Bezug auf den in etwa 360 m Entfernung gelegenen Waldkindergarten. Beruhend auf Ihrer Abwägung und Sachaufklärung und der Sichtung der Beteiligungsunterlagen bleiben zahlreiche Fragen unsererseits offen, deshalb möchten wir folgende Bedenken und Anregungen sowie konkrete Forderungen in einer ergänzenden Stellungnahme zur Teilfortschreibung Windenergie II vorbringen. | Kenntnisnahme HN_09_II ist nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Gegenstand des aktuellen Beteiligungsschrittes ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren und deren Überführung in das Annexverfahren zur Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa). HN_09_II ist keines dieser 17 Gebiete. |
| STNE-ID: 244<br>Waldkindergarten Waldzauber e. V. c/o Verwaltungsstelle Dahenfeld<br>STNA-ID: 106 | BE-ID: 290 1. Schutzbedürftigkeit des Waldkindergartens Bei dem Waldkindergarten handelt es sich um eine besonders schutzbedürftige Einrichtung, in der sich regelmäßig Kinder im Vorschulalter über mindestens sechs Stunden im Freien aufhalten. Im Gegensatz zu klassischen Kindertagesstätten bestehen hier nur eingeschränkte Möglichkeiten, sich vor | Ablehnung Wie eingangs bereits dargelegt, ist HN_09_II nicht Gegenstand der aktuellen Beteiligung. Die vorgebrachten Belange des Waldkindergartens wurden bereits in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG vorgebracht und der Umgang durch die Verbandsversammung am 30.01.2026 beschlossen. Mit diesem Beschluss wurde HN_09_II zur |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Umwelteinwirkungen zurückzuziehen. Aktuell haben wir das Glück die Forsthütte im Bezirk Herrenbusch im Rahmen eines Gestattungsvertrages als Schutzraum nutzen zu dürfen, weshalb wir dringlich an diesen Standort gebunden sind! Zu bedenken geben wir auch, dass die Kinder alltäglich ihre Mittagsruhe in 360 m Entfernung zur Windenergieanlage machen müssten und dies nachweislich eine Gesundheitsgefährdung darstellt. Zudem sind wir bei der Betreuung und Bildung der Kinder auf Planungssicherheit angewiesen! Es wurde uns vom OB Herr Hertwig zugesichert, dass das Wohlbefinden und die Sicherheit der Kinder stets berücksichtigt werden! Transparenz und Austausch bzgl. der Plankonkretisierung wurde ebenso zugesichert! Lt. Aussage der Stadt ist eine Umsiedlung des Waldkindergartens nicht vorgesehen und es stellt sich die Frage, ob überhaupt noch mögliche Flächen für die von Ihnen ins Auge gefasste Umsiedlung möglich wären! | Weiterführung im Hauptverfahren bestimmt. Mit Blick auf die Entfernungsangabe, die sich auf die Grenze des Vorranggebiets bezieht und nach Messung des RVHNF 380 m beträgt, wird unabhängig davon darauf hingewiesen, dass der RVHNF keine konkreten Anlagenstandorte festlegt. Die Standortfindung erfolgt durch den Vorhabenträger in Abstimmung mit der unteren Immissionsschutzbehörde. Nicht rechtskonforme Standorte erhielten dabei keine immissionsschutzrechtliche Genehmigung. Der Abstand zu den Anlagen kann mit Blick auf die Größe des Gebiets damit auch deutlich größer ausfallen als die genannten 360 m. Weiter wird darauf hingewiesen, dass die Planung der Standorte unter maßgeblicher Beteiligung der Gemeinde Erlenbach und der Stadt Neckarsulm und nach Kenntnis des RVHNF auf städtischen Flächen stattfindet. Die Planung wurde dem RVHNF durch die Kommunen mit dem Wunsch einer Aufnahme in die regionale Kulisse mitgeteilt. Die getroffenen Aussagen der Stadt Neckarsulm bezüglich des Umgangs mit dem Waldkindergarten können vom RVHNF nicht kommentiert werden. Eine Lösungsfindung ist hier aber auf kommunaler Ebene der Stadt Neckarsulm naheliegend, da sie die beiden grundsätzlich kommunalen Belange der Kinderbetreuung und der durch die Stadt vorangetriebenen Windkraftstandorte vereinen kann, zum Beispiel durch die Bereitstellung unkritischer Erschließungswege oder aber im Zweifel doch die Verlagerung der Einrichtung auf andere kommunale Waldflächen. Der Zuschnitt des Vorranggebietes HN_09_II, dessen Rand einen Abstand von 380 m zu dem Waldkindergarten aufweist, ist aus Sicht des RVHNF klar mit den rechtlichen Vorgaben vereinbar. Im Übrigen könnten die Stadt Neckarsulm und die Gemeinde Erlenbach selbst bei einer Streichung von HN_09_II aus dem regionalen Verfahren ihrerseits die Planungen weiter im Rahmen einer Flächennutzungsplanänderung der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft vorantreiben. |
| STNE-ID: 244<br>Waldkindergarten Waldzauber e. V. c/o Verwaltungsstelle Dahenfeld<br>STNA-ID: 106 | BE-ID: 291 2. Standortgebundene Betriebserlaubnis vom KVJS Die Betriebserlaubnis zum Betrieb eines Waldkindergartens wird nach § 45 SGB VIII vom zuständigen KVJS erteilt. Dabei werden konkrete örtliche Gegebenheiten geprüft, z. B.: * das Waldgebiet (Lage, Sicherheit, Zugang) * Rückzugsräume (aktuell die Forst-Hütte) * hygienische Bedingungen * Gefährdungen vor Ort (Straßen, Gewässer etc.) Deshalb bezieht sich die Erlaubnis immer auf einen bestimmten Standort! Zudem fordert der KVJS mindestens ca. 2–3 m² pro Kind | Ablehnung Es wird auf die bisherigen Aussagen verwiesen. Die genannten spezifischen Bedingungen einer Betriebserlaubnis eines Waldkindergartens ist kein auf regionaler Ebene berücksichtigbarer Belang. Die Tatsache, dass der Waldkindergarten bereits zweimal den Standort geändert hat, bestätigt die Annahme des RVHNF, dass eine Verlagerung als taugliches Mittel der Konfliktlösung auf Umsetzungsebene in Frage kommt; auch wenn dies nachvollziehbarerweise nicht das gewünschte Mittel ist. Durch |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | im Schutzraum. Für unsere Gruppe mit 20 Kindern also etwa 40–60 m² Nutzfläche, um alle Kinder gleichzeitig zu beherbergen. Sie muss zudem beheizbar sein und kindgerecht eingerichtet! Ein Bauwagen alleine wäre nicht ausreichend! Tatsächlich sind wir in der Vergangenheit bereits zweimal umgezogen, jedoch war das Betriebserlaubnisverfahren als damalige Halbtagseinrichtung an weniger Auflagen gebunden. Mit unseren verlängerten Öffnungszeiten sind auch die einzuhaltenden Standards gewachsen, insbesondere an den Rückzugsort werden konkrete Bedingungen geknüpft! Es ist dringend zu prüfen, inwieweit die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen im Vorranggebiet HN_09_II Auswirkungen auf die bestehende Betriebserlaubnis des Waldkindergartens Neckarsulm haben können. Eine Gefährdung oder Einschränkung des Betriebs – sei es durch Immissionen, Sicherheitsabstände oder bau- bzw. betriebsbedingte Einwirkungen – ist auszuschließen. Andernfalls ist das Vorranggebiet entsprechend anzupassen oder auszuschließen. | die Lage des Waldkindergartens deutlich außerhalb des geplanten Gebiet, die Größe des Gebiets, die zahlreiche Standortoptionen für die Windkraftanlagen mit sich bringt und die kommunizierte Mitwirkungsbereitschaft der Stadt Neckarsulm scheint es vor dem Hintergrund der gesetzlichen Vorgaben des Immissionsschutzrechts plausibel, den Konflikt auch ohne Verlagerung der Einrichtung und ohne eine Veränderung des Gebietszuschnitts zu lösen. |
| STNE-ID: 244<br>Waldkindergarten Waldzauber e. V. c/o Verwaltungsstelle Dahenfeld<br>STNA-ID: 106 | BE-ID: 292 3. Abstand und Immissionsschutz im Hinblick auf die Auswirkungen der sensiblen Nutzung eines Waldkindergartens Ein Abstand von lediglich ca. 360 m erscheint vor dem Hintergrund folgender potenzieller Belastungen kritisch • Lärmimmissionen (insbesondere tieffrequenter Schall) • Schattenwurf und Lichtreflexionen • Schallgutachten • Optisch bedrängende Wirkung der Anlagen • Gefahren wie Eiswurf/Eisfall, technisches Versagen und Brandschutz Es sollte geprüft werden, ob unter Berücksichtigung der besonderen Nutzung (dauerhafter Aufenthalt von Kindern im Freien) größere Mindestabstände erforderlich sind als bei anderen Nutzungen! Sie haben immer wieder auf das immisionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren hingewiesen! Hier bitten wir zu beachten, dass Kinder sensibler auf Umgebungseinflüsse reagieren und die Sicherheit der Kinder stets gewährleistet sein muss. Auch im Hinblick auf die Bauphase sind große Belastungen und eine konkrete Konfliktlage immissionsschutzrechtlich zu bewerten! Dabei darf sich die Bewertung nicht allein an allgemeinen Grenzwerten orientieren, sondern muss die spezifische Nutzung des Waldkindergartens als schutzbedürftige Einrichtung berücksichtigen. Vorsorgeprinzip und Minimierungsgebot sind hier konsequent anzuwenden, da es um den Schutz einer sensiblen Personengruppe – nämlich um in Entwicklung befindliche Kinder! | Ablehnung Es wird auf die bisherigen Aussagen sowie auf die Behandlung der Stellungnahme des Stellungnehmers in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG verwiesen. Ein entsprechender Umgang wurde mit dem Beschluss der Verbandsversammlung am 30.01.2026 festgelegt. Allgemeine Kritikpunkte zur Windkraft wurden bereits im Rahmen der abgeschlossenen Beteiligung nach § 9 (2) ROG in dem Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und einer Abwägung zugeführt. Der entsprechende Umgang kann dem genannten Dokument, dass der Synopse nochmals als Anhang beigefügt wird, entnommen werden. |
| STNE-ID: 244<br>Waldkindergarten Waldzauber | BE-ID: 293 4. Besondere Belastungen während der Bauphase durch Schaffung der Infrastruktur Neben dem späteren Betrieb sind insbesondere die | Ablehnung Es wird auf die bisherigen Aussagen sowie auf die Behandlung der Stellungnahme des Stellungnehmers in der Beteiligung nach § 9 (2) |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| e. V. c/o Verwaltungsstelle Dahenfeld<br>STNA-ID: 106 | Auswirkungen der Bauphase zu berücksichtigen, zumal eine Zuwegung zu den vorgesehenen Anlagestandorten in unmittelbarer Nachbarschaft zu unserer Schutzhütte zu befürchten sind. Deshalb ist auch die benötigte Infrastruktur beim immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen! Wir befürchten: • Erhöhtes Verkehrsaufkommen durch Baufahrzeuge (Gefährdung auf Zuwegungen) • Lärm- und Staubimmissionen während der Bauzeit • Einschränkungen der Zugänglichkeit und Nutzung des Waldgeländes • Gefährdung durch Baustellenbetrieb im näheren Umfeld Gerade für einen Waldkindergarten können diese temporären Belastungen erhebliche Auswirkungen auf den Betrieb und die Sicherheit der Kinder haben. Der Schutz der Kinder ist vollumfänglich sicherzustellen. Bereits jetzt werden zahlreiche konkrete Konflikte und Gefährdungen deutlich, die bei der Regionalplanung berücksichtigt werden müssen, und nicht erst beim immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren! | ROG verwiesen. Ein entsprechender Umgang wurde mit dem Beschluss der Verbandsversammlung am 30.01.2026 festgelegt. Fragestellungen der Erschließung möglicher Windkraftstandorte sind im Zuge der konkreten Umsetzungsplanung und im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zu lösen. Die regionalplanerische Ebene ist mangels Möglichkeit einer konkreter Standortfestlegung hierfür nicht die richtige Ebene zur Lösung des Konflikts. Es bestehen aber vor dem Hintergrund der zugesagten Kooperationsbereitschaft der Stadt Neckarsulm keine Zweifel, dass hierfür angemessene Lösungen auf Umsetzungsebene gefunden werden können. |
| STNE-ID: 244<br>Waldkindergarten Waldzauber e. V. c/o Verwaltungsstelle Dahenfeld<br>STNA-ID: 106 | BE-ID: 294 5. Pädagogisches Konzept und Naturraum sowie Artenschutz Der Waldkindergarten ist in besonderem Maße auf einen möglichst ungestörten Naturraum angewiesen. Eine technische Überprägung durch Windenergieanlagen sowie baubedingte Eingriffe können die pädagogische Qualität und die Nutzbarkeit des Standortes erheblich beeinträchtigen. Im Rahmen unseres Konzeptes bewegen wir uns aktuell relativ frei im Wald um unseren naturpädagogischen Auftrag umzusetzen. Das Waldgebiet wird aktuell neben den Kindern von zahlreichen schutzbedürftigen Tieren genutzt – unter anderem beobachten wir jedes Jahr die Gelbbauchunken in unserem Gebiet, auch die Zauneidechse ist hier beheimatet sowie zahlreiche Hirschkäfer, alles besonders streng geschützt! Auch gibt es in unmittelbarer Nähe ein Biotop. Wir bitten deshalb dringlich auch um Vorlage des Artenschutzgutachtens und ein Verstoß gegen artenschutzrechtliche Verbote ist auszuschließen bzw. Vermeidungs-, Minderungs- und Ausgleichsmaßnahmen sind verbindlich festzulegen. | Ablehnung Es wird auf die bisherigen Aussagen verwiesen. Auch die artenschutzrechtlichen Belange waren bereits im Rahmen der Beteiligung nach § 9(2) ROG Thema und ein entsprechender Umgang wurde mit dem bereits erwähnten Beschluss der Verbandsversammlung am 30.01.2026 festgelegt. Die genannten Vorkommen sind auf Ebene der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren bei der Festlegung konkreter Standorte zu berücksichtigen. Auch diesbezüglich wird auf das Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" verwiesen. Der entsprechende Umgang kann dem genannten Dokument, dass der Synopse nochmals als Anhang beigefügt wird, entnommen werden. |
| STNE-ID: 244<br>Waldkindergarten Waldzauber e. V. c/o Verwaltungsstelle Dahenfeld<br>STNA-ID: 106 | BE-ID: 295 6. Konkrete Forderungen und Prüfbitten Vor diesem Hintergrund wird angeregt: • Eine vertiefte immissionsschutzrechtliche Prüfung speziell für die Nutzung durch einen Waldkindergarten also eine Abwägung hinsichtlich der sensiblen Nutzung durch Kinder durchzuführen • Die Auswirkungen der Bauphase gesondert zu betrachten und zu bewerten • Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen verbindlich festzulegen (z. B. Bauzeitenregelungen, Verkehrslenkung, temporäre Verlagerung) • Transparenz und Austausch mit | Ablehnung Der RVHNF ist nicht Träger des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens und hat keinen Einfluss auf Art und Umfang der dortigen Prüfpflichten. Der Zuschnitt des Vorranggebietes HN_09_II, das einen Abstand von 380 m zu dem Waldkindergarten aufweist, ist aus Sicht des RVHNF klar mit den rechtlichen Vorgaben vereinbar. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | dem Trägerverein Waldzauber e. V. hinsichtlich aller Planungsschritte in Bezug auf die Windenergieanlagen auch von Seiten des Regionalverbandes, der Stadt Neckarsulm sowie des Bauträgers Enerkrakt Gruppe, Erlenbach • Alternativ die Vergrößerung des Abstandes zwischen Vorranggebiet und Einrichtung zu prüfen anstatt einer nicht zumutbaren und unzulässigen Verlagerung der bereits jetzt ersichtlichen Konflikte auf nachgelagerte Verfahren. | |
| STNE-ID: 244<br>Waldkindergarten Waldzauber e. V. c/o Verwaltungsstelle Dahenfeld<br>STNA-ID: 106 | BE-ID: 296 7. Zusammenfassung Aufgrund der besonderen Schutzbedürftigkeit der im Waldkindergarten betreuten Kinder sowie der spezifischen Nutzungssituation im Freien bestehen erhebliche Bedenken hinsichtlich der geplanten Ausweisung in der vorliegenden Form. Insbesondere die Nähe von nur 360 m sowie die Auswirkungen während der Bauphase erscheinen konfliktträchtig und bedürfen einer erneuten vertieften Ermittlung und Abwägung. Das Vorranggebiet muss entsprechend angepasst werden, wir fordern eine erneute Prüfung und bitten um Darlegung der einzelnen Punkte in Ihrer Abwägung. Ein ganz wichtiger Aspekt ist für uns die bisher fehlende Transparenz in Bezug auf bereits bestehende Planungen und Vorüberlegungen! Denn für die Fortführung unseres Waldkindergartens bedarf es einer Planungssicherheit. Es wäre schön, wenn Sie uns diesbzgl. unterstützen könnten, um auch zukünftig für Kinder und Familien eine sichere Bildungs- und Betreuungseinrichtung bleiben zu können. | Ablehnung Der Zuschnitt des Vorranggebietes HN_09_II, das einen Abstand von 380 m zu dem Waldkindergarten aufweist, ist aus Sicht des RVHNF klar mit den rechtlichen Vorgaben vereinbar. Der RVHNF legt höchsten Wert auf Transparenz und stellt alle von ihm verantworteten Planungsschritte öffentlich dar (siehe hierzu etwa die Homepage des RVHNF unter https://www.rvhnf.de/tfs-windenergie). Die Verfahrensführung der konkreten Standortplanung liegt nicht in den Händen des RVHNF und kann nicht kommentiert werden. Alle auf regionaler Planungsebene berücksichtigbaren Belange flossen in die Schutzgüterabwägung ein. Dies ist im Standortdatenblatt zu HN_09_II, in der Begründung, dem Umweltbericht und den Synopsen zu den jeweiligen Beteiligungsschritten dokumentiert. Im Standortdatenblatt wird im Übrigen mittlerweile auch der Waldkindergarten und die Erfordernis einer Berücksichtigung auf Umsetzungsebene erwähnt. Im Ergebnis wurde am 30.01.2026 durch die Verbandsversammlung beschlossen HN_09_II im Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II weiterzuführen. Aus den vorgetragenen Sachverhalte ergibt sich diesbezüglich weiterhin kein Änderungsbedarf. |
| STNE-ID: 231<br>wpd onshore GmbH & Co. KG<br>STNA-ID: 75 | BE-ID: 181 Die wpd plant und betreibt seit 30 Jahren Wind- und Solarenergieanlagen sowohl im In- als auch im Ausland. Als inhabergeführtes, mittelständisches Unternehmen haben wir weltweit über 7.000 MW an erneuerbaren Energieanlagen installiert und gehören damit zu den Branchenführern in Deutschland. Durch unseren Sitz in Bietigheim-Bissingen liegt für uns ein besonderes Augenmerk auf der Planung und Entwicklung von Wind- und Solarparks in der Region, um die Nutzung erneuerbarer Energien voranzutreiben und die Versorgungssicherheit in Baden-Württemberg zu gewährleisten. Hier haben wir unter anderem mit dem Windpark Lauterstein bei Göppingen mit 16 Windenergieanlagen einen der größten Windparks des Landes in unserem Bestand. Wir befürworten die Ausweisung der beiden Gebiete TBB_15_II und TBB_17_II als Vorranggebiete für Windenergie. Für | Kenntnisnahme Der RVHNF nimmt den vorgeschlagenen Neuzuschnitt zur Kenntnis und wird ihn bei der Überprüfung des geplanten Vorranggebietes TBB_17_II im Annexverfahren, der Teilfortschreibung Windenergie IIa, in die Überlegungen einbeziehen. [Hinweis RVHNF: Die genannte Anlage 1 "Übersichtskarte WP Vilchband" ist der Synopse als Anlage beigefügt] |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | TBB_15_II in der im ersten Planentwurf vom 19.07.2024 vorgesehenen Form. Für TBB_17_II schlagen wir eine Änderung des Gebiets wie in Anlage 1 dargestellt vor. Die Größe des Gebiets TBB_17_II verkleinert sich dadurch von 227 ha auf 66 ha. | |
| STNE-ID: 231<br>wpd onshore GmbH & Co. KG<br>STNA-ID: 75 | BE-ID: 182 Auf Grundlage der bereits vorhandenen Infrastruktur sowie der bestehenden energietechnischen Vorbelastungen – darunter die Hochspannungsleitungen zwischen den zwei Vorranggebieten, die verkehrliche Vorbelastung durch die Bundesautobahn A81 sowie die in der Region bereits errichteten Energieanlagen wie der Windpark Gaurettersheim und der Windpark Wittighausen – ergibt sich bereits heute eine deutliche visuelle Vorprägung des Landschaftsbildes. Innerhalb der betroffenen Vorranggebiete verfügen wir über eine nahezu vollständige privatrechtliche Sicherung der für die geplanten sechs Windenergieanlagen erforderlichen Flächen. Dies ist Grundlage für die weitere Entwicklung des Standorts. Auch für die Errichtung eines Umspannwerks an einem geeigneten Standort sind wir bereits im konstruktiven Austausch mit den Flächeneigentümern. Die Gemeinde Wittighausen ist dem Vorhaben sehr positiv gegenüber eingestellt und befürwortet die Errichtung eines Windparks auf der Gemarkung. Zudem weisen beide Gebiete eine im baden-württembergischen Vergleich überdurchschnittliche Windhöffigkeit auf. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 231<br>wpd onshore GmbH & Co. KG<br>STNA-ID: 75 | BE-ID: 183 Zur Klärung möglicher Belange der Bundeswehr streben wir einen Antrag für einen Vorbescheid an. Dies ermöglicht uns Planungssicherheit, sodass wir das Projekt zielgerichtet weiterentwickeln können. Vor diesem Hintergrund gehen wir von einer zeitnahen Umsetzungsperspektive bei Ausweisung aus. | Kenntnisnahme Da Belange der Bundeswehr ausschlaggebend für die Überführung beider Vorranggebiete von der Teilfortschreibung Windenergie II ins Annexverfahren sind, begrüßt der RVHNF eine diesbezügliche Kontaktaufnahme und bittet um Überlassung etwaiger Vorbescheide. Auch der RVHNF wird im Annexverfahren die Abstimmung mit der Bundeswehr suchen. |
| STNE-ID: 231<br>wpd onshore GmbH & Co. KG<br>STNA-ID: 75 | BE-ID: 184 Wir befürworten, dass die Vorranggebiete TBB_15_II und TBB_17_II im Hauptverfahren verbleiben und rechtskräftig als Vorranggebiete ausgewiesen werden. Wir regen an die Prüfung der Vereinbarkeit mit den militärischen Belangen auf das immissionsschutzrechtliche Verfahren zu verschieben. Sollte ein Verbleib im Hauptverfahren nicht möglich sein, so begrüßen wir die weitere Verfolgung der Flächen innerhalb des Annexverfahrens. | Kenntnisnahme Die Bundeswehr hat dem RVHNF gegenüber Sachverhalte (erwartete Beeinträchtigung des Funkverkehrs) benannt, die gegen einer Umsetzbarkeit beider Vorranggebiete durch konkrete Anlagenplanungen sprechen. Da der RVHNF nicht abschätzen kann, ob diese Bedenken die komplette Fläche oder nur Teile der Vorranggebiete (und wenn ja welche Teile) betreffen, würde eine Abschichtung der Fragestellung auf die Umsetzungsebene das Risiko bergen, dass der RVHNF aufgrund fehlender Umsetzbarkeit rechtlich nicht erforderliche Vorranggebiete festlegt. Da erste Rückfragen bei der Bundeswehr bislang unbeantwortet blieben, lässt sich diese Frage offensichtlich nicht |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | kurzfristig klären. Aus diesem Grund kann eine Klärung erst im Annexverfahren erfolgen. In diesem wird zu ermitteln sein, ob und wenn ja in welchem Umfang im besagten Bereich Vorranggebiete für Windkraftanlagen mit den Belangen der Landesverteidigung vereinbar sind. |
| STNE-ID: 207<br>Privatperson<br>STNA-ID: 14 | BE-ID: 14 1. Grundsätzliche Position Ich erhebe ausdrücklich und mit Nachdruck Einwendungen gegen die beabsichtigte Aufnahme von Flächen auf der Gemarkung Neuenstadt in die Vorrangkulisse für Windenergie sowie gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Wald. Ich erkenne die Bedeutung erneuerbarer Energien grundsätzlich an. Der Ausbau der Windenergie darf jedoch nicht auf Kosten hochwertiger Waldflächen, europäisch geschützter FFH-Gebiete und der rechtlichen Planungssicherheit erfolgen. Die gegenständliche Fläche überschreitet ökologische, rechtliche und planerische Grenzen und ist für eine Ausweisung als Vorranggebiet ungeeignet. | Kenntnisnahme Die Aufnahme von weiteren Flächen in die regionale Vorranggebietskulisse ist nicht Gegenstand der laufenden Beteiligung. Gegenstand der erneuten Beteiligung ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus der Teilfortschreibung Windenergie II, dem sog. Hauptverfahren, und deren Überführen in das sog. Annexverfahren, die Teilfortschreibung Windenergie IIa. Mögliche zusätzliche Flächenaufnahmen werden erst in diesem Annexverfahren auf der Grundlage des bestehenden Kriteriensets geprüft werden. |
| STNE-ID: 207<br>Privatperson<br>STNA-ID: 14 | BE-ID: 15 2. Windkraft im Wald widerspricht elementaren Raumordnungs- und Naturschutzgrundsätzen Der betroffene Höhenrücken ist Teil eines zusammenhängenden, über Jahrzehnte gewachsenen Waldgebietes mit zentralen Funktionen für: • den Natur- und Wasserhaushalt, • den Klimaschutz, • den Artenschutz, • sowie als Erholungs- und Identifikationsraum für die Bevölkerung. Windkraftanlagen im Wald bedeuten keine verträgliche Nutzung, sondern massive, irreversible Eingriffe, insbesondere durch: • großflächige Rodungen, • dauerhafte Bodenversiegelungen (Fundamente), • massive Eingriffe in den Wasserhaushalt, • breite Schwerlast-Zuwegungen und Kranstellflächen. Diese Eingriffe widersprechen den Grundsätzen des § 1 Abs. 5 und Abs. 6 BauGB sowie den Zielen der Raumordnung, nach denen Natur und Landschaft zu schonen und zu sichern sind. Waldflächen dürfen nicht allein zur Erreichung planerischer Flächenziele industrialisiert werden. | Ablehnung Die vorgebrachten Sachverhalte sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits in dem Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |
| STNE-ID: 207<br>Privatperson<br>STNA-ID: 14 | BE-ID: 16 3. FFH-Gebiet: Zwingendes Ausschlusskriterium – kein Abwägungsspielraum Besonders schwer wiegt, dass die geplanten Windenergiestandorte ganz oder teilweise innerhalb eines FFH-Gebietes des Natura-2000-Netzes liegen. Dabei handelt es sich um bindendes europäisches Naturschutzrecht, nicht um eine politische Abwägungsmasse. Nach § 34 Abs. 2 BNatSchG sind Vorhaben unzulässig, wenn sie die Erhaltungsziele eines FFH-Gebietes erheblich beeinträchtigen können. Bereits die Möglichkeit einer erheblichen Beeinträchtigung genügt als Ausschlusskriterium. Die wiederholt | Ablehnung Die vorgebrachten Sachverhalte sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits in dem Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | vorgebrachte Argumentation, • Detailprüfungen könnten später erfolgen, • artenschutzrechtliche Fragen gehörten in das Genehmigungsverfahren, • oder Ausnahmegenehmigungen nach § 34 Abs. 3 BNatSchG seien denkbar, stellt aus meiner Sicht einen grundlegenden Planungsfehler dar. Vorranggebiete müssen konfliktarm sein. Flächen, deren Genehmigungsfähigkeit nur über Ausnahmeverfahren erreichbar wäre, dürfen nicht als Vorranggebiete ausgewiesen werden. Eine Regionalplanung, die bewusst auf spätere Ausnahmeentscheidungen setzt, unterläuft das Vorsorgeprinzip und den Schutzzweck der FFH-Richtlinie. | |
| STNE-ID: 207<br>Privatperson<br>STNA-ID: 14 | BE-ID: 17 4. Planungsebene darf Genehmigungsebene nicht vorwegnehmen Die Ausweisung eines Vorranggebiets entfaltet eine erhebliche Vorwirkung. Sie erzeugt politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Druck, spätere Genehmigungen zu erteilen, selbst wenn erhebliche naturschutzrechtliche Konflikte bestehen. Gerade deshalb ist es Aufgabe der Regionalplanung, hoch konfliktträchtige Flächen frühzeitig auszuschließen. Die Verlagerung zentraler Konflikte auf nachgelagerte Genehmigungsverfahren widerspricht einer sachgerechten, vorsorgenden Planung. | Ablehnung Die vorgebrachten Sachverhalte sind nicht Gegenstand des laufenden Beteiligungsverfahrens. |
| STNE-ID: 207<br>Privatperson<br>STNA-ID: 14 | BE-ID: 18 5. Eigene Bewertungsgrundlagen des Regionalverbands sprechen gegen die Aufnahme Besonders gravierend ist, dass der Regionalverband die gegenständliche Fläche in seinen eigenen Unterlagen bereits eindeutig als hoch konfliktträchtig bewertet hat. Im Datenblatt HN_10_II wird ausdrücklich festgestellt, dass die Fläche: • nahezu vollständig innerhalb eines FFH-Gebiets liegt, • sich innerhalb eines Schwerpunktvorkommens der Kategorie B gemäß Fachbeitrag Artenschutz befindet. Genau aus diesen Gründen wurde die Fläche ursprünglich bewusst nicht in die Vorrangkulisse aufgenommen. Diese Bewertung ist fachlich nachvollziehbar und basiert auf den eigenen Kriterien des Regionalverbands. Eine erneute Aufnahme im Annexverfahren, ohne geänderte naturschutzfachliche Rahmenbedingungen, wäre widersprüchlich, willkürlich und rechtlich hoch angreifbar. | Ablehnung Die vorgebrachten Sachverhalte sind nicht Gegenstand des laufenden Beteiligungsverfahrens. Der RVHNF sieht in diesem Verfahrensschritt keine Aufnahme neuer Flächen vor. Im späteren Annexverfahren erfolgt eine Prüfung vorgebrachter Aufnahmewünsche nach den selben Kriterien, die bereits bei der bisherigen Planung angesetzt wurden. |
| STNE-ID: 207<br>Privatperson<br>STNA-ID: 14 | BE-ID: 19 6. Kumulative Wirkungen unzureichend berücksichtigt Das Datenblatt HN_10_II weist zudem ausdrücklich auf kumulative Wirkungen in Verbindung mit den Gebieten HN_16_II (östlich Eberstadt-Hölzern) hin. Der europäische FFH-Schutz verlangt zwingend die Berücksichtigung solcher kumulativer Effekte. Eine isolierte Betrachtung einzelner Flächen widerspricht: • dem europäischen Naturschutzrecht, • den eigenen methodischen Vorgaben des Regionalverbands. Durch die zusätzliche Planung von Windkraftanlagen auf | Ablehnung Die vorgebrachten Sachverhalte sind nicht Gegenstand des laufenden Beteiligungsverfahrens. In diesem Verfahrensschritt werden keine Neuaufnahmen vorgenommen. Im Annexverfahren erfolgt eine vollumfängliche Gesamtbewertung von bereits vorgebrachten Aufnahmewünschen, die auch die Frage kumulativer Wirkungen beinhaltet. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Neuenstadter Gemarkung verschärfen sich diese kumulativen Wirkungen erheblich. Ohne eine erneute, umfassende Gesamtbewertung liegt ein schwerer Abwägungsmangel vor, der die Rechtmäßigkeit der gesamten Planung gefährdet. | |
| STNE-ID: 207<br>Privatperson<br>STNA-ID: 14 | BE-ID: 20 7. Landschaftsbild, Erholung und Lebensqualität Der Höhenrücken prägt das Landschaftsbild der Region maßgeblich. Windkraftanlagen mit Gesamthöhen von über 200 Metern würden diesen Naturraum dauerhaft industrialisieren. Der Schutz des Landschaftsbildes ist ein rechtlich relevanter Belang (§ 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB). Die Beeinträchtigung von Erholungsfunktion, Heimatgefühl und Lebensqualität darf nicht als bloß subjektiv abgetan werden. | Ablehnung Die vorgebrachten Sachverhalte sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits in dem Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. Darüber hinaus bezweifeln wir, dass der besagte Höhenrücken das Landschaftsbild der gesamten Region Heilbronn-Franken prägt, da von hier aus eine Ausdehnung der Region z.B. nach Norden eine Strecke von über 60 Kilometer aufweist. |
| STNE-ID: 207<br>Privatperson<br>STNA-ID: 14 | BE-ID: 21 8. Keine Erforderlichkeit – fehlende Verhältnismäßigkeit Die regionalen Flächenziele für Windenergie können auch ohne die Aufnahme der Neuenstadter Gemarkung erreicht werden. Damit entfällt jede Rechtfertigung, ausgerechnet hochsensible Wald- und FFH-Flächen mit Vorrang zu belegen. Wo konfliktarme Alternativen bestehen, ist die Ausweisung konfliktträchtiger Flächen unverhältnismäßig und rechtlich angreifbar. | Ablehnung Die vorgebrachten Sachverhalte sind nicht Gegenstand des laufenden Beteiligungsschrittes. In diesem Verfahrensschritt werden keine Neuaufnahmen vorgenommen. Im Annexverfahren erfolgt eine vollumfängliche Gesamtbewertung von bereits vorgebrachten Aufnahmewünschen. |
| STNE-ID: 207<br>Privatperson<br>STNA-ID: 14 | BE-ID: 22 9. Forderung Meine Forderung lautet daher: • die Nichtaufnahme der Flächen auf der Gemarkung Neuenstadt in die Vorrangkulisse, • den konsequenten Ausschluss von Windkraftanlagen im Wald, • die uneingeschränkte Beachtung des europäischen FFH-Schutzrechts, • eine rechtssichere, widerspruchsfreie Regionalplanung ohne Vorwegnahme von Ausnahmeentscheidungen. Eine Energiewende, die Wälder zerstört, Schutzgebiete relativiert und eigene fachliche Maßstäbe unterläuft, ist weder nachhaltig noch rechtlich tragfähig. [Hinweis RVHNF: Der Stellungnahme waren folgende Anlagen beigefügt: Neuenstadt_3_WEA.pdf Scopingpapier_Neuenstadt_3_WEA.pdf Übersicht-08-GWWP.png] | Ablehnung Die vorgebrachten Sachverhalte sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. In diesem Verfahrensschritt werden keine Neuaufnahmen vorgenommen. Im Annexverfahren erfolgt eine vollumfängliche Gesamtbewertung von bereits vorgebrachten Aufnahmewünschen. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. Bei den Anlagen desd Stellungnehmers handelt es sich um Scopingunterlagen zu konkreten Standortplanungen in Neuenstadt im Zuge eines immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens. Diese Unterlagen sind nicht Gegenstand der laufenden regionalen Planung. Auf einen Abdruck der Unterlagen wird deshalb verzichtet. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| STNE-ID: 207<br>Privatperson<br>STNA-ID: 37 | BE-ID: 81 Als Bürger der Region und als jemand, der sich seit Jahren für den Erhalt unserer Wälder und ihrer ökologischen Funktionen einsetzt, nehme ich hiermit gemäß § 9 Abs. 2 Raumordnungsgesetz (ROG) sowie § 12 Landesplanungsgesetz Baden Württemberg (LplG BW) Stellung zur geplanten Ausweisung eines Windvorranggebietes im Gemeindewald von Neuenstadt Cleversulzbach. | Ablehnung Zum aktuellen Verfahrensstand plant der RVHNF mit Ausnahme einer weniger als 1 ha betragenden Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach befindlichen geplanten Vorranggebiet HN_10_II keine Festlegung eines Windvorranggebietes in Neuenstadt-Cleversulzbach. Die aktuelle Beteiligung hat ausschließlich die Streichung von 17 Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II sowie deren Überführung in das Annexverfahren zur Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa) zum Gegenstand. Eventuelle weitere Anträge auf Flächenaufnahme in die regionale Vorranggebietskulisse im Annexverfahren werden erst in diesem nachgelagerten Verfahren geprüft und zur Diskussion gestellt. |
| STNE-ID: 207<br>Privatperson<br>STNA-ID: 37 | BE-ID: 82 Meine Stellungnahme stützt sich insbesondere auf die im Februar 2026 vorgelegten Scopingunterlagen für drei geplante Windenergieanlagen im betreffenden Waldgebiet. Diese Unterlagen zeigen bereits vor Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung, dass der Standort massiv konfliktbelastet ist und aus rechtlichen, ökologischen und raumordnerischen Gründen nicht als Vorranggebiet geeignet ist. | Kenntnisnahme Der angesprochene Scopingtermin ist nicht Teil des regionalen Planungsverfahrens sondern Teil des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens für die konkreten Standorte. In diesem erfolgt eine detaillierte standortbezogene Umweltprüfung durch die zuständigen Aufsichts- und Genehmigungsbehörden. Dem RVHNF ist die Konfliktlage bewusst, weshalb eine Vorranggebietsausweisung in diesem Bereich nach seiner eigenen großräumigeren Umweltprüfung im bisherigen Verfahren nicht erfolgte. |
| STNE-ID: 207<br>Privatperson<br>STNA-ID: 37 | BE-ID: 83 1. Lage im FFH Gebiet – Verstoß gegen EU Recht Die geplanten Flächen liegen vollständig im FFH Gebiet „Löwensteiner und Heilbronner Berge“ (Nr. 7021341). Das Scopingpapier stellt ausdrücklich fest: „Nachteilige Wirkungen werden nicht von vorneherein auszuschließen sein, eine FFH Verträglichkeitsprüfung wird notwendig.“ Damit greift Art. 6 Abs. 3 FFH Richtlinie: Ein Projekt darf nur zugelassen werden, wenn zweifelsfrei ausgeschlossen werden kann, dass das Gebiet erheblich beeinträchtigt wird. Ein solcher Ausschluss ist nach Aktenlage nicht möglich. Ein Vorranggebiet in einem FFH Gebiet widerspricht europäischem Naturschutzrecht und dem Vorsorgeprinzip. _____ 2. Konflikt mit § 34 BNatSchG (FFH Schutz) Gemäß § 34 Abs. 2 BNatSchG ist ein Projekt unzulässig, wenn erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele nicht ausgeschlossen werden können. Die Scopingunterlagen zeigen: • Eingriffe in wertvolle Waldlebensräume • Betroffenheit streng geschützter Arten (Fledermäuse, Käfer, Schmetterlinge) • Störungen von Brut , Rast und Zugvögeln • Lage in gesetzlich geschützten Biotopen Ein | Kenntnisnahme Der RVHNF plant zum gegenwärtigen Verfahrensstand mit Ausnahme einer weniger als 1 ha betragenden Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach befindlichen geplanten Vorranggebiets HN_10_II keine Festlegung von Flächen als Vorranggebiet für Windkraft in Neuenstadt. Somit sind auch die vorgebrachten Belange nicht Gegenstand der laufenden Beteiligung. Anträge auf zusätzliche Flächenaufnahme werden im Annexverfahren nach dem regionalen Kriterienset geprüft und ggf. in dem dortigen Beteiligungsverfahren diskutiert. Die sich aus dem Scopingpapier ergebenden vorgebrachten Belange sind Teil des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens und werden in diesem von den zuständigen Fachbehörden geprüft. Dies hat der RVHNF nicht zu bewerten. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass die vom Stellungnehmer gefassten Schlussfolgerungen teils stark verallgemeinernd und teils falsch sind und nicht der Rechtslage entsprechen. Der RVHNF äußert sich zuständigkeitshalber nur zu Schlussfolgerungen, die die regionale Ebene |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Vorranggebiet würde ein Projekt privilegieren, das voraussichtlich nicht genehmigungsfähig ist. _____ 3. Gesetzlich geschützte Biotope (§ 30 BNatSchG) Das Scopingpapier weist auf die Betroffenheit gesetzlich geschützter Biotope hin: „Die Lage von gesetzlich geschützten Biotopen erfordert besondere Rücksicht.“ Da Eingriffe in § 30 Biotope grundsätzlich verboten sind, wäre eine Realisierung der Anlagen nur mit erheblichen Rechtsrisiken möglich. Ein Vorranggebiet darf nicht ausgewiesen werden, wenn die Realisierung nur unter Verstoß gegen § 30 BNatSchG möglich wäre. _____ 4. Waldrechtliche Unzulässigkeit (§ 9 LWaldG BW) Der Standort liegt vollständig im geschlossenen Gemeindewald. Das Scopingpapier betont: „Wald ist ein Grundpfeiler der biologischen Vielfalt.“ Die geplanten Anlagen erfordern: • großflächige Rodungen • dauerhafte Zerschneidung des Waldes • Eingriffe in einen Wildtierkorridor • erhebliche Bodenversiegelung • Veränderung des Kleinklimas Gemäß § 9 LWaldG BW dürfen Waldumwandlungen nur zugelassen werden, wenn keine erheblichen Beeinträchtigungen der Waldfunktionen eintreten und keine Alternativen bestehen. Beides ist hier nicht gegeben. Ein Vorranggebiet im Wald widerspricht dem Landeswaldgesetz. _____ 5. Wasserschutzgebiete – Konflikt mit WHG und Schutzzonenrecht Die Scopingkarten zeigen, dass die Standorte und Zuwegungen in oder nahe: • Wasserschutzgebieten Zone II / III • mehreren Einzugsgebieten von Trinkwasserbrunnen liegen. Das Scopingpapier betont: „Um potentielle Verschmutzungen des Grundwassers zu vermeiden, müssen alle relevanten Vorschriften eingehalten werden.“ In Zone II sind bauliche Eingriffe dieser Art regelmäßig unzulässig. Ein Vorranggebiet in Wasserschutzbereichen widerspricht dem Wasserhaushaltsgesetz. _____ 6. Artenschutzrechtliche Konflikte – hoher Untersuchungsaufwand als Warnsignal Das Scopingpapier sieht u. a. vor: • 214 Nächte Fledermaus-Dauererfassung • Netzfänge und Telemetrie • Höhenmonitoring • Revier und Horstkartierungen im 1.200 m Radius • Rastvogelkartierungen im 2.000 m Radius • Erfassung Haselmaus, Reptilien, Amphibien, Schmetterlinge, Totholzkäfer Ein solcher Aufwand ist nur dort erforderlich, wo massive artenschutzrechtliche Konflikte bestehen. Ein Vorranggebiet an einem ökologisch hochsensiblen Standort widerspricht dem Vorsorgeprinzip. _____ 7. Fehlende | betreffen. So ist etwa die Aussage ein Vorranggebiet im Wald widerspräche dem Landeswaldgesetz ausdrücklich falsch. Genauso ist die pauschale Aussage ein Vorranggebiet in Wasserschutzbereichen widerspräche dem Wasserhaushaltsgesetz falsch. Die Aussagen zu Biotopberührung, FFH-Gebieten, artenschutzrechtlichen Konflikten sind sehr verallgemeinernd, da nicht berücksichtigt wird, dass auf Umsetzungsebene erhebliche Möglichkeiten bestehen durch eine angepasste Standortfindung Konflikte zu vermeiden und minimieren. Hier ist jeweils im Einzelfall zu prüfen, ob eine Festlegung als Vorranggebiet möglich wäre oder nicht. Grundsätzlich hat der RVHNF allgemeine Sachverhalte zur Windkraftplanung bereits im abgeschlossenen Verfahrensschritt der Beteiligung nach § 9 (2) ROG im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Alternativenprüfung Das Scopingpapier selbst fordert: „Ein wesentliches Element der Prüfung wird sein, ob Standortalternativen außerhalb des Waldes möglich sind.“ Solange diese Alternativenprüfung nicht abgeschlossen ist, darf der Regionalverband keine Waldflächen als Vorranggebiet festlegen. Eine Ausweisung wäre verfahrensfehlerhaft. _____ 8. Schlussfolgerung Auf Grundlage der vorliegenden Scopingunterlagen und der geltenden Rechtslage ist festzustellen: Der Gemeindewald Neuenstadt Cleversulzbach ist rechtlich ungeeignet für ein Windvorranggebiet. Ich fordere daher als Bürger der Region: Die vollständige Herausnahme des Gemeindewaldes aus der Vorranggebietskulisse. Die Vielzahl der rechtlichen Konflikte – insbesondere FFH Schutz, Artenschutz, Waldschutz und Wasserschutz – macht eine spätere Genehmigung unwahrscheinlich und die Ausweisung eines Vorranggebiets rechtswidrig. | |
| STNE-ID: 207<br>Privatperson<br>STNA-ID: 43 | BE-ID: 96 Hiermit spreche ich mich gegen die geplante Aufnahme des Waldgebiets der Gemeinde Neuenstadt in die Windvorrangkulisse des Regionalverbands Heilbronn-Franken aus. Die Entscheidung sollte aus Gründen der wissenschaftlichen Sorgfalt, des Vorsorgeprinzips sowie der ökologischen Schutzpflichten zurückgestellt werden, bis zentrale offene Fragen geklärt sind, die im Rahmen der Konferenz „Unheard but not Harmless – Public Health & Wind Energy Infrasound in the EU“ am 24.03.2026 im Europäischen Parlament erneut deutlich geworden sind. | Ablehnung Zum aktuellen Verfahrensstand plant der RVHNF mit Ausnahme einer weniger als 1 ha betragenden Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach befindlichen geplanten Vorranggebiets HN_10_II keine Festlegung eines Windvorranggebietes auf der Gemarkung von Neuenstadt. Die aktuelle Beteiligung hat ausschließlich die Streichung von 17 Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II sowie deren Überführung in das Annexverfahren zur Teilfortschreibung Windenergie (Teilfortschreibung Windenergie IIa) zum Gegenstand. |
| STNE-ID: 207<br>Privatperson<br>STNA-ID: 43 | BE-ID: 97 1. Wissenschaftliche Unsicherheiten und laufende EU Diskussionen Auf der genannten Konferenz wurde von Fachreferenten aus Akustik, Umweltwissenschaften und Regulierung hervorgehoben, dass die derzeit in Deutschland und der EU verwendeten Bewertungsmaßstäbe für tieffrequente und impulsive Schallemissionen möglicherweise nicht ausreichen, um die tatsächliche Belastung realistisch abzubilden. Insbesondere wurde betont: • dass dB(A)-Messverfahren tieffrequente Impulse systematisch untergewichten, • dass die EU Kommission eine Neubewertung der Messmethodik prüft, • dass einheitliche europäische Standards für Infraschallmessungen fehlen, • dass die Forschungslage heterogen und nicht abschließend ist. Solange diese Fragen ungeklärt sind, erscheint es aus planerischer Sicht nicht verantwortbar, irreversible raumordnerische Festlegungen zu treffen. | Ablehnung Die genannten Belange sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| STNE-ID: 207<br>Privatperson<br>STNA-ID: 43 | BE-ID: 98 2. Vorsorgeprinzip und behördliche Schutzpflichten Die DSGS e.V. hat in mehreren Schreiben an Bundes- und EU Behörden auf bestehende wissenschaftliche Unsicherheiten hingewiesen. Unabhängig von der Bewertung einzelner Positionen zeigt die umfangreiche Korrespondenz: • dass Behörden selbst auf begrenzte Forschungslage verweisen, • dass weitere Untersuchungen erforderlich sind, • dass die Diskussion auf EU Ebene noch nicht abgeschlossen ist. Für die Regionalplanung bedeutet dies: Solange zentrale Fragen offen sind, ist das Vorsorgeprinzip gemäß Art. 191 AEUV anzuwenden. Dies gilt insbesondere bei Eingriffen in ökologisch wertvolle Waldgebiete. | Ablehnung Die genannten Belange sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |
| STNE-ID: 207<br>Privatperson<br>STNA-ID: 43 | BE-ID: 99 3. Besondere ökologische Bedeutung des Waldgebiets Neuenstadt Das betroffene Waldgebiet erfüllt zentrale Funktionen: • Klimaschutz und CO Speicherung • Grundwasserneubildung • Habitatfunktion für zahlreiche Arten • Erholungsfunktion für die Bevölkerung • Stabilisierung lokaler Wasser- und Bodenökosysteme Die Errichtung großskaliger Windenergieanlagen in Waldgebieten führt zwangsläufig zu: • Rodungen, • dauerhaften Bodenverdichtungen, • Zerschneidung von Lebensräumen, • Beeinträchtigung von Wasserhaushalt und Mikroklima. Diese Eingriffe sind nicht reversibel und müssen daher besonders streng geprüft werden. | Ablehnung Zum aktuellen Verfahrensstand plant der RVHNF mit Ausnahme einer weniger als 1 ha betragenden Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach befindlichen geplanten Vorranggebiets HN_10_II keine Festlegung eines Windvorranggebietes auf der Gemarkung von Neuenstadt. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |
| STNE-ID: 207<br>Privatperson<br>STNA-ID: 43 | BE-ID: 100 4. Planerische Konsequenz Vor dem Hintergrund: • der auf EU Ebene neu angestoßenen Diskussion zur Bewertung tieffrequenter Emissionen, • der wissenschaftlichen Unsicherheiten, • der Hinweise auf unzureichende Messmethoden, • der besonderen ökologischen Sensibilität des Waldgebiets Neuenstadt, erscheint es sachgerecht, die Aufnahme des Gebiets in die Windvorrangkulisse auszusetzen, bis: 1. eine aktualisierte wissenschaftliche Bewertung tieffrequenter Emissionen vorliegt, 2. EU weit einheitliche Messstandards definiert sind, 3. eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung speziell für Waldstandorte vorliegt, 4. die Ergebnisse der laufenden EU Diskussionen berücksichtigt werden können. | Kenntnisnahme Zum aktuellen Verfahrensstand plant der RVHNF mit Ausnahme einer weniger als 1 ha betragenden Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach befindlichen geplanten Vorranggebiets HN_10_II keine Festlegung eines Windvorranggebietes auf der Gemarkung von Neuenstadt. |
| STNE-ID: 207<br>Privatperson<br>STNA-ID: 43 | BE-ID: 101 5. Schlussbemerkung Diese Stellungnahme richtet sich nicht gegen die Nutzung erneuerbarer Energien. Sie fordert lediglich, dass Entscheidungen mit dauerhaften ökologischen und raumordnerischen Folgen erst dann getroffen werden, wenn alle relevanten wissenschaftlichen und regulatorischen Fragen geklärt sind. | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 207<br>Privatperson | BE-ID: 102 Quellenverzeichnis (öffentlich zugänglich) Konferenz & Fachbeiträge 1. Konferenz „Unheard but not Harmless – Public Health & | Kenntnisnahme |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| STNA-ID: 43 | Wind Energy Infrasound in the EU“, Europäisches Parlament, 24.03.2026. 2. Vortrag Prof. Ken Mattsson (Akustik, Aalto University): numerische Modellierung tieffrequenter Schallfelder. 3. EU Parlamentsunterlagen zur Konferenz (öffentliche Dokumente). Behördliche und wissenschaftliche Dokumente 4. DSGS e.V. – Offene Briefe und wissenschaftliche Stellungnahmen: https://www.dsgs-info.de/news/offene-briefe/ 5. Umweltbundesamt – Schriftwechsel mit der DSGS e.V. (öffentliche Dokumente). 6. Europäische Kommission – Art. 191 AEUV (Vorsorgeprinzip). 7. Bundesamt für Naturschutz (BfN): Auswirkungen von Windenergie im Wald auf Biodiversität und Ökosysteme. 8. LUBW Baden-Württemberg: Grundlagen zur Bewertung tieffrequenter Geräusche. Rechtliche Grundlagen 9. EU Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), Art. 191 – Vorsorgeprinzip. 10. Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), §§ 13–15 – Eingriffsregelung. 11. Landeswaldgesetz Baden-Württemberg. | |
| STNE-ID: 209<br>Privatperson<br>STNA-ID: 34 | BE-ID: 75 Projekt Windkraftanlagen der Gemeinde Neuenstadt Gegen den Bau von einer Windkraftanlage sowie die Aufnahme in das Annexverfahren und als Vorranggebiet [Hinweis des RVHNF: Die Stellungnahme enthält zwei Anlagen: I. Stellungnahme Projekt Windkraftanlagen der Gemeinde Neuenstadt, II. Brandschutztechnische Stellungnahme die nachstehend abgedruckt sind] I. Stellungnahme Projekt Windkraftanlagen der Gemeinde Neuenstadt Projekt Windkraftanlagen der Gemeinde Neuenstadt Gegen den Bau oben aufgeführter Windkraftanlage sowie die Aufnahme in das Annexverfahren und als Vorranggebiet haben wir Bedenken 1. In der Nähe des Gebietes befindet sich ein Waldfriedhof, der als Ort der Ruhe und des Gedenkens dient und zur Trauerbewältigung. Durch die Windkraftanlage entsteht Lärmimmission und eine optische Unruhe durch die Rotorbewegung, die mit der Würde dieses Ortes nicht vereinbar sind. Trauernde Besucher und Bestattungen werden dadurch erheblich gestört. 2. Die Errichtung von Windkraftanlagen mit einer Höhe von ca. 175 m Nabenhöhe und 175 m Länge der Rotoren führt zu einer massiven Zerstörung des Landschaftsbildes und beeinträchtigt die Erholungsnutzung der Fläche. Noch dazu führt der Bau im Wald zur Versiegelung von Flächen und Zerstörung von Lebensräumen und einen erheblichen Eingriff in das Waldökosystem. Dadurch entstehen negative Auswirkungen auf geschützte Vogelarten und Fledermauspopulationen. 3. Bei dem Gebiet handelt es sich um ein FFH-Gebiet das ein Teil des Natura 2000-Netzwerkes ist und als europäisches Naturschutzgebiet ausgewiesen wurde. Ziel ist die Erhaltung der biologischen | Ablehnung Der RVHNF plant keine Windkraftanlagen. In der Teilfortschreibung Windenergie II werden Vorranggebiete für Windkraftanlagen festgelegt, in welchen Windkraftanlagen vorrangig umgesetzt werden können. Zum aktuellen Verfahrensstand sind in Neuenstadt mit Ausnahme einer weniger als 1 ha betragenden Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach befindlichen geplanten Vorranggebiet HN_10_II keine Flächen für eine Festlegung von Vorranggebieten vorgesehen. Eine mögliche Neuaufnahme von Flächen in die regionale Vorranggebietskulisse ist nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Gegenstand der Beteiligung ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie und deren Überführung in das Annexverfahren der Teilfortschreibung Windenergie (Teilfortschreibung Windenergie IIa). Die beiden der Stellungnahme beigefügten Schriftsätze beziehen sich ebenfalls auf Flächen, die nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens sind (HN_10_II sowie einen nicht als Vorranggebiet aufgenommenen Teil der Potenzialkulisse). Da weder eine allgemeine Befassung mit Kritik an Windkraft noch eine Flächenaufnahme in Neuenstadt in die regionale Vorranggebietskulisse Gegenstand des aktuellen Verfahrensschrittes ist, befassen sich diese Stellungnahmen nicht mit beteiligungsrelevanten Sachverhalten. So wird z.B. durch das geplante Vorranggebiet HN_10_II nicht in das FFH-Gebiet eingegriffen. Auf eine |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Vielfalt in der EU durch Schutz von Tieren, Pflanzen und Lebensraumtypen. Die FFH-Richtlinie verbietet das Töten, Stören, Fangen oder Entnehmen von Arten aus der Natur, sowie die Zerstörung ihrer Fortpflanzungs- oder Ruhestätten. Durch den Bau einer Windkraftanlage kann dieser Schutz sicher nicht aufrecht erhalten bleiben. Zudem wird in den Datenblättern HN_10_II (Langenbrettach) und HN_16_II (Eberstadt Hölzern) darauf hingewiesen, dass es sich um eine konfliktreiche Potenzialfläche handelt und zur Vermeidungnaturschutzfachlicher Konflikte nicht als Vorranggebiet übernommen werden sollte. 4. Das Dorf Cleversulzbach ist das Mörike-Dorf. Hier war der deutsche Dichter Eduard Mörike von 1834 – 1843 Pfarrer. Es befindet sich ein 6,5 km langer Pfad in und um Cleversulzbach mit seinen ausgewiesenen Lieblingsplätzen. Dieser Pfad führt auch ein Stück durch den Wald, der durch den Bau der Windräder mit den Zuwegungen beschädigt werden könnte. Ebenso wären seine Lieblingsplätze, die mit Tafeln oder Stelen gekennzeichnet sind und mit passenden Mörike-Zitaten versehen wurden, überschattet von Windrädern und die Aussicht auf den Wald würde die landschaftliche Harmonie stark stören und beeinträchtigen. 5. Durch die Zufahrtsstraßen, die durch den Bau benötigt werden und Schneisen, die in den Wald geschlagen werden müssen, kann die Kühlfunktion des Waldes nicht mehr funktionieren. Sowie der Wald als auch die Umgebung wird sich stärker erhitzen unddie Gefahr für Brände steigt an. Brandschutzkonzepte für diese geplanten Windräder im Wald liegen bisher nicht vor. Wir bitten um Berücksichtigung der aufgeführten Punkte und um Ablehnung des Projekts von Neuenstadt als Vorranggebiet. II. Brandschutztechnische Stellungnahme Objekt: Windenergieanlagen Neuenstadt 1. Vorbemerkung Die Stadt Neuenstadt am Kocher plant am Ortsteil Cleversulzbach Windenergieanlagen erstellen und betreiben zu lassen. Die Aufstellung der Anlagen ist auf einem bewaldeten Höhenzug vorgesehen. Bezüglich der Brandgefahr, die aus diesen Anlagen erwächst, bestehen seitens des Unterzeichners Bedenken, die in in folgender Stellungnahme aufgezeigt werden um gegebenenfalls Kompensationsmaßnahmen vorsehen zu können. 2. Brandgefahren durch Windenergieanlagen (WEA) Die WEA sind über 200 Meter hoch und dadurch Blitzeinschlägen besonders ausgesetzt. Die Windenergie wird durch Anlagen, Transformatoren, Schaltschränke usw. in Elektrizität umgewandelt und weitergeleitet. Diese Anlagen stellen eine hohe Brandlast dar Die Schmierstoffe / Hydrauliköle können austreten und in Brand geraten. Die Bremsen können überhitzen und einen Brand auslösen 3. | detaillierte Befassung mit den im einzelnen vorgebrachten Punkten wie den Mörike-Pfad in Cleversulzbach, der ebenfalls nicht Teil eines geplanten Vorranggebiets ist, sondern an der nächstgelegenen Stelle ca. 530 m vom geplanten Vorranggebiet HN_10_II entfernt ist, wird deshalb an dieser Stelle verzichtet. Im Übrigen wird bezogen auf die allgemeinen Kritikpunkte gegenüber der Windkraft sowie die brandschutzbezogenen Fragestellungen auf das Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" verwiesen, das im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG Gegenstand der Abwägung war. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Umgebung Durch den Klimawandel ist davon auszugehen, dass der Wald zunehmend trockener wird. Dies wird noch durch die erforderlichen breiten Wege und künstlichen Lichtungen der Wartungs - und Betriebsflächen verschärft. 4. Brandbekämpfung durch die Feuerwehr Die Feuerwehr kann die teilweise abgeschiedenen Standorte mutmaßlich nicht schnell genug erreichen um Entstehungsbrände zu bekämpfen. Eine Brandbekämpfung in der Gondel ist wegen der extremen Höhe nicht möglich. 5. Empfohlener vorbeugender Brandschutz Blitzschutzeinrichtungen Automatische Brandmeldung mit Weiterleitung zur Feuerwehr Automatische Löschanlage in der Gondel und für elektrische Schaltschränke / Transformatoren Brandabschnitte zur Vermeidung von Brandüberschlägen Löschwasserleitungen / Löschwasserbecken für die Bekämpfung von Waldbränden 6. Ergebnis Die Anlagen sind so zu erstellen, zu betreiben und Instand zu halten, dass keine Gefahr von ihnen ausgeht und eventuell entstehende Brände schnell und effizient bekämpft werden. Einer Ausbreitung von Feuer und Rauch ist vorzubeugen. Dafür sind die Windenergieanlagen nach dem Stand der Technik mit Brandschutztechnischen Anlagen auszustatten. Eine ausreichende Löschwasserversorgung muß jederzeit sichergestellt sein. Ein,kontrollierter Abbrand' ist kein ausreichendes Brandschutzkonzept wie die tödlichen Brandereignisse der Vergangenheit zeigen (z.B. Windpark Piet de Wit) Aufgestellt: Cleversulzbach, den 29. März 2026 | |
| STNE-ID: 212<br>Privatperson<br>STNA-ID: 28 | BE-ID: 60 Hiermit erhebe ich fristgerecht Einwendung gegen die geplante Errichtung von Windenergieanlagen im Bereich Neuenstadt im Rahmen des laufenden Genehmigungsverfahrens. | Kenntnisnahme Der RVHNF plant keine Windkraftanlagen sondern legt grundsätzlich lediglich Vorranggebiete für Windkraftanlagen fest, in welchen Windkraftanlagen vorrangig umgesetzt werden sollen. Zum aktuellen Verfahrensstand sind in Neuenstadt mit Ausnahme einer weniger als 1 ha betragenden Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach befindlichen geplanten Vorranggebiet HN_10_II keine Flächen für die Festlegung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen vorgesehen. Die Aufnahme von weiteren Flächen in die regionale Vorranggebietskulisse ist nicht Gegenstand der laufenden Beteiligung. Gegenstand der erneuten Beteiligung ist ausschließlich das Streichen von 17 geplanten Vorranggebieten aus der Teilfortschreibung Windenergie II, dem sog. Hauptverfahren, und deren Überführen in das sogenannte Annexverfahren, die Teilfortschreibung Windenergie IIa. Mögliche zusätzliche Flächenaufnahmen werden erst in diesem Annexverfahren geprüft werden. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| STNE-ID: 212<br>Privatperson<br>STNA-ID: 28 | BE-ID: 61 Meine Einwendung stützt sich insbesondere auf erhebliche sicherheitsrelevante sowie umweltbezogene Bedenken, wobei der Brandschutz, der Schutz des Grundwassers sowie mögliche Auswirkungen auf natürliche Quellen zentrale Punkte darstellen. | Ablehnung Die vorgebrachten Sachverhalte sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |
| STNE-ID: 212<br>Privatperson<br>STNA-ID: 28 | BE-ID: 62 Windenergieanlagen sind technisch komplexe Industrieanlagen mit Generatoren, Transformatoren, elektrischen Leitungen, hydraulischen Systemen sowie teilweise brennbaren Betriebsstoffen. Kommt es in einer solchen Anlage zu einem Brand – beispielsweise im Maschinenhaus oder im Bereich der elektrischen Komponenten – entsteht dieser in großer Höhe. Die effektive Brandbekämpfung durch örtliche Feuerwehren ist in der Praxis meist nicht möglich, da die Anlagenhöhen die Reichweite konventioneller Lösch- und Rettungstechnik deutlich übersteigen. In vielen Fällen können solche Brände lediglich kontrolliert abbrennen. Hierdurch entsteht die Gefahr, dass brennende oder herabfallende Teile wie Rotorblattfragmente, technische Komponenten oder brennende Materialien in die Umgebung gelangen. Dies kann insbesondere in waldnahen oder landwirtschaftlich genutzten Bereichen ein erhebliches Risiko für Sekundärbrände darstellen. Vor dem Hintergrund zunehmender Trockenperioden und steigender Waldbrandgefahr erscheint dieses Risiko besonders relevant. | Ablehnung Die vorgebrachten Sachverhalte sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |
| STNE-ID: 212<br>Privatperson<br>STNA-ID: 28 | BE-ID: 63 Ein weiterer wesentlicher Punkt betrifft mögliche Gefahren für Boden und Grundwasser. In Windenergieanlagen werden größere Mengen an Getriebeölen, Hydrauliköl sowie weiteren Betriebsstoffen eingesetzt. Bei technischen Defekten, Leckagen oder im Zusammenhang mit Bränden besteht die Möglichkeit, dass diese Stoffe austreten und in den Boden gelangen. Je nach geologischen und hydrologischen Bedingungen kann dadurch eine Kontamination des Grundwassers entstehen. | Ablehnung Die vorgebrachten Sachverhalte sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |
| STNE-ID: 212<br>Privatperson<br>STNA-ID: 28 | BE-ID: 64 Besonders kritisch ist dies vor dem Hintergrund, dass sich im Raum Neuenstadt sowie im Ortsteil Cleversulzbach mehrere natürliche Quellen und wasserführende Bereiche befinden. Eine mögliche Verunreinigung durch austretende Öle oder andere Schadstoffe könnte langfristige Auswirkungen auf diese natürlichen Wasserressourcen haben. Quellen reagieren häufig sehr | Ablehnung Die vorgebrachten Sachverhalte sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | empfindlich auf Schadstoffeinträge, und bereits geringe Mengen können zu einer nachhaltigen Beeinträchtigung der Wasserqualität führen. | § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. Zum gegenwärtigen Verfahrensstand plant der RVHNF mit Ausnahme einer weniger als 1 ha betragenden Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach befindlichen geplanten Vorranggebiet HN_10_II keine Festlegung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen in Neuenstadt. |
| STNE-ID: 212<br>Privatperson<br>STNA-ID: 28 | BE-ID: 65 Darüber hinaus sollten auch die Fundamente der Windenergieanlagen berücksichtigt werden. Moderne Anlagen benötigen in der Regel sehr große Stahlbetonfundamente, die mehrere tausend Tonnen Beton enthalten können. Diese massiven Eingriffe in den Boden können Auswirkungen auf Bodenstruktur, Wasserfluss und natürliche Versickerungsprozesse haben. In sensiblen hydrologischen Bereichen sollte daher besonders sorgfältig geprüft werden, ob dadurch langfristige Veränderungen im Wasserhaushalt entstehen können. | Ablehnung Die vorgebrachten Sachverhalte sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |
| STNE-ID: 212<br>Privatperson<br>STNA-ID: 28 | BE-ID: 66 Darüber hinaus bestehen weitere ungeklärte Aspekte: 1. Brandschutz und Gefahrenabwehr - Vorlage eines nachvollziehbaren und mit den örtlichen Feuerwehren abgestimmten Brandschutz- und Einsatzkonzeptes - Angaben zu technischen Brandschutzsystemen (z. B. automatische Löschanlagen, Brandfrüherkennung, Abschaltsysteme) - Bewertung der Risiken durch herabfallende brennende Teile oder Rotorblattfragmente - ausreichende Sicherheitsabstände zu Waldflächen und empfindlichen Bereichen 2. Waldbrand- und Umweltrisiko - mögliche Ausbreitung von Bränden auf Waldflächen oder landwirtschaftliche Nutzflächen - mögliche Freisetzung von Schadstoffen oder Faserverbundmaterialien bei Bränden 3. Schutz von Boden und Grundwasser - Risiko des Austritts von Getriebe- und Hydrauliköl en - mögliche Versickerung von Schadstoffen in Boden und Grundwasser - mögliche Beeinträchtigung der Quellen im Raum Neuenstadt und Cleversulzbach 4. Sicherheit der Einsatzkräfte - Gefährdung von Feuerwehr und Rettungskräften durch herabfallende Teile, Rotorbewegungen oder Trümmerfelder 5. Infrastruktur und Zugänglichkeit - Sicherstellung ausreichender Zufahrtswege für Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge - Belastbarkeit der Wege für schwere Einsatzfahrzeuge 6. Weitere Auswirkungen - mögliche Lärm- und Infraschallbelastungen für Anwohner - mögliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes sowie Auswirkungen auf Natur und Tierwelt - mögliche Wertminderung angrenzender Grundstücke Solange diese | Ablehnung Die vorgebrachten Sachverhalte sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. Eine indivduelle Information über das Abwägungsergebnis erfolgt nach der Neuregelung des Landesplanungsgesetz nicht mehr, allerdings kann das Abwägungsergebnis nach dem Satzungsbeschluss auf der Hompage des Regionalverbands abgerufen werden. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Punkte nicht umfassend, transparent und nachvollziehbar geprüft sowie öffentlich dargestellt werden, bestehen aus meiner Sicht erhebliche Zweifel an der ausreichenden Berücksichtigung von Sicherheits-, Umwelt- und Gewässerschutzaspekten. Ich bitte daher darum, meine Einwendung im weiteren Verfahren zu berücksichtigen und die genannten Punkte sorgfältig zu prüfen. Außerdem bitte ich um Information darüber, wie diese Einwendung im Genehmigungsverfahren behandelt wird. | |
| STNE-ID: 217<br>Privatperson<br>STNA-ID: 42 | BE-ID: 95 Wir möchten uns herzlich bedanken für die Möglichkeit einer Stellungnahme für dieses erneute Beteiligungsverfahren zur Ausweisung einer Vorrangfläche auf der Gemarkung Neuenstadt am Kocher. Die von der Stadt Neuenstadt geforderten Flächen für die aktuelle Planung von 3 WEA sind von zentraler Bedeutung für dieses Waldgebiet. Diese befinden sich im besten Zustand und haben sich in den letzten 5 Jahren zudem deutlich erholt. Durch häufige Aufenthalte im Waldgebiet von Neuenstadt und regelmässige Greifvögel Beobachtungen muss die Planung und der Bau von WEA auf Neuenstädter Gemarkung abgelehnt werden. Begründung: Die Artenvielfalt im Bereich Greifvögel, u. a. Eulen, wie UHU und Waldohreule, Kauz, Mäusebussard, Falke und Habicht, sowie Rot- und Schwarzmilan, aber auch Störche, die beim Überflug auf dem Höhenrücken pausieren, erlauben dort keine weiteren WEA. Nach dem Bau der WEA im Hardthäuser Wald sind viele der Windkraftsensiblen Arten auf den Höhenrücken der Gemarkung Neuenstadt, aber auch Langenbrettach und bis nach Dahenfeld „geflüchtet“ und halten sich dort regelmässig auf. Aktuell sind mindestens zwei brütende UHUs in weniger als 400m von dem geplanten Standort der WEA an der abgebrannten Eiche entfernt. Zudem werden regelmäßig im Frühsommer weibliche, sowie männliche Hirschkäfer dort beobachtet. Insgesamt widerspricht die Planung der auf Neuenstädter Gemarkung sämtlichen Grundlagen die für Naturschutz und Biodiversität erforderlich und gesetzlich, auch durch EU-Recht vorgeschrieben sind. Ebenso ist zu Befürchten, dass Gutachten durch die bisher beauftragten Planungsbüros, die Prüfung der Belange für Umwelt- und Naturschutz, sowie zur vorkommenden Artenvielfalt deutlich zu geringe Aufmerksamkeit findet. Durch die Rodung der durch den Borkenkäfer geschädigten Fichtenwälder in unmittelbarer Nähe der geplanten Standorte auf Neuenstädter Gemarkung, besteht zudem die Gefahr einer weitreichenden Austrocknung. Kommen dazu die zu rodenden Flächen für die WEA, können die Folgen schwer vorhersehbar | Ablehnung Zum aktuellen Verfahrensstand plant der RVHNF mit Ausnahme einer weniger als 1 ha betragenden Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach befindlichen geplanten Vorranggebiet HN_10_II keine Festlegung eines Windvorranggebietes auf der Gemarkung von Neuenstadt. Die aktuelle Beteiligung hat ausschließlich die Streichung von 17 Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II sowie deren Überführung in das Annexverfahren zur Teilfortschreibung Windenergie (Teilfortschreibung Windenergie IIa) zum Gegenstand. Zu außerhalb der regionalen Planung parallel laufenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren kann der RVHNF mangels Zuständigkeit keine Aussagen treffen. In der vorangegangenen Beteiligung geforderte Neuaufnahmen von Flächen, zu denen auch die in der Stellungnahme angesprochene Fläche gehört, werden erst im späteren Annexverfahren einer Prüfung unterzogen. Darüber hinaus wurden die angesprochenen Sachverhalte in der Stellungnahme des BUND zum geplanten Vorranggebiet HN_10_II bereits einer Abwägung durch die Verbandsversammlung unterzogen. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | und nachhaltig ausfallen. Dies kann zudem eine Wiederaufforstung nach dem Bau der WEA unmöglich machen. Dies trifft insbesondere für dieses Waldgebiet zu, da es durch die Lage von Ost-West Lang ist, jedoch von Nord-Süd nur sehr schmal ist. Dies bisher aufgelisteten Sichtweisen, decken sich zudem mit den Sichtweisen des NABU und des BUND gegenüber der Planungen der 3 WEA auf Neuenstädter Gemarkung. Jedoch ebenso auch mit der auf Gemarkung Langenbrettach. | |
| STNE-ID: 218<br>Privatperson<br>STNA-ID: 35 | BE-ID: 76 Vielen Dank für die Möglichkeit einer Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren, zu diesem wir hiermit zur Ausweisung eines Vorranggebietes, sowie die weiteren Planungen und den Bau von WKA auf der Neuenstädter Gemarkung ablehnen und widersprechen. | Ablehnung Zum aktuellen Verfahrensstand sind in Neuenstadt mit Ausnahme einer weniger als 1 ha betragenden Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach befindlichen geplanten Vorranggebiet HN_10_II keine Flächen für eine Festlegung von Vorranggebieten vorgesehen. Eine mögliche Neuaufnahme von Flächen in die regionale Vorranggebietskulisse ist nicht Gegenstand des laufenden Beteiligungsschrittes. Gegenstand der Beteiligung ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie und deren Überführung in das Annexverfahren der Teilfortschreibung Windenergie (Teilfortschreibung Windenergie IIa). |
| STNE-ID: 218<br>Privatperson<br>STNA-ID: 35 | BE-ID: 77 Als Waldspaziergänger und Pilzsammler, sowie mit weitreichenden Kenntnissen in Flora und Fauna ausgestattet und vertraut mit dem Wasserhaushalt in Wäldern, muss der Bau der 3 Windkraftanlagen auf der Neuenstädter Gemarkung abgelehnt werden. Der dort befindliche Wald ist das FFH-Gebiet Nr. 7021341, welches durch einen vordergründigen Erlass, europaweiter Tragweite, geschützt ist. Dies nicht ohne Grund. Der sich dort befindlicher Mischwald ist von seinem Artenreichtum ein sehr wichtiger Bestand. Dieser würde auf Jahrzehnte geschädigt. Genau an den Positionen der WKA im Scoping termin als NEU2, NEU3, NEU4, bezeichnet, auf Gemarkung Neuenstadt, befindet sich ein großes Vorkommen von Waldpilzen, was wiederum auf einen ausgezeichneten Wasserspeicher hindeutet. Zudem besteht durch die angrenzenden gerodeten Fichtenwälder, bereits eine starke Erwärmung. Diese Erwärmung würden sich durch die weiteren Flächen die für Zuwegung, Trassierung für Einspeisung und Aufbauflächen, sowie die Standorte der WKA selbst, zu einem deutlich und irreversiblen Schaden des gesamten Waldes führen. Begründung: Die gesamte Fläche des zusammenhängenden Waldes ist insgesamt zu klein, bzw. lang und genau an dieser Stelle der geplanten WKA auf Gemarkung Neuenstadt sehr schmal (in Nord/Süd Ausrichtung) ist. Die | Ablehnung Der RVHNF plant keine Windkraftstandorte. Die genannte Planung ist nicht Teil des regionalen Planverfahrens. Zum aktuellen Stand des Verfahrens hat der RVHNF mit Ausnahme einer weniger als 1 ha betragenden Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach befindlichen geplanten Vorranggebiet HN_10_II keine Festlegung von Vorranggebietsflächen in Neuenstadt in Planung. Die vorgebrachten Belange sind somit kein Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Dieses ist lediglich auf die Streichung der 17 ins Annexverfahren zu verschiebenden geplanten Vorranggebiete beschränkt. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Folgen für die Wasserspeicherfunktion sind gravierend. Die Austrocknung ist auch für die geplante Aufforstung nach dem Bau der WKA ein KO-Kriterium.Sollte dazu noch ein Defekt an einem WKA mit einem Brand einhergehen, besteht die Gefahr eines weitreichenden Waldbrandes. | |
| STNE-ID: 218<br>Privatperson<br>STNA-ID: 35 | BE-ID: 78 Zudem besteht die begründete Befürchtung, dass die im Scoping-Termin benannten und nach naturschutzrechtlichen Vorgaben erforderlichen Prüfungen zum Artenschutz nicht mit der gebotenen Sorgfalt und fachlichen Tiefe umgesetzt werden. Wodurch eine korrekte und vollständige Umsetzung der artenschutzrelevanten Anforderungen in Frage steht. | Ablehnung Der angesprochene Scopingtermin ist nicht Teil des regionalen Planverfahrens sondern Teil eines immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens. Der RVHNF ist nicht Träger des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens und hat keinen Einfluss auf Art und Umfang der dortigen Prüfumfänge, geht jedoch davon aus, dass die gesetzlichen Vorgaben erfüllt werden. Unabhängig hiervon sind die vorgebrachten Belange kein Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. |
| STNE-ID: 218<br>Privatperson<br>STNA-ID: 35 | BE-ID: 79 Wir bitten aus diesen Gründen die Ausweisung als Vorranggebiet auf Neuenstädter Gemarkung abzulehnen und zu widersprechen. | Ablehnung Zum aktuellen Verfahrensstand ist mit Ausnahme einer weniger als 1 ha betragenden Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach befindlichen geplanten Vorranggebiet HN_10_II keine Festlegung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen in Neuenstadt vorgesehen. Eventuelle Flächenprüfungen für eine Erweiterung der Flächenkulisse finden erst im späteren Annexverfahren statt und sind nicht Teil der aktuellen Beteiligung. |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 141 Betreff: Stellungnahme zur Teilfortschreibung Windenergie II – STNE-ID: 841 – Rüge der unzureichenden Teil-Abwägung (§ 9 Abs. 3 ROG) und Antrag nach UIG hiermit nehme ich fristgerecht Stellung zur aktuellen Offenlage der Teilfortschreibung Windenergie II. 1. Bezugnahme auf die Beschränkung nach § 9 Abs. 3 ROG Ich weise vorsorglich darauf hin, dass meine Rüge explizit die geänderten Planinhalte betrifft. Die vorgenommenen Streichungen von Vorranggebieten führen zu einer qualitativen Veränderung der kumulativen Belastung für den verbleibenden Naturraum im Altkreis Sinsheim (insbesondere die Eichelberger Mulde). Diese neue Lastensituation stellt einen geänderten Planinhalt dar, der eine erneute fachliche Abwägung der verbleibenden Kulisse unter Berücksichtigung der hier dargelegten geomorphologischen Einheit (Drei-Mulden-Struktur) zwingend erforderlich macht. | Ablehnung Es ist nicht nachvollziehbar, wie die Streichung von geplanten Windenergiegebieten zu einer negativ auszulegenden "qualitativen Veränderung der kumulativen Belastung für den verbleibenden Naturraum" führen könnte (siehe hierzu auch BE-ID 312). Die Streichung von geplanten Windenergiegebieten führt zu einer Verringerung von möglichen Auswirkungen und bedarf keiner neuerlichen Betrachtung der Gesamtkulisse. |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 308 2. Antrag auf Akteneinsicht (UIG/LIFG) Gemäß Umweltinformationsgesetz (UIG) beantrage ich hiermit Einsicht in die Protokolle und Abstimmungsvermerke der interregionalen Arbeitsgruppen zwischen dem RVHF und dem VRRN. Es ist zu prüfen, inwieweit die geomorphologische | Ablehnung Dem Antrag des Stellungnehmers kann nicht Rechnung getragen werden, weil es keine interregionalen Arbeitsgruppen zwischen dem VRRN und dem RVHNF gab. Der RVHNF stimmte seine Kulisse in mehreren Beteiligungen zu den Planungsverfahren sowie in |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Kohärenz des Altkreises Sinsheim in der geänderten Abwägung tatsächlich berücksichtigt wurde. | Abstimmungsgesprächen mit dem VRRN ab. Das Ergebnis dieser Abstimmungen ist in den jeweiligen Planentwürfen dokumentiert. Eine Abstimmung zu der "geomorphologischen Kohärenz des Altkreises Sinzheim" fand nicht statt. Der RVHNF berücksichtigt in seinem Umweltbericht wie gesetzlich in § 8 ROG vorgesehen die Schutzgüter Menschen einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft, Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie Wechselwirkungen zwischen diesen. Die angesprochene geomorphologische Kohärenz ist hierbei dem Schutzgut Landschaft in Kapitel 4.4 des Umweltberichtes zuzuordnen. Im Folgenden der Wortlaut von Kapitel 4.4 4.4. Schutzgut Landschaft Windkraftanlagen sind aufgrund ihrer Höhe (zum Stand 2024 sind Anlagen mit einer Gesamthöhe von 250 - 270 m Standard) weithin sichtbar. Darüber hinaus werden solche Anlagen aufgrund der höheren Windhöffigkeit bevorzugt in Höhenlagen errichtet. Hierdurch werden diese ausgeprägte Sichtbarkeit und landschaftliche Wirkung noch weiter gesteigert. Zwar erfolgt durch Windkraftanlagen eine relativ geringe Flächenversiegelung, allerdings entsteht durch die alles überragende Höhe der Anlagen trotzdem eine deutliche landschaftliche Überprägung des ansonsten unberührten Gebietes. Durch die sich drehenden Rotoren wird das Auge eines Betrachters zusätzlich auf die Anlagen gelenkt, so dass diese auf weite Entfernungen hin eine Landschaft prägen können. Hierdurch können, je nach subjektivem Empfinden des Betrachters, der landschaftliche Erholungswert gemindert und die Schönheit einer Landschaft herabgesetzt werden. Das Landschaftsbild ist immer geprägt von der Zeit, in der sich die Gesellschaft befindet. Der RVHNF ist der Überzeugung, dass sich das Verständnis für das Landschaftsbild zukünftig ändern wird. So wie Straßen, Brücken und Hochspannungsleitungen zum heutigen Landschaftsbild dazugehören, wird auch eine klimaneutrale Energieproduktion dazu führen, dass Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien nicht länger in dem Maße als störend empfunden werden, wie dies derzeit oft noch der Fall ist. Alle Flächen der ausgewählten Potenzialkulisse wurden vom RVHNF in der Hinsicht bewertet, ob dort in besonderer Form wertgebende und zu schützende Landschaftsbildelemente vorzufinden sind. Ist dies der Fall, werden diese, |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | z.B. in Form von Landschaftsschutzgebieten, im Standortdatenblatt aufgeführt. Ist dies nicht der Fall, so wird im Sinne des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien diesen grundsätzlich der gesetzlich in § 2 EEG vorgegebene Vorrang eingeräumt. Auch hier bleibt darauf hinzuweisen, dass nach den gesetzlichen Vorgaben ein Ausbau an Windenergie erfolgen muss - hierzu besteht sowohl aufgrund der Gesetzeslage als auch aufgrund der politischen, gesellschaftlichen und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen keine Alternative. Würde der RVHNF seine Planung einstellen, fände nach aktueller Gesetzeslage der notwendige Ausbau gänzlich ungesteuert, lediglich durch fachrechtliche Restriktionen eingegrenzt, nach rein wirtschaftlichen Überlegungen der Vorhabenträger statt. Nach Auffassung des RVHNF bestünde in diesem Szenario eine höhere Betroffenheit für das Schutzgut Landschaft als bei einem kompakten, gesteuerten Ausbau. |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 309 3. Einreichung Smart Landscape Sinsheim Die beigefügte Stellungnahme enthält: • Die fachliche Herleitung der Drei-Mulden-Struktur als Planungsgrundlage. • Die Vision einer „Smart Landscape“ als digitales Reallabor. • Beweismittel (Anhänge). • Die verfassungsrechtliche Rüge unter Bezugnahme auf Art. 20a GG und die Petition 17/04147. Ich erwarte die vollumfängliche Berücksichtigung dieser Punkte im weiteren Verfahren, da eine isolierte Betrachtung der Streichungen ohne Bewertung der resultierenden Gesamtlasten rechtlich fehlerhaft wäre. | Kenntnisnahme und teilweise Zustimmung Alle der Stellungnahme beigefügten Anhänge werden der Synopse als Anlage beigefügt. Die Ausführung mit dem Titel "Smart Landscape Sinsheim" wird im Folgenden textlich wiedergegeben. Die weiteren beigefügten Schreiben werden hingegen mangels Relevanz für die Planung des RVHNF nicht im Einzelnen textlich wiedergeben. Bei dem Schreiben "Wechselwirkungen zwischen Windenergieanlagen vor dem Hintergrund der Standortvorschläge Gemeinde Angelbachtal vs Zifonnun/Thielmann" handelt es sich um die thematische Auseinandersetzung mit einer konkreten Planung im Bereich des VRRN. Allgemein in diesem Schreiben vorgebrachte Auswirkungen von Windkraftanlagen wurden bereits in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG thematisiert und durch den entsprechenden Beschluss der Verbandsversammlung vom 30.01.2026 ein Umgang gewählt. Der ebenfalls beigefügte Abdruck der Synopse der Beteiligung nach § 9(2) ROG ist öffentlich einsehbar und bedarf keiner neuerlichen Abwägung. Auch die beigefügte Petition wird lediglich zur Kenntnisnahme als Anhang beigefügt, da diese keiner Abwägung durch den RVHNF bedarf. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass durch die Streichung von geplanten Gebieten keine Verschlechterung der Gesamtlasten eintreten kann. Durch die Rücknahme von Planflächen aufgrund vorgetragener Konflikte kann keine höher einzustufende |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | Gesamtlast entstehen. |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 310 VORWORT: DIE WIEDERENTDECKUNG EINER RESILIENTEN LANDSCHAFT Der Kraichgau ist weit mehr als eine bloße Kulisse für Infrastrukturprojekte. Er ist ein hochkomplexes, über Jahrtausende gewachsenes System aus Löss-Ablagerungen, hydrologischen Mulden und dem europäisch geschützten Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130). Das Projekt SMART LANDSCAPE SINSHEIM tritt an, um diese Landschaft nicht nur zu bewahren, sondern sie durch moderne, datengestützte Modellierung (ArcGIS Pro) in die Zukunft zu führen, eine Reaktion auf die Entscheidung zur eingebrachten EU-Petition 0519/2021 und die dort aufgezeigten Defizite.. [Hinweis RVHNF: An dieser Stelle ist eine Abbildung in die Stellungnahme eingefügt] Die flache Mulde des Kraichgaus gliedert sich in Stromberg Mulde, die Langenbrückener Senke und die Eichelberger Mulde. Die Struktur wurde bisher nicht in der notwendigen Tiefe erfasst. Der Modellwald übernimmt hier die Rolle eines digitalen Reallabors. Das Unsichtbare wird sichtbar gemacht, um Fehlentscheidungen in der Regionalplanung zu verhindern, die den Wasserhaushalt und die Bodenstruktur irreversibel schädigen würden. (siehe auch: Schicksal einer Landschaft, Roland Thomann, ISBN 3-929366-21-5) | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 311 Inhaltsverzeichnis: Smart Landscape Sinsheim 1. Einleitung 2. Geomorphologische Grundlagen & Forschungslücken 2.1 Die Drei-Mulden-Struktur des Kraichgaus: Stromberg-Mulde, Langenbrückener Senke, Eichelberger Mulde 2.2 Kritische Analyse der amtlichen Datengrundlage: Identifizierte Defizite in der geologischen Erfassungstiefe 2.3 Historische Referenz: „Schicksal einer Landschaft“ (nach R. Thomann) als Planungsgrundlage 3. Methodik: Das digitale Reallabor (In Vorbereitung / Internes Arbeitspapier/Modellwald „Die detaillierte methodische Untermauerung mittels ArcGIS-Präzisionsraster ist Gegenstand der laufenden Projektarbeit und wird zur fachspezifischen Vertiefung separat geführt.“) 3.1 ArcGIS Pro Modellierung: Visualisierung unsichtbarer hydrologischer und geologischer Prozesse 3.2 Das 50m-Präzisionsraster: Grundlagen der datengestützten Resilienz-Modellierung 3.3 Bio-Indikatoren im Fokus: Der Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130) als digitales Schutzgut 4. Rechtliche und Fachliche Flankierung 4.1 Einwand zur Regionalplanung: Rüge des Abwägungsdefizits und die Verleugnung der Landschaft (Petition 17/04147) 4.2 Priorisierung der Biosphäre: Der Schutz der genetischen Vielfalt vor rein technischen Klimaschutzmaßnahmen (Art. 20a GG) 4.3 Kumulative | Kenntnisnahme |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Wirkungsanalyse: Berücksichtigung interregionaler Artenschwerpunktvorkommen 4.4 Antwort auf die Synopse des RVHF (STNE-ID:841) 4.5 Rüge der unzureichenden Teil-Abwägung (§ 9 Abs. 3 ROG) 5. Fazit & Forderungen an den RVHF 5.1 Integration der Projektdaten in die aktuelle Fortschreibung des Teilregionalplans Windenergie 5.2 Sicherstellung des Verschlechterungsverbots gemäß EU-Vorgaben 5.3 grundsätzlicher Gestaltungsvorschlag (Modell Zifonun/Thiemann) 6. Anhang Anhang I: Dokumentation zur Petition 17/04147 Anhang II: Referenz zur EU-Petition 0519/2021 Anhang III: Stellungnahme der Naturschutzinitiative e.V. (Auszüge Anhang IV: Synopse des RVHF Anhang V: Wechselwirkungen (Zifonun/Thiemann) | |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 312 1. Einleitung: Der Kraichgau als geomorphologisches Erbe Diese Stellungnahme basiert auf der Erkenntnis, dass der Altkreis Sinsheim – insbesondere die Einheiten der Eichelberger Mulde und der Strombergmulde – kein beliebig austauschbarer Planungsraum für Infrastrukturprojekte ist. Wir haben es hier mit einer hochsensiblen, über Jahrtausende gewachsenen Löss-Kulturlandschaft zu tun, deren ökologische und hydrologische Resilienz durch die aktuelle Teilfortschreibung II massiv gefährdet wird. Die vorliegenden Rügen richten sich gegen ein fundamentales Abwägungsdefizit: Die Regionalplanung operiert bisher auf einer Datengrundlage, welche die tatsächliche geomorphologische Tiefe und die damit verbundenen Schutzgüter (wie den LRT 9130) nicht im notwendigen Präzisionsraster erfassen. Zudem wird gerügt, dass die vorgenommenen Streichungen von Vorranggebieten die kumulative Last auf die verbleibenden Flächen in einer Weise erhöhen, die eine vollständige Neubewertung nach Art. 20a GG zwingend erforderlich macht. Die Vision für den Altkreis Sinsheim ist die Transformation von einer reaktiven hin zu einer proaktiven, datengestützten Landschaftssicherung. Der Übergang von einer rein flächenbasierten Windkraft-Zuweisung hin zu einer landschaftsästhetischen Gesamtplanung wird gefordert.(Modell Zifonun/Thiemann) Präzision statt Pauschalität: Durch den Einsatz moderner ArcGIS-Modellierung wird das „Unsichtbare sichtbar“. Standorte dürfen nur dort entwickelt werden, wo sie die geologische Integrität (Anhang A.4: Hohlweg-Strukturen-siehe Angelbachtal/Steinrutsche) nicht gefährden. Klimaresilienz durch Datentiefe: Das Projekt Smart Landscape Sinsheim fungiert als digitales Reallabor. Es bietet die wissenschaftliche Grundlage, um die Auswirkungen von Eingriffen auf den Wasserhaushalt und die Biodiversität des | Ablehnung Der RVHNF hat alle naturschutzfachlich wie auch wasserrechtlich einzuhaltenden Belange in seine Planung eingestellt (siehe hierzu Kriterienset der Teilfortschreibung Windenergie II) und berücksichtigt. Auch das FFH-Gebiet "Nördlicher Kraichgau" ging, soweit es die Region Heilbronn-Franken überhaupt berührt, in die Planungen des RVHNF ein. Das genannte FFH-Gebiet befindet sich nahezu vollständig außerhalb der Region bzw. berührt diese mit vier Teilflächen lediglich randlich. Lediglich nordwestlich von Ittlingen greift eine Teilfläche des FFH-Gebietes nennenswert auf das Gebiet des RVHNF über. Der RVHNF hat seine laut Kriterienset für FFH-Gebiete vorgesehenen Einstufungen im Übrigen auch zu randlich bzw. außerhalb der Region liegenden FFH-Gebieten eingehalten. Keines der vom RVHNF geplanten Vorranggebiete berührt das genannte FFH-Gebiet oder liegt im Nahbereich zu diesem. Das räumlich nähste an eine Teilfläche des FFH-Gebiets heranrückende Vorranggebiet ist HN_07_II, das jedoch mehr als 900 m Abstand zu diesem einhält. Eine Beeinträchtigung dieses FFH-Gebietes wie auch dessen Lebensraumtypen (LRT) durch die Planung des RVHNF ist nicht zu sehen. Die Rüge des Stellungnehmers der RVHNF erfasse Sachverhalte nicht im notwendigen Präzisionsraster entbehrt jeglicher Grundlage. Alle Kriterien des Kriteriensets sind mit den jeweiligen Fachbehörden abgestimmt und wurden von diesen nicht kritisiert. Eine angenommene massive Gefährdung der Löss-Kulturlandschaft durch die Teilfortschreibung Windenergie II ist nicht zu sehen. Der LRT Waldmeister-Buchenwälder (9130) wird in dem Rahmen wie er durch die FFH-Richtlinie innerhalb von |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Waldmeister-Buchenwaldes schon im Vorfeld exakt zu simulieren. Die Vorgehensweise soll am ausgewählten Projekt des FFH-Gebietes 6718-311 “Nördlicher Kraichgau” gezeigt werden. (siehe auch EU-Petition 0519/2021) Identitätsschutz als Planungsziel: Der Unterzeichner begreift die Landschaft nicht als Industriekulisse, sondern als kulturelles Erbe. Ziel ist eine Planung, welche die interregionale Kohärenz wahrt und die verfassungsrechtlich geschützte Schöpfungsverantwortung ernst nimmt. [Hinweis RVHNF: An dieser Stelle sind in der Stellungnahme Abbildungen eingefügt.] | FFH-Gebieten geschützt ist, vom RVHNF berücksichtigt. Tatsächlich liegt in der Teilfläche des FFH-Gebietes nordwestlich von Ittlingen teilweise dieser LRT-Typ vor. Wie zuvor bereits dargelegt, wird jedoch ein Abstand von über 900 m zu dieser Teilfläche eingehalten. Den gesetzlichen Vorgaben wird damit ausreichend genüge getan, eine Beeinträchtigung ist nicht zu sehen. Weiter wird darauf hingewiesen, dass bei konkreter Umsetzung einzelner Standorte im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung nochmals eine, dann den konkreten Standort berücksichtigende, Prüfung auf mögliche Auswirkungen auf FFH-Gebiete erfolgt. Wie zuvor bereits ausgeführt, ist nicht nachvollziehbar, wie die Streichung von geplanten Vorranggebieten "die kumulative Last auf die verbleibenden Flächen in einer Weise erhöhen (könnte), die eine vollständige Neubewertung nach Art.20a GG zwingend erforderlich macht". Diese Aussage ist aus Sicht des RVHNF falsch. Durch den Wegfall einzelner Gebiete, werden in den verbleibenden Gebieten nicht mehr Anlagen umgesetzt. In allen regionalen Gebieten im Kraichgau laufen aktuell nach Kenntnis des RVHNF bereits Umsetzungsplanungen. Auf der Fläche eines Vorranggebietes können nicht endlos Windkraftanlagen umgesetzt werden, da technisch bedingte Mindestabstände zwischen diesen einzuhalten sind. Der RVHNF geht davon aus, dass perspektivisch alle geplanten Vorranggebiete voll besetzt sein werden. Eine vom Stellungnehmer offensichtlich angenommene Verlagerung aus ggf. entfallenden Vorranggebieten in verbleibende ist somit schlussendlich nicht möglich. Entfallen Vorranggebiete werden insgesamt weniger Windkraftanlagen möglich werden, da nach Feststellung der Flächenzielerreichung durch den RVHNF die bisherige pauschale Privilegierung der Windkraft im Außenbereich nach § 249 (2) BauGB auf Windenergiegebiete beschränkt wird. Durch den Wegfall von Vorranggebieten werden also mögliche negative Auswirkungen auf naturschutzfachlich relevante Belange geringer, nicht höher. |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 313 2. Geomorphologische Grundlagen & Forschungslücken 2.1 Die Drei-Mulden-Struktur des Kraichgaus: Stromberg-Mulde, Langenbrückener Senke, Eichelberger Mulde Die Landschaft des Kraichgaus definiert sich im Kern durch das Zusammenspiel von drei zentralen geologischen Muldenlagen, die das Relief und die Landnutzung maßgeblich bestimmen: 1. Die Langenbrückener Senke (der westliche Rand) Diese Zone schmiegt sich eng an den Rand der | Kenntnisnahme |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Rheinebene an. Hier ist der Übergang von der Ebene ins Hügelland. Kennzeichen-hohe Bodenfruchtbarkeit (typische Agrarlandschaft) und traditionell: Verlauf von Verkehrsachsen Zentrale Orte: Bad Schönborn (Bad [Hinweis des RVHNF: An dieser Stelle ist in der Stellungnahme eine Abbildung eingefügt.] Langenbrücken/Bad Mingolsheim), Kronau, Östringen (westliche Ortsteile) und Malsch. | |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 314 2. Die Eichelberger Mulde (Das Herzstück) Das ist das "Epizentrum" des Kraichgauer Hügellandes.Hier ist die Landschaft am "buckeligsten". Hohlwege und die Lösswände sind prägende Landschaftsteile. Im Übergangsbereich gelegen, bildet diese Senke die Basis für die typischen, mächtigen Lössablagerungen im Kraichgau. Sie ist verantwortlich für die kleinteilige Morphologie mit ihren charakteristischen Hohlwegen und tief eingeschnittenen Talsystemen. Die Eichelberger Mulde ist durch ihre Lösswände ein wichtiger Rückzugsort für seltene Insektenarten ( Schlagwort Biotopvernetzung) Zentrale Orte: Eichelberg, Angelbachtal (Eichtersheim/Michelfeld), Odenheim, Hilsbach und Weiler. [Hinweis des RVHNF: An dieser Stelle ist in der Stellungnahme eine Abbildung eingefügt.] | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 315 3. Die Strombergmulde Im Südosten sorgt diese Struktur für den Erhalt widerstandsfähiger Keuperschichten (Schilfsandstein), was zu den markanten, bewaldeten Höhenrücken und Steillagen führt, die für den Weinbau ökologisch und kulturell von herausragender Bedeutung sind. Es ist die ökologisch wertvollste Zone für den Biotopverbund in Richtung Naturpark Stromberg-Heuchelberg. Zentrale Orte: Knittlingen, Oberderdingen, Kürnbach, Sternenfels und natürlich das Kloster Maulbronn. [Hinweis des RVHNF: An dieser Stelle ist in der Stellungnahme eine Abbildung eingefügt.] | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 316 Zugehörigkeit ausgewählter Gemeinden zu der Drei Mulden Struktur des Kraichgaus [Hinweis des RVHNF: An dieser Stelle ist in der Stellungnahme eine Tabelle eingefügt.] | Kenntnisnahme Die Tabelle kann in Gänze in der als Anlage zur Synopse beigefügten Gesamtstellungnahme eingesehen werden. Aus ihr geht hervor, dass innerhalb der Region Heilbronn-Franken die Ortsteile Kirchardt-Berwangen sowie Bad Rappenau-Treschklingen, -Babstadt und -Grombach der Eichelberger Mulde zuzuordnen sind. |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 317 4. Rechtliche und Fachliche Flankierung 4.1 Einwand zur Regionalplanung: Rüge des Abwägungsdefizits und die Verleugnung der Landschaft (Petition 17/04147) Die aktuelle Fortschreibung des Teilregionalplans Windenergie leidet unter einem fundamentalen Abwägungsdefizit, das durch die bisherige Ablehnung der Petition Nr. 17/04147 zementiert wurde: Revision der Petitionsbewertung : Die Entscheidung der Landesregierung zur Petition | Ablehnung Die vorgebrachte Rüge eines Abwägungsdefizits entbehrt jeder Grundlage. Der RVHNF bewegt sich streng innerhalb des aktuell vorgegebenen rechtlichen Rahmens und folgt mit seiner kriteriengestützten Planung für die komplette Region Heilbronn-Franken den politischen und gesetzlichen Vorgaben. Auf die hierbei berücksichtigten Schutzgüter wurde bereits hingewiesen, ein |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | 17/04147 ist fachlich abzulehnen, da sie die landschaftliche Identität des Kraichgaus auf eine rein technische Kulisse reduziert. Systematische Verleugnung : Durch das Ignorieren der Drei-Mulden-Struktur (Langenbrückener Senke, Eichelberger Mulde, Strombergmulde) wird der Region die fachliche Grundlage für eine verfassungskonforme Abwägung entzogen. Widerspruch zum ELÜ : Diese Verleugnung steht im direkten Widerspruch zum Europäischen Landschaftsübereinkommen (ELÜ) , welches die Anerkennung der Landschaft als wesentlichen Bestandteil der Lebensqualität und Identität fordert. Dokumentierte Defizite : Das Projekt SMART LANDSCAPE SINSHEIM liefert die notwendigen Daten, um die in der Petition 0519/2021 (EU) und 17/04147 (Land) aufgezeigten Defizite im Wald- und Landschaftsschutz wissenschaftlich zu belegen. | Abwägungsdefizit liegt somit nicht vor. Die vorgebrachten Hinweise zu eingebrachten Petitionen ändern an den rechtlichen Vorgaben und den gesetzlich vorgegebenen Aufgaben des RVHNF nichts und können durch ihn nicht kommentiert werden. Es ist nicht Gegenstand des laufenden Verfahrensschrittes, Petitionen an den Bundes- oder Landtag bzw. die Europäische Union zu berücksichtigen oder zu diskutieren. Die Entscheidung über die Zulassung oder die Ablehnung solcher Petitionen liegt nicht beim RVHNF. Das Landschaftsbild wird wie bereits zuvor erläutert in die Abwägung eingestellt. Dieser grundsätzliche Umgang mit dem Schutzgut Landschaft ist u.a. im Umweltbericht dokumentiert und wurde durch die zuständigen regionalen Gremien mehrfach beschlossen. Zuletzt wurde der Sachverhalt bereits im abgeschlossenen Verfahrensschritt der Beteiligung nach § 9 (2) ROG in dem Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 318 4.2 Priorisierung der Biosphäre: Der Schutz der genetischen Vielfalt (Art. 20a GG) Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist gemäß Art. 20a GG ein Staatsziel mit Verfassungsrang: Vorrang der Biologie : Der Schutz der genetischen Vielfalt muss vor rein technischen Klimaschutzmaßnahmen priorisiert werden. Indikatorfunktion : Der europäisch geschützte Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130) fungiert als zentrales digitales Schutzgut für die Resilienz der gesamten Region | Kenntnisnahme Der RVHNF erfüllt alle naturschutzfachlich notwendigen gesetzlichen Vorgaben. Insbesondere der Schutz von nach FFH-Richtlinie geschützten Bereichen ist im Kriterienset des RVHNF als hochrangiges Konfliktkriterium hinterlegt und wird in der Planung berücksichtigt. Dieser Umgang wird von den Naturschutzbehörden, die für die Einhaltung der natur- und artenschutzrechtlichen Vorgaben zuständig sind, nicht kritisiert. Der RVHNF sieht keine diesbezüglichen Defizite in seiner Planung. |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 319 4.3 Kumulative Wirkungsanalyse: Interregionale Artenschwerpunktvorkommen Eine isolierte Betrachtung von Planungsflächen innerhalb administrativer Grenzen wird der ökologischen Realität nicht gerecht: Interregionale Kohärenz : Es wird eine umfassende kumulative Wirkungsanalyse gefordert, die Artenschwerpunktvorkommen über die Grenzen zwischen dem VRRN und dem RVHF hinweg berücksichtigt. Vermeidung von Zerstückelung : Die Ausweisung von Vorranggebieten ohne Berücksichtigung der Wanderkorridore (z. B. zwischen Sinsheim und Bad Rappenau) gefährdet den Biotopverbund nachhaltig. | Kenntnisnahme und Ablehnung Der RVHNF hat über seine räumlichen Grenzen hinaus relevante Sachverhalte erhoben. So sind dem RVHNF auch Natura-2000 Gebiete angrenzend an die Region bekannt und wurden in Abhängigkeit von der Entfernung berücksichtigt. Auch die angesprochenen Artenschwerpunktvorkommen wurden dem RVHNF vom Land Baden-Württemberg an die Hand gegeben (siehe Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windkraft). Dieser Fachbeitrag wurde für das gesamte Land erstellt und berücksichtigt somit alle wichtigen Vorkommen in ganz Baden-Württemberg. Bei der Erstellung der regionalen Flächenkulisse waren dem RVHNF die jeweiligen |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | Entwurfsstände der angrenzenden Regionen (u.a. Verband Region Karlsruhe, Verband Region Rhein-Neckar) bekannt und wurden berücksichtigt. Eine Überlastung wurde damit auch in den Randbereichen der Regionen vermieden. Es wird darauf hingewiesen, dass aufgrund von Bedenken bezüglich des vom Stellungnehmer angesprochenen Wanderkorridors (und einer geplanten Grünbrücke über die Autobahn) das geplante Vorranggebiet HN_05_II aus dem Hauptverfahren gestrichen und ins Annexverfahren überführt wird. |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 320 4.4. Antwort auf die Synopse des RVHF Die in der Synopse vom 30.01.2026 vorgebrachten Abwägungsvorschläge des Regionalverbandes werden hiermit als unzureichend zurückgewiesen: Rüge der administrativen Fragmentierung: Der RVHF zieht sich darauf zurück, dass Angelbachtal außerhalb seines Zuständigkeitsbereichs liege. Die Eichelberger Mulde ist eine geomorphologische Funktionseinheit. Eine Planung, die an Kreisgrenzen die ökologische Kohärenz ignoriert, ist fachlich fehlerhaft und verstößt gegen den Geist des Europäischen Landschaftsübereinkommens (ELÜ). | Ablehnung Die Gemeinde Angelbachtal liegt außerhalb der Region Heilbronn-Franken, so dass der RVHNF weiterhin bei seiner Aussage bleibt, dass er keinen Einfluss auf Planungen in dieser Gemeinde hat. Insbesondere die vom Stellungnehmer in seinen Schreiben immer wieder vorgebrachten Konflikte bezüglich Planungen in Angelbachtal (Stichwort Standortvorschläge der Gemeinde Angelbachtal Unterwald, Steinrutsche) entziehen sich der Einflussmöglichkeit des RVHNF. Hierauf bezog sich die Aussage des RVHNF zur Zuständigkeit. Dass Planungen des RVHNF selbstverständlich auch in angrenzende Kommunen außerhalb der Region hineinwirken, ist unbestritten und wird wie bereits mehrfach zuvor dargelegt vom RVHNF auch berücksichtigt. Aus diesen Gründen erhalten auch alle benachbarten Regionalverbände, Landratsämter und Kommunen die Möglichkeit, sich zu den Planungen des RVHNF zu äußern. Es ist in diesem Zusammenhang jedoch darauf hinzuweisen, dass die gerügte administrative Fragmentierung nicht durch den RVHNF erfolgte und nicht durch ihn zu verantworten ist. Der RVHNF ist Teil der öffentlichen Verwaltung und hat sich als solcher selbstverständlich an die vorgegebenen Verwaltungsgrenzen zu halten. |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 321 Gleichheits-Rüge: Das Haardt-Dilemma und die eklatante Ungleichbehandlung vergleichbarer Naturräume. Während in angrenzenden Regionen (wie der Haardt) die Landschaftsästhetik und die geomorphologische Integrität als absolute Ausschlusskriterien für Windenergieanlagen anerkannt sind, wird dem Kraichgau – trotz identischer europäischer Schutzvorgaben (LRT 9130) und einer historisch gewachsenen Löss-Kulturlandschaft – dieser Schutz versagt. Diese 'Landschaftsverleugnung' im Altkreis Sinsheim widerspricht dem Gebot der interregionalen Kohärenz. Wenn die Haardt aufgrund ihrer Fernwirkung und ökologischen Bedeutung geschützt wird, muss dies nach dem Gleichheitsgrundsatz auch für die markanten Höhenzüge der Eichelberger | Ablehnung Das Land Baden-Württemberg hat die Regionalverbände gesetzlich verpflichtet, jeweils für ihre Region mindestens 1,8 % der Regionsfläche für Windkraft auszuweisen. Hierfür hat jeder Regionalverband ein spezifisch für die regionalen Gegebenheiten angepasstes Kriterienset erarbeitet. Grundlage dieses Kriteriensets ist die geltende gesetzliche Rahmengebung. Darüber hinaus setzt jeder Regionalverband Leitlinien entsprechend der regionalen Gegebenheiten. Der RVHNF kann nicht beeinflussen, welche Kriterien in anderen Regionen angewendet werden. Dies hat er weder zu kritisieren noch zu kommentieren. Noch dazu, wenn es einen Sachverhalt betrifft, der in |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Mulde gelten. Ein Plan, der einen Naturraum schützt und den unmittelbar benachbarten, funktional verknüpften Raum (VRRN/RVHF) zur Industriekulisse degradiert, ist abwägung fehlerhaft.“ | einem anderen Bundesland (wie die Haardt in Rheinland-Pfalz) beheimatet ist und damit ggf. anderslautenden landesrechtlichen Vorgaben unterliegt. Ob und wie in der Haardt mit der Windkraft verfahren wird, hat für Planungen der Region Heilbronn-Franken deshalb keine Auswirkungen. Der RVHNF hält alle europa- und bundesrechtlichen Vorgaben ein. Die landesrechtlichen Vorgaben Baden-Württembergs werden ebenfalls eingehalten. Dass sich an Verwaltungsgrenzen (etwa der Grenze zwischen Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg) die rechtlichen Vorgaben in vielen Rechtsgebieten ändern, ist allgemein bekannt und keine Seltenheit. Hierin wird kein Konflikt im Sinne einer fehlenden Gleichbehandlung gesehen. |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 322 Widerlegung der Datentiefe: Die Synopse verweist auf FFH-Vorprüfungen und Standard-Standortdatenblätter. Diese Dokumente erreichen jedoch nicht die für den Löss-Kraichgau notwendige geologische Erfassungstiefe. Ohne Berücksichtigung der Drei-Mulden-Struktur im Präzisionsraster ist eine seriöse Beurteilung der „Inanspruchnahme von Waldflächen“ (Synopse Kap. 9) nicht möglich. | Ablehnung Die Datengrundlage und die Bearbeitungstiefe der Unterlagen des RVHNF ist der regionalen Bearbeitungsebene angepasst und angemessen. Wie bereits mehrfach erläutert umfassen die Prüfkriterien alle gesetzlich vorgegebenen Rahmensetzungen. Alle laut § 8 ROG zu berücksichtigenden Schutzgüter werden vom RVHNF abgeprüft und entsprechend berücksichtigt. |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 323 Kritik am Umgang mit dem landschaftlichen Erbe: Der RVHF erkennt zwar den „Identitätsverlust“ als Argument an, verweist aber auf allgemeine Abwägungspapiere. Eine Entwertung des kulturellen Erbes ist nicht hinnehmbar . Das „Bild Monstranz" verdeutlicht diesen kulturellen Verfall durch die sakrale Überhöhung technischer Infrastruktur zulasten der Schöpfung gemäß Art. 20a GG. [Hinweis RVHNF: An dieser Stelle enthält die Stellungnahme eine Abbildung] | Kenntnisnahme und Ablehnung Wie vom Stellungnehmer genannt, erkennt der RVHNF an, dass ein sich veränderndes Landschaftsbild für Teile der Bevölkerung nicht erwünscht ist und negativ gesehen wird. Dies kann auch nachvollzogen werden und ist zu einem gewissen Grad verständlich. Unabhängig hiervon gibt der gesetzliche Rahmen vor den Ausbau der Windkraft voranzutreiben. Insbesondere ist dabei auf § 2 EEG zu verweisen, der besagt: "Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Satz 2 ist nicht gegenüber Belangen der Landes- und Bündnisverteidigung anzuwenden." Unter diesen gesetzlichen Vorgaben einen Großraum wie den Kraichgau aus Landschaftsbildgründen von Planungen auszuschließen, ist aus Sicht des RVHNF klar rechtswidrig. Zumal die Planungen allen fachrechtlichen Vorgaben zum Erhalt der Schöpfung genügen. Wie bereits im Kapitel 4.4 des Umweltberichtes zum Schutzgut Landschaft erläutert, waren viele heute |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | selbstverständliche Landschaftselemente anfangs neu und vermutlich nicht immer gerne gesehen. Weiter wird, wie in dem vom Stellungnehmer zuvor erwähnten Kapitel 9 der Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen zur Beteiligung nach § 9 (2) ROG dargelegt, dass auch für die bisherige Energieversorgung in großem Umfang Schöpfung und kulturelles Erbe in deutlich massiverem Umfang zerstört wird. |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 324 4.5 Rüge der unzureichenden Teil-Abwägung (§ 9 Abs. 3 ROG) Der Hinweis des Regionalverbandes, dass Stellungnahmen auf die geänderten Planinhalte (Streichungen) beschränkt seien, wird hiermit unter Verweis auf die geänderte Gesamtabwägung zurückgewiesen: Verschiebung der Belastungsintensität: Durch die selektive Streichung einzelner Vorranggebiete erhöht sich der siedlungs- und naturräumliche Druck auf die verbleibenden Flächen im Altkreis Sinsheim (insbesondere in der Eichelberger Mulde ) massiv. Diese veränderte kumulative Belastung der verbleibenden Gebietskulisse stellt einen neuen Planinhalt dar, der zwingend einer erneuten geomorphologischen Bewertung bedarf. Fehlerhaftigkeit der Rest-Kulisse: Eine Streichung von Flächen heilt das zugrunde liegende Abwägungsdefizit nicht, solange die Auswahl der verbleibenden Gebiete weiterhin auf einer unvollständigen Datengrundlage (Ignorieren der Drei-Mulden-Struktur) beruht. Die "Teilfortschreibung II" ist in ihrer neuen Zusammensetzung fachlich inkonsistent. Verlust der Netz-Kohärenz: Die geänderten Planinhalte führen zu einer fragmentierten Gebietskulisse, welche die interregionale Kohärenz zwischen dem VRRN und dem RVHF endgültig zerstört. Dies steht im direkten Widerspruch zum Verschlechterungsverbot des Art. 20a GG und den Zielsetzungen des Europäischen Landschaftsübereinkommens (ELÜ) . | Ablehnung Die Streichung der 17 geplanten Vorranggebiete aus dem Hauptverfahren erfolgt aufgrund im Rahmen der abgeschlossenen Beteiligung aufgekommener Konflikte und entspricht somit einer objektivierbaren Vorgehensweise. Diese sollen im Annexverfahren der Teilfortschreibung Windenergie IIa erneut geprüft werden. Hieraus ergibt sich, dass die gestrichenen Gebiete nicht abschließend entfallen, sondern lediglich geprüft wird, ob sich im nachgelagerten Verfahren, ohne den gesetzlich vorgegebenen Zeitdruck, eine Lösung der Konflikte finden lässt, diese Gebiete geändert zugeschnitten werden können oder sie tatsächlich entfallen müssen. Selbst wenn es die gesehene kumulative Belastung also gäbe, wäre zum aktuellen Zeitpunkt noch gar nicht ermittelbar ob und von welchen Gebieten diese ausginge. Wie jedoch bereits mehrfach zuvor erläutert wurde, ist durch die Streichung der Gebiete (selbst wenn alle 17 Gebiete tatsächlich komplett entfallen würden) kein zunehmender Druck auf die verbleibenden Gebiete zu erwarten. Würden die 17 geplanten Gebiete vollständig in der laufenden Planung verbleiben, würde in den anderen 87 Gebieten deshalb sehr wahrscheinlich keine einzige Windkraftanlage weniger gebaut werden. Alle Vorranggebiete werden perspektivisch voll besetzt werden - sollten 17 Gebiete mehr zur Planreife kommen, werden diese 17 Gebiete perspektivisch ebenfalls voll besetzt werden. Der gesehene neue Planinhalt besteht also lediglich darin, dass in 17 Vorranggebieten (davon eines im Kraichgau und laut der o.g. Tabelle in der Eichelberger Mulde gelegen, HN_05_II "Westlich Bad Rappenau -Treschklingen") ggf. gar keine Windkrafträder errichtet werden. Der im Einzelfall begründete Entfall einzelner Plangebiete begründet keine Notwendigkeit einer Neuabwägung des Plankonzeptes. Wie zuvor bereits dargelegt, berücksichtigt der RVHNF alle gesetzlich vorgegebenen Datengrundlagen. Das Landschaftsbild fließt in dargestellter Weise in die Planung ein. Eine |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | Herausnahme des gesamten Kraichgaus aus dem Suchraum wäre rechtswidrig. Der Vorwurf der unvollständigen Datengrundlage wird zurückgewiesen. Ebenfalls zurückzuweisen ist der Vorwurf einer vermeintlichen fehlenden Netz-Kohärenz. Das Plankonzept des RVHNF hat weiterhin vollständig Bestand. Der Vorwurf einer fragmentierten Kulisse kann nicht nachvollzogen werden. Die Planungen der beiden Regionen Rhein-Neckar und Heilbronn-Franken sind weiterhin aufeinander abgestimmt. So hat der VRRN im Rahmen der erneuten Beteiligung folgende Stellungnahme abgegeben: "Der Verband Region Rhein-Neckar äußerte sich mit Schreiben vom 20.12.2024 bereits im Rahmen des ersten Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020. Die Abwägung und Sachaufklärung zu unseren vorgebrachten Bedenken hinsichtlich einer potenziellen Beeinträchtigung der Klaschbachsiedlung in Sinsheim in der "Synopse zur Beteiligung nach § 12 (2) und (3) LplG in Verbindung mit § 9 (2) ROG (Teilfortschreibung Windenergie II)" erscheinen aus Sicht des Verbands Region Rhein-Neckar plausibel. Bezüglich des modifizierten Entwurfs der Teilfortschreibung Windenergie II des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 bestehen vor diesem Hintergrund keine Bedenken. Wir wünschen Ihnen einen erfolgreichen und zügigen Fortgang bei den weiteren Verfahrensschritten." Die vom Stellungnehmer aufgeworfene vermeintliche Konfliktlage kann aus hiesiger Sicht nicht gesehen werden. |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 325 5. Fazit und Kernforderungen Fazit: Der Kraichgau ist als „tektonisch differenziertes Bruchschollenland“ zu definieren. Diese Definition wird der ökologischen Vielfalt und der besonderen Schutzwürdigkeit der unterschiedlichen Teilräume (vom „Lösskraichgau“ bis zum „Kleinkraichgau“) gerecht. Nur durch die Anerkennung dieser geologischen Dreigliederung lässt sich die landschaftliche Identität und die daraus resultierende biodiversitäre Funktion in der Regionalplanung adäquat abbilden. „Die Kraichgaulandschaft im Bereich des ehemaligen Landkreises Sinsheim stellt eine naturräumliche und geologische Einheit dar, deren Schutzwürdigkeit über administrative Verbandsgrenzen hinausgeht. Grundlage unserer Stellungnahme ist das Europäische Landschaftsübereinkommen (ELÜ) , welches die Vertragsparteien verpflichtet, Landschaften als wesentlichen Bestandteil der Identität und Lebensqualität zu schützen, zu verwalten und | Ablehnung Die vorgebrachten Belange sind nicht ausreichend, um die gesamte Region des Kraichgaus aus der Planung zu nehmen. Der Kraichgau mag eine naturräumliche und geologische Einheit sein, dies begründet jedoch nicht, warum dort keine Windkraft möglich sein soll. Die Auswirkungen des Baus von Windkraftanlagen wird vom RVHNF gemäß den gesetzlichen Vorgaben unter Berücksichtigung aller laut ROG vorgegebenen Schutzgüter, soweit auf planerischer Ebene schon möglich, abgeschätzt. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, dass die geplanten Vorranggebiete in der Abwägung zwischen den Schutzgütern und dem Belang des Ausbaus der erneuerbaren Energien erforderlich sind. An der regionalen Planung wird festgehalten. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | vorausschauend zu planen.In diesem Sinne ist der Kraichgau nicht als bloße Kulisse für technische Infrastruktur zu begreifen, sondern als kohärentes Schutzgut. Die geologische Spezifik der drei prägenden Senken und Mulden bildet das Fundament für das zukunftsweisende Projekt ‚Smart Landscape Sinsheim'. Das Projekt dient der praktischen Umsetzung der ELÜ-Ziele: Es fördert die Klimaresilienz, sichert den Biotopverbund und bewahrt das charakteristische Landschaftsbild. Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung der Landesregierung über die eingebrachte Petition Nr. 17/04147 abzulehnen. | |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 326 Kernforderung Der Regionalverband Heilbronn-Franken wird daher aufgefordert, die Windenergieplanung nicht isoliert, sondern im Einklang mit diesen völkerrechtlichen Leitlinien und der interregionalen Abstimmung (insbesondere mit dem VRRN) zu gestalten, um die Zerstückelung dieses wertvollen Naturraums zwischen den Verdichtungsräumen Rhein/Neckar und Heilbronn zu verhindern. Der Kraichgau ist keine Industriekulisse. Es wird ein Planungsstopp in den sensiblen Zonen der Eichelberger Mulde und der Strombergmulde gefordert, bis eine geomorphologische Wirkungsanalyse vorliegt.Der RVHF hat die interregionale Kohärenz des Altkreises Sinsheim anzuerkennen, daraus folgt auch eine vollständige Revision der Argumentation aus der Petition 17/04147 im Lichte der neuen verfassungsrechtlichen Erkenntnisse zu Art. 20a GG. In der Standortbewertung von WEA sind auch Planungen von Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) mit einzubeziehen. So blockiert eine geplante PV-FFA im Gemeindegebiet Angelbachtal die Ausweisung von WEA in einem für diese Anlagen geeigneten Gebiet. Die Suche nach alternativen Standorten ist dringend geboten. Diese könnten durchaus auf dem Gebiet des RVHF liegen. Hier wird die Pflicht einer abstimmenden Planung der drei Regionalverbände RVHF,VRRN, RVK sichtbar. | Kenntnisnahme und Ablehnung Die Planungen des RVHNF und des VRRN stehen in Einklang zueinander. Die Planung des RVHNF berücksichtigt alle gesetzlich gebotenen naturschutzrechtlichen wie auch anderen fachrechtlichen Vorgaben. Wie im Kriterienset des RVHNF nachzulesen und in den Standortdatenblättern dokumentiert ist, berücksichtigt der RVHNF bei seinen Planungen auch FFPV-Flächen einerseits als konkreten Ausschluss aber auch als positiven Synergieeffekt bei Windkraftplanungen. Zu dem Sachverhalt einer FFPV-Planung die in Angelbachtal eine Windplanung behindere, kann sich der RVHNF nicht äußern, da er keine Zuständigkeit für die Gemeinde Angelbachtal hat und dies nicht beeinflussen kann. Grundsätzlich bleibt jedoch festzuhalten, dass weder der RVHNF noch der VRRN oder der VRK bestimmen können, ob und wo ein Vorhabenträger eine PV-Anlage errichten will. Sind die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt, hat diese Planung einen Anspruch auf Genehmigung. Der geforderte Planungsstopp ist rechtlich nicht zu begründen und würde im Gegenteil den rechtlichen Landesvorgaben widersprechen. Die Teilfortschreibung Windenergie II wird fortgesetzt. |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 327 5.3 Grundsätzlicher Gestaltungsvorschlag (Modell Zifonun/Thiemann) Um der rein technokratischen Flächenausweisung entgegenzuwirken, wird die Umsetzung einer „Gestalteten Landschaft" gefordert:<br>Landschaftsästhetische Gesamtplanung: Die Windenergieplanung darf nicht als isolierte Standortsuche erfolgen, sondern muss als Teil einer umfassenden Landschaftsgestaltung begriffen werden, die die charakteristische Morphologie und die Sichtachsen des Hügellandes aktiv schützt. Bündelung statt industrieller Überprägung: Zur Bewahrung der Integrität der Muldenlagen wird eine Konzentration von Anlagen an geomorphologisch unkritischen Standorten gefordert. Eine schleichende Zerstückelung des Naturraums | Ablehnung Es wird auf das zuvor bereits Ausgeführte verwiesen. Eine Bündelung an unkritischen Standorten findet statt, nämlich innerhalb der vom RVHNF vorgesehenen Vorranggebiete. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | zwischen den Verdichtungsräumen Rhein-Neckar und Heilbronn ist auszuschließen. Wechselwirkungen zwischen Windenergie-/ Freiflächenphotovoltaikanlagen und Umwelt. Die im Projekt Smart Landscape Sinsheim angedachte ArcGIS-Modellierungen (insbesondere zum LRT 9130) zeigen einen Ansatz, um Wirkungsanalysen und Visualisierungen zu erstellen. Es kann nicht sein, dass solche Beziehungsmuster erst in nachgelagerten Umweltverträglichkeitsprüfungen näher beschrieben und dort isoliert auf den ausgewählten Standort angewandt werden. Die Regionalplanung reicht so ihre Verantwortung an die untergeordnete Behörde weiter und wird ihrer Verantwortung der räumlichen Gestaltung eines Raumes nicht gerecht. | |
| STNE-ID: 219<br>Privatperson<br>STNA-ID: 38 | BE-ID: 328 6. Anhang: Beweismittel & Dokumentation A.1 : Dokumentation zur Landtags-Petition 17/04147 (Kritik der Ablehnung “Kraichgau-oder der lange Weg der Petition 17/04147 ) siehe beigefügte *.pdf Datei [Hinweis RVHNF: An dieser Stelle ist eine Abbildung eingefügt.] A.2 : Referenz zur EU-Petition 0519/2021 (Wald- und Landschaftsschutz). [Hinweis RVHNF: An dieser Stelle ist eine Abbildung eingefügt.] A.3 : Stellungnahme der Naturschutzinitiative e.V. (Auszüge [Hinweis RVHNF: An dieser Stelle ist eine Abbildung eingefügt.] A.4 : Synopse des RVHF ( siehe beigefügte *.pdf-Datei) [Hinweis RVHNF: An dieser Stelle ist eine Abbildung eingefügt.] A.5: Wechselwirkungen (siehe beigefügte *.pdf) [Hinweis RVHNF: An dieser Stelle ist eine Abbildung eingefügt.] | Kenntnisnahme Die Anhänge A1, A4 und A5 waren der Stellungnahme als Anhang beigefügt und wurden ebenfalls der Synopse als Anlage beigefügt. Diese können dort eingesehen werden. Bei den Abbildungen handelt es sich jeweils um einen (Teil)-Screenshot der genannten Anlage. Auch die Gesamtstellungnahme ist der Synopse nochmals als Anlage beigefügt und kann ebenfalls dort eingesehen werden. |
| STNE-ID: 220<br>Privatperson<br>STNA-ID: 40 | BE-ID: 89 Einwand gegen die Aufnahme der Gemarkung Neuenstadt am Kocher in ein Windvorranggebiet. Ebenso gegen den dortigen Bau von Windkraftanlagen in diesem naturgeschützten Wald. Ich bin grundsätzlich nicht gegen erneuerbare Engergien und dies auch auszubauen wo es Sinn macht. Die Energiepolitische Unabhängigkeit vom Ausland ist mir auch wichtig. Jedoch muss dies auch Sinn machen. Windkraftanlagen in einem als Schwachwind ausgezeichnetem Wald ist nicht logisch. Es handelt sich in Neuenstadt um einen hochwertigen Wald, europäisch geschütztes FFH Gebiet. Warum soll so ein gesunder und wiederstandsfähiger Wald für Windkraftanlagen gerodet werden, die sich nicht rechnen. Ohne Zuschüsse wäre dieser gesamte Vorgang überhaupt nicht tragbar, da in einem Schwachwindgebiet die Auslastung von WKAs lediglich bei ca. 30% sind. | Ablehnung Zum aktuellen Verfahrensstand plant der RVHNF mit Ausnahme einer weniger als 1 ha betragenden Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach befindlichen geplanten Vorranggebiet HN_10_II keine Festlegung eines Windvorranggebietes auf der Gemarkung von Neuenstadt. Die aktuelle Beteiligung hat ausschließlich die Streichung von 17 Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II sowie deren Überführung in das Annexverfahren zur Teilfortschreibung Windenergie (Teilfortschreibung Windenergie IIa) zum Gegenstand. Zu außerhalb der regionalen Planung parallel laufenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren kann der RVHNF mangels Zuständigkeit keine Aussagen treffen. |
| STNE-ID: 220<br>Privatperson<br>STNA-ID: 40 | BE-ID: 90 Unser hochwertiger Wald ist sehr wertvoll und sollte so erhalten werden. Vor allem in Hinsicht auf den Klimawandel. Durch den Bau von WKAs in diesem Wald wird durch - großflächige Abholzung - dauerhafte Bodenversiegelung durch die Betonfundamente - massiver Eingriff in den | Kenntnisnahme und Ablehnung Wie die Stellungnehmerin selbst darlegt, hat sich der RVHNF aufgrund von bekannten Konflikten gegen eine Aufnahme der besagten Fläche in seine Vorranggebiets-Kulisse entschieden. Ein im Rahmen der Beteiligung eingegangener erneuter |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Wasserhaushalt und dadurch Störung des ganzen Waldklimas nachhaltig gestört. Geplante WKA Standorte liegen ganz oder teilweise innerhalt eines FFH-Gebietes des Natura-2000 Netzes, welche bindend an das europäische Naturschutzrecht gekoppelt sind. Laut Bewertung des Regionalverbands ist gegen die Aufnahmne lauf eigenen Unterlagen im Datenblatt HN-10-II konfliktträchtig da nahezu vollständig innerhalb eines FFH-Gebiets liegt und sich innerhalb eines Schwerpuntvorkommens der Kategorie B gemäß Fachbeitrag Artenschutz befindet. Ich fordere somit die Nichtaufnahme der Fläche auf Gemarkung Neuenstadt in die Vorranggebiete den Ausschluß von Windkraftanlagen im Wald die generelle Beachtung des europäischen FFH Schutzrechts Windkraftanlagen die Wälder und Natur zerstören, die nur durch Bezuschussung durch den Staat überhaupt machbar, und die ökologisch nicht sinnvoll sind braucht keiner und werden die Energiewende nicht voranbringen. | Aufnahmewunsch bleibt im Annexverfahren nochmals zu prüfen. Dieser Sachverhalt ist nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Somit sind auch die vorgebrachten Belange nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |
| STNE-ID: 221<br>Privatperson<br>STNA-ID: 44 | BE-ID: 103 Als Besitzer von Grundstücksflächen auf Gemarkung Hornberg, die als Erholung und Freizeitfläche im Grundbuch ausgewiesen sind und auch dafür genutzt werden, sind die WEA auf Neuenstädter Gemarkung abzulehnen. Als Familien, für die diese Grundstücke als regelmäßer Aufenthaltsort zur Erholung dienen, befinden sich mindestens eines der geplanten WEA (in den scoping Unterlagen bezeichnet als NEU 2 175 m / 175 m 524096.6 5449903.2; Koordinaten nach UTM 32 N) in unzulässiger Reichweite für Geräusch- und Schattenwurfpegel. Eine weitere Nutzung der Flächen wird mit einem besonders erhöhten Risiko verbunden sein. Siehe Bild im Anhang: Schall- und Schattenwurf | Ablehnung Zum aktuellen Verfahrensstand plant der RVHNF mit Ausnahme einer weniger als 1 ha betragenden Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach befindlichen geplanten Vorranggebiet HN_10_II keine Festlegung eines Windvorranggebietes auf der Gemarkung von Neuenstadt. Die aktuelle Beteiligung hat ausschließlich die Streichung von 17 Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II sowie deren Überführung in das Annexverfahren zur Teilfortschreibung Windenergie (Teilfortschreibung Windenergie IIa) zum Gegenstand. Zu parallel zum regionalen Planverfahren laufenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren kann der RVHNF mangels Zuständigkeit keine Aussagen treffen. Im Rahmen der abgeschlossenen Beteiligung geforderte Neuaufnahmen von Flächen in die regionale Kulisse werden erst im späteren Annexverfahren geprüft. Da es sich bei der beanstandeten Planung nicht um eine Planung des RVHNF handelt und sich aus dem vom Stellungnehmer beigefügten Plan ggf. datenschutzrechtlich relevante eigentumsrechtliche Rückschlüsse ziehen ließen, wird auf den Abdruck des genannten Anhangs verzichtet. |
| STNE-ID: 221<br>Privatperson<br>STNA-ID: 44 | BE-ID: 104 Diese Fläche weist zudem zahlreiche hochrangige Konfliktkriterien auf, unter anderem Vorkommen besonders schützenswerter Arten, wie Hirschkäfer, Greifvögel aus vielen unterschiedlichen Arten, sowie sehr viele Schmetterlinge. Aus unserer Sicht bestehen daher schwerwiegende naturschutzrechtliche Bedenken, die nicht ausgeräumt werden können. | Ablehnung Zum aktuellen Verfahrensstand plant der RVHNF mit Ausnahme einer weniger als 1 ha betragenden Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach befindlichen geplanten Vorranggebiet HN_10_II keine Festlegung eines Windvorranggebietes auf der Gemarkung von Neuenstadt. Die aktuelle Beteiligung hat ausschließlich die Streichung von 17 Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | Windenergie II sowie deren Überführung in das Annexverfahren zur Teilfortschreibung Windenergie (Teilfortschreibung Windenergie IIa) zum Gegenstand. |
| STNE-ID: 221<br>Privatperson<br>STNA-ID: 44 | BE-ID: 105 Das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) stellt den Menschen als eigenständiges Schutzgut neben die Schutzgüter Boden, Wasser, Luft, Klima und ökologische Vielfalt. Unmittelbar mögliche Wirkungen durch Schall und Schatten werden geprüft und bewertet. Die möglichen Wechselwirkungen auf den Menschen sind vielfältig: gravierende Veränderungen der Umwelt im Wirkbereich können auf den Menschen negativen Einfluss haben. Augenfällig sind Einflüsse durch Lärm, Licht und Schatten oder die Veränderung des Landschaftsbildes, darüber hinaus sind allerdings weiterreichende Einflüsse möglich, die das Gesamtbefinden des Menschen negativ beeinträchtigen können. Die klassische Bearbeitungstiefe bezüglich des Schutzgutes Mensch sieht vor, die unmittelbar messbaren Belastungen auf den Menschen zu ermitteln. Dies sind sowohl Schall- als auch Schattenwurfbelastungen. Die Einhaltung entsprechender Grenzwerte wird im Rahmen der Schall- und Schattenwurfgutachten nachgewiesen. | Kenntnisnahme Auf die oben genannten Aussagen, wonach die betreffende Fläche nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens ist, wird verwiesen. |
| STNE-ID: 222<br>Privatperson<br>STNA-ID: 45 | BE-ID: 106 Widerspruch gegen die geplante Aufnahme von Flächen der Gemarkung Neuenstadt und Langenbrettach in die Vorrangkulisse für Windenergie sowie gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Wald | Kenntnisnahme |
| STNE-ID: 222<br>Privatperson<br>STNA-ID: 45 | BE-ID: 107 Ich erhebe hiermit formell und mit Nachdruck Widerspruch gegen die geplante Aufnahme von Flächen der Gemarkung Neuenstadt und Langenbrettach in die Vorrangkulisse für Windenergie sowie gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Wald. Der betroffene Höhenrücken ist kein beliebiges Brachland, sondern Teil eines über Jahrzehnte gewachsenen, zusammenhängenden Waldgebietes, das zentrale ökologische Funktionen erfüllt: es reguliert den Natur- und Wasserhaushalt, leistet einen Beitrag zum Klimaschutz, bietet Lebensraum für geschützte Arten und dient der Bevölkerung als Erholungs- und Identifikationsraum. | Ablehnung Der RVHNF plant zum aktuellen Verfahrensstand in Neuenstadt mit Ausnahme einer weniger als 1 ha umfassenden Arrondierung des geplanten Vorranggebietes HN_10_II in Langenbrettach keine Festlegung von Vorranggebieten. In Langenbrettach ist das genannte HN_10_II vorgesehen. Hierzu hat im Rahmen der abgeschlossenen Beteiligung nach § 9 (2) ROG bereits eine Prüfung und Abwägung der Belange stattgefunden. Das geplante Vorranggebiet HN_10_II ist somit nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Gegenstand der aktuellen Beteiligung ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten für Windkraftanlagen aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren zur Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa). Die weiteren genannten Belange sind ebenfalls nicht Gegenstand der Beteiligung. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |
| STNE-ID: 222<br>Privatperson<br>STNA-ID: 45 | BE-ID: 108 Die Errichtung großmaßstäblicher Windenergieanlagen in diesem Wald würde irreversible Eingriffe nach sich ziehen: großflächige Rodungen, dauerhafte Versiegelung durch Fundamente, tiefe Eingriffe in den Wasserhaushalt sowie breite Erschließungs- und Kranflächen. Solche Maßnahmen stehen im Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung, die Natur und Landschaft zu schonen haben, und sie gefährden die Funktionsfähigkeit eines sensiblen Ökosystems. Darüber hinaus liegt ein erheblicher rechtlicher Konflikt vor, weil Teile der Fläche in ein FFH-Gebiet des Natura2000Netzes fallen; bereits die Möglichkeit erheblicher Beeinträchtigungen ist nach geltendem Naturschutzrecht ein Ausschlussgrund, sodass die Ausweisung als Vorrangfläche rechtlich nicht tragfähig ist. | Ablehnung Das geplante Vorranggebiet HN_10_II überschneidet sich nicht mit einem FFH-Gebiet. Darüber hinaus sind aktuell keine Festlegungen von weiteren Vorranggebieten in Neuenstadt und Langenbrettach vorgesehen, sodass kein Konflikt mit einem FFH-Gebiet zu sehen ist. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |
| STNE-ID: 222<br>Privatperson<br>STNA-ID: 45 | BE-ID: 109 Die Regionalplanung darf nicht die Genehmigungsebene vorwegnehmen oder auf spätere Ausnahmeentscheidungen setzen. Eine solche Vorwirkung erzeugt politischen und wirtschaftlichen Druck, der die spätere Prüfung verzerrt und die Schutzintentionen der FFHRichtlinie unterläuft. Zudem wurde die Fläche in den eigenen Unterlagen des Regionalverbands bereits als hoch konfliktträchtig eingestuft; diese fachliche Bewertung darf nicht durch eine nachträgliche Umwidmung ohne neue naturschutzfachliche Erkenntnisse aufgehoben werden. Wo konfliktarme Alternativen vorhanden sind, ist die Ausweisung sensibler Waldflächen unverhältnismäßig und planungsrechtlich angreifbar. | Ablehnung Der RVHNF orientiert sich bei seiner Planung an allen rechtlichen Vorgaben und seinem öffentlich bekannt gemachten Kriterienset. Aufgrund der regionalen Planungsebene können keine standörtlichen Gegebenheiten geprüft werden. Hierfür ist rechtlich das nachgelagerte immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren zuständig. Diese Planungshierarchie ist sowohl gesetzlich angelegt als auch planerisch notwendig und sinnvoll. Der angesprochene konfliktträchtige Bereich in Neuenstadt ist zum aktuellen Verfahrensstand nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet vorgesehen. |
| STNE-ID: 222<br>Privatperson<br>STNA-ID: 45 | BE-ID: 110 Ein weiterer Aspekt ist das erhöhte Brandrisiko und die damit verbundenen Gefahren für Anwohner, Forstwirtschaft und Infrastruktur: großflächige Rodungen und neue Erschließungswege verändern Mikroklima und Vegetationsstruktur und können im Extremfall die Ausbreitung von Waldbränden begünstigen. Dieses Sicherheitsrisiko trifft nicht nur die Natur, sondern auch die Menschen vor Ort und sollte in der Abwägung stärker gewichtet werden. Auch das Landschaftsbild und die Erholungsfunktion sind zu schützen. Windenergieanlagen mit Gesamthöhen von über 200 Metern würden das prägende Erscheinungsbild des Höhenrückens dauerhaft industrialisieren und die Lebensqualität der Anwohner beeinträchtigen. Der Schutz des Landschaftsbildes ist ein rechtlich relevanter Belang und darf nicht als | Ablehnung Grundsätzliche Bedenken gegen Windkraft sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | rein subjektive Empfindung abgetan werden. Die jetzt vorhandene Tierwelt mit Rehen, Füchsen und einer wunderschönen Vogelvielfalt mit rotem Milan, Bussarden und Falken wird als gefährdet angesehen. Die Flugbahnen der Vögel befinden sich direkt über dem Höhenrücken und auch Nestbau konnte immer mal wieder im betroffenen Waldstück festgestellt werden. | |
| STNE-ID: 222<br>Privatperson<br>STNA-ID: 45 | BE-ID: 111 Schließlich sind die kumulativen Wirkungen mit benachbarten Planungen zu berücksichtigen: Eine isolierte Betrachtung einzelner Flächen verkennt die additiven Effekte auf Arten, Lebensräume und das Landschaftsbild. Ohne eine umfassende Gesamtbewertung besteht ein schwerer Abwägungsmangel, der die Rechtmäßigkeit der gesamten Planung in Frage stellt. | Kenntnisnahme Der RVHNF erarbeitete ein planerisches Gesamtkonzept, in das alle zu betrachtenden Belange sowie Wechselwirkungen zwischen geplanten Vorranggebieten in einer Raumschaft mit eingeflossen und in den Standortdatenblättern dokumentiert sind. Der befürchtete Abwägungsmangel liegt nicht vor. |
| STNE-ID: 222<br>Privatperson<br>STNA-ID: 45 | BE-ID: 112 Den Ausbau erneuerbarer Energien befürworte ich ausdrücklich. Gleichwohl muss sich dieser an klaren rechtlichen und fachlichen Maßstäben orientieren und darf nicht zulasten ökologisch sensibler Waldflächen oder europarechtlich geschützter Gebiete erfolgen. In der vorliegenden Planung sehe ich diese Anforderungen nicht hinreichend gewahrt. Zudem ist eine zunehmende Zersplitterung der Windenergienutzung zu beobachten. Anstelle einer räumlich gebündelten Steuerung werden Anlagen vielfach als Einzelstandorte über die Fläche verteilt. Dies führt dazu, dass der erhebliche technische und infrastrukturelle Aufwand einzelner Anlagen in keinem angemessenen Verhältnis zu ihrem Beitrag steht. Gleichzeitig bewirkt diese Form der Verteilung eine weitreichende Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Die Landschaft wird nicht mehr punktuell, sondern flächendeckend technisch überprägt, sodass Windenergieanlagen perspektivisch nahezu allgegenwärtig sind und das Erscheinungsbild ganzer Regionen grundlegend verändern. | Kenntnisnahme und Ablehnung Wie bereits erläutert orientiert sich der RVHNF bei seiner Planung an dem vorgegebenen gesetzlichen Rahmen und einem transparenten, öffentlich einsehbaren Kriterienset, in dem die fachlich auf regionaler Ebene notwendigerweise zu berücksichtigenden Sachverhalte aufgeführt sind. Genau diese vom Stellungnehmer angesprochene Zersplitterung soll durch die steuernde Wirkung der regionalen Planung gestoppt werden. Je länger die regionale Planung nicht abgeschlossen werden kann, desto länger bleibt diese Steuerung aus und der bemängelte Zustand, dass Windkraftanlagen nicht punktuell sondern einzeln flächendeckend möglich sind, hält an. |
| STNE-ID: 222<br>Privatperson<br>STNA-ID: 45 | BE-ID: 113 Aus diesen Gründen fordere ich die Nichtaufnahme der Flächen der Gemarkung Neuenstadt und Langenbrettach in die Vorrangkulisse für Windenergie, den verbindlichen Ausschluss von Windkraftanlagen im Wald, die uneingeschränkte Beachtung des europäischen FFHSchutzrechts sowie eine rechtssichere Regionalplanung, die auf konfliktarme Flächen setzt und nicht auf nachträgliche Ausnahmen. Eine Energiewende, die Wälder zerstört, Schutzgebiete relativiert und fachliche Maßstäbe unterläuft, ist weder nachhaltig noch rechtlich tragfähig. Ich bitte um eine rechtliche Würdigung meines Widerspruches bzw. meiner Einwendungen. | Kenntnisnahme und Ablehnung Die vorgebrachten Belange sind nicht Gegenstand der laufenden Beteiligung. Gegenstand der Beteiligung ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in die Teilfortschreibung Windenergie IIa. Alle in dem überwiegend in Langenbrettach liegenden Vorranggebiet HN_10_II berührten Belange wurden bereits einer Abwägung zugeführt und durch Beschluss der Verbandsversammlung am 30.01.2026 für eine Weiterführung bestimmt. Darüber hinaus sind zum aktuellen Stand keine weiteren Festlegungen von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen in Langenbrettach oder Neuenstadt |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | geplant. Wie aus dem zuvor bereits angesprochenen Dokument zu allgemeinen Bedenken gegen Windkraft hervorgeht, ist ein Ausschluss von Wald rechtlich nicht tragbar. FFH-Gebiete werden von der regionalen Planung berücksichtigt und überschneiden sich im Bereich Langenbrettach und Neuenstadt nicht mit den geplanten Vorranggebieten. |
| STNE-ID: 223<br>Privatperson<br>STNA-ID: 46 | BE-ID: 114 Stellungnahme im Rahmen des Annexverfahrens zur Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken Betreff: Einwendung gegen die Ausweisung von Windvorranggebieten auf der Gemarkung Neuenstadt und Langenbrettach sowie gegen die vorgesehenen Windkraftanlagen im Waldgebiet | Kenntnisnahme Es wird darauf hingewiesen, dass die aktuelle Beteiligung nicht Teil des Annexverfahrens der Teilfortschreibung Windenergie II ist. Die aktuelle Beteiligung ist noch Teil des Hauptverfahrens der Teilfortschreibung Windenergie II und hat ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren und deren Überführung in das Annexverfahren zum Gegenstand. Keines der 17 zu streichenden Vorranggebiete befindet sich im Bereich Neuenstadt/Langenbrettach. |
| STNE-ID: 223<br>Privatperson<br>STNA-ID: 46 | BE-ID: 115 Hiermit nehme ich persönlich zum aktuellen Planungsverfahren Stellung und erhebe ausdrücklich Widerspruch gegen die Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergie auf der Gemarkung Neuenstadt und Langenbrettach. Zwar befürworte ich den Ausbau regenerativer Energieträger grundsätzlich, jedoch darf dieser Prozess nicht zu einer unverhältnismäßigen Belastung ökologisch sensibler Waldökosysteme und europäischer Schutzgebiete führen. Die geplante Flächenausweisung missachtet aus meiner Sicht wesentliche rechtliche und planerische Ausschlusskriterien. Meine Einwendung begründe ich wie folgt: | Ablehnung Der RVHNF plant zum aktuellen Verfahrensstand in Neuenstadt mit Ausnahme einer weniger als 1 ha umfassenden Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach geplanten Vorranggebietes HN_10_II keine Festlegung von Vorranggebieten. In Langenbrettach ist das genannte HN_10_II vorgesehen. Hierzu hat im Rahmen der abgeschlossenen Beteiligung nach § 9 (2) ROG bereits eine Prüfung und Abwägung der Belange stattgefunden. Das geplante Vorranggebiet HN_10_II ist somit nicht Gegenstand des aktuellen Verfahrensschrittes. Gegenstand der aktuellen Beteiligung ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten für Windkraftanlagen aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren zur Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa). |
| STNE-ID: 223<br>Privatperson<br>STNA-ID: 46 | BE-ID: 116 Unzulässigkeit von Industriestrukturen in geschlossenen Waldgebieten Der betroffene Höhenrücken stellt einen gewachsenen, zusammenhängenden Wald dar, der für den regionalen Naturhaushalt und die Wasserretention von existenzieller Bedeutung ist. Die Errichtung von Windkraftanlagen in diesem Bereich würde zu massiven und dauerhaften Beeinträchtigungen führen: >> Die notwendigen großflächigen Rodungen zerstören wertvollen Baumbestand unwiederbringlich. >> Durch Fundamente und Kranstellflächen kommt es zu einer erheblichen Bodenversiegelung. >> Die Schaffung breiter Zufahrtswege für Schwerlasttransporte greift tief in den Wasserhaushalt des Waldes ein. >> Dies steht im klaren Widerspruch zu den | Ablehnung Die genannten Belange sind ebenfalls nicht Gegenstand erneuten Beteiligungsverfahrens. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Geboten des Baugesetzbuches (§ 1 Abs. 5 und 6 BauGB), die eine Schonung von Natur und Landschaft vorschreiben. >> Waldflächen dürfen nicht zu rein industriellen Nutzzonen degradiert werden, nur um statistische Flächenziele zu erreichen. | |
| STNE-ID: 223<br>Privatperson<br>STNA-ID: 46 | BE-ID: 117 Vorrang des europäischen Naturschutzrechts (FFH-Gebiet) Die vorgesehenen Standorte liegen teilweise oder vollständig innerhalb von FFH Gebieten (Natura 2000). Hier greift das strikte europäische Schutzrecht, das keinen politischen Ermessensspielraum zulässt. >> Gemäß § 34 Abs. 2 BNatSchG sind Projekte unzulässig, wenn sie die Erhaltungsziele eines solchen Gebiets potenziell beeinträchtigen können. >> Es ist fachlich verfehlt, die Klärung dieser Konflikte auf nachgelagerte Genehmigungsverfahren zu verschieben oder auf Ausnahmeentscheidungen zu hoffen. >> Ein Vorranggebiet muss per Definition weitgehend konfliktfrei sein; Flächen, die nur über Ausnahmeverfahren realisierbar wären, sind als Vorranggebiete ungeeignet. | Ablehnung FFH-Gebiete werden von der regionalen Planung als hochrangige Konfliktkriterien berücksichtigt und im Bereich Langenbrettach und Neuenstadt nicht von geplanten Vorranggebieten überlagert. Somit liegen keine Konflikte zwischen der regionalen Planung und der FFH-Richtlinie nach Europarecht vor. |
| STNE-ID: 223<br>Privatperson<br>STNA-ID: 46 | BE-ID: 118 Widersprüchlichkeit zur internen Bewertung des Regionalverbands Es ist unverständlich, warum die Fläche erneut in die Planung aufgenommen wurde, obwohl sie in den eigenen Unterlagen des Verbands (Datenblatt HN_10_II) bereits als hochgradig konfliktträchtig eingestuft wurde. >> Die Fläche liegt fast vollständig in einem FFH-Gebiet. >> Sie wird als Schwerpunktvorkommen der Kategorie B im Fachbeitrag Artenschutz geführt. >> Ursprünglich wurde die Fläche aufgrund dieser harten Fakten korrekt ausgeschlossen. >> Eine Aufnahme ohne neue fachliche Grundlage wirkt willkürlich und ist rechtlich angreifbar. | Ablehnung Im aktuellen Verfahrensschritt erfolgt keine Aufnahme von Flächen. Zum aktuellen Zeitpunkt sind in Neuenstadt neben dem geplanten Vorranggebiet HN_10_II keine weiteren Flächen zur Festlegung als Vorranggebiet vorgesehen. Es ist korrekt, dass die Stadt Neuenstadt in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG den Wunsch zur Aufnahme einer weiteren Fläche geäußert hat. Dieser Wunsch wird deshalb im Annexverfahren, der Teilfortschreibung Windenergie IIa, einer nochmaligen Prüfung auf Vereinbarkeit mit dem regionalen Kriterienset unterzogen. Eine Entscheidung über diesen Aufnahmewunsch wird abschließend nach erfolgter Prüfung im Annexverfahren getroffen. |
| STNE-ID: 223<br>Privatperson<br>STNA-ID: 46 | BE-ID: 119 Missachtung kumulativer Belastungen Das europäische Recht schreibt vor, dass die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Planungsgebieten berücksichtigt werden müssen. >> Im Datenblatt HN_10_II wird explizit auf die kumulativen Effekte mit dem Gebiet HN_16_II hingewiesen. >> Eine isolierte Betrachtung der Neuenstadter Flächen ohne eine umfassende Gesamtbewertung stellt einen schwerwiegenden Abwägungsmangel dar. | Ablehnung Wie die Stellungnehmerin selbst schreibt, hat der RVHNF in seinem Plankonzept kumulative Wirkungen zwischen den geplanten Vorranggebieten geprüft und berücksichtigt. Dies ist in allen Standortdatenblättern und z.B. den Umfassungsprüfungen dokumentiert. Der RVHNF nimmt bei allen seinen Planungen eine umfassende Gesamtbetrachtung vor. Da es jedoch zum aktuellen Zeitpunkt keine "Neuenstadter Flächen" in der regionalen Planung gibt, kann auch keine kumulative Wirkung mit diesen betrachtet werden. Dieser Sachverhalt wird in einer Prüfung im Annexverfahren jedoch mit berücksichtigt. |
| STNE-ID: 223<br>Privatperson | BE-ID: 120 Beeinträchtigung von Landschaftsbild und Lebensqualität Die Errichtung von Anlagen mit einer Höhe von über 200 Metern würde den | Ablehnung Die genannten Belange sind nicht Gegenstand erneuten Beteiligungsverfahrens. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| STNA-ID: 46 | charakteristischen Höhenrücken dauerhaft industrialisieren. >> Das Landschaftsbild ist ein gesetzlich geschütztes Gut (§ 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB). >> Die Zerstörung des Erholungsraums und die damit verbundene Minderung der Lebensqualität für die Anwohner sind keine subjektiven Befindlichkeiten, sondern relevante Planungsbelange. >> Die zunehmende Zersplitterung der Windenergienutzung sehe ich problematisch. Anstatt Anlagen räumlich zu bündeln, werden sie vielfach als Einzelstandorte verteilt. Der dafür notwendige bauliche und infrastrukturelle Aufwand steht in keinem angemessenen Verhältnis zum Nutzen. Gleichzeitig führt diese Praxis zu einer großflächigen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes: Die technische Präsenz erstreckt sich nicht nur punktuell, sondern prägt zunehmend ganze Regionen und verändert das Landschaftsbild dauerhaft und nachteilig. | Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. Genau diese von der Stellungnehmerin angesprochene Zersplitterung soll durch die steuernde Wirkung der regionalen Planung gestoppt werden. Je länger die regionale Planung nicht abgeschlossen werden kann, desto länger bleibt diese Steuerung aus und der bemängelte Zustand, dass Windkraftanlagen nicht punktuell sondern einzeln flächendeckend möglich sind, hält an. |
| STNE-ID: 223<br>Privatperson<br>STNA-ID: 46 | BE-ID: 121 Erhebliche Beeinträchtigung der Tierwelt und ihrer Lebensräume Besondere Relevanz kommt auch der im Gebiet vorhandenen Tierwelt zu. Der betroffene Wald stellt einen wichtigen Lebensraum für verschiedene Wildarten wie Rehe und Füchse dar und zeichnet sich zugleich durch eine vielfältige Vogelpopulation aus. Insbesondere Greifvögel wie Rotmilan, Bussarde und Falken sind regelmäßig in diesem Bereich anzutreffen. Der Höhenrücken wird nachweislich als bevorzugter Flugkorridor genutzt, wobei sich die Flugbewegungen häufig direkt über den vorgesehenen Standorten abspielen. Darüber hinaus konnten wiederholt Brutplätze im angrenzenden Waldbestand festgestellt werden. Vor diesem Hintergrund ist von erheblichen Beeinträchtigungen auszugehen, insbesondere durch ein erhöhtes Kollisionsrisiko sowie durch Störungen sensibler Brut- und Rückzugsräume. | Kenntnisnahme Der RVHNF berücksichtigt naturschutzfachliche Kriterien in seiner Planung in dem im Kriterienset hinterlegten Umfang. Dieser Umfang ist der regionalen Planungsebene angepasst und angemessen, was durch die in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG gehörten Naturschutzbehörden bestätigt ist. Eine tiefergehende, die einzelstandörtlichen Gegebenheiten betrachtende, Prüfung kann erst im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren erfolgen. Gegen das geplante Vorranggebiet HN_10_II wurden seitens der Fachbehörden keine naturschutzfachlichen Bedenken vorgebracht, weitere Flächen sind im Bereich Neuenstadt/Langenbrettach aktuell nicht Teil der regionalen Kulisse. |
| STNE-ID: 223<br>Privatperson<br>STNA-ID: 46 | BE-ID: 122 Fehlende Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit Die regionalen Ausbauziele für Windenergie lassen sich ohne die Inanspruchnahme der ökologisch hochsensiblen Gemarkung Neuenstadt realisieren. Es existieren ausreichend alternative Standorte mit deutlich geringerem Konfliktpotenzial. | Ablehnung Es wird auf die bisherigen Aussagen zum Stadtgebiet von Neuenstadt verwiesen. |
| STNE-ID: 223<br>Privatperson<br>STNA-ID: 46 | BE-ID: 123 Aufgrund der oben genannten Punkte fordere ich die Nichtaufnahme der Flächen bzw. vollständige Streichung der Flächen auf der Gemarkung Neuenstadt und Langenbrettach aus der Vorrangkulisse. Ich bitte um eine Stellungnahme Ihrer rechtlichen Einschätzung zu meinen Ausführungen. Vielen Dank im Voraus. | Ablehnung Wie bereits dargelegt sind alle Belange das geplante Vorranggebiet HN_10_II betreffend bereits geprüft und nach der öffentlichen Beteiligung nach § 9 (2) ROG einer Abwägung unterzogen worden. HN_10_II wird demnach im Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II weitergeführt. Weitere Flächen sind zum aktuellen Zeitpunkt in Neuenstadt bzw. Langenbrettach nicht zur Festlegung als Vorranggebiet vorgesehen. Ein in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG vorgetragener Aufnahmewunsch wird im Annexverfahren auf eine |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | Vereinbarkeit mit dem regionalen Kriterienset hin geprüft. Eine Entscheidung erfolgt nach abgeschlossener Prüfung. |
| STNE-ID: 224<br>Privatperson<br>STNA-ID: 47 | BE-ID: 125 Stellungnahme im Rahmen des Annexverfahrens zur Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken Betreff: Einwendung gegen Windvorranggebiete auf der Gemarkung Neuenstadt und Langenbrettach sowie gegen Windkraftanlagen in Waldgebieten | Kenntnisnahme Es wird darauf hingewiesen, dass die aktuelle Beteiligung nicht Teil des Annexverfahrens zur Teilfortschreibung Windenergie II ist. Die aktuelle Beteiligung ist noch Teil des Hauptverfahrens der Teilfortschreibung Windenergie II und hat ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren und deren Überführung in das Annexverfahren zum Gegenstand. Keines der 17 zu streichenden Vorranggebiete befindet sich im Bereich Neuenstadt/Langenbrettach. |
| STNE-ID: 224<br>Privatperson<br>STNA-ID: 47 | BE-ID: 126 im Rahmen des laufenden Planungsverfahrens nehme ich hiermit Stellung und widerspreche ausdrücklich der vorgesehenen Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie auf der Gemarkung Neuenstadt. | Ablehnung Der RVHNF plant zum aktuellen Verfahrensstand in Neuenstadt mit Ausnahme einer weniger als 1 ha umfassenden Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach geplanten Vorranggebietes HN_10_II keine Festlegung von Vorranggebieten. |
| STNE-ID: 224<br>Privatperson<br>STNA-ID: 47 | BE-ID: 127 Den Ausbau erneuerbarer Energien halte ich grundsätzlich für notwendig und unterstützenswert. Allerdings setzt eine verantwortungsvolle Umsetzung voraus, dass ökologische Schutzgüter sowie verbindliche rechtliche Vorgaben konsequent beachtet werden. Insbesondere dürfen ökologisch hochwertige Waldflächen und europarechtlich geschützte Gebiete nicht durch unverhältnismäßige Eingriffe belastet werden. In der vorliegenden Planung erkenne ich diesbezüglich erhebliche Defizite. | Ablehnung Der RVHNF orientiert sich bei seinen Planungen streng an dem vorgegebenen rechtlichen Rahmen. Dieser ist Grundlage des regionalen Kriteriensets, nach dem die Flächensuche und Gebietsauswahl erfolgt. Dieses Kriterienset wurde bereits zwei mal in einer öffentlichen Beteiligung zur Diskussion gestellt und von den entsprechenden Fachbehörden (auch der Naturschutzverwaltung) mitgetragen. Die gesehenen Defizite werden deshalb vom RVHNF nicht geteilt. |
| STNE-ID: 224<br>Privatperson<br>STNA-ID: 47 | BE-ID: 128 Hinzu kommt eine aus meiner Sicht problematische Entwicklung hin zu einer zunehmenden Zersplitterung der Windenergienutzung. Statt einer gezielten räumlichen Bündelung werden Anlagen häufig als Einzelstandorte über größere Flächen verteilt. Der damit verbundene bauliche und infrastrukturelle Aufwand steht bei isolierten Anlagen in keinem angemessenen Verhältnis zu ihrem Beitrag zur Energieerzeugung. Gleichzeitig führt diese Praxis zu einer flächendeckenden Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Die technische Überprägung beschränkt sich nicht mehr auf einzelne Bereiche, sondern erfasst zunehmend ganze Regionen, sodass Windkraftanlagen vielerorts dauerhaft präsent sind und das Landschaftsbild nachhaltig verändern. | Kenntnisnahme Genau diese von der Stellungnehmerin angesprochene Zersplitterung soll durch die steuernde Wirkung der regionalen Planung gestoppt werden. Je länger die regionale Planung nicht abgeschlossen werden kann, desto länger bleibt diese Steuerung aus und der bemängelte Zustand, dass Windkraftanlagen nicht punktuell sondern einzeln flächendeckend möglich sind, hält an. |
| STNE-ID: 224<br>Privatperson<br>STNA-ID: 47 | BE-ID: 129 Der betroffene Höhenrücken ist Teil eines zusammenhängenden Waldgebiets mit hoher Bedeutung für den Naturhaushalt und den Wasserhaushalt der Region. Eingriffe durch den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen würden hier zu langfristigen und tiefgreifenden Veränderungen führen. Die erforderlichen Rodungen würden gewachsene | Ablehnung Die genannten Belange sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Waldbestände dauerhaft beseitigen, während Fundamente, Kranstellflächen und Zuwegungen zu erheblichen Versiegelungen und strukturellen Veränderungen des Bodens führen. Auch der Wasserhaushalt des Waldes würde durch den Ausbau der notwendigen Infrastruktur nachhaltig beeinträchtigt. Ein solcher Eingriff steht im klaren Spannungsverhältnis zu den gesetzlichen Anforderungen eines schonenden Umgangs mit Natur und Landschaft gemäß Baugesetzbuch. | § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |
| STNE-ID: 224<br>Privatperson<br>STNA-ID: 47 | BE-ID: 130 Besondere Bedeutung kommt zudem dem Schutz der vorhandenen Tierwelt zu. Das betroffene Gebiet stellt einen Lebensraum für zahlreiche Wildtiere dar, darunter Rehe und Füchse, sowie für eine artenreiche Vogelwelt. Insbesondere Greifvögel wie der Rotmilan, Bussarde und Falken nutzen den Höhenrücken regelmäßig als Flugkorridor. Beobachtungen zeigen, dass sich die Hauptflugrouten dieser Arten unmittelbar über dem betroffenen Bereich befinden und auch wiederholt Brutaktivitäten im angrenzenden Waldbestand festgestellt wurden. Vor diesem Hintergrund ist von einem erhöhten Kollisionsrisiko sowie von erheblichen Störungen sensibler Lebensräume auszugehen, was die Vereinbarkeit mit artenschutzrechtlichen Anforderungen zusätzlich infrage stellt. | Kenntnisnahme Der RVHNF berücksichtigt naturschutzfachliche Kriterien in seiner Planung in dem im Kriterienset hinterlegten Umfang. Dieser Umfang ist der regionalen Planungsebene angepasst und angemessen, was durch die in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG gehörten Naturschutzbehörden bestätigt ist. Eine tiefergehende, die einzelstandörtlichen Gegebenheiten betrachtende, Prüfung kann erst im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren erfolgen. Gegen das geplante Vorranggebiet HN_10_II wurden seitens der Fachbehörden keine naturschutzfachlichen Bedenken vorgebracht, weitere Flächen sind im Bereich Neuenstadt/Langenbrettach aktuell nicht Teil der regionalen Kulisse. |
| STNE-ID: 224<br>Privatperson<br>STNA-ID: 47 | BE-ID: 131 Weiterhin ist kritisch zu bewerten, dass Teile der vorgesehenen Flächen innerhalb von FFH Gebieten des Natura-2000-Netzwerks liegen. Für diese Gebiete gelten strenge rechtliche Vorgaben, die eine Beeinträchtigung der Erhaltungsziele grundsätzlich ausschließen. Vorhaben sind bereits dann unzulässig, wenn entsprechende Beeinträchtigungen nicht sicher ausgeschlossen werden können. Es erscheint daher nicht sachgerecht, diese Konflikte in nachgelagerte Genehmigungsverfahren zu verschieben. Vorranggebiete sollten vielmehr von vornherein so gewählt werden, dass derartige Konfliktlagen nicht entstehen. | Ablehnung FFH-Gebiete werden von der regionalen Planung berücksichtigt und überschneiden sich im Bereich Langenbrettach und Neuenstadt nicht mit den geplanten Vorranggebieten. Somit liegen keine Konflikte zwischen der regionalen Planung und der FFH-Richtlinie nach Europarecht vor. |
| STNE-ID: 224<br>Privatperson<br>STNA-ID: 47 | BE-ID: 132 Unverständlich ist zudem, dass die betreffende Fläche erneut in die Planung aufgenommen wurde, obwohl sie in den eigenen Unterlagen des Regionalverbands, insbesondere im Datenblatt HN_10_II, bereits als konfliktbehaftet bewertet wurde. Die nahezu vollständige Lage im FFH-Gebiet sowie die Einstufung als artenschutzfachlich sensibles Gebiet sprechen klar gegen eine Ausweisung. Eine frühere Herausnahme aus der Planung war fachlich nachvollziehbar. Die erneute Berücksichtigung ohne erkennbare neue Grundlage lässt Zweifel an der Konsistenz und Nachvollziehbarkeit der Planung aufkommen. | Ablehnung Im aktuellen Verfahrensschritt erfolgt keine Aufnahme von Flächen. Zum aktuellen Zeitpunkt sind in Neuenstadt neben dem geplanten Vorranggebiet HN_10_II keine weiteren Flächen zur Festlegung als Vorranggebiet vorgesehen. Es ist korrekt, dass die Stadt Neuenstadt in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG den Wunsch zur Aufnahme einer weiteren Fläche geäußert hat. Dieser Wunsch wird deshalb im Annexverfahren, der Teilfortschreibung Windenergie IIa, einer nochmaligen Prüfung auf Vereinbarkeit mit dem regionalen Kriterienset unterzogen. Eine Entscheidung über diesen Aufnahmewunsch wird |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | abschließend nach erfolgter Prüfung im Annexverfahren getroffen. |
| STNE-ID: 224<br>Privatperson<br>STNA-ID: 47 | BE-ID: 133 Darüber hinaus werden kumulative Effekte unzureichend berücksichtigt. Bereits vorhandene Hinweise auf Wechselwirkungen mit benachbarten Planungsflächen zeigen, dass eine isolierte Betrachtung einzelner Gebiete den Anforderungen an eine umfassende Abwägung nicht gerecht wird. | Ablehnung Der RVHNF hat in seinem Plankonzept kumulative Wirkungen zwischen den geplanten Vorranggebieten geprüft und berücksichtigt. Dies ist in allen Standortdatenblättern (siehe etwa HN_10_II) und z.B. den Umfassungsprüfungen dokumentiert. Der RVHNF nimmt bei allen seinen Planungen eine umfassende Gesamtbetrachtung vor. Dies wird auch bei zukünftigen Prüfungen im Annexverfahren so sein. |
| STNE-ID: 224<br>Privatperson<br>STNA-ID: 47 | BE-ID: 134 Auch im Hinblick auf das Landschaftsbild und die Lebensqualität der Bevölkerung sind erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten. Anlagen mit einer Höhe von über 200 Metern würden den charakteristischen Landschaftsraum dauerhaft verändern. Das Landschaftsbild als geschütztes Gut sowie die Funktion der Region als Erholungsraum würden deutlich beeinträchtigt. Durch die zunehmende Verteilung einzelner Anlagen verstärkt sich dieser Effekt zusätzlich und führt zu einer großräumigen Belastung. | Ablehnung Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |
| STNE-ID: 224<br>Privatperson<br>STNA-ID: 47 | BE-ID: 135 Schließlich ist die Notwendigkeit der Inanspruchnahme dieser sensiblen Flächen nicht überzeugend dargelegt. Die angestrebten Ausbauziele für Windenergie können auch durch die Nutzung weniger konfliktträchtiger Standorte erreicht werden. | Ablehnung Bezüglich HN_10_II fand eine umfassende, in dem Standortdatenblatt dokumentierte, Prüfung statt. Diese kam zum Ergebniss, dass keine erheblichen Konflikte zu sehen sind. Aus diesem Grund wurde HN_10_II durch den Beschluss der Verbandsversammlung am 30.01.2026 als Teil des Hauptverfahrens der Teilfortschreibung Windenergie II zur Weiterführung bestimmt. Weitere Flächen wurden im Bereich Neuenstadt bislang nicht zur Festlegung vorgesehen. Zeigt sich bei einer nochmaligen Prüfung im Annexverfahren, dass die zur Aufnahme neuerlich eingebrachte Fläche nicht mit dem regionalen Kriterienset vereinbar ist, erfolgt keine Aufnahme. Hierfür bedarf es jedoch erst einer konkreten Prüfung. |
| STNE-ID: 224<br>Privatperson<br>STNA-ID: 47 | BE-ID: 136 Vor diesem Hintergrund fordere ich die Nichtaufnahme bzw. Herausnahme der Flächen auf der Gemarkung Neuenstadt und Langenbrettach aus der Planung, den Verzicht auf Windkraftanlagen in unserem zusammenhängenden Waldgebiet, die konsequente Einhaltung der geltenden Schutzvorschriften für FFH-Gebiete sowie eine Planung, die sich an fachlichen und rechtlichen Kriterien orientiert und nicht vorrangig an quantitativen Ausbauzielen. Ich bitte um Berücksichtigung meiner Einwendungen und Rückmeldung der rechtlichen Wertung. | Ablehnung Wie bereits dargelegt sind alle Belange das geplante Vorranggebiet HN_10_II betreffend bereits geprüft und wurden nach der öffentlichen Beteiligung nach § 9 (2) ROG abgewogen. HN_10_II wird im regionalen Hauptverfahren weitergeführt. Weitere Flächen sind zum aktuellen Zeitpunkt in Neuenstadt bzw. Langenbrettach nicht zur Festlegung als Vorranggebiet vorgesehen. Ein in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG vorgetragener Aufnahmewunsch wird im Annexverfahren auf eine Vereinbarkeit mit dem regionalen Kriterienset hin geprüft. Eine Entscheidung erfolgt nach abgeschlossener Prüfung. Hierbei orientiert sich der RVHNF wie immer an allen vorgegebenen rechtlichen Rahmensetzungen. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| STNE-ID: 225<br>Privatperson<br>STNA-ID: 50 | BE-ID: 138 Die Forderung der Stadt Neuenstadt widerspricht gegen die bisherige Stellung des RVHNF gegen sämtlichen gültigen Schutzmassnahmen und Abwägungen zur Planung von WEA in besonderen Waldgebieten, wie das in einem FFH Gebiet , die auch unter § 34 Abs. 2 BNatSchG auszuschließen sind. Die Forderung findet ihren Höhepunkt als Argumentation unter Punkt 5: „5. Forderung der Stadt Neuenstadt: Die Stadt Neuenstadt fordert daher, dass die vier Windkraftanlagen aus der Potenzialkulisse am Höhenrücken in den Entwurf der Vorranggebiete aufgenommen wird. Die Flächen auf Neuenstadter Gemarkung stellen einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der regionalen Zielvorgaben dar und sollten im Hinblick auf die nachhaltige Nutzung erneuerbarer Energien nicht außen vorgelassen werden. Die Stadt Neuenstadt steht für eine zielführende Zusammenarbeit und ist bereit, im weiteren Verlauf des Verfahrens alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Windkraftnutzung auf ihrer Gemarkung verantwortungsvoll und nachhaltig zu gestalten. Nachdem bereits Flächen auf Langenbrettacher Gemarkung, Erlenbacher Gemarkung und Neckarsulmer Gemarkung in das Vorranggebiet mit aufgenommen wurden, stellt die weitere Aufnahme der Flächen auf Neuenstadter Gemarkung eine sinnvolle landschaftliche Abrundung dar.“ Unter derartiger Begründung ist ein Vorranggebiet, sowie die Realisierung von WEA auf Neuenstädter Gemarkung abzulehnen, da hochrangige Konfliktkriterien nicht ausgeräumt werden können. | Kenntnisnahme Der gegenwärtige Verfahrensschritt sieht keine Flächenaufnahmen vor. Gegenstand dieser Beteiligung ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa). Der Aufnahmewunsch der Stadt Neuenstadt wird unter Berücksichtigung aller relevanten Belange im Rahmen des späteren Annexverfahrens einer Prüfung unterzogen. Kommt diese Prüfung zu dem Ergebnis, dass die Fläche mit dem regionalen Kriterienset unvereinbar ist, so erfolgt keine weitere Berücksichtigung. |
| STNE-ID: 226<br>Privatperson<br>STNA-ID: 53 | BE-ID: 142 Anbei übersende ich Ihnen meine ergänzende Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung Windenergie II des Regionalplans. Die Stellungnahme bezieht sich auf das geplante Vorranggebiet HN_09_II (nördlich Erlenbach) und greift insbesondere Aspekte auf, die aus meiner Sicht im bisherigen Verfahren nicht hinreichend berücksichtigt wurden. Ich bitte um Berücksichtigung meiner Einwendungen im weiteren Verfahren sowie um entsprechende Einbeziehung in die Abwägung. | Ablehnung HN_09_II ist nicht Gegenstand der aktuellen Beteiligung. Gegenstand der Beteiligung ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa). HN_09_II wurde mit Beschluss des regionalen Gremiums vom 30.01.2026 nicht für das Annexverfahren vorgesehen, sondern im Hauptverfahren belassen. |
| STNE-ID: 226<br>Privatperson<br>STNA-ID: 53 | BE-ID: 160 Hiermit nehme ich erneut Stellung zum geplanten Vorranggebiet HN_09_II. Meine Stellungnahme bezieht sich insbesondere auf: • die im Beteiligungsverfahren ausgelegten Unterlagen zur Teilfortschreibung Windenergie II, • die Abwägung bzw. Synopse der eingegangenen Stellungnahmen, • sowie die Ausführungen des Regionalverband Heilbronn-Franken, wonach zahlreiche Fragestellungen (insbesondere zu Immissionen, Sicherheit und konkreten Auswirkungen vor Ort) auf das | Kenntnisnahme Die Stellungnehmer haben bereits in der Beteiligung nach § 9 (2) ROG jeweils einzeln eine Stellungnahme unterschiedlichen Inhalts abgegeben. In diesen Stellungnahmen wurden jeweils allgemeine Kritikpunkte an der Windkraft wie sich daraus ergebende Flächenversiegelung, Risiken aufgrund von Schlagschatten und Risiken aufgrund von Grundwasserverschmutzung bezogen auf HN_09_II vorgebracht. Darüber hinaus wurde eine einsetzende Wertminderung |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren verlagert werden. Ergänzend beziehe ich mich auf die dort enthaltenen Aussagen, dass: • eine vertiefte Betrachtung entwicklungsbezogener bzw. gesundheitlicher Aspekte auf Ebene der Regionalplanung nicht erfolgt, • sowie auf die Bewertung, wonach bestehende Nutzungen wie ein Waldkindergarten als nicht standortgebunden und daher planerisch nachrangig eingeordnet werden. Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende Einwendungen: | von Immobilien, eine Ungleichbehandlung von Bürgern sowie eine umweltgefährdende Entsorgung von Rotorblättern bemängelt. Kritik bezüglich einer Nähe von HN_09_II zu einem Waldkindergarten hingegen wurde in den damaligen Stellungnahmen der Stellungnehmer nicht vorgetragen. Auf die einzelnen Sachverhalte der aktuellen Stellungnahme wird im Weiteren eingegangen. |
| STNE-ID: 226<br>Privatperson<br>STNA-ID: 53 | BE-ID: 329 1. Abwägungspflicht und Abwägungsdefizit Nach § 7 Abs. 2 Raumordnungsgesetz sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen alle öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgericht (Urteil vom 13.12.2012 – 4 CN 1.11) ist hierfür erforderlich, dass: • alle abwägungserheblichen Belange vollständig ermittelt werden, • und mit dem ihnen zukommenden Gewicht in die Abwägung eingestellt werden. Im vorliegenden Fall ist nicht erkennbar, dass der in unmittelbarer Nähe gelegene Waldkindergarten: • als regelmäßig genutzter Aufenthaltsort, • mit täglichem mehrstündigem Aufenthalt im Freien, • sowie als Nutzung durch eine besonders schutzbedürftige Personengruppe (Kinder) hinreichend in die Abwägung eingestellt wurde. Die pauschale Einordnung als „nicht standortgebundene Nutzung“ ersetzt keine konkrete, standortbezogene Bewertung. Es liegt damit ein Abwägungsdefizit vor. | Ablehnung Das unter 1. zitierte Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (4 CN 1.11 vom 13.12.2012) trifft im Wesentlichen Aussagen über die Anforderungen an den Abwägungsvorgang hinsichtlich der Ermittlung von "harten" und "weichen" Tabukriterien, die in einem nachvollziehbaren Planungskonzept dokumentiert sein müssen. Die von den Stellungnehmern genannten Anforderungen, dass alle abwägungserheblichen Belange vollständig ermittelt und mit dem ihnen zukommenden Gewicht in die Abwägung eingestellt werden müssen, sind, je nach planerischer Ebene, unterschiedlich zu erfüllen. Der RVHNF hat Waldkindergärten als abwägungserheblichen Belang im vorliegenden regionalplanerischen Verfahren im Rahmen der Abwägung grundsätzlich berücksichtigt. Dies ist den Aufführungen in der Synopse aus dem ersten Beteiligungsverfahren zu entnehmen. Allein aus Gründen der Abwägungserheblichkeit ist der RVHNF aber nicht verpflichtet, etwa eine Standortanalyse oder Alternativenprüfungen für die konkreten Anlagenstandorte vorzunehmen, da deren Auswirkungen auf regionalplanerische Ebene mangels Festlegungsmöglichkeit nicht festgestellt werden können. Kritisiert wird von den Stellungnehmern weiter, dass eine konkrete, standortbezogene Bewertung fehlt. Dem ist entgegenzuhalten, dass die Gewichtung des Belangs "Waldkindergarten" mit Blick auf die nicht vorhandene baurechtliche Privilegierung, die nicht standortgebundene und teilweise temporäre Nutzung sowie die begrenzte räumliche Verfestigung der Nutzung erfolgt. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte ist festzuhalten, dass sich aus den genannten Punkten (regelmäßig genutzter, längerer Aufenthaltsort und Nutzung durch Kinder) keine standortbezogene Schutzwürdigkeit wie etwa bei einer Wohnnutzung ergibt. Dementsprechend ist die Gewichtung des Belangs "Waldkindergarten" auf regionalplanerischer Ebene als geringer als z.B. die einer dauerhaften, planungsrechtlich gesicherten |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | Wohnnutzung einzustufen. Zu den dem RVHNF im Verfahren bekannt gewordenen Waldkindergärten, an deren Genehmigungsverfahren der RVHNF mangels Raumbedeutsamkeit regelmäßig nicht beteiligt worden war und die allesamt planungsrechtlich nicht gesichert sind und die in keinem Fall in den geplanten Vorranggebieten liegen, hat sich der RVHNF im bisherigen Verfahren wie folgt verhalten: "Im Gegensatz [zu sonstigen Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB, wie etwa Waldkindergärten,] zählen Windkraftanlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB zu den privilegierten Nutzungen, die ihrem Wesen nach in den Außenbereich gehören und dort regelmäßig zulässig sind. Existierende Waldkindergärten sind zum anderen zumeist planungsrechtlich nicht gesichert. Zudem gilt für Waldkindergärten, auch dem im Umfeld des geplanten Vorranggebiets, dass solche prinzipiell mobilen, teilweise temporären und nicht standortgebundenen Nutzungen der Ausweisung von Vorranggebieten im Regionalplan mit einem Planungshorizont von ca. 20 Jahren nicht entgegenstehen können. Evtl. entstehende Konflikte mit solchen Nutzungen sind im Zuge des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens zu behandeln." |
| STNE-ID: 226<br>Privatperson<br>STNA-ID: 53 | BE-ID: 330 2. Ermittlungsdefizit hinsichtlich Immissionen und Erschließung Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgericht (Beschluss vom 24.03.2016 – 4 BN 42.15) setzt eine ordnungsgemäße Abwägung voraus, dass die planende Stelle die entscheidungserheblichen Tatsachen hinreichend ermittelt. Im vorliegenden Verfahren fehlen jedoch wesentliche Grundlagen, insbesondere: • eine standortbezogene Abschätzung der zu erwartenden Immissionsbelastung, • eine konkrete Bewertung der Nutzungssituation vor Ort, • sowie belastbare Angaben zur Erschließung und Bauphase. Ohne diese Grundlagen ist eine sachgerechte Abwägung nicht möglich. Es liegt daher ein Ermittlungsdefizit vor. | Ablehnung Standortbezogene immissionsschutzrechtliche Bewertungen, Bewertungen der Nutzungssituation vor Ort sowie Angaben zur Erschließung und Bauphase lassen sich erst im Rahmen des konkreten Zulassungsverfahrens einer Windenergieanlage ermitteln und sind nicht Gegenstand der Regionalplanung und damit nicht Gegenstand einer sachgerechten Abwägung in diesem Verfahren. Ein Ermittlungsdefizit liegt somit nicht vor. Auf regionalplanerischer Ebene ist eine typisierende Betrachtung von abwägungserheblichen Belangen ausreichend, dies geht auch aus dem von den Stellungnehmern zitierten Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts (4 BN 42.15 vom 24.03.2016) hervor. |
| STNE-ID: 226<br>Privatperson<br>STNA-ID: 53 | BE-ID: 331 3. Konkrete Konfliktlage durch geplante Zuwegung Nach meinem Kenntnisstand plant die Energiekraft PE GmbH bereits konkret die Zuwegung zu den vorgesehenen Anlagenstandorten. Diese soll in einem Abstand von lediglich ca. 3–4 Metern am Waldkindergarten vorbeiführen. Damit ist bereits auf Planungsebene erkennbar: • erheblicher Schwerlastverkehr während der Bauphase, • konkrete Gefährdungssituationen, • sowie erhebliche Beeinträchtigungen einer sensiblen Nutzung. Diese konkrete Konfliktlage wird in den vorliegenden Planunterlagen nicht erkennbar ermittelt oder bewertet. Auch | Ablehnung Die Stellungnehmer verweisen auf konkrete Konfliktlagen durch Zuwegung aufgrund geplanter Anlagenstandorte. Auch diese sind auf Grundlage der zitierten Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts auf die Genehmigungsebene transferierbar. Eine Bewertung der konkreten Konfliktlage unter Berücksichtigung der genannten Punkte (Schwerlastverkehr, konkrete Gefährdungssituation, Beeinträchtigungen) kann erst mit Feststehen detaillierter Informationen zur Bauausführung erfolgen. So kann im Rahmen der konkreten |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | hierin liegt ein Abwägungs- und Ermittlungsdefizit. | Standortzulassung eine andere Zuwegung gefordert und umgesetzt werden oder eine nochmalige Verschiebung eines Standortes erfolgen. Beides sind Lösungsansätze auf Umsetzungsebene, die auf regionaler Ebene nicht zur Verfügung stünden. Der RVHNF hat dies bereits im Rahmen des ersten Beteiligungsverfahrens ausgeführt. Ein Ermittlungsdefizit sowie ein daraus resultierendes Abwägungsdefizit liegen daher nicht vor. |
| STNE-ID: 226<br>Privatperson<br>STNA-ID: 53 | BE-ID: 332 4. Unzulässige Konfliktverlagerung Zwar ist es zutreffend, dass Detailfragen im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu klären sind. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgericht (u. a. Urteil vom 28.09.2023 – 4 C 6.21) ist es jedoch unzulässig, bereits erkennbare Nutzungskonflikte vollständig auf nachgelagerte Verfahren zu verlagern. Da hier konkrete Konflikte bereits absehbar sind (insbesondere durch die geplante Zuwegung), hätten diese bereits auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt werden müssen. Die vollständige Verlagerung stellt daher einen Abwägungsfehler dar. | Ablehnung Die Stellungnehmer kritisieren eine unzulässige Konfliktverlagerung. In der zitierten Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (4 C 6.21 vom 28.09.2023) geht es um die Anforderungen bei erkennbaren Konflikten im raumordnerischen Zielabweichungsverfahren. Grundsätzlich ist demnach eine Verlagerung von bewältigungsbedürftigen Konflikten in raumordnerischen Verfahren auf die nächste Ebene nicht zulässig, wenn die jeweiligen Konflikte Bedeutung für die planerische Grundentscheidung haben. Im vorliegenden Fall des Waldkindergartens können konkrete Nutzungskonflikte nicht abschließend beurteilt werden, da dem RVHNF abschließende belastbare Daten zu Anlagenstandorten, Zuwegungen, Transporte etc. im Rahmen des Verfahrens der Teilfortschreibung Windenergie II nicht vorliegen. Ob und wie stark Nutzungskonflikte tatsächlich auftreten, ist für den RVHNF daher nicht erkennbar und lässt sich aus Sicht des RVHNF nur auf der Genehmigungsebene klären, wenn sich die konkrete Windenergieanlage im Genehmigungsverfahren befindet. Beispielsweise ist die spätere Baustellenzufahrt nach Genehmigungserteilung auf immissionsschutzrechtlicher Ebene oftmals das Ergebnis der späteren konkreten Projektplanung. Wie zuvor bereits dargelegt bestehen auf Umsetzungsebene darüber hinaus Lösungsmöglichkeiten etwa um die vom Stellungnehmer selbst lediglich als "geplante Zuwegung" bezeichnete Konfliktlage zu lösen. Diese Lösungsmöglichkeit besteht auf regionaler Ebene nicht. Eine Streichung eines Plangebietes aufgrund von auf nachgelagerter Ebene lösbaren Konflikten ist nicht verhältnismäßig. Ein Abwägungsfehler besteht deshalb vorliegend nicht. |
| STNE-ID: 226<br>Privatperson<br>STNA-ID: 53 | BE-ID: 333 5. Berücksichtigung bestehender Nutzungen (§ 35 BauGB) Zwar sind Windenergieanlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch privilegiert. Dies entbindet jedoch nicht von der Verpflichtung, tatsächlich vorhandene | Ablehnung Die Stellungnehmer verweisen auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (4 BN 65.09 vom 27.04.2005), aus dem hervorgehen soll, dass nicht privilegierte Nutzungen abwägungserheblich |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Nutzungen in die Abwägung einzustellen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgericht (Beschluss vom 27.01.2005 – 4 BN 65.09) sind auch nicht privilegierte Nutzungen abwägungserheblich, sofern sie tatsächlich vorhanden und betroffen sind. | sind, sofern sie tatsächlich vorhanden und betroffen sind. Die Frage der Abwägungserheblichkeit zum 1. Punkt wurde bereits dargelegt (s.o.). Weiter wird darauf hingewiesen, dass die Planung der Standorte unter maßgeblicher Beteiligung der Gemeinde Erlenbach und der Stadt Neckarsulm und nach Kenntnis des RVHNF auf städtischen Flächen stattfindet. Die bereits laufende Planung wurde dem RVHNF durch die Kommunen mit dem Wunsch einer Aufnahme in die regionale Kulisse mitgeteilt. Eine Lösungsfindung ist hier daher auf kommunaler Ebene durch die Stadt Neckarsulm zu sehen, die die beiden grundsätzlich kommunalen Belange der Kinderbetreuung und der durch sie vorangetriebenen Windkraftstandorte vereinen kann, z.B. durch Bereitstellung unkritischer Erschließungswege oder im Zweifel die Verlagerung der Einrichtung auf unkritische kommunale Waldflächen. Der Zuschnitt des Vorranggebietes HN_09_II, das einen Abstand von ca. 380 m zu dem Waldkindergarten besitzt, ist aus Sicht des RVHNF klar mit den rechtlichen Vorgaben vereinbar. Die darin laufende Planung hat sich an der gegebenen Sachlage zu orientieren und einen rechtskonformen Umgang zu finden. Dies ist aus Sicht des RVHNF möglich, womit die Erforderlichkeit des Plangebietes gegeben ist und eine Streichung von HN_09_II unverhältnismäßig wäre. Im Übrigen könnten die Stadt Neckarsulm und die Gemeinde Erlenbach selbst bei einer Streichung von HN_09_II aus dem regionalen Verfahren ihrerseits die Planungen weiter im Rahmen einer Flächennutzungsplanänderung der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft vorantreiben. |
| STNE-ID: 226<br>Privatperson<br>STNA-ID: 53 | BE-ID: 334 6. Gesamtergebnis Zusammenfassend bestehen aus meiner Sicht folgende Mängel: • Abwägungsdefizit hinsichtlich einer sensiblen Nutzung (Kinder), • Ermittlungsdefizit bezüglich Immissionen und Erschließung, • Nichtberücksichtigung einer konkret erkennbaren Konfliktlage (Zuwegung in 3–4 m Abstand), • sowie eine unzulässige Verlagerung wesentlicher Konflikte auf nachgelagerte Verfahren. | Ablehnung Zu den einzelnen Gründen siehe jeweils oben. |
| STNE-ID: 226<br>Privatperson<br>STNA-ID: 53 | BE-ID: 335 7. Forderung Ich bitte daher um: • konkrete Darlegung, wie die genannten Aspekte in die Abwägung eingestellt wurden, • sowie um eine erneute Prüfung des Vorranggebiets HN_09_II unter Berücksichtigung dieser Punkte. | Ablehnung Zur Darlegung der Abwägung siehe oben. Das geplante Vorranggebiet HN_09_II wird im laufenden Verfahren weitergeführt. Der Waldkindergarten ist nicht als unüberwindbares Hindernis für den Vollzug der Planung zu sehen. Fragen der Zuwegung, Erschließung und des immissionsschutzrechtlich zulässigen Betriebs der Anlagen sind auf Ebene nachgelagerter Verfahren lösbar. Auf die Tatsache, dass sich in ca. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | 380 m Entfernung vom geplanten Vorranggebiet ein baurechtlich genehmigter aber planungsrechtlich nicht gesicherter Waldkindergarten befindet, wird ebenso wie auf die erforderliche Berücksichtigung des selben im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens im Standortdatenblatt hingewiesen. |
| STNE-ID: 226<br>Privatperson<br>STNA-ID: 54 | BE-ID: 161 Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur geplanten Ausweisung des Windenergie-Vorranggebietes HN_10_II in Langenbrettach übersende ich Ihnen meine Stellungnahme als Anhang zu dieser E-Mail. Der Einwand bezieht sich insbesondere auf mögliche Auswirkungen der Planung auf das Kulturdenkmal „Grünes Häusle“ (Denkmal-ID 97031953) sowie auf denkmalrechtliche Aspekte wie Umgebungsschutz, mögliche Bauerschütterungen und Veränderungen des Baugrundes während der Bauphase. Ich bitte darum, meine Stellungnahme im weiteren Planungsverfahren zu berücksichtigen und im Abwägungsprozess entsprechend zu prüfen. | Kenntnisnahme und Ablehnung Das geplante Vorranggebiet HN_10_II ist nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Gegenstand dieses erneuten Beteiligungsverfahrens ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa). Für HN_10_II hat die Verbandsversammlung mit Beschluss vom 30.01.2026 den Verbleib im Hauptverfahren beschlossen. |
| STNE-ID: 226<br>Privatperson<br>STNA-ID: 54 | BE-ID: 162 Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Ausweisung des geplanten Windenergie-Vorranggebietes HN_10_II im Bereich Langenbrettach möchte ich eine ausführliche Stellungnahme zu möglichen Auswirkungen der Planung auf das Kulturdenkmal „Grünes Häusle“ abgeben. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist ein zentrales Element der Energiewende und wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern grundsätzlich unterstützt. Gleichzeitig ist es aus meiner Sicht von großer Bedeutung, dass bei der Planung entsprechender Anlagen sämtliche örtlichen Gegebenheiten sowie rechtlich geschützte Güter sorgfältig berücksichtigt werden. Hierzu zählen insbesondere Kulturdenkmale, deren Erhalt im öffentlichen Interesse liegt und die einen wichtigen Bestandteil der historischen und kulturellen Identität einer Region darstellen. Nach meinem Kenntnisstand ist das sogenannte „Grüne Häusle“ als Kulturdenkmal mit der Denkmal-ID 97031953 erfasst. Damit handelt es sich um ein Gebäude, das aufgrund seiner historischen, wissenschaftlichen oder heimatgeschichtlichen Bedeutung unter besonderem Schutz steht. Der Erhalt solcher Gebäude ist nicht nur aus denkmalpflegerischer Sicht bedeutsam, sondern trägt auch zur Bewahrung regionaler Geschichte, Baukultur und Landschaftsidentität bei. Vor diesem Hintergrund erscheint es wichtig, mögliche Auswirkungen der geplanten Bau- und Erschließungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Windenergie-Vorranggebiet sorgfältig zu untersuchen. | Kenntnisnahme Wie bereits dargelegt hat das laufende Verfahren lediglich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II zum Gegenstand. HN_10_II ist keines dieser 17 Gebiete. In der abgeschlossenen Beteiligung nach § 9 Abs. 2 ROG bestand bereits die Möglichkeit sowohl allgemein zur Teilfortschreibung Windenergie II als auch zu allen 104 ursprünglichen Plangebieten eine Stellungnahme abzugeben. Diese Möglichkeit nutzten die Stellungnehmer dieser Stellungnahme auch bereits. In den Stellungnahmen im Verfahren nach § 9 Abs. 2 ROG wurden von ihnen jedoch lediglich allgemeine Kritikpunkte zur Windkraft wie etwa die sich daraus ergebende Flächenversiegelung, Risiken aufgrund von Schlagschatten und Risiken aufgrund von Grundwasserverschmutzung vorgebracht. Darüber hinaus wurde eine einsetzende Wertminderung von Immobilien, eine Ungleichbehandlung von Bürgern sowie eine umweltgefährdende Entsorgung von Rotorblättern bemängelt. Beide Stellungnahmen bezogen sich darüber hinaus ausdrücklich auf HN_09_II und nicht auf HN_10_II. Die hier genannten Punkte hätten in diesen Stellungnahmen im Verfahren zur Beteiligung nach § 9 Abs. 2 ROG vorgebracht werden können. |
| STNE-ID: 226 | BE-ID: 338 1. Bedeutung des Kulturdenkmals für die regionale Kulturlandschaft | Ablehnung Das Land Baden-Württemberg hat den Regionalverbänden |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| Privatperson<br>STNA-ID: 54 | Historische Gebäude wie das „Grüne Häusle“ sind häufig Teil einer gewachsenen Kulturlandschaft. Sie stehen nicht isoliert im Raum, sondern sind mit ihrer Umgebung historisch und funktional verbunden. Ihre Lage, ihre Ausrichtung sowie ihre Einbindung in die Landschaft spiegeln häufig historische Nutzungsformen oder Siedlungsstrukturen wider. Gerade kleinere historische Gebäude besitzen häufig eine besondere landschaftliche Wirkung. Sie prägen das Erscheinungsbild ihrer Umgebung und sind oftmals identitätsstiftende Elemente für die lokale Bevölkerung. In vielen Fällen entsteht der denkmalpflegerische Wert nicht nur aus dem Gebäude selbst, sondern auch aus dem Zusammenhang zwischen Bauwerk und Landschaft. Daher ist es aus denkmalfachlicher Sicht sinnvoll, bei größeren Infrastrukturprojekten nicht nur das Gebäude selbst zu betrachten, sondern auch dessen räumliches Umfeld sowie mögliche Veränderungen der umgebenden Landschaft.<br>Windenergieanlagen moderner Bauart erreichen heute Gesamthöhen von über 200 Metern und sind daher über große Entfernungen sichtbar. Sie stellen damit technische Großstrukturen dar, die die Wahrnehmung eines Landschaftsraumes deutlich verändern können. Gerade in sehr zersiedelten Landschaften, wie wir sie im industriell geprägten Großraum Heilbronn vorfinden, wirken solche Anlagen visuell sehr dominant und verändern das bestehende Landschaftsbild ganz erheblich. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll zu prüfen, ob die geplanten Anlagen innerhalb oder in der Nähe des Vorranggebietes HN_10_II Auswirkungen auf die landschaftliche Einbindung des Kulturdenkmals „Grünes Häusle“ haben könnten. | zu Beginn der regionalen Planungsoffensive zum Ausbau der erneuerbaren Energien einen sogenannten Planungskorridor an die Hand gegeben. Teil dieses Korridors war auch die Benennung von in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen durch das Landesamt für Denkmalpflege. Alleine diese in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale sind im Rahmen der regionalen Planungsoffensive von den Regionalverbänden in die jeweilige Umweltprüfung einzubeziehen.<br>Diese Liste von in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen wie auch der vorgesehene Umgang mit diesen ist dem regionalen Kriterienset zu entnehmen. Das "Grüne Häusle" ist kein solches in höchstem Maß raumwirksames Kulturdenkmal. Diese denkmalfachliche Argumentation findet ihre gesetzliche Begründung im § 15 Abs. 4 S. 1 Denkmalschutzgesetz des Landes Baden-Württemberg (nachfolgend DSchG BW). Demnach stehen Kulturdenkmale, die vom Landesamt für Denkmalpflege nicht als in höchstem Maße raumwirksam eingestuft worden sind, und deren Umgebungsschutz der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen regelmäßig nicht entgegen. Alle nicht in höchstem Maße raumwirksamen, aber dennoch regionalbedeutsamen Kulturdenkmale, darunter auch das "Grüne Häusle", stuft der RVHNF als sogenanntes Konfliktkriterium ein. Als solches ist das "Grüne Häusle" im Standortdatenblatt zu HN_10_II im Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter aufgeführt. Weiter ist dort hinterlegt, dass bei der Standortsuche eine Abstimmung mit den Denkmalschutzbehörden notwendig ist. Im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens, in welchem die Denkmalschutzbehörden ebenfalls involviert sind, findet die Prüfung konkreter standörtlicher Situationen statt. Im Hinblick auf das Schutzgut Landschaftsbild ist auf folgenden Sachverhalt hinzuweisen, der auch im Umweltbericht thematisiert wird: Windkraftanlagen sind aufgrund ihrer Höhe (zum Stand 2024 sind Anlagen mit einer Gesamthöhe von 250 - 270 m Standard) weithin sichtbar. Darüber hinaus werden solche Anlagen aufgrund der höheren Windhöffigkeit bevorzugt in Höhenlagen errichtet. Hierdurch werden diese ausgeprägte Sichtbarkeit und landschaftliche Wirkung noch weiter gesteigert. Zwar erfolgt durch Windkraftanlagen eine relativ geringe Flächenversiegelung, allerdings entsteht durch die alles überragende Höhe der Anlagen trotzdem eine |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | deutliche landschaftliche Überprägung des ansonsten unberührten Gebietes. Durch die sich drehenden Rotoren wird das Auge eines Betrachters zusätzlich auf die Anlagen gelenkt, so dass diese auf weite Entfernungen hin eine Landschaft prägen können. Hierdurch können, je nach subjektivem Empfinden des Betrachters, der landschaftliche Erholungswert gemindert und die Schönheit einer Landschaft herabgesetzt werden. Das Landschaftsbild ist immer geprägt von der Zeit, in der sich die Gesellschaft befindet. Der RVHNF ist der Überzeugung, dass sich das Verständnis für das Landschaftsbild zukünftig ändern wird. So wie Straßen, Brücken und Hochspannungsleitungen zum heutigen Landschaftsbild dazugehören, wird auch eine klimaneutrale Energieproduktion dazu führen, dass Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien nicht länger in dem Maße als störend empfunden werden, wie dies derzeit oft noch der Fall ist. Alle Flächen der ausgewählten Potenzialkulisse wurden vom RVHNF in der Hinsicht bewertet, ob dort in besonderer Form wertgebende und zu schützende Landschaftsbildelemente vorzufinden sind. Ist dies der Fall, werden diese, z.B. in Form von Landschaftsschutzgebieten, im Standortdatenblatt aufgeführt. Ist dies nicht der Fall, so wird im Sinne des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien diesen grundsätzlich der gesetzlich in § 2 EEG vorgegebene Vorrang eingeräumt. Auch hier bleibt darauf hinzuweisen, dass nach den gesetzlichen Vorgaben ein Ausbau an Windenergie erfolgen muss - hierzu besteht sowohl aufgrund der Gesetzeslage als auch aufgrund der politischen, gesellschaftlichen und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen keine Alternative. Würde der RVHNF seine Planung einstellen, fände nach aktueller Gesetzeslage der notwendige Ausbau gänzlich ungesteuert, lediglich durch fachrechtliche Restriktionen eingegrenzt, nach rein wirtschaftlichen Überlegungen der Vorhabenträger statt. Nach Auffassung des RVHNF bestünde in diesem Szenario eine höhere Betroffenheit für das Schutzgut Landschaft als bei einem kompakten, gesteuerten Ausbau. |
| STNE-ID: 226<br>Privatperson<br>STNA-ID: 54 | BE-ID: 339 2. Umgebungsschutz von Kulturdenkmalen Nach den Grundsätzen des Denkmalschutzes endet der Schutz eines Kulturdenkmals nicht zwingend an den Außenmauern des Gebäudes. Auch die Umgebung eines Denkmals kann schutzwürdig sein, wenn sie für dessen Erscheinungsbild oder historische | Ablehnung Es ist zutreffend, dass der Schutz eines Kulturdenkmals nicht zwingend an den Außenmauern des Gebäudes endet. Dies geht aus § 15 Abs. 3 DSchG BW hervor. In Bezug auf erneuerbare Energien hat das Landesamt für Denkmalpflege ein so genanntes Bewertungsraster |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Einordnung von Bedeutung ist. Bei vielen historischen Gebäuden besteht ein enger Zusammenhang zwischen Bauwerk und Landschaftsraum. Die Umgebung trägt häufig wesentlich zur historischen Aussagekraft eines Denkmals bei. Veränderungen im unmittelbaren oder weiteren Umfeld können daher die Wirkung eines Kulturdenkmals beeinflussen. Im Zusammenhang mit der geplanten Ausweisung eines Windenergie-Vorranggebietes erscheint es daher sinnvoll zu prüfen, ob die Errichtung großer Windenergieanlagen in räumlicher Nähe zum „Grünen Häusle“ Auswirkungen auf dessen denkmalpflegerische Umgebung haben könnte. Hierbei könnten insbesondere folgende Fragen relevant sein: – Bestehen historische Sichtbeziehungen zwischen dem Gebäude und der umgebenden Landschaft? – Könnten geplante Anlagen in dominante Sichtachsen des Denkmals treten? – Verändert sich die Wahrnehmung des Denkmals im Landschaftsraum durch technische Großstrukturen? Eine entsprechende Betrachtung könnte dazu beitragen, mögliche Konflikte frühzeitig zu erkennen und gegebenenfalls planerische Anpassungen vorzunehmen. | erarbeitet, nach dem der Umgebungsschutz von Kulturdenkmalen der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen nicht entgegenstehen wird, außer es handelt sich um ein in höchstem Maße raumwirksames Kulturdenkmal. Voranstehend wurde bereits dargelegt, warum das "Grüne Häusle" kein in höchstem Maße raumwirksames Kulturdenkmal ist. § 15 Abs. 4 S. 1 Halbsatz 2 DSchG BW stellt die Geltung des § 15 Abs. 3 DSchG BW bei nicht in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen insoweit zurück, wenn es um die Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen geht. Demnach bedarf es hinsichtlich des Kulturdenkmals "Grünes Häusle" keiner Einzelfallprüfung in Form einer denkmalfachlichen Prüfung mit Sichtbarkeitsanalysen oder weitergehenden Betrachtungen. Bei der konkreten Standortwahl können im Genehmigungsverfahren in Abstimmung mit den Denkmalschutzbehörden Konflikte hinsichtlich bestehender Kulturdenkmale minimiert und verträgliche Standorte gefunden werden. Gemäß § 2 EEG liegen die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zu Gewinnung von Strom aus erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien grundsätzlich als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Somit kann der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Abwägungsentscheidungen nur in atypischen Ausnahmefällen zugunsten des Denkmalschutzes überwunden werden, die dann einem erhöhten Begründungserfordernis unterliegen. |
| STNE-ID: 226<br>Privatperson<br>STNA-ID: 54 | BE-ID: 340 3. Bauerschütterungen und mögliche Auswirkungen auf historische Bausubstanz Neben landschaftlichen Aspekten erscheint auch die bauliche Integrität des Kulturdenkmals als prüfenswert. Die Errichtung von Windenergieanlagen ist in der Regel mit umfangreichen Bau- und Erschließungsmaßnahmen verbunden. Hierzu gehören unter anderem: – Erdarbeiten für Fundamente – Bau oder Ausbau von Zufahrtswegen – Einsatz schwerer Bau- und Transportfahrzeuge – Transport großer Anlagenteile – Verdichtungsarbeiten im Zuge der Baustelleneinrichtung Diese Arbeiten können unter Umständen zu Erschütterungen im Untergrund führen. Auch wenn solche Erschütterungen in vielen Fällen gering sind, | Ablehnung Der RVHNF plant keine konkreten Standorte von Windkraftanlagen, sondern weist Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen aus. In welchem Umfang und wo in diesen Gebieten Windkraftanlagen umgesetzt werden, liegt nicht im Gestaltungsrahmen des RVHNF. Die genannten Belange sind jedoch nur unter Kenntnis von standörtlichen Gegebenheiten wie der Entfernung zum Kulturdenkmal, den notwendigen Baumaßnahmen usw. sinnvoll durchzuführen. Dies sind klassische Überlegungen einer standörtlichen Prüfung auf immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsebene, nämlich ob ein konkreter Standort |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | können sie sich über den Boden ausbreiten und in bestimmten Entfernungen noch messbar sein. Historische Gebäude reagieren häufig empfindlicher auf Erschütterungen als moderne Bauwerke. Gründe hierfür können unter anderem sein: – historische Mauerwerkskonstruktionen ohne moderne Bewehrung – altersbedingte Veränderungen der Bausubstanz – flach gegründete Fundamente – geringere strukturelle Steifigkeit historischer Bauweisen Selbst vergleichsweise geringe Schwingungen können unter Umständen bei empfindlichen Bauwerken zu kleinen Rissbildungen oder Spannungen im Mauerwerk führen, insbesondere wenn solche Belastungen wiederholt auftreten. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll zu prüfen, ob während der Bauphase mögliche Erschütterungen auftreten könnten, die sich auf das Kulturdenkmal „Grünes Häusle“ auswirken. Gegebenenfalls könnten entsprechende Untersuchungen oder Prognosen zu Bauerschütterungen hilfreich sein, um potenzielle Risiken realistisch einzuschätzen. | genehmigungsfähig ist oder nicht. |
| STNE-ID: 226<br>Privatperson<br>STNA-ID: 54 | BE-ID: 341 4. Bodenverdichtung und Veränderungen des Baugrundes Ein weiterer möglicher Aspekt betrifft Veränderungen des Baugrundes durch schwere Baustellenfahrzeuge. Beim Bau von Windenergieanlagen kommen häufig sehr schwere Maschinen zum Einsatz, beispielsweise große Mobilkräne, Betonfahrzeuge, Schwertransporter oder Spezialfahrzeuge für den Transport von Turmsegmenten und Rotorblättern. Diese Fahrzeuge können ein erhebliches Gesamtgewicht erreichen. Die wiederholte Befahrung von Baustellenflächen und Zufahrtswegen kann zu einer Verdichtung des Bodens führen. Eine Veränderung der Bodenstruktur kann wiederum Auswirkungen auf Wasserabfluss, Bodenstabilität und langfristige Setzungsprozesse haben. Gerade bei historischen Gebäuden, deren Fundamente möglicherweise unter anderen geologischen oder baulichen Voraussetzungen errichtet wurden, können Veränderungen im Baugrund theoretisch Auswirkungen auf die Gebäudestatik haben. Es erscheint daher sinnvoll zu prüfen, – ob Bauverkehr oder Baustellenflächen in der Nähe des Kulturdenkmals vorgesehen sind, – ob mögliche Bodenverdichtungen Auswirkungen auf das Gebäude haben könnten, – und ob gegebenenfalls Vorsorgemaßnahmen sinnvoll sein könnten. | Ablehnung Auch diese vorgebrachten Sachverhalte sind nicht ohne die Kenntnis konkreter Standorte prüfbar. Wie die Stellungnehmer selbst immer wieder erläutern, könnte ein Sachverhalt vorliegen, es könnte zu Veränderungen der Bodenstruktur kommen es könnten beispielsweise diese oder jene Fahrzeuge notwendig sein, es könnten theoretisch Auswirkungen auf die Gebäudestatik vorliegen. Dies lässt sich nicht pauschal prüfen, sondern nur wenn bekannt ist wo welche Baumaßnahmen auf welchen Bodenverhältnissen vorgenommen werden sollen, wo die Baustellenflächen angelegt werden sollen, wo die Zufahrten geplant werden sollen etc. Alle diese Dinge können erst und ausschließlich im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren bei der Ermittlung des konkreten Standortes festgelegt und geprüft werden. Auf dieser Ebene erfolgen entsprechende gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen und es werden ggf. erforderliche Auflagen verhängt, nicht auf Ebene der Regionalplanung. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die vorgetragenen Belange auf der Ebene des Immissionsschutzrechts gelöst werden können, so dass zweifellos an dem geplanten Vorranggebiet festgehalten werden kann. |
| STNE-ID: 226<br>Privatperson<br>STNA-ID: 54 | BE-ID: 342 5. Bedeutung frühzeitiger denkmalfachlicher Prüfung Planungsverfahren für größere Infrastrukturprojekte beinhalten in der Regel eine umfassende Abwägung verschiedener Belange. Hierzu zählen unter | Zustimmung Der RVHNF hat im gesamten Verfahrensverlauf, zuerst das Kriterienset danach die Gebietskulisse, jeweils zur Beteiligung auch den Denkmalbehörden vorgelegt. Darüber hinaus fanden |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | anderem energiepolitische Ziele, Umweltaspekte, Naturschutz, Landschaftsbild, Infrastruktur sowie kulturelles Erbe. Gerade bei Kulturdenkmalen ist eine frühzeitige fachliche Prüfung möglicher Auswirkungen von großer Bedeutung. Eine solche Prüfung kann dazu beitragen, Konflikte zu vermeiden und geeignete Lösungen zu finden, die sowohl den Ausbau erneuerbarer Energien als auch den Schutz historischer Bauwerke berücksichtigen. Dabei könnte es sinnvoll sein, denkmalfachliche Aspekte frühzeitig in die Planung einzubeziehen und gegebenenfalls Gutachten oder Stellungnahmen entsprechender Fachstellen zu berücksichtigen. | Abstimmungsgespräche mit dem Landesamt für Denkmalpflege statt. Es wird in diesem Zusammenhang auch auf die Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege im Rahmen der Beteiligung nach § 9 Abs. 2 ROG hingewiesen, in welcher das Landesamt für Denkmalpflege zu HN_10_II keine Bedenken vortrug. Somit waren, wie angeregt, frühzeitig denkmalfachliche Belange in die Planung einbezogen. Diese wurden, soweit dies auf regionalplanerischer Ebene möglich und gefordert ist, in der gesamten Planung berücksichtigt und gingen in die jeweilige Abwägung ein. |
| STNE-ID: 226<br>Privatperson<br>STNA-ID: 54 | BE-ID: 343 6. Zusammenfassung Zusammenfassend möchte ich betonen, dass meine Stellungnahme nicht grundsätzlich gegen den Ausbau erneuerbarer Energien gerichtet ist. Vielmehr halte ich es für wichtig, dass bei der konkreten Planung mögliche Auswirkungen auf Kulturdenkmale sorgfältig geprüft und transparent bewertet werden. Das Kulturdenkmal „Grünes Häusle“ mit der Denkmal-ID 97031953 stellt einen Teil der historischen Kulturlandschaft dar und besitzt damit eine besondere Bedeutung für die Region. Aus diesem Grund erscheint es angemessen, mögliche Auswirkungen der geplanten Bau- und Erschließungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Windenergie-Vorranggebiet HN_10_II sorgfältig zu untersuchen. Ich bitte daher darum, im weiteren Planungsverfahren insbesondere zu prüfen, – ob mögliche Auswirkungen der Planung auf das Kulturdenkmal und dessen Umgebung ausreichend untersucht wurden, – ob Bauerschütterungen oder Bodenveränderungen während der Bauphase relevant sein könnten, – ob mögliche Sichtbeziehungen zwischen Denkmal und Landschaft beeinträchtigt werden könnten, – und ob gegebenenfalls Schutzmaßnahmen oder planerische Anpassungen sinnvoll erscheinen. Ich danke Ihnen für die Möglichkeit zur Beteiligung an diesem Verfahren und bitte darum, diese Stellungnahme im weiteren Abwägungsprozess zu berücksichtigen. | Ablehnung Wie bereits dargelegt, können die vom Stellungnehmer angeregten Prüfungen nicht auf regionalplanerischer Ebene vorgenommen werden. Diese sind (soweit nach § 15 Abs. 4 DSchG BW überhaupt noch erforderlich) sowohl rechtlich wie auch fachlich für die immissionsschutzrechtliche Genehmigungsebene vorgesehen. Der RVHNF hat die auf seiner Planungsebene fachlich und rechtlich sinnvollen und notwendigen Prüfungen in Abstimmung mit den Denkmalschutzbehörden durchgeführt und das Standortdatenblatt enthielt bereits im Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie II einen Hinweis auf das Denkmal zur Berücksichtigung auf der Umsetzungsebene. |
| STNE-ID: 228<br>Privatperson<br>STNA-ID: 73 | BE-ID: 176 Ich möchte hiermit Stellung beziehen und meine Bedenken zu den geplanten Windenergieanlagen zum Ausdruck bringen: Der Lärm wird deutlich ansteigen. Der Infraschall verursacht Schäden bei Mensch und Tier. Das Risiko, dass Vögel und andere Tierarten ums Leben kommen. steigt stark an, insbesondere die Fledermäuse sterben einen grausamen Tod durch das Barotrauma (bedingt durch Verwirbelungen und den Druckabfall hinter den Rotorblättern platzen die Lungen und inneren Organe der Fledermäuse). Es finden viele Rodungen im gesunden Wald statt um die Zuwegungen auf die | Ablehnung Die genannten Belange sind nicht Gegenstand der aktuellen Beteiligung. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | erforderlichen 8 m zu verbreitern, damit die Schwertransporter die Rotorblätter an den geplanten Aufbauorten erreichen können. Diese Zuwegungen müssen dauerhaft verdichtet werden, damit auch später zur Wartung die schweren Fahrzeuge die Standorte der WEA erreichen. Durch die Verdichtungen, aber auch durch die Luftverwirbelung der Rotoren steigt die Temperatur leicht an und der Boden im Wald trocknet aus. Verheerend in Anbetracht des bereits stattfindenden Klimawandels! Es besteht zudem die Gefahr, dass lebensnotwendige Quellen im Wald versiegen. Außerdem können vorhandene Schutzgebiete und Biotope beschädigt oder beeinträchtigt werden. Eine weitere Gefahr entsteht durch den Abrieb der Rotorblätter: Diese aus glasfaserverstärktem Kunststoff (GFK) gefertigten Blätter sind extremen Belastungen ausgesetzt: Wind, Regen, Staub und Partikel treffen bei hohen Geschwindigkeiten auf die Blattkanten und verursachen einen schleichenden Materialverlust. Dies hat weitreichende Folgen, denn die abgetragenen Partikel, oftmals Mikropartikel aus Kunststoff und Glasfasern, werden in die Umwelt freigesetzt. Sie gelangen in Böden und Gewässer und stellen eine erhebliche, nicht biologisch abbaubare Belastung dar. Die Mikroplastikpartikel verbleiben über Jahre hinweg in der Umwelt und können durch ihre geringen Größen in die Nahrungsketten von Tieren und Pflanzen gelangen. Dies birgt erhebliche Risiken für die Ökosysteme, die oft in unmittelbarer Nähe von Windenergieanlagen liegen. In einigen Regionen ist deshalb der Verzehr von Wildfleisch bereits nicht mehr möglich. Dazu kommt noch der wirtschaftliche Aspekt: in unserer windschwachen Region werden die Anlagen niemals ausgelastet funktionieren und über große Zeiträume still stehen. Finanziell lukrativ kann dies nur sein, solange aufwändige staatliche Subventionen existieren. Da die mangelnde Lukrativität sich auch in der Politik nicht mehr verstecken lässt, werden die Subventionen voraussichtlich bald reduziert und ganz beendet werden. Dann haben wir riesige Industrieruinen in unseren schönen Wäldern stehen und das nächste Problem stellt sich dann: wer ist zuständig für den Rückbau und die Entsorgung der Anlagen und wer wird dies finanzieren? Die Kommunen? Die Betreiber? Letztendlich ist es der Steuerzahler, der doppelt bezahlt: zuerst finanziert er die Subventionen, dann den Rückbau. Ich appelliere daher an die Vernunft in Ihnen allen: überdenken Sie bitte ihre Handlungsweise und stellen Sie die Planung der Windenergieanlagen ein! Zumindest sollten keine WEA in gesunden Wäldern und in windarmen Regionen gebaut werden. | |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| STNE-ID: 229<br>Privatperson<br>STNA-ID: 89 | BE-ID: 234 Ich nehme Stellung und erhebe Einspruch zu der geplanten Errichtung von drei WEA in Neuenstadt, Gemarkung Cleversulzbach. Wie wir Menschen mit uns selbst umgehen, ist ein Thema. Wie wir mit dem Rest der Welt umgehen und was wir mit der Natur, mit Flora und Fauna, machen ist - wenn man die Fakten genau ansieht - ein Verbrechen, für das wir noch bezahlen werden. Der Widerstand meiner Fraktion geht Ihnen sicher auf die Nerven - Sie rechnen mit wirtschaftlichen Erfolgen, ich habe Angst. Ich fasse mich möglichst kurz: historisch gewachsener Wald wird gerodet der Waldboden im ganzen Spektrum wird derart verdichtet und wird sich nie mehr erholen die Geräuchkulisse im Wald verändert sich, es entsteht optische und akkustische Unruhe sowie eine Schallfrequenz die Licht-, Feuchtigkeits- und Schattenverhältnisse sowie die Temperaturen und Kleinklima ändern sich durch die riesigen gerodeten Flächen nachgepflanzte Kulturen müssen immer wieder gerodet werden für Folgetätigkeiten am Windrad vergrabener Beton verbleibt für ewig im Wald und verändert nachhaltig den Boden die Natur wird durch Flächenabrieb vergiftet Konsequenzen: Wild und Vögel, die flüchten können, verlassen diesen Wald in großem Maßstab. Der Rest wird, egal ob noch während der Brut oder durch den Flügelschlag der Windräder, zum Kollateralschaden. im verdichteten Boden wird nie wieder ein Insekt leben Kleintiere und Insekten in der Luft und auf dem Boden können wegen vollkomm veränderter Lebensverhältnisse nicht überleben der Wasserkreislauf im Wald über Regen, Nebel, Bäche etc. ist zerstört - die Tierwelt muss ihn büßen die Pflanzenwelt und -vielfalt verändert sich wegen vollkommen veränderter Verhältnisse Ich habe Ihnen hier keine Studie geliefert - Sie werden wohl genügend mit konkreten Fakten konfrontiert. Ich kann nur nicht verstehen, dass offensichtliche Zerstörungen geplant und Gegenargumente, die der Menschenverstand liefert, nicht akzeptiert werden. Gehen Sie in sich, bitte. | Ablehnung Die vorgebrachten Belange sind nicht Gegenstand der aktuellen Beteiligung. Gegenstand der aktuelle Beteiligung ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa). Unabhängig hiervon plant der RVHNF zum aktuellen Verfahrensstand in Neuenstadt mit Ausnahme einer weniger als 1 ha umfassenden Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach geplanten Vorranggebietes HN_10_II keine Festlegung von Vorranggebieten. Die hier angesprochene Planung ist nicht Teil der Teilfortschreibung Windenergie II. Allgemeine Kritikpunkte zur Windkraft wurden bereits im Rahmen der abgeschlossenen Beteiligung nach § 9 (2) ROG im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und einer Abwägung zugeführt. Der entsprechende Umgang kann dem genannten Dokument, dass der Synopse nochmals als Anhang beigefügt wird, entnommen werden. |
| STNE-ID: 233<br>Privatperson<br>STNA-ID: 78 | BE-ID: 203 Hiermit nehme ich Stellung zu den geplanten Windkraftanlagen (WKA) bzw. ich widerspreche der Aufnahme als Vorranggebiet in den Orten Neuenstadt und Erlenbach aufgrund folgender Einwände: In Erlenbach ist das Wasserschutzgebiet betroffen. Dies darf nicht sein! Eine WKA ist direkt im Bereich des sogenannten „Erlenbacher Wasserlochs“ geplant. Es liegt am Hohen Weg im Wald. Die dort entspringenden Quellen stellen 30% der Trinkwasserversorgung der Erlenbacher Gemeinde dar. Wenn in diesem Bereich WKA gebaut werden, dann ist diese Trinkwasserversorgung in Gefahr! Zum einen trocknen die Windbewegungen der Rotorblätter die Böden nachhaltig aus. | Ablehnung Die vorgetragenen Belange sind nicht Gegenstand der laufenden Beteiligung. Gegenstand dieser Beteiligung ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren zur Teilfortschreibung (Teilfortschreibung Windenergie IIa). Das einzige auf Erlenbacher Fläche geplante Vorranggebiet für Windkraftanlagen (HN_09_II) wird nicht gestrichen. Alle dieses Gebiet betreffenden Belange wurden bereits im Rahmen der abgeschlossenen Beteiligung nach § 9 (2) ROG behandelt und am 30.01.2026 durch die |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Zum anderen ist die Sonneneinstrahlung aufgrund der breiten Zufahrtswege enorm erhöht und trocknet die Bäume am Wegesrand immer mehr aus. Auch durch die Entwässerung der großen Betonfundamente (zur Stabilisierung der WKA) entsteht die Austrocknung der umliegenden Bäume. Dazu kommt die fehlende Kommunikationsmöglichkeit und Warnsysteme der Bäume durch die Unterbrechung der Pilzmyzel. Somit geht die Wasserspeicherfunktion des Waldes verloren. Das Grundwasser sinkt. Die Quellen versiegen und die 30% Trinkwasserversorgung für die Gemeinde Erlenbach fehlen! Das muss verhindert werden. Selbst wenn die Menge an Trinkwasser erhalten bleiben würde, so ist durch die Abriebe von giftigen Bestandteilen der Rotorblätter das Trinkwasser langfristig verseucht und nicht mehr zu gebrauchen! Das ist fatal! Ich leite Exkursionen für essbare Wildpflanzen und bin fasziniert und begeistert von der Fülle, der Nährstoffdichte und der Wirkung. Leider wissen die wenigsten Menschen, welche wertvollen Nahrungs- und Heilmittel auf unseren Wiesen und in unseren Wäldern kostenfrei zur Verfügung stehen. Ich bin der Meinung, dass dies jedes Kind wissen sollte. Das ist der beste Schutz vor Krisen und Ängsten! Was ist jedoch, wenn wir durch giftige Stoffe (Mikropartikel aus Glasfaser und Kunststoff), die durch den Abrieb der Rotorblätter auf die Pflanzen und Erde gelangen (durch den Wind weit verbreitet), diese wertvollen Lebensmittel vergiften? Die Stoffe gelangen in den Boden und vergiften ihn langfristig. In manchen Regionen können keine Wildtiere mehr gegessen werden, da sie erhöhte Giftstoffbelastung aufweisen! Im Gebiet am Kayberg in Erlenbach brüten Rotmilane, Schwarzmilane und Uhu. Außerdem gibt es zahlreiche Vorkommen der Bechsteinfledermaus, die unter besonderem Schutz stehen. Ebenso gibt es Molche, Gelbbauchunken, Erdkröten, Zaun- und Mauereidechsen. Das Risiko, dass Vögel und andere Tierarten ums Leben kommen, steigt durch WKA stark an. Insbesondere Fledermäuse sterben einen grausamen Tod, wenn ihre Lungen und inneren Organe platzen (durch den Druckabfall hinter den Rotorblättern)! Viele Tiere verschwinden aus den WKA Gebieten. Auch gibt es im Bereich Steinerner Tisch bei Hölzern besonders schützenswerte Wildwege, die durch den Bau der WKA unterbrochen und zerstört werden würden! FFH- und Vogelschutzgebiete sind hochrangige Konfliktkriterien. Dies muss in diesen Gebieten greifen! Dazu kommt die kaum hörbare aber spürbare und krankmachende Belastung durch Infraschall bei Mensch und Tier. Es gibt bereits zahlreiche belegte Krankheitsfälle. Auch dies gilt es zu verhindern. Es handelt sich um intakte Waldgebiete (siehe Waldbericht). | Verbandsversammlung des RVHNF beschlossen. Es wurden keine Belange vorgebracht, die nicht bereits in der Planung berücksichtigt bzw. in der genannten Abwägung thematisiert wurden. Auf Flächen der Stadt Neuenstadt ist aktuell, bis auf eine weniger als 1 ha betragende Arrondierung des auf Langenbrettacher Gemeindegebiet liegenden geplante Vorranggebiet HN_10_II, keine Festlegung von Vorranggebieten vorgesehen. Die angesprochenen konkreten Standortplanungen sind nicht Teil der regionalen Planung. Darüber hinaus handelt es sich bei den vorgetragenen Belangen um allgemeine Kritik an der Windkraft. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Dies trifft auch zu, wenn die allgemeinen Kritikpunkte auf die konkrete Situation in Erlenbach oder Neuenstadt projeziert werden. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Durch die tiefgreifenden Eingriffe durch ca. 8 m breite Waldwege für die Zufahrt und Wartung der Windkraftanlagen (WKA) wird das natürliche Gleichgewicht auf jahrtausende gestört. Der Boden wird im Bereich der Wege so stark und tief und nachhaltig verdichtet, dass in diesen Bereichen die Bodenlebewesen zerstört werden. Somit ist keine unterirdische Kommunikation der Pilzmyzel mehr möglich von der einen Seite der Wege zur anderen Seite. Es wirkt wie eine unüberbrückbare Grenze. Dadurch können die Bäume nicht mehr über die Pilzmyzel kommunizieren. Sie verlieren ihre Frühwarnsysteme und sind anfälliger für Krankheiten, Extremsituationen wie Wassermangel und gegenüber Käferbefall. Wir Menschen leben mit den Bäumen im ständigen Austausch. Das was wir ausatmen benötigen die Bäume und umgekehrt. Wenn wir die Bäume schädigen, schädigen wir uns selbst. Wer sonst kann uns den Sauerstoff zum Atmen liefern? Unsere Wälder sind aktuell sehr klein und fragmentiert. Durch die geplanten 13 WAK im Gebiet bei Neuenstadt und Erlenbach werden die kleinen Waldbereiche noch mehr fragmentiert. Es wird ihnen die Lebensgrundlage entzogen – und somit uns Menschen! Und das in einem Schwachwindgebiet, in dem nachweislich ohne Subventionen die WAK unwirtschaftlich arbeiten. Somit muss der Steuerzahler zuerst die Subventionen bezahlen und dann auch den Rückbau, da es ohne die Subventionen absehbar ist, dass die Betreiber insolvent gehen. Wer bezahlt dann den Rückbau und die Entsorgung?! Der Abgleich vom Windatlas zu den Erträgen mehrerer bestehender WKA ergab eine große Differenz (ca. 30 Prozent)! Viele WKA stehen still. Eine Speichermöglichkeit der Windenergie ist nicht vorhanden und wäre in der benötigten Dimension auch nicht bezahlbar. Wofür dann also die unwiederbringliche Zerstörung unserer wertvollen Natur??? Der Natur- und Umweltschutz darf nicht durch ein vereinfachtes Verfahren ausgehebelt werden. Ich fordere daher die fehlende Umwelt- und Artenschutzprüfung! Was wollen wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen? Welche Luft sollen sie atmen? Wir müssen diese verantwortungslose und sinnlose Zerstörung unserer Lebensgrundlage sofort stoppen! Ich bitte Sie eindringlich und aus tiefstem Herzen, sich für die Erhaltung der schon jetzt sehr begrenzten lebenswerten Natur und dadurch für die Menschen einzusetzen! | |
| STNE-ID: 237<br>Privatperson<br>STNA-ID: 82 | BE-ID: 209 Einspruchsschreiben gegen die geplante Errichtung von 3 Windenergieanlagen (WEA) „NEU 2, NEU 3, NEU 4" im Gebiet Neuenstadt / Gemarkung Cleversulzbach An die zuständige Genehmigungsbehörde nach BImSchG des Sachbearbeiters für das Verfahren Neuenstädter Energie GmbH | Ablehnung Der RVHNF ist weder eine Genehmigungsbehörde nach BImSchG noch plant er konkrete Windenergiestandorte. Das angesprochene Scoping-Papier ist Teil eines immissionsschutzrechtlichen Verfahrens. Die für Neuenstadt zuständige immissionsschutzrechtliche |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | & Co. KG Betreff: Einspruch gegen das Vorhaben „Windräder im Gebiet Neuenstadt" (Scoping-Papier vom 05.02.2026, Büro Ökologie & Stadtentwicklung Peter C. Beck) — Verfahren nach BImSchG mit UVP-Pflicht | Genehmigungsbehörde ist beim Landratsamt Heilbronn angesiedelt. Der Einspruch geht darüber hinaus auch aus dem Grund fehl, da der RVHNF in Neuenstadt, bis auf eine weniger als 1 ha Fläche betragende Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach geplanten Vorranggebietes HN_10_II, zum derzeitigen Verfahrensstand keine Festlegung von Vorranggebieten vorsieht. |
| STNE-ID: 237<br>Privatperson<br>STNA-ID: 82 | BE-ID: 210 hiermit erhebe ich form- und fristgerecht Einspruch gegen das o. g. Vorhaben der Neuenstädter Energie GmbH & Co. KG. Ich habe ein berechtigtes Interesse am Schutz der betroffenen Schutzgüter (Einwohner/in der Gemeinde Neuenstadt bzw. benachbarter Gemeinden) Begründung (gestützt auf das vorliegende Scoping-Papier vom 05.02.2026) 1. Standortwahl innerhalb eines FFH-Gebietes Die drei geplanten Anlagen (NEU 2, NEU 3, NEU 4) liegen vollständig innerhalb des FFH¬Gebietes Nr. 7021341 „Löwensteiner und Heilbronner Berge"(Seite 9 des Scoping-Papiers). Das Papier selbst räumt ein, dass „entsprechende Beeinträchtigungen zu erwarten sind" und „nachteilige Wirkungen nicht von vorneherein auszuschließen" seien, weshalb eine FFH-Verträglichkeitsprüfung notwendig werde. Bei einer derartigen Konfliktlage ist die Genehmigungsfähigkeit bereits aus naturschutzrechtlichen Gründen höchst zweifelhaft. 2. Voller Eingriff in Waldflächen und gesetzlich geschützte Biotope Alle drei WEA sollen ausschließlich in Waldflächen errichtet werden (Seite 2). Für die Errichtung sind erhebliche Rodungszonen, Kranstellflächen, Zuwegungen und dauerhafte Lichtraumprofile erforderlich (Seiten 4-6). Das Scoping-Papier listet explizit auf: - „Stärkere Belichtung von Wald entsteht" - „Biotope können beeinträchtigt oder unterbrochen werden" - „Schutzgebiete können beeinträchtigt werden" - „Kleinklima am Rodungsbereich verändert sich" (Seite 8). Wald ist nach § 2 BNatSchG und der Waldstrategie Baden-Württemberg ein zentraler Träger der biologischen Vielfalt. Der geplante Eingriff widerspricht dem Grundsatz der Waldmehrung und dem Verbot der Umwandlung von Wald in andere Nutzungsarten ohne zwingende Gründe. 3. Erhebliche Gefährdung von streng und besonders geschützten Arten: Das Scoping-Papier sieht umfangreiche, mehrjährige Untersuchungen vor (u. a. 214 Nächte Batcorder, Netzfänge, Höhenmonitoring, Horst- und Revierkartierungen im 1.200-m-Radius, Rastvogelkartierungen im 2.000-m-Radius — Seiten 10-12). Dies belegt bereits das **hohe Konfliktpotential** für Vögel, Fledermäuse, Haselmaus, Reptilien, Amphibien, Schmetterlinge und Totholzkäfer. Die geplanten Anlagen (Nabenhöhe 175 m, Rotordurchmesser | Ablehnung Wie zuvor bereits dargelegt ist die angesprochene Planung nicht Teil der regionalen Flächenkulisse. Der RVHNF ist nicht Träger des angesprochenen Verfahrens. Da die Planung somit weder direkt noch indirekt Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens ist, sind die vorgebrachten spezifischen Belange abzulehnen. Darüber hinaus vorgebrachte allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Dies trifft auch zu, wenn die allgemeinen Kritikpunkte auf die konkrete Situation in Neuenstadt projeziert werden. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | 175 m, Gesamthöhe bis 262,50 m) liegen in einem sensiblen Waldhabitat, in dem Scheuchwirkung, Kollisionsrisiko und Habitatverlust unvermeidbar sind. 4. Weitere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen: Das Papier nennt u. a.: - Steigender Lärm und Schattenwurf (Schutzgut Mensch) - Optische Unruhe und Veränderung des Landschaftsbildes - Flächenverlust und Versiegelung - Staub und Unruhe während der Bauphase (Seiten 8 und 15). Eine vollständige Alternativenprüfung (insbesondere Standorte außerhalb des Waldes) wird im Scoping-Papier zwar angekündigt (Seite 16), ist jedoch bisher nicht erfolgt. Solange diese Prüfung nicht vorliegt, darf das Vorhaben nicht weiterverfolgt werden. 5. Verstoß gegen UVP- und BNatSchG-Grundsätze Das Projekt erfüllt die Voraussetzungen des § 7 Abs. 3 UVPG (erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen nicht auszuschließen). Die vom Antragsteller selbst aufgeführten Wirkungen machen deutlich, dass eine Genehmigung mit den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege unvereinbar ist. | |
| STNE-ID: 237<br>Privatperson<br>STNA-ID: 82 | BE-ID: 211 Ich beantrage daher: 1. Die Zurückweisung des Antrags der Neuenstädter Energie GmbH & Co. KG in vollem Umfang. 2. Die Durchführung einer umfassenden und ergebnisoffenen Alternativenprüfung, insbesondere die Prüfung von Standorten außerhalb des Waldes und außerhalb des FFH-Gebietes. 3. Die vollständige Ablehnung jeglicher Waldumwandlung für dieses Vorhaben. 4. Die Berücksichtigung dieses Einspruchs bei allen weiteren Verfahrensschritten und die Übersendung aller Unterlagen und Gutachten an mich. | Kenntnisnahme und teilweise Ablehnung Unabhängig von den konkreten Standortplanungen ist es zutreffend, dass die Stadt Neuenstadt im Rahmen der Beteiligung nach § 9 (2) ROG eine diese Standorte umfassende Fläche zur Aufnahme in die regionale Kulisse vorgeschlagen hat. Dieser Wunsch nach Flächenaufnahme ist jedoch nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Gegenstand des aktuellen Verfahrensschrittes ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa). Mögliche Flächenaufnahmen werden zu einem späteren Zeitpunkt im Lauf des Annexverfahrens anhand des regionalen Kriteriensets ergebnisoffen geprüft und das Ergebnis erneut der Öffentlichkeit zur Beteiligung vorgelegt. Eine individuelle Zusendung von Verfahrensunterlagen erfolgt nicht. Alle für das regionale Verfahren relevanten Unterlagen sind Teil der Beteiligungsunterlagen und auf der Homepage des RVHNF einsehbar. |
| STNE-ID: 237<br>Privatperson<br>STNA-ID: 82 | BE-ID: 212 Ich bitte um schriftliche Bestätigung des Eingangs dieses Einspruchs und um Mitteilung des weiteren Verfahrensablaufs. | Ablehnung Eine schriftliche Bestätigung des Eingangs des Widerspruchs erfolgt nicht. Das Abwägungsergebnis wie auch der weitere Verfahrensverlauf wird auf der Homepage des RVHNF öffentlich zugänglich gemacht. |
| STNE-ID: 239 | BE-ID: 221 Hiermit nehme ich zu ihren Ausführungen vom 30.01.2026 Stellung: | Ablehnung Gemeint ist offensichtlich das geplante Vorranggebiet |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| Privatperson<br>STNA-ID: 84 | Widerspruch zu Aufnahme als Vorranggebiet wegen folgender Einwände: Im Plangebiet am Kayberg brüten Rotmilan, Schwarzmilan und Uhu. Zudem gibt es zahlreiche Vorkommen, der unter besonderen Schutz stehenden Bechsteinfledermaus sowie der Amphibien Gelbbauchunken, Erdkröten, Zaun- und Mauereidechsen und Molche. Im aktuellen Waldbericht wird ein intakter Waldbestand bestätigt. Das 2 ha große Waldbiotop „Eichenwald“ mit seltenen naturnahen Waldgemeinschaften ist aus der Planung herauszunehmen und ein entsprechen großer Abstand von mindestens >90 m Rotorradius einzuhalten. | HN_09_II. Dieses Gebiet ist nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Gegenstand der laufenden Beteiligung ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren zur Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa). HN_09_II verbleibt durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 30.01.2026 im Hauptverfahren. Die vorgebrachten naturschutzfachlichen Belange wurden in der Planung entsprechend den Möglichkeiten auf regionaler Ebene berücksichtigt. Dies ist im Umweltbericht bzw. dem Standortdatenblatt des Vorranggebietes dokumentiert. Weiter wird allgemein zum Umgang mit naturschutzfachlichen Sachverhalten auch auf das Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" hingewiesen, welches im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG erstellt wurde und der Synopse als Anhang beigefügt ist. Die vorgebrachten Belange wurden im bisherigen Verfahrensverlauf bereits abgearbeitet und durch die Verbandsversammlung einer Abwägung zugeführt. |
| STNE-ID: 239<br>Privatperson<br>STNA-ID: 84 | BE-ID: 222 Die Burg Weibertreu ist mit 4,7 km nicht weit genug von den ca. 260 m hohen geplanten Windenergieanlagen entfernt. Eine Planung ist erst ab 5 km möglich. Das stellt einen erheblichen Verstoß gegen die Denkmalpflege in unserem Bundesland dar. Durch fehlende Fotosimulationen wurde keine Stellungnahme der Bau- und Kunstdenkmalpflege erbracht. Das muss vor der immissionsrechtlichen Genehmigung vorliegen! | Ablehnung Wie bereits dargelegt ist der vorgebrachte Belang nicht Gegenstand der aktuellen Beteiligung. Burg Weibertreu wird darüber hinaus im Standortdatenblatt zu HN_09_II thematisiert und es wurde dargelegt, dass es zu keinen erheblichen Beeinträchtigungen kommt. Der entsprechende Umgang wurde bereits durch die Verbandsversammlung beschlossen. |
| STNE-ID: 239<br>Privatperson<br>STNA-ID: 84 | BE-ID: 223 Wir können unseren wertvollen Wald nicht für Windenergieanlagen in einem Schwachwindgebiet opfern! Die Wirtschaftlichkeit ist dort nicht gegeben. Der Abgleich vom Windatlas zu den Erträgen mehrerer bestehender Windenergieanlagen ergab eine Differenz von 30 Prozent! Die Abschaltungen wegen Schutz der Tiere, Lärm, Schattenschlag senken die Wirtschaftlichkeit und rechtfertigen keine Zahlung von Subventionen an die Windbranche aus der Tasche der Steuerzahler! | Ablehnung Allgemeine Kritikpunkte zur Windkraft wurden bereits im Rahmen der abgeschlossenen Beteiligung nach § 9 (2) ROG im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und einer Abwägung zugeführt. Der entsprechende Umgang kann dem genannten Dokument, dass der Synopse nochmals als Anhang beigefügt wird, entnommen werden. |
| STNE-ID: 239<br>Privatperson<br>STNA-ID: 84 | BE-ID: 224 Da sich das Vorranggebiet in einem Wasserschutzgebiet befindet muss die Wasserbehörde für ihre Beurteilung beteiligt werden. Wasser ist ein hohes Gut und muss uns schadstofffrei erhalten bleiben! Die Planfläche HN-09a-II befindet sich randlich innerhalb des fachtechnisch abgegrenzten | Zustimmung Die untere Wasserbehörde des Landratsamtes Heilbronn wurde am Verfahren beteiligt und hat keine Bedenken gegen die Planung vorgetragen. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Wasserschutzgebietes „Neckarsulm (Hängelbach)“, (LUBW-Nr.: 125-061) und überschneidet sich mit der Zone III des Wasserschutzgebietes Erlenbach. | |
| STNE-ID: 239<br>Privatperson<br>STNA-ID: 84 | BE-ID: 225 Gesetzlich geschützte Bereiche wie Naturschutzgebiete (NSG) und Bannwälder wurden nicht als Ausschlusskriterium aufgenommen. Allein durch das Vorliegen einer konkreten Planung, wurde die Fläche als Vorrangebiet aufgenommen. Wie kann das sein? | Ablehnung Beide getroffenen Aussagen sind falsch. 1. Sowohl Naturschutzgebiete als auch Bannwälder sind laut Kriterienset der Teilfortschreibung Windenergie II Ausschlussgebiete. 2. Eine vorliegende Planung ist lediglich eines von fünf möglichen Eignungskriterien. Wie im Standortdatenblatt hinterlegt, wurde in HN_09_II lediglich ein Eignungspunkt aufgrund einer laufenden Planung gewertet. Weiter erhielt das Gebiet Eignungspunkte für die Windleistungsdichte, den Abstand zu Wohnnutzungen und der Nähe zu Einspeiseinfrastruktur. Es liegt also unabhängig von der konkreten Anlagenplanung eine Eignung des Gebietes vor. |
| STNE-ID: 239<br>Privatperson<br>STNA-ID: 84 | BE-ID: 226 FFH- und Vogelschutzgebiete werden als hochrangige Konfliktkriterien geführt. Hier wurde auch trotz dieses hohen Konfliktes, mit der Begründung einer vorliegenden Planung, das Gebiet als Vorranggebiet ausgewiesen. Wie kann das sein? | Ablehnung Diese Aussage ist falsch. HN_09_II berührt weder ein FFH- noch ein Vogelschutzgebiet. |
| STNE-ID: 239<br>Privatperson<br>STNA-ID: 84 | BE-ID: 227 Wenn Artenschutz nicht möglich ist, kann nach §6 WindBG eine Zahlung in ein Artenschutzprogramm erfolgen. Das hilft in meiner Region nichts. Wer prüft das? Hier wird Natur kaputt gemacht und durch Zahlung in nicht prüfbare Programme kompensiert! Das ist verfassungsrechtlich bedenklich und verstößt gegen das Schutzgut Mensch und Natur. Der dauerhafte Waldverlust durch Windkraftanlagen ist nicht als verhältnismäßig gering einzustufen und die Verdichtung des Bodens birgt große Gefahr von Überschwemmung. Auf diesen verdichteten Flächen, die durch den Bau und für die Wartung der Anlagen zur Verfügung stehen müssen, wird nichts mehr wachsen! Dieses Gebiet besteht aus vielen Verkarstungen, so dass ein Eingriff in diesen Waldboden eine Grundwassergefährdung sowie Unwirtschaftlichkeit durch erhöhte Kosten für das Fundament darstellen. Sie nehmen die lokalen Beeinträchtigungen der Wildtiere aufgrund der sachlich wie gesetzlich vorgegebenen Notwendigkeit des Ausbaus der Windkraft hin. Wo bleibt hier der Natur- und Tierschutz? | Ablehnung Die vorgebrachten Belange sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. |
| STNE-ID: 239<br>Privatperson<br>STNA-ID: 84 | BE-ID: 228 Gartenhausgebiete erfordern einen Vorsorgeabstand aufgrund der Havarievorsorge und der Erholungsfunktion. Da das Klinikum Weißenhof über 2800 m von den geplanten Vorranggebiet HN_09_II entfernt liegt, wird es nicht im Standortdatenblatt erwähnt. Das Schutzgut Mensch wird vernachlässigt. | Ablehnung Gartenhausgebiete sind laut Kriterienset als Sondergebiete bzw. Flächen des Gemeinbedarfs und Grünflächen ohne besondere Schutzansprüche einzustufen. Zu diesen wird ein Mindestabstand von 280 m eingehalten. Der Mindestabstand zu Kliniken, Kurgebieten und Krankenhäusern beträgt 1.120 m. Dieser ist durch die angegebene Entfernung um mehr als das doppelte überschritten. Somit ist keine |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | | Beeinträchtigung zu sehen. |
| STNE-ID: 239<br>Privatperson<br>STNA-ID: 84 | BE-ID: 229 Die in Synopse 5 enthaltenen Anlagen zu den Stellungnahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung sprechen Bände. Alle Abwägungen werden mit dem Gesetz §2 EEG begründet oder mit der Vorliegen einer konkreten Planung und so einfach der Natur- und Umweltschutz ausgehebelt. In Anbetracht dessen, dass durch ihre Entscheidung die Windenergieanlagen im Wald in diesen Gebieten ein vereinfachtes Verfahren durchlaufen ohne Umwelt- und Artenschutzprüfung, ist es verantwortungslos und bedeutet eine dauerhafte Zerstörung unserer Natur. Ich verweise auf das aktuelle Gutachten von Professor Böhme-Nessler, dass erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken gegen dieses Gesetz darstellt. Ich rege an, diese Bedenken im Rahmen der Planung zu berücksichtigen und die Auswirkungen auf die Rechtssicherheit des Verfahrens zu prüfen. | Ablehnung Der RVHNF bewegt sich mit der Teilfortschreibung Windenergie II im aktuell geltenden rechtlichen Rahmen und hat die Abwägung jeweils einzelfallbezogen unter gelegentlicher Bezugnahme auf § 2 EEG vorgenommen. |
| STNE-ID: 239<br>Privatperson<br>STNA-ID: 85 | BE-ID: 230 Stellungnahme zu geplanten WEA auf Gemarkung Neuenstadt und Gemarkung Cleversulzbach Ich lehne den Bau in diesem Gebiet ab, da hier erheblichen Konflikte aufgrund der Lage auftreten. Das Schutzgut Wasser, Boden Tier und Mensch ist erheblich gefährdet: Das Gebiet ist FFH-Gebiet und Erholungsschutzwald. Nach dem Fachbeitrag vom Artenschutz wird dieses Gebiet zum Schwerpunktvorkommen der Kategorie B eingeteilt. Außerdem befindet sich hier auch der Generalwildwegekorridor, was bei der Planung berücksichtigt werden muss. Durch das Gebiet queren Kröten, die besonders geschützt sind, z. Bsp. Die Gelbbauunke. Es brüten dort Rotmilan, Schwarzmilan und Wespenbussard. Es befinden sich dort die Fledermausarten Großes Mausohr und Mopsfledermaus. Auch Hirschkäfer, Grünes Besenmoos, Grünes Koboldmoos, Traubige Graslilie (steht auf der roten Liste) sind dort vorzufinden. Der Wald hat eine Erholungsfunktion, die durch den Bau nicht mehr gewährleistet ist. Der Wald wird zerschnitten und ist aufgrund seiner kleinen Größe dadurch erheblich gefährdet. Die Nähe zur Straße birgt erhebliche Gefahren im Straßenverkehr durch Eiswurf oder andere betriebsbedingt auftretende mögliche Unfälle. Die unmittelbare Nähe zu Wohnhäusern wird Lärm, Schall- und Schattenschlag verursachen. Die Anlagen könnten nur mit Abschaltungen betrieben werden, was die Wirtschaftlichkeit in diesem Schwachwindgebiet nochmal herabsetzt. Damit sind die hohen Subventionen an die Projektierer für solche WEA in keinster Weise gerechtfertigt! Aus all diesen Gründen können dort keine WEA gebaut werden. Ich bitte Sie, dies bei Ihren Planungen zu berücksichtigen. | Ablehnung Die vorgebrachten Belange sind nicht Gegenstand der aktuellen Beteiligung. Gegenstand der aktuelle Beteiligung ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa). Unabhängig hiervon plant der RVHNF zum aktuellen Verfahrensstand in Neuenstadt mit Ausnahme einer weniger als 1 ha umfassenden Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach geplanten Vorranggebietes HN_10_II keine Festlegung von Vorranggebieten. Allgemeine Kritikpunkte zur Windkraft wurden bereits im Rahmen der abgeschlossenen Beteiligung nach § 9 (2) ROG im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und einer Abwägung zugeführt. Der entsprechende Umgang kann dem genannten Dokument, dass der Synopse nochmals als Anhang beigefügt wird, entnommen werden. |
| STNE-ID: 240 | BE-ID: 235 Zu der geplanten Aufnahme der Windkraftanlagen in Neuenstadt und | Ablehnung Die vorgebrachten Belange sind nicht Gegenstand der aktuellen |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| Privatperson<br>STNA-ID: 90 | Erlenbach als Vorranggebiet lege ich hiermit Widerspruch ein. | Beteiligung. Gegenstand der aktuelle Beteiligung ist ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa). Unabhängig hiervon plant der RVHNF zum aktuellen Verfahrensstand in Neuenstadt mit Ausnahme einer weniger als 1 ha umfassenden Arrondierung des überwiegend in Langenbrettach geplanten Vorranggebietes HN_10_II keine Festlegung von Vorranggebieten. Für das in Erlenbach vorgesehene Vorranggebiet HN_09_II wurde mit Beschluss vom 30.01.2026 durch die Verbandsversammlung der Verbleib im Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie bestimmt. Das Vorranggebiet wird somit weiterverfolgt. |
| STNE-ID: 240<br>Privatperson<br>STNA-ID: 90 | BE-ID: 236 Meinen Widerspruch begründe ich wie folgt: Für mich als Stromkunde, der mit immer weiter steigenden Strompreisen rechnen muss, ist es nicht mehr nachvollziehbar, weshalb zu den bereits vorhandenen über 30.000 Windkraftanlagen noch weitere dazu kommen sollen. Jede weitere Anlage erhöht die Subventionen, die bei Abregelung wegen drohender Netzüberlastung an die Betreiber gezahlt werden müssen und letztendlich an uns Stromkunden weiter gegeben werden. Ein weiterer gravierender Aspekt ist die Belastung der Umwelt in Bezug auf Flora und Fauna in unserem kleinen zusammenhängenden Waldgebiet, die Veränderung des Kleinklimas rund um diese Anlagen und nicht zuletzt die sich bereits abzeichnenden gesundheitlichen Auswirkungen durch Infraschall sowie die verbauten und noch nicht recycelbaren Verbundstoffe der Rotorblätter. Daher bitte ich Sie, das Verfahren um die Aufnahme der Windkraftanlagen als Vorranggebiet im Sinne und zum Schutz der besorgten Bürger zu überdenken und entsprechend zu handeln. | Ablehnung Die vorgebrachten Belange sind nicht Gegenstand der aktuellen Beteiligung. Allgemeine Kritikpunkte zur Windkraft wurden bereits im Rahmen der abgeschlossenen Beteiligung nach § 9 (2) ROG im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und einer Abwägung zugeführt. Der entsprechende Umgang kann dem genannten Dokument, dass der Synopse nochmals als Anhang beigefügt wird, entnommen werden. |
| STNE-ID: 245<br>Privatperson<br>STNA-ID: 108 | BE-ID: 298 Ich möchte meinen Einspruch gegen jeglichen weiteren Bau von Windräder in unseren Wäldern melden. Die massive Zerstörung von alten CO2 Speicher den Wäldern ist unverantwortlich. Die rücksichtslose zertörung von Lebensraum für Flora und Fauna . Das austrocknen der Wälder durch Zerstörung des Kleinklimas. Wer sich zum Beispiel die Anlagen in Löwenstein angesehen hat wird diesen entsetzlichen Eingriff erkennen, mit Naherholungsgebiet hat die nichts mehr zu tun . Naturschutzpark ohne Rechte und Schutz, soviel sind Gesetze und Regelungen wert . Danke grüner Herr Haarbeck. So könnte ich über die negativen Auswirkungen fortfahren. Ich | Ablehnung Die vorgebrachten Sachverhalte sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | hoffe ein Umdenken gegen profitorientierte Anlagen Bauer und Betreiber wird sich durchsetzen | |
| STNE-ID: 246<br>Privatperson<br>STNA-ID: 109 | BE-ID: 299 Hiermit sende ich Ihnen meine Stellungnahme zu dem o.g. Vorhaben: Ich bin der Meinung, daß in einem FFH-Waldgebiet keinerlei Windkrafträder oder dergleichen gebaut werden dürfen. Weder in einer Pufferzone noch mit irgendwelchen sinnlosen Argumenten. Der Wald ist LEBENSGRUNDLAGE Nr. 1 - für Menschen, Pflanzen und Tiere und es steht meiner Meinung nach keiner Regierung irgendwo auf der Erde zu, diesen Lebensraum mutwillig, Sinn-entleert und ohne Rücksicht auf das Leben, unwiederbringlich zu zerstören. Der Wald ist zum Schutz des Klima`s unabdingbar notwendig! "Es gibt eine magische Maschine, die Kohlendioxid aus der Luft saugt, sehr wenig kostet uns sich selbst baut - Sei heißt BAUM - und: "Es ist sehr schwierig, Menschen hinters Licht zu führen, sobald es Ihnen aufgegangen ist!" | Ablehnung Die vorgebrachten Sachverhalte sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. |
| STNE-ID: 247<br>Privatperson<br>STNA-ID: 110 | BE-ID: 300 Ich widerspreche der Aufnahme der Orte Erlenbach und Neuenstadt als Vorranggebiet zur Errichtung von Windkraftanlagen (WKA). Wahrscheinlich haben Sie schon viele Argumente gelesen, die gegen die Errichtung von WKA sprechen - v.a. in unserem Niedrigwindgebiet. Daher hier nur noch einmal die wichtigsten Argumente in Kurzform, ohne Ausführungen. - Wasserschutzgebiet und Trinkwasserversorgung sind in Gefahr (Sinken des Grundwasserspiegels, Austrocknung der Böden und Bäume, Entwässerung der großen Betonfundamente, Vergiftung des Wassrs durch Abrieb bei den Rotorblättern usw.) - Vergiftung der Lebensmittel und Nahrungsmittel durch Mikropartikel aus Glasfaser und Kunststoff - Bedrohung verschiedener Tierarten (Rotmilane, Schwarzmilane, Uhu, Bechsteinfledermaus, Molche, Gelbbauchunken, Erdkröten, Zaun- und Mauereidechsen) bis hin zum Verschwinden aus den Regionen. - Besondere Bedrohung von Fledermäusen (grausamer Tod durch den Druckabfall hinter den Rotorblättern). - Kaum hörbare aber spürbare, krankmachende und belegte Belastung durch Infraschall bei Mensch und Tier. - Verdichtung des Waldbodens und tiefgreifenden Eingriffe durch ca. 8 m breite Waldwege für die Zufahrt und Wartung der Windkraftanlagen bei einem eigentlich intakten Wald. - Geplante Errichtung in einem Schwachwindgebiet, in dem nachweislich ohne Subventionen die WKA unwirtschaftlich arbeiten. - Absehbar, dass Betreiber ohne hohe Subventionen insolvent gehen. Durch Rückbau und Entsorgung entstehen hohe Kosten. - Keine Speichermöglichkeit der Windenergie vorhanden. Aus den kurz skizzierten Gründen bitte Sie eindringlich diese sinnlose Zerstörung der Lebensgrundlage von Mensch und | Ablehnung Die vorgebrachten Belange sind nicht Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens. Das erneute Beteiligungsverfahren hat ausschließlich die Streichung von 17 geplanten Vorranggebieten aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und deren Überführung in das Annexverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II (Teilfortschreibung Windenergie IIa) zum Gegenstand. Weder in Erlenbach noch in Neuenstadt befinden sich zu streichende Vorranggebiete. Allgemeine Kritikpunkte gegenüber der Windkraft wurden bereits im Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" behandelt und im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 9 (2) ROG einer Abwägung zugeführt. Das besagte Dokument wird der Vollständigkeit halber nochmals als Anlage 1 der aktuellen Synopse beigefügt. Unabhängig hiervon wird darauf hingewiesen, dass der RVHNF nicht gesamte Ortslagen als Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen festlegt, sondern in Erlenbach lediglich ein Vorranggebiet (HN_09_II) mit insgesamt ca. 89 ha. Im Stadtgebiet von Neuenstadt befindet sich bis auf eine kleine Arrondierung von weniger als 1 ha des überwiegend in Langenbrettach befindlichen Gebietes HN_10_II gar keine Gebietsfestlegung. |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Tier in unserer Gegend (Erlenbach, Neuenstadt usw.) als Niedrigwindgebiet zu stoppen! | |

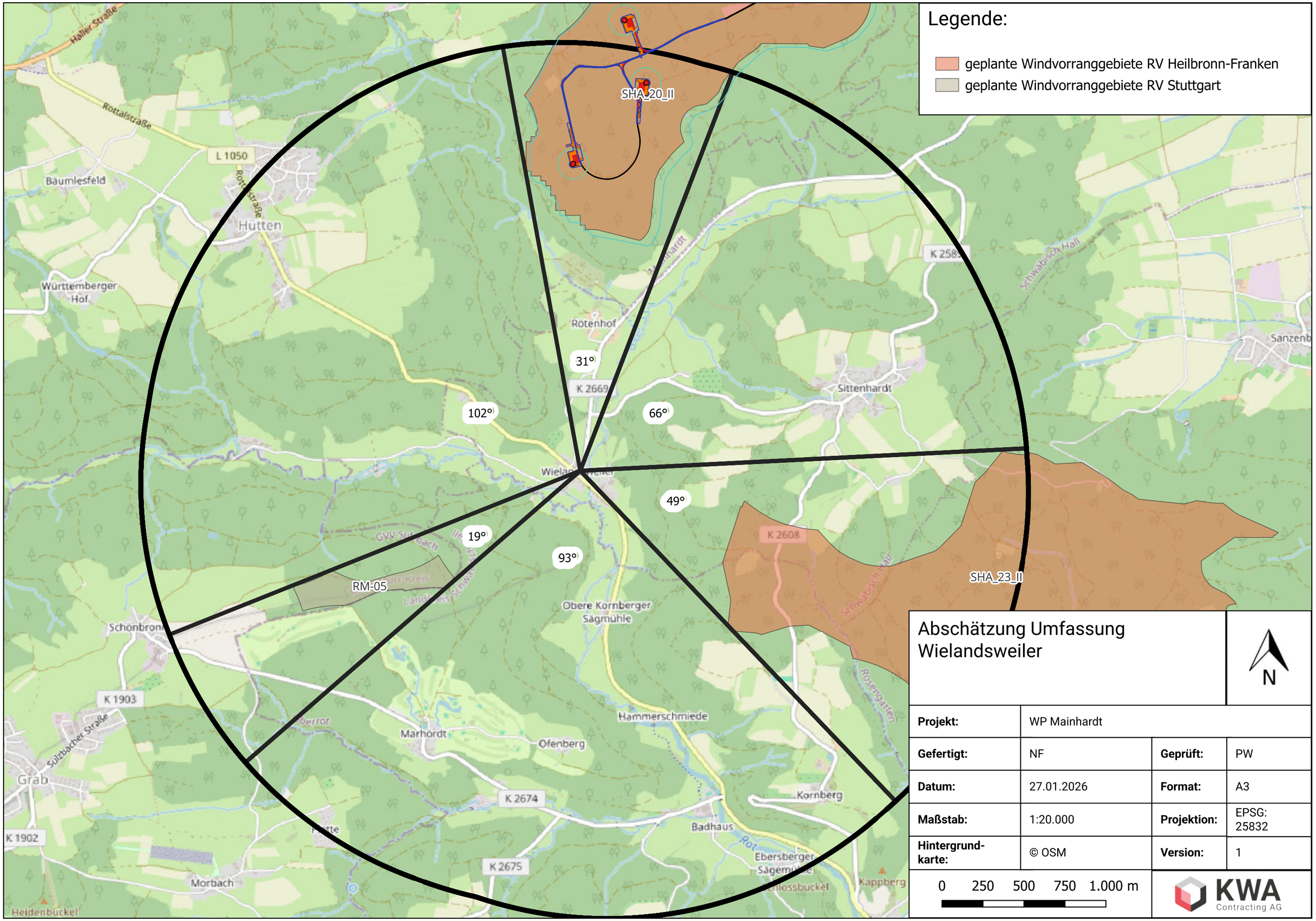
REGIONALVERBAND HEILBRONN-FRANKEN

**Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 im Zuge der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien (Teilfortschreibung Windenergie II)**

**Synopse zur erneuten Beteiligung nach § 12 Abs. 4, Abs. 3 Satz 3 bis 6 LplG in Verbindung mit § 9 Abs. 3 und 5 ROG**

# Inhaltsverzeichnis zum Anlagenverzeichnis der Öffentlichkeit


| STNE-ID | STNA-ID | Name | Seiten-zahl |
|---|---|---|---|
| 208 | 16 | Anlage 1: 260127_Umfassung_NF | 2 |
| 208 | 16 | Anlage 2: Stellungnahme_VRG_SHA_20_II | 3-5 |
| 210 | 21 | Anlage: STN_TBB_04_II_Energie | 6-12 |
| 210 | 24 | Anlage 1: Ornithologische_Stellungnahme_TBB_12_II_Artenschutz_DNP | 13-18 |
| 210 | 24 | Anlage 2: STN_TBB_12_II_Energie | 19-28 |
| 219 | 38 | Anlage 1: STN_Buergerbeteiligung_02-04-2026 | 29-47 |
| 219 | 38 | Anlage 2: Wirkungen_Windrad_Mensch_19_03_2026 | 48-55 |
| 219 | 38 | Anlage 3: RVHF_Synopse_ID 841_30_01_2026 | 56-60 |
| 219 | 38 | Anlage 4: Petition_17_04147 | 61-84 |
| 208 | 39 | Anlage: Stellungnahme_VRG_SHA_23_II | 85-87 |
| 231 | 75 | Anlage STN TBB_15_II und TBB_17_II | 88 |


Legende:
geplante Windvorranggebiete RV Heilbronn-Franken
geplante Windvorranggebiete RV Stuttgart
SHA_20_II
SHA_23_II
RM-05
31°
102°
66°
49°
19°
93°
Haller Straße
Rottalstraße
L 1050
Bäumlesfeld
Hütten
Württemberger Hof
Rötenhof
K 2669
K 2582
Schwäbisch Hall
Sanzenb
Sittenhardt
Wielandsweiler
K 2608
Obere Kornberger Sägmühle
Schönbronn
K 1903
Sulzbacher Straße
Grab
K 1902
Marhördt
Ofenberg
Hammerschmiede
Rosengarten
K 2674
Kornberg
Badhaus
Ebersberger Sägemühle
Schlossbuckel
Kappberg
K 2675
Morbach
Heidenbuckel
Abschätzung Umfassung Wielandsweiler
N
Projekt: WP Mainhardt
Gefertigt: NF
Geprüft: PW
Datum: 27.01.2026
Format: A3
Maßstab: 1:20.000
Projektion: EPSG: 25832
Hintergrund-karte: © OSM
Version: 1
0 250 500 750 1.000 m
KWA Contracting AG

[redacted]

KWA Projektentwicklungs GmbH

**KWA Projektentwicklungs GmbH**
Herzogstraße 6 A | 70176 Stuttgart

Im Auftrag der

**Stadtwerke Schwäbisch Hall**
An der Limpurgbrücke 1 | 74523 Schwäbisch Hall

Regionalverband Heilbronn-Franken
[redacted]
Am Wollhaus 17
74072 Heilbronn

[redacted]

Stuttgart, den 25.02.2026

**Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn- Franken 2020 im Zuge der Regionalplanungsoffensive Erneuerbare Energien „Teilfortschreibung Windenergie II“**

**Hier: Stellungnahme im Zuge der 2. Anhörung und Antrag SHA_20_II im Hauptverfahren aufzunehmen**

Sehr geehrter Herr [redacted]

zum modifizierten Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie II, der vom 2. März bis einschließlich 2. April 2026 offenliegt, nehmen wir fristgerecht namens und im Auftrag der Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH, An der Limpurgbrücke 1, 74523 Schwäbisch Hall im Folgenden Stellung und **beantragen** das Windvorranggebiet SHA_20_II „Südöstlich Mainhardt-Bubenorbis“ wie ursprünglich vorgesehen im Hauptverfahren weiterzuführen und nicht in das Annexverfahren zu verschieben.

Unsere Stellungnahme und unseren Antrag begründen wir wie folgt:

In der nun offenliegenden Begründung der Streichung der geplanten Vorranggebiete aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und der Aufnahme in die Teilfortschreibung Windenergie IIa (Annexverfahren) wird die Verschiebung des Gebiets SHA_20_II – Südöstlich Mainhardt-Bubenorbis auf Seite 9 wie folgt begründet:



KWA Projektentwicklungs GmbH
Herzogstraße 6 A
70176 Stuttgart
Deutschland

Tel. +49 711 34 22 44-0
Fax +49 711 34 22 44-99
E-Mail: info@kwa-ag.de
Internet: www.kwa-ag.de

Amtsgericht Stuttgart HRB 758313
USt-IdNr. DE815154134
Kreissparkasse Ludwigsburg
IBAN: DE38 6045 0050 0030 0870 17

Geschäftsführer:
Dr.-Ing. Jochen Link

**SHA_20_II – Südöstlich Mainhardt-Bubenorbis**

Maßgebliche Ursache für die Streichung des geplanten VRG SHA_20_II aus dem Hauptverfahren ist eine fehlerhafte Prüfung der Umfassung des als Mischbaufläche dargestellten Ortsteil Schwäbisch Hall-Wielandsweiler, die von mehreren privaten Stellungnehmern im Zuge des Beteiligungsverfahren bemängelt wurde. Bei der Umfassungsprüfung wurde ein seitens des Verbands Region Stuttgart geplantes VRG im Gemeindegebiet von Großerlach (Rems-Murr-Kreis), das etwas mehr als 2 km südwestlich von Wielandsweiler liegt, nicht in die Überprüfung eingestellt, obwohl es im Standortdatenblatt (hellgrüne Flächendarstellung im Schutzgut Mensch, menschliche Gesundheit) dargestellt war. Unter Berücksichtigung des geplanten VRG des Verbands Region Stuttgart und im Zusammenwirken mit den beiden geplanten VRG des RVHNF bzw. der mittlerweile rechtswirksamen Konzentrationszone der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft (VVG) der Stadt Schwäbisch Hall, die eine Grundlage für die geplante Ausweisung des VRG SHA_23_II war, ist eine regelkonforme Vermeidung der Umfassung nicht möglich (Freihaltung eines Abstands von 2,5 km, gemessen vom Siedlungsrand). Deshalb bedarf es an dieser Stelle einer Überprüfung des geplanten VRG SHA_20_II im Rahmen des Annexverfahrens.

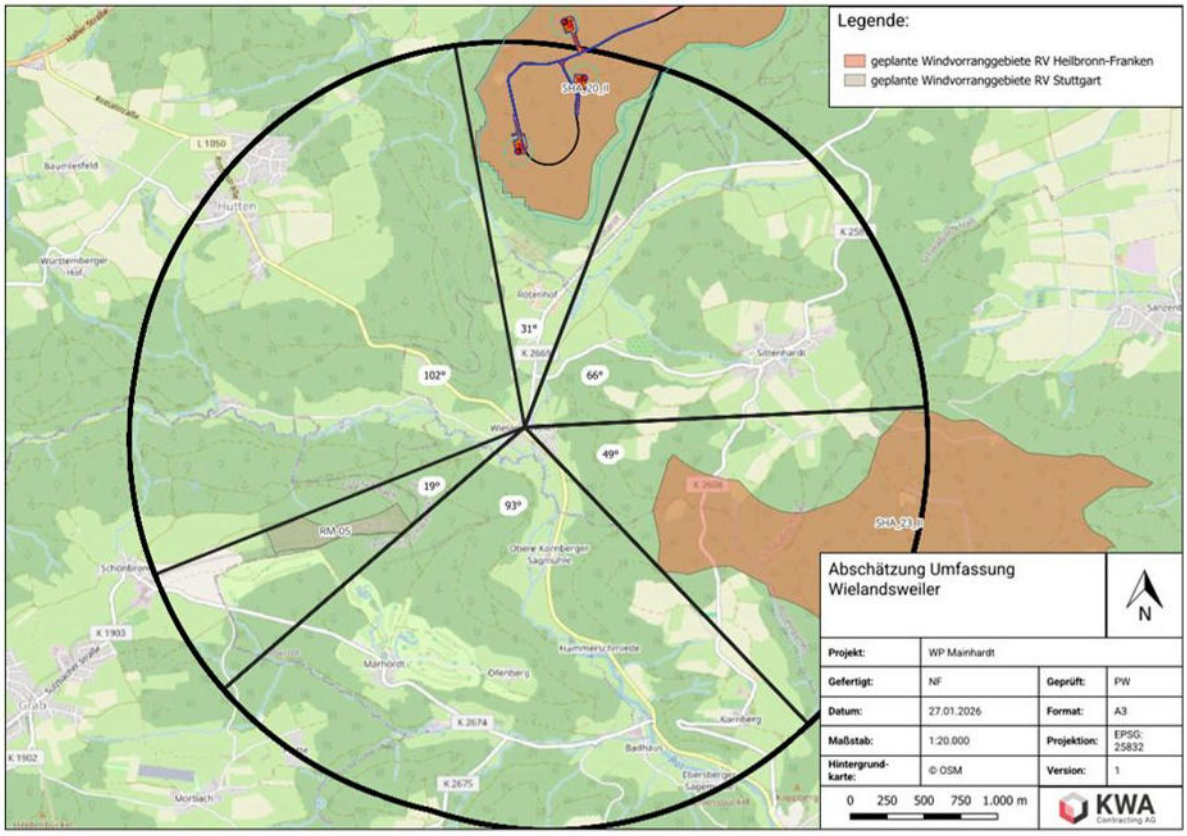
Grund für die Herausnahme ist also im Wesentlichen die Nichtberücksichtigung des vom Verband Region Stuttgart beschlossenen Windvorranggebiet RM-05 „Großerlach“. Wird dies berücksichtigt, soll eine regelkonforme Vermeidung der Umfassung nicht mehr möglich sein. Eine Überprüfung des geplanten Gebiets soll deshalb im Rahmen des Antragsverfahrens erfolgen.

Welche Maßstäbe der Regionalverband bei der Prüfung einer unzulässigen Umfassung von Siedlungsgebieten angelegt hat, ergibt sich aus dem Umweltbericht (Stand 04.07.2024 / 06.08.2024) auf Seite 37 ff. Danach wird auf eine Methode zurückgegriffen, die in einem Gutachten im Auftrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern entwickelt und beschrieben wurde, das dem Umweltbericht in Anlage 1 beigefügt war. im Umweltbericht wird das Vorgehen auf Seite 38 unter Bezugnahme auf das 2013 veröffentlichte und 2021 aktualisierte Gutachten im Auftrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur „Umfassung von Ortschaften durch Windkraftanlagen“ zusammenfassend wie folgt beschrieben:

.

Grundlagen wird auf das als Anlage 1 beigefügte Gutachten verwiesen. Zusammenfassend sei das Vorgehen jedoch kurz erläutert. Die Grundlage dieser Methode ist das menschliche Gesichtsfeld von 180° in eine Richtung. Eine Beeinträchtigung dieses Sichtfeldes von 2/3 wird als zumutbar bewertet. Dies entspricht einem überstrichenen Winkel von 120°. Demzufolge ist in horizontaler Ausrichtung ein Freihaltekorridor von 60° einzuplanen. Um eine Siedlung herum sind dementsprechend zwei Bereiche mit einer horizontalen Ausdehnung von 120° für Windkraftanlagen grundsätzlich möglich, wenn diese von Freihaltekorridoren mit 60° horizontaler Ausdehnung unterbrochen werden. Alternativ sieht das Gutachten vor, dass der Umfassungswinkel auf 180° erweitert werden kann, wenn der gegenüberliegende Teil des Sichtfeldes vollständig freigehalten wird. Hier sollte aber nicht der komplette Halbkreis einer vollständigen Bebauung mit Anlagen zugänglich sein oder es sollte zumindest eine Sichtverschattung innerhalb des mit Windkraftanlagen bestellten Halbkreises vorliegen.

Im Fall des Gebiets SHA_20_II „Südöstlich Mainhardt-Bubenorbis“ stellt sich die Situation unter Berücksichtigung des Windvorranggebiet RM-05 „Großerlach“ und des Gebiets SHA_23_II wie folgt dar:




Die „Abschätzung Umfassung Wielandsweiler“ zeigt, dass vom äußeren Siedlungsrand von Schwäbisch Hall-Wielandsweiler aus in horizontaler Ausrichtung 3 Freihaltekorridore mit jeweils deutlich mehr als 60° zwischen den drei Windvorranggebiete gegeben sind, nämlich 66°, 93° und 102°. Auch eine Beeinträchtigung des Sichtfelds von 2/3 unter Berücksichtigung eines Gesichtsfelds von 180° in einer Richtung, also ein überstrichener Winkel von 120°, ist bei weitem unterschritten. Die 3 geplanten Windvorranggebiete würden eine Beeinträchtigung des Sichtfelds von 49°, 19° und 31°, zusammen also maximal 99° ergeben, allerdings unter Berücksichtigung eines 360° Sichtfelds. Berücksichtigt man, dass bei einem Gesichtsfeld von 180° in eine Richtung ein überstrichener Winkel von 120°, also unter Berücksichtigung von Freihaltekorridoren mit 60° insgesamt 240° zulässig wären, werden die Maßgaben des oben genannten Gutachtens und damit der vom Regionalverband Heilbronn-Franken angelegten Maßstäbe zur Vermeidung der Umfassung erfüllt. Eine regelkonforme Vermeidung der Umfassung ist damit gegeben. Der in der Begründung für die Streichung des geplanten Vorranggebiets SHA_20_II aus dem Hauptverfahren und dessen Aufnahme in die Teilfortschreibung Windenergie IIa (Annexverfahren) angegebene Grund der Vermeidung der Umfassung von Schwäbisch Hall-Wielandsweiler ist damit nicht gegeben.

Wir **beantragen** deshalb, das geplante Vorranggebiet SHA_20_II im Hauptverfahren zu belassen und nicht in das Annexverfahren zu verschieben.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

**Energie Großrinderfeld GmbH**
c/o KWA Contracting AG | Herzogstraße 6 A | 70176 Stuttgart

Regionalverband Heilbronn-Franken
[redacted]
Am Wollhaus 17
74072 Heilbronn

[redacted]

Stuttgart, den 18.03.2026

**Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn- Franken 2020 im Zuge der Regionalplanungsoffensive Erneuerbare Energien „Teilfortschreibung Windenergie II“**

**Hier: Stellungnahme im Zuge der 2. Anhörung und Antrag TBB_04_II im Hauptverfahren aufzunehmen**

Sehr geehrter Herr [redacted]

zum modifizierten Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie II, der vom 2. März bis einschließlich 2. April 2026 offenliegt, nehmen wir fristgerecht namens und im Auftrag der Energie Großrinderfeld GmbH, Marktplatz 6, 97950 Großrinderfeld im Folgenden Stellung und **beantragen** das Windvorranggebiet TBB_04_II „Westlich Großrinderfeld-Gerchsheim“ wie ursprünglich vorgesehen im Hauptverfahren weiterzuführen und nicht in das Annexverfahren zu verschieben.

Unsere Stellungnahme und unseren Antrag begründen wir wie folgt:

In der nun offenliegenden Begründung der Streichung der geplanten Vorranggebiete aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und der Aufnahme in die Teilfortschreibung Windenergie IIa (Annexverfahren) wird die Verschiebung des Gebiets TBB_04_II „Westlich Großrinderfeld-Gerchsheim“ auf Seite 12 wie folgt begründet:



Postanschrift:
Energie Großrinderfeld GmbH
c/o KWA Contracting AG
Herzogstraße 6 A
70176 Stuttgart

Sitz der Gesellschaft:
Energie Großrinderfeld GmbH
Marktplatz 6
97950 Großrinderfeld

Tel. +49 711 34 22 44-0
Fax +49 711 34 22 44-99
E-Mail: info@kwa-ag.de
Internet: www.kwa-ag.de

Amtsgericht Mannheim HRB 748292
USt-IdNr. DE362668053
Volksbank Main-Tauber eG
IBAN: DE08 6739 0000 0072 5366 06

Geschäftsführer:
Dr.-Ing. Jochen Link
Sabrina Klein

**TBB_04_II – Westlich Großrinderfeld-Gerchsheim**

Seitens der Regierung von Unterfranken und dem Regionalen Planungsverband Würzburg wurde nahezu wortgleich der Einwand vorgetragen, dass im Standortdatenblatt zum geplanten VRG TBB_04_II zwar die Siedlungsabstände zu den Ortsteilen Steinbach, Unteraltertheim und Oberaltertheim der Gemeinde Altertheim (Landkreis Würzburg) dargelegt seien, dass aber die Aussiedlerhöfe „Siedlung am Niederhofen" (Gemarkung Oberaltertheim und Unteraltertheim) nicht Bestandteil der Unterlagen seien. Nach Mitteilung der Gemeinde Altertheim sowie der Verwaltungsgemeinschaft Kist seien diese Höfe bewohnt. Daher wurde darum gebeten, den Siedlungspuffer von 600 m, der in der Region Würzburg auf Außenbereichsanwesen angewandt wird, auch für diese Höfe heranzuziehen. Beigefügt war eine Karte „Überschneidung", der entnommen werden kann, dass das geplante VRG TBB_04_II vollständig im Siedlungspuffer um die Außenbereichsanwesen „Siedlung am Niederhofen" liegen würde.

Außerdem wurde die im Standortdatenblatt beschriebene weitere Problematik einer Umfassung für den Ortsteil Unteraltertheim bemängelt. So würde, wie im Standortdatenblatt dargestellt, eine Umfassung nicht durch eine Freihaltung von mind. zwei gegenüberliegenden Bereichen mit 60° gemäß „Gutachten zur Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" vermieden. Unter Berücksichtigung von rechtskräftig ausgewiesenen VRG Wind in den Regionalplänen Würzburg und Heilbronn-Franken sowie von bauleitplanerisch festgelegten Konzentrationszonen Windkraft ergäbe sich im Nordwesten eine fast durchgängige Kulisse von nahezu 180°. Durch das geplante VRG TBB_04_II würde gegenüber ein weiteres belastetes Sichtfeld von fast 30° entstehen, was nicht dem empfohlenen Vorgehen im Gutachten entspräche.

Das geplante VRG TBB_04_II wird aus den genannten Gründen gestrichen. Auch wenn im Standortdatenblatt mit einer Sondersituation bzgl. der Umfassungsprüfung argumentiert wurde, ist diese, auch vor dem Hintergrund der geringen Siedlungsabstände zu den genannten Aussiedlerhöfen, die in Teilen eine Bebauung des Gebiets verhindern und damit die Erforderlichkeit des Gebiets in Frage stellen, nochmals zu überprüfen. Es ist hierbei anzumerken, dass dem RVHNF keine Daten zu Aussiedlerhöfen und Wohngebäuden im Außenbereich auf bayerischem Gebiet vorlagen und diese trotz Bemühungen auch nicht bezogen werden konnten. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass der Abstand zu den Aussiedlerhöfen nach dem Kriterienset des RVHNF lediglich in Form eines Vorsorgeabstands von 560 m als Konfliktkriterium Anwendung finden kann. An der geschilderten Problematik ändert dies jedoch grundsätzlich nichts. Inwieweit durch Zuschnitt oder endgültige Streichung des VRG diesen Belangen Rechnung getragen werden kann, wird im Zuge des Annexverfahrens geklärt.

Grund für die Herausnahme ist also im Wesentlichen die Nichtberücksichtigung der Aussiedlerhöfe „Siedlung am Niederhofen, Gemeinde Altertheim" und ein möglicher Umfassungskonflikt bei Unteraltertheim.

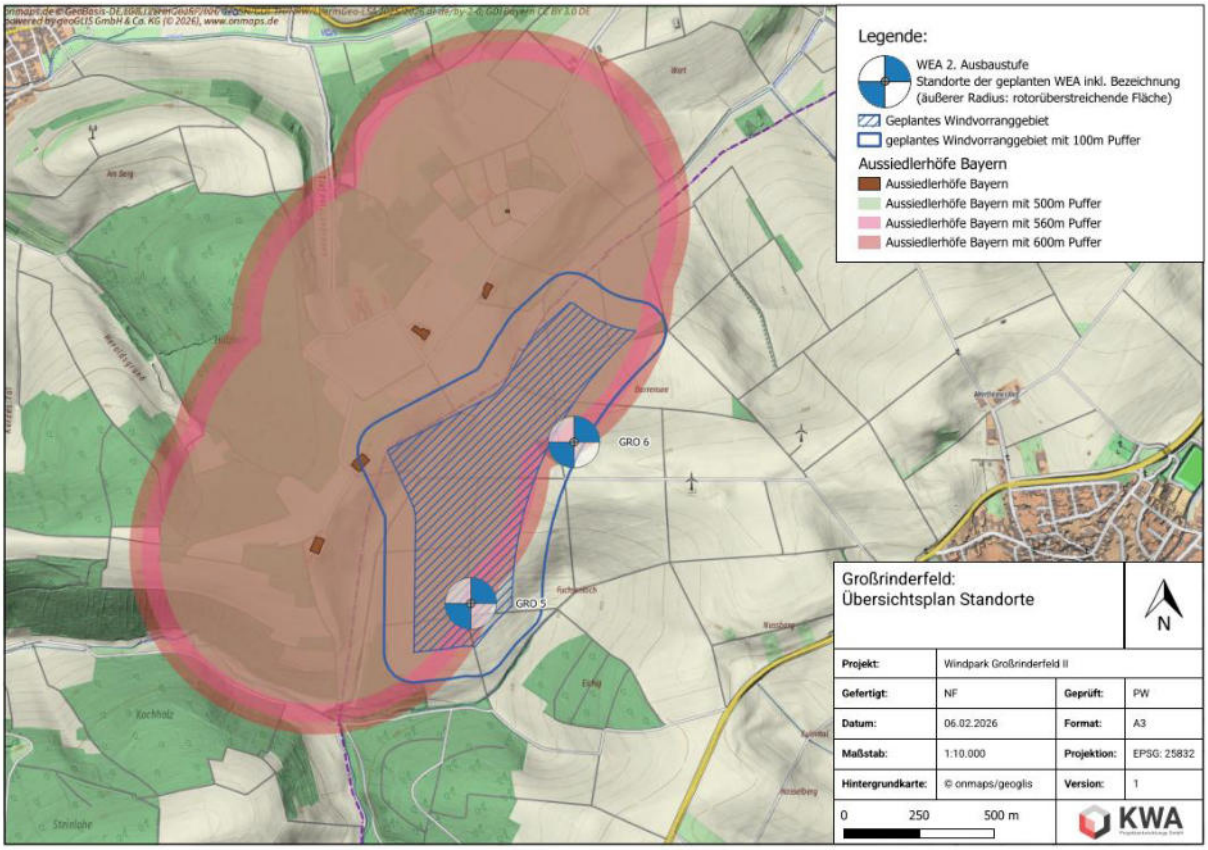
1. Einbezug der Aussiedlerhöfe

Bei Einbezug der Aussiedlerhöfe „Siedlung am Niederhofen" auf bayrischer Seite, legt die Regierung von Unterfranken und der Regionale Planungsverband Würzburg aufgrund ihres Kriterien-

sets einen Siedlungspuffer von 600 m an. Dieser Siedlungspuffer ergibt sich aus der Referenzanlage Typ 1, welche von dem Regionalen Planungsverband mit einer Gesamthöhe von 285 m angenommen wird (siehe „20._Vo_Wind_Anlage_2_Methodik_Erläuterungen_Kriterien“):

> Die Vestas-Anlage mit 7,2 MW wird als „Referenzanlage Typ 1“ festgelegt. Bei einer Gesamthöhe von 285 m, ist von einer Nabenhöhe von 199 m, sowie einem Rotordurchmesser von 172 m, also einem Rotorradius von rund 90 m auszugehen.

In unserem Fall haben wir allerdings auf Grund einer MVA der Bundeswehr eine maximal mögliche Bauhöhe von 614 m ü. NHN (siehe STN des Bundesamts für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Referat Infra I 3). Entsprechend sind auf Grund der Geländehöhe vor Ort an der östlichen Kante nur WEAs von maximal 250 m Gesamthöhe möglich, was in unserer Planung der Fall ist. Darum fordern wir in diesem Fall einen Siedlungspuffer von 500 m anzuwenden.



2. Einbezug der Umfassung von Unteraltertheim:

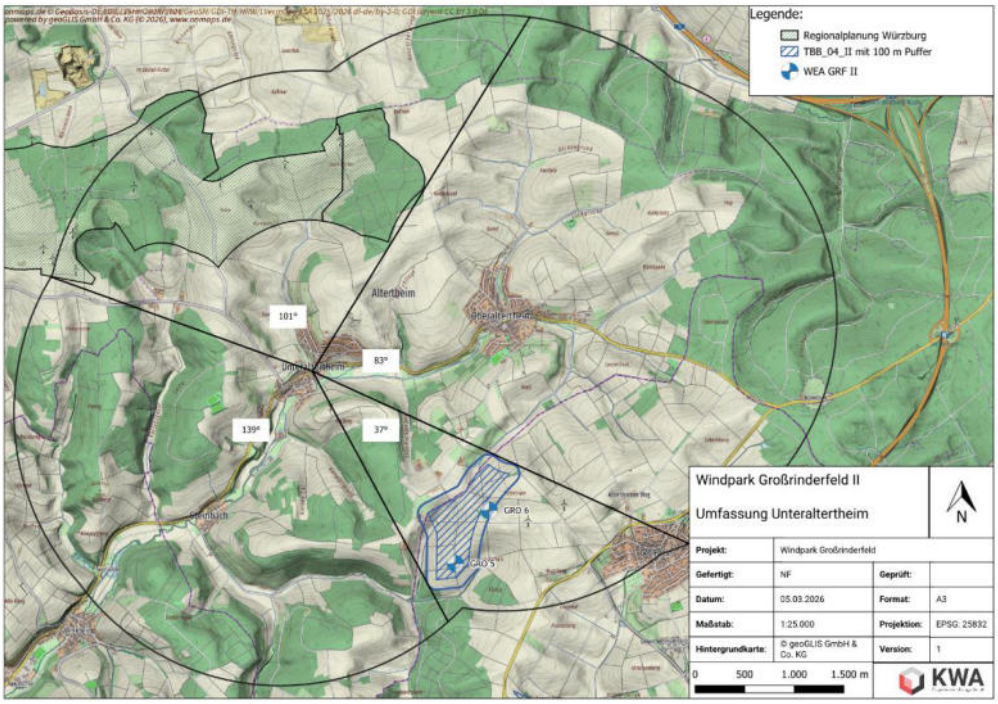
Welche Maßstäbe der Regionalverband Würzburg angelegt hat, ist aus den Unterlagen der beschlossenen 20. Fortschreibug zur Windenergie nicht klar ersichtlich. Im Kriterienset ist nichts weiter ausgeführt, ebenso wenig auf Seite 29 des Umweltberichts. Dort wird von einer „umzingelnden Wirkung“ und von einem „umstellen“ gesprochen, aber keine mathematische Berechnungs-/Bewertungmethode angenommen.

> Auch die Wirkung der Gebiete untereinander wurde bei der Planaufstellung gewürdigt. Eine Prüfung und Abwägung im Einzelfall erfolgt für mögliche Umfassungen von Ortschaften durch die Errichtung von Windenergieanlagen (vgl. Kriterienkatalog Anlage 3). Solche Umfassungen mit umzingelnder Wirkung können im Einzelfall entstehen, wenn Siedlungen durch große, zusammenhängende oder durch mehrere einzelne Windparks umstellt werden. Eine beeinträchtigende Umfassungswirkung besteht, wenn eine Siedlung unverhältnismäßig von Windenergieanlagen umstellt ist und diese als eine deutlich sichtbare, optisch geschlossene und den Siedlungsbereich umgreifende Kulisse visuell wahrnehmbar sind, so dass eine erdrückende Raumwahrnehmung entstehen kann. Wo möglich wurde im Rahmen der Alternativenprüfung versucht, Summenwirkungen auf Siedlungsbereiche durch die Wahl der Zuschnitte von Gebieten sowie durch die Wahl der Gebiete selbst zu begrenzen.

Die Maßstäbe des Regionalverbandes Heilbronn-Franken bei der Prüfung einer unzulässigen Umfassung von Siedlungsgebieten, ergeben sich aus dem Umweltbericht (Stand 04.07.2024 / 06.08.2024) auf Seite 37 ff. Danach wird auf eine Methode zurückgegriffen, die in einem Gutachten im Auftrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern entwickelt und beschrieben wurde, das dem Umweltbericht in Anlage 1 beigefügt war. Im Umweltbericht wird das Vorgehen auf Seite 38 unter Bezugnahme auf das 2013 veröffentlichte und 2021 aktualisierte Gutachten im Auftrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur „Umfassung von Ortschaften durch Windkraftanlagen“ zusammenfassend wie folgt beschrieben:

> Grundlagen wird auf das als Anlage 1 beigefügte Gutachten verwiesen. Zusammenfassend sei das Vorgehen jedoch kurz erläutert. Die Grundlage dieser Methode ist das menschliche Gesichtsfeld von 180° in eine Richtung. Eine Beeinträchtigung dieses Sichtfeldes von 2/3 wird als zumutbar bewertet. Dies entspricht einem überstrichenen Winkel von 120°. Demzufolge ist in horizontaler Ausrichtung ein Freihaltekorridor von 60° einzuplanen. Um eine Siedlung herum sind dementsprechend zwei Bereiche mit einer horizontalen Ausdehnung von 120° für Windkraftanlagen grundsätzlich möglich, wenn diese von Freihaltekorridoren mit 60° horizontaler Ausdehnung unterbrochen werden. Alternativ sieht das Gutachten vor, dass der Umfassungswinkel auf 180° erweitert werden kann, wenn der gegenüberliegende Teil des Sichtfeldes vollständig freigehalten wird. Hier sollte aber nicht der komplette Halbkreis einer vollständigen Bebauung mit Anlagen zugänglich sein oder es sollte zumindest eine Sichtverschattung innerhalb des mit Windkraftanlagen bestellten Halbkreises vorliegen.

Im Fall des Gebiets TBB_04_II „Westlich Großrinderfeld-Gerchsheim“ stellt sich die Situation unter Berücksichtigung des Windvorranggebiet WK48-I „Nordöstlich Unteraltertheim“ wie folgt dar:




Die Karte „Windpark Großrinderfeld II - Umfassung Unteraltertheim“ zeigt, dass vom äußeren Siedlungsrand von Unteraltertheim aus in horizontaler Ausrichtung 2 Freihaltekorridore mit jeweils deutlich mehr als 60° zwischen den zwei Windvorranggebiete gegeben sind, nämlich 139° und 83°. Auch eine Beeinträchtigung des Sichtfelds von 2/3 unter Berücksichtigung eines Gesichtsfelds von 180° in einer Richtung, also ein überstrichener Winkel von 120°, ist bei weitem unterschritten. Die zwei geplanten Windvorranggebiete würden eine Beeinträchtigung des Sichtfelds von 101° und 37°, zusammen also maximal 138° ergeben, allerdings unter Berücksichtigung eines 360° Sichtfelds. Berücksichtigt man, dass bei einem Gesichtsfeld von 180° in eine Richtung ein überstrichener Winkel von 120°, also unter Berücksichtigung von Freihaltekorridoren mit 60° insgesamt 240° zulässig wären, werden die Maßgaben des oben genannten Gutachtens und damit der vom Regionalverband Heilbronn-Franken und der vom Regionalen Planungsverband Würzburg angelegten Maßstäbe zur Vermeidung der Umfassung erfüllt sind. Eine regelkonforme Vermeidung der Umfassung ist damit gegeben.

3. Auch die nachfolgenden, weiteren Gründe, auf die es nach der Synopse zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange in Bezug auf die Verschiebung des geplanten Vorranggebiets TBB_04_II nicht ankommen soll, würden eine solche nicht rechtfertigen:

Auf Seite 24 der vorgenannten Synopse wird in Bezug auf die Stellungnahme des BAIUDBw folgendes dargelegt:

| | | |
|---|---|---|
| STNE-ID: 13<br>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Referat Infra I 3<br>STNA-ID: 1238 | BE-ID: 4498<br>Flächen TBB_04_II, TBB_07_II, TBB_10_II, TBB_12_II, TBB_18_II:<br>Die Flächen liegen innerhalb des Zuständigkeitsbereiches des Flugplatzes Niederstetten, innerhalb des MVA Sektor HN3, sowie im 8 km Puffer des MVA Sektors HN4. Die maximale Bauhöhe, bedingt durch den MVA Sektor HN3, beträgt 614 m über NHN. Die Flächen liegen innerhalb des Interessengebietes der Luftverteidigungsradaranlage LAUDA. Unter Umständen kann es, je nach Position der einzelnen Windenergieanlagen und der Vorbelastung, vereinzelt zu Ablehnungen kommen. | Kenntnisnahme<br>Die geplanten VRG TBB_04_II und TBB_12_II werden aus anderen Gründen aus dem aktuell laufenden Verfahren herausgenommen. Für alle aus dem laufenden Verfahren zu streichenden Vorranggebiete können die ausschlaggebenden Gründe in der Einführung des als Anlage 1 zur Synopse beiliegenden Papiers „Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen“ nachgelesen werden. Inwieweit durch Zuschnitt oder endgültige Streichung des Gebiets den konfligierenden Belangen Rechnung getragen werden kann, ist im Zuge des Annexverfahrens, der Teilfortschreibung Windenergie IIa, zu klären.<br>Die übrigen genannten VRG für regionalbedeutsame Windkraftanlagen werden im aktuellen Verfahren weitergeführt, da die genannten Sachverhalte einer Umsetzung von Windkraftanlagen nicht grundsätzlich entgegenstehen. Der genannte Sachverhalt wird in den Standortdatenblättern aufgeführt. |

Wie bei den anderen genannten WVRG stehen die Sachverhalte auch beim WVRG TBB_04_II dem Vorhaben nicht grundsätzlich entgegen. Es gibt Windvorranggebiete, welche sich näher an Niederstetten und Lauda befinden. Außerdem liegt das geplante Gebiet TBB_04_II innerhalb eines Bereichs, der Bauhöhen des Referenzanlagen Typ 2. Selbst unter Berücksichtigung der in der Stellungnahme angegebenen maximalen Bauhöhe von 614m über NHN wären ausweislich der konkreten, oben dargestellten WEA-Planungen Windenergieanlagen von bis zu 250 m möglich. Auch Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von 250 m können in dem Gebiet wirtschaftlich umgesetzt werden. Hiervon geht offensichtlich auch der Regionalverband Heilbronn Franken aus, wenn er auf Seite 90 der Synopse darauf hinweist, dass es sich um eine Fläche handelt, der eine kommunal unterstützte Projektierung zugrunde liegt. Jedenfalls aufgrund der Stellungnahme des BAIUDBw kann eine Verschiebung des Gebiets nicht gerechtfertigt werden.

Der Regionale Planungsverband Würzburg nahm ausweislich auf Seite 131 der Synopse wie folgt Stellung:

| | | |
|---|---|---|
| STNE-ID: 60<br>Regionaler Planungsverband Würzburg<br>STNA-ID: 1197<br><br>16.12.2025 | BE-ID: 4159<br>Die im Grenzbereich zur Region Würzburg geplanten Vorranggebiete - wie unter 2. genannt – wurden hinsichtlich unseres Kriterienkatalogs sowie der Raumwiderstände geprüft. Zu folgenden Gebieten sind Anmerkungen veranlasst:<br><br>- TBB_04_II: Dieses geplante Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windkraftanlagen grenzt direkt an die Gemeinde Altertheim, Lkr. Würzburg an. Die Prüfung hat folgendes ergeben:<br><br>o Direkt im Grenzbereich ist im Regionalplan Würzburg (RP2) das Vorbehaltsgebiet für Gips und Anhydrit GI 25 dargestellt (Ziel BIV 2.1.1.2 RP2 in Verbindung mit Tekturkarte 1 zu Karte 2 „Siedlung und Versorgung" RP2). Gemäß Festlegung B IV 2.1.1. RP2 soll der Gewinnung von Bodenschätzen in Vorbehaltsgebieten aus regionalplanerischer Sicht auch unter Abwägung mit | Zustimmung<br>Das geplante VRG TBB_04_II wird aus verschiedenen Gründen aus dem laufenden Verfahren herausgenommen. Inwieweit durch Zuschnitt oder endgültige Streichung den konfligierenden Belangen Rechnung getragen werden kann, ist im Zuge des Annexverfahrens, der Teilfortschreibung Windenergie IIa, zu klären.<br><br>Seite 131 von 473 |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | konkurrierenden Nutzungsansprüchen besonderes Gewicht beigemessen werden | |

Die Fläche des WindvorranggebietesTBB_04_II kann aufgrund der inzwischen vorliegenden Informationen zu Aussiedlerhöfen angepasst werden, ohne dass es dafür eine Verschiebung in das Annexverfahrens bedarf. Durch einen Zuschnitt mit einem Puffer von 500 m (entspricht der zweifachen Gesamthöhe der dort maximal möglichen WEAs) ergibt sich ein Abstand von mindestens 250 m bis zur bayrischen Landesgrenze und damit auch zum Vorbehaltsgebiet für Gips und Anhydrit.

Die in der Begründung für die Streichung des geplanten Vorranggebiets TBB_04_II aus dem Hauptverfahren und dessen Aufnahme in die Teilfortschreibung Windenergie IIa (Annexverfahren) angegebenen Gründe sind damit nicht gegeben.

Wir **beantragen** deshalb, das geplante Vorranggebiet TBB_04_II im Hauptverfahren zu belassen und nicht in das Annexverfahren zu verschieben.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

# Artenschutzfachliche Stellungnahme zur Betroffenheit des Raubwürgers im nahegelegenen NSG Brachenleite

Stand: 17. März 2026

Bearbeiter:
Henning Mehrgott (M. Sc. Biologie)

Auftraggeber:
KWA Contracting AG
Herzogstraße 6 A
70176 Stuttgart

Auftragnehmer:

DNP
Die Naturschutzplaner

Nürnberger Str. 28
74074 Heilbronn
Tel.: 07131-1245031
www.naturschutzplaner.de

## Bewertung der Vorhabenwirkung auf den Raubwürger im nahegelegenen NSG Brachenleite

Im Windvorranggebiet TBB_12_II (gemäß Teilfortschreibung Windenergie II des Regionalverbands Heilbronn-Franken) im Main-Tauber-Kreis ist die Errichtung von drei Windenergieanlagen des Typs Enercon E-175 geplant. Die geplanten Windenergieanlagen weisen eine Nabenhöhe von 175 m und einen Abstand von 87,5 m zwischen Rotorunterkante und dem Boden auf (rotorfreie Zone). Das Windvorranggebiet befindet sich in einem Abstand von minimal 200 m zum nahegelegenen Naturschutzgebiet „Brachenleite“. Hierbei handelt es sich um ein 64 ha großes Naturschutzgebiet östlich von Tauberbischofsheim, welches bis 2008 von der Bundeswehr als Truppenübungsplatz genutzt wurde und ein extensiv genutztes halboffenes Gelände mit artenreichen Halbtrockenrasen darstellt. Schutzzweck ist die Erhaltung und Pflege von extensiv beweideten Halbtrockenrasen, artenreichen Wiesen, Hecken, Streuobstflächen und einem Hutewald als Lebensräume seltener und gefährdeter Pflanzen- und Tierarten. Zu den seltenen Tierarten zählt im vorliegenden Fall auch der Raubwürger (*Lanius excubitor*), der im NSG Brachenleite überwintert.

Der Raubwürger zählt gemäß BNatSchG (2022) nicht zu den kollisionsgefährdeten Brutvogelarten (vgl. Anlage 1 zu § 45b Absatz 1 bis 5 BNatSchG). Die Einstufung der Kollisionsgefährdung bezieht sich auf den Status als Brutvogel. Der Raubwürger ist als Brutvogel in Baden-Württemberg allerdings faktisch ausgestorben und kommt landesweit nur noch als Wintergast, d.h. als Rastvogel vor. Dennoch weist die Einstufung des Raubwürgers als „nicht kollisionsgefährdete Brutvogelart“ in der BNatSchG-Novelle darauf hin, dass von gesetzgeberischer Seite beim Raubwürger grundsätzlich keine Kollisionsgefährdung angenommen wird. Dies entspricht auch der Einschätzung der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG-VSW), welche den Raubwürger ebenfalls nicht als von Windenergieanlagen gefährdet einstuft (LAG-VSW 2015).

Das Flug- und Raumnutzungsverhalten von Raubwürgern im Brutrevier und im Überwinterungsgebiet unterscheidet sich nicht grundlegend. Sowohl im Brutrevier als auch im Winterrevier jagt der Raubwürger meist von Ansitzwarten Kleintiere (im Brutrevier vor allem Insekten, daneben auch kleine Wirbeltiere; im Winterrevier vor allem Mäuse, daneben auch kleinere Singvögel). Die Beute wird zumeist von Ansitzwarten oder auch im Rüttelflug erspäht und am Boden geschlagen oder im Falle von Kleinvögeln im Zuge einer Verfolgungsjagd im bodennahen Luftraum erbeutet. Im Zuge des Nahrungserwerbs werden zumeist niedrige Flughöhen von etwa 0 – 50 m genutzt, was auch für die überwiegend

kleinräumig erfolgenden Transfer- und Streckenflüge gilt. Vor diesem Hintergrund ist grundsätzlich nicht von einer erhöhten Kollisionsgefährdung durch moderne Windenergieanlagen mit ausreichend hohem Rotordurchgang auszugehen. Im vorliegenden Fall werden die Windenergieanlagen im Windvorrangebiet weder im Bereich von genutzten Winterrevierzentren noch innerhalb von häufig frequentierten Nahrungshabitaten geplant und darüber hinaus weisen die Windenergieanlagen einen weiten Abstand zwischen der Rotorunterkante und dem Boden auf, sodass grundsätzlich kein signifikant erhöhtes Kollisionsrisiko anzunehmen ist.

Nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen vom 01.03.2021 (Az. 8 A 1183/18, BauR 2021, S. 1105 u. juris, Rn. 257 ff.) ist der Raubwürger „*nach dem aktuellen fachwissenschaftlichen Erkenntnisstand … nicht windenergiesensibel, d. h. nicht schlaggefährdet und … auch nicht störungsempfindlich*“. Auch das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz erkannte in seinem Urteil vom 12.06.2024 kein Tötungs- und Störungsverbot beim Raubwürger durch die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen (Az. 8 C 11223/22.OVG).

Demgegenüber nimmt die Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) beim Raubwürger eine grundsätzliche Kollisionsgefährdung und ein mögliches Meideverhalten in einem Radius von 500 m um Fortpflanzungs- und Ruhestätten an (LUBW 2021). Die Bewertungshinweise hierzu beruhen jedoch nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und erscheinen widersprüchlich, da auf der einen Seite als grundlegende Vermeidungsmaßnahe das Einhalten eines Mindestabstands von 500 m zum Brutplatz und den (Winter-) Revierzentren aufgeführt wird, auf der anderen Seite im Artensteckbrief zum Rastbestand von Raubwürgern auf die Bewertungshinweise zu Rastvogelbeständen in Baden-Württemberg verwiesen wird. Bei der Bewertung der vorhabenbedingten Betroffenheit von Rastvögeln ist maßgeblich, ob es sich um einen Rastbestand von internationaler oder nationaler Bedeutung handelt, was für einzelne Winterreviere im nahegelegenen NSG Brachenleite verneint werden kann. In einem zweiten Schritt ist zu prüfen, ob es sich um ein Rastgebiet von landesweiter Bedeutung handelt und darüber hinaus ist die Einstufung in die Rote Liste wandernder Vogelarten sowie die artspezifische Empfindlichkeit gegenüber Windenergieanlagen zu berücksichtigen (LUBW 2021). Auch eine landesweite Bedeutung (d.h. mindestens 2 % des durchschnittlichen, maximalen landesweiten Rast- bzw. Überwinterungsbestandes) ist im vorliegenden Fall nicht gegeben und von einer relevanten Kollisionsgefährdung ist aus den vorgenannten Gründen ohnehin nicht auszugehen. Gemäß der LUBW-Richtlinie (2021) ist in einem Radius von 500 m um die Fortpflanzungs- und Ruhestätten durch den Betrieb von Windenergieanlagen indes kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko gegeben, wenn sich die geplante Windenergieanlage (inkl. Gefahrenbereich

von 150 m um die Anlage) nicht innerhalb von häufig frequentierten Nahrungshabitaten und Flugkorridoren befindet. Da sich der Gefahrenbereich um die geplanten Windenergieanlagen im Windvorranggebiet auf intensiv genutzten und strukturarmen Ackerflächen und außerhalb des NSG Brachenleite sowie außerhalb von extensiv genutzten, nahrungsreichen Habitaten befindet, kann in der Tat angenommen werden, dass sich die geplanten Windenergieanlagen außerhalb von häufig frequentierten Nahrungshabitaten und Flugkorridoren befinden. Den im Betrachtungsraum vorliegenden Habitaten nach zu urteilen, erscheint es eher denkbar, dass funktionale Beziehungen und damit einhergehende Flugrouten eher zum Büchelberg in westlicher Richtung bestehen, da hier eine kleinteilige und teilweise extensiv bewirtschaftete Landschaft mit vielen Hecken, Streuobstwiesen und Grünlandflächen besteht und hier eine deutlich höhere Habitateignung besteht als innerhalb des Windvorranggebiets TBB_12_II.

Eine relevante Störwirkung, die ein erhebliches Meideverhalten oder eine Lebensraumentwertung nach sich ziehen würde, ist im vorliegenden Fall ebenso wenig erkennbar. Entgegen der Einstufung der LUBW, dass Raubwürger ein Meideverhalten gegenüber Windenergieanlagen aufweisen, ist grundsätzlich nicht von einem relevanten Meideverhalten gegenüber Windenergieanlagen auszugehen. Gemäß einer Studie von MÖCKEL & WIESNER (2007), die den Effekt von Windenergieanlagen in mehreren Windparks in Brandenburg auf Brut- und Rastvögel untersucht, konnte kein Meideverhalten von Raubwürgern festgestellt werden. Vielmehr nahm der Bestand nach der Errichtung von Windenergieanlagen im Einzelfall sogar zu. Im Rahmen von avifaunistischen Erfassungen für ein geplantes Repowering in einem Windpark im Main-Tauber-Kreis im Jahr 2021 konnte zudem nachgewiesen werden, dass der Windpark selbst ein Raubwürger-Winterrevier darstellte und dass der Raubwürger die Windenergieanlagen regelmäßig und gezielt aufsuchte, um die kleinflächigen Extensivbereiche um die Fundamente auf Nahrung abzusuchen, da die kleinflächigen Böschungen um den Mastfuß von Mäusen genutzt werden. Im Rahmen der Erfassungen wurden hierbei ausnahmslos niedrige Flughöhen beobachtet und die Fundamentbereiche um die Windenergieanlagen stellten eher gezielt aufgesuchte Nahrungshabitate dar (eigene Beobachtungen, 2021). Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass Raubwürger im NSG Brachenleite ohnehin an hohe Vertikalstrukturen gewöhnt sind, da eine Hochspannungstrasse durch das Naturschutzgebiet verläuft.

Durch die Errichtung von drei Windenergieanlagen in räumlicher Nähe wird die Nutzbarkeit des Naturschutzgebiets als Winterrevier nicht eingeschränkt, da keine häufig frequentierten Nahrungshabitate überplant werden und auch keine Barrierewirkung durch die wenigen und in weiten Abständen geplanten Anlagen entsteht (ca. 400 – 500 m Entfernung zwischen den Anlagenstandorten). Der geplante Windpark ist für die Raubwürger ohne weiteres passierbar.

Eine mögliche Barrierewirkung durch Windenergieanlagen ist bei Vögeln grundsätzlich auch nur dann anzunehmen, wenn größere Windparks in Bereichen konzentrierter Vogelzugstrecken liegen oder wenn Windparks zwischen essenzielle Teilhabitate (Nahrungshabitate, Schlafplätze) von (individuenreichen) Vorkommen von störungs- oder kollisionsempfindlichen Rastvögeln geplant werden, sodass häufig frequentierte Flugwege überplant werden, wie es z.B. bei Rastbeständen von Limikolen oder Wasservögeln vorkommen kann. Bei einzelnen Raubwürgerindividuen ist dieser Wirkfaktor jedoch als nicht einschlägig zu bewerten, da weder ein relevantes Kollisions- noch Meideverhalten besteht.

Im Ergebnis lässt sich aus fachgutachterlicher Sicht feststellen, dass durch die geplante Errichtung von drei Windenergieanlagen im Windvorranggebiet TBB_12_II keine erhebliche Beeinträchtigung von im nahegelegenen Naturschutzgebiet „Brachenleite“ überwinternden Raubwürgern zu erwarten ist, da aufgrund der artspezifischen niedrigen Flughöhe und des hohen Rotordurchgangs keine signifikant erhöhte Kollisionsgefährdung anzunehmen ist und aufgrund der geplanten Errichtung der Anlagen außerhalb von häufig frequentierten Nahrungshabitaten keine Lebensraumentwertung besteht. Eine mögliche Barrierewirkung und ein relevantes Meideverhalten ist beim Raubwürger ohnehin auszuschließen.

Heilbronn, den 17.03.2026



Henning Mehrgott (M. Sc. Biologie)

# Literaturangaben

BNATSCHG BUNDESNATURSCHUTZGESETZ (Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege, 2022) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) geändert worden ist.

MÖCKEL, R. & WIESNER, T. (2007): Zur Wirkung von Windkraftanlagen auf Brut- und Gastvögel in der Niederlausitz (Land Brandenburg). *Otis 15, Sonderheft: 1-133.*

LAG VSW LÄNDERARBEITSGEMEINSCHAFTEN DER VOGELSCHUTZWARTEN (2015): Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten.

LUBW LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG (2021): Hinweise zur Erfassung und Bewertung von Vogelvorkommen bei der Genehmigung von Windenergieanlagen. Hrsg: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg und LUBW Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg. Stand 15. Januar 2021.

**Energie Großrinderfeld GmbH**
c/o KWA Contracting AG | Herzogstraße 6 A | 70176 Stuttgart

Regionalverband Heilbronn-Franken
[redacted]
Am Wollhaus 17
74072 Heilbronn

[redacted]

Stuttgart, den 20.03.2026

**Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn- Franken 2020 im Zuge der Regionalplanungsoffensive Erneuerbare Energien „Teilfortschreibung Windenergie II“**

**Hier: Stellungnahme im Zuge der 2. Anhörung und Antrag TBB_12_II im Hauptverfahren aufzunehmen**

Sehr geehrter Herr [redacted]

zum modifizierten Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie II, der vom 2. März bis einschließlich 2. April 2026 offenliegt, nehmen wir fristgerecht namens und im Auftrag der Energie Großrinderfeld GmbH, Marktplatz 6, 97950 Großrinderfeld, im Folgenden Stellung. Wir beantragen, das Windvorranggebiet TBB_12_II „Nordöstlich Tauberbischofsheim-Dittigheim“ wie ursprünglich vorgesehen im Hauptverfahren weiterzuführen und nicht in das Annexverfahren zu verschieben.

Unsere Stellungnahme und unseren Antrag begründen wir wie folgt:

In der nun offenliegenden Begründung zur Streichung der geplanten Vorranggebiete aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und der Aufnahme in die Teilfortschreibung Windenergie IIa (Annexverfahren) wird die Verschiebung des Gebiets TBB_12_II „Nordöstlich Tauberbischofsheim-Dittigheim“ auf Seite 13 wie folgt begründet:



Postanschrift:
Energie Großrinderfeld GmbH
c/o KWA Contracting AG
Herzogstraße 6 A
70176 Stuttgart

Sitz der Gesellschaft:
Energie Großrinderfeld GmbH
Marktplatz 6
97950 Großrinderfeld

Tel. +49 711 34 22 44-0
Fax +49 711 34 22 44-99
E-Mail: info@kwa-ag.de
Internet: www.kwa-ag.de

Amtsgericht Mannheim HRB 748292
USt-IdNr. DE362668053
Volksbank Main-Tauber eG
IBAN: DE08 6739 0000 0072 5366 06

Geschäftsführer:
Dr.-Ing. Jochen Link
Sabrina Klein

**TBB_12_II – Nordöstlich Tauberbischofsheim-Dittigheim**

Die UNB des Main-Tauber-Kreises wies in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass sich das aus zwei Teilflächen bestehende VRG südlich/südwestlich des Naturschutzgebietes (NSG) „Brachenleite“ befindet. Auf diesen Umstand wird im Standortdatenblatt in der Form eingegangen, dass das geplante VRG sowohl die jeweils mit 200 m bemessenen Vorsorgeabstände zu NSG als auch zu dem dort liegenden FFH-Gebiet einhält und daher seitens des RVHNF nicht von einer Beeinträchtigung der Gebiete auszugehen ist. Die UNB führte allerdings aus, dass das NSG mit Umgebung als Überwinterungsgebiet des streng geschützten Raubwürgers bekannt wäre und sich zudem dort noch Vorkommen des Rebhuhns befänden. Die östliche Teilfläche des VRG befände sich in einer von Waldgebieten gesäumten Freifläche, die als einzige freie Anfluglinie für diese Offenlandarten dienen würde. Die mögliche Errichtung von Windenergieanlagen in dieser freien Schneise könne auf Grund der Kulissenwirkung zu einem Verlust des Winter- bzw. Brutgebiets führen. Aus Artenschutzgründen bestünden gegen die östliche Teilfläche des VRG damit erhebliche Bedenken.

Beide genannten Vogelarten werden nicht durch den Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie behandelt und sind auch nicht in Anhang 1 zum Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) geführt. Allerdings besteht für den Raubwürger nach Aussage des LUBW-Papiers „Hinweise zur Erfassung und Bewertung von Vogelvorkommen bei der Genehmigung von Windenergieanlagen" eine Kollisionsgefährdung, vor allem in den Wintermonaten. Innerhalb eines 500 m-Radius um Fortpflanzungs- und Brutstätten sei durch Windkraftanlagen das Tötungsrisiko signifikant erhöht. Flugkorridore seien freizuhalten. Das Rebhuhn hingegen ist auch in den LUBW-Hinweisen nicht thematisiert und somit offensichtlich nicht windkraftempfindlich. Eine rein artenschutzrechtliche Betrachtung könnte deshalb weitgehend auf die Genehmigungsebene und die dortige Standortwahl abgeschichtet werden. Lediglich die Freihaltung von Flugkorridoren und die Beeinträchtigung eines Überwinterungsgebietes bleibt zu betrachten.

Aufgrund der Lage des NSG zwischen Waldflächen ist nachvollziehbar, dass durch Windkraftplanungen im geplanten VRG die südliche Einflugschneise für Offenlandarten in das NSG beeinträchtigt werden könnte, so dass die Funktion des NSG erheblich beeinträchtigt werden könnte. Um Beeinträchtigungen des NSG „Brachenleite" zu verhindern, wird das geplante VRG TBB_12_II aus dem Hauptverfahren herausgenommen. Damit wird den von der UNB genannten besonderen Umständen der Situation Rechnung getragen, die offensichtlich durch den Vorsorgepuffer nicht ausreichend abgebildet wird. Inwieweit durch Zuschnitt des VRG den genannten Belangen und auch der Lage im Landschaftsschutzgebiet Rechnung getragen werden kann, ist im Zuge des Annexverfahrens in Abstimmung mit der UNB zu klären.

Der Grund für die Herausnahme des Gebiets ist im Wesentlichen das mögliche Vorkommen eines Raubwürgers im 200 m entfernten Naturschutzgebiet „Brachenleite“, das und dessen Umgebung als Überwinterungsgebiet des Raubwürgers bekannt sei. Zudem stelle der östliche Teil des geplanten VRG für den Raubwürger die einzige freie Anfluglinie auf das NSG dar. Zu diesen beiden Argumenten haben wir einen ornithologischen Gutachter der DNP GmbH hinzugezogen. Dieser kommt zusammenfassend in der „Artenschutzfachlichen Stellungnahme zur Betroffenheit des Raubwürgers im nahegelegenen NSG Brachenleite“ vom 17.03.2026, das in der **Anlage** zu diesem Schreiben beigefügt ist, zu folgenden Ergebnissen:

Durch die Errichtung von drei Windenergieanlagen in räumlicher Nähe wird die Nutzbarkeit des Naturschutzgebiets als Winterrevier nicht eingeschränkt, da keine häufig frequentierten Nahrungshabitate überplant werden und auch keine Barrierewirkung durch die wenigen und in weiten Abständen geplanten Anlagen entsteht (ca. 400 – 500 m Entfernung zwischen den Anlagenstandorten). Der geplante Windpark ist für die Raubwürger ohne weiteres passierbar.

Eine mögliche Barrierewirkung durch Windenergieanlagen ist bei Vögeln grundsätzlich auch nur dann anzunehmen, wenn größere Windparks in Bereichen konzentrierter Vogelzugstrecken liegen oder wenn Windparks zwischen essenzielle Teilhabitate (Nahrungshabitate, Schlafplätze) von (individuenreichen) Vorkommen von störungs- oder kollisionsempfindlichen Rastvögeln geplant werden, sodass häufig frequentierte Flugwege überplant werden, wie es z.B. bei Rastbeständen von Limikolen oder Wasservögeln vorkommen kann. Bei einzelnen Raubwürgerindividuen ist dieser Wirkfaktor jedoch als nicht einschlägig zu bewerten, da weder ein relevantes Kollisions- noch Meideverhalten besteht.

Im Ergebnis lässt sich aus fachgutachterlicher Sicht feststellen, dass durch die geplante Errichtung von drei Windenergieanlagen im Windvorranggebiet TBB_12_II keine erhebliche Beeinträchtigung von im nahegelegenen Naturschutzgebiet „Brachenleite“ überwinternden Raubwürgern zu erwarten ist, da aufgrund der artspezifischen niedrigen Flughöhe und des hohen Rotordurchgangs keine signifikant erhöhte Kollisionsgefährdung anzunehmen ist und aufgrund der geplanten Errichtung der Anlagen außerhalb von häufig frequentierten Nahrungshabitaten keine Lebensraumentwertung besteht. Eine mögliche Barrierewirkung und ein relevantes Meideverhalten ist beim Raubwürger ohnehin auszuschließen.

Ergänzend ist auf folgendes hinzuweisen:

Die Stellungnahme von DNP bezieht sich zwar auf drei beantragte WEA des Typs Enercon E 175, ist jedoch auch auf die hier relevante Ausweisung des Gebiets als Vorranggebiet übertragbar. Denn ausweislich des Gebietssteckbriefs aus der 1. Offenlage der Teilfortschreibung Windenergie sind im gesamten Gebiet Gesamtbauhöhen von 280 m über Grund (Referenzanlage Typ 1) realisierbar. Bei diesem Referenzanlagentyp wird ausweislich der Begründung auf Seite 18 bei einer Gesamthöhe von 280 m von einer Nabenhöhe von 180 m sowie einem Rotordurchmesser von 180 m, also ein Rotorradius von 90 m ausgegangen. Der in der Stellungnahme angegebene, zwischen Rotorspitze und Gelände freibleibende Bereich ist bei beiden Anlagentypen eingehalten.

In der der Ausweisung des NSG „Brachenleite bei Tauberbischofsheim“ zugrunde liegenden Würdigung des RP Stuttgart vom Oktober 2014 wird der Raubwürger nicht angesprochen, weder

als Brutvogel noch als Sommer- bzw. Wintergast oder durchziehende Vogelart. Insoweit stellt sich zunächst die Frage, worauf die UNB in ihrer Stellungnahme die Aussage stützt, das NSG mit Umgebung sei als Überwindungsgebiet des streng geschützten Raubwürger bekannt. Jedenfalls für das NSG war dies 2014 noch nicht der Fall.

§ 3 Abs. 2 der Verordnung des RP Stuttgart über das Naturschutzgebiet „Brachenleite bei Tauberbischofsheim“ vom 17.12.2014 nennt als Schutzzweck auch den Erhalt und Entwicklung der Lebens-, Fortpflanzungs-, Nahrungs- und Ruhestätten der an diese Standorte angepassten Tier- und Pflanzenarten und enthält in § 4 Abs. 1 das Verbot aller Handlungen, die zu einer Zerstörung, Veränderung oder nachhaltigen Störung des Naturschutzgebiets oder seiner Bestandteile oder seines Naturhaushalts oder zu einer Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung führen oder führen können. Damit sind grundsätzlich nicht nur Handlungen innerhalb des Gebiets selbst, sondern auch von außerhalb hineinwirkende möglicherweise verboten. Negative Auswirkungen in das NSG hinein sind jedoch aufgrund der in der Stellungnahme von DNP im Einzelnen dargelegten Gründe ausgeschlossen.

Die in der obigen Begründung für die Bewertung der Betroffenheit des Raubwürger herangezogenen LUBW Hinweise 2021 wurde jedenfalls durch das OVG Rheinland-Pfalz (Urteil vom 12.6.2024, 8 C 11223/22.OVG, Rn. 63 Juris) und das OVG Nordrhein-Westfalen (Urteil vom 24.8.2023, 22 D 201 / 22.AK, Rn. 166 Juris) dahingehend bewertet, dass aus diesem keine tragfähigen Rückschlüsse auf eine signifikante Erhöhung des Tötungs- und Verletzungsrisiko Für die Individuen der Art „Raubwürger“ infolge einer Gefahr von Kollisionen mit WEA abgeleitet werden können bzw. diese „nicht nachvollziehbar“ seien. Die Herausnahme des Gebiets kann deshalb jedenfalls auf Basis der LUBW Hinweise 2021 jedenfalls nicht rechtlich belastbar gestützt werden.

Weitere negative Stellungnahmen werden im Folgenden erörtert:

| | | |
|---|---|---|
| STNE-ID: 13<br>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Referat Infra I 3<br>STNA-ID: 1238 | BE-ID: 4498<br>Flächen TBB_04_II, TBB_07_II, TBB_10_II, TBB_12_II, TBB_18_II:<br>Die Flächen liegen innerhalb des Zuständigkeitsbereiches des Flugplatzes Niederstetten, innerhalb des MVA Sektor HN3, sowie im 8 km Puffer des MVA Sektors HN4. Die maximale Bauhöhe, bedingt durch den MVA Sektor HN3, beträgt 614 m über NHN. Die Flächen liegen innerhalb des Interessengebietes der Luftverteidigungsradaranlage LAUDA. Unter Umständen kann es, je nach Position der einzelnen Windenergieanlagen und der Vorbelastung, vereinzelt zu Ablehnungen kommen. | Kenntnisnahme<br>Die geplanten VRG TBB_04_II und TBB_12_II werden aus anderen Gründen aus dem aktuell laufenden Verfahren herausgenommen. Für alle aus dem laufenden Verfahren zu streichenden Vorranggebiete können die ausschlaggebenden Gründe in der Einführung des als Anlage 1 zur Synopse beiliegenden Papiers „Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen“ nachgelesen werden. Inwieweit durch Zuschnitt oder endgültige Streichung des Gebiets den konfligierenden Belangen Rechnung getragen werden kann, ist im Zuge des Annexverfahrens, der Teilfortschreibung Windenergie IIa, zu klären.<br>Die übrigen genannten VRG für regionalbedeutsame Windkraftanlagen werden im aktuellen Verfahren weitergeführt, da die genannten Sachverhalte einer Umsetzung von Windkraftanlagen nicht grundsätzlich entgegenstehen. Der genannte Sachverhalt wird in den Standortdatenblättern aufgeführt. |

Wie bei den anderen genannten WVRG stehen die Sachverhalte auch beim WVRG TBB_12_II dem Vorhaben grundsätzlich nicht entgegen. Zudem existieren Windvorranggebiete, die näher an Niederstetten und Lauda liegen. Selbst wenn entgegen des Gebietssteckbriefs hier nur der Referenzanlagen Typ 2 (zu dessen Definition siehe Seite 18 der Begründung mit 200 m Gesamthöhe, 140 m Nabenhöhe und 60 m Rotorradius) realisierbar wäre, bestünde zwischen der Rotorspitze und dem Gelände mit 80 m noch ein ausreichender Abstand, der Gefährdungen des „Raubwürgers“ gemäß der Stellungnahme von DNP ausschließen würde Jedenfalls aufgrund der Stellungnahme des BAIUDBw kann eine Verschiebung des Gebiets in das Annexverfahren nicht gerechtfertigt werden.

| | | |
|---|---|---|
| STNE-ID: 77<br>Landratsamt Main-Tauber-Kreis<br>STNA-ID: 1233 | BE-ID: 4358<br>Wasserwirtschaft<br>- Gebiet TBB_12_II nordöstlich Tauberbischofsheim-Dittigheim:<br>Der an das östlich liegende Teilgebiet angeschlossene Graben ist nach den Kartenprogrammen des Landratsamtes nicht als Gewässer II. Ordnung gelistet. | Kenntnisnahme<br>Das geplante VRG TBB_12_II wird aus anderen Gründen aus dem aktuellen Verfahren herausgenommen. Für alle aus dem laufenden Verfahren zu streichenden Vorranggebiete können die ausschlaggebenden Gründe in der Einführung des als Anlage 1 zur Synopse beiliegenden Papiers "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" nachgelesen werden. Inwieweit durch Zuschnitt oder endgültige Streichung des Gebiets den konfligierenden Belangen Rechnung getragen werden kann, ist im Zuge des Annexverfahrens, der Teilfortschreibung Windenergie IIa, zu klären. In diesem Rahmen kann auch die Fragestellung des Gewässers II. Ordnung geprüft werden. |

Auch in Bezug auf den Gewässerschutz und die fehlende Darstellung des an das östlich liegende Teilgebiet anschließenden Grabens (Gewässer II. Ordnung) ist nicht erkennbar, weshalb deshalb eine Gebietsausweisung scheitern sollte, zumal das Thema weitgehend auf die Genehmigungsebene und die dortige Standortwahl abgeschichtet werden könnte.

| | | |
|---|---|---|
| STNE-ID: 77<br>Landratsamt Main-Tauber-Kreis<br>STNA-ID: 1233<br><br>16.12.2025 | BE-ID: 4379<br>Naturschutz<br>- TBB_12_II „Nordöstlich Tauberbischofsheim-Dittigheim“:<br>Das aus zwei Teilflächen bestehende VRG befindet sich südlich/südwestlich des Naturschutzgebietes „Brachenleite“. Das NSG mit Umgebung ist als Überwinterungsgebiet des streng geschützten Raubwürgers bekannt, zudem | Zustimmung<br>Beide genannten Vogelarten werden nicht durch den Fachbeitrag behandelt und sind auch nicht in Anhang 1 zum BNatSchG geführt. Allerdings besteht für den Raubwürger nach Aussage des LUBW-Papiers "Hinweise zur Erfassung und Bewertung von Vogelvorkommen bei der Genehmigung von Windenergieanlagen" eine Kollisionsgefährdung, vor<br><br>Seite 161 von 473 |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | befinden sich dort noch Vorkommen des Rebhuhns. Die östliche Teilfläche des VRG befindet sich in einer von Waldgebieten gesäumten Freifläche, die als einzige freie Anfluglinie für diese Offenlandarten dient. Die mögliche Errichtung von Windenergieanlagen in dieser freien Schneise kann auf Grund der Kulissenwirkung zu einem Verlust des Winter- bzw. Brutgebiets führen. Aus Artenschutzgründen bestehen gegen die östliche Teilfläche des VRG erhebliche Bedenken. | allem in den Wintermonaten. Innerhalb eines 500 m Radius um Fortpflanzungs- und Brutstätten sei durch Windkraftanlagen das Tötungsrisiko signifikant erhöht. Flugkorridore seien frei zu halten. Das Rebhuhn ist hingegen auch in den LUBW-Hinweisen nicht thematisiert und somit offensichtlich nicht windkraftempfindlich. Eine rein artenschutzrechtliche Betrachtung könnte deshalb weitgehend auf die Genehmigungsebene und die dortige Standortwahl abgeschichtet werden. Lediglich die Freihaltung von Flugkorridoren und die Beeinträchtigung eines Überwinterungsgebietes bleibt zu betrachten.<br>Aufgrund der Lage des NSG zwischen Waldflächen ist nachvollziehbar, dass durch Windkraftplanungen im geplanten Vorranggebiet die südliche Einflugschneise für Offenlandarten in das NSG beeinträchtigt werden könnte, so dass die Funktion des NSG erheblich beeinträchtigt werden könnte. Um Beeinträchtigungen des Naturschutzgebiets "Brachenleite" zu verhindern, wird das geplante VRG TBB_12_II aus dem aktuellen Verfahren herausgenommen. Inwieweit durch Zuschnitt oder Streichung des Gebiets den genannten Belangen Rechnung getragen werden kann, ist im Zuge des Annexverfahrens, der Teilfortschreibung Windenergie IIa, zu klären. |

Unsere Argumente hierzu wurden oben bei der Begründung bereits dargelegt.

| | | |
|---|---|---|
| STNE-ID: 77<br>Landratsamt Main-Tauber-Kreis<br>STNA-ID: 1233 | BE-ID: 4419<br>Forst<br>- TBB_12_II „Nordöstlich Tauberbischofsheim-Dittigheim“:<br>Waldflächen innerhalb des geplanten VRG befinden sich überwiegend in Kommunalbesitz, eine kleine Teilfläche ist Privatwald. Im Kommunalwald stocken in Teilen sehr alte Eichenbestände zwischen ca. 100 und 200 Jahren. Des Weiteren liegen innerhalb des geplanten VRG Waldflächen, die als Erholungswald nach LWaldG ausgewiesen sind. Waldflächeninanspruchnahmen innerhalb und/oder entlang dieser naturschutzfachlich äußerst wertvollen Alteichenbestände des Kommunalwaldes sind im Zuge nachgelagerter WEA-Planungen nach Möglichkeit zu vermeiden bzw. auf ein geringstmögliches Maß zu beschränken (Stichwort: Alternativenprüfung, Minimierung Waldflächeninanspruchnahme). Die forstlichen Schutzgüter sind bei der nachgelagerten Planung zu berücksichtigen. | Kenntnisnahme<br>Das geplante Vorranggebiet TBB_12_II wird aus anderen Gründen aus dem aktuellen Verfahren herausgenommen. Für alle aus dem laufenden Verfahren zu streichenden Vorranggebiete können die ausschlaggebenden Gründe in der Einführung des als Anlage 1 zur Synopse beiliegenden Papiers "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" nachgelesen werden. Inwieweit durch Zuschnitt oder endgültige Streichung des Gebiets den konfligierenden Belangen Rechnung getragen werden kann, ist im Zuge des Annexverfahrens, der Teilfortschreibung Windenergie IIa, zu klären.<br>Unabhängig von der Herausnahme gilt folgendes: Darüber hinaus wird im Umweltbericht ein Absatz eingefügt, dass naturschutzfachlich wertvolle Bereiche wie Altbestände und AuT-Flächen bei der Standortfindung gemieden werden sollten. |

Die Stellungnahme betrifft den westlichen Teil des geplanten VRG TBB_12_II und nicht den Bereich, nicht den östlichen. Aus der erläuternden Stellungnahme ergibt sich aber auch für diesen Bereich, dass die Stellungnahme des LRA Main-Tauber-Kreis eine Herausnahme oder gar einen Entfall des westlichen Teils des Gebiets nicht rechtfertigen würde. Vielmehr wäre auch hier eine Abschichtung auf die Genehmigungsebene und die dortige Standortwahl möglich. Eine Herausnahme und Verschiebung des Gebiets in das Annexverfahren wäre nicht gerechtfertigt.

| | | |
|---|---|---|
| STNE-ID: 217<br>Stadt Tauberbischofsheim<br>STNA-ID: 1214<br><br>16.12.2025 | BE-ID: 4226<br>Der Standort wird auch wegen der vorhandenen Netzinfrastruktur und der Nähe zur bestehenden 110-KV-Leitung, welche direkt zwischen den beiden im Entwurf als Vorranggebiet dargestellten Flächen (TBB_12_II) verläuft, mit einer sehr guten Eignung bewertet. Gerade diese überregionale 110-kV-Leitung hat jedoch bereits ihre Kapazitätsgrenze erreicht. Laut der aktuellen gesetzlichen Regelung muss der Netzbetreiber einen Anschluss für jede Neuanlage gewährleisten.<br>Laut Aussage des Netzbetreibers Netze BW ist bereits jetzt, also mit dem aktuellen Stand der bereits projektierten Anlagen und der vorliegenden Netzverknüpfungspunktanfragen und -zusagen absehbar, dass die zu gegebener Zeit anzuschließenden Anlagen häufig extrem abgeregelt werden müssen.<br>Der notwendige Netzausbau, also eine Netzverstärkung sowie die Herstellung | Kenntnisnahme<br>Das geplante VRG TBB_12_II wird aus bereits genannten Gründen aus dem aktuellen Verfahren herausgenommen.<br>Bei der Anbindung an bestehende Netzinfrastruktur handelt es sich um eine in Abstimmung mit den Netzbetreibern eingeführte Eignung. Diese ist grundsätzlicher Art. Konkrete lokale Netzauslastungen sind dem RVHNF nicht bekannt und können nicht berücksichtigt werden. Mit Blick auf § 12 EEG, wonach die Netze nach den Ansprüchen des Ausbaus erneuerbarer Energien unverzüglich optimiert, verstärkt und ausgebaut werden müssen, ist dies gesetzlich auch nicht erforderlich. Die grundsätzliche Eignung einer bestehenden Trasse bleibt, da eine Optimierung oder Verstärkung des Bestandes aus Sicht des RVHNF einem<br><br>Seite 354 von 473 |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | weiterer ergänzende Leitungen werden noch eine sehr lange Zeitdauer in Anspruch nehmen. Ein konkreter Zeitpunkt dazu konnte seitens der Netze BW nicht genannt werden.<br>Schon aus den angeführten Gründen der mangelnden Kapazität bei der Netzeinspeisung sollte das im Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie II unter der Bezeichnung TBB_12_II geführte Gebiet nicht als Vorranggebiet beschlossen werden. Unsere Stadt und unsere Region leisten bereits einen erheblichen Anteil an der Energiewende. Der Ausweis von Flächen und die Errichtung von Windenergieanlagen, die das Netz in absehbarer Zeit nicht einigermaßen effektiv aufnehmen kann, erscheint nicht zielführend und wenig sinnvoll. Die Stromerzeugung durch Windenergie gilt grundsätzlich als nachhaltig. Wenn jedoch Windkraftanlagen häufig vom Netz genommen werden müssen, weil die bestehende Leitungsinfrastruktur überlastet ist, stellt sich die Frage, ob diese Nachhaltigkeit weiterhin gegeben ist. Der Regionalverband steht im engen Austausch mit den Netzbetreibern, so dass Sie gerne eine Bestätigung unserer Argumente einholen können. | Ausbau einer fehlender Trasse an anderer Stelle vorzuziehen wäre. |

Wir stimmen der Stellungnahme des Regionalverbandes zu, dass der mangelnde Netzausbau nicht als ablehnender Grund für ein Windvorranggebiet dienen darf. Die Eignung des Gebiets wäre durch die Stellungnahme der Stadt Tauberbischofsheim jedenfalls nicht infrage gestellt und damit ein allein auf diesem Argument basierende Verschiebung des geplanten Vorranggebiets in das Annexverfahren nicht gerechtfertigt.

| | | |
|---|---|---|
| STNE-ID: 1557<br>Stadt Grünsfeld<br>STNA-ID: 1222<br><br>16.12.2025 | BE-ID: 4252<br>Eine räumliche Überlastung oder Umzingelungswirkungen sind ausdrücklich nicht der Wunsch der Stadt Grünsfeld und machen deshalb Bedenken geltend. Die Ausweisung von Vorrangflächen für die Windenergie muss auch von der Öffentlichkeit mitgetragen werden. Um dieses Ziel vor Ort zu erreichen und nicht noch mehr Menschen misstrauisch gegenüber übergeordneter Politik werden zu lassen, muss die Flächenkulisse auf ein für Grünsfeld erträgliches Maß reduziert werden.<br>Der Regionalverband wird gebeten, die gemarkungsübergreifende Fläche südwestlich des Standorts TBB 10 II „Nordwestlich Grünsfeld (Kernort)" nicht als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen (VRG) festzusetzen. | Kenntnisnahme<br>Gemeint ist das geplante VRG TBB_12_II, das wiederum aus zwei Teilflächen besteht. Dieses wird in Gänze aus anderen Gründen aus dem aktuellen Verfahren herausgenommen. Für alle aus dem laufenden Verfahren zu streichenden Vorranggebiete können die ausschlaggebenden Gründe in der Einführung des als Anlage 1 zur Synopse beiliegenden Papiers "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" nachgelesen werden.<br>Inwieweit durch Zuschnitt oder endgültige Streichung des Gebiets den konfligierenden Belangen Rechnung getragen werden kann, ist im Zuge des Annexverfahrens, der Teilfortschreibung Windenergie IIa, zu klären.<br><br>Seite 329 von 473 |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | Der Standort wird auch wegen der vorhandenen Netzinfrastruktur und der Nähe zur bestehenden 100-KV-Leitung, welche direkt neben der im Entwurf als Vorranggebiet dargestellten Fläche (TBB 10_II) verläuft, mit einer sehr guten Eignung bewertet. Gerade diese überregionale 110-KV-Leitung hat jedoch bereits ihre Kapazitätsgrenze erreicht. Der Netzbetreiber muss aufgrund der gesetzlichen Regelung einen Anschluss für jede Neuanlage gewährleisten. Laut Aussage des Netzbetreibers Netze BW ist bereits jetzt, also mit dem aktuellen Stand der bereits projektierten Anlagen und der vorliegenden Netzverknüpfungspunktanfragen und -zusagen absehbar, dass die zu gegebener Zeit anzuschließenden Anlagen häufig extrem abgeregelt werden müssen.<br>Der notwendige Netzausbau, also eine Netzverstärkung sowie die Herstellung weiterer ergänzender Leitungen werden noch eine sehr lange Zeitdauer in Anspruch nehmen. Ein konkreter Zeitpunkt dazu konnte seitens der Netze BW nicht genannt werden.<br>Aufgrund der mangelnden Kapazität bei der Netzeinspeisung sollte die Fläche südwestlich des im Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie II Standorts TBB 10 II „Nordwestlich Grünsfeld (Kernort)" nicht als Vorranggebiet beschlossen werden. | |

Wie bei der vorherigen Stellungnahme sollte ein mangelnder Netzausbau nicht als Begründung gegen ein Windvorranggebiet verwendet werden. Zudem legt die Stadt Grünsfeld nicht dar, weshalb die Kriterien des Regionalverbands Heilbronn Franken zur Vermeidung unzulässiger Umfassungen, die bereits im Gebietssteckbrief der 1. Offenlage geprüft und damals verneint wurden, nicht erfüllt sein sollten. Eine Verschiebung des Gebiets in das Annexverfahren ist jedenfalls auf Basis der Stellungnahme der Stadt Grünsfeld nicht zu begründen.

| | | |
|---|---|---|
| STNE-ID: 217<br>Stadt Tauberbischofsheim<br>STNA-ID: 1214 | BE-ID: 4227<br>Daneben bedauern wir es, dass der Schutz des Landschaftsbildes, insbesondere auch der Ferienlandschaft Liebliches Taubertal, nicht mit einem einzuhaltenden Abstand in das Kriterienset des Aufnahme gefunden. Die Windenergieanlagen, die in den im Entwurf dargestellten Vorranggebiete (auf den zwei Flächen mit der Bezeichnung TBB_12_II „Nordöstlich Tauberbischofsheim-Dittigheim) entstehen können, werden sehr dominant im Taubertal sichtbar sein.<br><br>Aus den genannten Gründen bitte ich Sie, das im Entwurf als Standort TBB_12_II „Nördöstlich Tauberbischofsheim-Dittigheim" bezeichnete Vorranggebiet (2 Flächen) aus dem weiteren Verfahren herauszunehmen. | Kenntnisnahme<br>Zum Umgang mit dem Schutzgut Landschaft wird auf das entsprechende Kapitel im Umweltbericht wie auch auf das als Anlage 1 dieser Synopse beigefügte Dokument "Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" insbesondere in den Kap. 13 "Landschaftsbild" und 14 "Erholung und Tourismus" verwiesen.<br>Inwieweit durch Zuschnitt oder endgültige Streichung des Gebiets den konfligierenden Belangen Rechnung getragen werden kann, ist im Zuge des Annexverfahrens, der Teilfortschreibung Windenergie IIa, zu klären. |

Die Veränderung des Landschaftsbildes wird durch den Landschaftsplaner bewertet, was zu einer Ausgleichszahlung führt. Laut § 2 EEG sind Projekte mit erneuerbaren Energien vorrangig zu bewerten.

| | | |
|---|---|---|
| STNE-ID: 217<br>Stadt Tauberbischofsheim<br>STNA-ID: 1214 | BE-ID: 4225<br>Nach eingehender Beratung und Beschlussfassung durch den Gemeinderat in seiner Sitzung am 18.12.2024 nimmt die Kreisstadt Tauberbischofsheim wie folgt Stellung:<br>Die Kreisstadt Tauberbischofsheim hat den Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 im Zuge der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien (Teilfortschreibung Windenergie II) zur Kenntnis genommen. Bezüglich des im Entwurf als Standort TBB_12_II „Nördöstlich Tauberbischofsheim-Dittigheim" bezeichneten Vorranggebiets (2 Flächen) machen wir Bedenken geltend. Der Regionalverband wird gebeten, diesen Standort nicht als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen (VRG) festzusetzen. | Teilweise Zustimmung<br>Das geplante VRG TBB_12_II wird aufgrund von Konflikten mit dem nördlich angrenzenden Naturschutzgebiet aus dem aktuellen Verfahren herausgenommen. Inwieweit durch Zuschnitt oder endgültige Streichung des Gebiets den konfligierenden Belangen Rechnung getragen werden kann, ist im Zuge des Annexverfahrens, der Teilfortschreibung Windenergie IIa, zu klären. |

Die oben genannten Bedenken wurden jeweils entkräftigt.

| | | |
|---|---|---|
| STNE-ID: 1174<br>Privatperson<br>STNA-ID: 664<br><br>16.12.2025 | BE-ID: 5049<br>Folgende Gründe sind für mich besonders ausschlaggebend:<br>Auswirkungen auf die biologische Vielfalt. Neuses ist Heimat und Brutstätte einer Vielfalt von Vogelarten wie Rotmilan, Turmfalke, Mäusebussard, Schwalbe, als auch von Fledermäusen. Der Naturschutzbund Deutschland hat bereits vielfach Warnungen zur Gefährdung durch Windenergie ausgesprochen. (https | Kenntnisnahme<br>Bei dem dargestellten Sachverhalt handelt es sich um wiederkehrend vorgebrachte Argumente.<br>Der Regionalverband Heilbronn-Franken hat zu diesen mehrfach vorgebrachten Belangen ein Erläuterungs- und Abwägungspapier erstellt, welches die Abwägungsvorschläge zu diesen Anregungen<br><br>Seite 2790 von 4889 |

| Stellungnehmer | Stellungnahme der Beteiligten | Abwägung und Sachaufklärung |
|---|---|---|
| | ://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voeael/gefaehrdungen/windenergie/index.html) | enthält. Die hier vorgebrachten Sachverhalte werden in diesem als Anlage 1 der Synopse beigefügten Dokument „Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen" insbesondere in Kapitel 8. „Natur- und Artenschutz" behandelt. Die Behandlung des Sachverhalts sowie der entsprechende Abwägungsvorschlag ist diesem Papier zu entnehmen. Diese Ausführungen gelten auch für die geplanten Vorranggebiete TBB_12_II Nordöstlich Tauberbischofsheim-Dittigheim bzw. TBB_23_II Südwestlich Weikersheim-Nassau. |

| | | |
|---|---|---|
| STNE-ID: 1174<br>Privatperson<br>STNA-ID: 664 | BE-ID: 5048<br>Ablehnung der Ausweisung des Gebietes TBB_12_II "Südwestlich Weikersheim-Nassau" als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windkraftanlagen<br>Als Bürger der Ortschaft Neuses möchte ich Ihnen hiermit meine deutliche Ablehnung gegenüber der Ausweisung des oben genannten Windvorranggebietes zum Ausdruck bringen. Ich unterstütze die Position des Ortschaftsrats Neuses vollumfänglich und lehne die geplanten Windkraftflächen entschieden ab. | Kenntnisnahme<br><br>Das geplante Vorranggebiet TBB_12_II wird aus verschiedenen Gründen aus dem aktuellen Verfahren gestrichen. Die Gründe können dem als Anlage 1 der Synopse beigefügten Erläuterungs- und Abwägungspapier entnommen werden. |

| | | |
|---|---|---|
| STNE-ID: 1175<br>Privatperson<br>STNA-ID: 665 | BE-ID: 5054<br>Folgende Gründe sind für mich besonders ausschlaggebend:<br>Auswirkungen auf die biologische Vielfalt. Neuses ist Heimat und Brutstätte einer Vielfalt von Vogelarten wie Rotmilan, Turmfalke, Mäusebussard, Schwalbe, als auch von Fledermäusen. Der Naturschutzbund Deutschland hat bereits vielfach Warnungen zur Gefährdung durch Windenergie ausgesprochen. (https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/gefaehrdungen/windenergie/index.html) | Kenntnisnahme<br>Bei dem dargestellten Sachverhalt handelt es sich um wiederkehrend vorgebrachte Argumente.<br>Der Regionalverband Heilbronn-Franken hat zu diesen mehrfach vorgebrachten Belangen ein Erläuterungs- und Abwägungspapier erstellt, welches die Abwägungsvorschläge zu diesen Anregungen enthält. Die hier vorgebrachten Sachverhalte werden in diesem als Anlage 1 der Synopse beigefügten Dokument „Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen“ insbesondere in Kapitel 8. „Natur- und Artenschutz“ behandelt. Die Behandlung des Sachverhalts sowie der entsprechende Abwägungsvorschlag ist diesem Papier zu entnehmen. Diese Ausführungen gelten auch für die geplanten Vorranggebiete TBB_12_II Nordöstlich Tauberbischofsheim-Dittigheim bzw. TBB_23_II Südwestlich Weikersheim-Nassau. |

| | | |
|---|---|---|
| STNE-ID: 1175<br>Privatperson<br>STNA-ID: 665 | BE-ID: 5053<br>Ablehnung der Ausweisung des Gebietes TBB_12_II "Südwestlich Weikersheim-Nassau" als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windkraftanlagen<br>Als Bürger der Ortschaft Neuses möchte ich Ihnen hiermit meine deutliche Ablehnung gegenüber der Ausweisung des oben genannten Windvorranggebietes zum Ausdruck bringen. Ich unterstütze die Position des Ortschaftsrats Neuses vollumfänglich und lehne die geplanten Windkraftflächen entschieden ab. | Kenntnisnahme<br><br>Das geplante Vorranggebiet TBB_12_II wird aus verschiedenen Gründen aus dem aktuellen Verfahren gestrichen. Die Gründe können dem als Anlage 1 der Synopse beigefügten Erläuterungs- und Abwägungspapier entnommen werden. |

In den Stellungnahmen der Privatpersonen wird im Wesentlichen allgemein auf die Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, insbesondere von Vogelarten verwiesen. Die Kritik, dass bei der Planung den Themenfeld Naturschutz nicht ausreichend Rechnung getragen worden sei, weist der Regionalverband Heilbronn Franken in Anlage 1 zur Synopse auf Seite 22 ff. zurück. Eine Verschiebung des Vorranggebiets in das Annexverfahren kann dadurch jedenfalls nicht begründet werden. Wegen der möglichen Betroffenheit des NSG „Brachenleite bei Tauberbischofsheim“ in Bezug auf den „Raubwürger“ wird auf die obigen Ausführungen verwiesen.

Die in der Begründung für die Streichung des geplanten Vorranggebiets TBB_12_II aus dem Hauptverfahren und dessen Aufnahme in die Teilfortschreibung Windenergie IIa (Annexverfahren) angegebenen Gründe sind damit nicht gegeben.

Wir **beantragen** deshalb, das geplante Vorranggebiet TBB_12_II im Hauptverfahren zu belassen und nicht in das Annexverfahren zu verschieben.

Mit freundlichen Grüßen

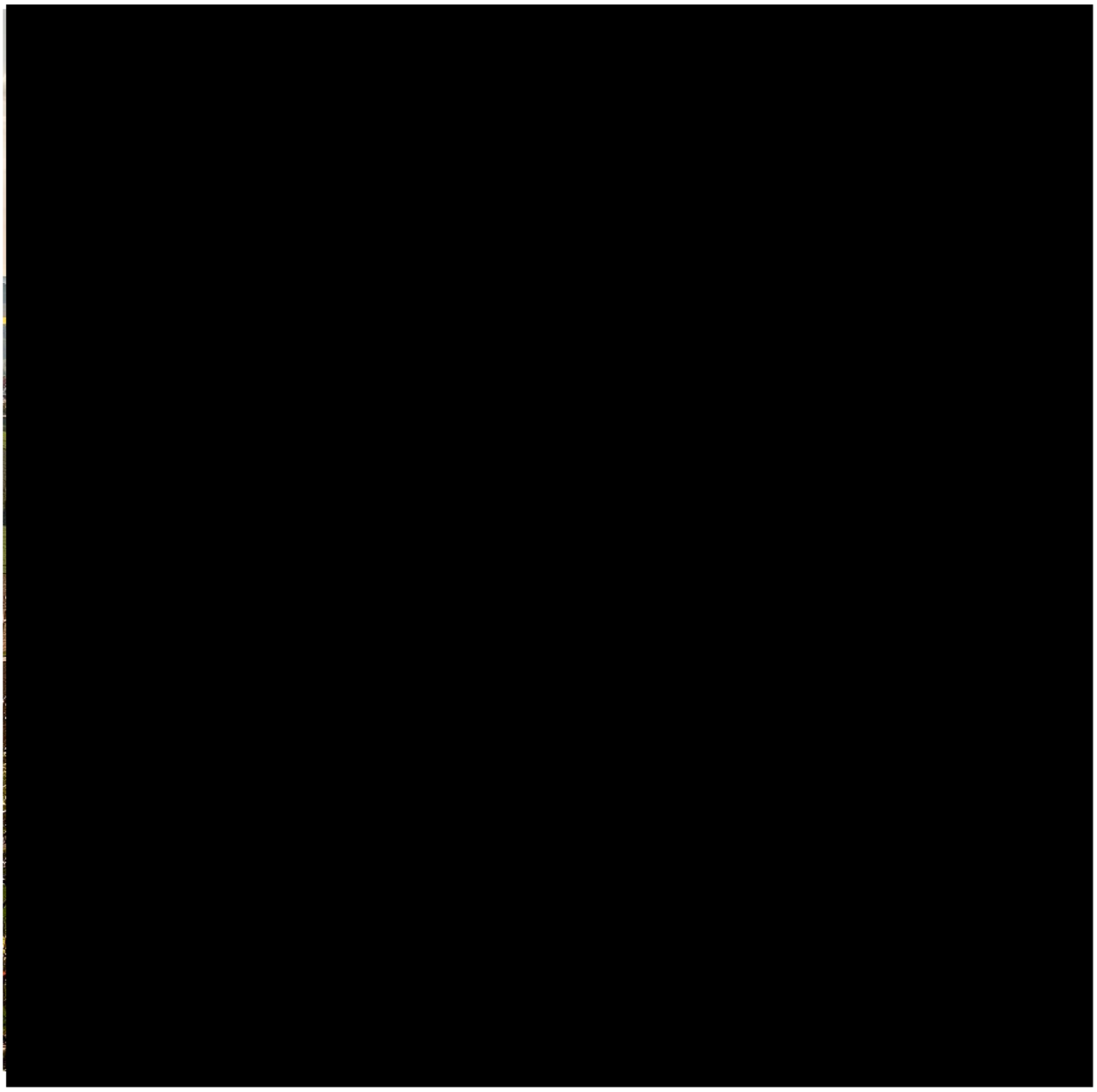
[redacted]

[redacted]

**Beteiligung Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 vom 2.April 2026**

# Smart Landscape Sinsheim

der digital modellierte Waldmeister-Buchenwald

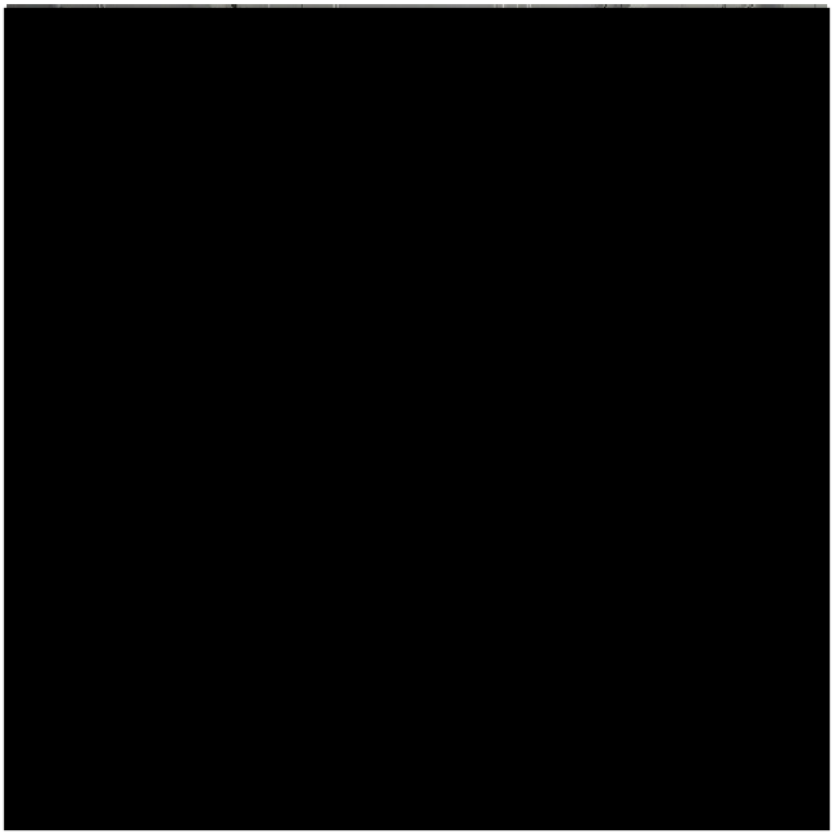

[redacted]

Ein Pilotprojekt zur Sicherung der Klimaresilienz und geomorphologischen Integrität im Altkreis Sinsheim (EU-Petition 0519/2021).

## VORWORT: DIE WIEDERENTDECKUNG EINER RESILIENTEN LANDSCHAFT

Der Kraichgau ist weit mehr als eine bloße Kulisse für Infrastrukturprojekte. Er ist ein hochkomplexes, über Jahrtausende gewachsenes System aus Löss-Ablagerungen, hydrologischen Mulden und dem europäisch geschützten Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130).

Das Projekt SMART LANDSCAPE SINSHEIM tritt an, um diese Landschaft nicht nur zu bewahren, sondern sie durch moderne, datengestützte Modellierung (ArcGIS Pro) in die Zukunft zu führen, eine Reaktion auf die Entscheidung zur eingebrachten **EU-Petition 0519/2021** und die dort aufgezeigten Defizite..



Die flache Mulde des Kraichgaus gliedert sich in Stromberg Mulde, die Langenbrückener Senke und die Eichelberger Mulde. Die Struktur wurde bisher nicht in der notwendigen Tiefe erfasst. Der Modellwald übernimmt hier die Rolle eines digitalen Reallabors. Das Unsichtbare wird sichtbar gemacht, um Fehlentscheidungen in der Regionalplanung zu verhindern, die den Wasserhaushalt und die Bodenstruktur irreversibel schädigen würden.

*(siehe auch: Schicksal einer Landschaft, Roland Thomann, ISBN 3-929366-21-5)*

## Inhaltsverzeichnis: Smart Landscape Sinsheim

---

**1. Einleitung**

**2. Geomorphologische Grundlagen & Forschungslücken**

- **2.1 Die Drei-Mulden-Struktur des Kraichgaus:** Stromberg-Mulde, Langenbrückener Senke, Eichelberger Mulde
- **2.2 Kritische Analyse der amtlichen Datengrundlage:** Identifizierte Defizite in der geologischen Erfassungstiefe
- **2.3 Historische Referenz:** „Schicksal einer Landschaft“ (nach R. Thomann) als Planungsgrundlage

**3. Methodik: Das digitale Reallabor** (In Vorbereitung / Internes Arbeitspapier/Modellwald „Die detaillierte methodische Untermauerung mittels ArcGIS-Präzisionsraster ist Gegenstand der laufenden Projektarbeit und wird zur fachspezifischen Vertiefung separat geführt.“)

- **3.1 ArcGIS Pro Modellierung:** Visualisierung unsichtbarer hydrologischer und geologischer Prozesse
- **3.2 Das 50m-Präzisionsraster:** Grundlagen der datengestützten Resilienz-Modellierung
- **3.3 Bio-Indikatoren im Fokus:** Der Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130) als digitales Schutzgut

**4. Rechtliche und Fachliche Flankieru**[redacted]

- **4.1 Einwand zur Regionalplanung:** Rüge des Abwägungsdefizits und die Verleugnung der Landschaft (Petition 17/04147)
- **4.2 Priorisierung der Biosphäre:** Der Schutz der genetischen Vielfalt vor rein technischen Klimaschutzmaßnahmen (Art. 20a GG)
- **4.3 Kumulative Wirkungsanalyse:** Berücksichtigung interregionaler Artenschwerpunktvorkommen
- **4.4 Antwort auf die Synopse des RVHF (STNE-ID:841)**
- **4.5 Rüge der unzureichenden Teil-Abwägung (§ 9 Abs. 3 ROG)**

**5. Fazit & Forderungen an den RVHF**

- **5.1 Integration der Projektdaten** in die aktuelle Fortschreibung des Teilregionalplans Windenergie
- **5.2 Sicherstellung des Verschlechterungsverbots** gemäß EU-Vorgaben
- **5.3 grundsätzlicher Gestaltungsvorschlag** [redacted]

**6. Anhang**

- **Anhang I:** Dokumentation zur Petition 17/04147
- **Anhang II:** Referenz zur EU-Petition 0519/2021
- **Anhang III:** Stellungnahme der Naturschutzinitiative e.V. (Auszüge
- **Anhang IV:** Synopse des RVHF
- **Anhang V:** Wechselwirkungen [redacted]

## 1. Einleitung: Der Kraichgau als geomorphologisches Erbe

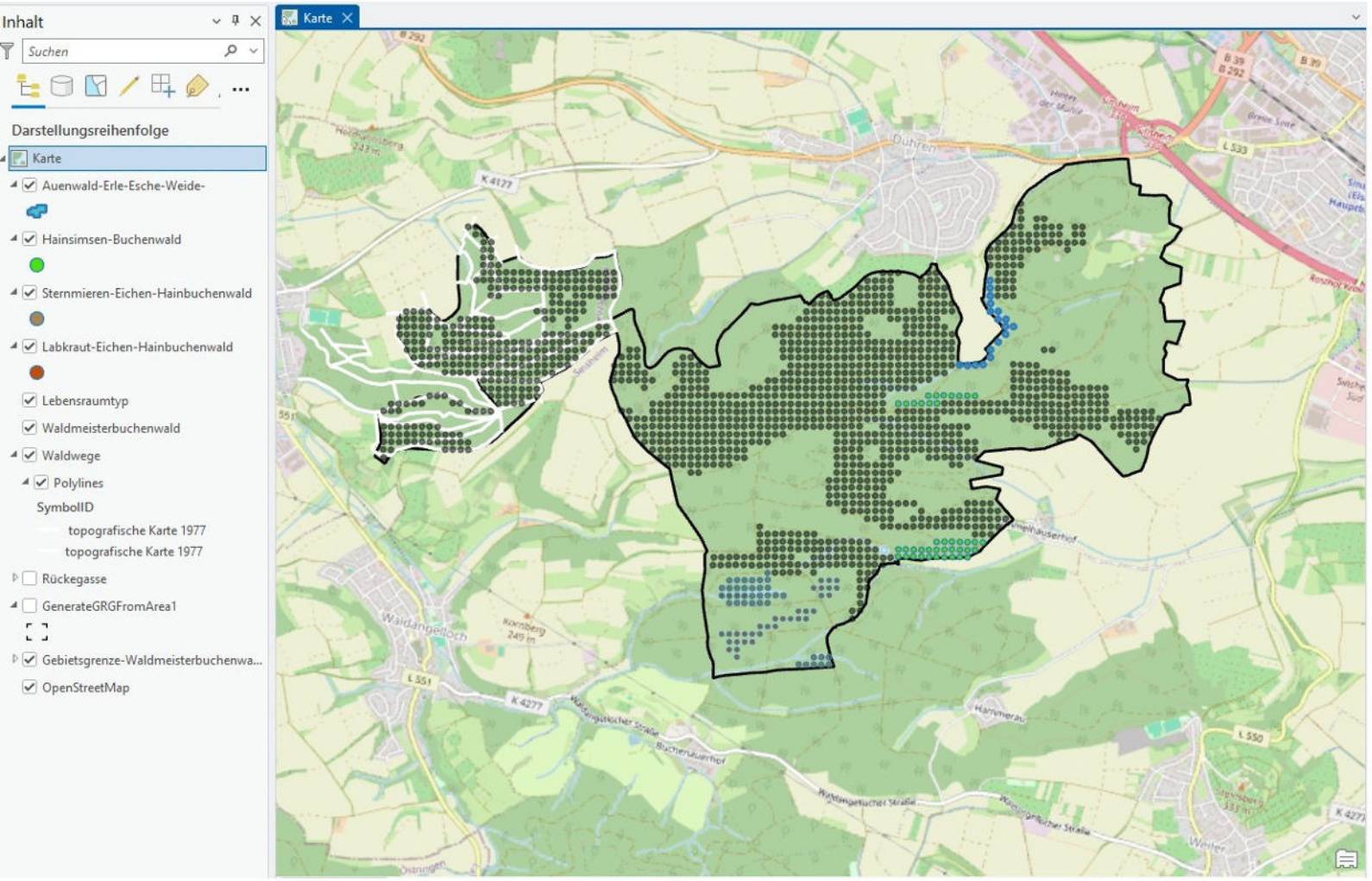
Diese Stellungnahme basiert auf der Erkenntnis, dass der Altkreis Sinsheim – insbesondere die Einheiten der Eichelberger Mulde und der Strombergmulde – kein beliebig austauschbarer Planungsraum für Infrastrukturprojekte ist. Wir haben es hier mit einer hochsensiblen, über Jahrtausende gewachsenen Löss-Kulturlandschaft zu tun, deren ökologische und hydrologische Resilienz durch die aktuelle Teilfortschreibung II massiv gefährdet wird.
Die vorliegenden Rügen richten sich gegen ein fundamentales Abwägungsdefizit: Die Regionalplanung operiert bisher auf einer Datengrundlage, welche die tatsächliche geomorphologische Tiefe und die damit verbundenen Schutzgüter (wie den LRT 9130) nicht im notwendigen Präzisionsraster erfassen. Zudem wird gerügt, dass die vorgenommenen Streichungen von Vorranggebieten die kumulative Last auf die verbleibenden Flächen in einer Weise erhöhen, die eine vollständige Neubewertung nach Art. 20a GG zwingend erforderlich macht. Die Vision für den Altkreis Sinsheim ist die Transformation von einer reaktiven hin zu einer proaktiven, datengestützten Landschaftssicherung. Der Übergang von einer rein flächenbasierten Windkraft-Zuweisung hin zu einer landschaftsästhetischen Gesamtplanung wird gefordert.(Modell[redacted]

- Präzision statt Pauschalität: Durch den Einsatz moderner ArcGIS-Modellierung wird das „Unsichtbare sichtbar“. Standorte dürfen nur dort entwickelt werden, wo sie die geologische Integrität (Anhang A.4: Hohlweg-Strukturen-siehe Angelbachtal/Steinrutsche) nicht gefährden.
- Klimaresilienz durch Datentiefe: Das Projekt Smart Landscape Sinsheim fungiert als digitales Reallabor. Es bietet die wissenschaftliche Grundlage, um die Auswirkungen von Eingriffen auf den Wasserhaushalt und die Biodiversität des Waldmeister-Buchenwaldes schon im Vorfeld exakt zu simulieren. Die Vorgehensweise soll am ausgewählten Projekt des FFH-Gebietes 6718-311 “Nördlicher Kraichgau” gezeigt werden. (siehe auch EU-Petition 0519/2021)
- Identitätsschutz als Planungsziel: Der Unterzeichner begreift die Landschaft nicht als Industriekulisse, sondern als kulturelles Erbe. Ziel ist eine Planung, welche die interregionale Kohärenz wahrt und die verfassungsrechtlich geschützte Schöpfungsverantwortung ernst nimmt.




C- FFH-Gebiet Großer Wald /Sinsheim-Angelbachtal

[redacted] Analysen Video bearbeiten 0 Teilen Herunterladen Clip Speichern ...




Projekt FFH-Gebietes 6718-311 “Nördlicher Kraichgau” (siehe EU-Petition 0519/2021)

# 2. Geomorphologische Grundlagen & Forschungslücken

## 2.1 Die Drei-Mulden-Struktur des Kraichgaus: Stromberg-Mulde, Langenbrückener Senke, Eichelberger Mulde

Die Landschaft des Kraichgaus definiert sich im Kern durch das Zusammenspiel von drei zentralen geologischen Muldenlagen, die das Relief und die Landnutzung maßgeblich bestimmen:

### 1. Die Langenbrückener Senke (der westliche Rand)

Diese Zone schmiegt sich eng an den Rand der Rheinebene an. Hier ist der Übergang von der Ebene ins Hügelland. Kennzeichen-hohe Bodenfruchtbarkeit (typische Agrarlandschaft) und traditionell: Verlauf von Verkehrsachsen Zentrale Orte: Bad Schönborn (Bad

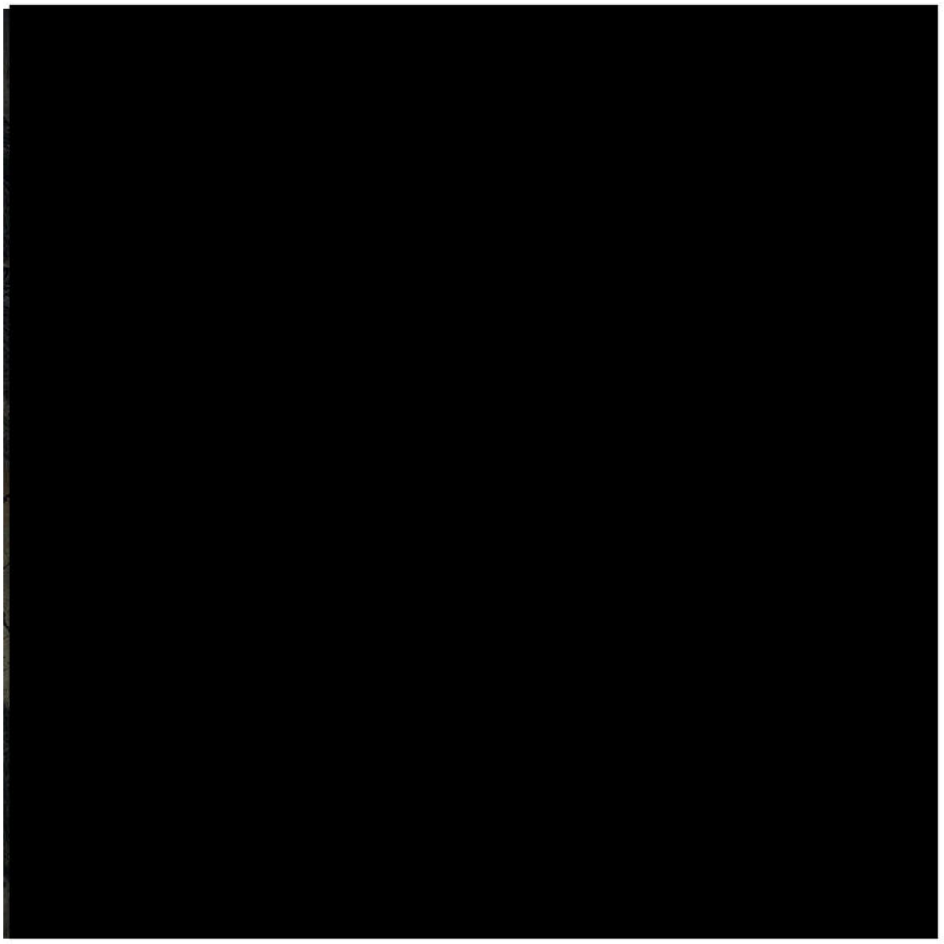


Langenbrücken/Bad Mingolsheim), Kronau, Östringen (westliche Ortsteile) und Malsch.

## 2. Die Eichelberger Mulde (Das Herzstück)

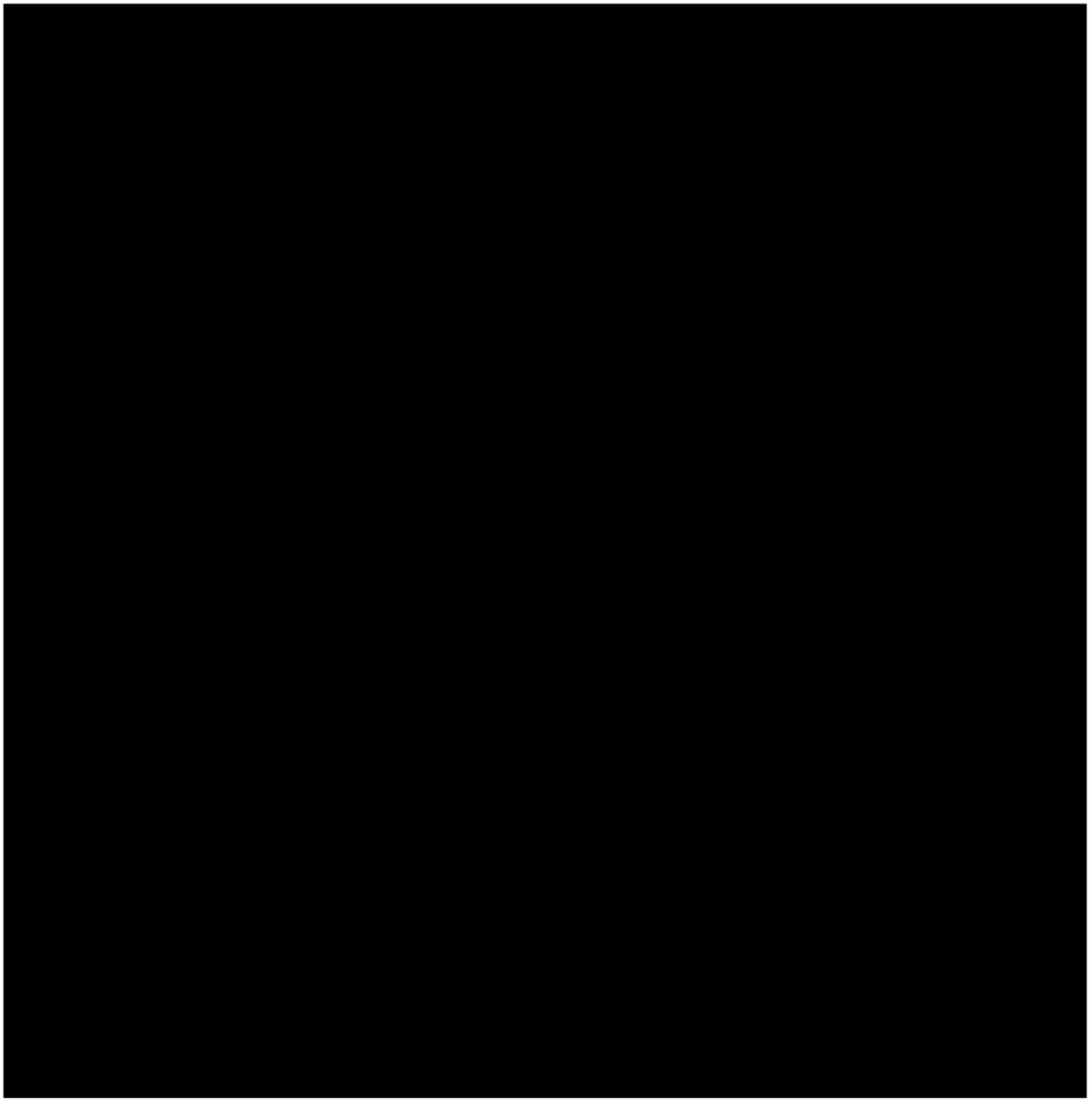
Das ist das "Epizentrum" des Kraichgauer Hügellandes.Hier ist die Landschaft am "buckeligsten". Hohlwege und die Lösswände sind prägende Landschaftsteile. Im Übergangsbereich gelegen, bildet diese Senke die Basis für die typischen, mächtigen Lössablagerungen im Kraichgau. Sie ist verantwortlich für die kleinteilige Morphologie mit ihren charakteristischen Hohlwegen und tief eingeschnittenen Talsystemen. Die Eichelberger Mulde ist durch ihre Lösswände ein wichtiger Rückzugsort für seltene Insektenarten ( Schlagwort Biotopvernetzung)

Zentrale Orte: Eichelberg, Angelbachtal (Eichtersheim/Michelfeld), Odenheim, Hilsbach und Weiler.



### 3. Die Strombergmulde

Im Südosten sorgt diese Struktur für den Erhalt widerstandsfähiger Keuperschichten (Schilfsandstein), was zu den markanten, bewaldeten Höhenrücken und Steillagen führt, die für den Weinbau ökologisch und kulturell von herausragender Bedeutung sind. Es ist die ökologisch wertvollste Zone für den **Biotopverbund** in Richtung Naturpark Stromberg-Heuchelberg.
Zentrale Orte: Knittlingen, Oberderdingen, Kürnbach, Sternenfels und natürlich das Kloster Maulbronn.



**Zugehörigkeit ausgewählter Gemeinden zu der Drei Mulden Struktur des Kraichgaus**

| Struktur | Leit-Geologie | Gemeinden und Ortsteile |
|---|---|---|
| **Langenbrückener Senke** | Löss-Deckschichten über Tertiär | **Bad Schönborn** (Langenbrücken, Mingolsheim), **Kronau**, **Malsch**, **Östringen** (Tiefenbach). |
| **Eichelberger Mulde** (Epizentrum) | Mächtige Lössablagerungen, Hohlwege | **Sinsheim** (Rohrbach, Steinsfurt, Hoffenheim), **Angelbachtal** (Eichtersheim, Michelfeld), **Epfenbach**, **Helmstadt-Bargen** (Flinsbach), **Kirchardt** (Berwangen), **Eichelberg**, **Odenheim**, **Hilsbach**, **Weiler**, **Eschelbronn**, **Neidenstein**, **Waibstadt** (Daisbach), **Zuzenhausen**,**Bad Rappenau** Treschklingen,Babstadt, Grombach |
| **Strombergmulde** | Keuper (Schilfsandstein), Steillagen | **Zaisenhausen**, **Kürnbach**, **Sulzfeld**, **Oberderdingen**, **Knittlingen** (Kleinvillars), **Sternenfels**, **Maulbronn** (Zaisersweiher). |

# 4. Rechtliche und Fachliche Flankierung

### 4.1 Einwand zur Regionalplanung: Rüge des Abwägungsdefizits und die Verleugnung der Landschaft (Petition 17/04147)

Die aktuelle Fortschreibung des Teilregionalplans Windenergie leidet unter einem fundamentalen Abwägungsdefizit, das durch die bisherige Ablehnung der Petition Nr. 17/04147 zementiert wurde:

- **Revision der Petitionsbewertung**: Die Entscheidung der Landesregierung zur Petition 17/04147 ist fachlich abzulehnen, da sie die landschaftliche Identität des Kraichgaus auf eine rein technische Kulisse reduziert.
- **Systematische Verleugnung**: Durch das Ignorieren der **Drei-Mulden-Struktur** (Langenbrückener Senke, Eichelberger Mulde, Strombergmulde) wird der Region die fachliche Grundlage für eine verfassungskonforme Abwägung entzogen.
- **Widerspruch zum ELÜ**: Diese Verleugnung steht im direkten Widerspruch zum **Europäischen Landschaftsübereinkommen (ELÜ)**, welches die Anerkennung der Landschaft als wesentlichen Bestandteil der Lebensqualität und Identität fordert.
- **Dokumentierte Defizite**: Das Projekt **SMART LANDSCAPE SINSHEIM** liefert die notwendigen Daten, um die in der Petition 0519/2021 (EU) und 17/04147 (Land) aufgezeigten Defizite im Wald- und Landschaftsschutz wissenschaftlich zu belegen.

### 4.2 Priorisierung der Biosphäre: Der Schutz der genetischen Vielfalt (Art. 20a GG)

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist gemäß Art. 20a GG ein Staatsziel mit Verfassungsrang:

- **Vorrang der Biologie**: Der Schutz der genetischen Vielfalt muss vor rein technischen Klimaschutzmaßnahmen priorisiert werden.
- **Indikatorfunktion**: Der europäisch geschützte **Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130)** fungiert als zentrales digitales Schutzgut für die Resilienz der gesamten Region

### 4.3 Kumulative Wirkungsanalyse: Interregionale Artenschwerpunktvorkommen

Eine isolierte Betrachtung von Planungsflächen innerhalb administrativer Grenzen wird der ökologischen Realität nicht gerecht:

- **Interregionale Kohärenz**: Es wird eine umfassende kumulative Wirkungsanalyse gefordert, die Artenschwerpunktvorkommen über die Grenzen zwischen dem VRRN und dem RVHF hinweg berücksichtigt.
- **Vermeidung von Zerstückelung**: Die Ausweisung von Vorranggebieten ohne Berücksichtigung der Wanderkorridore (z. B. zwischen Sinsheim und Bad Rappenau) gefährdet den Biotopverbund nachhaltig.

### 4.4. Antwort auf die Synopse des RVHF

Die in der Synopse vom 30.01.2026 vorgebrachten Abwägungsvorschläge des Regionalverbandes werden hiermit als unzureichend zurückgewiesen:

- **Rüge der administrativen Fragmentierung:** Der RVHF zieht sich darauf zurück, dass Angelbachtal außerhalb seines Zuständigkeitsbereichs liege. Die Eichelberger Mulde ist eine geomorphologische Funktionseinheit. Eine Planung, die an Kreisgrenzen die ökologische Kohärenz ignoriert, ist fachlich fehlerhaft und verstößt gegen den Geist des Europäischen Landschaftsübereinkommens (ELÜ).

- **Gleichheits-Rüge: Das Haardt-Dilemma und die eklatante Ungleichbehandlung vergleichbarer Naturräume**. Während in angrenzenden Regionen (wie der Haardt) die Landschaftsästhetik und die geomorphologische Integrität als absolute Ausschlusskriterien für Windenergieanlagen anerkannt sind, wird dem Kraichgau – trotz identischer europäischer Schutzvorgaben (LRT 9130) und einer historisch gewachsenen Löss-Kulturlandschaft – dieser Schutz versagt. Diese 'Landschaftsverleugnung' im Altkreis Sinsheim widerspricht dem Gebot der interregionalen Kohärenz. Wenn die Haardt aufgrund ihrer Fernwirkung und ökologischen Bedeutung geschützt wird, muss dies nach dem Gleichheitsgrundsatz auch für die markanten Höhenzüge der Eichelberger Mulde gelten. Ein Plan, der einen Naturraum schützt und den unmittelbar benachbarten, funktional verknüpften Raum (VRRN/RVHF) zur Industriekulisse degradiert, ist abwägung fehlerhaft.“

- **Widerlegung der Datentiefe:** Die Synopse verweist auf FFH-Vorprüfungen und Standard-Standortdatenblätter. Diese Dokumente erreichen jedoch nicht die für den Löss-Kraichgau notwendige geologische Erfassungstiefe. Ohne Berücksichtigung der Drei-Mulden-Struktur im Präzisionsraster ist eine seriöse Beurteilung der „Inanspruchnahme von Waldflächen“ (Synopse Kap. 9) nicht möglich.

- **Kritik am Umgang mit dem landschaftlichen Erbe:** Der RVHF erkennt zwar den „Identitätsverlust“ als Argument an, verweist aber auf allgemeine Abwägungspapiere. Eine Entwertung des kulturellen Erbes ist nicht hinnehmbar . Das „Bild Monstranz" verdeutlicht diesen kulturellen Verfall durch die sakrale Überhöhung technischer Infrastruktur zulasten der Schöpfung gemäß Art. 20a GG.



## 4.5 Rüge der unzureichenden Teil-Abwägung (§ 9 Abs. 3 ROG)

Der Hinweis des Regionalverbandes, dass Stellungnahmen auf die geänderten Planinhalte (Streichungen) beschränkt seien, wird hiermit unter Verweis auf die **geänderte Gesamtabwägung** zurückgewiesen:

- **Verschiebung der Belastungsintensität:** Durch die selektive Streichung einzelner Vorranggebiete erhöht sich der siedlungs- und naturräumliche Druck auf die verbleibenden Flächen im Altkreis Sinsheim (insbesondere in der **Eichelberger Mulde**) massiv. Diese veränderte kumulative Belastung der verbleibenden Gebietskulisse stellt einen neuen Planinhalt dar, der zwingend einer erneuten geomorphologischen Bewertung bedarf.
- **Fehlerhaftigkeit der Rest-Kulisse:** Eine Streichung von Flächen heilt das zugrunde liegende Abwägungsdefizit nicht, solange die Auswahl der verbleibenden Gebiete weiterhin auf einer unvollständigen Datengrundlage (Ignorieren der Drei-Mulden-Struktur) beruht. Die "Teilfortschreibung II" ist in ihrer neuen Zusammensetzung fachlich inkonsistent.
- **Verlust der Netz-Kohärenz:** Die geänderten Planinhalte führen zu einer fragmentierten Gebietskulisse, welche die interregionale Kohärenz zwischen dem VRRN und dem RVHF endgültig zerstört. Dies steht im direkten Widerspruch zum Verschlechterungsverbot des **Art. 20a GG** und den Zielsetzungen des **Europäischen Landschaftsübereinkommens (ELÜ)**.

## 5. Fazit und Kernforderungen

**Fazit:** Der Kraichgau ist als **„tektonisch differenziertes Bruchschollenland“** zu definieren. Diese Definition wird der ökologischen Vielfalt und der besonderen Schutzwürdigkeit der unterschiedlichen Teilräume (vom „Lösskraichgau“ bis zum „Kleinkraichgau“) gerecht. Nur durch die Anerkennung dieser geologischen Dreigliederung lässt sich die landschaftliche Identität und die daraus resultierende biodiversitäre Funktion in der Regionalplanung adäquat abbilden. „Die Kraichgaulandschaft im Bereich des ehemaligen Landkreises Sinsheim stellt eine naturräumliche und geologische Einheit dar, deren Schutzwürdigkeit über administrative Verbandsgrenzen hinausgeht. Grundlage unserer Stellungnahme ist das **Europäische Landschaftsübereinkommen (ELÜ)**, welches die Vertragsparteien verpflichtet, Landschaften als wesentlichen Bestandteil der Identität und Lebensqualität zu schützen, zu verwalten und vorausschauend zu planen.In diesem Sinne ist der Kraichgau nicht als bloße Kulisse für technische Infrastruktur zu begreifen, sondern als kohärentes Schutzgut. Die geologische Spezifik der drei prägenden Senken und Mulden bildet das Fundament für das zukunftsweisende Projekt ‚Smart Landscape Sinsheim‘. Das Projekt dient der praktischen Umsetzung der ELÜ-Ziele: Es fördert die Klimaresilienz, sichert den Biotopverbund und bewahrt das charakteristische Landschaftsbild. Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung der Landesregierung über die eingebrachte Petition Nr. 17/04147 abzulehnen.

**Kernforderung**

**Der Regionalverband Heilbronn-Franken wird daher aufgefordert, die Windenergieplanung nicht isoliert, sondern im Einklang mit diesen völkerrechtlichen Leitlinien und der interregionalen Abstimmung (insbesondere mit dem VRRN) zu gestalten, um die Zerstückelung dieses wertvollen Naturraums zwischen den Verdichtungsräumen Rhein/Neckar und Heilbronn zu verhindern. Der Kraichgau ist keine Industriekulisse. Es wird ein Planungsstopp in den sensiblen Zonen der Eichelberger Mulde und der Strombergmulde gefordert, bis eine geomorphologische Wirkungsanalyse vorliegt.Der RVHF hat die interregionale Kohärenz des Altkreises Sinsheim anzuerkennen, daraus folgt auch eine vollständige Revision der Argumentation aus der Petition 17/04147 im Lichte der neuen verfassungsrechtlichen Erkenntnisse zu Art. 20a GG. In der Standortbewertung von WEA sind auch Planungen von Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) mit einzubeziehen. So blockiert eine geplante PV-FFA im Gemeindegebiet Angelbachtal die Ausweisung von WEA in einem für diese Anlagen geeigneten Gebiet. Die Suche nach alternativen Standorten ist dringend geboten. Diese könnten durchaus auf dem Gebiet des RVHF liegen. Hier wird die Pflicht einer abstimmenden Planung der drei Regionalverbände RVHF,VRRN, RVK sichtbar.**

## 5.3 Grundsätzlicher Gestaltungsvorschlag (Modell [redacted])

Um der rein technokratischen Flächenausweisung entgegenzuwirken, wird die Umsetzung einer **„Gestalteten Landschaft“** gefordert:

- **Landschaftsästhetische Gesamtplanung:** Die Windenergieplanung darf nicht als isolierte Standortsuche erfolgen, sondern muss als Teil einer umfassenden Landschaftsgestaltung begriffen werden, die die charakteristische Morphologie und die Sichtachsen des Hügellandes aktiv schützt.
- **Bündelung statt industrieller Überprägung:** Zur Bewahrung der Integrität der Muldenlagen wird eine Konzentration von Anlagen an geomorphologisch unkritischen Standorten gefordert. Eine schleichende Zerstückelung des Naturraums zwischen den Verdichtungsräumen Rhein-Neckar und Heilbronn ist auszuschließen.
- **Wechselwirkungen zwischen Windenergie-/ Freiflächenphotovoltaikanlagen und Umwelt.** Die im Projekt **Smart Landscape Sinsheim** angedachte ArcGIS-Modellierungen (insbesondere zum LRT 9130) zeigen einen Ansatz, um Wirkungsanalysen und Visualisierungen zu erstellen. Es kann nicht sein, dass solche Beziehungsmuster erst in nachgelagerten Umweltverträglichkeitsprüfungen näher beschrieben und dort isoliert auf den ausgewählten Standort angewandt werden. Die Regionalplanung reicht so ihre Verantwortung an die untergeordnete Behörde weiter und wird ihrer Verantwortung der räumlichen Gestaltung eines Raumes nicht gerecht.

[redacted] Angelbachtal, den 2.April 2026

[redacted]

## 6. Anhang: Beweismittel & Dokumentation

**A.1**: Dokumentation zur Landtags-Petition 17/04147 (Kritik der Ablehnung “Kraichgau-oder der lange Weg der Petition 17/04147 ) siehe  beigefügte *.pdf Datei



**A.2**: Referenz zur EU-Petition 0519/2021 (Wald- und Landschaftsschutz).

Europäisches Parlament

Suchergebnisse 1582

Ergebnisse pro Seite 10 | 20 | 50 | 100

## Petition Nr. 0519/2021, eingereicht von [redacted] (deutscher Staatsangehörigkeit), zur Erhaltung des natürlichen Lebensraums Angelbachtal in Deutschland

Geschlossen

Der Petent gibt an, seit 2012 Waldbewirtschaftungspraktiken im Angelbachtal, einem Natura-2000-Gebiet, beobachtet zu haben. Er ist der Ansicht, dass diese Praktiken den Zielen der Richtlinie 92/43/EWG (Habitat-Richtlinie), insbesondere der Erhaltung geschützter Gebiete und der naturschutzkonformen Bewirtschaftung dieser Gebiete, zuwiderlaufen und zudem gegen die Bestimmungen des deutschen Bundesnaturschutzgesetzes verstoßen. Er sieht seine Kritik durch das Verfahren der Europäischen Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen mangelhafter Umsetzung der Habitat-Richtlinie bestätigt. Der Petent erläutert, dass Holzproduktion und -ernte ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen und das den Wald durchziehende Wegenetz zu umfangreich sei. Die negativen Auswirkungen dieser Bewirtschaftungspraktiken seien bereits jetzt spürbar und umfassten Bodenerosion, Grundwasserabsenkung, Verlust der Bodenfruchtbarkeit und Zerstörung der landschaftstypischen Waldstruktur. Er fordert daher, Natura-2000-Gebiete von derartigen Walderschließungsplänen auszunehmen. Er spricht sich zudem dafür aus, das Waldwegenetz nicht weiter auszubauen und die Richtlinien der Landesforsten Baden-Württemberg für Walderschließungswege zu überprüfen. Sie entsprächen weder dem Waldsystem noch dem Naturschutzgedanken und seien ohne Bürgerbeteiligung eingeführt worden. Der Petent ist zudem der Ansicht, dass die zuständige Forstbehörde zur Sanierung der von ihr verursachten Schäden verpflichtet werden könnte, da sie trotz der FFH-Richtlinie weiterhin Walderschließungswege erschlossen habe.

**A.3**: Stellungnahme der Naturschutzinitiative e.V. (Auszüge

Verein zum Schutz von Landschaften,
Wäldern, Wildtieren und Lebensräumen

Naturschutzinitiative e.V. (NI) - Am Hammelberg 25 - D-56242 Quirnbach

Verband Region Rhein-Neckar
M 1, 4–5
68161 Mannheim

**Per E-Mail:** windenergie.beteiligung@vrrn.de

**Naturschutzinitiative e.V. (NI)**
unabhängiger gemeinnütziger Naturschutzverband
bundesweit anerkannter Verband nach § 3 UmwRG

**Geschäftsstelle**
Am Hammelberg 25
D-56242 Quirnbach
Telefon +49 (0) 2626 - 926 477 0
Telefax +49 (0) 2626 - 926 477 1
E-Mail info@naturschutz-initiative.de
www.naturschutz-initiative.de

**Vertretungsberechtigte**
[redacted]

**16.03.2026**

**Einwendung im Rahmen der 2. Anhörung und Offenlage zur Fortschreibung des Teilregionalplans Windenergie zum Einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ergänzend zu unserer ersten Stellungnahme wenden wir ein, dass bei der Auswahl der offengelegten geplanten Windkraftvorranggebiete die Belange des Natur- und Artenschutzes in elementarer Weise und grundsätzlich missachtet wurden.
Im Ergebnis verstoßen die offengelegten Planungen zur Lage künftiger Windkraftvorranggebiete gegen den Natur- und Artenschutz.

**I Grundsätzliche Einwände gegen die rechtliche Grundlage des Planungsverfahrens bzw. die daraus abgeleitete Vorgehensweise bei der Erstellung/Fortschreibung des VRRN Regionalplanes /Teilplan Windenergie**

**A.4**: Synopse des RVHF ( siehe beigefügte *.pdf-Datei)

**Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 im Zuge der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien - Synopse zur Beteiligung nach § 12 (2) und (3) LplG in Verbindung mit § 9 (2) ROG (Teilfortschreibung Windenergie II)**
**Beteiligung der Öffentlichkeit**
**30.01.2026**

[redacted]**Angelbachtal**
**STNE-ID: 841**

BE-ID: 1945
Stellungnahme im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung Teilfortschreibung Windenergie II des Regionalverbandes Heilbronn-Franken(RvHF) vom 23.September bis 23.Oktober 2024
Ausgangssituation
Infolge der stetigen Zunahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen gehen insbesondere mit der Versiegelung ökologische Funktionen des Bodens im Naturhaushalt selbst, wie auch Lebensräume für Flora und Fauna verloren. Auswirkungen treten in der Regel schleichend und über längere Zeiträume auf. Die Flächeninanspruchnahme steht als wichtiger Indikator für die Nachhaltigkeit der Raumnutzung. (siehe Flächeninanspruchnahme Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg).
Die nachteilige Entwicklung lässt sich gut an der Gemeinde Angelbachtal nachweisen (siehe Anlage 1). Sie steht für die Gemeinden des Kraichgaues, in seiner geografischen Ausprägung das Gebiet des ehemaligen Landkreises Sinsheim vor seiner Zerschlagung. Die Folge ist ein Identitätsverlust der Bevölkerung und der staatlichen Verwaltung im Umgang mit dem landschaftlichen Erbe. Obwohl das Raumordnungsgesetz und die Grundsätze des europäischen Landschaftsübereinkommens die Zusammenarbeit der drei Regionalverbände Mittlerer Oberrhein, Rhein-Neckar, Heilbronn Franken in der Planung von Nutzungen einfordern, geschah dies bis zum heutigen Tag nicht. Es tut Not diesen Naturraum "Kraichgau" in seiner Ganzheit zu begreifen.

Kenntnisnahme
Der Ausbau von Siedlungs und Verkehrsflächen ist nicht Gegenstand der vorliegenden Planung. Kommunen, Verwaltungsverbände, Landkreise, Regionalverbände planen innerhalb ihres räumliches Zuständigkeitsbereiches. Eine Abstimmung mit benachbarten Verwaltungsräumen wie auch übergeordneten und nachfolgenden Planungsebenen erfolgt zwingend im Zuge der gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsverfahren aber auch in vorgelagerten oder begleitenden informellen Austauschformaten der Planungsträger

**A.5:** Wechselwirkungen (siehe beigefügte *.pdf)

## Wechselwirkungen zwischen Windenergieanlagen und Umwelt

vor dem Hintergrund der Standortvorschläge
Gemeinde Angelbachtal vs [redacted]

nachfolgende Zusammenstellung: „Gemini (KI-Modell von Google)“

[redacted]

[redacted]

**Wechselwirkungen zwischen Windenergieanlagen und Umwelt**

vor dem Hintergrund der Standortvorschläge

Gemeinde Angelbachtal vs [redacted]

Stellungnahme_Bürgerbeteiligung_VRRN

nachfolgende Zusammenstellung: „Gemini (KI-Modell von Google)“

[redacted]

**Gesamtaufstellung: Emissionen von WEA und Gegenmaßnahmen**

**1. Stoffliche Emissionen (Partikel & Chemie)**

- **Emission: Mikroplastik (Erosion)** durch Abrieb der Rotorblatt-Vorderkanten.
  - *Maßnahme:* Einsatz von **Leading Edge Protection (LEP).** Das sind spezielle Hochleistungsbeschichtungen oder Soft-Shell-Folien, die den Aufprall von Regen und Hagel dämpfen und den Abrieb massiv reduzieren.
- **Emission: Bisphenol A (BPA)** / Epoxidharz-Rückstände.
  - *Maßnahme:* Forschung an **bio-basierten Harzen** und thermoplastischen Kunststoffen, die ohne BPA auskommen und zudem am Ende der Laufzeit einfacher recycelt werden können.
- **Emission: SF6-Gas** (hoch potentes Treibhausgas in Schaltanlagen).
  - *Maßnahme:* Umstellung auf **SF6-freie Schaltanlagen**, die stattdessen mit "Clean Air" (aufbereitete Umgebungsluft) oder Vakuumtechnologie isoliert werden. Viele Hersteller bieten dies bereits standardmäßig an.
- **Emission: Betriebsstoffe** (Öle/Fette).
  - *Maßnahme:* Einsatz von **getriebelosen Anlagen** (Direct Drive), was die Ölmenge drastisch reduziert, sowie die Installation von sensorgesteuerten **Leckage-Auffangwannen** in der Gondel.

**2. Physikalische Emissionen (Schall & Licht)**

- **Emission: Hörbarer Schall** (aerodynamisches Rauschen).
  - *Maßnahme:* **Serrations** (Eulenflügel-Technologie). Zackenförmige Hinterkanten an den Rotorblättern brechen die Luftwirbel auf und machen die Anlage deutlich leiser.
- **Emission: Infraschall** (tieffrequenter Schall).
  - *Maßnahme:* Einhaltung der gesetzlichen **Abstandsregelungen** zur Wohnbebauung. Da die Intensität von Infraschall mit der Entfernung stark abnimmt, ist der Abstand der effektivste Schutz.
- **Emission: Schattenwurf** (periodisches Blinken).
  - *Maßnahme:* Einbau von **Schattenwurfmodulen**. Diese Sensoren schalten die Anlage automatisch ab, sobald der Schattenwurf an einem definierten Wohnhaus die Grenzwerte (max. 30 Min./Tag) überschreitet.
- **Emission: Befeuerung** (Rote Nachtkennzeichnung).
  - *Maßnahme:* **Bedarfsgesteuerte Nachtkennzeichnung (BNK).** Durch Transpondersignale oder Radar schalten sich die Lichter nur ein, wenn sich tatsächlich ein Flugzeug nähert. Ansonsten bleibt der Nachthimmel dunkel.

**3. Ökologische Auswirkungen (Fauna)**

- **Emission: Vogelschlag / Fledermausverluste.**
    - *Maßnahme:* **Antikollisionssysteme.** Kamerabasierte Systeme (KI) erkennen geschützte Vögel (z.B. Rotmilan) im Anflug und stoppen den Rotor in Echtzeit. Für Fledermäuse gibt es fest programmierte Abschaltzeiten bei geringen Windgeschwindigkeiten (wenn Fledermäuse aktiv sind).
    -
- **Emission: Insektenanflug.**
    - *Maßnahme:* Spezielle glatte Oberflächenbeschichtungen, die das Anhaften von Insekten verhindern, was gleichzeitig die Aerodynamik (und damit den Ertrag) schützt.

**4. Ressourcen & Mikroklima**

- **Emission: Flächenversiegelung** (Fundament).
    - *Maßnahme:* Verwendung von **Pfahlgründungen** (wo möglich), um die Grundfläche zu verkleinern, sowie die Verpflichtung zum **vollständigen Rückbau** (einschließlich Fundament) nach Ende der Laufzeit.
- **Emission: Thermische Effekte** (Luftverwirbelung).
    - *Maßnahme:* Strategische **Park-Layout-Planung**, um die gegenseitige Beeinflussung der Anlagen zu minimieren und den natürlichen Luftaustausch zu gewährleisten.

*Anmerkung:*
***Emissionen** bezeichnen, was von der Anlage ausgeht (z. B. Schallwellen, Teilchen), **Immissionen** sind das, was an einem bestimmten Ort (z. B. Garten oder Haus) einwirken.*

*Die Immissionen, die von Windenergieanlagen ausgehen, sind leichter zu b*eschreiben als die Perspektive des Betrachters.

Neben den technischen Daten spielen für den Menschen vor allem die **visuelle und psychologische Wirkung** eine Rolle:

- **Landschaftsbild und Ästhetik:**
  - Wahrnehmung: Die Veränderung einer vertrauten Silhouette der Landschaft („Verspargelung“). Für viele Menschen ist dies ein Verlust an Heimatgefühl oder Erholungswert.
  - Gegenperspektive: Andere betrachten moderne WEA als Symbole für Fortschritt und eine saubere Zukunft.
- **Dominanzwirkung und Bedrängung:**
  - Wahrnehmung: Große Anlagen können in flachem Gelände oder bei geringem Abstand als „erdrückend“ empfunden werden.
  - Maßnahme: Die Einhaltung von Mindestabständen und die Konzentration von Anlagen in Parks (statt Einzelanlagen) sollen diese optische Dominanz mindern.
- **Der Aufmerksamkeits-Effekt (Bewegung):**
  - Wahrnehmung: Das menschliche Auge reagiert instinktiv auf Bewegung am Horizont. Die rotierenden Blätter ziehen die Aufmerksamkeit stärker auf sich als ein statisches Gebäude.
  - Maßnahme: Eine gleichmäßige, langsame Drehzahl moderner, großer Anlagen wird oft als weniger störend empfunden als das hektische Drehen kleinerer, älterer Modelle.
- **Psychologische Komponente (Infraschall & Angst):**
  - Wahrnehmung: Das Wissen um die Existenz von Infraschall kann Stress auslösen, auch wenn dieser unter der Wahrnehmungsschwelle liegt. Hier spielt die „Nocebo-Wirkung“ eine Rolle – das Unbehagen entsteht oft durch die Sorge vor der Anlage, nicht durch die physikalische Einwirkung selbst.
  - Maßnahme: Frühzeitige, ehrliche Aufklärung und die Beteiligung der Bürger an der Standortwahl sind hier die wichtigsten Instrumente.

**Visuelle Immissionen und psychologische Wahrnehmung**

Während technische Emissionen messbar sind, ist die Wirkung auf den Menschen oft subjektiv. Dennoch gibt es Strategien, um die optische Belastung zu minimieren.

| **Aspekt** | **Wirkung auf den Menschen** | **Maßnahmen zur Akzeptanzsteigerung** |
|---|---|---|
| **Landschaftsbild** | Empfindung der „Verspargelung“ oder des Verlusts der unberührten Natur. | **Farbgestaltung:** Verwendung von matten, lichtgrauen Farben (zB. RAL 7035), die bei typisch mitteleuropäischer Bewölkung fast mit dem Himmel verschmelzen. |
| **Optische Dominanz** | Gefühl der Bedrängung durch die enorme Höhe der Anlagen. | **Bündelung:** Konzentration von Anlagen in Parks statt verstreuter Einzelanlagen, um „Ruheräume“ in der Landschaft zu erhalten. |
| **Bewegungsunruhe** | Das Auge wird durch die Drehung der Rotoren ständig abgelenkt. | **Drehzahl:** Moderne Großanlagen drehen deutlich langsamer (ca. 6–12 U/min) als ältere Modelle, was als beruhigender empfunden wird. |
| **Glanz-Effekte** | Reflektionen des Sonnenlichts auf den Rotorblättern. | **Matte Lackierung:** Verpflichtende Verwendung nicht-reflektierender Lacke, um störende Lichtblitze zu vermeiden. |
| **Disko-Effekt** | Periodischer Wechsel von Licht und Schatten im Wohnraum. | **Schattenwurf-Abschaltung:** Intelligente Steuerung, die die Anlage bei kritischem Sonnenstand stoppt. |

Die Entscheidung zwischen den Standortvorschlägen der **Gemeinde Angelbachtal** und dem Modell [redacted] sollte daher auf Basis dieser Fakten getroffen werden. Ziel muss es sein, eine Lösung zu finden, die die **ökologischen Wechselwirkungen** am spezifischen Standort bestmöglich berücksichtigt.

Transparenz über alle Emissionen und die konsequente Umsetzung von Gegenmaßnahmen sind der Schlüssel für ein Projekt, das nicht nur grüne Energie liefert, sondern auch die Lebensqualität in unserer Region langfristig bewahrt.

Folgende Grundsätze sollten gewahrt bleiben:

## 1. Repowering statt Rückbau

- **Effizienz:** Eine moderne Anlage kann heute den Ertrag von drei bis fünf alten Anlagen ersetzen.
- **Flächenschonung:** Man nutzt die bereits vorhandene Infrastruktur (Zufahrtswege, Netzanschlüsse) weiter, anstatt neue Flächen zu versiegeln.
- **Infrastruktur:** Bestehende Zuwegungen und Netzanschlüsse bleiben erhalten, wodurch erneute bauliche Eingriffe in die Natur bei Anlagenwechsel minimiert werden.
- **Höhe vs. Anzahl:** Höhere Anlagen erreichen konstantere Windschichten. Das bedeutet: Weniger Windräder im Sichtfeld bei gleichzeitig höherem Stromertrag.

## 2. Windkraft vs. Photovoltaik-Freifläche (PV-FFA)

- Eine WEA benötigt für das Fundament und die Kranstellfläche nur einen Bruchteil der Fläche, die eine PV-Freiflächenanlage für dieselbe Strommenge beanspruchen würde.
- **Doppelnutzung:** Unter den Windrädern kann weiterhin Landwirtschaft betrieben werden. Bei klassischen PV-Freiflächenanlagen geht die landwirtschaftliche Nutzung (außer Schafbeweidung oder spezielle Agri-PV) meist verloren.

Die Gemeinde Angelbachtal hat die Grenze der Versiegelung erreicht, sollte noch der letzte Charme einer “Kraichgau”-Gemeinde erhalten bleiben. Daraus ergibt sich folgende Zielsetzung:

-Etablierung eines dauerhaften Vorranggebietes für Windenergie, um durch zukünftiges **Repowering** (Ersatz durch leistungsfähigere Anlagen) die Anzahl der Windräder langfristig zu minimieren.

**-Flächenschutz:** Durch die Konzentration auf hocheffiziente Windkraftstandorte kann der Druck zur Errichtung großflächiger Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf wertvollen Ackerböden in Angelbachtal reduziert werden.

| **Kriterium** | **Windenergieanlage (1 Stück)** | **Photovoltaik-Freifläche (PV-FFA)** |
|---|---|---|
| **Erforderliche Fläche** | **ca. 0,4 – 0,5 Hektar** | **ca. 12 – 15 Hektar** |
| **Landwirtschaft** | **95 % der Fläche bleiben voll nutzbar** | **Fläche ist für Ackerbau meist verloren** |
| **Versiegelung** | **Punktuell (Fundament & Kranplatz)** | **Pfostenreihen auf der gesamten Fläche** |
| **Langfrist-Option** | **Repowering (weniger, aber stärkere WEA)** | **Meist nur flächige Erweiterung möglich** |

**Zusammenfassung**

Bei der Wahl des optimalen Standorts ist nicht nur die aktuelle Belastung, sondern die langfristige Flächennutzung (über mindestens 50 Jahre) entscheidend. Hierbei ergeben sich folgende Unterschiede:

- Vorschlag Gemeinde Angelbachtal: Dieser Standort zielt primär auf eine Waldfläche und eine Offenlandfläche ( für Repowering ungeeignet) ab. Ein dauerhafter Windpark muss so geplant werden, dass auch zukünftige, noch leistungsstärkere Anlagen (Repowering) die Immissionsgrenzwerte für die Ortsteile einhalten.
- Vorschlag [redacted] Der entscheidende Vorteil dieses Standorts ist die Bündelungswirkung. Er ist topographisch so gelegen ist, dass Repowering-Maßnahmen (weniger, aber höhere Anlagen) die visuelle Dominanz für den Ort reduzieren,und bietet daher eine starke strategische Alternative. ( Ein Gespräch mit der Nachbargemeinde Östringen ist dringend geboten)

Das gemeinsame Ziel: Egal welcher Standort gewählt wird: Ein hocheffizienter Windpark an einer Stelle ist der beste Schutz gegen die großflächige Versiegelung von Angelbachtaler Ackerböden durch Photovoltaik-Freiflächen. Während eine PV-Anlage für den gleichen Ertrag die 30-fache Fläche „verbraucht“, bleibt beim Windrad der Boden unter dem Rotor zu 95 % für die Landwirtschaft erhalten.

[redacted]

Angelbachtal, den 20.03.2026

[redacted]

**Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 im Zuge der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien - Synopse zur Beteiligung nach § 12 (2) und (3) LplG in Verbindung mit § 9 (2) ROG (Teilfortschreibung Windenergie II)**
**Beteiligung der Öffentlichkeit**
**30.01.2026**

[redacted]

**STNE-ID: 841**

BE-ID: 1945
Stellungnahme im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung Teilfortschreibung Windenergie II des Regionalverbandes Heilbronn-Franken(RvHF) vom 23.September bis 23.Oktober 2024
Ausgangssituation
Infolge der stetigen Zunahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen gehen insbesondere mit der Versiegelung ökologische Funktionen des Bodens im Naturhaushalt selbst, wie auch Lebensräume für Flora und Fauna verloren. Auswirkungen treten in der Regel schleichend und über längere Zeiträume auf. Die Flächeninanspruchnahme steht als wichtiger Indikator für die Nachhaltigkeit der Raumnutzung. (siehe Flächeninanspruchnahme Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg).
Die nachteilige Entwicklung lässt sich gut an der Gemeinde Angelbachtal nachweisen (siehe Anlage 1). Sie steht für die Gemeinden des Kraichgaues, in seiner geografischen Ausprägung das Gebiet des ehemaligen Landkreises Sinsheim vor seiner Zerschlagung. Die Folge ist ein Identitätsverlust der Bevölkerung und der staatlichen Verwaltung im Umgang mit dem landschaftlichen Erbe. Obwohl das Raumordnungsgesetz und die Grundsätze des europäischen Landschaftsübereinkommens die Zusammenarbeit der drei Regionalverbände Mittlerer Oberrhein, Rhein-Neckar, Heilbronn Franken in der Planung von Nutzungen einfordern, geschah dies bis zum heutigen Tag nicht. Es tut Not diesen Naturraum “Kraichgau“ in seiner Ganzheit zu begreifen.

Kenntnisnahme
Der Ausbau von Siedlungs und Verkehrsflächen ist nicht Gegenstand der vorliegenden Planung. Kommunen, Verwaltungsverbände, Landkreise, Regionalverbände planen innerhalb ihres räumliches Zuständigkeitsbereiches. Eine Abstimmung mit benachbarten Verwaltungsräumen wie auch übergeordneten und nachfolgenden Planungsebenen erfolgt zwingend im Zuge der gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsverfahren aber auch in vorgelagerten oder begleitenden informellen Austauschformaten der Planungsträger

BE-ID: 1946 Forderung

Ende Oktober liegen den drei Regionalverbänden die Eingaben der Bevölkerung vor. Im Interesse des demokratischen Gemeinwesens und vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der Kulturlandschaft Kraichgau muss eine Standortplanung für das beschriebene Gebiet vorgelegt werden. Es geht daher nicht an, daß jeder Verband die von der Bevölkerung vorgebrachten Bedenken und Anregungen für sich beantwortet. Die Gesamtverantwortung muß sichtbar werden.
[Hinweis RVHNF: Die Stellungnahme enthält an dieser Stelle eine Karte] Sollte dies nicht gelingen, sieht der Unterzeichner ein Verstoß gegen die Grundsätze des europäischen Landschaftsübereinkommen und das Raumordnungsgesetz

Ablehnung
Die Teilfortschreibung Windenergie II begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10 und 20 KlimaG). Er dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG BW. Gemäß den Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Teilflächenziele nach § 20 KlimaG BW notwendigen Teilpläne auszuarbeiten. Diese gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieses Beteiligungsverfahrens. Die Teilfortschreibung Windenergie II dient der räumlichen Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht geeignetsten Gebiete für die Windenergie sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten Teilflächenziels von 1,8 % der Regionsfläche für Windenergie an Land. Zur Festlegung von Vorranggebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen wurde von der Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände Baden-Württemberg (AGRV) ein Empfehlungskatalog entwickelt. Um den unterschiedlichen regionalen Bedingungen Rechnung zu tragen, wurde dieser jeweils regionsspezifisch angepasst. Zuständig ist der RVHNF ausschließlich für die Region Heilbronn-Franken. Abstimmungen mit den Nachbarregionen finden jedoch in regelmäßigen Abständen statt. Es gibt für den RVHNF keinen Grund an der Verfassungsmäßigkeit der rechtlichen Grundlagen der Teilfortschreibung Windenergie II zu zweifeln. [Hinweis RVHNF: Die Stellungnahme inkl. Abbildungen wird im Anhang der Synopse dargestellt.]

BE-ID: 1947
Der Reiz des Kraichgaus liegt im Wechsel zwischen Acker-und Rebland. Der Charme der Landschaft wird durch die Inseln der Wälder und Haine erhöht. Wohltuend für das Auge ist das Aufleuchten der Rotbuchen mit ihrem herrlichen Laubkleid, das kräftige Grün der Eschen und Erlen in den Talauen und die Schönheit mächtiger Eichenstämme. Hin und wieder erfreut der Schmuck altehrwürdiger Linden oder das bizarre Geäst der Mostbirnen. Es ist nicht das „entweder- oder“, es ist vielmehr eine Landschaft des“ sowohl als auch“, des Kompromisses. Der Kraichgau ist vom Klima her begünstigt. Die Fruchtbarkeit des Bodens ist vorwiegend bedingt durch die günstige Lößbodenwärme und kalkreichen Braunerden. (siehe Schicksal einer Landschaft-Roland Thomann ISBN 3-929366-21-5)

Kenntnisnahme

BE- ID: 1948
regenerative Energie
Grundsätzlich wird die Flächensicherung für den Bau von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energie von einem Großteil der Bevölkerung mitgetragen. Es ist jedoch zu beachten, dass dieser Ausbau nach dem EEG2023 zu Lasten der offenen Landschaft geht. Hinzu kommt die Flächenbereitstellung für die sogenannten Energiepflanzen. Dem Boden wird keine Zeit zur Erholung gegeben. Vor 50 Jahren konnte man noch die Frage stellen „Was blüht am Wegesrand?“, die heute nur noch mit einem müden Kopfschütteln beantwortet werden kann. Die Folge: massives Arten-, und Insektensterben. Es ist zu überprüfen, ob durch die Regionalisierung des Flächennachweises der Kraichgau über ein vertretbares Maß in Anspruch genommen wird. Nach dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) müssen 1,8% der Landesfläche für Anlagen nachgewiesen werden. Die 1,8% muß somit auch die bevölkerungsreichste Region Rhein-Neckar mittragen, in der nahezu die Hälfte der Kraichgaulandschaft liegt. Diese Unwucht ist nicht vertretbar. Es ist dringend geboten alternative Flächen in dünner besiedelten Gebieten Regionen oder auch außerhalb von Deutschland nachzuweisen, denn der Klimawandel hält sich nicht an staatliche Grenzen
[Hinweis RVHNF: Die Stellungnahme enthält an dieser Stelle eine Tabelle: Die Bevölkerung in den Regionen im Vergleich] Die CDU fordert in Fragen der Energiepolitik mehr europäisch zu denken. Hier wäre eine Möglichkeit das politisch gesetzte Ziel umzusetzen.

Kenntnisnahme
Bei den dargestellten Sachverhalten handelt es sich um wiederkehrend vorgebrachte Argumente und Bedenken. Der Regionalverband Heilbronn-Franken hat zu diesen mehrfach vorgebrachten Belangen ein Erläuterungs- und Abwägungspapier erstellt, welches die Abwägungsvorschläge zu diesen Argumenten und Bedenken enthält. Die hier vorgebrachten Sachverhalte werden in diesem als Anlage 1 der Synopse beigefügten Dokument „Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen“ insbesondere in Kapitel 13 "Landschaftsbild", Kapitel 8 "Natur- und Artenschutz", Kapitel 1 "Planungsanlass: RechtlicherRahmen" und Kapitel 2.2 "Forderung nach stärkerer Nutzung anderer Energiequellen oder alternativer Standortvorschläge" behandelt. Die Behandlung der Sachverhalte sowie der entsprechende

Abwägungsvorschlag ist diesem Papier zu entnehmen. Der Anbau von Energiepflanzen kann nicht durch die Regionalplanung gesteuert werden. Jedoch weist die Nutzung der Windenergie eine deutlich höhere Flächeneffizienz auf. Der RVHNF kann nur in dem gegebenen gesetzlichen Rahmen planen. Diesbezüglich wird auch auf die Ausführungen oben verwiesen.

BE-ID: 1949
der Wald
Es gibt in Europa kein Land, das kulturell derart mit dem Wald verbunden ist als Deutschland.
*Tucholsky schreibt:*
*Und der Buchenwald; und das Moos, auf dem es sich weich geht, dass der Schritt nicht zu hören ist; und der kleine Weiher, mitten im Wald, auf dem die Mücken tanzen – man kann die Bäume anfassen, und wenn der Wind in ihnen saust, verstehen wir seine Sprache. Aus Scherz hat dieses Buch den Titel «Deutschland, Deutschland über alles» bekommen, jenen törichten Vers eines großmäuligen Gedichts. Nein, Deutschland steht nicht über allem und ist nicht über allem – niemals. Aber mit allen soll es sein, unser Land. Und hier stehe das Bekenntnis, in das dieses Buch münden soll: Ja, wir lieben dieses Land.*

Und heute, die Wälder werden bis über die natürlich gesetzten Grenzen ausgebeutet, mit einem Erschließungssystem von Wegen und Gassen in Abständen von 40m befahren, Buchen die älter als 70 Jahre sind, fallen den Erntemaschinen zum Opfer oder wurden durch Fichtenplantagen ersetzt, die im regelmäßigen Abstand dem Borkenkäfer zum Fraß aufgetischt werden. Die Forstexperten werden nicht müde, den Eingriff durch das Bauen der Windräder in den Wald schönzureden. So werden im öffentlich-rechtlichen Fernsehen berechtigte Sorgen mit der Bemerkung weggewischt, dass höchstens 12 Bäume wegfallen- so what- und das über 200m hohe Windrad durch professionell gesetzte Schrägaufnahmen, verdeckt durch Bäume, als harmloser Vorgang abgelichtet. Der Blick von oben spricht eine andere Sprache. Es ist ein echter kultureller Verfall, der hier sichtbar wird. [Hinweis RVHNF: Die Stellungnahme enthält an dieser Stelle ein Luftbild

Kenntnisnahme
Bei den dargestellten Sachverhalten handelt es sich um wiederkehrend vorgebrachte Argumente. Der Regionalverband Heilbronn-Franken hat zu diesen mehrfach vorgebrachten Belangen ein Erläuterungs- und Abwägungspapier erstellt, welches die Abwägungsvorschläge zu diesen Argumenten, Anregungen und Bedenken enthält. Die hier vorgebrachten Sachverhalte werden in diesem als Anlage 1 der Synopse beigefügten Dokument „Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen“ insbesondere in Kapitel 9 „Inanspruchnahme von Waldflächen“. Aus den darin getätigten Aussagen geht hervor, dass Waldeingriffe als Beeinträchtigungen festgestellt werden, aber als vertretbar beurteilt werden. Die Abwägung dieser und aller weiteren im Beteiligungsverfahren vorgetragenen Belange erfolgt im Zuge der gesetzlich vorgegebenen Verfahrensschritte durch die Gremien des RVHNF

BE-ID: 1950
die Lösung?
Am Beispiel der Gemeinde Angelbachtal versuchte der Unterzeichner das Problem anzugehen. Der Vorschlag liegt dem Verband Region Rhein-Neckar vor. Er kann nur noch an dem Pachtgeld von über 150.000EURO scheitern, das für das Loch der gefällten 12 Bäume im Gemeindewald in die Gemeindekasse fließt. Der noch in Teilen festgestellte Charme der Landschaft muss erhalten bleiben oder wiederhergestellt werden. Hier verbietet sich grundsätzlich der Eingriff in die Waldstruktur. Die Wälder des Kraichgaues sind die letzten gestalt- und vernetzbaren ökologischen Naturräume, die wir nachfolgenden Generationen hinterlassen können. Jede Abweichung von dem Grundsatz muss begründet und für jedermann nachvollziehbar dargelegt werden. Es kann nicht sein, daß Gutachten, Stellungnahmen der Verwaltung und Verbände, die diesen Eingriff
bewerten der Öffentlichkeit vorenthalten werden. [Hinweis RVHNF: Die Stellungnahme enthält an dieser Stelle ein Foto] Wenn es nach dem Willen der Gemeinde Angelbachtal geht, werden in dem FFH-Gebiet Waldmeisterbuchenwald Windenergieanlagen gebaut werden. Rechts eine kraichgau-typsche Streuobstbaumallee.

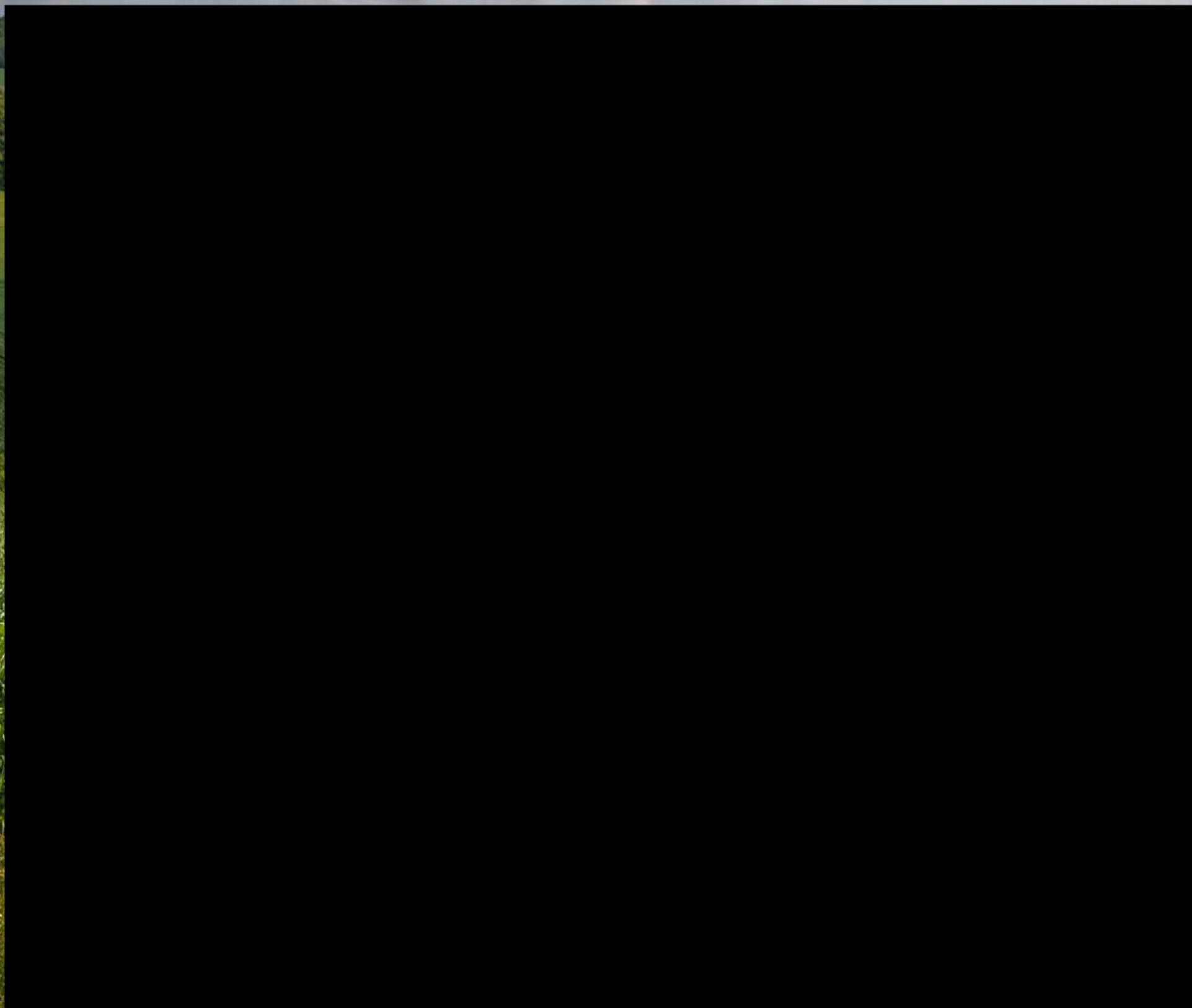
Kenntnisnahme
Bei den dargestellten Sachverhalten handelt es sich um wiederkehrend vorgebrachte Argumente und Bedenken. Der Regionalverband Heilbronn-Franken hat zu diesen mehrfach vorgebrachten Belangen ein Erläuterungs- und Abwägungspapier erstellt, welches die Abwägungsvorschläge zu diesen Argumenten und Bedenken enthält. Die hier vorgebrachten Sachverhalte werden in diesem als Anlage 1 der Synopse beigefügten Dokument „Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen“ insbesondere in Kapitel 9 "Inanspruchnahme von Waldflächen", Kapitel 13 "Landschaftsbild" und Kapitel 8 "Natur- und Artenschutz" behandelt. Die Behandlung der Sachverhalte sowie der entsprechende Abwägungsvorschlag ist diesem Papier zu entnehmen. Die Gemeinde Angelbachtal liegt nicht in der Region Heilbronn-Franken und damit nicht im räumlichen Zuständigkeitsbereich des RVHNF. Gutachten, soweit sie für die vorliegende Planung relevant sind werden der Öffentlichkeit nicht vorenthalten. So sind den Standortdatenblättern z.B. vorliegende FFH-Vorprüfungen beigelegt, soweit diese eine für ein Vorranggebiet Relevanz haben. Stellungnahmen aus dem Unterrichtungsverfahren stehen als Synopse mit Abwägungsvorschlägen auf der Homepage des RVHNF zum Download bereit. Auch die Stellungnahmen aus der Anhörung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit im Zuge des Beteiligungsverfahrens werden entsprechend veröffentlicht werden.
[Hinweis RVHNF: Die Stellungnahme inkl. Abbildungen ist im Anhang der Synopse dargestellt.]

# Kraichgau

[redacted]



## oder der lange Weg der Petition 17/04147



Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss

[redacted]

Berlin, 10. Juli 2025
Bezug: Ihre Eingabe vom
30. Juni 2025

**Referat Pet 1**
**BMI, BMV, BMWE**

[redacted]
Platz der Republik 1
11011 Berlin
[redacted]

**Erneuerbare Energien / Energiewende**
**Pet 1-21-09-752-003062** (Bitte bei allen Zuschriften angeben)

Sehr geehrter Herr [redacted]

hiermit bestätige ich den Eingang Ihrer Petition mit der ID-Nummer 183232.

Der Ausschussdienst, der die Aufgabe hat, für den Petitionsausschuss Vorschläge zu erarbeiten, hat die von Ihnen eingereichte Petition sorgfältig geprüft: Er ist zu dem Ergebnis gekommen, dass für Ihr Anliegen nicht der Deutsche Bundestag, sondern der Petitionsausschuss des Landtags von Baden-Württemberg zuständig ist.

Ich habe deshalb, Ihr Einverständnis voraussetzend, eine Kopie Ihrer Eingabe an die zuständige Landesvolksvertretung übersandt und bitte, weitere Zuschriften in der vorgetragenen Angelegenheit unmittelbar an die Landesvolksvertretung zu richten. Die Anschrift lautet:

**Landtag von Baden-Württemberg**
**- Petitionsausschuss -**
**Haus des Landtages**
**Konrad-Adenauer-Straße 3**
**70173 Stuttgart**

Wegen fehlender Zuständigkeit des Ausschusses ist eine Veröffentlichung Ihrer Eingabe auf der Internetseite des Petitionsausschusses nach Nr. 2.1 der Richtlinie für die Behandlung von öffentlichen Petitionen (veröffentlicht unter www.bundestag.de/Petition) nicht möglich.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

An den
Deutschen Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1

11011 Berlin

# - Für Ihre Unterlagen -

## Petition an den Deutschen Bundestag
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

**Persönliche Daten des Hauptpetenten**

| | |
|---|---|
| Anrede | |
| Name | [redacted] |
| Vorname | |
| Titel | |

**Anschrift**

| | |
|---|---|
| Wohnort | [redacted] |
| Postleitzahl | |
| Straße und Hausnr. | |
| Land/Bundesland. | |
| Telefonnummer | |
| E-Mail-Adresse | |

## Wortlaut der Petition

Mit der Petition wird gefordert, ...

Ad Orientem

Forschungsprojekt/Ideenwettbewerb zur Projektierung von Anlagen zur Erzeugung, Speicherung regenerativer Energie und Beurteilung der Wirkungen auf die Kulturlandschaft Kraichgau und die Gemeinden Angelbachtal und Östringen.(Baden-Württemberg)

## Begründung

Wir stehen heute in der Gemeinde Angelbachtal vor der unerfreulichen Situation, dass ausgerechnet die am geeignetste Fläche (Hohberg) für Windenergieanlagen durch einen Gemeinderatsbeschluss als Standort herausgenommen wurde, obwohl bereits vor 10 Jahren das Gebiet in einem regionalplanerischen und einem Bauleitplanverfahren als geeigneter Standort ausgewiesen wurde. Der Regionalverband, ein Ingenieurbüro und Teile der Einwohnerschaft kämpfen für die Aufnahme des Gebietes, zumal die von der Gemeinde Angelbachtal vorgetragenen Gründe nicht zutreffen. Es geht hier nicht nur um die Fläche im Gewann Hohberg, sondern der Ausschluss hätte zur Folge, dass die um Angelbachtal liegende Hügelkette als Standort für Windenergieanlagen ausfällt. Erschwerend kommt die ablehnende Haltung der Gemeinde Östringen (Regionalverband Karlsruhe) hinzu. Auch hier sind die Gründe nicht nachvollziehbar. Es drängt sich bei mir das ungute Gefühl auf, beide Gemeinden möchten eine industrielle Entwicklung verhindern, obwohl alle Argumente für das Gebiet sprechen. Im Gegensatz zum Land Rheinland Pfalz verzichtete Baden-Württemberg als Folge der verwaltungstechnischen Zersplitterung auf die Meldung der historischen Kulturlandschaft Kraichgau.(Raumordnungsgesetz)
Es ist das Anliegen der Petition durch einen Ideenwettbewerb oder Forschungsauftrag diesem Versäumnis entgegenzuwirken. Es ist noch nicht zu spät, am Beispiel Angelbachtal/Östringen die Wirkungen des EEG 2023 auf die Kulturlandschaft Kraichgau in seiner Gesamtheit zu erfassen. Es gibt Spielräume, um die Landschaft eines Ratzels noch in Teilen zu bewahren. Man sollte zur Kenntnis nehmen, daß die derzeit laufenden Planungen für alle Zeit den Lebensraum für Mensch und Natur verändern.

## Anregungen für die Forendiskussion

Soweit Sie es für wichtig halten, senden Sie bitte ergänzende Unterlagen in Kopie (z.B. Entscheidungen der betroffenen Behörde, Klageschriften, Urteile) **nach Erhalt des Aktenzeichens** auf dem Postweg an folgende Kontaktadresse:

Deutscher Bundestag
Sekretariat des Petitionsausschusses
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030)227 35257

# Petition an den Deutschen Bundestag



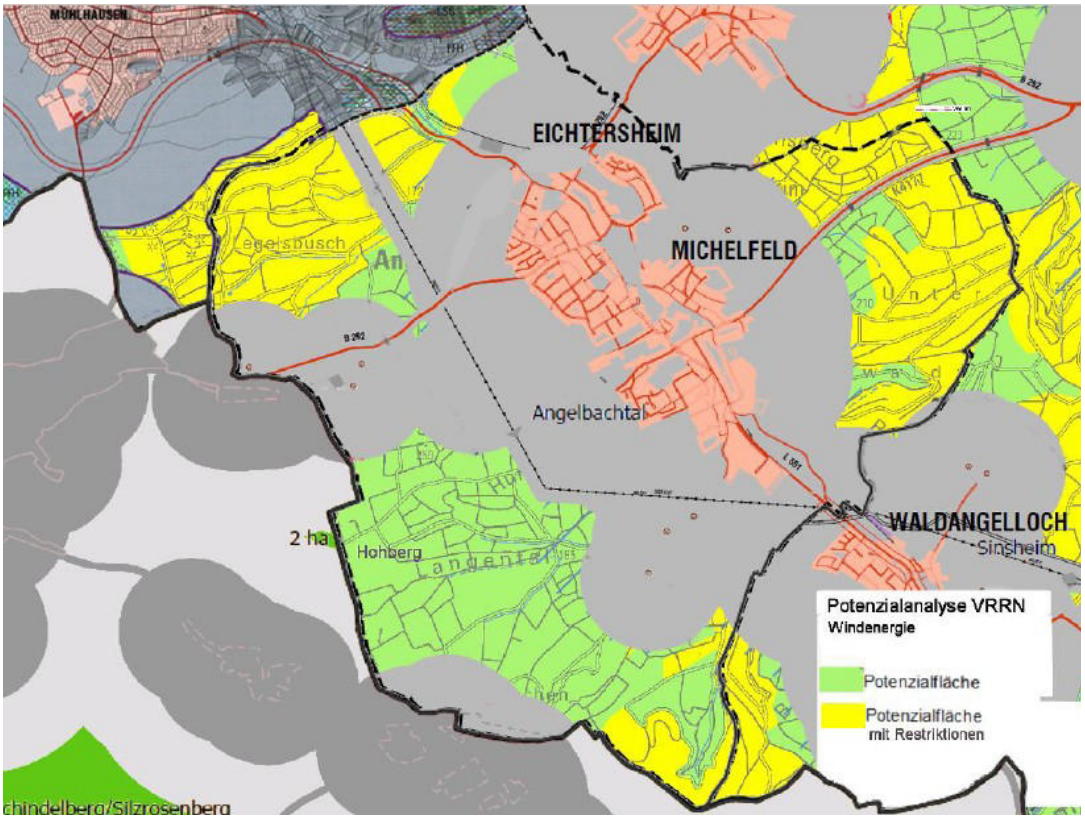
*Lobenfeld. Blick auf das alte Zisterzienserkloster*

## Ad Orientem

**Forschungsprojekt/Ideenwettbewerb zur Projektierung von Anlagen zur Erzeugung, Speicherung regenerativer Energie und Beurteilung der Wirkungen auf die Kulturlandschaft Kraichgau und die Gemeinden Angelbachtal und Östringen.(Baden-Württemberg)**

Es war der 19.Januar 2023, eine Bürgerversammlung, die im Sinne des §20 Gemeindeordnung Baden-Württemberg, als die Angelbachtaler Einwohnerschaft durch Mitarbeiter des Verbandes Region Rhein-Neckar über den Ausbau der regenerativen Energiequellen unterrichtet wurde und es war für mich persönlich ein Schock. Man muß sich nur vorstellen, im Zuhörerraum sitzt eine Person im Alter von 78 Jahren, die zeitlebens in Angelbachtal und in der Nachbargemeinde Waldangelloch gewohnt und gearbeitet hat und aufgrund der beruflichen Tätigkeit (Vermessungstechnik) eine enge Beziehung zur Kraichgaulandschaft aufbaute. An dem Abend erfuhr er, daß aufgrund der Windhöffigkeit die Gemeinde Raum für über 30 Windräder vorhalten kann und sie ihrer Verantwortung als eine der windhöfigsten Kraichgaugemeinde ihrer Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit nachkommen muss. Es sei jedoch das Ziel, durch einen Kriterienkatalog steuernd auf die Standortwahl im Gemeindegebiet einzugreifen



Überrascht und an meiner demokratischen Grundüberzeugung gerüttelt, erfuhr ich, daß bereits im Herbst 2022 die Meldung der ausgewählten Gebiete an den VRRN erfolgte. Es waren zwei Waldgebiete: der Unterwald (FFH-Gebiet), die Steinrutsche (grenzt an FFH-Gebiet). Wenn schon derart massiv in das Landschaftsbild eingegriffen wird, ist es bis zum heutigen Tag meine Überzeugung, daß der Bevölkerung eine Mitwirkung bei der Standortplanung eingeräumt werden muß.. Die Festlegungen wirken über Jahrzehnte. Die Windenergie als andere Form der Sonnenenergie schenkt uns das Universum. Ihre Nutzung ist daher unbestritten.
Die Standortmeldung der Gemeinde ohne Mitwirkung der Öffentlichkeit führte zur Eingabe einer Petition beim Land Baden-Württemberg. (siehe Anhang). Sie wurde unter der Nummer 17/2520 behandelt, mit der Beschlussempfehlung der Petition bei drei Ja-Stimmen nicht abzuhelfen.
Bei allem Respekt vor der Entscheidung des Petitionsausschusses bleiben Fragen offen.

Folgerichtig und orientiert an der Meldung der Gemeinde nahm der VRRH für die erste Bewertungsrunde den Gemeindewald Legelsbusch mit auf, kam jedoch zur Feststellung,daß die gemeldeten Gebiete aus regionalplanerischer Sicht mit hohen Umweltauflagen verbunden und daher für Windenergieanlagen nicht geeignet sind.

Wir stehen heute in der Gemeinde Angelbachtal vor der unerfreulichen Situation, dass ausgerechnet die am geeignetste Fläche (Hohberg) für Windenergieanlagen durch einen Gemeinderatsbeschluss als Standort herausgenommen wurde, obwohl bereits vor 10 Jahren das Gebiet in einem regionalplanerischen und einem Bauleitplanverfahren als geeigneter Standort ausgewiesen wurde. Der Regionalverband, ein Ingenieurbüro und Teile der Einwohnerschaft kämpfen für die Aufnahme des Gebietes, zumal die von der Gemeinde Angelbachtal vorgetragenen Gründe nicht zutreffen. Es geht hier nicht nur um die Fläche im Gewann Hohberg, sondern der Ausschluss hätte zur Folge, dass die um Angelbachtal liegende Hügelkette als Standort für Windenergieanlagen ausfällt. Erschwerend kommt die ablehnende Haltung der Gemeinde Östringen (Regionalverband Karlsruhe) hinzu. Auch hier sind die Gründe nicht nachvollziehbar. Es drängt sich bei mir das ungute Gefühl auf, beide Gemeinden möchten eine industrielle Entwicklung verhindern, obwohl alle Argumente für das Gebiet sprechen.

**die Grenzen des Wachstums**

Bei meinem Studium in Karlsruhe konnte ich die Gründungsversammlung der Partei “die Grünen” mitverfolgen. Es war die Zeit eines Frederic Vester, Herbert Gruhl, Hubert Weinzierl, Bundespräsident Carstens wanderte noch durch Deutschland und Wissenschaftler warnten in “Grenzen des Wachstums” vor der Zerstörung unseres Planeten. Heute wird man als spinnert bezeichnet, verweist man auf diese Zeit. Das Lebensziel “Gleichgewicht” stand im Vordergrund und wurde wie folgt beschrieben:

*In der Natur haben wir es mit einer Stabilität zu tun, die sich nie auf Gewalt und nie auf ganz starre Formen gründet, sondern die mit geringfügigen Steuerenergien den ständigen Auf-und Abbau aller beteiligten Komponenten im Hinblick auf eine optimale Funktion des Ganzen reguliert. Es kommt mit einem minimalen Energieaufwand aus-ohne Materialverschwendung, ohne Belastung durch das, was es produziert und ohne den Zwang zum Wachstum. Denn all dies würde die Umwelt des Systems so verändern,dass das System, so wie es ist, mit ihr bald kein Gleichgewicht mehr bilden könnte. Es liefe Gefahr zusammenzubrechen. (ecopolicy-vester)*

Mit dem politisch gesetzten Ziel, "Wachstum,Wachstum, Wachstum, die Bagger müssen rollen" greift der Mensch in den Lebensraum ein. Bis zu einem gewissen Grad kann die Erde durch Selbstregulierung die Störung verarbeiten. Wir sind jedoch heute an einem Punkt angekommen, an dem die Erde diese nicht mehr verarbeiten kann. Die Erde wird den Menschen noch lange tragen, bleibt die Frage, in welcher Umwelt er lebt. Ist es der Tinywald, die begrünte Betonfassade eines Hochhauses, die mit Gentechnik eingebrachte und gesteuerte Lebenswelt-, vom Mensch beginnend und im Boden endet-, ein Horrorszenario für jemanden, der noch den Artikel -Glücksinseln und Träume- eines Friedrich Ratzel lesen und den Kraichgau noch in Teilen so wie er erleben durfte. Wer könnte daher besser die enge Beziehung zwischen Landschaft und Heimat beschreiben, die es im Kraichgau zu bewahren gilt.

Die Forderung findet ihren Niederschlag im §2(2,Nr.5) Raumordnungsgesetz.(ROG)
*Kulturlandschaften sind zu erhalten und zu entwickeln. Historisch geprägte und gewachsene Kulturlandschaften sind in ihren prägenden Merkmalen und mit ihren Kultur- und Naturdenkmälern sowie dem UNESCO-Kultur- und Naturerbe der Welt zu erhalten*

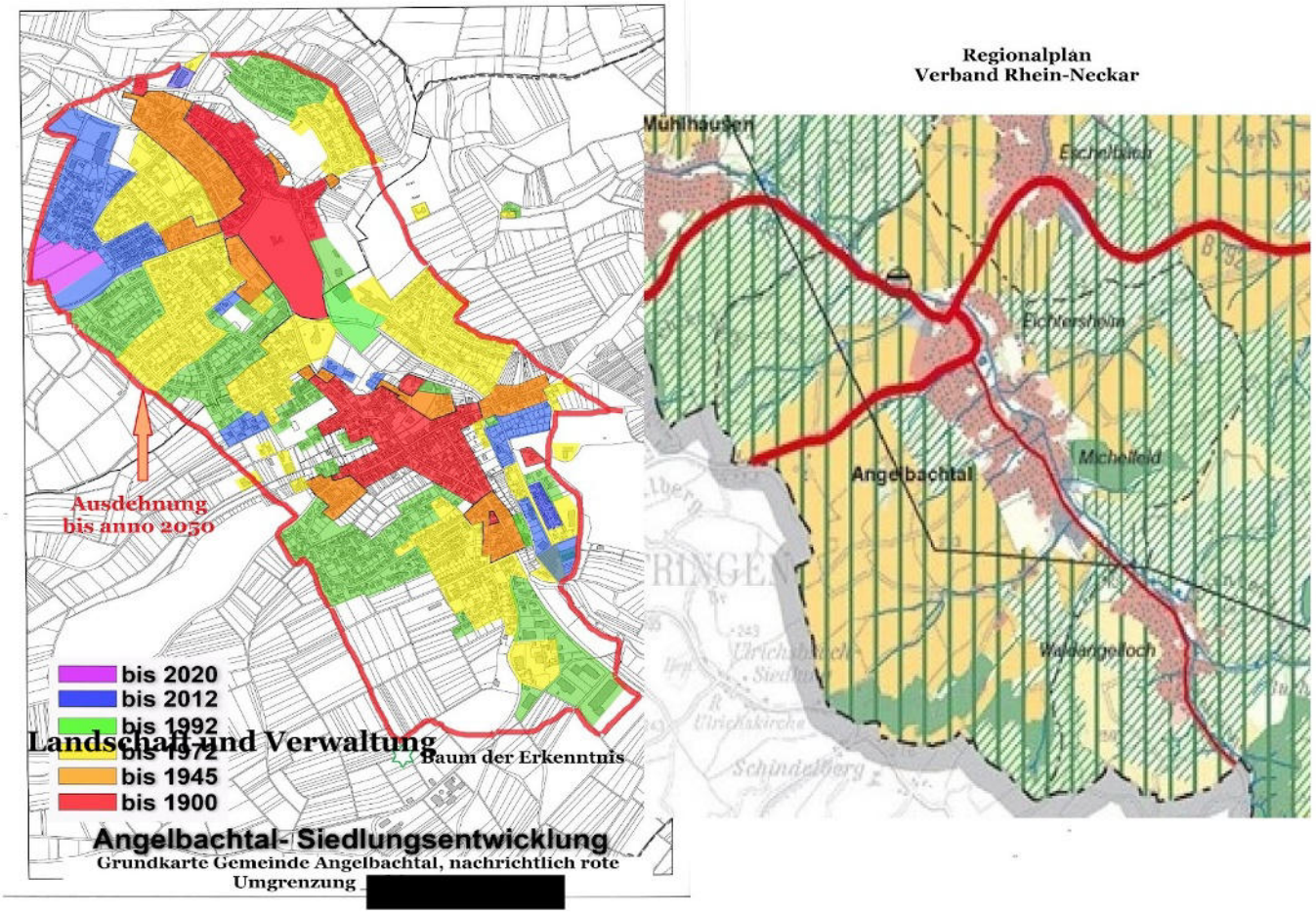
Nach Ratzel (aus Heimweh) wären es im Kraichgau folgende Merkmale:

Auszüge

-deshalb steigt man beständig **Hügel** hinan, die nicht sehr hoch und breite Mulden hinab, die nicht sehr tief sind.
- in den Mulden gehen **stille Bäche** unter Erlen über grüne,wohl drainierte Wiesen
- an ihnen ziehn sich **Dörfchen** von mäßiger Größe hin
- an den Hängen liegen die **Felder**
- und oben stehen dunkle **Wälder** mit ganz geraden Ränder
- aber schon meinen ersten Blick, als ich mich wandte, um dem Dorfe zuzuschreiten, (von Östringen kommend nach Angelbachtal/Eichtersheim) das meine Heimat für Jahre sein sollte, traf ein versöhnendes Bild: ein hohes Kreuz aus Stein, ohne den Gekreuzigten zwar, aber mit einem Weihespruch auf dem Sockel…ein Sinnbild der Erhabenheit eines **einfachen Glaubens**, der nicht viel Schmuck und Farbe nötig hat.

Als ich diesen Text aus Ratzels Glücksinseln und Träume übernahm, diskutierte die SPD in ihrem Parteitag über Industriepolitik. Dass Deutschland ein Industrieland ist, bleibt unbestritten, dennoch sollte man wissen, daß nur die Pflanze aus Erde, Wasser, Luft und Sonnenlicht die Bestandteile ihres Körpers selbst aufbauen. Tiere und Menschen müssen,um leben zu können, Bestandteile ihres Körpers aus bereits lebender Materie gewinnen, das heißt, sie müssen zum Leben Pflanzen oder animalischen Lebewesen das Leben abschneiden. Die Menschheit ist auf das GRÜN angewiesen. (s. Formel zur Macht/Fucks)
Wird diese grundlegende Erkenntnis missachtet, führt es zur Verwüstung.
Es gibt  Länder, dort ist bereits die Situation eingetreten. Hier hätte ich mir vom Parteitag eine tiefere Diskussion gewünscht.
Macht es Sinn in einem dicht besiedelten Land noch Photovoltaik auf landwirtschaftlich genutzten Flächen zu montieren oder durch Anbau der sogenannten Energiepflanzen dem Boden keine Ruhe mehr zur Regeneration zu geben, obwohl gerade diese Technologien in den Ländern mit fortschreitender Verwüstung zur Erzeugung der "erneuerbaren" Energie der geeignete Standort wäre.
Hier sind andere europäische Länder weiter - z.B. Großbritannien steht in diesen Fragen in Verhandlung mit Marokko.
Bereits im Kraichgau kann zunehmende Erosion aufgrund der intensiven Landnutzung nachgewiesen werden.

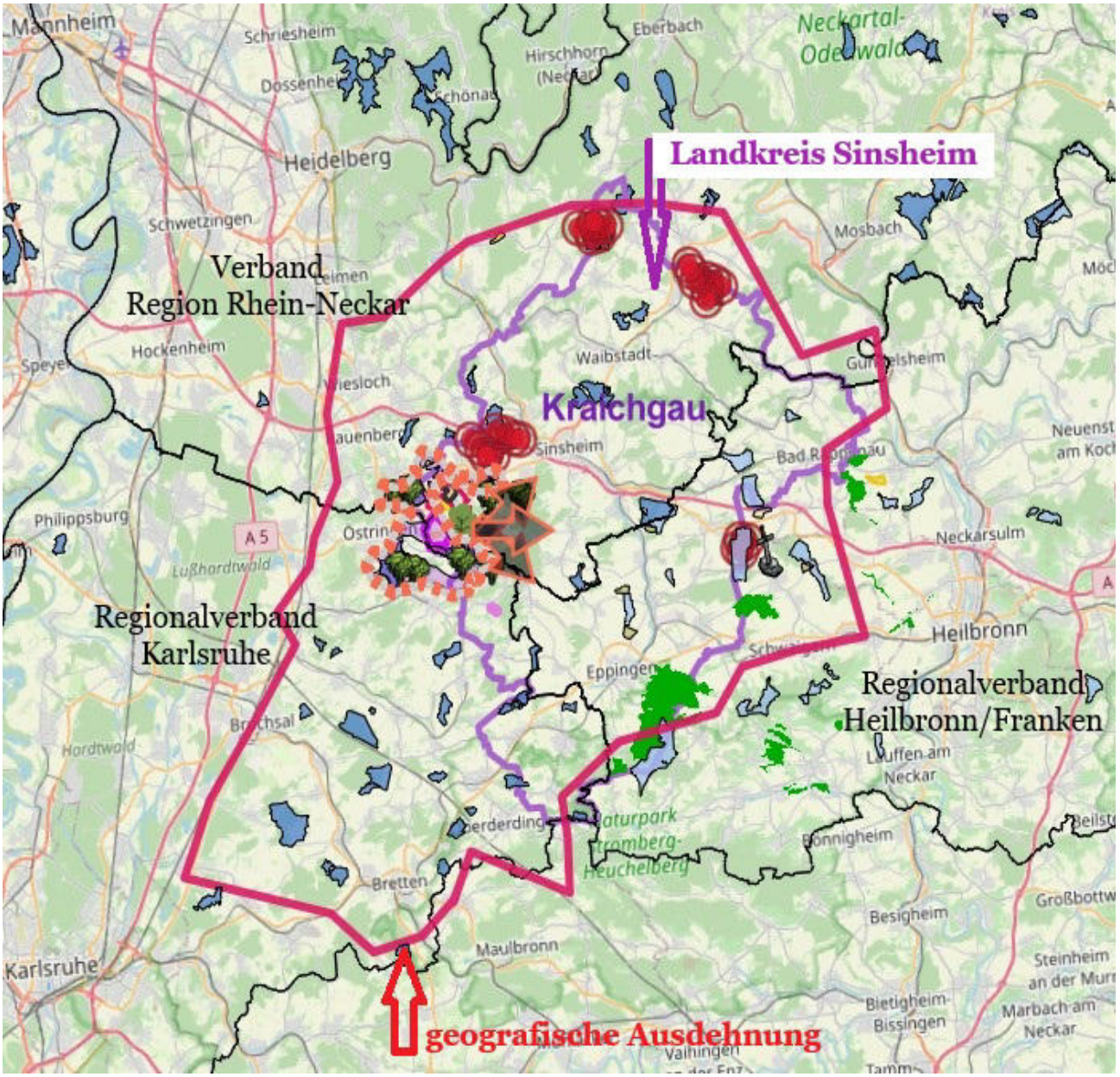
In der Siedlungsentwicklung sind die Gemeinden des Kraichgaues an ihre Grenzen gekommen. Am Beispiel der Gemeinde Angelbachtal lässt sich die Situation gut nachweisen. Bis zum Jahr 2050 wird ein Vielfaches an Flächen im Vergleich  zu den letzten 1000 Jahren versiegelt sein.



Die natürliche Landschaft kennt keine politischen Grenzen. Sie leidet, wenn der Mensch die Grenzen zieht. Es sind Verwaltungsgrenzen mit negativen Auswirkungen auf das kulturelle Zusammenleben der Menschen und ökologische Verknüpfung der Tier-und Pflanzenwelt, eine für die Kulturlandschaft Kraichgau zutreffende Entwicklung. Zu Zeiten Ratzels lag der große Teil des Kraichgaues im Großherzogtum Baden der kleinere im Königreich Württemberg. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand das Land Baden-Württemberg mit den Landkreisen Bruchsal,Heidelberg,Sinsheim, Heilbronn u.a. Der Landkreis Sinsheim war der einzige Landkreis, der mit seiner ganzen Fläche im Kraichgau lag. Mit der Verwaltungsreform im Jahr 1972 wurde der Landkreis Sinsheim aufgelöst und zerfiel in drei Gebietsteile: ein Teil wurde dem Landkreis Karlsruhe, ein weiterer dem Rhein.Neckar Kreis und der dritte dem Landkreis Heilbronn zugeschlagen. Der Kraichgau wurde nicht mehr als Landschaft wahrgenommen, überspitzt formuliert wurde er der Hinterhof der Großstädte Karlruhe/Bruchsal-Mannheim/Heidelberg und Heilbronn. Die für die Landschaft nachteilige Situation findet ihren Niederschlag auch in der Regionalplanung. Sie wird betreut vom Verband Region Rhein-Neckar(VRRN) mit seiner Ausdehnung über drei Landesteile Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland Pfalz, mit der Folge daß über den nördlichen Teil des Kraichgaues (Sinsheim/Angelbachtal/Wiesloch u.a.) der Landtag Rheinland-Pfalz entscheidet, südlich liegende Teile werden im Regionalverband Karlsruhe (Östringen–) und östlich liegende Gemeinden wie Eppingen im Regionalverband Heilbronn/Franken planerisch zur Entscheidung im Landtag Baden-Württemberg vorbereitet.

**Die Kulturlandschaft Kraichgau hat ihre Identität verloren.**

**Sie erscheint nicht mehr als schützenswert.**


Landkreis Sinsheim
Verband
Region Rhein-Neckar
Kraichgau
Regionalverband
Karlsruhe
Regionalverband
Heilbronn/Franken
geografische Ausdehnung
Mannheim
Heidelberg
Schwetzingen
Hockenheim
Speyer
Philippsburg
Sinsheim
Waibstadt
Eppingen
Bretten
Maulbronn
Karlsruhe
Heilbronn
Neckarsulm
Bad Rappenau
Mosbach
Eberbach
Hirschhorn
Neckartal-
Odenwald
Schriesheim
Dossenheim
Schönau
Hardtwald
Lußhardtwald
A 5
Naturpark
Stromberg-
Heuchelberg
Besigheim
Bönnigheim
Neckar
Bietigheim-
Bissingen
Marbach am
Neckar
Steinheim
an der Murr

Im Gegensatz zum Land Rheinland Pfalz verzichtete Baden-Württemberg als Folge der verwaltungstechnischen Zersplitterung auf die Meldung der historischen Kulturlandschaft Kraichgau ( §2 ROG , siehe oben).

*Der Teilregionalplan Windenergie zum Einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar hat folgenden Wortlaut:Teilregionalplan Windenergie Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar Innerhalb der nachfolgend aufgeführten landesweit bedeutsamen historischen Kulturlandschaften ist die regionalbedeutsame Windenergienutzung ebenfalls ausgeschlossen: - 9.1.3 Speyerer Rheinniederung- 9.1.4 Maxauer Rheinniederung- 9.2.1 Haardtrand Pfälzerwald - 9.2.2 Hügelland der Haardt, östlich der Stadt Neustadt an der Weinstraße erweitert bis zur A65 *- 9.2.3 Nördliche Weinstraße Außerdem ist die Windenergienutzung in Natura 2000-Gebieten, für die nach dem „Naturschutzfachlichen Rahmen zum Ausbau der Windenergienutzung in Rheinland-Pfalz", erstellt von der Staatlichen Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinland Pfalz und das Saarland und dem Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz, ein sehr hohes Konfliktpotential besteht, ausgeschlossen.*

**Es ist das Anliegen der Petition diesem Versäumnis entgegenzuwirken. Es ist noch nicht zu spät, am Beispiel Angelbachtal/Östringen die Wirkungen des EEG 2023 auf die Kulturlandschaft Kraichgau in seiner Gesamtheit zu erfassen. Es gibt Spielräume, um die Landschaft eines Ratzels noch in Teilen zu bewahren. Man sollte zur Kenntnis nehmen, daß die derzeit laufenden Planungen für alle Zeit den Lebensraum für Mensch und Natur verändern.**

Anmerkung zu Ratzels Landschaftsmerkmale

**Hügel**: Grundsätzlich bestehen keine Bedenken Windräder auf den Hügeln zu errichten. Mit Bedacht geplant können diese noch die Hügellandschaft unterstützen.

**stille Bäche:** ein schwieriges Merkmal, kann jedoch als Gewässernetz gesichert und wiederhergestellt werden

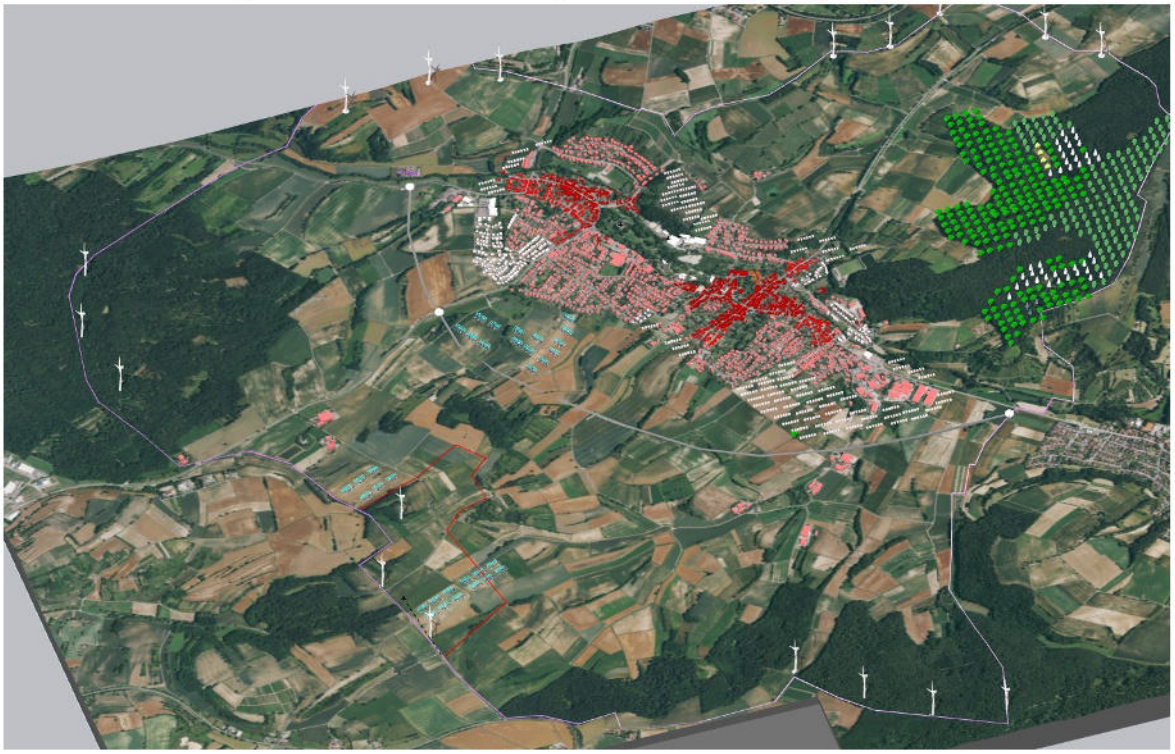
**Dörfchen:** das Dörfchen ist Vergangenheit, durch kluge Verkehrsplanung kann die Lebensqualität verbessert werden

**Felder:** die fortschreitende Versiegelung und zu intensive Nutzung muß beendet werden

**Wälder:** die kleinteilige Struktur der Wälder im Kraichgau verbietet die Nutzung für Windenergieanlagen. Es sind die einzigen gestaltbaren Flächen für künftige Generationen auch unter dem Aspekt der Repowering. Ausnahmen von dem Grundsatz sind überzeugend und transparent darzulegen.

**einfacher Glaube:** Mönche des frühen Mittelalters besiedelten den Kraichgau. Durch die Wegekreuze wird die enge Beziehung zwischen Religion und Landschaft sichtbar. Auch der Islam kennt diese. Als zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Deutschland tragen auch Mulim*innen Verantwortung für den Erhalt der Kulturlandschaft

Gemeinde Angelbachtal- im Jahr 2050-Forschungsprojekt/Ideenwettbewerb



Blick vom Steinsberg nach Westen -Richtung Angelbachtal-



Blick von Angelbachtal Gemarkungsgrenze/Waldangelloch
**ad orientem** Richtung Steinsberg





# LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
Petitionsausschuss

Landtag von Baden-Württemberg Konrad-Adenauer-Straße 3 70173 Stuttgart

[redacted]

Stuttgart, 24.07.2025

Telefon: 0711 2063 2525
Telefax: 0711 2063 142540
Aktenzeichen: Petition 17/04147
E-Mail: petitionen@landtag-bw.de

**Ihr Schreiben vom 30.06.2025 zur abgeschlossenen Petition 17/02520**

Sehr geehrter [redacted]

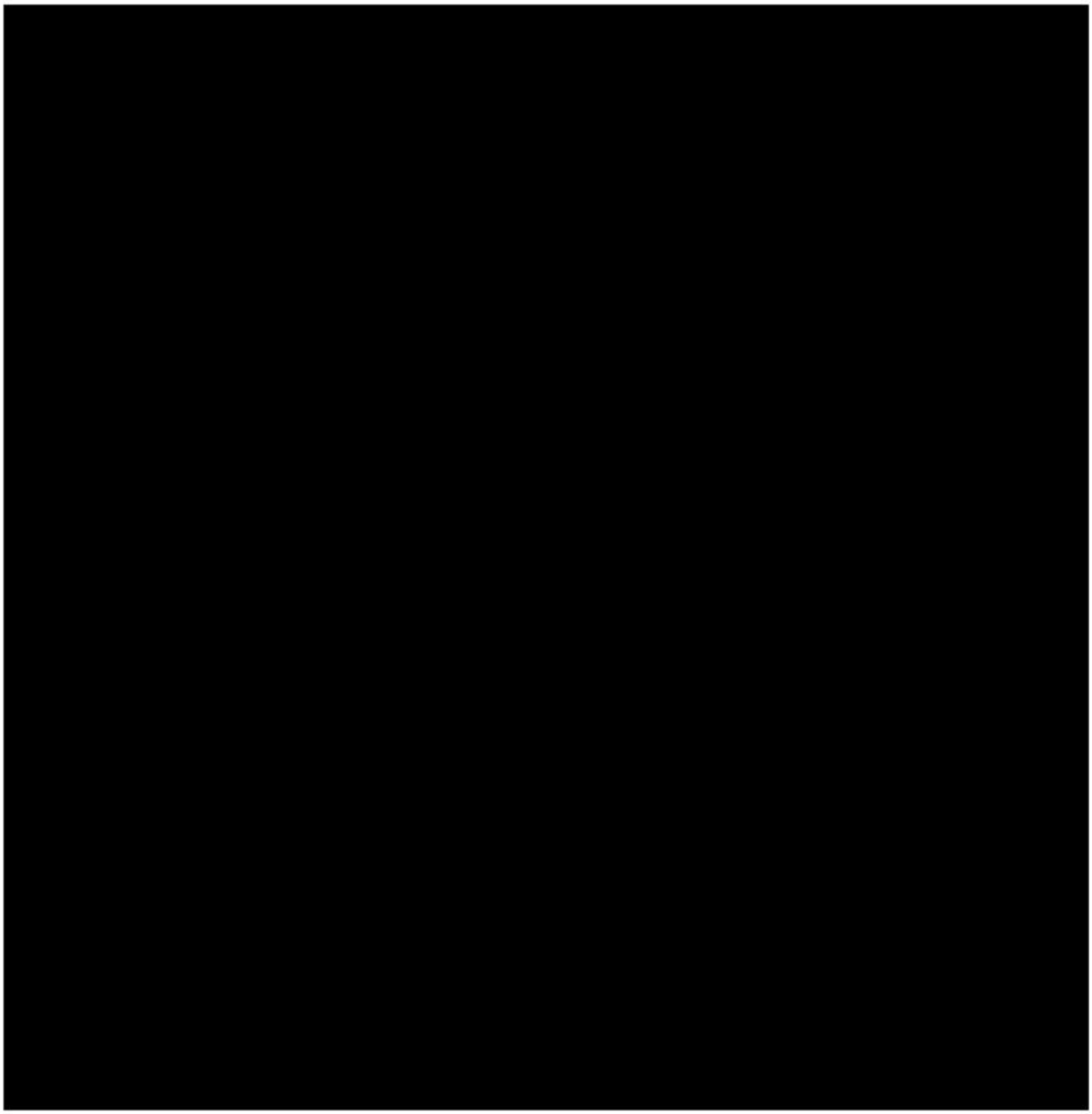
Ihre Eingabe, die Sie am 30.06.2025 an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages gerichtet haben, wurde dem Landtag von Baden-Württemberg mit Schreiben vom 10.07.2025 zugeleitet. Mit Online-Petition vom 22.07.2025 haben Sie Ihr Anliegen beim Landtag von Baden-Württemberg eingereicht.

Der von Ihnen vorgetragene Sachverhalt war Gegenstand der Petition 17/02520, über die der Landtag von Baden-Württemberg in seiner 111. Sitzung am 13.12.2024 entschieden hat. Dieses Petitionsverfahren ist abgeschlossen. Ich muss Sie deshalb auf die ergangene Landtagsentscheidung verweisen (vgl. Landtagsdrucksache17/7898 lfd. Nr. 9). Ihre o. g. Zuschrift vom 30.06.2025 an den Deutschen Bundestag vermag an der Sach- und Rechtslage nichts zu ändern.

Sofern Sie über die Landtagsentscheidung hinaus eine Befassung des Petitionsausschusses des Landtags von Baden-Württemberg für geboten halten, bitte ich Sie um entsprechende Mitteilung und Angabe der konkreten Sachverhalte, denen der Petitionsausschuss noch nachgehen sollte.

Mit freundlichen Grüßen

**Anlage**



**Gemeinde Angelbachtal**

**Einladung zur nächsten Gemeinderatssitzung**

Am **Montag, den 20.10.2025** findet **um 19.00 Uhr im Bürgersaal des Rathauses** die nächste Sitzung des **Gemeinderates** statt.

Hierzu laden wir freundlich ein.

Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte:

**Öffentlich:**

TOP 1 Bürgerfragestunde

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

am 30.Juni 2025 reichte ich eine Petition beim Deutschen Bundestag ein. Im Kern geht es um die Erhaltung der Kulturlandschaft Kraichgau vor dem Hintergrund der Umsetzung des EEG 2023. Da die Bundesrepublik Deutschland als eines der wenigen Länder nicht dem Europäischen Landschaftsübereinkommen beitrat, wählte ich diesen Ansprechpartner. Der Bundestag leitete die Petition an das Land Baden-Württemberg weiter, das eine Überprüfung des Anliegens zusagte.
So ist zum Beispiel für mich nicht nachvollziehbar, dass im rheinlandpfälzischen Teil des Verbandes Region Rhein-Neckar (VRRN) das **Hügelland** der **Haardt** von der Windenergieausnutzung als bedeutsame Kulturlandschaft von der Windenergienutzung ausgeschlossen und das **Hügelland Kraichgau** in diesem Abwägungsprozess mit keinem Wort erwähnt wurde.

[redacted]

## Haardt

Der Wein hat das Weindorf, urkundlich zum ersten Mal erwähnt 1256, reich gemacht: Fachwerkhäuser aus dem 18. Jhdt., Barockhäuser mit kunstvoll verzierten Torschlusssteinen und Wappen an Villen und herrschaftlichen Weingütern sind großartige Zeugen des Wohlstands und auch heute noch zu bewundern.

Von der langen Geschichte des Dorfes zeugt zudem die fast 1000 Jahre alte Burg Winzingen, ehemals Residenz von Johann Casimir. Sie stand dort, wo sich heute das Haardter Schlössel erhebt. Das Weindorf Haardt heißt auch „Balkon der Pfalz", denn bei klarem Wetter bieten sich Ausblicke über Reben bis zum Dom in Speyer.

**das Anliegen der Petition**

**Ad Orientem**
**Forschungsprojekt/Ideenwettbewerb zur Projektierung von Anlagen zur Erzeugung, Speicherung regenerativer Energie und Beurteilung der Wirkungen auf die Kulturlandschaft Kraichgau und die Gemeinden Angelbachtal und Östringen. (Baden-Württemberg)**
( siehe Anhang)

**Frage : Als Bürgermeister der Gemeinde Angelbachtal und Mitglied des Verbandes Region Rhein-Neckar, der federführend die Standortplanung der Anlagen nach dem EEG 2023 übernahm, haben Sie erheblichen Einfluss auf das Vorantreiben der Petition. Würden Sie die eingereichte Petition unterstützen?**

# Kraichgau



nachrichtlich an: Verband Region Rhein-Neckar
Regionalverband Karlsruhe
Regionalverband Heilbronn-Franken
Landtag Baden-Württemberg-Petitionsausschuss-

# Sitzungskurzbericht

*23.10.2025*

Gegenstand des heutigen Berichts ist die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom Montag, den 20.10.2025. Die Sitzung wurde von 7 Personen im Zuhörerraum und einem Pressevertreter mitverfolgt

Zunächst stand die **Bürgerfragestunde** auf der Tagesordnung. Dabei wurden folgende Anliegen der Bürger und Bürgerinnen aufgenommen.

Im Zusammenhang mit der Reise des Gemeinderats auf den **Spuren von Friedrich Hecker** wurde nachgefragt, ob es aus den Ortschaften Eichtersheim und Michelfeld historische Aufzeichnungen über eine Beteiligung von anderen Einwohnern an den damaligen Ereignissen gibt. Außerdem wurde der Wunsch einer Gedenktafel geäußert. Hierzu wurde erläutert, dass im Rahmen der Friedrich-Hecker-Ausstellung bereits zwei Tafeln dazu gefertigt wurden. Zudem wird die Beteiligung der beiden Ortschaften auch in den Werken von Wolfgang Haas gewürdigt.

Zwei Bürger sprachen das Thema **erneuerbare Energien** an. Zum einen ging es um die Unterstützung einer Petition, zum anderen um den aktuellen Verfahrensstand. Der Bürgermeister machte deutlich, dass er die Belange der Gemeinde und des Kreises vertritt. Daher unterstützt er die Petition nicht. Zudem handelt es sich um ein Verfahren des Regionalverbandes. Aktuelle Infos dazu finde man auf deren Homepage.

Eine Bürgerin erkundigte sich nach der diesjährigen **Bruterfolg der Störche**. Nach Auskunft der Verwaltung verlief die Brut erfolgreich. Weder Festlichkeiten noch andere

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
Verwaltung

Landtag von Baden-Württemberg · Konrad-Adenauer-Straße 3 · 70173 Stuttgart

[redacted]

Stuttgart, 23.10.2025

Durchwahl: 0711 2063 2174
Telefax: 0711 2063 142540
Aktenzeichen: Petition 17/04147

E-Mail: petitionen@landtag-bw.de

**Petition 17/04147; [redacted]**
**Windenergieanlagen in der Gemeinde Angelbachtal**

Sehr geehrter [redacted]

Ihr Schreiben vom 20.10.2025 ist beim Landtag von Baden-Württemberg eingegangen.

Es wird in die Beratung der o. g. Petition einbezogen.

Mit freundlichen Grüßen

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
Petitionsausschuss

Landtag von Baden-Württemberg Konrad-Adenauer-Straße 3 70173 Stuttgart

[redacted]

Stuttgart, 19.02.2026

Telefon: 0711 2063 2525
Telefax: 0711 2063 142540
Aktenzeichen: Petition 17/04147

E-Mail: petitionen@landtag-bw.de

**Petition 17/04147 (zur abgeschlossenen Petition 17/02520);**
[redacted]
**Windenergieanlagen in der Gemeinde Angelbachtal**

Sehr geehrter [redacted]

der Petitionsausschuss des Landtags von Baden-Württemberg hat in seiner 43. Sitzung am 29.01.2026 folgenden Beschluss gefasst:

> „Die Eingaben von [redacted] vom 30.06., 22.07., 25.07., 14.08., 26.08., 20.10., 27.10., 03.11. und 07.12.2025 (Petition 17/04147) werden nach § 67 Abs. 2 Nr. 4 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg zurückgewiesen, da sie ohne wesentliches neues Vorbringen den Inhalt der früheren Petition 17/02520 wiederholen, über die der Landtag bereits in seiner Sitzung am 13.12.2024 (Landtagsdrucksache17/7898, lfd. Nr. 9) entschieden hat."

Gründe:

Der Petent hat sich mit o. g. Schreiben erneut an den Landtag von Baden-Württemberg gewandt und bezieht sich inhaltlich auf die bereits abgeschlossene Petition 17/02520.

Der Petent begehrte in der abgeschlossenen Petition 17/02520 insbesondere die Aussetzung des Verfahrens zur Fortschreibung des Teilregionalplans „Windenergie" des Verbands der Region Rhein-Neckar für das Gebiet der Gemeinde Angelbachtal.

Mit der erneuten Zuschrift in der vorliegenden Petition weist der Petent darauf hin, dass die Region Hügelland der Haardt im benachbarten Bundesland Rheinland-Pfalz als bedeutsame Kulturlandschaft von der Winenergienutzung ausgeschlossen worden sei. In Baden-Württemberg sei versäumt worden, die Region Kraichgau als landesweit bedeutsame historische Kulturlandschaft zu melden. Dies widerspreche der Pflicht zur Erhaltung der Eigenart und Schönheit, die in § 2 des Landesnaturschutzgesetzes

Baden-Württemberg (NatSchG) geregelt sei. Dies sei ein planerisches Versäumnis der Landesverwaltung, die zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung der Region Kraichgau geführt habe.

Der Petent fordert daher, dass ein interdisziplinärer Ideenwettbewerb bzw. ein Forschungsprojekt vom Land beauftragt und gefördert wird. Dieses müsse die prägenden Merkmale der Region Kraichgau wissenschaftlich erfassen und in einen politisch verbindlichen Bericht münden. Dieser müsse als Grundlage der Korrektur für den Regionalplan dienen, bevor Genehmigungen zur Windenergienutzung erteilt würden.

Die erneute Prüfung des Anliegens des Petenten hat ergeben, dass die Vorgabe der dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft über die Bewahrung von Naturlandschaften und historisch gewachsenen Kulturlandschaften vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen zu bewahren ist. Dies ergibt sich aus § 1 Absatz 4 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und wird grundsätzlich über die Instrumente der Landschaftsplanung umgesetzt.

Die Zuständigkeit für die Landschaftsplanung im Kontext der Regionalplanung – hier: Fortschreibung eines Teilregionalplans Windenergie – liegt bei den Regionalverbänden, die für ihr Gebiet Landschaftsrahmenpläne erstellen. Die Region Kraichgau ist im Landschaftsrahmenplan des Regionalverbands Verband Mittlerer Oberrhein in der Karte „Historische Kulturlandschaftsbereiche“ als „Altsiedelland Region Kraichgau“ enthalten. Insofern ist eine regionalplanerische Berücksichtigung der Region Kraichgau als Kulturlandschaft gegeben. Inwieweit sich dies in regionalplanerischen Entscheidungen wiederspiegelt, bleibt dem jeweiligen Planungsprozess und den damit verbundenen Abwägungsentscheidungen vorbehalten.

Grundsätzlich können Landschaftsteile zur Erhaltung einer regionaltypischen Kulturlandschaft auch als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen werden, was in der Zuständigkeit der Landkreise liegt. Der Landkreis Karlsruhe hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, indem er verschiedene Landschaftsschutzgebiete in der Region Kraichgau ausgewiesen hat; wie beispielsweise das „Landschaftsschutzgebiet Kraichgau“, dessen Schutzzweck u.a. der „Erhaltung der für Kraichgau typischen naturnahen Kulturlandschaft des Kraichgautales“ dient.

Im Übrigen ist die Region Kraichgau in der vom Bundesamt für Naturschutz herausgegebenen Karte der Bedeutsamen Landschaften in Deutschland jedoch nicht enthalten (Karte „Bedeutsame Landschaften in Deutschland Gutachtliche Empfehlungen für eine Raumauswahl“ Uni Kassel / Uni Freiburg, Bundesamt für Naturschutz 2018).

Eine eigene Schutzgebietskategorie „Kulturlandschaft“ gibt es im Naturschutzrecht nicht.

Im Ergebnis der erneuten Prüfung ist festzustellen, dass die weiteren Vorbringungen des Petenten im Rahmen der Petition 17/04147 nichts an der bisherigen Beurteilung der Angelegenheit etwas ändern und keine neuen Gesichtspunkte vorliegen, die zu einer anderen Beurteilung der Angelegenheit Anlass geben. Eine Änderung der Sach- und Rechtslage ist nicht eingetreten.

Ich gebe Ihnen hiervon Mitteilung.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

KWA Projektentwicklungs GmbH

**KWA Projektentwicklungs GmbH**
Herzogstraße 6 A | 70176 Stuttgart

Im Auftrag der

**Stadtwerke Schwäbisch Hall**
An der Limpurgbrücke 1 | 74523 Schwäbisch Hall

Regionalverband Heilbronn-Franken
[redacted]
Am Wollhaus 17
74072 Heilbronn

[redacted]

Stuttgart, den 01.04.2026

**Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn- Franken 2020 im Zuge der Regionalplanungsoffensive Erneuerbare Energien „Teilfortschreibung Windenergie II“**

**Hier: Stellungnahme im Zuge der 2. Anhörung und Antrag SHA_23_II im Hauptverfahren zu belassen**

Sehr geehrter [redacted]

zum modifizierten Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie II, der vom 2. März bis einschließlich 2. April 2026 offenliegt, nehmen wir fristgerecht namens und im Auftrag der Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH, An der Limpurgbrücke 1, 74523 Schwäbisch Hall im Folgenden Stellung und **beantragen** das Windvorranggebiet SHA_23_II „Südwestlich Rosengarten-Sanzenbach“ wie ursprünglich vorgesehen im Hauptverfahren weiterzuführen und nicht in das Annexverfahren zu verschieben.

Unsere Stellungnahme und unseren Antrag begründen wir wie folgt:

In der nun offenliegenden Begründung der Streichung der geplanten Vorranggebiete aus dem Hauptverfahren der Teilfortschreibung Windenergie II und der Aufnahme in die Teilfortschreibung Windenergie IIa (Annexverfahren) wird die Verschiebung des Gebiets SHA_23_II „Südwestlich Rosengarten-Sanzenbach“ auf Seite 9 wie folgt begründet:



KWA Projektentwicklungs GmbH
Herzogstraße 6 A
70176 Stuttgart
Deutschland

Tel. +49 711 34 22 44-0
Fax +49 711 34 22 44-99
E-Mail: info@kwa-ag.de
Internet: www.kwa-ag.de

Amtsgericht Stuttgart HRB 758313
USt-IdNr. DE815154134
Kreissparkasse Ludwigsburg
IBAN: DE38 6045 0050 0030 0870 17

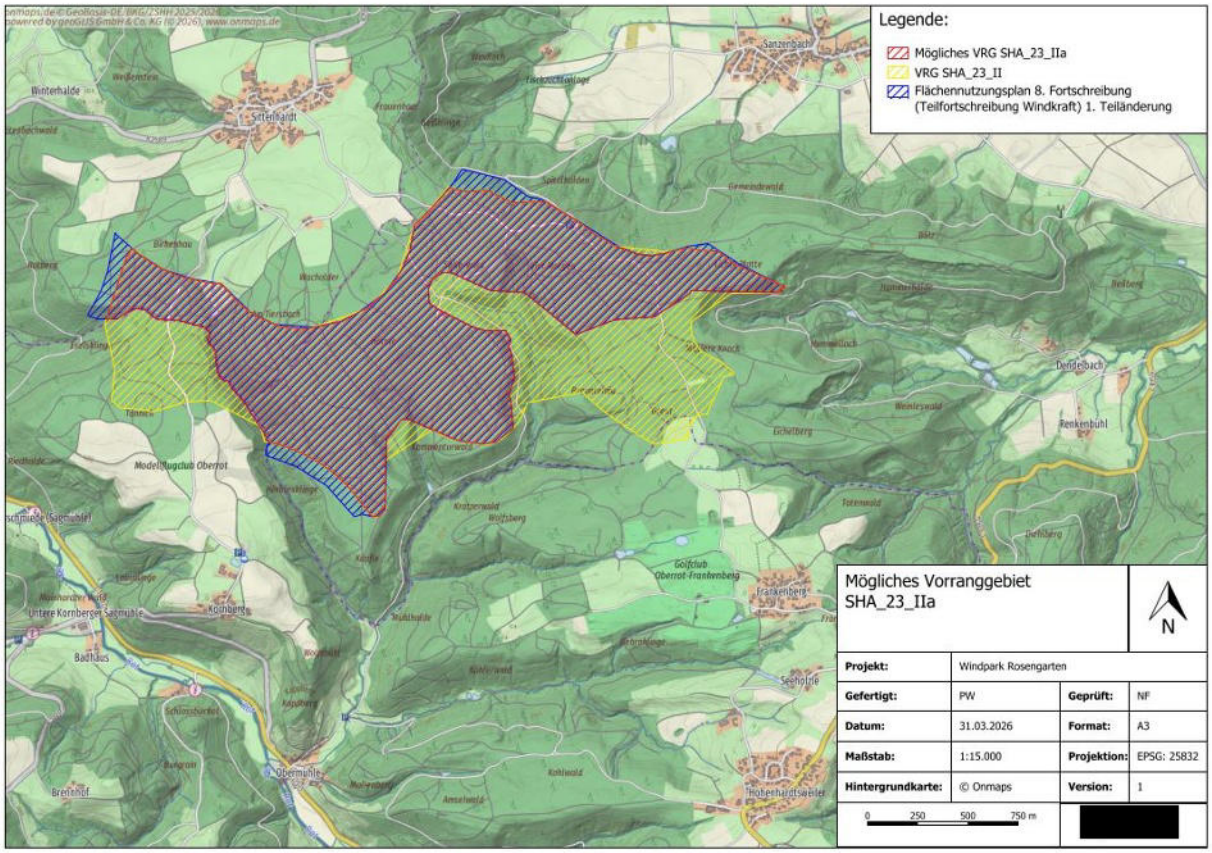
Geschäftsführer:
Dr.-Ing. Jochen Link

**SHA_23_II – Südwestlich Rosengarten-Sanzenbach**

Neben der o.g. Thematik der Umfassungsprüfung, die eng mit SHA_20_II verbunden ist, durch eine Streichung von SHA_23_II aber nicht gelöst werden kann, ist der ausschlaggebende Grund für die Streichung des geplanten VRG SHA_23_II eine auf Ebene der Bauleitplanung vorgenommene Reduzierung der zum Zeitpunkt der Entwurfsfassung noch geplanten und mittlerweile rechtswirksamen Konzentrationszone des Flächennutzungsplans der VVG der Stadt Schwäbisch Hall. Die deutliche Reduzierung der Konzentrationszone, die sich nach Kenntnis des RVHNF aus artenschutzrechtlichen Gründen ergab, wurde im Südosten des geplanten VRG vorgenommen, sodass auch hier eine Überprüfung und vertiefende Abstimmung mit der VVG und dem zuständigen Landratsamt angezeigt ist. Das geplante VRG SHA_23_II wird daher gestrichen, die Überprüfung des Zuschnitts und der genannten Sachverhalte erfolgt im Rahmen des Annexverfahrens.

Grund für die Herausnahme ist also im Wesentlichen die Nichtberücksichtigung der Windkonzentrationszone im FNP 1. Änderung 8. Fortschreibung, welche gebietsweise deckungsgleich zu SHA_23_II verläuft. Eine Überprüfung des geplanten Gebiets soll deshalb im Rahmen des Antragsverfahrens erfolgen. Die Begründung der Herausnahme des gesamten Gebiets SHA_23_II ist aus unserer Sicht aus den folgenden Gründen nicht gegeben:

Das geplante Vorranggebiet SHA_23_II überschneidet sich zum Teil mit der vorgenannten Konzentrationszone, wie sich aus dem folgenden Lageplan ergibt:




Jedenfalls in dem sich überschneidenden Bereich, der rot gestreift im Lageplan hinterlegt ist, ist problemlos eine Anpassung des geplanten Vorranggebiets SHA_23_II möglich. Das kann auch ohne Streichung aus dem Hauptverfahren und Verschiebung in das Annexverfahren geleistet werden. Sollten über den im Hauptverfahren verbleibenden Teil des geplanten Vorranggebiets

SHA_23_II hinaus Erweiterungen um die im obigen Langeplan enthaltenen, gelb hinterlegten Flächen aus der 1. Offenlage geplant sein, könnten diese problemlos im Annexverfahren erfolgen.

Das weiter genannte Argument der Überlastungswirkung, insbesondere zusammen mit dem Vorranggebiet SHA_20_II „Südöstlich Mainhardt-Bubenorbis“ und dem durch den Verband Region Stuttgart beschlossenen Windvorranggebiet RM-05 „Großerlach“, greift ebenfalls nicht. Insoweit verweisen wir auf die von uns namens und im Auftrag der Stadtwerke Schwäbisch Hall am 11.03.2026 über das Online-Portal Ihres Regionalverbands hochgeladene Stellungnahme zum geplanten Windvorranggebiet SHA_20_II. In dieser haben wir anhand der vom Regionalverband angelegten Kriterien zur Überlastungswirkung nachgewiesen, dass die eingehalten sind und eine Überlastung nicht gegeben ist. Die am 11.3.2026 bereits hochgeladene Stellungnahme reichen deshalb auch nochmals mit dieser, das geplante Vorranggebiet SHA_23_II betreffenden Stellungnahme ein. Sie finden diese in der **Anlage**.

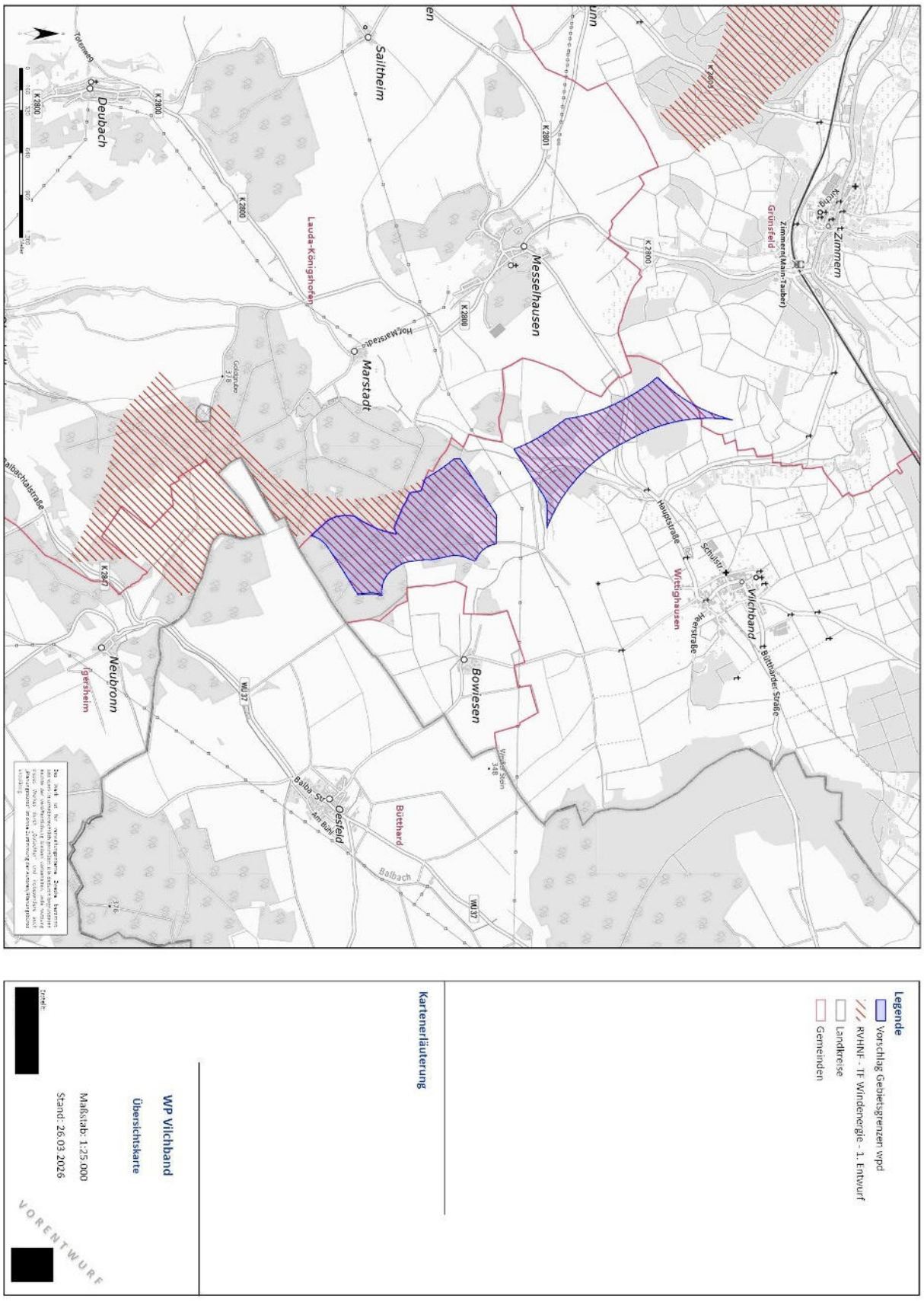
Da die für eine Verschiebung des geplanten Vorranggebiets, jedenfalls soweit der Gebietszuschnitt über das der 1.Teiländerung der 8. Fortschreibung des FNP der VVG Schwäbisch Hall hinausgeht, genannten Gründe nicht greifen, **beantragen** wir, das geplante Vorranggebiet SHA_23_II insoweit im Hauptverfahren zu belassen und nicht in das Annexverfahren zu verschieben.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

[redacted]

Anlage 1: Übersichtskarte WP Vilchband



REGIONALVERBAND
HEILBRONN-FRANKEN

**Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 im Zuge der Regionalen Planungsoffensive Erneuerbare Energien**

**„Teilfortschreibung Windenergie II“**

**Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen**

**Anlage 1 zur Synopse**

Stand: 16.12.2025

Inhalt

1. Planungsanlass: Rechtlicher Rahmen ..... 5
1.1 EU-/Bundesrechtliche Vorgaben ..... 5
1.2 Landesrechtliche Vorgaben ..... 8
1.3 Kritik an Rechtsvorschriften und dem landesplanerischen Flächenziel ..... 8
2. Grundsatzfragen zur Erforderlichkeit der Energiewende und der Nutzung der Windenergie 8
2.1 Allgemeine Kritik an der Energiewende und deren Finanzierung ..... 8
2.2 Forderung nach stärkerer Nutzung anderer Energiequellen oder alternativer Standortvorschläge ..... 9
2.3 Zweifel am Beitrag von Windenergie zur Energiewende ..... 10
2.4 $CO_2$-Bilanz und Ressourcenverbrauch von Windkraftanlagen ..... 10
3. Planungsmaßstab der Regionalplanung, Darstellungsfehler, Fehlen der Standortdatenblätter ..... 10
3.1 Detaillierungsgrad Karten, Planungsmaßstab und Planzeichen ..... 10
3.2 Angebliche Darstellungsfehler Bestandsanlagen bei Waldenburg (VRG KÜN_15_II) ..... 11
3.3 Fehlen der Standortdatenblätter zum Zeitpunkt des Entwurfs- und Beteiligungs-beschlusses ..... 11
4. Wirtschaftlichkeit / Winddargebot / Recycling ..... 12
4.1 Mangelndes Winddargebot/fehlende wirtschaftliche Grundlage ..... 12
4.2 Rückbau und dessen Finanzierung, Gefahren bei der Entsorgung von Windkraftanlagen ..... 14
4.3 Förderungen und Subventionen für Windkraftanlagen ..... 15
5. Bestandsnetz und möglicher Netzausbau ..... 15
6. Siedlungsabstände ..... 17
6.1 Umgang mit Siedlungsabständen zu festgesetzten/dargestellten Baugebieten/Bauflächen ..... 17
6.2 Umgang mit Abständen zu Wohnstellen im Außenbereich ..... 18
6.3 Berücksichtigung von Siedlungsabständen zum Gebiet Hofwiesen in Waldenburg-Obersteinbach ..... 20
6.4 Berücksichtigung ausreichender Siedlungsabstände zu den Mischbauflächen Vorderlangert/Wasserhäuser in Fichtenberg ..... 20
6.5 Berücksichtigung ausreichender Siedlungsabstände zu den Weilern Eisenhutsrot, Heßlachshof (beide Dörzbach) und Seidelklingen (Mulfingen) ..... 20
7. Umfassung und bedrängende Wirkung durch Windkraftanlagen ..... 20
8. Natur- und Artenschutz ..... 22
8.1 Berücksichtigung des Themenfelds Naturschutz ..... 22
8.2 Umgang mit § 6 WindBG ..... 27
9. Inanspruchnahme von Waldflächen ..... 28
10. Lieferkettengesetz ..... 32

11. Wasser- und Grundwasserschutz ..... 32
12. Denkmalschutz ..... 34
13. Landschaftsbild ..... 35
14. Erholung und Tourismus ..... 35
14.1 Beeinträchtigung der Erholung ..... 35
14.2 Beeinträchtigung des Tourismus ..... 36
14.3 Verlust Prädikat „Luftkurort“ ..... 36
15. Mögliche Gefährdungen und Beeinträchtigungen durch Windkraftanlagen ..... 37
15.1 Allgemeine Gesundheitsgefahren ..... 37
15.2 Immissionsschutzrechtliche Belange (Lärm, Lichtemissionen, Schattenwurf) ..... 38
15.3 Infraschall ..... 39
15.4 Brandschutz ..... 41
15.5 Schädliche stoffliche Einwirkungen durch Rotorblattabrieb, Mikroplastik, Carbon, Schwefelhexafluorid, PFAS, PFC, Bisphenol A ..... 42
15.6 Flächeninanspruchnahme und Bodenverdichtung ..... 45
15.7 Eisabwurf, Havarie, Nutzung von Tropenholz ..... 46
15.8 Lebens- und Wohnqualität ..... 47
15.9 Haftungsfragen ..... 47
15.10 Entschädigungsfragen ..... 48
16. Mikroklima ..... 48
16.1 Temperaturveränderungen ..... 48
16.2 Wirbelschleppen ..... 49
17. Militär und Luftverkehr ..... 50
17.1 Lage innerhalb einer Hubschraubertiefflugstrecke in Zusammenhang mit dem Heeresflugplatz Niederstetten ..... 50
17.2 US Air Base in Stuttgart ..... 50
18. Wertminderung von Immobilien ..... 51
19. Gleichbehandlung, Beteiligungsmöglichkeiten und Kommunikation ..... 53
19.1 Fehlende Gleichbehandlung ..... 53
19.2 Allgemeine Kritik an der Information der Bürgerschaft und am Umfang der Beteiligungsmöglichkeiten ..... 55
19.3 Fehlende Abstimmung mit Nachbarregionen ..... 56
19.4 In Stellungnahmen genannte Gerichtsurteile zum Thema Gleichbehandlung ..... 56

# Einführung

Im Rahmen der Teilfortschreibung Windenenergie II des Regionalverbands Heilbronn-Franken (RVHNF) fand, wie gesetzlich im Raumordnungsgesetz (ROG) und dem Landesplanungsgesetz (LplG) verankert, vom 23.09.2024 bis einschließlich 23.10.2024 die Öffentlichkeitsbeteiligung statt. Ebenfalls vom 23.09.2024 bis zum 23.12.2024 fand parallel die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange statt.

Im Ergebnis der Beteiligung gingen beim RVHNF 3.761 Stellungnahmen ein, die von der Verbandsverwaltung daraufhin zu prüfen waren, ob die vorgebrachten Sachverhalte für die Teilfortschreibung relevant sind und ggf. eine Überarbeitung einzelner Gebiete nach sich ziehen müssen.

Im Zuge der Auswertung der Stellungnahmen, insbesondere der Stellungnahmen, die im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangen sind, zeigte sich, dass eine Vielzahl von Belangen vorgetragen wurde, die nicht oder nur bedingt durch den RVHNF beeinflussbar sind, bzw. nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie II sein können. Hierzu zählen bspw. die Kritik an den gesetzlichen Grundlagen der Teilfortschreibung, der Energiewende im Allgemeinen, aber auch an verwendeten fachlichen Grundlagen wie dem Windatlas Baden-Württemberg oder dem Fachbeitrag Artenschutz. Darüber hinaus können Aspekte wie erwartete Immobilienwertverluste oder Entschädigungsfragen nicht durch die regionale Planung gelöst werden. Nicht zuletzt wurden zahlreiche Sachverhalte vorgetragen, die auf Ebene der Regionalplanung bei der Ausweisung von Vorranggebieten (VRG) nicht berücksichtigt werden können, da sie nur bei Vorliegen eines konkreten Anlagenstandorts sachgerecht geprüft werden können. Dazu zählen konkrete immissionsschutzrechtliche oder artenschutzrechtliche Fragen aber auch die Erschließung der Windkraftanlagen. Da zugleich zahlreiche Sachverhalte in einer Vielzahl von Stellungnahmen identisch oder in vergleichbarer Weise artikuliert wurden, die sich z.B. auf einen speziellen Aspekt in bestimmten Standortdatenblätter bezogen, war naheliegend, für all diese Einwendungen und Argumente die Abwägungsvorschläge zu bündeln, um dadurch die Synopse im Umfang zu entlasten. Auf die vorliegenden **Abwägungsvorschläge und erläuternde Hinweise zu thematischen Schwerpunkten der Stellungnahmen** wird daher in der Synopse an geeigneter Stelle verwiesen, zumeist mit einem konkreten Bezug zu einem Kapitel oder Unterkapitel. Sind darüber hinaus noch Ausführungen erforderlich, schließen sich diese an den Verweis an. Alle diese Abwägungsvorschläge und Hinweise mit Verweis auf diese Anlage 1 zur Synopse haben keine Änderungen am Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie II zur Folge. Soweit in der konkreten Abwägung nichts anderes formuliert ist, führen die folgenden Abwägungsvorschläge und Hinweise nicht zur Herausnahme von geplanten VRG für regionalbedeutsame Windkraftanlagen aus dem Hauptverfahren.

Im Zuge der Auswertung der Stellungnahmen zeigte sich aber, dass die vorgebrachten Belange (allein oder in Kombination) bei 17 geplanten VRG eine nochmalige Überarbeitung notwendig machen. Für diese Gebiete ist im aktuellen Zuschnitt entweder eine Windkraftplanung rechtlich oder technisch unmöglich bzw. unwahrscheinlich oder zumindest die rechtliche Erforderlichkeit des Gesamtgebietes fraglich. Auf Ebene der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung können hier voraussichtlich keine Lösungsansätze für diese Konflikte (oder die Summe der Konflikte) gefunden werden. Um trotz der notwendigen Überarbeitung der 17 VRG die Umsetzung der weit überwiegenden Anzahl von 87 VRG, die keiner Überarbeitung bedürfen, nicht aufzuhalten, hat sich die Verbandsversammlung des RVHNF am 11.04.2025 dazu entschlossen, das Verfahren in eine Teilfortschreibung Windenergie II (Hauptverfahren) und eine Teilfortschreibung Windenergie IIa (Annexverfahren) aufzuspalten. Dadurch soll zudem die Steuerungswirkung für die gesamte Region Heilbronn-Franken so zeitnah wie möglich erreicht und den gesetzlich in § 13a LplG verankerten Fristen so weitgehend wie möglich Rechnung getragen werden. Die nochmals zu prüfenden VRG werden aus dem Hauptverfahren gestrichen und im

Annexverfahren nochmals intensiv geprüft und dort ggf. unverändert beibehalten, zugeschnitten oder endgültig gestrichen.

Im Anschluss sind die aus dem Hauptverfahren zu streichenden VRG sowie die ausschlaggebenden Gründe hierfür tabellarisch zusammengefasst. Für nähere Informationen zum weiteren Verfahrensverlauf und die detaillierten Gründe für die Streichung aus dem Hauptverfahren wird auf die begründenden Unterlagen zur erneuten Beteiligung verwiesen. Sind in den Stellungnahmen VRG angesprochen, die von der Streichung betroffen sind, wird in der Synopse bzgl. der Gründe in der Regel ebenfalls auf das vorliegende Dokument verwiesen.

| **Nummer des VRG** | **Vorgebrachte Belange/Gründe für vertiefende Überprüfung und Verlagerung ins Annexverfahren** |
|---|---|
| HN_05_II | Wiedervernetzung/Grünbrücke A6/Generalwildwegeplan |
| HN_08_II | Unvereinbarkeit Denkmalschutz (Kulturdenkmal Bad Wimpfen) |
| KÜN_03_II | Prüfung/Anpassung Vorsorgepuffer/Abstände zu Gebäuden im Außenbereich |
| KÜN_09_II und KÜN_10_II | Erneute Prüfung Umfassung Kupferzell-Goggenbach und Kupferzell-Eschental, Prüfung/Anpassung Vorsorgepuffer/Abstände zu Gebäuden im Außenbereich |
| KÜN_16_II | Konflikte ziviler Luftverkehr, Konflikte Denkmalschutz (Schloss Waldenburg), Prüfung/Anpassung Vorsorgepuffer/Abstände zu Gebäuden im Außenbereich |
| SHA_16_II | Konflikte ziviler Luftverkehr |
| SHA_20_II | Erstmalige Prüfung Umfassung Schwäbisch Hall-Wielandsweiler durch Planungen des Verbands Region Stuttgart |
| SHA_23_II | Prüfung Datengrundlage Eignungsberechnung wegen geänderter Beschlussfassung kommunale Konzentrationszone, Prüfung naturschutzfachlicher Fragen |
| TBB_01_II | Vermeidung Umfassung Freudenberg-Rauenberg, Prüfung Konflikte Landschaftsbild |
| TBB_04_II | Vermeidung Umfassung Unteraltertheim (Bayern), Prüfung/Anpassung Vorsorgepuffer/Abstände zu Gebäuden im Außenbereich |
| TBB_06_II | Korrektur Datengrundlage Siedlungsgebiete |
| TBB_12_II | Prüfung Beeinträchtigung Naturschutzgebiet |
| TBB_15_II | Prüfung Beeinträchtigung militärische Belange (Funkverkehr) |
| TBB_17_II | Prüfung Beeinträchtigung militärische Belange (Funkverkehr) |
| TBB_21_II | Prüfung naturschutzfachliche Belange (Sonderstatusart, Vogelzug), Vermeidung Umfassung Boxberg-Uiffingen |
| TBB_32_II | Prüfung naturschutzfachlicher Belange (Sonderstatusart, Biotopdichte) |

# 1. Planungsanlass: Rechtlicher Rahmen

## 1.1 EU-/Bundesrechtliche Vorgaben

Besonders maßgeblich sind die Regelungen der EU-Verordnung (Europäisches Klimagesetz) sowie §§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und § 3 Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (WindBG). Im Folgenden soll auf diese und weitere Rahmengesetze kurz eingegangen werden.

Konkret werden auf europarechtlicher Ebene dem Ausbau erneuerbarer Energien höchste Prioritäten beigemessen. Zu nennen wäre hier explizit die sogenannte EU-Notfallverordnung (Verordnung zur Festlegung eines Rahmens für einen beschleunigten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien). Diese trat ursprünglich im Dezember 2022 in Kraft (zunächst bis Mitte 2024 befristet) und wurde im Januar 2024 novelliert nochmals in Kraft gesetzt (inhaltlich geringfügig verändert und verlängert) mit Gültigkeit bis zum 30.06.2025. Diese ist einerseits Grundlage für deutliche Vereinfachungen im Genehmigungsverfahren für Windkraftprojekte (unter anderem basiert der unten noch näher beleuchtete § 6 WindBG auf dieser Verordnung). Andererseits enthält sie eine für bestimmte

Abwägungen geltende Prämisse, dass der Ausbau erneuerbarer Energien „im überwiegenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit dienen“ würde. Eine weitere inzwischen in Kraft getretene, und damit die EU-Notfallverordnung in gewissem Sinn zukünftig ersetzende, Richtlinie ist die sogenannte RED III Richtlinie (steht für „Renewable Energy Directive“). In dieser werden sogenannte Beschleunigungsgebiete eingeführt, in denen es zu erheblichen Verfahrenserleichterungen für erneuerbare Energien kommt (insbesondere durch reduzierte Prüfnotwendigkeiten und verkürzte Genehmigungsfristen). RED III wurde am 15.08.2025 durch Einführung der Beschleunigungsgebiete in das Baugesetzbuch (BauGB) und das ROG in deutsches Recht überführt. Es zeigt sich eine eindeutige Absicht auf europäischer Ebene, dass der Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigt und vorangetrieben werden soll.

Häufig wird in Stellungnahmen auf einen vermeintlichen Widerspruch der regionalen Planung gegen eine Verordnung über die Wiederherstellung der Natur hingewiesen, die im Juni 2024 verabschiedet wurde. Für diese steht eine Umsetzung in nationales Recht sowie die nach Kapitel III dieser Verordnung als zentrale Maßnahme von den Nationalstaaten zu erstellenden nationalen Wiederherstellungspläne aktuell noch aus. Wie damit in Deutschland konkret umzugehen ist, kann somit noch nicht abschließend beurteilt werden. Grundsätzlich sagt diese jedoch in Art. 4 aus, dass zu bestimmten Zeitpunkten bestimmte Prozentzahlen von in Anlage 1 definierten Landlebensräumen in einen guten Zustand gebracht werden sollen. Hierbei werden jedoch in Art. 6 erneuerbare Energien ebenfalls als im überragenden öffentlichen Interesse liegend definiert, wodurch diese unter bestimmten Voraussetzungen von gewissen Vorgaben des Art. 4 entbunden werden. Es wird weiter in Art. 12 eine Wiederherstellung von Waldökosystemen gefordert. Hierbei werden bestimmte Indices genannt, für welche ein „Aufwärtstrend“ bis zum 31. Dezember 2030 erreicht werden soll. Aus dem hier dargelegten ergibt sich kein Widerspruch der regionalen Planung mit dieser Richtlinie. Im Gegenteil zeigt auch hier Art. 6, dass dem europäischen Gesetzgeber an der Formulierung eines Sonderstatus der erneuerbaren Energien gelegen ist und er diese fördern und von Beschränkungen, die anderen Planungen entgegenstehen, befreien will.

Die bundesrechtlichen Vorgaben wurden in den Jahren 2022/23 mit hoher Dynamik den aktuellen Rahmenbedingungen (insb. Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine, unsichere Lage bei der Energieversorgung) angepasst. Dem ging jedoch bereits 2021 ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) voraus, in welchem dieses wie folgt urteilte: „Art. 20a Grundgesetz (GG) verpflichtet den Staat zum Klimaschutz. Dies zielt auch auf die Herstellung der Klimaneutralität.“ (Leitsätze zum Beschluss des ersten Senats vom 24.03.2021, Homepage des BVerfG). Weiter stellte das BVerfG klar, dass der internationale Charakter von Klima und Erderwärmung dem nicht entgegensteht. „Das Klimaschutzgebot verlangt vom Staat international ausgerichtetes Handeln zum globalen Schutz des Klimas und verpflichtet, im Rahmen internationaler Abstimmung auf Klimaschutz hinzuwirken. Der Staat kann sich seiner Verantwortung nicht durch den Hinweis auf die Treibhausgasemissionen in anderen Staaten entziehen.“ Das BVerfG führt aus, dass Art. 20a GG zwar keinen unbedingten Vorrang vor anderen Belangen genieße, aber das relative Gewicht des Klimaschutzgebotes in der Abwägung bei fortschreitendem Klimawandel weiter zunehme. Dies legte schon eine rechtliche Notwendigkeit zugrunde, dem Klimaschutz mehr Gewicht beizumessen.

Die vorliegende Teilfortschreibung Windenergie II des Regionalplans Heilbronn-Franken 2020 zur Festlegung von VRG für regionalbedeutsame Windkraftanlagen dient der Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht für Windkraftanlagen am besten geeigneten Flächen sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerts von 1,8 % der Regionsfläche. Dieser Wert entspringt dem WindBG, in dem der Bundesgesetzgeber jedem einzelnen Bundesland klar vorgibt, wieviel Fläche es bis zu welchem Zeitpunkt für Windkraft zu sichern hat. Das WindBG ist Teil eines ganzen Gesetzespakets, das landläufig als Wind-an-Land-Gesetz bekannt

wurde und auch Änderungen im BauGB, im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und anderes enthielt. Wenn dieser Flächenbeitragswert nicht erreicht wird, gelten nach Ablauf des Stichtags die Rechtsfolgen des § 249 Abs. 7 BauGB, d.h. Windkraftanlagen wären im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB privilegiert zulässig. Dies sind sie zwar bereits heute, aber zudem könnten dann Darstellungen in Flächennutzungsplänen, Ziele der Raumordnung sowie sonstige Maßnahmen der Landesplanung einem Vorhaben nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB, das der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, nicht entgegengehalten werden. Eine räumliche Steuerung von Windkraftanlagen auf regionaler und kommunaler Ebene würde damit weitgehend entfallen. Das Land Baden-Württemberg hat, wie im folgenden Kap. 1.2 erläutert, die Aufgabe das Flächenziel zu erreichen an die Regionalverbände delegiert. Die rechtliche Wirkung der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie II ist im Hinblick auf die zu erreichende Steuerung von Windkraftanlagen damit unmittelbar vom Erreichen des Flächenbeitragswerts abhängig. Erreicht der Regionalverband sein Flächenziel, so ist ab diesem Zeitpunkt nach § 249 Abs. 2 BauGB die Windkraft lediglich noch innerhalb der im WindBG definierten Windenergiegebiete privilegiert. Dementsprechend soll mit dem laufenden Verfahren die Ausweisung entsprechender regionalplanerischer VRG erfolgen, um eine solche unkoordinierte Entwicklung zu vermeiden.

Neben diesen direkt für die regionale Planung ausschlaggebenden Vorgaben, gibt es noch weitere fachrechtliche Gesetzgebung, die indirekt auf die regionale Planung wirkt. So gab es auch Änderungen des BNatSchG, die die Planung beeinflussen. Neben Änderungen zum speziellen Artenschutz, die die regionale Planung aufgrund der Maßstabsebene nicht unmittelbar betreffen, wurde auch in § 26 BNatSchG festgelegt, dass bis zum Erreichen des im WindBG vorgegebenen Flächenziels Landschaftsschutzgebiete (LSG) einer Nutzung durch die Windkraft, unabhängig von Aussagen der Schutzgebietsverordnung, nicht entgegengehalten werden können. Dies war die Ursache dafür, dass der RVHNF die LSG lediglich als Konfliktkriterium in sein Kriterienset übernommen hat. Eine zentrale Bedeutung für den Ausbau der erneuerbaren Energien hat das EEG und dabei insbesondere § 2 EEG. Aufgrund seiner besonderen Bedeutung soll er hier vollständig zitiert werden:

*§ 2 Besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien*

*Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Satz 2 ist nicht gegenüber Belangen der Landes- und Bündnisverteidigung anzuwenden.*

Dies besagt somit, dass in jeder Abwägung die erneuerbaren Energien vorrangig einzustellen sind. Dies bedeutet nicht, dass eine Abwägung entfallen kann, allerdings ist es nur noch in gut zu begründenden fachlichen Ausnahmefällen, z.B. aufgrund schwerwiegender Einzelfallkonflikte möglich, eine Abwägung zuungunsten der erneuerbaren Energien zu treffen. Jegliche pauschal angenommene oder auf Vermutungen und nicht klar belegbaren Annahmen basierende Konfliktlage oder auch eine Konfliktlage, die auf nachgelagerter Ebene beherrschbar ist, kann somit regelmäßig nicht zu einer Abwägung gegen VRG für EE-Standorte führen.

Dem WindBG wurde nachträglich, quasi als Reaktion auf die EU-Notfallverordnung, § 6 hinzugefügt. Dieser ermöglicht Genehmigungserleichterungen für Standorte innerhalb von Windenergiegebieten- also regionalen VRG für regionalbedeutsame Windkraftanlagen und kommunalen Konzentrationszonen. Insbesondere sind in diesen eine Artenschutzprüfung und eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht mehr notwendig, sofern auf Ebene der zugrundeliegenden Flächenplanung eine strategische Umweltprüfung stattfand. Auf näheres wird im Kap. 8.2 dieses Dokuments eingegangen.

### 1.2 Landesrechtliche Vorgaben

Zentrale Regelungen sind §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG). § 10 legt allgemein die Klimaschutzziele des Landes fest. §§ 20 und 21 legen die vom Land vorgegebenen Flächenziele für Windkraft und Solarenergie fest. Hierbei gibt § 20 mit Verweis auf das vom Bundesgesetzgeber im WindBG dem Land zugeordneten Flächenziel dieses an die Regionen weiter. Das darin angeführte, für jede Region gleiche Flächenziel von 1,8% der jeweiligen Gesamtfläche soll in verbindliche regionalplanerische VRG umgesetzt werden, die bis zum 30.09.2025 als Satzung festgestellt werden sollen. Damit sind weder die Kommunen noch die Verwaltungsräume noch die Stadt- und Landkreise Adressaten des Flächenziels. Erreicht die Region das vorgegebene Flächenziel nicht, ist es vollkommen unerheblich ob einzelne Kommunen oder Verwaltungsräume auf ihrer Fläche 1,8 % erreichen. In diesen würde ebenso wie in der gesamten Region die so genannte Generalprivilegierung eintreten. Das Land macht zudem von seiner ihm vom Bund offen gelassenen Möglichkeit Gebrauch, das Planungsziel zeitlich auf den 30.09.2025 vorzuziehen. Der ursprüngliche Zielzeitpunkt, bis zu dem der Bund die Erreichung der 1,8 % forderte, ist der 31.12.2032 (mit einem Zwischenziel von 1,1% bis 31.12.2027). Allerdings werden die rechtlichen Konsequenzen, die sich aus einer Nichterreichung der Zielzeitvorgabe ergäben, hiervon nicht berührt.

Im LplG Baden-Württemberg wurde darüber hinaus in § 11 „Form und Inhalt“ der Regionalpläne für Regionale Grünzüge eine Öffnung für erneuerbare Energien definiert. So besagt Abs. 3 Nr. 7: *„Regionale Grünzüge sollen unverzüglich aus Gründen des überragenden öffentlichen Interesses und der öffentlichen Sicherheit sowie der besonderen Bedeutung der erneuerbaren Energien im Sinne des § 2 EEG für Windkraft- und Freiflächen-Photovoltaikanlagen geöffnet werden.“* Dieser gesetzlichen Vorgabe kommt der RVHNF in dieser Teilfortschreibung ebenfalls nach.

### 1.3 Kritik an Rechtsvorschriften und dem landesplanerischen Flächenziel

Die Kritik an Gesetzen und Rechtsvorschriften, welche die Grundlage für die Teilfortschreibung Windenergie II darstellen, kann keinen Einfluss auf die Teilfortschreibung selbst haben.

Rechtsvorschriften und Gesetze auf Ebene der EU, des Bundes und des Landes fallen nicht in die Steuerungskompetenz des RVHNF und der Teilfortschreibung Windenergie II. Anregungen hierzu betreffen daher nicht den Regelungsgegenstand des gegenwärtigen Planverfahrens. Der RVHNF hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.

Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 KlimaG) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30.09.2025 als Satzung festzustellen. Die gesetzlichen Grundlagen des Bundes und Landes und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil des Beteiligungsverfahrens.

## 2. Grundsatzfragen zur Erforderlichkeit der Energiewende und der Nutzung der Windenergie

### 2.1 Allgemeine Kritik an der Energiewende und deren Finanzierung

Für eine zukunftsfähige Energieversorgung sind die erneuerbaren Energien der zentrale Baustein. Deshalb sollen laut KlimaG 0,2 % der Regionsfläche für Freiflächenphotovoltaikanlagen (FFPV) und nach den Vorgaben des Bundes, die im KlimaG des Landes übernommen wurden, 1,8 % für die Windenergie gesichert werden. Ziel der Festlegung von VRG für regionalbedeutsame Windkraftanlagen in der Teilfortschreibung Windenergie II ist die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben. Die Transformation und damit die Gestaltung der Energiewende ist dabei nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung des Regionalplans Heilbronn-Franken. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen

Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt.

Fragen der Finanzierung und der volkswirtschaftlichen Kosten der Energiewende werden ebenfalls auf diesen Ebenen entschieden und durch entsprechende Förder- und Regulierungsmaßnahmen gesteuert. Die Regionalplanung setzt die gesetzlichen Vorgaben zur räumlichen Steuerung der erneuerbaren Energien um, ohne dabei wirtschafts- oder energiepolitische Grundsatzentscheidungen zu treffen. Ebenso nicht Bestandteil der Beteiligung sind Regelungen im EEG, z.B. zur Förderung und Subventionierung von erneuerbaren Energieträgern. Im einem Rechtstaat sind allgemein alle im Rahmen der gesetzlichen Zulässigkeit vorgenommenen Baumaßnahmen und die zugehörigen Arbeiten durch die Allgemeinheit mitzutragen.

## 2.2 Forderung nach stärkerer Nutzung anderer Energiequellen oder alternativer Standortvorschläge

Die Ausweisung von VRG für regionalbedeutsame Windkraftanlagen folgt den gesetzlichen Vorgaben und zielt insbesondere auf die Erreichung des festgelegten Flächenzieles für entsprechende regionalplanerische VRG ab. Forderungen nach anderen Energiequellen oder Speichermöglichkeiten können im Rahmen des Planungsverfahren nicht aufgegriffen werden. Zudem gelten die Flächenziele unabhängig von der Mobilisierung etwaiger anderer Energiequellen oder Speichermöglichkeiten. Sie müssen davon losgelöst erfüllt werden, wenn zukünftig eine planerische Steuerung von Windkraftanlagen erreicht werden soll. In diesem Zusammenhang andere Energiequellen zu nutzen, würde häufig auch die Grundlastfähigkeit einer auf erneuerbaren Energien basierenden Energieversorgung in Frage gestellt. Auch hierbei handelt es sich nicht um einen Sachverhalt, der im Rahmen der durch den RVHNF gesetzlich verpflichtend durchzuführenden Teilfortschreibung Windenergie II zur Diskussion steht.

Der RVHNF hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für den Stadt- und Landkreis Heilbronn, den Hohenlohekreis, den Landkreis Schwäbisch Hall und den Main-Tauber-Kreis zu betreiben. Innerhalb der Region wurde ein ausgewogenes Planungskonzept entwickelt. Über die Regionsfläche hinaus (Offshore Nordsee/Ostsee, Küstennähe, Norddeutschland) besteht keine Regelungszuständigkeit. Es sei darauf hingewiesen, dass im WindBG alle Bundesländer verpflichtet sind, zur Förderung des Ausbaus der Windenergie an Land beizutragen. Auch Baden-Württemberg hat seinen Beitrag zu leisten. Die gesetzlichen Grundlagen für einen verstärkten Ausbau der Windenergie auf See hat der Gesetzgeber mit dem am 1.1.2023 in Kraft getretenen „Windenergie-auf-See-Gesetz“ geschaffen. Das Flächenziel gilt nicht für einzelne Kommunen innerhalb der Region Heilbronn-Franken, sondern für die gesamte Region. So kann es vorkommen, dass in manchen Kommunen mehr geeignete Flächen vorhanden sind als in anderen. Dies resultiert aus den im Kriterienset festlegten Kriterien, mit denen alle Gemarkungsflächen der Kommunen in der Region Heilbronn-Franken abgeprüft wurden. Die im Kriterienset hinterlegten Kriterien sind aus den aktuell gültigen rechtlichen Rahmenbedingungen entwickelt und werden in der Begründung erläutert. Alle entwickelten VRG sind mit diesen Kriterien vereinbar und entsprechen damit dem rechtlichen Rahmen. Pauschale Forderungen z.B. nach VRG nur im Offenland und nicht im Wald oder nur auf den Hochflächen der Schwäbischen Alb zu suchen oder Vergleichbares sind hingegen weder mit dem gesetzlichen Rahmen noch mit dem Kriterienset des RVHNF vereinbar.

Belange der Nutzung oder Einschränkung der landwirtschaftlichen Nutzung durch die Festlegung der VRG für Windkraftanlagen sind im Umweltbericht (Kap. 4.5 Schutzgut Boden und Kap. 4.6 Schutzgut Fläche) abgehandelt. Da Windkraftanlagen einen verhältnismäßig geringen Flächenbedarf haben und aufgrund von § 2 EEG überwiegt in der Abwägung die Festlegung als VRG für regionalbedeutsame Windkraftanlagen gegenüber dem vollständigen Erhalt der landwirtschaftlichen Nutzung.

## 2.3 Zweifel am Beitrag von Windenergie zur Energiewende

Mit einem Anteil von 59,4 % stammte der im Jahr 2024 inländisch erzeugte und ins Netz eingespeiste Strom mehrheitlich aus erneuerbaren Energiequellen. Insgesamt stieg die Stromerzeugung aus diesen Quellen gegenüber dem Vorjahr um 2,3 % auf 256,4 Mrd. Kilowattstunden (kWh) und erreichte damit einen neuen Höchstwert. Die Windenergie war dabei mit einem Anteil von 31,5 % der wichtigste Energieträger für die deutsche Stromerzeugung und überstieg dabei den Anteil des Kohlestroms (Quelle: Statistisches Bundesamt). Die Windenergienutzung leistet somit bereits heute einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende. Die gesetzliche Ausgestaltung der Energiewende ist nicht Gegenstand der vorliegenden Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie II.

## 2.4 $CO_2$-Bilanz und Ressourcenverbrauch von Windkraftanlagen

Der Einwand, dass Windkraftanlagen in ihrer Produktion und durch die Standortversiegelung mehr $CO_2$ -Ausstoß verursachen würden, als sie durch die Stromproduktion einsparen können, ist faktisch falsch. Die $CO_2$-Bilanz von Windkraftanlagen ist abhängig von deren Modell. Windkraftanlagen amortisieren sich energetisch gesehen im Laufe des ersten Betriebsjahres. Sind sie also 20 Jahre in Betrieb produzieren sie mehr als 19 Jahre Nettogewinne in Form von Strom. Auf die produzierte kWh Strom bezogen, erzeugen Windkraftanlagen weniger Treibhausgase als andere Energieträger wie Photovoltaik oder fossile Energieträger. Hierbei sind die Herstellung von Betonsockel, Stahlmast und Verbundstoffrotorflügel etc. bereits eingerechnet. Bei Windkraftanlagen im Wald liegt die Einsparung von $CO_2$ durch Windkraftanlagen um einen Faktor von mehr als 1.000 höher, als die durch die dafür notwendige Rodung von Wald verlorengehende Möglichkeit zur $CO_2$-Aufnahme und Speicherung (Quelle: Umweltbundesamt (UBA)).

Sehr häufig wurde der Verbrauch von Balsaholz in Rotorblättern bemängelt und eine Unvereinbarkeit mit der in Kap. 10 dieses Dokuments thematisierten Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten vermutet. Wie in Kap. 10 dargelegt, untersagt diese Verordnung keine Nutzung von Holz als Werkstoff und auch keine Fällung von Bäumen. Durch diese Verordnung soll insbesondere eine Rodung von Wald zur Nutzung des Landes für die landwirtschaftliche Produktion unterbunden werden. Die Verordnung zeigt auch Wege auf, wie Holz geschlagen werden kann, ohne eine Entwaldung im Sinne der Verordnung zu erzeugen. Balsaholz ist ein weltweit in vielen Funktionen eingesetzter Rohstoff. Es handelt sich um eine ungefährdete Baumart, die allerdings aufgrund der großen Nachfrage auch in großen Plantagen angebaut wird, wobei Umweltverbänden zufolge teils auch illegale Waldrodungen, Schwarzhandel etc. eine Rolle spielen. Ein grundsätzlicher Widerspruch der Nutzung von Balsaholz für Rotorblätter, das im Übrigen nach Kenntnisstand des RVHNF zunehmend durch andere Materialien ersetzt wird, zur o.g. Verordnung ist somit auszuschließen. Allerdings ist sicherzustellen, dass das verwendete Holz nicht aus illegalen Quellen kommt. Der RVHNF legt jedoch keine Anlagentypen fest und hat keinen Einfluss darauf welche Anlagen zukünftige Projektierer in den VRG umsetzen wollen. Dass diese Anlagen den gesetzlichen Anforderungen entsprechen, liegt, wie bei jedem produzierten Gut, im Verantwortungsbereich der Hersteller und Bezieher. Nach Angaben des Bundesverbandes Windenergie verwendet die europäische Windbranche ausschließlich zertifiziertes Balsaholz mit entsprechendem Herkunftsnachweis.

# 3. Planungsmaßstab der Regionalplanung, Darstellungsfehler, Fehlen der Standortdatenblätter

## 3.1 Detaillierungsgrad Karten, Planungsmaßstab und Planzeichen

Der vorgetragenen Kritik, dass die Karten der Teilfortschreibung Windenergie II zu ungenau und die Grenzen der VRG nicht konkret nachvollziehbar dargestellt sind, sind folgende Argumente entgegenzuhalten.

Regionalplanerische Zielaussagen werden nach Abschnitt 4.3 (3) der Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Regionalplänen und die Verwendung von Planzeichen in Baden-Württemberg im Maßstab 1:50.000 dargestellt. Eine „metergenaue“ Aussage kann somit auf dieser Grundlage nicht getroffen werden, da auf der regionalen Maßstabsebene eine 1 mm breite Liniendarstellung in der Raumnutzungskarte 50 m Breite in der Realität entspricht. Eine weniger als 50 m breite Struktur lässt sich auf regionaler Ebene somit nicht darstellen oder wenn überhaupt, nur deutlich überskaliert. Auf regionaler Ebene gibt es aufgrund des Maßstabs auch keine flurstückscharfen Gebietsgrenzen. Die Schraffur der VRG für Windkraftanlagen ist ebenfalls durch die oben genannte Verwaltungsvorschrift festgelegt (Anlage 2 zu Abschnitt 4.3.) und hat demnach keine klare Grenze, wodurch Ausformungen der VRG möglich und notwendig sind. Die Anwendung solcher Ausformungsspielräume ist jedoch immer im Einzelfall durch den jeweiligen Regionalverband im Zuge nachgeordneter Verfahren, wie z.B. immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren, zu prüfen.

Auch die Darstellung von Standorten und deren Anzahl in den Standortdatenblättern ist lediglich nachrichtlich und erfolgt aufgrund der dem RVHNF durch Projektierer mitgeteilten oder im Rahmen einer Beteiligung durch die Genehmigungsbehörden überlassenen Planungsdaten. Diese entsprechen dem jeweiligen Planungsstand zu einem Stichtag und werden vom RVHNF nach seinem Kenntnisstand übernommen. Da der RVHNF weder Standorte festlegt noch Anlagentypen, -höhen oder andere standortbezogene Parameter definiert hat er keine „eigenen“ standortbezogenen Daten. Die in den Standortdatenblättern dargestellten Planungen erheben keinen Anspruch weder auf Richtigkeit noch auf Vollständigkeit. Da Standorte im Rahmen des Planungsprozesses und immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens zur Konfliktminimierung und aus anderen Gründen deutlich verschoben oder auch ganz entfallen können, sind die Darstellungen im Standortdatenblatt lediglich Momentaufnahmen zur Berücksichtigung in der regionalen Planung, die allerdings auf einen einheitlichen Zeitpunkt abstellen und im Laufe des weiteren Verfahren nochmals aktualisiert werden können.

## 3.2 Angebliche Darstellungsfehler Bestandsanlagen bei Waldenburg (VRG KÜN_15_II)

Die vorgetragene Kritik, dass im Standortdatenblatt zum geplanten VRG KÜN_15_II „Südöstlich Öhringen-Michelbach" fälschlicherweise steht, dass bereits zwei Bestandsanlagen vorhanden sind und das Standortdatenblatt somit fehlerhaft ist, ist zurückzuweisen. Bei den als blaue Kreise dargestellten Punkte in der Karte handelt es sich jedoch laut Legende um „Genehmigte Windkraftanlagen & Bestandsanlagen“. Die beiden Windkraftanlagen im VRG KÜN_15_II wurden im Jahr 2023 genehmigt, sind jedoch noch nicht gebaut und fallen somit in diese Kategorie. Daher sind sie in der Karte blau dargestellt. Es handelt sich somit nicht um einen Fehler bei der Darstellung im Standortdatenblatt. Allerdings ist im Fazit des Standortdatenblatts fälschlicherweise lediglich von Bestandsanlagen die Rede.

## 3.3 Fehlen der Standortdatenblätter zum Zeitpunkt des Entwurfs- und Beteiligungsbeschlusses

Auch die Kritik, dass bei den Sitzungsunterlagen vom 19.07.2024 zum Beschluss über die Beteiligung nach § 12 Abs. 2 und Abs. 3 LplG i. V. m. § 9 Abs. 2 ROG Teile der Begründung sowie die Standortdatenblätter noch nicht fertiggestellt waren, ist zurückzuweisen.

Zu diesem Zeitpunkt hat der RVHNF noch an den Standortdatenblättern gearbeitet und der Sitzungsvorlage ein Musterstandortdatenblatt beigefügt. Die übrigen Standortdatenblätter wurden bis zur Durchführung des Beteiligungsverfahrens fertiggestellt und standen vom Beginn des Beteiligungszeitraums an vollständig zur Verfügung. Der Umstand, dass die Fertigstellung der Standortdatenblätter nach der Beschlussfassung über die Beteiligung erfolgt, ist dem in § 13a LplG verankerten Zeitplan der Regionalen Planungsoffensive geschuldet. Dieser Sachverhalt war explizit

Gegenstand eines am 04.06.2024 erfolgten Abstimmungstermins mit dem Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen (MLW) und wurde von diesem so vorgeschlagen und in einem Schreiben vom 14.06.2024 als rechtlich zulässig eingestuft.

# 4. Wirtschaftlichkeit / Winddargebot / Recycling

## 4.1 Mangelndes Winddargebot/fehlende wirtschaftliche Grundlage

Die vorgetragene Auffassung, dass die Region Heilbronn-Franken ein Schwachwindgebiet ist und daher Windkraftanlagen grundsätzlich nicht wirtschaftlich betrieben werden können, geht als einfacher kausaler Zusammenhang fehl.

Selbst wenn eine Unterteilung in Schwachwind- und Starkwindstandorte auch durch das UBA in verschiedenen Publikationen benannt wird, bedeutet dies nicht, dass an Schwachwindstandorten eine Windenergienutzung nicht wirtschaftlich wäre, solange eine Mindestwindleistungsdichte nicht unterschritten wird. Für die beiden Standorttypen sind dann lediglich unterschiedlich konzipierte Anlagentypen vorzusehen. Im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie II wurde bei den Planungskriterien die mittlere gekappte Windleistungsdichte des Windatlas Baden-Württemberg 2019 berücksichtigt, um Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche zu identifizieren. Hierdurch wurde ausgeschlossen, dass Flächen geplant werden, in welchen eine Windleistungsdichte unterhalb der wirtschaftlichen Nutzbarkeit vorliegt.

Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die den Planungen der Regionalverbände zugrunde liegt. Mit Schreiben vom 11.11.2022 bestätigt das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (UM) die entscheidende Bedeutung der Windhöffigkeit. Diese stellt laut des Schreibens einen zentralen Aspekt für die Bewertung eines Windenergiestandortes dar und ist entscheidend für die Wirtschaftlichkeit sowie den Stromertrag. Das UM weist darauf hin, dass infolge der Aufskalierung der Anlagentechnik sowie veränderten Rahmenbedingungen des EEG inzwischen auch in Standorten mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte ab 190 W/m² grundsätzlich Potenziale für die Windkraftnutzung bestehen. Grundsätzlich empfiehlt das UM in den Planverfahren einen Orientierungswert von 215 W/m² mittlere gekappte Windleistungsdichte anzusetzen. Eine Unterschreitung dieser kann dann erfolgen, wenn die Erreichung des Flächenziels ansonsten nicht möglich ist. Diese Vorgehensweise wurde bei der Teilfortschreibung Windenergie II so angewendet und im Kriterienset eine Windleistungsdichte von mindestens 190 W/m² festgelegt, um das gesetzlich festgelegte Flächenziel erreichen zu können. Auf die entsprechenden Ausführungen in Kap. D.2.4 und Kap. D.3.9. der Begründung der Teilfortschreibung Windenergie II wird verwiesen. Es ist festzuhalten, dass keine Angebotsflächen mit einer Windleistungsdichte unter dem vom Land genannten Regelwert von 215 W/m² aufgenommen wurden. Flächen mit einer Windleistungsdichte zwischen 190 und 215 W/m² wurden lediglich dann aufgenommen, sofern in diesen bereits eine laufende Umsetzungsplanung bekannt war oder bereits Bestandsanlagen betrieben werden. Diesen laufenden Planungen von erneuerbaren Energieanlagen wurde mit Blick auf § 2 EEG der Vorrang eingeräumt, um deren Umsetzung zu ermöglichen. Weiter wurden für Flächen Eignungspunkte auch für die Windleistungsdichte vergeben. Hier wurde ein im Kriterienset hinterlegtes, dreistufiges Bewertungssystem angewandt. Je höher die prognostizierte Windleistungsdichte einer Fläche ist, desto höher wurde deren Eignung bewertet und desto eher wurde diese Fläche als VRG berücksichtigt, sofern auch die weiteren Eignungskriterien insofern positiv beurteilt wurden, dass der Mindestpunktwert erreicht werden konnte. Durch diese Vorgehensweise wurde dem vorgetragenen Aspekt aus Sicht des RVHNF Rechnung getragen.

Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist im Übrigen nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie II. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Dennoch spielt eine prognostizierte ausreichende Windleistungsdichte bei der Ausweisung der VRG eine zentrale Rolle. Die mehrfach vorgetragene Forderung, die Windleistungsdichte hierbei nur als Mindestgrenze anzusehen, ist zurückzuweisen Vielmehr muss eine Leitlinie sein, für die Stromproduktion möglichst geeignete Flächen zu ermitteln. Vermehrt VRG in Bereichen mit einer Windhöffigkeit von unter 215 W/m² auszuweisen, entspricht einerseits nicht dem vom UM vorgegebenen Rahmen und wird der Anforderung Raum für den Ausbau der Windenergie in der Region zu schaffen nicht gerecht. Andererseits wäre es aber auch sachlich nicht zielführend und kontraproduktiv. Sinn der Teilfortschreibung ist zwar primär das Flächenziel zu erreichen. Das hinter all diesen Bemühungen (auch der Definition des Flächenziels) stehende Gesamtziel ist die Erreichung einer Deckung des Strombedarfs durch erneuerbare Energien. Bei der Auswahl der Flächen die Qualität der Windleistungsdichte nicht als ein Eignungskriterien zu berücksichtigen, würde dazu führen, dass u.a. nicht die produktivsten Flächen (also mit der höchsten Windleistungsdichte) festgelegt werden würden und im Endeffekt bedeuten, dass damit langfristig in Summe mehr Flächen ausgewiesen werden müssen, um den benötigten Strombedarf zu decken. Der in dem Zusammenhang mehrfach geäußerten Kritik, dass Regionalplanung nicht die Aufgabe habe, Flächen auszuweisen, die den höchsten privatwirtschaftlichen Ertrag mit sich brächten, ist dabei folgendes entgegenzuhalten: Selbstverständlich ist dies nicht Ziel der Regionalplanung; aber ohne Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit der ausgewählten Flächen, die sich u.a. über die Eignungskriterien Windleistungsdichte und den Aufwand für die Netzanbindung, die hilfsweise über die Entfernung abgeschätzt wird, definiert, verliert die Planung ihre Erforderlichkeit. Sie würde umsetzungsfern ungeeignete VRG ausweisen und müsste sich zurecht dem Vorwurf einer Verhinderungsplanung aussetzen. Aus den oben genannten rein logischen Gründen muss es ein zentrales Ziel des RVHNF sein, VRG auszuweisen, auf welchen möglichst viel Strom produziert werden kann. Das diese VRG gleichzeitig, aufgrund der hohen Stromausbeute, natürlich auch die wirtschaftlich attraktivsten sind, ist nicht Ursache der Flächenauswahl aber eben eine positive Nebenwirkung.

Es wurde auch die Annahme geäußert, dass Windkraftanlagen aufgrund der häufigen Abschaltungen nicht wirtschaftlich seien. Es ist zutreffend, dass Windkraftanlagen aus verschiedenen Gründen abgeschaltet werden können. Nahe liegen Ursachen wie Wartung und Reparatur. Ein weiterer Faktor ist die Netzstabilität. Da erneuerbare Energien wetterabhängig Strom produzieren, kann dies dazu führen, dass unter gewissen Bedingungen ein Überangebot an Strom vorhanden ist und z.B. Windkraftanlagen vom Netz gehen müssen, um die Stabilität des Netzes zu gewährleisten. Darüber hinaus kann in Nebenbestimmungen des Genehmigungsbescheids auch z.B. aufgrund artenschutzrechtlicher Konflikte oder zur Vermeidung von Schattenwurf in Siedlungsbereiche (sogenannter Diskoeffekt) eine Abschaltung zu bestimmten Zeiten vorgegeben werden. Darüber hinaus haben Anlagen auch sogenannte Selbstschutzfunktionen, d.h. bei z.B. zu hohen Windgeschwindigkeiten werden Anlagen abgeschaltet, um Beschädigungen zu vermeiden. Auch bei zu niedrigen Strompreisen können Anlagen zeitweise durch deren Betreiber abgeschaltet werden, bis die Preise wieder eine wirtschaftliche Produktion ermöglichen. Selbstverständlich sinkt durch derartige Abschaltungen die Wirtschaftlichkeit von Anlagen. In welchem Umfang diese sinkt, kann nicht pauschal ermittelt werden, da die Abschaltungen wie dargelegt von dem konkreten Standort, der Netzanbindung, dem Wetter usw. abhängt. Für Abschaltungen, die durch den Netzbetreiber zur Stabilisierung des Netzes veranlasst werden, wird der Anlagenbetreiber entschädigt. Für anders begründete Abschaltungen hingegen muss der Anlagenbetreiber selbst die entstehenden Kosten tragen. Hier liegt es im unternehmerischen Risiko und der Entscheidung des Vorhabenträgers vorab abzuschätzen, ob die Wirtschaftlichkeit an einem Standort gegeben sein wird. Insbesondere bei

artenschutzrechtlichen Ursachen kann ein Anlagenbetreiber auch von pauschalen Abschaltungen durch ein Monitoring nach einiger Zeit auf ein an die Realität angepasstes betriebsfreundlicheres Verfahren wechseln (Quelle: EnBW „Warum Windräder trotz Wind stillstehen“). Eine Studie im Auftrag des Kompetenzzentrums Naturschutz und Energiewende („Wirtschaftliche Aspekte ereignisbezogener Abschaltung zum Vogelschutz an Windenergieanlagen“, 2020) etwa gibt Aufschluss darüber, mit wie viel Ertragseinbußen in der Stromproduktion zu rechnen ist, wenn Antikollissionssysteme zum Vogelschutz eingesetzt werden und dass durch ereignisbezogene Abschaltungen deutlich geringere Einbußen als durch pauschale Abschaltzeiten erreicht werden können. Letztendlich bleibt es die Entscheidung des Vorhabenträgers, welchen Weg er geht und ob er trotz möglicherweise angeordneter Abschaltzeiten eine wirtschaftliche Umsetzung sieht und einen Standort vorantreibt. Keiner der hier aufgeführten Punkte ist durch die regionale Planung steuerbar.

Es wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass in der Region Heilbronn-Franken Stand 17.11.2025 307 Windkraftanlagen (Landkreis Heilbronn 21, Hohenlohekreis 18, Landkreis Schwäbisch Hall 114 und Main-Tauber-Kreis 154) bereits in Betrieb sind. Es handelt sich dabei um ca. 38% der insgesamt in Baden-Württemberg errichteten Anlagen (Quelle: Dashboard Windenergieausbau Baden-Württemberg der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW)). Eine ausreichende Wirtschaftlichkeit an zahlreichen Standorten wird somit durch den flächigen Ausbau in der Region belegt.

Abschließend sei noch auf ein spezielles geplantes VRG hingewiesen, dem sehr zahlreich die Eignung abgesprochen wurde und für welches vielfach die Behauptung aufgestellt wurde, die regionale Datengrundlage sei falsch: VRG HN_19_II „Südlich Schwaigern (Kernort)“. Dieser Aussage, HN_19_II sei aufgrund einer zu geringen Windgeschwindigkeit ungeeignet, ist zu widersprechen. Dem RVHNF wurden von dem planenden Vorhabenträger Windmessungen zur Verfügung gestellt, welche empirisch belegen, dass eine für die wirtschaftliche Windkraftnutzung gut ausreichende Windleistungsdichte vorliegt. Das entsprechende Gutachten ist der Synopse zur Öffentlichkeitsbeteiligung als Anlage (siehe Anlage zu STNE-ID 1441) beigefügt. Durch diese Messungen wurde die prognostizierte Eignung des VRG bestätigt.

## 4.2 Rückbau und dessen Finanzierung, Gefahren bei der Entsorgung von Windkraftanlagen

In einigen Stellungnahmen wurde kritisiert, dass die Finanzierung des Rückbaus von Windkraftanlagen nicht geregelt wird und durch die Entsorgung der Materialien aus den Windkraftanlagen, vor allem der Rotorblätter, die nicht recyclebar sind, zusätzliche Umweltbelastungen entstehen können.

Die Finanzierung des Rückbaus von Windkraftanlagen wird im Genehmigungsverfahren abgesichert und ist nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie II. Rückbauverpflichtungen und Bankbürgschaften des Windkraftanlagenbetreibers sind fester Bestandteil des Genehmigungsverfahrens, die vor Genehmigungserteilung nachgewiesen werden müssen. Insofern ergeben sich aus dem Aspekt keine Rückwirkungen auf die räumliche Steuerung der Nutzung der Windenergie in der Region Heilbronn-Franken.

Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen bezüglich der Gefahren bei der Entsorgung von Windkraftanlagen sind ebenfalls nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windkraftanlagen. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen sowie Fragen zu den verwendeten Baustoffen und Betriebsmitteln werden im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für jede einzelne Windkraftanlage geprüft, wenn konkrete Anlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.

### 4.3 Förderungen und Subventionen für Windkraftanlagen

Die Umsetzung der Energiewende ist gesellschaftspolitischer Konsens sowie Beschlusslage sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Landtag von Baden-Württemberg. Sie hat überdies Eingang in zahlreiche europäische, nationale und landesgesetzliche Vorgaben gefunden. Die vorliegende Planung setzt diese Vorgaben um. Grundsätzliche Betrachtungen über die Ausgestaltung des Strommarktes sowie finanzieller Anreize sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens, sondern wären im Zuge möglicher Gesetzesänderungen von den jeweiligen Gesetzgebern vorzunehmen. Ebenso nicht Bestandteil der Teilfortschreibung Windenergie II sind Regelungen des EEG, z.B. zur Förderung oder Subventionierung von erneuerbaren Energieträgern.

## 5. Bestandsnetz und möglicher Netzausbau

Der RVHNF hat das Vorhandensein von Leitungstrassen zur Ableitung des produzierten Stroms in seine Planungen als Eignungskriterium einbezogen. So wurden VRG gezielt in die Nähe von bestehenden Leitungstrassen von 110 kV (über dieses Hochspannungsnetz wird der produzierte Strom eines Windparks in der Regel abtransportiert) gesteuert, indem dem Nahbereich um solche Stromtrassen eine höhere Eignung nach Kriterienset zugewiesen wurde. So sollen VRG möglichst am Bestandsstromnetz ausgerichtet werden, um die Notwendigkeit neuer zusätzlicher Leitungstrassen zu reduzieren. Aus dem gleichen Grund hat der RVHNF das weitere Eignungskriterium „Nähe zum Lastort/Verbrauchernähe“ eingeführt. Durch dieses Kriterium soll die Stromproduktion möglichst in die Nähe des Verbrauchs gerückt werden, wo in der Regel die Stromnetze einerseits bereits besser ausgebaut sind und dazu bei einem notwendigen Ausbau eine geringer Gesamtstrecke ausgebaut werden muss. Hintergrund beider Eignungskriterien ist es, einen notwendigen Ausbau des Stromnetzes so gering wie möglich zu halten. Werden Windkraftanlagen in die Nähe des bestehenden Netzes geplant, so können diese erstens zeitnah umgesetzt werden und zweitens werden keine zusätzlichen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft durch den Bau eines Ableitungsnetzes verursacht, sofern das bestehende Netz die erforderlichen Kapazitäten aufweist. Der Hintergrund dieser Kriterien ist also einerseits die Beschleunigung des Ausbaus voranzutreiben und andererseits eine Reduzierung von Folgebeeinträchtigungen zu erreichen. Wie in der Begründung dargelegt, erfolgte die Wahl der Abstände in Rücksprache mit verschiedenen Projektierern. So wurde ermittelt, welche Abstände tatsächlich gewährleisten, dass eine Umsetzung von Windkraftanlagen schnell angegangen wird. Weiter ist zu betonen, dass der RVHNF auch Rücksprachen mit dem Netzbetreiber Netze BW hatten und das Vorgehen mit diesem besprach. Die Netze BW haben die Berücksichtigung des Bestandsnetzes in der vom RVHNF umsetzten Form ausdrücklich begrüßt. Somit macht der RVHNF genau das, wozu er durch eine große Zahl an Stellungnehmer aufgefordert wurde: Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Stromnetzes, soweit ihm dies möglich ist! Dies kann jedoch nur in einer pauschalen, für die Region insgesamt anzusetzenden Art erfolgen. Eine Einzelfallbetrachtung konkreter VRG ist im Rahmen der regionalen Planung nicht möglich. Der RVHNF prüft regionsweit, ob die grundsätzliche Möglichkeit eines in räumlicher Nähe liegenden Anschlusses besteht oder nicht. Wie sich die Netzbelastungssituation in einem entsprechenden Netzabschnitt darstellt, wie ein möglicher Vorhabenträger im Einzelfall konkret den Anschluss gestaltet, was er hierfür z.B. auch für Vorgaben durch den Netzbetreiber bekommt, ist dem RVHNF nicht bekannt und liegt in der Verantwortung der Vorhabenträger und der Netzbetreiber. Durch diese beiden Akteure wird im Einzelfall anhand der Netzsituation und der Anzahl und Typen an geplanten Anlagen etc. entschieden, an welchem Punkt eingespeist und ob und wo ein neues Umspannwerk gebaut wird oder nicht. All diese Detailfragen sind auf regionalplanerischer Ebene noch nicht bekannt und können dadurch nicht berücksichtigt werden.

Allerdings kann dies nicht bedeuten, dass für die Windenergie gut geeignete Fläche an anderer Stelle ignoriert werden. Hierfür gibt es keine rechtliche Grundlage. Im Gegenteil gibt § 12 Abs. 1 EEG

ausdrücklich folgendes vor: *„Netzbetreiber müssen auf Verlangen der Einspeisewilligen unverzüglich ihre Netze entsprechend dem Stand der Technik optimieren, verstärken und ausbauen, um die Abnahme, Übertragung und Verteilung des Stroms aus erneuerbaren Energien und Grubengas sicherzustellen.“* Dies bedeutet also, dass der Gesetzgeber ausdrücklich vorsieht, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien nicht dem Netzausbau unterzuordnen ist, sondern im Gegenteil der Ausbau der Netzinfrastruktur der Umsetzung der erneuerbaren Energien anzupassen ist. Diese rechtlichen Vorgaben hat der RVHNF zu beachten. Für die Planung und Umsetzung des Netzausbaus sind die Netzbetreiber verantwortlich. Für die Verfahrensführung (Bundesfachplanung) ist in den meisten Fällen die Bundesnetzagentur, in den anderen Fällen die jeweils zuständige Landesbehörde (i.d.R. das Regierungspräsidium) zuständig. Die Träger der Regionalplanung werden ggf. an diesen Verfahren beteiligt und werden sich in diesem Zusammenhang für die erforderliche Anbindung einsetzen. Zudem können die Netzbetreiber die VRG als Grundlage für den Netzausbau nutzen.

Im Zusammenspiel dieser beiden Sachverhalte führt der mehrfach vorgetragene Einwurf, dass bestimmte VRG aufgrund der großen Entfernung zum Netzanknüpfungspunkt unwirtschaftlich und deshalb ungeeignet seien, nicht zu einer Änderung des Planentwurfs. Eine geringe Entfernung wurde über eine entsprechende Eignung als Eignungskriterium „Nähe zur Einspeiseinfrastruktur“ berücksichtigt und im Standortdatenblatt dokumentiert. Ist die Entfernung zum Netz über 7,5 km Luftlinie, wie dies z.B. beim geplanten VRG KÜN_17_II bei Pfedelbach der Fall ist, wo die Entfernung zum Netz in zahlreichen Stellungnahmen regelmäßig mit 11 km angegeben wird, hat die Fläche bei diesem Kriterium keine Eignungspunkte erhalten. In diesen Fällen ist das betreffende Eignungskriterium „Nähe zur Einspeiseinfrastruktur“ auch nicht im Standortdatenblatt dargestellt. Dies bedeutet aber nicht, dass die übrigen Eignungskriterien nicht ausreichend für die Aufnahme in die Potenzialkulisse waren und es bedeutet auch nicht, dass die Ausweisung des VRG aufgrund der Entfernung des Netzverknüpfungspunkts eine Verhinderungsplanung darstellt.

Darüber hinaus können auf regionaler Ebene Fragen der den erneuerbaren Energien zugehörigen lokalen Infrastruktur nicht abschließend geklärt werden, da keine Anlagenstandorte, -typen und -zahlen innerhalb der VRG gesteuert werden. Die Teilfortschreibung Windenergie II dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag. Das Erschließungskonzept und der Netzanschluss für einen geplanten Windpark wird detailliert im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens ausgearbeitet. Die Wirtschaftlichkeit sowie die Kosten eines Ausbaus von Leitungstrassen und Versorgungswegen sowie der Transport und Wartung der Anlagen liegt im Ermessen des Projektierers/Betreibers. Dabei ist die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung stark vom erwarteten Winddargebot und den Renditeerwartungen des Betreibers abhängig und nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie II.

Auch die konkrete Entwicklung von Möglichkeiten zur Speicherung des erzeugten Stroms und die Netzstabilität sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens, sondern obliegen insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt. Auch notwendige Abschaltungen von Windkraftanlagen sind – wie oben ausgeführt – kein Regelungsinhalt der Teilfortschreibung Windenergie II.

Die Kritik, dass die SuedLink-Trasse nicht berücksichtigt wurde, ist zurückzuweisen. SuedLink dient als Übertragungsinfrastruktur für den Transport von Strom aus Windenergieerzeugungsgebieten im Norden Deutschlands zu Verbrauchszentren im Süden der Republik, ersetzt jedoch keine dezentrale Erzeugung. Eine alleinige Abhängigkeit von ferntransportiertem Strom widerspricht den Zielen der Versorgungssicherheit, Netzstabilität und Energiewende, da eine regional ausgewogene Erzeugung erforderlich ist, um Netzeingriffe und Übertragungsverluste zu minimieren.

# 6. Siedlungsabstände

## 6.1 Umgang mit Siedlungsabständen zu festgesetzten/dargestellten Baugebieten/Bauflächen

Der RVHNF setzt bei seiner Planung die im Kriterienset hinterlegten Abstände zu Siedlungsgebieten an. Diese Abstände beruhen auf der im Flächennutzungsplan der jeweiligen Kommune festgesetzten bauplanungsrechtlichen Einstufung des Gebietes. Dies hat den Hintergrund, dass diese Einstufung ausschlaggebend dafür ist, welche immissionsschutzrechtlichen Lärmrichtwerte nach der technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) am Immissionsort einzuhalten ist. Hierbei sind für reine Wohngebiete die höchsten Schutzstandards, abgesehen von Sondergebieten wie Kliniken, Pflege- und Kureinrichtungen, anzuwenden. Gemäß TA Lärm gelten folgende Richtwerte:

| **Gebietsart** | **Tag** | **Nacht** |
|---|---|---|
| Industriegebiete | 70 dB(A) | 70 dB(A) |
| Gewerbegebiete | 65 dB(A) | 50 dB(A) |
| Urbane Gebiete | 63 dB(A) | 45 dB(A) |
| Kern-, Dorf-, Mischgebiete | 60 dB(A) | 45 dB(A) |
| Allgemeine Wohngebiete, Kleinsiedlungsgebiete | 55 dB(A) | 40 dB(A) |
| Reine Wohngebiete | 50 dB(A) | 35 dB(A) |
| Kurgebiete, Krankenhäuser, Pflegeanstalten | 45 dB(A) | 35 dB(A) |

Um eine vereinfachte Handhabe und Abstufung zu ermöglichen, wird auf die Bauflächenabstufung nach § 1 Abs. 1 Baunutzungsverordnung (BauNVO) zurückgegriffen (Wohnbauflächen, Mischbauflächen, gewerbliche Bauflächen, Sonderbauflächen). Der Hintergrund dieser Abstufung zwischen Wohn- und Mischbauflächen liegt darin begründet, dass in Mischbauflächen, wie der Name andeutet, in gewissem Rahmen neben Wohnen auch gewerbliche und andere Nutzungen, wie z.B. Handwerksbetriebe zulässig sind. Um diese lärmemittierenden Nutzungen zu ermöglichen, müssen Lärmrichtwerte höher angesetzt werden können. Im Mischgebiet sind Einwirkungen auf die Wohnnutzung in höherem Maße hinzunehmen als bspw. im allgemeinen Wohngebiet. Daran ändert im Zweifel auch die tatsächlich vorhandene Nutzung nichts; maßgeblich wäre dies erst, wenn ein Bebauungsplan funktionslos geworden ist. Da an die Feststellung der Funktionslosigkeit von Bebauungsplänen hohe Hürden gerichtet sind, kann auf Ebene der Regionalplanung nur der rechtskräftige Planungsstand als zuverlässige Quelle herangezogen werden.

Aus diesem Sachverhalt ergibt sich, dass in diesen Gebieten auch eine höhere Lärmeinwirkung von außen, z.B. durch Windkraftanlagen, möglich ist. Der RVHNF hat deshalb die Mindestabstände zu Siedlungskörpern danach ausgerichtet, dass im Regelfall von Anlagen in den geplanten VRG die oben genannten Richtwerte eingehalten werden sollten (siehe hierzu Erläuterungen zu den Kriterien in der Begründung). Dies kann jedoch lediglich eine pauschale, überschlägige Betrachtung sein, da für eine exakte Ermittlung von Lärmwerten der Anlagentyp und der genaue Anlagenstandort bekannt sein müssen. Dies ist auf regionaler Ebene jedoch beides nicht der Fall, weshalb auch keine Lärmgutachten auf regionaler Ebene erstellt werden können. Somit verbleibt in den zwingend für jeden Anlagenstandort nachgelagert durchzuführenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren im Einzelfall unter Erstellung eines Immissionsgutachtens der konkrete Schallpegel zu ermitteln. Hierbei sind auch lokale Sondersituationen wie Topografie und Vorbelastungen zu berücksichtigen.

Der im Kriterienset angesetzte Mindestabstand wurde jedoch in der Regel deutlich überschritten. Hierfür hat der RVHNF die Eignung für eine Flächenausweisung mit zunehmendem Abstand von Siedlungskörpern erhöht (siehe Erläuterung der Eignungskriterien in der Begründung). Dadurch werden bevorzugt VRG mit deutlich höherem Abstand von Siedlungskörpern ausgewiesen. Lediglich in

Bereichen, in welchen bereits rechtskräftige kommunale Konzentrationszonen oder Planungen von Kommunen oder Projektieren bekannt sind, wurden VRG-Abgrenzungen bis an den Mindestabstand erwogen. Eine auch mit Blick auf die mehrfach geforderte Einhaltung eines Mindestabstands von 1.000 m zu Wohnbauflächen durchgeführte Auswertung hat dabei folgendes aufgezeigt: bei reinen Angebotsflächen ohne laufende Planung oder bestehende Konzentrationszonen wird zu Wohnbauflächen ein Abstand von mind. 1.000 m eingehalten, bei Mischbauflächen immer ein Mindestabstand von 750 m. Der geringste Abstand bei Wohnbauflächen liegt gemäß Ausschlusskriterium bei 840 m und begründete sich entweder auf rechtsverbindliche kommunale Konzentrationszonen oder auf explizit geäußerte kommunale Flächenwünsche. Bei den Mischbauflächen wurde mit Blick auf bestehende kommunale Konzentrationszonen ebenfalls auf den Ausschlussabstand von 560 m zurückgegriffen. Bei vorliegenden informellen Planungen oder im Vorbescheidsverfahren befindlichen Planungen wurde ein Abstand von 750 m eingehalten, es sei denn, das VRG wäre sonst zu klein geworden und wäre damit entfallen. Damit folgt die Ausweisung den Leitlinien in Kap. D.5.3 der Begründung.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass alle dem RVHNF bekannten Bebauungspläne und Flächennutzungspläne, die bis zum 31.01.2024 mindestens zur frühzeitigen Beteiligung vorlagen, Eingang in die Berechnung der Siedlungsabstände gefunden hat.

## 6.2 Umgang mit Abständen zu Wohnstellen im Außenbereich

Für zulässige Gebäude im Außenbereich in nicht bauleitplanerisch überplanten Gebieten gilt, dass die Wirkungen auf die Wohnnutzung erst in einem späteren Genehmigungsverfahren abschließend bewertet werden können. Grundsätzlich kann es sich hierbei sowohl um Einzelgebäude (etwa Aussiedlerhöfe) als auch um eine Ansammlung mehrere Gebäude mit scheinbarem Siedlungscharakter handeln. Nicht bauleitplanerisch überplante Siedlungskörper können baurechtlich entweder als unerwünschte Splittersiedlungen (siehe auch § 35 Abs.3 Nr.7 BauGB) oder als ein im Zusammenhang bebauter Ortsteil (siehe auch § 34 BauGB) einzustufen sein. Diese Einstufung ist nach gültiger Rechtsprechung jeweils im Einzelfall zu treffen und erfordert komplexe Sachstandsermittlungen und Abwägungen. Aufgrund der sehr hohen Anzahl solcher Außenbereichssiedlungen in der Region Heilbronn-Franken kann unmöglich für alle nicht in Flächennutzungsplänen dargestellten Kleinsiedlungen, Weiler und Ansammlungen von Einzelgehöften eine Einzelfallprüfung und Einstufung vorgenommen werden. Aus diesem Grund hat der RVHNF für seine Abstandszuweisung ausschließlich auf die Darstellungen der Flächennutzungspläne zurückgegriffen. Alle in diesen nicht mit einer Bauflächenausweisung nach § 1 Abs. 1 BauNVO dargestellten Nutzungen gingen als Nutzungen im Außenbereich ein. Da grundsätzlich der Außenbereich von Wohnnutzungen freizuhalten ist und für die Einstufung als im Zusammenhang bebauter Ortsteil erhebliche rechtliche Voraussetzungen zu erfüllen sind, hat der RVHNF alle Außenbereichssiedlungen grundsätzlich als Splittersiedlungen betrachtet und in der Behandlung wie eine Ansammlung von Einzelgebäuden eingestuft. Tatsächlich als im Zusammenhang bebaute Ortsteile einzustufende Siedlungskörper bleiben im Einzelfall bei immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu ermitteln und bei Abständen zu den Einzelstandorten etc. entsprechend zu beachten. Grundsätzlich gilt für die Einzelgebäude und Weiler im Außenbereich, dass diesen über die Rechtsprechung Lärmrichtwerte nach TA Lärm zugeordnet sind.

Allerdings ist nach obergerichtlicher Rechtsprechung für den Außenbereich der Richtwert eines Misch- bzw. Dorfgebiets anzusetzen [z.B. OVG Münster 7 A 2127/00]. Diese Einstufung resultiert daraus, dass der Außenbereich bauplanungsrechtlich nicht zum Wohnen vorgesehen ist, sondern primär freigehalten oder aber den Nutzungen, die auf den Außenbereich angewiesen sind, vorbehalten werden soll. Neue, reine Wohnnutzungen sind im Außenbereich nach § 35 BauGB grundsätzlich unzulässig, bestehende Wohnnutzungen stehen in Zusammenhang mit zulässigen Außenbereichsnutzungen (z.B. landwirtschaftlichen Hofstellen) oder sind Altbestände auf Basis von

Bestandsschutz. Wirkungen durch die aktuelle Gesetzgebung des „Bauturbo“ können auf Grundlage der zur Abwägung vorliegenden Stellungnahmen und der reklamierten Nutzungen noch keine Rolle gespielt haben und spielen sie bis zum Abschluss des Planverfahrens voraussichtlich auch nicht, da auch durch den „Bauturbo“ nichts an der grundsätzlichen und regelhaften Ausrichtung des § 35 BauGB geändert wurde. Emittierende Anlagen, also u.a. auch Windkraftanlagen, sind hingegen außenbereichstypisch. Der Außenbereich ist also bauplanungsrechtlich gesehen keine besonders geschützte „ruhige“ Wohnlage, sondern auf Freiraumschutz und außenbereichstypische Nutzungen ausgelegt. (Quelle: Windenergie Handbuch, 19. Ausgabe, www.windenergie-handbuch.de)

Hierzu wurde bereits 2017 durch das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) festgestellt, dass im Außenbereich zulässige Wohnnutzungen damit rechnen müssen, dass in ihrer Nachbarschaft privilegierte Nutzungen wie insbesondere die Windenergie ansiedeln. Dem Interesse an der Verwirklichung privilegierter Vorhaben ist dann regelmäßig Vorrang vor den Interessen einer Wohnbebauung einzuräumen (Umwelt- und Planungsrecht 5/2025, BVerwG 4 B 26.17-, ZfBR 2018 = juris Rn.6).

Weiter ist in diesen Fällen das Gebot der Rücksichtnahme zu berücksichtigen. Hier gilt nach bestehender Rechtsprechung eine Prüfungsnotwendigkeit im Einzelfall mit einer Abwägung der jeweiligen Umstände. Hierbei ist die Schutzbedürftigkeit der vorhandenen Nutzung wie auch die Verständlichkeit und Unabweisbarkeit des geplanten Vorhabens zu ermitteln und gegeneinander abzuwägen, um das notwendige Maß der Rücksichtnahme zu ermitteln. Eine solche Prüfung kann nicht auf regionaler Ebene durchgeführt werden, sondern muss im Einzelfall anhand des konkreten Standortes im immissionsschutzrechtlichen Verfahren verortet werden.

Allerdings hat der Gesetzgeber in § 249 Abs. 10 BauGB einen Mindestabstand zur Vermeidung einer optisch bedrängenden Wirkung eingeführt. Eine solche optisch bedrängende Wirkung ist im Regelfall nicht mehr anzunehmen, sofern ein Abstand von mindestens doppelter Höhe der Windkraftanlage (Nabenhöhe + Rotorradius) entspricht. Bei der vom RVHNF zugrunde gelegten Referenzanlage 1 sind somit 560 m Abstand von Gebäuden zur Vermeidung einer optisch bedrängenden Wirkung einzuhalten. Dies entspricht im Übrigen dem Mindestabstand, der vom RVHNF an der TA Lärm orientiert für Mischgebiete angesetzt wurde. Deshalb hat der RVHNF für Gebäude im Außenbereich diesen Referenzwert zur Vermeidung einer optisch bedrängenden Wirkung als Vorsorgeabstand zugrunde gelegt. Da es sich hierbei um einen gesetzlich geregelten Mindestabstand unter Regelvorbehalt handelt, wird dieser im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren geprüft und eine Einhaltung der rechtlichen Vorschriften gewährleistet. Aus diesem Grund konnte der RVHNF diesen Vorsorgeabstand als Konfliktkriterium werten, ohne den Schutz der Bevölkerung zu verringern. Der Hintergrund, warum dieser Vorsorgeabstand nicht als Ausschlusskriterium definiert wurde, ist die Vielzahl an Einzelgebäuden und Weilern im Außenbereich in der gesamten Region sowie die grundsätzlich bestehende Möglichkeit einer standortbezogene Einzelfallprüfung, die sich aufgrund des Regelvorbehalts ergibt. So urteilte erst im September 2025 das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz, dass aus dieser Regelvermutung nicht im Umkehrschluss folgt, dass bei Unterschreiten des Regelabstandes automatisch eine optisch bedrängende Wirkung vorliege. Vielmehr sei bei Unterschreiten der zweifachen Anlagenhöhe eine Einzelfallbewertung vorzunehmen. In dem Urteil wird darauf Bezug genommen, dass der Außenbereich tendenziell von Bebauung freizuhalten und für privilegierte Nutzungen, wie die Windkraft, vorgesehen sei (Quelle: Newsletter 10/2025, Prometheus Rechtsanwaltsgesellschaft, https://www.prometheus-recht.de/optisch-bedraengende-wirkung-im-aussenbereich-zumutbarkeit-der-selbsthilfe/).

Andernfalls wäre es einerseits nahezu unmöglich geworden eine zusammenhängende Kulisse zu schaffen, aus der die VRG ausgewählt wurden, während eine standortbezogene Einzelfallprüfung

regionalplanerisch gar nicht zu leisten ist. Bei diesem Zuschnitt der VRG wurde jedoch wo immer möglich darauf geachtet, die 560 m Puffer auszusparen. Wie bereits erläutert, führt selbst eine geringfügige Unterschreitung dieses Abstandes nicht dazu, dass der Puffer auf Genehmigungsebene nicht als rechtliche Grundlage beachtet wird. Im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren sind zulässige Wohnnutzungen im Außenbereich im Zuge einer schalltechnischen Betrachtung zu berücksichtigen.

### 6.3 Berücksichtigung von Siedlungsabständen zum Gebiet Hofwiesen in Waldenburg-Obersteinbach

Der vorgetragene Einwand, dass das Gebiet Hofwiesen in Waldenburg-Obersteinbach bei der Anwendung der Siedlungsabstände nicht berücksichtigt wurde, ist unzutreffend. In der Karte „Schutzgut Mensch, menschliche Gesundheit“ im Standortdatenblatt zum VRG KÜN_15_II „Südöstlich Öhringen-Michelbach“ ist ersichtlich, dass im Gebiet Hofwiesen Wohn- und Mischbauflächen vorhanden sind, zu welchen die entsprechenden Vorsorgeabstände eingehalten werden. Zudem wurde für Obersteinbach und damit auch dem Gebiet Hofwiesen eine mögliche Umfassung geprüft. Dieser konkrete Einwand in den Stellungnahmen kann somit widerlegt werden.

### 6.4 Berücksichtigung ausreichender Siedlungsabstände zu den Mischbauflächen Vorderlangert/Wasserhäuser in Fichtenberg

Die Kritik, dass im Bereich des geplanten VRG SHA_29_II „Südwestlich Fichtenberg (Kernort) die als Mischbauflächen ausgewiesene Bereiche (Vorderlangert und Wasserhäuser) eigentlich Wohnbauflächen sind und somit größere Abstände gelten müssten ist zurückzuweisen. Nach dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan der VVG Limpurger Land sind diese beiden Ortsteile eindeutig als Mischbauflächen ausgewiesen und die hierfür geltenden Abstände wurden angewendet.

### 6.5 Berücksichtigung ausreichender Siedlungsabstände zu den Weilern Eisenhutsrot, Heßlachshof (beide Dörzbach) und Seidelklingen (Mulfingen)

In der Beteiligung wurde häufig die Kritik vorgebracht, dass das VRG KÜN_03_II den Mindestabstand zu Siedlungsgebieten nicht einhalte. Hierbei wurden die Weiler Eisenhutsrot, Heßlachshof und Seidelklingen angeführt. Diese sind jedoch im FNP des GVV Krautheim nicht als Siedlungsflächen dargestellt, womit die in Kap. 6.2 dieses Dokuments erläuterte Regelung nach § 249 Abs. 10 BauGB für diese Wohngebäude greift. Diese ist wie oben bereits dargelegt lediglich als Konfliktkriterium angesetzt und auf der Umsetzungsebene bei der konkreten immissionsschutzrechtlichen Genehmigung umzusetzen. Allerdings hat der RVHNF zur Kenntnis genommen, dass hierdurch ein größerer Teil des geplanten VRG faktisch nicht mit Windkraftanlagen bebaut werden kann und für diesen somit die Erforderlichkeit in Frage steht. Um diese Situation nochmals zu prüfen und das VRG KÜN_03_II ggf. neu zuzuschneiden oder ganz zu streichen wird das geplante VRG aus der laufenden Planung herausgenommen und in das Annexverfahren überführt.

## 7. Umfassung und bedrängende Wirkung durch Windkraftanlagen

Der vorgebrachte Einwand, dass Siedlungsbereiche nach der Errichtung der Windkraftanlagen in den VRG für regionalbedeutsame Windkraftanlagen weitgehend oder komplett von diesen Anlagen umgeben sind, ist zurückzuweisen.

Eine solche Umfassung läge vor, wenn ein Siedlungsgebiet weitgehend oder komplett von Windkraftanlagen umgeben ist, so dass in jeder Blickrichtung Windkraftanlagen innerhalb eines gewissen Radiusstehen.

Der RVHNF hat zur Vermeidung einer solchen Umfassung auf eine Methode zurückgegriffen, die in dem Gutachten „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“ im Auftrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern entwickelt wurde. Dieses Gutachten stellt eine Vorgehensweise vor, wie standardisiert eine Umfassung vermieden werden kann.

Die Grundlage dieser Methode ist das menschliche Gesichtsfeld von 180° in eine Richtung. Eine Beeinträchtigung dieses Sichtfeldes von 2/3 wird als zumutbar bewertet. Dies entspricht einem überstrichenen Winkel von 120°. Demzufolge ist in horizontaler Ausrichtung ein Freihaltekorridor von 60° einzuplanen. Um eine Siedlung herum sind dementsprechend zwei Bereiche mit einer horizontalen Ausdehnung von 120° für Windkraftanlagen grundsätzlich möglich, wenn diese von Freihaltekorridoren mit 60° horizontaler Ausdehnung unterbrochen werden. Alternativ sieht das Gutachten vor, dass der Umfassungswinkel auf 180° erweitert werden kann, wenn der gegenüberliegende Teil des Sichtfeldes vollständig freigehalten wird. Hier sollte aber nicht der komplette Halbkreis einer vollständigen Bebauung mit Anlagen zugänglich sein oder es sollte zumindest eine Sichtverschattung innerhalb des mit Windkraftanlagen bestellten Halbkreises vorliegen. Da die Wirkung von Windkraftanlagen maßgeblich von der Anlagenhöhe abhängt, bleibt darüber hinaus eine vertikale Ausdehnung einzubeziehen. Auch hier wird vom menschlichen Gesichtsfeld ausgegangen. Das vertikale Gesichtsfeld beträgt nach dem Gutachten ca. 45°. Eine dominante Höhenwirkung ist dann gegeben, wenn der freie Anteil über den Windkraftanlagen kleiner ist als das Doppelte der wahrgenommenen Anlagenhöhe. Anhand dieser Wahrnehmung einer Windkraftanlage im vertikalen Sichtfeld wurde der Betrachtungsraum für die Erheblichkeit hinsichtlich einer Umfassung auf 2,5 km ausgehend vom Siedlungsrand bestimmt. Hierbei wird nochmals darauf hingewiesen, dass die Entfernung jeweils vom Siedlungsrand, nicht vom Ortskern gemessen wird, da eine solche vermeintliche Messung vom Ortskern in vielen Stellungnahmen als Benachteiligung der Bevölkerung am Ortsrand bemängelt wurde. Ferner sei darauf hingewiesen, dass die grafische Darstellung der Umfassungsschablone in den Standortdatenblättern den Radius nicht vollständig abbildet, sondern dieser wie bereits erläutert jeweils vom jeweiligen Siedlungsrand zu sehen ist. Mehr als 2,5 km entfernte Anlagen haben in der Regel keine dominante Höhenwirkung, weil sie weniger als 1/3 des vertikalen Sichtfeldes einnehmen. Eine konkrete Prüfung der vertikalen Sichtverhältnisse kann damit entfallen.

Entsprechend dieser gutachterlichen Vorgaben wurde eine Umfassungssituation aufgrund der Anordnung der VRG in der Horizontalen bewertet und sofern notwendig VRG-Zuschnitte angepasst oder VRG komplett verworfen. Jedes einzelne geplante VRG wurde in einer Einzelfallprüfung auf eine mögliche Umfassungswirkung einzeln oder auch im Zusammenspiel mit weiteren VRG im räumlichen Zusammenhang geprüft. Bestand der Verdacht, es könne eine Umfassung vorliegen wurde dies anhand einer Winkelschablone für jedes entsprechende Siedlungsgebiet geprüft. Diese Prüfung kann, sofern sie erforderlich war, den Standortdatenblättern entnommen werden. Dort wird für jedes Plangebiet die Lage zu Siedlungsgebieten inklusive der Winkelschablonen dargestellt. Die Winkelschablonen bestehen jeweils aus einem 2,5 km Radius, der in zwei 120° Bereiche und zwei 60° Bereiche untergliedert ist. Diese Schablone wird mit dem zu prüfenden Siedlungsgebiet so ausgerichtet, dass mindestens die beiden 60° Bereiche von VRG freigehalten werden (bzw. bei einer 180° Lösung mindestens 180° des Kreises). Darüber hinaus wurde auch auf weitere Gebiete in Randlagen außerhalb des 2,5 km-Radius geachtet. Die Höhe des möglichen Konfliktpotenzials orientiert sich hierbei daran, wie viele überlagernde Einzelprüfungen durchzuführen waren (also für wie viele Siedlungsgebiete eine Umfassung im Raum stand und vermieden werden musste). Somit kann nach objektiven Kriterien eine Umfassung von Siedlungsbereichen ausgeschlossen werden.

In diese Prüfungen wurden sowohl bereits bestehende kommunale Konzentrationszonen als auch dem RVHNF bekannte genehmigte und bestehende Windkraftanlagenstandorte einbezogen. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass das Gutachten ebenfalls vorgibt, dass für Einzelgehöfte und

Splittersiedlungen das Kriterium Umfassung keine Anwendung finden könne. Hierzu wird auf die im Kap. 6.2 dieses Dokuments gemachten Aussagen zu Wohnnutzungen im Außenbereich und deren rechtlichen Stand im Vergleich zu im Außenbereich privilegierten Vorhaben hingewiesen.

Weiter wurde sehr häufig im Zusammenhang mit einer Umfassung auch eine optisch bedrängende Wirkung aufgrund von topografisch höher liegenden VRG vorgebracht. Hier ist rechtlich klar zu trennen: Eine optisch bedrängende Wirkung ist gesetzlich in § 249 Abs. 10 BauGB definiert. Diese Definition beinhaltet keine Aussagen, dass ein höher oder tiefer liegender Standort unterschiedlich zu bewerten wäre. Allerdings ist durch den Regelvorbehalt des Paragrafen die Möglichkeit einer Einzelfallprüfung auf Ebene der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung gegeben. Eine solche kann nicht auf regionaler Ebene durchgeführt werden, da die entscheidenden Abwägungsparameter (etwa Anlagenstandort oder-typ) unbekannt sind. Eine pauschale Aussage, aufgrund einer höheren Lage müsse zur Vermeidung von optisch bedrängenden Wirkungen mehr Abstand eingehalten werden oder größere Freihaltekorridore angenommen werden ist zurückzuweisen. Hierfür besteht weder laut Umfassungsgutachten noch nach den gesetzlichen Vorgaben eine Notwendigkeit. Dies wäre wie dargelegt auch praktisch nicht machbar, da die entsprechenden Beurteilungsparameter nicht bekannt sind. Eine pauschale Betrachtung schließt sich aus, da durch nichts herzuleiten und zu rechtfertigen ist, wie eine Korrelation zwischen höher liegendem Standort und Abstand allgemein hergestellt werden könnte. Dies kann, wenn überhaupt nur unter Betrachtung der standörtlichen Situation erfolgen.

Der vorgebrachte Einwand, dass es bei Waldenburger-Goldbach zu einer Umfassung kommt, war bereits beim ersten Entwurf nicht zutreffend, da im Bereich von Goldbach die Sonderreglung zur Freihaltung von 180° des Blickfelds angewendet wurde, auch wenn es zu minimalen Überschneidungen der geplanten VRG mit diesem Freihaltebereich kam. Allerdings besteht mit der Herausnahme VRG KÜN_16_II dieser Sachverhalt, der seitens des RVHNF aufgrund seiner Geringfügigkeit als mit dem Umfassungsgutachten vereinbar eingestuft wurde, nicht mehr. Für die Wohnplätze Tommelhardt und Neumühlsee war und ist ebenfalls keine Umfassungssituation gegeben.

# 8. Natur- und Artenschutz

## 8.1 Berücksichtigung des Themenfelds Naturschutz

Die Kritik, dass bei der Planung den Themen Naturschutz nicht ausreichend Rechnung getragen wird, ist in vielfacher Hinsicht zu widersprechen. Zum Themenbereich Walderhalt wird auf das Kap. 9 „Inanspruchnahme von Waldflächen“ verwiesen. Im Hinblick auf einen vermeintlichen Verstoß gegen EU-Richtlinien (Wiederherstellungsverordnung bzw. entwaldungsfreie Lieferketten) gilt Kap. 1.1 „EU-/Bundesrechtliche Vorgaben“ bzw. Kap. 10 „Lieferkettengesetz“.

Dem Kriterienset der Teilfortschreibung Windenergie II kann entnommen werden, welche Datengrundlagen der RVHNF zur Wahrung der Belange des Naturschutzes angewendet hat. So wurden gesetzlich geschützte Bereiche wie Naturschutzgebiete (NSG) und Bannwälder als Ausschlusskriterium aufgenommen.

FFH- und Vogelschutzgebiete wurden als hochrangige Konfliktkriterien geführt und weitgehend gemieden. Lediglich bei Vorliegen einer konkreten Planung und einer günstigen gutachterlich bestätigten Prognose für den Erhaltungszustand des Natura2000 Gebietes wurde eine solche Fläche berücksichtigt. Lediglich bei drei VRG kommt es zu einer Überschneidung mit FFH-Gebieten (eines davon, VRG SHA_16_II, wird unabhängig davon aus den in der Einführung genannten Gründen in das Annexverfahren verschoben und nochmals geprüft). In einem der VRG sind bereits Bestandsanlagen vorhanden und im anderen ist das FFH-Gebiet nicht flächig ausgebildet, sondern verläuft entlang von Gewässerläufen, so dass kaum Konflikte zwischen den Erhaltungszielen und dem Windkraftausbau zu

erwarten sind. Lediglich in einem Fall ist eine vollständige Neuplanung in einem flächigen FFH-Gebiet vorgesehen. Eine Überschneidung mit Vogelschutzgebieten liegt nicht vor.

Weitere schützenswerte Bereiche wie geschützte Biotope, Naturdenkmale oder Kernflächen des Biotopverbundes wurden als Konfliktkriterien aufgenommen. Da diese kleinräumigen Bereiche problemlos auf Ebene der Standortwahl gemieden werden können, führen sie in der Regel nicht zu einem Wegfall eines potenziellen VRG. Auf diesen Sachverhalt wird in den Standortdatenblättern hingewiesen und damit Vorhabenträgern ermöglicht, konkrete Standorte, ohne eine Beeinträchtigung dieser Bereiche, zu planen.

Ebenfalls als Konfliktkriterien sind Flächen des landesweiten Biotopverbundes und des Generalwildwegeplans (GWP) hinterlegt. Für beide Verbundtypen ist im Umweltbericht dargelegt, wie sich diese Flächen zusammensetzen und warum sie so eingestuft wurden. Der Biotopverbund besteht im Kern aus meist gesetzlich geschützten Bereichen (Kernflächen: geschützte Biotope, FFH-Mähwiesen, Streuobstwiesen) und Räumen (Kern- und Suchräume) um diese miteinander zu verbinden. Die hochwertigsten Bereiche, die Kernflächen und Kernräume, werden in den Standortdatenblättern dargestellt, so dass sie auf Ebene der Umsetzungsplanung berücksichtigt werden können. Hierbei muss auch darauf hingewiesen werden, dass der Verbund der Kernflächen funktional zu sehen ist, d.h. es muss die Funktion des verbindenden Elements betrachtet werden, nicht seine flächentreue Freihaltung.

Auch beim GWP handelt es sich um eine Verbundplanung, die die Funktion der Durchwanderbarkeit insbesondere für waldgebundene Arten sicherstellen soll. Wie im Umweltbericht dargestellt, ist jedoch nicht klar, in welchem Umfang Windkraftplanungen überhaupt eine Durchwanderbarkeit beeinträchtigen. Die Studienlage ist hierzu widersprüchlich. So legt bereits ein Sachstandsbericht des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages 2019 dar, dass aus Studien hervor geht, dass für Wildtiere, bis auf die direkte Bauphase, keine dauerhaften Beeinträchtigungen vorhanden zu sein scheinen. Besonders große und mittelgroße Säugetiere könnten sich offenbar recht gut an einen Windpark gewöhnen. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass Auswirkungen je nach Tierart, Jahreszeit, Fläche und Anordnung eines Windparks unterschiedlich ausfallen könnten. Eine aktuellere Untersuchung der Universität Göttingen aus 2023 zum „Einfluss von Windenergieanlagen auf die Abundanz der Wildkatze“ kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, dass sich Wildkatze, Rothirsch, Reh und Wildschwein in einem Waldgebiet durch Windkraftanlagen nicht stören ließen. Allerdings wird hierin auf weitere Studien hingewiesen, die eine Beeinträchtigung nahelegen. Für Rentiere in Schweden liegen offensichtlich Studien vor, die eine Beeinträchtigung der Tiere bei der Habitatwahl nahelegen. Auch für Wölfe wurde in Portugal eine leicht verminderte Reproduktionsrate während des Baus von Windkraftanlagen festgestellt. Für Rehe wurde im Offenland eine Meidung von Windkraftanlagen beobachtet.

Im Fazit sieht der RVHNF somit eine klare Beeinträchtigung der Durchwanderbarkeit für Wildtiere bislang nicht als nachweisbar. Es scheint hingegen maßgeblich von der jeweils betroffenen Tierart und den konkreten Standortsituationen (z.B. Art und Umfang der Windkraftanlage, Anordnung der Standorte, Lebensraumtyp) abzuhängen, ob eine über die reine Bauzeit hinaus anhaltende Wirkung besteht. Diese Standortsituation ist erst auf Ebene der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung beurteilbar. Hier werden Standorte und deren Anordnung sowie die Typen der Anlagen festgelegt und auch die tatsächlich berührte Biotopqualität im Rahmen der Eingriffs- Ausgleichsbilanzierung ermittelt. Somit ist auch hier, wie beim Biotopverbund allgemein, ein Ausschluss von Flächen wegen der Berührung des GWP nicht gerechtfertigt, da auf nachgelagerter Ebene ein Umgang gefunden werden kann. In einer solchen Situation ist mit Blick auf § 2 EEG und den Abwägungsvorrang der erneuerbaren Energien ein Ausschluss nicht mit dem rechtlichen Rahmen vereinbar. Berührungen werden im

Standortdatenblatt dargestellt, es werden mindernde Umstände erläutert und auf eine angepasste Standortplanung hingewiesen.

Regelmäßig wurde auf eine Lage innerhalb eines der beiden Naturparke in der Region Heilbronn-Franken hingewiesen. Im Süden der Region befinden sich Teilflächen des Naturparkes Stromberg-Heuchelberg und des Naturparkes Schwäbisch-Fränkischer Wald. Insbesondere aus dem Schwäbisch-Fränkischen Wald wurden Bedenken wegen der Lage einzelner geplanter VRG innerhalb des Naturparkes vorgetragen. Es ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass die Naturparkverordnung des Naturparkes Schwäbisch-Fränkischer Wald in § 2 Abs. 4 Nr.6 klarstellt: "Flächen die im jeweiligen Regionalplan nach § 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 11 LPlG für die Windkraft festgelegt sind" seien als Erschließungszonen definiert und damit von einem Erlaubnisvorbehalt der Naturschutzbehörden ausgenommen. Das heißt der Naturpark steht einer VRG-Ausweisung für die Windenergie durch die Regionalplanung nicht entgegen. Für den Naturpark Stromberg-Heuchelberg verhält es sich vergleichbar. Damit können Naturparke auch nicht von der Planung ausgeschlossen werden, da dies rechtlich unzulässig wäre und zum Scheitern der regionalen Planung führen würde.

Ein Ausschluss von Naturparken wäre darüber hinaus auch kaum realisierbar, da der Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald die Kommunen Wüstenrot, Fichtenberg, Mainhardt, Oberrot, Löwenstein, Gaildorf, Michelbach an der Bilz, Rosengarten und Sulzbach-Laufen vollständig sowie die Kommunen Abstatt, Beilstein, Lauffen am Neckar, Lehrensteinsfeld, Obersulm, Untergruppenbach, Bretzfeld, Kupferzell, Öhringen, Pfedelbach, Waldenburg, Michelfeld, Schwäbisch Hall und Untermünkheim teilweise umfasst. Der Naturpark Stromberg-Heuchelberg umfasst in der Region ganz oder teilweise die Kommunen Eppingen, Zaberfeld, Pfaffenhofen, Güglingen, Cleebronn und Brackenheim. Das heißt beide Naturparke zusammen umfassen ganz oder teilweise 30 der 111 Kommunen in der Region. Somit wären ca. 27% der Region ganz oder teilweise nicht für die Planung verfügbar und das Flächenziel für die gesamte Region müsste auf knapp ¾ der Region erfüllt werden. Dies zeigt auch, dass neben den rechtlichen und sachlichen Problemen es auch fachlich nicht zu begründen wäre, mehr als ein Viertel der Region pauschal auszuschließen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass einzelne VRG in dieser großen Fläche mit den Zielen der Naturparke nicht vereinbar sein sollen, weshalb die Verordnungen entsprechende Regelungen (siehe oben) vorsehen. Auch eine angebliche Konzentration auf den Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald, wie häufig vorgebracht wurde, ist nicht korrekt. Der Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald betrifft ca. 21 % der Kommunen in der Region und ist ursprünglich durch 20 der 104 geplanten VRG (wovon vier jedoch aus dem Hauptverfahren herausgenommen und im Annexverfahren nochmals geprüft werden) d.h. ca. 19 % der VRG betroffen. Hier kann nicht von einer Konzentration im Hinblick auf die Anzahl der VRG auf diesen Bereich gesprochen werden. Weiter ist darauf hinzuweisen, dass insbesondere im Landkreis Schwäbisch Hall ein erheblicher Teil der in der Teilfortschreibung Windenergie II festgelegten VRG bereits als Konzentrationszone bzw. Bestandswindparks existieren. Die regionale Planung steht somit nicht im Konflikt mit Naturparken in der Region.

Vollkommen unbestritten ist die Tatsache, dass, auch bei sehr weitgehendem Schutz besonders wertgebender Naturbestände jede Baumaßnahme, sei es das private Eigenheim oder eine Windkraftanlage, eine Versiegelung und Zerstörung von Natur mit sich bringt. Hierbei ist einerseits auf die rechtliche Situation hinzuweisen, nämlich den gesetzlichen Auftrag, den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzubringen. Weiter ist, wie ergänzend im Kap. 9 „Inanspruchnahme von Waldflächen“ erläutert, darauf hinzuweisen, dass auch die gegenwärtige Produktion von Strom mit erheblichen Naturzerstörungen einhergeht. So wurden nach Angaben des UBA für den Abbau von Braunkohle im Jahr 2023 pro Tag ca. 1,3 ha Fläche „unter den Bagger genommen“. Das bedeutet auf das Jahr hochgerechnet ca. 475 ha Fläche, die in einem Jahr nur für die Gewinnung von Braunkohle zerstört wurden. Diese jährliche Inanspruchnahme von Fläche ist dem Ausbau erneuerbarer Energien

entgegenzurechnen, da durch erneuerbare Energien die Notwendigkeit Kohle abzubauen reduziert und schließlich ersetzt wird. Der Flächenverbrauch pro Tag für den Braunkohletagebau 2023 ist im Vergleich zu den Jahren und Jahrzehnten davor bereits deutlich reduziert. So wurden etwa im Jahr 2000 noch 2,003 ha und 2010 noch 2,035 ha pro Tag für den Braunkohleabbau in Deutschland in Anspruch genommen.

Im Übrigen wurde in zahlreichen Stellungnahmen ein vermeintliches NSG „Breibachtal“ bei Nordheim als entgegenstehender Belang vorgetragen. Im Umfeld des Gewässers Breibach bei Nordheim gibt es allerdings kein NSG. Westlich Nordheim-Nordhausen und südlich des Gewässers Breibach liegt ein Schonwald, der zugleich als FFH-Gebiet ausgewiesen ist. Darüber hinaus befinden sich am Gewässer Breibach einzelne Naturdenkmale. Aufgrund der Entfernung zwischen dem geplanten VRG HN_25_II und dem Schonwald/FFH-Gebiet sowie dem Gewässer und den dortigen Naturdenkmalen sind Beeinträchtigungen durch die Planung nicht zu erwarten. Allerdings gibt es tatsächlich ein NSG Breibachtal, das allerding nicht in der Region Heilbronn-Franken liegt, sondern im Rheinisch-Bergischen Kreis in Nordrhein-Westfalen. Eine erhebliche Beeinträchtigung des konkret genannten NSG Breibachtal sowie der dort lebenden Vögel und Fledermäuse durch die Planung ist daher ebenfalls nicht zu erwarten.

Zur Berücksichtigung des Artenschutzes hat das Land Baden-Württemberg den Regionalverbänden speziell für die Regionale Planungsoffensive den „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windkraft“ (kurz: Fachbeitrag) zur Verfügung gestellt, der online auf der Homepage des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden Württemberg frei verfügbar ist (https://um.baden-wuerttemberg.de/de/startseite). Dieser ist von den Regionalverbänden bindend anzuwenden. Mit diesem Fachbeitrag werden die für Baden-Württemberg relevanten windkraftsensiblen Vogel- und Fledermausarten, wie z.B. der Rotmilan, abgedeckt. Der Fachbeitrag benennt darüber hinaus sogenannte Sonderstatusarten, wie den Schwarzstorch. Diese sind zwar auch in den Schwerpunktvorkommen berücksichtigt, allerdings ist bei diesen mit einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes bei einer Realisierung eines erhöhten Tötungsrisikos oder einer erheblichen Störung zu rechnen. Deshalb soll im Fall einer möglichen Berührung dieser Vorkommen eine Rücksprache mit der unteren Naturschutzbehörde (UNB) gehalten werden. Einzelmeldungen von windkraftsensiblen Arten laut Fachbeitrag, die dem RVHNF im Zuge der Beteiligung nach § 9 Abs. 2 ROG übermittelt wurden, werden durch diesen abgedeckt (z.B. Rotmilan). Sonderstatusarten nach Fachbeitrag, die außerhalb der flächig abgegrenzten Schwerpunktvorkommen des Fachbeitrags liegen, werden auf Ebene der Regionalplanung nur berücksichtigt, wenn diese von den jeweils zuständigen UNB bestätigt werden. Hinreichend konkrete, aktuelle und plausible Hinweise auf diese Vorkommen werden jedoch in die jeweiligen Standortdatenblätter der betreffenden VRG aufgenommen, so dass sie auf Ebene der Vorhabenplanung Berücksichtigung finden können. Weiter berücksichtigt der RVHNF Daten des Artenschutzprogrammes Baden-Württemberg sowie ergänzende Datenlieferungen der Naturschutzbehörden zu Artvorkommen. Eine tiefergehende Betrachtung ist jedoch auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich, da auf dieser Ebene noch keine konkreten Anlagenstandorte bekannt sind und die Frage, ob es zu artenschutzrechtlichen Konflikten kommt, erst bei Vorliegen des konkreten Standorts geklärt werden kann. Hierzu wird auch auf das Kap. Artenschutz des Umweltberichts verwiesen. Wurden dem RVHNF hinreichend konkrete Meldungen nicht windkraftsensibler Arten übermittelt, so werden diese dem jeweiligen Standortdatenblatt als Hinweis beigefügt. Diese Hinweise können dann auf Umsetzungsebene bei der Standortwahl, in Abstimmung mit der UNB, Berücksichtigung finden, um standortbedingte Konflikte zu vermeiden bzw. zu minimieren.

Häufig wurde allgemein und sehr pauschal vorgebracht, dass Windkraftanlagen für das Insektensterben verantwortlich seien und darüber hinaus in erheblichem Umfang durch Vogelschlag eine Gefahr für die

Vogelpopulationen darstellten (häufig als Vogelschreddern betitelt). Dies ist mit der Faktenlage allerdings nicht vereinbar.

So sind nach Angabe des NABU und BUND („Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen“, Juni 2024) Windkraftanlagen nicht für das Insektensterben verantwortlich. Es ist unbestritten, dass auch an Windkraftanlagen Insekten getötet werden. Allerdings dringen nach Studienlage Insekten nur selten in die Bereiche der Gondelhöhe moderner Anlagen vor und können somit nur in geringem Umfang mit den Rotoren kollidieren. Nach einer DLR-Studie aus dem Jahr 2018 ergaben Modellrechnungen, dass an allen 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland im Jahr ca. 1.200 Tonnen Insekten umkommen. Heruntergerechnet auf die einzelne Anlage ergäbe dies rein statistisch ca. 39 kg pro Anlage und Jahr. Zum Vergleich ergab eine weitere Studie, dass pro ha Wald im Schnitt 40 kg Insekten pro Tag von Vögeln gefressen werden. Auf die Waldfläche Deutschlands hochgerechnet fressen Vögel somit im Jahr 450.000 Tonnen Insekten. Die Ursache des Insektensterbens kann nicht singulär an einer Ursache festgemacht werden, sondern ergibt sich aus einem Gesamtumfeld einer seit Jahrzehnten stetig zunehmenden Lebensraumzerstörung, der Reduzierung der Nahrungsgrundlage, der Zunahme der Pestizidnutzung, die sich ändernden Bewirtschaftungsformen (etwa Intensivierung der Landnutzung) und weiteren Faktoren.

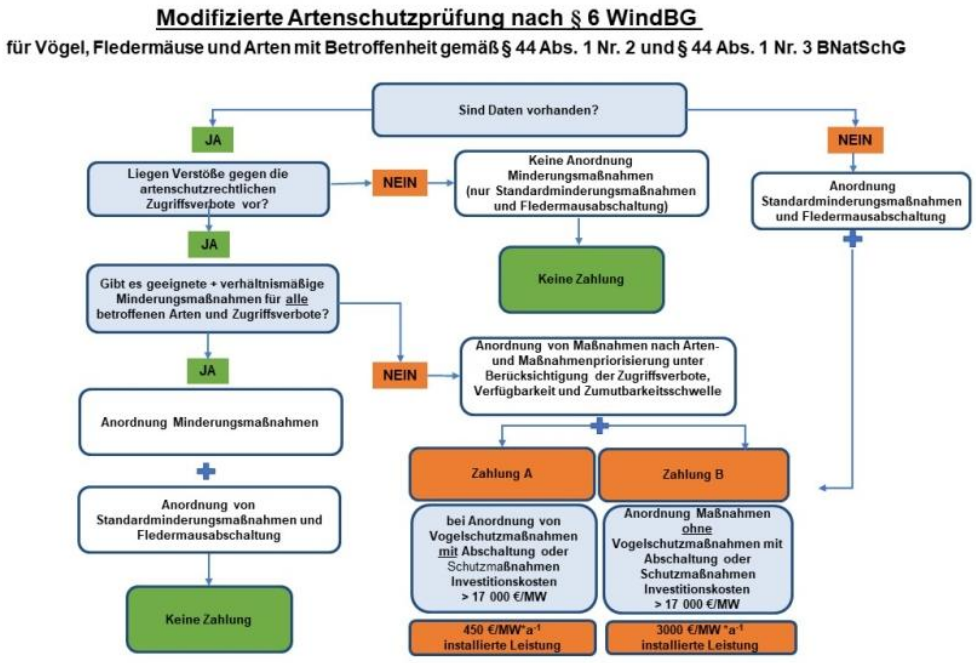
Vergleichbar dazu ist auch bei den Themen Vogelschlag und Beeinträchtigung bzw. Tötung von Fledermäusen eine pauschalisierte Aussage nicht mit der Faktenlage vereinbar. Es gilt auch hier, dass Windkraftanlagen selbstverständlich Auswirkungen auf den Naturhaushalt und damit auch auf Vögel und Fledermäuse haben. Hierbei muss jedoch differenziert werden zwischen windkraftsensiblen Arten, also Arten, die in besonderem Maß kollisionsgefährdet sind oder in ihrem Verhalten gestört werden, und solchen, bei denen eine solche besondere Sensibilität nicht vorliegt. Für eine Kollisionsgefährdung ist es z.B. Voraussetzung, dass eine Vogelart regelmäßig in dem Höhenbereich der Rotoren fliegt und somit mit diesen kollidieren könnte. Diese windkraftsensiblen Vogel- und Fledermausarten werden im Rahmen der Regionalplanung durch den oben erwähnten Fachbeitrag berücksichtigt und besonders wertvolle Schwerpunktvorkommen dieser Arten werden gemieden. Diese Schwerpunktvorkommen sind aus den bei der LUBW verfügbaren Daten zu den entsprechenden Arten entwickelt. In Kap. 3 des Fachbeitrags wird allgemein die Auswahl und Einstufung der Schwerpunktvorkommen erläutert. Diese Einstufung ist dort in Tab. 2 zusammengefasst. Demnach sind Schwerpunktvorkommen der Kategorie A bei Vögeln Vorkommen mit 4-7 Arten Schwerpunktvorkommen oder einer Sonderstatusart bzw. bei Fledermäusen Fortpflanzungs- und Ruhestätten bestimmter Arten oder eine Überlagerung zweier Wochenstuben und Zwischenquartiere anderer Arten. Unter Kategorie B fallen bei Vögeln Vorkommen mit 3 Arten bzw. bei Fledermäusen Wochenstuben oder Zwischenquartiere anderer Arten. Gemäß Fachbeitrag wurden alle windkraftempfindlichen Arten nach dem Hinweispapier Vögel („Hinweise zur Erfassung und Bewertung von Vogelvorkommen bei der Genehmigung von Windenergieanlagen“, 2021) berücksichtigt. Somit ist davon auszugehen, dass nicht im Fachbeitrag thematisierte Arten geprüft und auf regionaler Ebene als nicht windkraftsensibel oder nicht zu berücksichtigen beurteilt wurden. Da die LUBW der Verfasser sowohl dieses Hinweispapiers als auch des Fachbeitrages ist, es sich also um Daten der LUBW handelt, und diese in dem genannten Hinweispapier darüber hinaus Dichtezentren benennt, ist weiter davon auszugehen, dass alle bei den Behörden bereits bekannten Dichtezentren der Arten des Hinweispapiers ebenfalls Eingang in den Fachbeitrag gefunden haben und bei nicht Berücksichtigung einzelner Dichtezentren als Schwerpunktvorkommen auf regionaler Ebene keine artenschutzrechtlichen Konflikte gesehen wurden. Der Fachbeitrag kommt im Fazit zu der Aussage: „Nach dem nunmehr vorliegenden Konzept kann außerhalb von Schwerpunktvorkommen der vom Fachbeitrag umfassten Arten grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windkraft aus Sicht des Artenschutzes keine unüberwindbaren Hindernisse entgegenstehen.“ Weiter bestehen auf Ebene der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung Möglichkeiten zur Festsetzung von Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, um eine mögliche

Beeinträchtigung weiter zu reduzieren. Hier sind etwa Abschaltzeiten zu Hauptflugzeiten der betroffenen Arten und ein Mahdmanagement oder auch in Verbindung mit der Installation von Detektionssystemen zu nennen. Auch hier gilt wie bei Insekten, dass ein stattfindender Populationsrückgang an einer Vielzahl sich über die letzten Jahrzehnte entwickelter Lebensraumveränderungen liegt und kein Zusammenhang mit, trotz aller Maßnahmen unbenommen weiter vorkommenden Individuenverlusten an Windkraftanlagen besteht. Auch hierzu wird auf die Aussagen z.B. auf den Internetseiten von BUND, NABU, Umweltinstitut München und weiteren verwiesen.

## 8.2 Umgang mit § 6 WindBG

Die Behauptung, dass die Neuregelung artenschutzrechtlicher Betrachtungen auf Basis von § 6 WindBG als nicht EU-Konform, fachlich ungeeignet und grundgesetzwidrig einzustufen ist, ist zurückzuweisen. So ist grundsätzlich festzuhalten, dass der RVHNF keinen Einfluss auf gesetzliche Vorgaben hat. Wenn überhaupt wird der RVHNF bei ihn betreffenden Gesetzesänderungen als Beteiligter in einem Gesetzgebungsverfahren auf Landesebene gehört. Die Vorstellung hingegen, dass der RVHNF Gesetze verhindern könne oder auswählen könne, welche Gesetze er beachtet oder nicht, ist abwegig und nicht mit der rechtsstaatlichen Ordnung vereinbar. Die Gesetzgebungskompetenz liegt ausdrücklich und ausschließlich bei den politisch gewählten Parlamenten, nicht den nachgeordneten Verwaltungsbehörden. Es ist auch nicht Teil des regionalplanerischen Verfahrens gesetzliche Vorgaben zu ändern oder zu diskutieren. Bestehen Bedenken gegen die Rechtsstaatlichkeit von Bundes- oder Landesgesetzen so können diese nicht in einem regionalplanerischen Verfahren adressiert werden. § 6 WindBG ist eine vom Bundesgesetzgeber vorgegebene gesetzliche Grundlage, die von den Verwaltungsbehörden zu beachten ist. Sie basiert auf der EU-Notfallverordnung, weshalb der RVHNF keine offensichtlich fehlende Konformität mit dem EU-Recht sieht. Diese gesetzlichen Vorgaben sind für den RVHNF bindend.

Weiter hat § 6 WindBG nicht zur Folge, dass eine artenschutzrechtliche Betrachtung auf Genehmigungsebene unterlassen wird. In dem Paragrafen selbst ist vorgegeben, in welcher Form auf Umsetzungsebene artenschutzrechtliche Belange weiter zu prüfen sind. In dem folgenden Fließschema hat das Bundesamt für Naturschutz dargestellt, in welcher Form eine solche modifizierte Artenschutzprüfung nach § 6 WindBG zu erfolgen hat (siehe https://www.bfn.de/windenergie-land):



In den Vollzugsempfehlungen zu § 6 WindBG des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz findet eine ausführliche Erläuterung des Vorgehens statt. In Kap. 3.2.1 dieses Schreibens wird erläutert was unter vorhandene Daten zu verstehen ist. Vorhandene Daten sind alle Daten, die der Genehmigungsbehörde bekannt sind und auf die sie tatsächlich und rechtlich Zugriff hat. Unter anderem sind genannt: Daten aus anderen Planungs- und Genehmigungsverfahren, Daten in behördlichen Datenbanken, Daten aus einschlägigen Fachdatenbanken (also etwa Daten der LUBW) und weiter können auch Daten, die von Dritten erhoben wurden (also z.B. ehrenamtlichen Naturschutzverbänden) hierunter fallen, sofern eine behördliche Prüfung ergibt, dass diese nach fachlichen Standards erhoben wurden.

Der RVHNF wird deshalb ihm in der Beteiligung bekannt gegebene Artvorkommen, die nicht auf regionaler Ebene behandelt werden und die ausreichend räumlich konkret sind, um sie einem VRG zuzuordnen, als Hinweis Dritter in die jeweiligen Standortdatenblätter aufnehmen, um eine Behandlung auf Umsetzungsebene zu ermöglichen.

## 9. Inanspruchnahme von Waldflächen

Wie im Umweltbericht zur Teilfortschreibung Windenergie II dargestellt wird, ist der dauerhafte Waldverlust durch Windkraftanlagen als verhältnismäßig gering einzustufen. Hierzu wird, neben der dort genannten Quelle des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages auch auf ein Themenpapier „Windenergie im Wald“ des UBA vom März 2021 verwiesen.

Auch in diesem werden durchschnittlich 0,5 ha dauerhaft gerodeter Wald für eine Windkraftanlage angesetzt. Dies basiert auf einer Erhebung der Fachagentur Windenergie an Land (FA Wind), die im Rahmen des 2020 veröffentlichten und zwischenzeitlich in weiteren Auflagen aktualisierten Papiers „Entwicklung der Windenergie an Land“ eine Erhebung durchführte. Dabei wurden für 887 bestehende und geplante Standorte im Wald erfasst, wieviel Waldfläche gerodet werden musste. Diese Fläche setzt sich nach dieser Erhebung wie folgt zusammen: „Von dieser Fläche werden etwa 0,05 ha durch das Anlagenfundament versiegelt. Für die Kranstellfläche neben der Anlage sind etwa 0,15 ha Fläche dauerhaft freizuhalten, um jederzeit Wartungs-/Reparaturarbeiten durchführen zu können. Der restliche Flächenanteil umfasst insbesondere die Zuwegung im Wald, die über den gesamten Betriebszeitraum der Anlage auf Fahrzeugbreite ausgebaut bleiben muss.“ Nach der FA Wind reichte die Spanne von 0,04 bis 1,28 ha - der Durchschnitt lag genau bei 0,47 ha, die über den gesamten Betriebszeitraum von Baumbewuchs freizuhalten sind. Weitere durchschnittlich 0,4 ha sind für den Aufbau zu beanspruchen, können jedoch anschließend, sofern eine Rodung nötig war, wieder aufgeforstet werden. Diese Zahlen werden auch vom NABU und BUND genannt („Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen“, 2024), allerdings wird dort auf zusätzliche Zuwegungen hingewiesen. Dies erscheint dem RVHNF als nachvollziehbar, da die Zuwegung zu Standorten kaum pauschalisierbar und für jeden Standort sehr individuell zu regeln ist. Aus den genannten Gründen geht auch der RVHNF von ca. 0,5 ha für den Standort und standortabhängig möglicherweise weiteren Flächen für die Zuwegung aus. Eine überschlägige Plausibilisierung anhand von Luftbildern von Windparks der Region zeigt, dass die frei gehaltenen Bereiche einzelner Standorte (ohne Zuwegung) teils deutlich unter 0,5 ha teils auch darüber lagen. Aus Sicht des RVHNF ist deshalb die oben genannte Spanne und der Durchschnittswert von 0,5 ha hinreichend plausibel.

Weiter wird in dem Themenpapier des UBA dargelegt, dass sich durch die durchschnittlich 0,5 ha insgesamt für alle bis 2019 von Windkraftanlagen beanspruchten Standorte ein Waldverlust von 953 ha ergeben habe. Um diese Fläche besser einordnen zu können, wird festgehalten, dass eine Fläche ungefähr gleichen Umfangs in der Vergangenheit alle 15 Monate für die Braunkohlegewinnung oberflächlich abgebaut wurde. In dem Zusammenhang wird beispielhaft auf die in den letzten Jahren medial sehr präsente Rodung des Hambacher Forst hingewiesen.

Hieraus wird deutlich, dass die Produktion von Strom in der bisherigen Form erheblich größere Flächen- und auch Waldverluste mit sich bringt und - sofern sie nicht durch andere Formen der Energieerzeugung abgelöst würde - zumindest bis zum Erreichen deren Endlichkeit weiter mit sich bringen würde. Zudem ist dabei zu berücksichtigen, dass Windkraftanlagen lediglich partielle Rodungen in Waldgebieten verursachen, diese aber insgesamt weitestgehend erhalten bleiben, während oben angeführte Abbaumaßnahmen Wälder flächig verschwinden lassen.

Es bleibt in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass in fast allen öffentlichen Wäldern permanent Holzeinschläge stattfinden. Der weit überwiegende Teil der Waldflächen Deutschlands stellt eine durch den Menschen geprägte Kulturlandschaft dar und wird wirtschaftlich genutzt. Hierfür werden in der Regel jährliche Kontingente an Wald regulär eingeschlagen. Hierbei kann es z.B. aufgrund von Kalamitätsfällen durchaus vorkommen, dass in einem Jahr mehr eingeschlagen wird und dafür in einem anderen weniger. In Summe bleibt der Einschlag jedoch an diesem Kontingent orientiert. Die regulären Kontingente bewegen sich in einem Flächenumfang, der dem Nachhaltigkeitsprinzip unterliegt - es wird also insgesamt nicht mehr Holz entnommen, als auch nachwachsen kann. An den jeweiligen Einschlagstellen werden diese Einschläge jedoch häufig deutlich sichtbar. Neben der reinen Holzernte sind auch weitere Faktoren wie etwa Borkenkäferbefall oder ähnliche Gründe für Lage und Umfang solcher teils auch flächigen Einschläge verantwortlich. Nach den dem RVHNF bekannten Informationen werden bei Planungen von Windkraftstandorten zumindest in öffentlichen Waldflächen die hierfür eingeschlagenen Holzmengen gegen diesen regulären Einschlag aufgerechnet und somit an anderer Stelle weniger Holz entnommen. Zum Thema eines vermeintlichen Verstoßes gegen EU-Richtlinien (Wiederherstellungsverordnung bzw. entwaldungsfreie Lieferketten) siehe Kap. 1.1 „EU-/Bundesrechtliche Vorgaben“ bzw. Kap. 10 „Lieferkettengesetz“.

Es ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass Waldränder und Lichtungen im Wald eine vollkommen normale Erscheinung in der Natur sind. Auch das neue Entstehen von Lichtungen und Waldrändern ist keine windkraftspezifische Erscheinung. Sowohl durch natürliche Phänomene wie etwa durch Windwurf oder einfach absterbende Bäume als auch durch menschliches Zutun wie Holzeinschläge, Infrastrukturbaumaßnahmen oder eben Windkraftanlagen kam und kommt es vielfach zum Aufreißen des Kronendaches, zu Waldlichtungen und der Situation, dass Bäume frei stehen. Es ist dem RVHNF bekannt, dass es in solchen Situationen zu sonnenbedingten Schäden an Bäumen kommen kann, die nicht an diese Sonneneinstrahlung gewöhnt sind. Die aus einer verstärkten Sonneneinstrahlung und einer sich daraus ableitenden partiellen Oberflächenerwärmung resultierenden Auswirkungen können laut dem Papier vom NABU und BUND „Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen“ (2024) typischerweise eine Baumlänge in den Wald hinein reichen. Auch wenn es tatsächlich zu Schäden an einzelnen Bäumen kommt, so wird über die Zeit eine neue Waldrandvegetation aufwachsen (wie in den Fällen einer natürlichen Auflichtung auch). Der neue Lebensraum Waldrand wird durch an ihn angepasste Licht liebende Arten besiedelt und eine entsprechende Artengesellschaft stellt sich ein. Dies kann durch entsprechende Maßnahmen etwa der Ansiedelung von typischen Waldsaumarten im Zuge von Ausgleichs- und Minimierungsmaßnahmen noch unterstützt werden. So kommen auch NABU und BUND zu der Aussage: „Dabei muss aber auch bedacht werden, dass die tatsächlich von den Effekten der Windenergie betroffene Waldfläche, selbst mit den genannten Randeffekten, verschwindend gering ist im Vergleich zur gesamten Waldfläche, die nicht von Windrädern betroffen ist. Etwa 0,016 % der bundesweiten Waldfläche wird durch Windenergie in Anspruch genommen.“ Hieran ändert auch die unbestrittene Tatsache nichts, dass der Wald aufgrund des rapide fortschreitenden Klimawandels, der ja gerade durch den Ausbau der erneuerbaren Energien verlangsamt wird, in den letzten Jahren zunehmend unter Druck gerät. Die klimawandelbedingten Vorbelastungen, die in der Forstwirtschaft gerade intensiv erforscht und für die nach Lösungsansätzen z.B. unter Nutzung trockenheitsresistenter nichtheimischer Arten gesucht wird, können dem Ausbau der erneuerbaren Energien nicht entgegengehalten werden. Es ist sowohl nach

Lösungen für Klimawandelfolgen zu suchen als auch alle Anstrengung darauf zu richten, diesen Klimawandel abzuschwächen.

Die immer wieder vorgebrachte Aussage Wald würde flächig zerstört ist falsch und zurückzuweisen. Der Wald als Ganzes kann seine Funktionen weiter übernehmen, egal ob klimatische Funktionen, Funktionen für den Wasserhaushalt, Funktionen der Sauerstoffbildung/Luftreinhaltung oder allgemein Funktionen für den Naturhaushalt. Wie bei allen Baumaßnahmen kommt es zu lokalen Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes, aber in der Gesamtheit bleibt der Wald erhalten. Die Beeinträchtigungen auf die Schutzgüter, also z.B. Boden, Wasserhaushalt oder die Lebensräume und Arten, werden darüber hinaus im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren ermittelt, so weit wie möglich vermieden, minimiert und schließlich ausgeglichen. Auch eine vielfach benannte Zerstückelung und Zerschneidung des Waldes kann unter dem Sachverhalt, dass die überwiegende Waldfläche unberührt bleibt, nicht gesehen werden. Wie in Kap. 8.1 zum GWP dargelegt, ist auch fraglich ob für Wildtiere überhaupt eine dauerhafte Beeinträchtigung bleibt oder diese sich über die Zeit an Windkraftanlagen gewöhnen. Die verbleibenden lokalen Beeinträchtigungen sind aufgrund der sachlich wie gesetzlich vorgegebenen Notwendigkeit des Ausbaus der Windkraft hinzunehmen.

Der RVHNF erkennt an, dass jeder Verlust von Wald von der Bevölkerung als schmerzlich empfunden wird und sowohl für die Biodiversität wie den Naturhaushalt insgesamt negativ zu sehen ist. Es gilt im Übrigen für jede Form der baulichen Nutzung, dass diese für den Naturhaushalt ohne die Berücksichtigung von Ausgleichsmaßnahmen negativ zu bewerten ist - egal ob Wohngebiet, Gewerbegebiet, Straßenbau oder Windkraftanlage und das sowohl im Wald wie auf Wiesen oder Äckern, dem sogenannten Offenland. Wie das obige Beispiel zeigt, lässt sich jedoch der heutige sehr stark stromabhängige Lebensstil nicht ohne Flächen- und auch Waldverluste leben; sowohl in der bisherigen Form als auch für Windkraftanlagen und deren Zuwegung ist ein Waldverlust unumgänglich. Allerdings machen sowohl die aufgeführten Berechnungen als auch der Praxisexkurs deutlich, dass insgesamt durch Windkraftanlagen (auch unter Berücksichtigung einer Zuwegung) deutlich weniger Fläche und Wald in Anspruch genommen wird als etwa durch den Abbau von Braunkohle. Mehr noch können im Fall der Windkraft durch die geschickte Suche der Anlagenstandorte z.B. hochwertigere Altbaumbestände gemieden werden, um negative Auswirkungen zu minimieren. So sind auch Naturschutzverbände nicht generell gegen eine Nutzung der Windkraft im Wald. Auf die Aussagen des NABU und BUND wurde oben bereits hingewiesen. Auch der LNV hat sich zu dieser Frage geäußert und im März 2024 eine eigene Position zur Windenergie im Wald in Baden-Württemberg veröffentlicht. Zwar sieht er eine Dominanz von Anlagenstandorten im Wald kritisch und lehnt vor allem in standortgerechten Laub- und Mischwäldern Windkraft in der Regel ab, schließt jedoch Waldstandorte auch nicht grundsätzlich aus. Da der RVHNF keine konkreten Standorte festlegt, sondern nur VRG hat er in seinem Umweltbericht darauf hingewiesen, dass in diesen VRG bei der Standortwahl möglichst hochwertige Bereiche gemieden werden sollen. Genau wie der LNV in seinem Info-Schreiben INFO 03/24 ausführt, hat nämlich auch der RVHNF keine Geodaten zur Verfügung, die die Qualität der Wälder darlegt, so dass diese nicht berücksichtigt werden kann. Die mehrfach erhobene Forderung bestimmte „Waldtypen“ auszuschließen, kann daher weder auf Ebene des Regionalplans umgesetzt noch können dazu detaillierte Ausführungen in den Standortdatenblättern aufgenommen werden.

Zudem verlangt § 9 Abs. 3 Landeswaldgesetz im Falle einer Waldumwandlung, die im Zuge des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens bei Windkraftanlagen im Wald separat zu beantragen ist, einen entsprechenden Ausgleich durch Aufforstung bisher unbewaldeter Flächen. Dieser Ausgleich erfolgt im Regelfall mit einem Faktor > 1, so dass dadurch die Waldfläche in Baden-Württemberg seit Jahren wächst. Dies gilt auch für die Region Heilbronn-Franken. So wies die Region

im Jahr 2000 eine Waldfläche von insgesamt 133.760 ha auf. 2023 lag die Waldfläche bereits bei 135.131 ha. Dies entspricht einer jährlichen Zunahme von ca. 60 ha (Quelle: Statistisches Landesamt). Die höhere Forstbehörde des Regierungspräsidiums Freiburg weist in Ihrer Stellungnahme darauf hin (STNE-ID 43), dass der anzulegende Ausgleichsfaktor nie unter 1 liege, aber umso jünger und standortferner ein Waldgebiet ist, desto niedriger ausfalle. In älteren ökologisch hochwertigeren Waldflächen falle der Ausgleichsflächenbedarf deutlich höher aus. Es erfolgt also eine gewisse quantitative Kompensation dafür, dass höherwertige Bestände in ihren Funktionen durch Aufforstungen nicht direkt vollständig ersetzt werden. Ob ein Standort genehmigungsfähig ist und welche Ausgleichsmaßnahmen und Ausgleichsflächen im Einzelfall vorgenommen werden, ist im jeweiligen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu klären.

Nach aktueller Gesetzeslage ist es nicht möglich, Waldgebiete pauschal von Windkraftplanungen auszuschließen. Hierzu hat das BVerfG in einem Beschluss vom 27. September 2022 gegen das Land Thüringen und dessen Waldgesetz entschieden. Dieses Waldgesetz hatte jede Änderung der Nutzungsart von Waldgebieten für Windkraftanlagen verboten. Folgende Leitsätze dieses BVerfG-Urteils (1 BvR 2661/21) sind relevant:

*„Für die Zuweisung von Flächen zur Errichtung von Windenergieanlagen im Außenbereich hat der Bundesgesetzgeber von seiner Gesetzgebungskompetenz für das Bodenrecht im Baugesetzbuch Gebrauch gemacht. Eine Öffnung, aus der der Landesgesetzgeber eine Kompetenz für einen generellen Ausschluss von Windenergieanlagen auf Waldflächen herleiten könnte, enthält das Baugesetzbuch nicht. Gegen eine Durchbrechung der in § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB geregelten Privilegierung der Windkraft im Außenbereich durch pauschale landesrechtliche Verbote von Windenergieanlagen im Wald spricht auch, dass der Ausbau der Nutzung der Windkraft einen faktisch unverzichtbaren Beitrag zu der verfassungsrechtlich durch Art. 20a GG und durch grundrechtliche Schutzpflichten gebotenen Begrenzung des Klimawandels leistet und zugleich die Sicherung der Energieversorgung unterstützt.“*

Für die planerische Arbeit haben sowohl der Bundes- als auch Landesgesetzgeber darüber hinaus klare Leitlinien gesetzt. Insbesondere ist hier § 2 EEG zu benennen. Dieser gibt klar vor, dass bis zum Erreichen einer nahezu treibhausgasneutralen Stromproduktion die Errichtung und der Betrieb von Anlagen im überragenden Öffentlichen Interesse liege und die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in jede Schutzgüterabwägung eingebracht werden sollen. Hieraus ergibt sich, dass nur im Ausnahmefall, bei erheblichen entgegenstehenden Konflikten, eine Abwägung zu Ungunsten der erneuerbaren Energien zulässig ist. Ein pauschaler Ausschluss von Waldflächen ist hiermit unvereinbar.

Der RVHNF hat alle gesetzlich geschützten Waldbestandteile in seinem Kriterienset als Ausschluss- bzw. Konfliktkriterium hinterlegt. Hierbei wurden auch die von den Forstbehörden im Rahmen der Waldfunktionenkartierung ermittelten Funktionswälder (also etwa Bodenschutzwälder, Erholungswälder, Wasserschutzwälder, Immissionsschutzwälder oder Klimaschutzwälder) berücksichtigt. Die Aufnahme der geschützten Waldbestandteile wurde in der Stellungnahme der höheren Forstbehörde begrüßt. Dem Vorgehen der Überplanung einzelner Konfliktkriterien mit dem Hinweis der Berücksichtigung auf Umsetzungsebene wird nicht widersprochen. Die höhere Forstbehörde kommt trotz des Sachverhaltes, dass in der überwiegenden Anzahl der VRG Wald direkt betroffen ist, zu dem Ergebnis, dass der Ausweisung der vorgeschlagenen VRG für Windkraft aus Sicht der höheren Forstbehörde nichts Grundsätzliches entgegensteht. Zu dem Sachverhalt warum die Naturparke nicht als Kriterium aufgenommen wurden wird auf Kap. 8.1 dieses Dokuments verwiesen.

Abschließend ist noch auf eine sehr häufig vorgebrachte Kritik einzugehen, wonach durch die Rodung von Bäumen für Windkraftanlagen mehr $CO_2$ freigesetzt (bzw. nicht weiter fixiert) würde als durch die Windkraftanlagen eingespart werden. Hierzu sei auf das Themenpapier des UBA „Ökobilanz der Windenergieanlagen an Land“ (März 2022) verwiesen. Hier ein Auszug daraus:

*Wie sieht das im Vergleich mit anderen Stromerzeugern aus?*

*Auf die produzierte kWh bezogen, erzeugen Windenergieanlagen am wenigsten Treibhausgase. Photovoltaik verursacht in unseren Breiten pro kWh etwa 3-fach höhere Mengen an Treibhausgasen, fossile Energieträger erzeugen bis zu 100-fach höhere Mengen.*

*Und wenn dafür Wald gerodet werden muss?*

*Die Einsparung von $CO_2$ durch Windenergieanlagen liegt um einen Faktor von mehr als 1.000 höher, als die durch die dafür notwendige Rodung von Wald verlorene $CO_2$-Aufnahme.*

*Wie kommt man darauf?*

*Laut Thünen-Institut entlastet der deutsche Wald (siehe auch Themenpapier „Windenergie im Wald") die Atmosphäre jährlich um rund 62 Mio. Tonnen $CO_2$. Bei etwa 11,4 Mio. ha Wald sind dies etwa 5,5 Tonnen $CO_2$ je ha Waldfläche pro Jahr. Wenn für die Windenergieanlage dauerhaft etwa 0,4 ha Wald gerodet werden müssen, dann bedeutet das, dass von diesem gerodeten Wald etwa 2,2 Tonnen $CO_2$ pro Jahr nicht mehr aufgenommen werden können. Eine durchschnittliche Windenergieanlage erzeugt im Jahr etwa 6 Mio. kWh und spart damit 3.600 Tonnen $CO_2$ ein, moderne Windenergieanlagen sparen eher knapp 5.000 Tonnen im Jahr ein.*

## 10. Lieferkettengesetz

In zahlreichen Stellungnahmen wird auf das „Lieferkettengesetz" Bezug genommen, wobei aus dem nachfolgenden Sachvortrag im Regelfall auf die EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten abgestellt wurde. Da bezogen auf die nationalstaatliche Regelung kein Sachzusammenhang zur Windkraft hergestellt werden kann, wird im Folgenden lediglich auf die EU-Verordnung abgestellt. Die EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten (EU) 2023/1115 zielt ausschließlich darauf ab, zu verhindern, dass naturnahe Wälder für die Gewinnung von landwirtschaftlicher Produktionsfläche gerodet oder umgewandelt werden. Dies geht aus den allgemeinen Erläuterungen zu der Verordnung, wie aus den Art. 1 *„Gegenstand und Anwendungsbereich"*, Art. 2 *„Begriffsbestimmungen"* und Art. 3 *„Verbot"* hervor. Deshalb sind auch lediglich landwirtschaftliche Produkte als relevante Rohstoffe bzw. daraus produzierte Produkte als relevante Erzeugnisse definiert. Das Ziel der Verordnung ist ausdrücklich nicht, den Holzeinschlag oder eine Umwandlung von Wald komplett zu untersagen. Dies wird schon dadurch offensichtlich, dass Holz laut Verordnung ein relevanter Rohstoff ist und definiert wird, wie Holz aus dem Wald geschlagen werden kann, ohne dass dies dem Prädikat entwaldungsfrei entgegensteht.

Eine Umwandlung von Wald zu Bauzwecken, die im Übrigen nicht nur bei der Windenergie vorkommt, sondern auch z.B. beim Bau von Infrastruktur jeglicher Art (Straßen, Bahnlinien, Brücken, Leitungen jeder Art), beim Bau von Wohngebäuden, Freizeiteinrichtungen, Erholungseinrichtungen oder auch zum Abbau von Rohstoffen ist ausdrücklich nicht Gegenstand der Verordnung. Somit besteht bei der Teilfortschreibung Windenergie II des RVHNF kein Widerspruch zu der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten.

## 11. Wasser- und Grundwasserschutz

Der Einwand, dass das in Windkraftanlagen vorhandene Getriebeöl bei einem Unfall oder einer Betriebsstörung in das Erdreich eindringen und zu Grundwasserverunreinigungen führen kann, kann aus nachstehenden Gründen nicht zu einer Änderung der VRG-Kulisse führen.

Im Umweltbericht der Teilfortschreibung Windenergie II wird das Schutzgut Wasser in Kap. 4.7 behandelt. Alle Bauwerke, also auch Windkraftanlagen, können im Prinzip einen Einfluss auf den

Grundwasserleiter und die Grundwasserneubildung haben. Bei Windkraftanlagen an Land werden die Fundamente entsprechend der am Standort vorliegenden Bodenbeschaffenheit gewählt. Eine bauliche Beeinflussung des Grundwasserleiters kann grundsätzlich auf zwei Wegen erfolgen: ein baulicher Eingriff in die wasserleitenden Schichten oder durch die Verringerung bzw. Beeinflussung der versickernden Wassermenge. Insbesondere der direkte Eingriff in wasserleitende Schichten hängt sehr stark von dem gewählten Fundament und der Höhe des anstehenden Grundwassers ab. Dies muss im Einzelfall anhand der Standortgegebenheiten (notwendige Gründung und Grundwasserhöhe) ermittelt werden. Hierbei sind gegebenenfalls in der Genehmigungsplanung die notwendigen wasserrechtlichen Nachweise zu führen.

Bei allen Anlagen verbleibt eine Flächenversiegelung, die die Wasserversickerung punktuell unterbindet. Allerdings ist hierdurch kein signifikanter Einfluss auf die Grundwasserbildung zu sehen, da das Regenwasser weiter im Erdreich versickert. Es erfolgt keine Wasserableitung, so dass das Regenwasser dem Grundwasser zugeführt werden kann. Dies gilt auch dann, wenn im direkten Umfeld der Windkraftanlagen eine Drainierung vorliegen kann. Diese dient nach Kenntnisstand des RVHNF lediglich der Ableitung aus dem direkten Fundamentbereich. Es erfolgt jedoch keine Ableitung aus dem Gebiet, sondern eine Versickerung im Nahbereich der Windkraftanlage. Da in einigen Stellungnahmen explizit der Windpark Harthäuser Wald und dortige Hinweise auf eine Drainage angesprochen wurde, hat der RVHNF sich beim dortigen Betreiber der Anlagen nochmals erkundigt. Dieser bestätigte, dass das am Turm entlanglaufende Regenwasser am Turmfuß durch eine Drainage gefasst wird. Das Wasser wird dann zur Versickerung auf eine durch die Forstbehörden in Abhängigkeit der räumlichen Gegebenheiten festgelegte Versickerungsfläche geleitet. In der Regel würden freie Flächen vor Ort in räumlicher Nähe zur Anlage für die Versickerung genutzt. Bei einzelnen Anlagen im Harthäuser Wald hat die Forstbehörde als Versickerungsfläche den offenen unbefestigten Graben am Rand eines Forstweges bestimmt. Auch für den Harthäuser Wald trifft also die Aussage zu, dass das Wasser in der Fläche bleibt und versickern kann.

Eine weitere Auswirkung auf das Grundwasser könnte sich aus dem Betrieb ergeben. Windkraftanlagen benötigen als bewegliche technische Anlagen Schmiermittel. In einer Windkraftanlage kommen verschiedentlich Lager vor, die einer Schmierung bedürfen. Hinzu kommen je nach Anlagentyp Getriebe, die ebenfalls geschmiert werden müssen und Transformatoren. Eine Beeinträchtigung des Grundwassers ist hierdurch im Regelfall nicht zu befürchten. Lediglich in einem Havariefall könnten Schmiermittel aus der Anlage austreten und in die Umwelt gelangen. Auch bei Arbeiten wie z.B. Ölwechseln könnte durch unsachgemäße Arbeiten ein Austritt erfolgen. Hier ist auf Ebene der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung z.B. durch Nebenbestimmungen Sorge zu tragen, dass diese Risiken minimiert werden.

Wirkungen auf Grundwasservorkommen und etwaige Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen ergeben sich somit aus der spezifischen Situation an den potenziellen Standorten für Windkraftanlagen sowie den Anlagentypen und werden im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren geprüft. Die hydrologische Unbedenklichkeit ist im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens sicher zu stellen kann auf regionalplanerischer Ebene nicht geprüft werden.

Die häufig angesprochenen Aspekte zur Wasserversorgung gehen über den Regelungsgehalt der Teilfortschreibung Windenergie hinaus. Fragestellungen, die den konkreten Eingriff in Wasserschutzgebiete (WSG) und Quellschüttungen betreffen, werden ebenfalls im nachgelagerten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren geklärt, wenn konkrete Anlagenstandorte und -typen feststehen. Aus Sicht des RVHNF geht mit dem Bau von Windkraftanlagen allerdings mit Verweis auf die Aussagen oben kein Verlust von Grundwassermengen einher.

Dies gilt auch bei einer Berührung von WSG. Grundsätzlich gelten in WSG die jeweiligen Schutzgebietsverordnungen, deren Einhaltung durch die jeweiligen unteren Wasserbehörden zu prüfen und durchzusetzen ist. In diesen sind Ge- und Verbote hinterlegt. Diese Wasserbehörden werden auch bei immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu Windkraftanlagen beteiligt. Der RVHNF hat wie im Kriterienset und im Umweltbericht dargelegt WSG entsprechend ihrer Zonierung berücksichtigt. Die Zone I (also der Fassungsbereich direkt um die Entnahmestelle) ist als Ausschluss hinterlegt. Zone 2 (die engere Schutzzone) ist als hochrangiger Konflikt hinterlegt, da in diesen wasserrechtlich im jeweiligen Einzelfall zu prüfen ist, ob eine Umsetzung mit dem WSG vereinbar wäre oder nicht und ggf. eine Befreiung erteilt werden kann. Diese erstreckt sich nach Angaben des Landesamtes für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) im Allgemeinen bis zur 50 Tage-Linie, also einem Bereich, von dem ab das Grundwasser bis zur Fassung noch 50 Tage Fließzeit benötigt. Die WSG-Zone III (weitere Schutzzone) hingegen ist deutlich weniger sensibel. In dieser sind je nach der Schutzgebietsverordnung deutlich mehr potenzielle Nutzungen möglich. Die Wasserbehörden haben dieser Einstufung nicht widersprochen und auch keine Bedenken gegen einzelne VRG erhoben und sehen somit offensichtlich die Möglichkeit, den Sachverhalt auf dieser Basis zu beurteilen. Dies gilt auch für das geplante VRG HN_19_II, zu dem häufig Bedenken aus der Bürgerschaft wegen einer Berührung der Trinkwasserversorgung vorgetragen wurden. Konkrete Prüfungen müssen, wie oben allgemein erläutert, auch hier anhand der Standorte und der jeweiligen Situation geprüft werden.

## 12. Denkmalschutz

Die vorgetragene Kritik, dass das Thema Denkmalschutz keine ausreichende Berücksichtigung findet und dass die geplanten VRG für regionalbedeutsame Windkraftanlagen bestehende Denkmale beeinträchtigen können, ist im Regelfall zurückzuweisen.

Im Zuge des vom Land Baden-Württemberg speziell für die Regionale Planungsoffensive zur Verfügung gestellten „sicheren Planungskorridors“, wurde den Regionalverbänden eine Liste sogenannter „in höchstem Maße raumwirksamer Kulturdenkmale“ übermittelt. In diesem Planungskorridor sowie durch das Landesamt für Denkmalpflege (LAD) wurden darüber hinaus Hinweise gegeben, wie mit diesen Kulturdenkmalen umzugehen ist. Die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale in der Region Heilbronn-Franken und angrenzend an die Region sind im Kriterienset aufgeführt. Im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie II wurde zu diesen in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen eine vertiefende Prüfung auf Konfliktlagen durchgeführt und mit dem LAD abgestimmt. Dabei wurden Flächenzuschnitte diskutiert, um Beeinträchtigungen zu minimieren. Mögliche Konfliktlagen zu in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen werden in den Standortdatenblättern der VRG unter dem Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter aufgeführt und die entsprechenden Bewertungen dargelegt.

Die mögliche Beeinträchtigung weiterer, nicht in höchstem Maße raumbedeutsamer Kulturdenkmale, wird auf Ebene des Genehmigungsverfahrens geprüft.

Der RVHNF hält sich somit bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden gesetzlichen Vorgaben. Bis zur Erreichung des Ziels der Netto-Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2040 nach dem KlimaG BW stehen der Errichtung, Veränderung oder Beseitigung von Windkraftanlagen nach § 15 Abs. 4 Denkmalschutzgesetz (DSchG BW) „denkmalfachliche Belange nicht entgegen, soweit die Windkraftanlagen nicht in der Umgebung eines in höchstem Maße raumwirksamen eingetragenen Kulturdenkmals errichtet, verändert oder beseitigt werden“.

Im Übrigen sei an dieser Stelle auf Kap. D.3.6. der Begründung und Kap. 4.8 des Umweltberichts der Teilfortschreibung Windenergie II verwiesen, in dem der Umgang mit den in im höchsten Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen eingegangen wird. Nicht zuletzt wird dort außerdem auf die Gefahr

einer rechtlich nicht gedeckten Übergewichtung denkmalpflegerischer Belange verwiesen, die der VGH Baden-Württemberg in seinem Urteil 14 S 1297/19 zu einer Flächennutzungsplanung in der Region Heilbronn-Franken formuliert hat. Dieses Urteil ist auch vor dem Hintergrund des zeitlich jüngeren § 2 EEG als Hinweis zu verstehen, dass denkmalpflegereiche Belange im Zweifel hinter den Belangen des Windkraftausbaus zurückzutreten haben.

# 13. Landschaftsbild

Der vorgetragene Einwand, dass durch die Errichtung von Windkraftanlagen das Landschaftsbild beeinträchtigt wird, ist in der pauschalen Form zurückzuweisen.

Das Landschaftsbild ist sehr stark von der menschlichen Einflussnahme abhängig und geprägt. Ohne das Einwirken des Menschen, also in einer Welt ohne Menschen, wäre Mitteleuropa vorherrschend von Buchenwaldflächen bedeckt. Auch wenn die aktuelle Einflussnahme des Menschen beendet würde, also der Mensch wieder verschwinden würde, würde sich voraussichtlich langfristig erneut eine vergleichbare Waldvegetation in Europa einstellen (die sogenannte potenzielle natürliche Vegetation). Durch das Auftreten des Menschen wurden diese Waldflächen mit zunehmender Bevölkerungszahl immer weiter reduziert und z.B. durch landwirtschaftliche Flächen und Siedlungsgebiete ersetzt. Die heutige sogenannte „Kulturlandschaft“ mit Acker- und Weinbauflächen sowie Streuobstwiesen ist direkte Folge dieser menschlichen Besiedelung und Landschaftsumgestaltung. Mit weitergehendem technischem Fortschritt traten weitere Veränderungen der Landschaft auf: Bahnstrecken, Fernstraßen, Stromtrassen aber auch z.B. großflächige Gewerbeflächen sind hier als die heutige Landschaft überprägend zu benennen. So gestaltet und modelliert der Mensch seit seinem Auftreten die ihn umgebende Landschaft permanent neu. Eine weitere technisch bedingte Änderung im Landschaftsbild wird sich durch den Zubau von Windkraftanlagen ergeben. Der RVHNF ist davon überzeugt, dass sich auch bezogen auf diese technische Änderung in wenigen Jahren ein Gewöhnungseffekt einstellen wird und Windkraftanlagen - wie andere zuvor genannte Änderungen auch - nicht mehr das aktuell teils noch vorhandene Befremden auslösen werden (siehe hierzu auch Kap. 4.4 Landschaftsbild im Umweltbericht).

Dem RVHNF ist dabei sehr bewusst, dass die Landschaft insbesondere auch mit ihrer Erholungsfunktion für die Bevölkerung eine wichtige Funktion besitzt. Weiter sind dem RVHNF Möglichkeiten der Landschaftsbildbewertung und Untergliederung wie etwa die Landschaftsbildanalyse nach Frank Roser bekannt. Eine auf dieser basierenden Bewertung legt der RVHNF für die Beurteilung von Planungen selbst zu Grunde. Unter den aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen wird jedoch, wie bereits im Umweltbericht unter dem Schutzgut Landschaftsbild dargelegt, im Regelfall gemäß § 2 EEG dem Ausbau erneuerbarer Energien der Vorrang gegeben.

# 14. Erholung und Tourismus

## 14.1 Beeinträchtigung der Erholung

Die Beeinträchtigung der Erholungsfunktion durch Windkraftanlagen kann nicht grundsätzlich zu einem Verzicht auf die Ausweisung von VRG führen. Der RVHNF erkennt dabei aber durchaus an, dass die Nutzung als Naherholungsfläche eine besonders wichtige Funktion des unbebauten Freiraums ist.

Zwei wesentliche mit Windkraftanlagen in Zusammenhang stehende Faktoren können den Erholungsprozess beeinträchtigen: Lärm und die visuelle Beeinträchtigung der Landschaft im Sinne des Landschaftsbilds.

Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der konkreten Projektausgestaltung. Außerdem ist die tatsächliche Beeinträchtigung sehr stark von dem konkreten

Umfeld und der Einstellung der Erholung suchenden Personen abhängig. Bereits bestehende Windkraftanlagen in Erholungsgebieten zeigen, dass ein Nebeneinander von Erholungsgebiet und Windkraft durchaus möglich ist.

Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien liegen gemäß § 2 EEG im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW voraussetzt, ist es unabdingbar, Flächen trotz ihrer Bedeutung für die Erholung für die Festlegung von VRG für regionalbedeutsame Windkraftanlagen heranzuziehen.

## 14.2 Beeinträchtigung des Tourismus

Einer grundsätzlichen Beeinträchtigung des Tourismus durch die Errichtung von Windkraftanlagen kann nicht gefolgt werden. Die Frage nach Auswirkungen von Windkraftanlagen auf die Tourismuswirtschaft kann nicht pauschal beantwortet werden. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls ab. Für die Wahl von Urlaubsort und -anlass spielen zahlreiche Faktoren eine Rolle, bspw. Natur und Landschaft, Preis, Wettererwartungen, Freizeitangebot, Verfügbarkeit und Qualität der Unterkünfte und vieles mehr. Das Vorhandensein von Windkraftanlagen spielt dabei eher eine untergeordnete Rolle. So zeigen Erfahrungen aus unterschiedlichen Regionen, dass sich die große Mehrheit der Besucherinnen und Besucher durch die Anlagen nicht gestört fühlt und sich auch keine negativen Auswirkungen auf den dortigen Tourismus gezeigt haben. Eine Studie aus Schleswig-Holstein belegt, dass 93 % der Reisenden in Deutschland Windräder in ihrer Urlaubsregion nicht als störend empfinden. Für einen nachhaltigen Tourismus spielt das Thema erneuerbare Energien eine immer wichtigere Rolle und hat damit auch durchaus positive Auswirkungen auf den Tourismus. Diese positive Wirkung auf die Tourismuswirtschaft ist bisher von fossilen oder nuklearen Energieerzeugungsanlagen nicht bekannt.

Dass der vermehrte Bau von Windkraftanlagen zu rückläufiger touristischer Aktivität führt, kann auch in der Region Heilbronn-Franken nicht beobachtet werden. So haben die Übernachtungszahlen im Main-Tauber-Kreis, in dem die meisten Windkraftanlagen der Region stehen und zugebaut wurden, in den letzten 20 Jahren von 887.703 (2004) auf 1.007.220 Übernachtungen zugenommen (Quelle: Statistisches Landesamt).

Die Vorgaben zur Erreichung des Flächenziels, lassen zudem nur sehr geringe Spielräume zu, um diesen Belang in der Abwägung stärker zu gewichten.

## 14.3 Verlust Prädikat „Luftkurort“

Die vorgetragene Sorge, dass der Stadt Waldenburg das Prädikat „Luftkurort“ durch die Errichtung von Windkraftanlagen im Umkreis aberkannt wird, kann aus folgenden Gründen nicht ausschlaggebend für die Veränderung der VRG-Kulisse sein.

Für den Betrieb von Windkraftanlagen wurden weder im Kurortegesetz noch in den Begriffsbestimmungen konkrete Regelungen getroffen. Das bedeutet, dass das Kurortegesetz und die Begriffsbestimmungen der Entwicklung von regenerativen Energien in Form von Windkraftanlagen nicht entgegenstehen. Voraussetzungen für die Artbezeichnung Kurort nach dem Kurortgesetz sind neben allgemeinen Anforderungen an die örtliche Infrastruktur und weiteren allgemeinen Anforderungen ein durch Erfahrung bewährtes und therapeutisch anwendbares Bioklimas und eine die Gesundungs- und Erholungsmöglichkeiten nicht beeinträchtigende Luftqualität. Darüber hinaus regelt das Kurortegesetz Möglichkeiten zum Schutz der Gäste vor gesundheitsstörenden Immissionen, z.B. durch Lärm, Verkehr und Gerüche. Die Entscheidung für oder gegen die Errichtung von Windkraftanlagen ist daher immer eine Einzelfallentscheidung.

Nach dem für die Teilfortschreibung Windenergie II festgelegten Kriterienset gelten u.a. für Kurgebiete die höchsten Schutzansprüche. Ein Vorsorgeabstand von 1.120 m (vierfache Anlagenhöhe) wurde als Ausschlusskriterium hierfür festgelegt.

Eine abschließende Aussage für die Gefährdung von prädikatisierten Gemeinden im Allgemeinen, und hier speziell für die Stadt Waldenburg, durch Windkraftanlagen kann nicht getroffen werden. Hier ist der jeweils konkrete Einzelfall zu betrachten. Soweit die vorgenannten Schritte bei der Standortplanung und in der Folge bei der konkreten immissionsschutzrechtlichen Genehmigung im Einzelfall eingehalten werden, erscheint aus heutiger Sicht die Artbezeichnung Luftkurort für die Stadt Waldenburg nicht gefährdet. Somit sind auch keine Ausgleichsmaßnahmen notwendig.

# 15. Mögliche Gefährdungen und Beeinträchtigungen durch Windkraftanlagen

## 15.1 Allgemeine Gesundheitsgefahren

Die vorgetragene Sorge zu allgemeinen Gesundheitsgefahren, die von Windkraftanlagen auf den Menschen ausgehen, kann nicht zu Änderungen an der VRG-Kulisse führen. Die Betrachtung schädlicher Wirkungen stofflicher oder schalltechnischer Art auf Tiere ist auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich.

Wie von den meisten technischen Anlagen gehen auch von Windkraftanlagen Belastungen aus, die sich möglicherweise auf die Gesundheit auswirken können. Im Hinblick auf die menschliche Gesundheit werden vor allem folgende Belastungsarten mit dem Betrieb von Windkraftanlagen an Land in Verbindung gebracht: Lärm, Infraschall, Schattenwurf, Lichtemissionen und Eiswurf. Auf diese wie auch auf Akkumulationswirkungen wird im Folgenden eingegangen.

Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Angesichts der Maßgaben des § 2 EEG weisen die auf regionaler Planungsebene ermittelten VRG keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windkraftanlagen werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen, ein Zusammenwirken bestimmter Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet. Sie sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage (siehe auch Kap. 15.2). Die Behandlung von Infraschall wird in Kap. 15.3 vertieft.

Der wissenschaftliche Konsens zeigt, dass von Windkraftanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr ausgeht.

Ein häufiger Vorwurf war, dass der RVHNF in seiner Planung die Vorbelastung durch Autobahnlärm nicht berücksichtigt habe. Wie in Kap. 15.2 zu lesen ist, wird Verkehrslärm allgemein nicht durch die TA Lärm abgedeckt, also nicht in Schallgutachten der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung berücksichtigt. Dem RVHNF ist bewusst, dass Verkehrslärm (egal ob von einer Autobahn, einer sonstigen Straße oder einer Bahnstrecke) belastend ist. Allerdings kann dies nicht dazu führen, dass im Einflussbereich von Verkehrswegen keine Windkraftplanung durchgeführt werden kann. Dies ist weder

von den rechtlichen Grundlagen der Teilfortschreibung gedeckt, noch regionalplanerisch umsetzbar. Dem RVHNF ist weder bekannt in welchem Umfang in den VRG Windkraftanlagen welchen Typs umgesetzt werden, noch hat er Kenntnis über den Grad der Lärmbelastung an Immissionsorten durch Verkehrswege. Ein pauschaler Abstand zwischen VRG und Verkehrswegen ist ebenfalls weder rechtlich haltbar noch sachlich zielführend und umsetzbar. Sehr häufig wurde dem RVHNF im Übrigen auch die Gegenposition vorgetragen, er solle VRG entlang der Autobahn planen und so den bisher noch nicht vorbelasteten Raum schonen. Also die Vorbelastung durch die Autobahn als Eignung annehmen, um noch unberührte Bereiche zu schützen. Auch dies ist durch den gesetzlichen Rahmen und die sachlich/technischen Möglichkeiten nicht abgedeckt und wurde deshalb vom RVHNF nicht umgesetzt. Aus den genannten Gründen gehen Verkehrswege weder als Vorbelastung noch als Eignung in die regionale Planung ein.

## 15.2 Immissionsschutzrechtliche Belange (Lärm, Lichtemissionen, Schattenwurf)

Grundsätzlich ist die Behandlung immissionsschutzrechtlicher Belange dem konkreten Genehmigungsverfahren der einzelnen Windkraftanlagen vorbehalten. In diesem Verfahren werden konkrete Standorte und Anlagentypen sowie ggf. notwendige Nebenbestimmungen wie Abschaltzeiten oder Regelungstechnik benannt. Auf regionaler Ebene kann nicht über mögliche Beeinträchtigungen durch Schall oder optische Wirkungen wie Schattenwurf und Warnbefeuerung geurteilt werden, da die hierfür notwendigen Fakten noch nicht bekannt und diese nicht Teil des Verfahrens sind. Auf regionaler Ebene werden Flächen gesichert. Ob, wo und in welchem Umfang dort Anlagen welchen Typs errichtet werden, wird regionalplanerisch nicht geregelt. Da sich der Schattenwurf z.B. jedoch sehr stark nach dem konkreten Anlagenstandort richtet und auch danach, wie hoch eine Anlage geplant wird, liegen die notwendigen Sachverhalte noch nicht vor. Selbst wenn aktuell VRG deckungsgleich mit bereits laufenden Planungen vorgesehen werden, so können diese laufenden Planungen nur bedingt als Basis zugrunde gelegt werden. Sehr häufig werden im Verlauf der konkreten Umsetzungsplanungen Standorte nochmals verschoben, es müssen aus fachrechtlichen Gründen Standorte entfallen oder Anlagentypen/Konfigurationen werden gewechselt. Eine pauschale Betrachtung dieser Sachverhalte würde keine belastbaren und verwertbaren Ergebnisse im jetzigen Verfahren liefern.

Gleiches gilt für Lärmwerte die z.B. sehr stark von dem gewählten Anlagentyp und den Umständen des Standortes abhängen. Da für jede Windkraftanlage ein immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren durchgeführt werden muss, in dem anhand des Standortes und des beantragten Anlagentyps geprüft wird, ob die gesetzlichen Vorgaben so auch die TA Lärm eingehalten werden, sind diese Fragen auf regionaler Ebene nur insoweit zu klären, dass in den VRG Rahmenbedingungen vorliegen, die eine Windkraftnutzung möglich machen. Im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren werden ggf. Standortoptimierungen und Nebenbestimmungen (wie z.B. Abschaltzeiten in Nachtstunden) ermittelt, die für eine erfolgreiche Genehmigung notwendig sind und in dieser Genehmigung dann auch festgehalten werden können. Bei den auf immissionsschutzrechtlicher Ebene durchzuführenden Schallgutachten werden auch kumulative Wirkungen z.B. mit Vorbelastungen durch Gewerbelärm, bereits vorhandenen Windkraft- oder auch Biogasanlagen und Tierzuchtanlagen berücksichtigt. Straßen-, Schienen- oder Fluglärm hingegen fällt nicht unter den Vorbelastungsbegriff der TA Lärm (siehe hierzu auch Kap. 15.1). Die Regionalplanung hingegen kann aus den oben genannten Gründen keine Vorgaben wie Laufzeitabschaltungen oder auch nur vorzulegende Analysen festlegen.

Grundlage dieser Prüfungen sind immer die gesetzlichen Vorgaben und wissenschaftliche Erkenntnisse. Der RVHNF ist als Teil der öffentlichen Verwaltung an diese gesetzlichen Grundlagen gebunden.

Die wichtigste gesetzliche Grundlage stellt dabei das Bundesimmissionsschutzgesetz i. V. m. der TA Lärm dar. Diese greifen jedoch erst auf der Umsetzungsebene, da für diese Prüfungen Anlagentyp und Standort bekannt sein müssen. Somit berücksichtigt der RVHNF diese Vorgaben in einer pauschalen

Form, indem er Abstände z.B. so wählt, dass im Regelfall eine immissionsschutzrechtliche Vereinbarkeit zu erwarten ist. Rechtlich gesehen wird so die „fehlende Erforderlichkeit“ verhindert (also eine Ausweisung von Flächen, auf welchen die Errichtung von Anlagen faktisch unmöglich ist). Die genauen Anlagenkonfigurationen sind jedoch in jedem Einzelfall im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu definieren. Stellt sich in diesem Genehmigungsverfahren heraus, dass für den konkreten Standort keine genehmigungsfähigen Voraussetzungen vorliegen, so wird keine Genehmigung erteilt und ein Standort kann nicht umgesetzt werden.

Bezüglich der Lichtemissionen von Windkraftanlagen gilt, dass Windkraftanlagen ab einer Gesamthöhe von 100 Metern nachts durch Lichtsignale gekennzeichnet werden müssen, um Kollisionen mit Luftfahrzeugen zu vermeiden. Die blinkenden Lichter werden häufig als störend empfunden, weshalb Abschaltsysteme entwickelt und bereits zugelassen werden. Sobald sich ein Flugobjekt einer Anlage nähert, geht die Beleuchtung an, was zu 90 % weniger Lichtaktivität führt. Diese Abschaltsysteme werden im Rahmen der Genehmigungsverfahren behandelt. Somit sind auf dieser Ebene Einflussmöglichkeiten gegeben, um eine häufig bemängelte nächtliche Lichtverschmutzung zu minimieren. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben ist nicht mit negativen Auswirkungen auf die Gesundheit zu rechnen. Auf regionalplanerischer Ebene besteht keine Einflussmöglichkeit.

Es kann auch durch Sonnenstrahlen zu Lichtreflexionen auf den Rotorblättern kommen („Disko-Effekt“). Aufgrund der heutzutage üblichen, matten Beschichtung der Windkraftanlagen spielt dieser jedoch praktisch keine Rolle mehr.

Bezüglich des Schattenwurfs ist auf Aussagen der LUBW zu verweisen. So wird bei klarem Himmel durch Rotoren ein bewegter Schattenwurf erzeugt, der zu optischen Immissionen und zu einer erheblichen Belästigung führen kann. Der Schattenwurf ist daher im Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Anlagenbetreiber müssen dazu eine Schattenwurfprognose vorlegen. Der Schattenwurf durch Windenergieanlagen auf (bestehende) Wohnhäuser sollte jeweils nicht mehr als 30 Stunden pro Jahr und 30 Minuten pro Tag betragen. Von einer erheblichen Belästigung des Menschen ist auszugehen, wenn unter Berücksichtigung der Beiträge aller einwirkenden Windenergieanlagen der tägliche oder der jährliche Immissionsrichtwert überschritten ist. Beim Jahreswert handelt es sich um eine theoretische Größe, die sich unter Annahme von stetigem Wind, Betrieb, Sonnenschein und maximaler Schattenprojektion ergibt. Die Bewertung ergibt sich aus einem Hinweispapier der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) vom 23.01.2020 ("Hinweise zur Ermittlung und Beurteilung der optischen Immissionen von Windkraftanlagen“).

Da der RVHNF ein Plankonzept für die komplette Region erstellt, ohne dabei konkrete Anlagenstandorte benennen zu können, müssen standörtliche Einzelfälle zu den Themen Schallschutz, Lichtemissionen und Schattenwurf auf nachgelagerter Ebene ermittelt und geprüft werden. Hier kann durch Nebenbestimmungen für den Bau und Betrieb darüber hinaus Abhilfe geschaffen werden. Dies ist im regionalen Maßstab nicht leistbar.

Auch hier gilt, wie bereits in Kap. 15.1 erläutert, dass keine Betrachtung möglicher schädlicher Wirkungen immissionsschutzrechtlicher Belange (weder Schall noch Licht oder Schattenwurf) auf Tiere auf regionalplanerischer Ebene möglich ist.

## 15.3 Infraschall

Das ehemalige Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz schrieb zum Thema Infraschall durch Windkraftanlagen unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Windenergie/faq-windenergie.html:

*Infraschall-Töne unterhalb einer Frequenz von 20 Hertz (Hz) sind alltäglicher und überall präsenter Bestandteil unserer Lebenswelt. Er geht von einer Vielzahl sowohl natürlicher als auch technischer*

*Quellen aus. Natürliche Quellen sind z. B. Wind, Gewitter, Meeresdünung aber auch Vulkane sowie Meteoriten. Zudem gibt es zahlreiche künstliche und technische Infraschall-Quellen wie z. B. Klima- und Lüftungsanlagen, Umspannwerke, Kraftfahrzeuge, Lautsprechersysteme, Kühlschränke und auch Windkraftanlagen.*

Die Intensität des Infraschalls von Windkraftanlagen (sog. Schalldruckpegel) liegt bereits in wenigen hundert Meter Entfernung deutlich unterhalb der menschlichen Wahrnehmbarkeitsgrenze. In den meisten Fällen wird der Infraschall außerdem von natürlichen anderen Geräuschen überdeckt. So haben auch wissenschaftliche Studien bislang keinen Nachweis erbracht, dass der von Windkraftanlagen ausgehende Infraschall eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit hat.

Das UBA kommt zu dem Schluss, dass es keine Evidenz dafür gibt, dass durch Infraschall von Windkraftanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht werden. Nach heutigem Stand der Forschung ist die Belastung mit Infraschall durch Windkraftanlagen im Vergleich zu anderen Quellen von Infraschall natürlichen oder technischen Ursprungs zudem gering.

Das belegt beispielsweise eine Messkampagne der LUBW zwischen 2013 und 2015. Diese Kampagne untersuchte tieffrequente Geräusche ab 1 Hz in der näheren Umgebung von Windkraftanlagen sowie in urbanen und ländlichen Räumen. Die Untersuchung stellt, wie das UBA auch, unterschiedlichen Quellen und die Omnipräsenz von Infraschall im Alltag fest. Windkraftanlagen leisten hierzu aber keinen wesentlichen Beitrag, da deren Pegel schon in 300 m Entfernung zur Windkraftanlage deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegt. (Tieffrequente Geräusche inkl. Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen – Bericht über Ergebnisse des Messprojektes 2013-2015, LUBW 2016: https://pudi.lubw.de/detailseite/-/publication/84558)

Um den aktuellen Kenntnisstand zu Infraschall von Windenergieanlagen zu festigen und zu erweitern, beobachten das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das UBA kontinuierlich die Entwicklung wissenschaftlicher Studien. Damit ist sichergestellt, dass neue Entwicklungen und gesicherte Erkenntnisse frühzeitig bekannt werden (vgl. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/umid_01-2021-infraschall.pdf)

Bereits mehrere Gerichtsurteile haben sich mit dem Thema Infraschall und Windkraft beschäftigt und stützen die obenstehenden Ausführungen. So stellt das OVG Münster zusammenfassend fest: *„Die Rechtsprechung des Senats und anderer Obergerichte geht davon aus, dass Infraschall – wie auch tieffrequenter Schall – durch Windkraftanlagen nach dem bisherigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse grundsätzlich nicht zu Gesundheitsgefahren führt.“* (Quelle: OVG Münster (8. Senat), Urteil vom 22.11.2021 – 8A 973/15)

Ein Urteil des VGH Bayern (Beschluss v. 23.01.2020 – 22 CS 19.2297) verhält sich zu Infraschall im Zusammenhang mit Windkraft wie folgt: "… der durch WEA erzeugte Infraschall (Luftschall unterhalb der Frequenz von 20 Hertz) liege im Allgemeinen unterhalb der Wahrnehmungsschwelle des menschlichen Gehörs und führe nach den bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnissen grundsätzlich nicht zu Gesundheitsgefahren. Tieffrequenter Schall (Luftschall unterhalb von 100 Hertz) führe nach dem derzeitigen Stand der Wissenschaft und der einhelligen Rechtsprechung bei einer Entfernung, wie sie vorliegend zwischen der WEA und dem Gutshof bestehe, nicht zu einer rechtlich erheblichen Belastung. Namentlich mit Blick auf die Auswirkungen von Infraschall - als Teilbereich des tieffrequenten Schalls - gehe die obergerichtliche Rechtsprechung davon aus, dass die Schwelle zu schädlichen Umwelteinwirkungen jedenfalls dann an einem Wohnhaus nicht erreicht werde, wenn der Abstand zwischen WEA und Wohnhaus größer als 500 m (nach anderen Entscheidungen sogar schon bei mehr als 300 m) sei".

Pathogene Effekte durch von Windkraftanlagen abgegebene Luftdruckpulse sind wissenschaftlich nicht belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Die Berücksichtigung von Infraschall auf Ebene der Regionalplanung bei der Festlegung von VRG Windenergie ist daher weder erforderlich noch geboten und würde im Zweifel die rechtliche Tragfähigkeit der Teilfortschreibung Windenergie II gefährden.

Hierauf hat auch ein vorgebrachtes Urteil des OLG Schleswig-Holstein (2019, 7 U 140/18) keinen Einfluss. Dieses befasst sich hauptsächlich mit der Beweiswürdigung des überprüften erstinstanzlichen Urteils zu konkreten Windkraftanlagenplanungen. Es verwies die Klage zurück, da das urteilende erstinstanzliche Gericht zuerst die Immissionsbelastungen hätte erheben müssen. Das Gericht hätte nicht aufgrund des Abstandes zwischen Haus und Windkraftanlage Immissionen und Beeinträchtigungen als unwesentlich zurückweisen dürfen. Der Beklagte hätte zuvor nachweisen müssen, dass Grenzwerte eingehalten werden. Die Kläger hätten Beeinträchtigungen nachweisen müssen und erst im Anschluss hätte eine Gesamtbetrachtung durch den Richter erfolgen dürfen. Das Gericht kommt zu der Einschätzung, dass eine vollständige Darlegung der Immissionen erfolgen muss, auch wenn Grenzwerte eingehalten werden. Dies gelte auch für Infraschall. Die Frage ob die vorgebrachten Beeinträchtigungen als wesentlich oder nicht zu beurteilen sind wurde nicht beantwortet. Da der RVHNF jedoch keine Standorte plant, keine Anlagentypen und Konfigurationen vorgibt ist er, wie bei allen immissionsschutzrechtlichen Sachverhalten, nicht in der Lage konkrete Belastungen darzulegen und zu überprüfen. Nach dem allgemein anerkannten, oben dargelegten, Stand der Wissenschaft und Rechtsprechung geht von Windkraftanlagen keine Gefährdung der Gesundheit aus. Eventuelle Einzelfallbetrachtungen können nicht auf regionalplanerischer Ebene erfolgen.

Auch eine immer wieder vorgetragene negative Auswirkung von Infraschall auf Tiere ist nach Kenntnisstand des RVHNF wissenschaftlich nicht belegt. So gibt das Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende z.B. auf seiner Homepage an (abgefragt Oktober 2025), dass dies für Fledermäuse bislang nicht untersucht sei. Eine Rückfrage bei Fledermausexperten habe keine Hinweise auf eine Konfliktlage ergeben. Auch allgemein konnte der RVHNF keine Hinweise auf wissenschaftliche Studien zur Auswirkung von Infraschall von Windkraftanlagen auf Tiere finden. Siehe etwa die Dokumentation des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages „Infraschall Studien zu Wirkungen auf Mensch und Tier“.

## 15.4 Brandschutz

Die aufgeworfenen Fragen zu Brandschutzkonzepten bzw. möglichen Brandereignissen an Windkraftanlagen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windkraftanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windkraftanlagen und der jeweiligen Standortsituation ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windkraftanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windkraftanlagen-standorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungs-bescheid mit Auflagen verknüpft (z.B. Brandschutzsystem). Dies gilt gleichermaßen für Windkraft-anlagen im Offenland wie auch im Wald (zu allgemeinen Fragestellungen zum Wald siehe Kap. 9). Wie in Kap. 1 dargelegt hat der RVHNF den gesetzlichen Auftrag 1,8 % Fläche für Windkraft festzulegen. Fragen des Brandschutzes können auf regionalplanerischer Ebene nicht behandelt werden.

Die vorgebrachte Frage, wie gewährleistet wird, dass lokale Feuerwehren adäquat ausgerüstet werden, um eventuelle Schadensereignisse zu meistern ist wie folgt zu beantworten. Laut Homepage des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg *„müssen die Gemeinden Feuerwehreinsatzkräfte in ausreichender Anzahl und mit der notwendigen fachlichen Qualifikation stellen sowie die notwendigen Fahrzeuge, Geräte und Einrichtungen beschaffen und unterhalten".* Das Land unterstützt *„die Gemeinden und Landkreise in der Beschaffung und Unterhaltung von Ausrüstungen und Einrichtungen. Grundlage der finanziellen Unterstützung ist die Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über Zuwendungen für das Feuerwehrwesen."* Weiter unterhält das Land Baden-Württemberg eine Landesfeuerwehrschule und fördert damit die Aus- und Fortbildung von Einsatzkräften.

Es liegt weder in der fachlichen Kompetenz noch in der rechtlichen Zuständigkeit des RVHNF die Einsatztaktik oder Ausstattung von Feuerwehren zu kommentieren oder gar zu organisieren. Dies gilt ebenfalls im Havariefall (siehe Kap. 15.7) oder für das Vorgehen bei einer möglichen Trümmerbergung. Zum Sachverhalt brennender Carbonfaserverbundstoffe in Rotorblättern siehe Kap. 15.5. Der RVHNF plant die VRG nach den ihm vorgegebenen rechtlichen Voraussetzungen.

## 15.5 Schädliche stoffliche Einwirkungen durch Rotorblattabrieb, Mikroplastik, Carbon, Schwefelhexafluorid, PFAS, PFC, Bisphenol A

Die neben den immissionsschutzrechtlichen Belangen häufig vorgetragenen weiteren Sachverhalte (Rotorabrieb von Windkraftanlagen, konkretisiert durch einen Eintrag von Carbonfasern, per- und polyfluorierten Kohlenwasserstoffen und/oder Bisphenol A) sind abwägungstechnisch wie folgt einzuordnen.

Allgemein bleibt festzuhalten, dass technische Aspekte oder die Sinnhaftigkeit der Windkraft nicht Gegenstand eines regionalplanerischen Verfahrens sein können. Der RVHNF hat den gesetzlichen Auftrag, VRG für regionalbedeutsame Windkraftanlagen festzulegen. Er ist weder fachlich noch rechtlich aufgefordert und in der Lage Grundlagengutachten zu medizinischen, technischen, wirtschaftlichen oder standörtlichen bekannten oder auch nur nicht erwiesenen potenziell denkbaren Wirkweisen durchzuführen. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens für jede einzelne Windkraftanlage geprüft, wenn konkrete Windkraftanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe werden im Genehmigungsverfahrens für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und gegebenenfalls werden Auflagen festgelegt. Trotzdem soll unten auf die wichtigsten vorgebrachten Punkte eingegangen und die dem RVHNF bekannte aktuelle Sachlage dargelegt werden.

Allgemein wurde ein Verstoß gegen das Lebensmittelrecht aufgrund der Freisetzung oben genannter Stoffe vermutet. Wie in den nachfolgenden Einzeldarlegungen aufgeführt ist, liegt für keinen der genannten Stoffe eine signifikante Erhöhung der Umweltkonzentration aufgrund der Windkraft allgemein und der regionalen Planung insbesondere vor. Alle Stoffe werden vielfältig bereits jetzt und ohne Windkraft in anderen Bereichen eingesetzt und kommen bereits in der Umwelt vor. Darüber hinaus handelt es sich bei dem regionalen Planungsauftrag um einen sowohl durch den Bundesgesetzgeber wie auch den Landesgesetzgeber gesetzlich formulierten Auftrag der Windkraft Fläche zu verschaffen. Der RVHNF hat sowohl die Stadt- und Landkreisverwaltungen (bei denen die unteren Lebensmittelüberwachungsbehörden angesiedelt sind) sowie das Regierungspräsidium Stuttgart (bei dem die höhere Lebensmittelüberwachung angesiedelt ist) im Verfahren gehört. Von Seiten des Landes wurde das MLW beteiligt, welches in einer Ressortbeteiligung die maßgeblichen weiteren Ministerien, so auch das Ministerium für Ernährung, ländlichen Raum und Verbraucherschutz

(die oberste Lebensmittelsicherheitsbehörde Baden-Württembergs), beteiligt hat. Keine dieser Behörden formulierte einen Verstoß gegen Lebensmittelrecht (siehe die jeweiligen Stellungnahmen). Es ist somit haltlos einen Verstoß gegen das Lebensmittelrecht nahe zu legen. Das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit und das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft wurden mangels Erfordernisses nicht an dem Verfahren beteiligt.

**Rottorblattabrieb/Mikroplastik**

Aufgrund von Umwelteinflüssen (UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel u.a.) kommt es an den Rotoren von Windkraftanlagen zu Erosion und in Folge zur Freisetzung von Mikroplastik (in Stellungnahmen häufig auch als Feinstaub bezeichnet), das sich in der Umwelt ablagert. Nach einer Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (WD 8 - 3000 - 077/20 (08.12.2020)) wird ein Maximalabtrag von ca. 1.400 t/a für alle ca. 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland geschätzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt der tatsächliche Wert gem. IWES (Institut für Windenergie und Systemtechnik) deutlich niedriger. Im Vergleich mit den vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) ermittelten Werten z.B. für Kunststoffemissionen in Form primären Mikroplastiks für Reifenabrieb (102.090 t/a) oder von Schuhsohlen (9.047 t/a) ist die Belastung durch Windkraftanlagen somit sehr gering. Eine weitere deutlich größere Quelle für Mikroplastik ist in Kleidung zu sehen (6.336 t/a). Eine signifikante Erhöhung der Umweltbelastung durch Mikroplastik aufgrund von Windkraftanlagen und eine Gesundheitsgefährdung des Menschen durch den Abrieb ist nicht belegt. Somit sind auch keine nennenswerten zusätzlichen Belastungen auf den Natur- und Wasserhaushalt (auch Grund- und Trinkwasser) zu erwarten.

In diesem Zusammenhang wurde häufig auf kohlenstofffaserverstärkte Kunststoffe (auch Carbonfaserverbundstoffe oder CFK genannt) und deren Gefahren eingegangen. Es ist korrekt, dass in Rotorblättern Faserverbundstoffe aus Glas- oder Kohlefaserverbundstoffen eingebaut sind. Auch die genannten Carbonfaserverbundstoffe werden inzwischen zunehmend eingesetzt. So sind sie teils in den Leitwerken und im Rumpf von Verkehrsflugzeugen verbaut. Auch Angelruten, Mountainbikes und Rennräder sowie Tennisschläger und Bootsrümpfe werden daraus gefertigt. Auch im Automobilbau wird inzwischen carbonfaserverstärkter Kunststoff verbreitet in der Serienproduktion verarbeitet. Wie bereits oben dargelegt, ist der auf den Einsatz in Windkraftanlagen entfallende Anteil der eingesetzten Stoffgruppe gering. In einem Artikel „Gesundheitsgefährdung durch lungengängige Kohlenstoffasern beim Abbrand von Carbonkunststoffen“ (Prof. Dr. Eibl, Wehrwissenschaftliches Institut für Werk- und Betriebsstoffe Deutsche Bundeswehr) wird erläutert, dass sich im intakten Zustand aus CFK-Material keine Gesundheitsgefährdung ergibt. Bei Bränden mit hohen Verbrennungstemperaturen, wie sie typischerweise bei hoher externer Brandlast gegeben sind, etwa wenn ein Luftfahrzeug mit großen Mengen Treibstoff brennt, können jedoch lungengängige Kohlefaserbruchstücke entstehen. Bei Versuchen zeigte sich jedoch, dass diese vom Wind getrieben und verteilt und dadurch stark verdünnt wurden. Insbesondere abgebrannte Reste enthielten jedoch erheblich Mengen der Fasern. Es sei davon auszugehen, dass eine einmalige Exposition zu keinem erhöhten Risiko führe. Der gefährdete Personenkreis würde damit auf Rettungspersonal und Polizei bei sich wiederholenden Expositionen eingeschränkt. Eine abschließende Bewertung der toxikologischen Wirkung von Kohlenstofffasern stehe mangels Langzeitstudien noch aus.

Eine signifikante Belastung für Natur und Umwelt und die Sicherheitslage für die Bevölkerung kann aus diesen Sachverhalten nicht abgeleitet werden. Demgegenüber steht der bereits mehrfach zitierte gesetzliche Auftrag des RVHNF.

**Bisphenol A**

Das im folgenden Dargelegte basiert auf Angaben des UBA, des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) sowie der europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA).

Bei Bisphenol A handelt es sich um eine Substanz der Stoffgruppe der Bisphenole, das zur Produktion zahlreicher Produkte des täglichen Lebens eingesetzt werden. Sie werden vor allem als Grundprodukte für die Polymerisation von Kunststoffen (etwa Polycarbonate) sowie Epoxidharzen eingesetzt. Bei diesen Prozessen werden Bisphenol A-Moleküle zu Ketten verbunden, wodurch der Stoff dann fest in diesen Kunststoff eingebaut ist. Diese Kunststoffe sind chemisch stabil und das Bisphenol dadurch weitgehend gebunden. Allerdings kann dabei nicht polymerisiertes Bisphenol A als Rest verbleiben und es kann grundsätzlich unter bestimmten Voraussetzungen in geringem Umfang zu einem Rückabbau des Polymers unter Bildung der Ausgangssubstanz kommen. Polycarbonate sind als Kunststoffe mit hoher Festigkeit z.B. in CDs und DVDs, in Mobiltelefongehäusen, Motoradhelmen, Gehäusen von Wasserkochern und Elektrotechnik oder auch im Fahrzeugbau und in der Medizintechnik weit verbreitet. Sie wurden und werden für Gefäße wie Schüsseln und Trinkflaschen eingesetzt. Im Jahr 2011 wurde die Verwendung von Bisphenol A jedoch bereits für die Verwendung in Trinkgefäßen für Säuglinge und Kleinkinder durch die EU-Verordnung Nr.10/2011 verboten.

In Epoxidharzen finden sich Bisphenole vor allem auch in Beschichtungen von Metallbehältern. So sind sie etwa als Innenbeschichtung von Getränke- und Konservendosen auch aktuell noch sehr weit verbreitet. Weiter finden sich derartige Beschichtungen in Wasserspeicherbehältern oder auch Trinkwasserleitungen. Allerdings erfolgte durch die EU-Verordnung 2024/3190 (2023) letztmalig aufgrund einer Neubewertung von Bisphenol A und seiner Wirkungen, die im Dezember 2024 veröffentlicht wurde, eine weitere Reglementierung. In dieser Neubewertung wurde eine neue akzeptable tägliche Aufnahmemenge von 0,2 Nanogramm pro Kilogramm Körpergewicht und Tag abgeleitet. Der Kern der darauffolgenden Verordnung beinhaltet das Verbot der Verwendung von bisphenolhaltigen Kunststoffen für Lebensmittelkontaktmaterialien. Es wurden differenziert nach Verwendungsbereichen Übergangsfristen zwischen 2026 und 2029 festgelegt. Dem BfR zufolge ist dieser TDI-Wert (Wert der täglich tolerierbaren Aufnahmemenge) der EFSA, der aufgrund von Tierversuchen ermittelt wurde, jedoch deutlich zu niedrig angesetzt. Das BfR kommt nach Auswertung von über 600 Studien der vergangenen 20 Jahre auf einen TDI-Wert von 200 Nanogramm pro Kilogramm Körpergewicht und Tag.

In den menschlichen Körper gelangt Bisphenol A überwiegend durch die orale Aufnahme von Lebensmitteln aus bisphenolhaltigen Gefäßen. Eine weitere Aufnahmequelle waren bislang sogenannte Thermopapiere (z.B. Kassenbons, Fahrkarten, Parkscheine), bei denen Bisphenol A bis Ende 2019 noch als Komponente im Druck eingesetzt wurde. Auch zeigen Untersuchungen, dass intensivmedizinisch behandelte Personen eine erhöhte Bisphenol-A-Konzentration aufweisen können. Im Rahmen der europäischen Human Biomonitoring Initiative wurde der Schluss gezogen, dass die allgemeine Bevölkerung kontinuierlich Bisphenol A ausgesetzt ist. So wurden in 100 % der untersuchten Blut- und Urinproben Bisphenol A gefunden. Insbesondere kritisch zu sehen und Grund für die inzwischen strenge Reglementierung im Bereich der Lebensmittelkontaktmaterialien ist die nachweisbare hormonähnliche Wirkung des Stoffes auf den Menschen und andere Lebewesen.

Für Bisphenol A ist bekannt, dass ein biologischer Abbau durch allgemein weit verbreitete Bodenbakterien stattfindet. Diese können die Substanz je nach Verfügbarkeit abbauen, solange die Stoffkonzentration nicht zu hoch ist. Trotz dieser Möglichkeit des Abbaus kommt das UBA allerdings zu dem Fazit, dass Bisphenol A in Gewässern und Böden weit verbreitet ist.

Eine besondere Bedeutung der Windkraft für den Bisphenol A-Eintrag in die Umwelt oder sogar eine Gesundheitsgefährdung aufgrund des Ausbaus der Windkraft ist aufbauend auf diesen Fakten nicht zu sehen.

**Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS), per- und polyfluorierte Chemikalien (PFC)**

Die folgenden Darstellungen basieren auf Aussagen des UBA und des Bundesministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz.

Auch bei den PFAS/PFC handelt es sich um chemische Moleküle, die im Alltag weit verbreitet sind. Aus ihren Produkteigenschaften wasser-, fett- und schmutzabweisend zu sein, während sie gleichzeitig chemisch und thermisch sehr stabil sind, ergeben sich sehr viele wirtschaftlich interessante Einsatzmöglichkeiten. So werden diese Substanzen etwa in Kosmetika, Kochgeschirr (Beschichtung Töpfe und Pfannen), Papierbeschichtungen (z.B. Fast-Food und To-Go Verpackungen), zur Beschichtung von Textilien (Funktionskleidung wie z.B. Regenjacken) und in Imprägniersprays eingesetzt. Auch in Feuerlöschschäumen sind PFAS enthalten.

Diese Chemikalien kommen in der Natur nicht vor (werden also ausschließlich industriell produziert). Sie sind dadurch praktisch nicht natürlich abbaubar. Aus diesem Grund hat sich der Begriff Ewigkeitschemikalien eingebürgert.

Aus den beiden genannten Sachverhalten (weite Verbreitung und fehlender Abbau) ergibt sich, dass PFAS inzwischen praktisch in allen Teilen der Erde nachweisbar sind. Besonders hoch sind die Konzentrationen jedoch an den Eintragsorten. Haupteintragsquellen in die Natur sind Abwässer, vor allem sind hier Industrieabwässer zu nennen, aber auch Haushaltsabwässer können durch Auswaschen imprägnierter Stoffe eine Quelle sein. Auch über den Luftweg gelangen PFAS in die Umwelt (Industrieabluft, aus Klimaanlagen mit gasförmigen PFAS oder eine unvollständige Müllverbrennung). Neben dieser Anreicherung in der Umwelt ist besonders kritisch zu sehen, dass einige PFAS gesundheitsschädlich auf den Menschen wirken. Aus diesem Grund wird seit geraumer Zeit ein Verbot von PFAS diskutiert.

Für eine besondere Bedeutung der Windkraft für den Eintrag von PFAS in die Umwelt konnten keine Belege gefunden werden. Vielmehr zeigt sich aus dem Anhang-XV-Bericht zur Einleitung eines Beschränkungsverfahrens für PFAS, der am 24.06.2025 an die ECHA (European Chemicals Agency/Europäische Chemikalienagentur) übermittelt wurde, dass der Anteil der PFAS-Verwendung im Energiesektor im Vergleich zu anderen Anwendungsfeldern einen sehr untergeordneten Anteil einnimmt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Anteil des Energiesektors nicht nur Windkraftanlagen sondern auch die Verwendung von PFAS in weiteren elektronischen Bauteilen wie Elektromotoren, Batterien, Solarzellen, Wärmepumpen, etc. umfasst.

## 15.6 Flächeninanspruchnahme und Bodenverdichtung

Der vorgebrachte Einwand, dass durch die Errichtung von Windkraftanlagen zu große Flächen in Anspruch genommen werden ist zurückzuweisen.

Aspekte des Bodenschutzes werden im Rahmen des Umweltberichts der Teilfortschreibung Windenergie II berücksichtigt (Kap. 4.5). Auf die Flächeninanspruchnahme wird in Kap. 4.6 des Umweltberichtes eingegangen. Die Erzeugung von Strom aus Windkraft geht mit in Relation zur gesamten gesicherten Fläche und dem Energieertrag lediglich kleinräumigen Flächenversiegelungen einher. So sind für eine Windkraftanlage im Durchschnitt zwischen 0,4 und 0,6 ha als konkreter Standort der Anlage anzusetzen. Hinzu kommen durchschnittlich ca. 0,4 ha temporär genutzte Arbeitsfläche in der Bauphase. Dem stehen die weiten Teile der geplanten VRG für regionalbedeutsame Windkraftanlagen gegenüber, die vollkommen unberührt bestehen bleiben und

ihre Funktionen für das Schutzgut Boden weiter voll erfüllen können. Da auf regionaler Ebene weder bekannt ist, wo exakt zukünftig Vorhabenträger Standorte umsetzen wollen, noch wie viele Standorte insgesamt umgesetzt werden, kann auf regionaler Ebene keine Abschätzung der tatsächlichen Beeinträchtigung des Schutzgutes Boden bzw. Fläche erfolgen. Auf eine detaillierte Darstellung des Schutzguts in den Standortdatenblättern wird daher verzichtet. Grundsätzlich bleibt auch hier klarzustellen, dass der Zubau an Windkraftanlagen gesetzlich gefordert ist, also nicht vermieden werden kann. Bei der konkreten Standortwahl können darüber hinaus auf kleinräumige Unterschiede in der Bodenqualität durch Verlagerungen reagiert und Beeinträchtigungen minimiert werden. Verbleibende Beeinträchtigungen sind im Rahmen der Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung zu benennen und auszugleichen. Die konkrete Feststellung von Beeinträchtigungen muss auf Umsetzungsebene erfolgen, wo auch den standörtlichen Gegebenheiten entsprechende Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen ermittelt werden müssen. Auf regionaler Ebene ist aufgrund dieser Möglichkeiten der Umsetzungsebene keine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes Boden zu erwarten. Auch wenn gesetzlich festgelegt ist, wieviel Fläche mindestens durch den RVHNF für Windkraft gesichert werden muss, so ist doch auf Umsetzungsebene weiterhin eine möglichst flächenschonende Standortplanung und tatsächliche Versiegelung anzustreben. Aufgrund der Notwendigkeit des Ausbaus der Windkraft ist die verbleibende nicht vermeidbare Bodenverdichtung durch die Windkraftanlage und deren Zuwegung hinzunehmen. Dies betrifft auch die lokale Beeinträchtigung der Bodenfunktionen wie etwa Wasserspeicherfähigkeit (zum Thema Wasser/Grundwasser siehe Kap. 11).

## 15.7 Eisabwurf, Havarie, Nutzung von Tropenholz

Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen zu den Themen Eisabwurf, Havarie und Nutzung von Tropenholz für die Rotorblätter sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windkraftanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windkraftanlagen ergeben könnten (siehe auch Kap. 2.4 $CO_2$-Bilanz und Ressourcenverbrauch von Windkraftanlagen). Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für jede einzelne Windkraftanlage geprüft, wenn konkrete Windkraftanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Gegebenenfalls wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft, die den Schutz vor Eisabfall durch entsprechende Abschaltregelungen vorschreiben. Auf technischer Ebene stehen hier Lösungen durch Eisdetektion und Rotorblattbeheizung zur Verfügung.

Bezüglich möglicher Havarien ist darauf hinzuweisen, dass Windkraftanlagen als sichere Technologie gelten und Unfälle sehr selten sind. Laut Angaben der EnBW treten bei knapp 28.860 Onshore-Windkraftanlagen in Deutschland durchschnittlich nur etwa sechs bis sieben Zwischenfälle pro Jahr auf. Hierbei handelt es sich um Blitzeinschläge, die gelegentlich Brände verursachen, oder das Abbrechen von Rotorblättern. In extrem seltenen Fällen kam es auch bereits zum Umsturz kompletter Anlagen. Um der Havariegefahr vorzubeugen, werden im Kriterienset entsprechende Vorsorgeabstände vorgesehen. Die Sicherheit von Windkraftanlagen wird durch Wartungsvorgaben gemäß Richtlinien des Deutschen Instituts für Bautechnik und der Vorgaben der Hersteller der Anlagen gewährleistet. Dazu zählen regelmäßige, teils halbjährliche Wartungsintervalle der elektrischen Anlagen, der Standsicherheit, der Rotoren, etc. Die Wartungen werden üblicherweise durch Auflagen wie ein verpflichtend vorzulegender Wartungsvertrag, regelmäßige Durchführung der Wartungen und Dokumentation in einem Wartungstagebuch im Zuge des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheids gesichert.

Eine Betrachtung von möglichen negativen Auswirkungen auf Tiere durch Havarie oder Eisabwurf ist gleichfalls nicht Gegenstand des laufenden regionalen Planverfahrens.

## 15.8 Lebens- und Wohnqualität

Der vorgebrachte Einwand, dass Windkraftanlagen die Lebens- und Wohnqualität beeinträchtigen und reduzieren können, führt nicht zu Änderungen an der VRG-Kulisse.

Die vorliegende Teilfortschreibung Windenergie II dient der Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht am besten geeigneten Flächen für Windkraftanlagen sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerts von 1,8 % der Regionsfläche für Windenergie an Land (siehe Kap. 1). Wenn dieser Flächenbeitragswert nicht erreicht wird, gelten nach Ablauf des jeweiligen Stichtags die Rechtsfolgen des § 249 Abs. 7 BauGB, d.h. Windkraftanlagen wären im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB privilegiert zulässig und Darstellungen in Flächennutzungsplänen, Ziele der Raumordnung sowie sonstige Maßnahmen der Landesplanung könnten einem Vorhaben nach § 35 Abs. 1 Nr. 5, das der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, nicht entgegengehalten werden. Räumliche Steuerungsoptionen auf regionaler und kommunaler Ebene, wo Windkraftanlagen errichtet werden können, würden damit hinfällig. Die Steuerungswirkung der vorliegenden Teilfortschreibung ist damit unmittelbar vom Erreichen des Flächenbeitragswerts abhängig.

Vielfach wurde die Forderung nach einer Obergrenze von Vorrangflächen in Kommunen aufgestellt. Eine solche Obergrenze ist aus Sicht des RVHNF nicht definierbar und wäre auch nicht zielführend. Eine Beeinträchtigung für die Bevölkerung kann nicht pauschal ermittelt werden. In Kommunen mit einer großen Gemarkung und wenigen Siedlungsgebieten können z.B. 10 % in einem eine Umfassung vermeidenden Zuschnitt weitgehend konfliktfrei umsetzbar sein. Auf einer kleinen Gemarkung hingegen können auch deutlich geringere Prozentzahlen hohe Konflikte erzeugen. Hier sind weiter neben der Gemarkungsgröße auch die Siedlungsdichte, die Zuschnitte der potenziellen VRG und der Gemarkung usw. zu berücksichtigen. Um sich diese Einzelfallbetrachtung zu ermöglichen und nicht, aufgrund unflexibler willkürlicher Prozentfestlegungen, im Zweifel konfliktarme Flächen streichen und stattdessen konfliktreichere aber noch innerhalb der Obergrenze einer anderen Kommune liegende VRG festlegen zu müssen, hat der RVHNF von Beginn an starre Obergrenzen abgelehnt. Zumal diese kaum zu fassen und rechtlich nicht sicher zu definieren wären.

Die Beurteilung der Lebens- und Wohnqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit oder der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden.

Windkraftanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der VRG im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen.

Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie II. Diese dient der Flächensicherung für die Windkraftnutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag.

## 15.9 Haftungsfragen

Die vorgetragenen Fragen nach der Haftung im Zusammenhang mit Windkraftanlagen sind für das regionalplanerische Verfahren nicht von Relevanz. Dies gilt sowohl für die Haftung in einem möglichen Havariefall, z. B. im Kontext möglicher Verletzungsrisiken oder dem Risiko von Sachbeschädigungen

oder Brandfolgen. Auch die Haftung für mögliche Gesundheitsrisiken ohne eine Havarie und weitere Fallkonstellationen sind nicht relevant. Haftungsfragen sind nicht Gegenstand der Regionalplanung. Die Haftung obliegt dem Betreiber der Windkraftanlage. Auf regionalplanerischer Ebene ebenfalls nicht von Relevanz sind Haftungsfragen in Zusammenhang möglicher wirtschaftlicher Verluste und Einbußen benachbarter Nutzungen wie z.B. Gaststätten, Hotelbetriebe, etc. Hier wären im Zweifel zivilrechtliche Ansprüche zu prüfen. Dies gilt auch für Haftungen von Einlagen in Windkraftprojekte, die grundsätzlich einem Investitionsrisiko unterliegen.

### 15.10 Entschädigungsfragen

Die vorgetragenen Fragen nach möglichen Entschädigungen, die den empfundenen Verlust an Lebensqualität im Umfeld des Wohnorts betreffen, sind wie folgt einzuordnen: Eigentümer bestimmen über den Zugang und die Nutzung ihrer Grundstücke im Rahmen der Gesetze selbst. Als Grundstückseigentümer erwächst aus der VRG-Ausweisung für regionalbedeutsame Windkraftanlagen keine Verpflichtung zum Bau solcher Anlagen. Ein Anspruch Dritter auf bestimmte Nutzungen auf Grundstücken in fremdem Eigentum besteht nicht. Ebenso wenig haben Dritte einen Anspruch auf Entschädigung, wenn ein Grundstückseigentümer sein Grundstück einer im Rahmen der Gesetze zulässigen Nutzung zuführt. So hat z. B. ein Erholungssuchender, der selbst nicht Waldeigentümer ist, keinen Anspruch auf Entschädigung durch einen Waldeigentümer, der innerhalb eines VRG auf seinem Eigentum die Errichtung einer oder mehrerer Windkraftanlagen ermöglicht oder selbst betreibt. Bei Umsetzung einer rechtmäßigen Planung bestehen somit keine Entschädigungsansprüche Dritter. Dies gilt z.B. auch für benachbarte Immobilienbesitzer (siehe Kap. 18) sowie im Zusammenhang möglicher wirtschaftlicher Verluste und Einbußen benachbarter Nutzungen wie z.B. Gaststätten, Hotelbetriebe, etc. (siehe Kap. 15.9).

Eine ebenfalls häufig vorgebrachte Forderung nach Entschädigung war die, dass die Bevölkerung in Teilen der Region entschädigt werden müsse, in welcher aufgrund des militärischen Ausschlusses durch den Militärstandort Niederstetten mehr VRG für Windkraft vorgesehen werden müssten. Ein solcher Anspruch auf Entschädigung besteht nicht. Dies ist in den betroffenen Gebieten ebenso hinzunehmen, wie die Bevölkerung um Niederstetten den Flugverkehr durch den Standort Niederstetten, die Bevölkerung Heilbronns das Kohlekraftwerk, die Bevölkerung Neckarwestheims das Kernkraftwerk hinzunehmen hatte oder allgemein andere Tatsachen des alltäglichen Lebens hinzunehmen sind.

## 16. Mikroklima

### 16.1 Temperaturveränderungen

Dem Einwand, dass sich durch die Errichtung von Windkraftanlagen das Mikroklima verändert und sich dies beispielsweise negativ auf den Weinanbau oder Siedlungsgebiete im Umkreis geplanter VRG auswirkt, kann nicht gefolgt werden. Auf die besondere Situation einer Oberflächenerwärmung aufgrund Rodungen im Wald wird in Kap. 9 eingegangen.

Windkraftanlagen dienen zur Produktion erneuerbarer Energien und damit dem aktiven Klimaschutz durch die Einsparung fossiler Brennstoffe und damit der Verringerung des $CO_2$-Ausstoßes. Sie besitzen somit einen positiven Einfluss auf die Stabilisierung des globalen Klimas und wirken dem menschengemachten Klimawandel direkt entgegen.

Das Gutachterbüro iMA Richter & Röckle aus Freiburg hat im Rahmen der Erstellung der Klimaanalyse für die Region Heilbronn-Franken eine fachliche Einschätzung dazu abgegeben, ob und wie es durch Windkraftanlagen Auswirkungen auf das Mikroklima geben kann. Diese ist als Anlage dem Umweltbericht der Teilfortschreibung Windenergie II beigefügt.

Nach dieser fachgutachterlichen Einschätzung kommt es durch Windkraftanlagen zu keiner signifikanten Beeinträchtigung der Belüftungssituation. Zwar sind Auswirkungen auf das lokale Luftsystem durch Windkraftanlagen vorhanden. Durch die sich drehenden Rotorflügel kommt es zu einer verstärkten Durchmischung der Luftschichten. Diese Luftdurchmischung kann bspw. zu einer höheren nächtlichen Temperatur in Bodennähe führen, da Luftschichten aus wärmeren, höheren Schichten in Richtung Boden gelenkt werden. Dieser Effekt hängt jedoch sehr stark von der aktuellen Stabilität der Luftschichten ab. Liegt bereits eine hohe Durchmischung vor, wie es etwa bei wehendem Wind über Land fast automatisch der Fall ist, ist praktisch keine zusätzliche durchmischende Wirkung durch Windkraftanlagen feststellbar. Bei windstillen, stabilen Schichten wäre eine Wirkung hingegen zwar feststellbar, aber eine solche Durchmischung aufgrund einer Windkraftanlage kann lediglich vorkommen, wenn diese sich dreht und damit eben nicht in windstillen Situationen. In einer windstillen Sommernacht, die für einen für die Belüftung einer Siedlung relevanten Kaltluftabfluss vorauszusetzen ist, kann eine solche Durchmischung also kaum auftreten. Hierbei wird auch auf das vom NABU und BUND herausgegebene Papier „Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen“ hingewiesen. Auch in diesem wird dargelegt, dass eine Erwärmung durch die Verwirbelung von Luftschichten als unbedeutend einzustufen sei. Temperaturänderungen in Bodennähe seien mit geschätzt 0,5 Grad Celsius (und das auch nur in klaren Nächten) und insgesamt auf den Jahresdurchschnitt gerechnet 0,05 Grad Celsius vernachlässigbar. Auch hier wird bestätigt, dass es sich um ein nahezu nur auf bestimmte Nachtsituationen beschränktes Phänomen handelt.

Weiter sind darüber hinaus in der Nachlaufströmung einer Windkraftanlage auf Nabenhöhe Verwirbelungen der Windströmung mit einer Ausdehnung bis maximal 1 km Länge messbar (sogenannte Wirbelschleppe, siehe Kap. 16.2), mit zunehmender Entfernung (auch vertikal) nehmen diese jedoch ab. Auswirkungen hierdurch auf bodennahe Bereiche seien deshalb kaum zu sehen, insbesondere auch, da in der Region topographisch bedingt bereits eine insgesamt turbulente Windströmung vorherrscht. Auch auf die Bodenfeuchte können Windkraftanlagen, variierend je nach Jahreszeit, eine Auswirkung haben, wenngleich hier aktuell widersprüchliche Studien vorliegen. Eine Korrelation von Windkraftanlagen mit Dürregebieten kann jedenfalls nicht hergestellt werden Diese basieren auf einer steigenden Verdunstung aufgrund einer stetig steigenden Lufttemperatur. Auch auf lokale Niederschlagsereignisse sind wissenschaftlich betrachtet keine Auswirkungen zu erwarten, da die Prozesse der Niederschlagsentstehung deutlich oberhalb des Einflussbereiches von Windkraftanlagen vor sich gehen. Ein Einfluss auf großflächige Niederschlagssysteme scheint nicht wahrscheinlich zu sein. Es bleibt somit nach gutachterlichem Fazit festzuhalten, dass erhebliche Auswirkungen von Windkraftanlagen auf das Mikroklima nicht erkennbar sind. Abschließend ist festzuhalten, dass der Weinanbau in der Region Heilbronn-Franken durch die Errichtung von Windkraftanlagen nicht beeinträchtigt wird. Diesbezüglich dürfte die derzeit oftmals nur noch eingeschränkt gegebene wirtschaftliche Tragfähigkeit, die durch erforderliche Investitionen in eine klimawandelangepasste Bewirtschaftung weiter verschärft wird (Bewässerungssysteme, Sortenumstellungen, etc.), deutlich relevanter sein.

## 16.2 Wirbelschleppen

Der Wirbelschleppen-Effekt ist durch mehrere Studien hinsichtlich seiner durch die Reduktion der Windgeschwindigkeiten verursachten leistungsmindernden Wirkung für im Windschatten eines Windparks liegende Windkraftanlagen belegt. Gem. Drucksache 17/2899 des Landtags Baden-Württemberg vom 14.07.2022 sind diese Effekte nach Aussagen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern jedoch lokal begrenzt und lösen sich in entsprechendem Abstand von der Windkraftanlage wieder auf. Ein großräumiger Effekt mit Auswirkungen auf die Windenergienutzung allgemein oder großräumige Beeinflussungen des Windaufkommens etc. ist gem. o.g. Drucksache nicht zu befürchten. Eine großräumige oder sogar globale Beeinflussung des Klimas (z.B. Dürren,

Temperaturanstieg) oder des Wetters (z.B. Zunahme des Starkregens) durch Windkraftanlagen ist gem. der aktuellen Studienlage nicht zu erwarten.

Verschiedene Studien zeigen, dass der Wirbelschleppen-Effekt durch die Verwirbelung und Durchmischung der Luftschichten nachts zu einer leichten Erwärmung der oberflächennahen Luftschichten im Windschatten von Windenergieanlagen führen kann. Eine Dokumentation der wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags aus dem Jahr 2022 (WD 8 - 3000 - 083/20) wertet mehrere Studien zu mikroklimatischen Effekten von Windkraftanlagen aus. Die Untersuchungen zeigen, dass der Wirbelschleppen-Effekt nachts potenziell Auswirkungen auf die lokalen bodennahen Lufttemperaturen und die Bodenfeuchtigkeit haben kann. Das Ausmaß und die Wirkungen sind jedoch gering und hängen stark von verschiedenen Faktoren (z.B. Gelände, Ausgestaltung und Anordnung der Windkraftanlagen) ab. Gem. Drucksache 17/3142 des Landtags Baden-Württemberg vom 25.08.2022 befürchtet die Landesregierung weder relevante negative Auswirkungen auf das Mikroklima noch eine Austrocknung der lokalen Landschaft in der Nähe von Windparks. Der Wirbelschleppeneffekt kann daher bei der Ausweisung von VRG keine Berücksichtigung finden.

# 17. Militär und Luftverkehr

Aufgrund der Tatsache, dass durch militärische Belange erhebliche Teile der Region nicht für Windkraft zur Verfügung stehen, wurde häufig eine Forderung nach Entschädigung für die Bevölkerung der Teile der Region vorgebracht, in welchen aufgrund des militärischen Ausschlusses durch den Militärstandort Niederstetten mehr VRG für Windkraft vorgesehen werden müssten. Ein solcher Anspruch auf Entschädigung besteht nicht. Dies ist in den betroffenen Gebieten ebenso hinzunehmen, wie die Bevölkerung um Niederstetten den Flugverkehr durch den Standort Niederstetten hinzunehmen hat, die Bevölkerung Heilbronns das Kohlekraftwerk hinzunehmen hat, die Bevölkerung Neckarwestheims das Kernkraftwerk hinzunehmen hatte oder allgemein andere Tatsachen des alltäglichen Lebens hinzunehmen sind.

## 17.1 Lage innerhalb einer Hubschraubertiefflugstrecke in Zusammenhang mit dem Heeresflugplatz Niederstetten

Der Einwand, dass die geplanten VRG für Windkraftanlagen innerhalb von Hubschraubertiefflugstrecken (HFTS) liegen, ist sachlich falsch. Der RVHNF hat sich bei der Erstellung der Teilfortschreibung Windenergie II mit der Bundeswehr eng abgestimmt. Ursprünglich waren die HFTS als hochrangiges Konfliktkriterium eingestuft. Durch aktuelle Rechtsprechung und der Stellungnahme des Bundesamts für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr im Zuge der frühzeitigen Unterrichtung zur Teilfortschreibung Windenergie II war es notwendig, die HFTS als Ausschlusskriterium zu bewerten. Somit liegt keines der geplanten VRG innerhalb einer HFTS, wie auch die Stellungnahme der Bundeswehr zur Teilfortschreibung Windenergie II zeigt. Die Bundeswehr trägt keine diesbezüglichen Bedenken vor. Da die HFTS der Geheimhaltung unterliegen, können diese in den Unterlagen allerdings nicht veröffentlicht werden.

## 17.2 US Air Base in Stuttgart

Der vorgetragene Belang, dass die Waldenburger Berge auf halbem Weg zwischen Stuttgart und Kaliningrad lägen und Windkraftanlagen dadurch möglicherweise die Verteidigung der Air Base in Stuttgart behindern würden, kann auf regionalplanerischer Ebene nicht berücksichtigt werden.

Unabhängig von geographischen Unstimmigkeiten im Hinblick auf die Distanz zwischen Stuttgart und Kaliningrad und die dabei zu berücksichtigende Lage von Waldenburg darauf hingewiesen, dass der entsprechende Flugplatz in Stuttgart mehr als 60 km Luftlinie von Waldenburg entfernt ist. In einer solchen Entfernung stellen Windkraftanlagen üblicherweise kein Hindernis für Radar und Flugverkehr

dar. So besteht zum Luftverteidigungsradar in Lauda-Königshofen ein von Windkraftanlagen frei zu haltender Schutzbereich von 2,5 km, zum Flugplatzradar Niederstetten ein frei zu haltender Schutzbereich von 5 km. Im Abstand von 50 km um das Luftverteidigungsradar Lauda wird seitens der Bundeswehr regelmäßig ein signaturtechnisches Gutachten gefordert, das aber selbst bei relativer Nähe zum Radarstandort in Lauda in den dem RVHNF bekannten Fällen nicht zu einer Unzulässigkeit von Anlagen geführt hat. Da zudem auch im Gebiet des Verbands Region Stuttgart, VRG ausgewiesen werden, die geografisch zwangsläufig näher an der US Air Base liegen, ist aus Sicht des RVHNF eine Beeinträchtigung der US Air Base durch Planungen in der Region Heilbronn-Franken ausgeschlossen.

Die Militärführung der US Streitkräfte wurde im Zuge der Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie II nicht angehört. Es wurden jedoch das Bundesministerium für Verteidigung sowie das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUD) im Zuge der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange angehört. Es wird davon ausgegangen, dass die Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange auch die Belange der NATO-Bündnispartner vertritt, soweit diese berührt werden.

## 18. Wertminderung von Immobilien

Die Kritik, dass durch die Ausweisung von VRG für regionalbedeutsame Windkraftanlagen und die spätere Errichtung von Windkraftanlagen eine Wertminderung der im Umkreis liegenden Immobilien stattfindet, kann auf regionalplanerischer Ebene keine Berücksichtigung finden.

Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windkraftanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, u.a. zum Zeitpunkt eines tatsächlichen Verkaufs einer Immobilie ab.

Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windkraftanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (Quelle: Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16/5820), 26.02.2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf).

In diesem Zusammenhang wurde sehr häufig eine Bestätigung der Wertminderung durch ein auf einem Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) basierende Verfügung der Oberfinanzdirektion Nordrhein-Westfalen Kurzinfo Nr. 01/2015 verwiesen. Es wurden massive Verletzungen der Daseinsvorsorge vorgeworfen. Der RVHNF hat diese Kurzinfo eingesehen (online abgerufen über nwbDatenbank, Oktober 2025). In dieser steht: *„Bei bebauten Grundstücken kommt im Ertragswertverfahren eine Wertminderung nur in Betracht, soweit die Einwirkungen der Windkraftanlagen bei der Ermittlung der Jahresrohmiete zum 01.01.1964 unberücksichtigt geblieben sind und zu einer ungewöhnlich starken Beeinträchtigung des Grundstücks führen (§ 82 Abs. 1 Nr. 1 BewG). Dabei ist auf objektive Gesichtspunkte abzustellen. Persönliche Empfindungen der betroffenen Eigentümer sind kein Kriterium für einen Abschlag.*

*Der BFH hat mit Beschluss vom 22.06.2006 (II B 171/05) grundsätzlich bejaht, dass von Windkraftanlagen ausgehende Immissionen eine Ermäßigung des Einheitswertes rechtfertigen können. Allerdings sind immer die Umstände im Einzelfall zu prüfen. Pauschale Abschläge (z.B. in Abhängigkeit von der Entfernung zur Anlage) sind nicht möglich.*

*Es kann grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass im Zusammenhang mit der baurechtlichen Genehmigung von Windkraftanlagen die immissionsrechtlichen Vorschriften beachtet wurden und damit sichergestellt ist, dass es zu keiner ungewöhnlich starken Beeinträchtigung der benachbarten Grundstücke kommt."*

Weiter steht in dieser Kurzinfo:

*„Beantragt der Steuerpflichtige dennoch eine Wertminderung, trägt er die objektive Beweislast, dass im Einzelfall eine ungewöhnlich starke Beeinträchtigung im Sinne des § 82 Abs.1 Nr. 1 BewG vorliegt, d.h. er hat die Voraussetzungen für die Wertminderung (z.B. Überschreitung der Grenzwerte der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA-Lärm)) gutachterlich nachzuweisen. Über die Höhe des Abschlags ist auf Basis des Gutachtens im Einzelfall zu entscheiden."*

Diese Kurzinfo teilt also lediglich mit, dass sofern im Einzelfall eine ungewöhnlich starke Beeinträchtigung eines Grundstückes vorkomme, eine Wertminderung vorliegen könnte. Eine solche würde jedoch durch die Betrachtungen im Genehmigungsverfahren regelmäßig vermieden. Würde der Steuerpflichtige trotzdem eine Wertminderung beantragen, habe er im Einzelfall objektiv eine ungewöhnlich starke Beeinträchtigung gutachterlich nachzuweisen. Somit hat dies für die Teilfortschreibung Windenergie II keinerlei Relevanz, da diese innerhalb des gesetzlichen Rahmens VRG festlegt, in welchen im Anschluss in immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren konkrete Einzelstandorte geprüft werden.

Weiter wurden häufig Zitate des Eigentümerverbandes Haus & Grund Schleswig-Holstein vorgetragen, in denen die Länder aufgefordert werden, eine gesetzliche Ausgleichsregelung festzuschreiben. Es wird von enteignungsgleichen Eingriffen gesprochen. Wertverluste bis 30% oder gar Unverkäuflichkeit seien nicht unüblich. Auch durch die VRG-Ausweisung sei in Abwägung der öffentlichen Belange ein enteignungsgleicher Eingriff bzw. Sonderopfer nach Art. 14 Abs. 3 GG gegeben und nicht zu vertreten. Es wird auch auf Art. 3a der Landesverfassung Baden-Württemberg hingewiesen. Dies ist aus Sicht des RVHNF zurückzuweisen. Der RVHNF handelt im gesetzlichen Rahmen und im gesetzlichen Auftrag, der sowohl durch den Bundesgesetzgeber als auch den Landesgesetzgeber formuliert ist (siehe Kap. 1). In beiden genannten Grundgesetz- bzw. Verfassungsartikeln wird eine gesetzliche Ausformung des Inhaltes bestimmt. So weist Art. 14 Abs.1 GG darauf hin, dass Inhalt und Schranken von Eigentum und Erbrecht durch die Gesetze bestimmt werden. Art. 14 2 GG besagt, dass Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Art. 3a der Landesverfassung Baden-Württemberg besagt, dass der Staat auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung schützt. Nach Auffassung des RVHNF ist im Übrigen der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für die künftigen Generationen nach Art. 3a ausdrücklich und elementare Ursache für die regionale Planung, da durch das Eindämmen des Klimawandels genau dies erreicht wird - zukünftigen Generationen eine natürliche Lebensgrundlage für ihr Dasein zu erhalten (auch mit Blick auf das in Kap. 1 erläuterte Urteil des BVerfG). Der RVHNF führt seine Planung aufgrund und im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben durch. Es gibt keinen Hinweis, dass diese gesetzlichen Grundlagen nicht mit dem GG oder der Verfassung des Landes Baden-Württemberg vereinbar wären. Verfassungsrechtliche Grundsatzfragen sind darüber hinaus nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie II.

Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 EEG, ist es aus Sicht des RVHNF weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der VRG für Windenergie als Belang zu berücksichtigen, zumal dieser Belang damit weitgehend flächendeckend in der Region in die Abwägung einzustellen und damit zugleich unwirksam wäre.

# 19. Gleichbehandlung, Beteiligungsmöglichkeiten und Kommunikation

## 19.1 Fehlende Gleichbehandlung

Die vorgetragene Kritik einer vermeintlichen Ungleichbehandlung kann im Verfahren nicht berücksichtigt werden.

Dies gilt sowohl für den allgemeinen Hinweis, dass gesetzlich vorgegeben sei, dass Regionen und Kommunen grundsätzlich gleichbehandelt werden müssen, sowie für die Kritik der Ungleichbehandlung bezogen auf Niederstetten, wo aufgrund des dortigen Heeresflugplatzes keine Windkraftanlagen aufgestellt werden könnten und diese deshalb an anderer Stelle aufgestellt werden müssten. Auch weitere Formen vermeintlicher Ungleichbehandlung wie der vorgetragene Umstand, dass bei 111 Kommunen in der Region „nur“ 104 Vorranggebiete geplant seien, dass sich diese in bestimmten Bereichen der Region häufen und dass die gesetzlichen Grundlagen in Baden-Württemberg andere seien als in anderen Bundesländern, können nicht berücksichtigt werden.

In einigen Stellungnahmen wurde unterstellt, die Zusammensetzung der Region Heilbronn-Franken habe ihren Grund in einem vermeintlichen Ausgleich der dort aufgrund des Militärflugplatzes nicht möglichen Windkraftstandorte in anderen Kreisen. Hierzu ist anzumerken, dass sich die Zusammensetzung der Regionen Baden-Württembergs sich aus § 31 LplG ergibt. Die Region Heilbronn-Franken besteht in der vorliegenden Form seit über 50 Jahren unverändert. Hier einen Zusammenhang zu den aktuell laufenden Windkraftplanungen herstellen zu wollen, geht vollständig fehl.

Der Gleichbehandlungsgrundsatz begründet sich wie folgt aus den gesetzlichen Vorgaben.

Art.3 GG besagt

1. *Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.*
2. *Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.*
3. *Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.*

Dieser Artikel hat zum Zweck, willkürliche Behandlungen Einzelner oder von Gruppen durch z.B. staatliche Organe zu verhindern. An jeden Menschen ist von Gesetzeswegen der gleiche Maßstab anzusetzen. Überträgt man diesen Gedanken auf eine regionale Planung bedeutet dies, dass für alle Teile der Region und somit für alle Bürger, exakt die gleichen Kriterien zu gelten haben. In jedem Bereich der Region ist nach einem identischen Kriterienset zu verfahren und dann gemäß dem in diesem Kriterienset hinterlegten allgemeinen Vorgehen die Flächensuche vorzunehmen. Genau dies hat der RVHNF in der Teilfortschreibung Windenergie II umgesetzt.

Diese gesetzliche Grundlage besagt jedoch nicht, dass aus dieser zu fordernden Gleichheit vor dem Gesetz überall ein identisches Ergebnis z.B. in Form einer identischen Anzahl an VRG in jeder Kommune hervorgeht. Dies ist weder juristisch gefordert noch praktisch möglich. Es gibt technische, juristische und praktische Voraussetzungen, die bei der Flächensuche Bereiche ausschließen und andere Bereiche geeigneter machen. Dies ist im Übrigen keine auf die Windenergie beschränkte Situation. Wie in dem eingangs benannten und immer wieder kritisierten Fall Niederstetten zu sehen ist, da die Bürgerinnen und Bürger um Niederstetten schon seit Jahrzehnten mit dem militärischen Flugverkehr umzugehen haben, während andere Teile der Region diesen nicht oder nur sehr reduziert teilen. Auch bislang sind die Vor- und Nachteile der Energieproduktion unterschiedlich auf Kommunen und deren Bürgerinnen

und Bürger verteilt. Es gab in der Region Heilbronn-Franken über viele Jahrzehnte ein Atomkraftwerk in Neckarwestheim, das sowohl mit seinen Vorteilen aber auch Risiken lediglich die Bürgerinnen und Bürger in seinem Umkreis berührt. Gleiches gilt für das im Betrieb befindliche Kohlekraftwerk in Heilbronn, obwohl beide Großkraftwerke den Strom für die gesamte Region und darüber hinaus produzierten. Im Ruhrgebiet wie auch in Brandenburg wurden und werden komplette Landschaften inklusive Ortslagen abgegraben, um Braunkohle für die Energiegewinnung ganz Deutschlands, also auch der Region Heilbronn-Franken, abzubauen. Dies ist ebenfalls durch die faktische Tatsache unumgänglich, dass Kohle nur dort abgebaut werden kann, wo sie abgelagert ist, und muss deshalb von der dortigen Bevölkerung getragen werden. Solche sachlichen Gründe sind im Übrigen auch dafür maßgeblich, dass z.B. Baden-Württemberg „nur" 1,8 % Flächenbeitragswert nach WindBG erbringen muss, während z.B. Rheinland-Pfalz oder Hessen 2,2 % der Landesfläche für Windenergie bereitstellen müssen. Diese sachlich bedingten Unterschiede sind kein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz, sondern der Realität geschuldet.

Solche sachlich bedingten Verteilungen von Vor- und Nachteilen sind im Übrigen in den gesetzlichen Grundlagen der Raumordnung hinterlegt. Sowohl in § 2 ROG *„Grundsätze der Raumordnung"* wie auch in § 2 LplG *„Leitvorstellung, Gegenstromprinzip"* wird der Grundsatz formuliert, ausgeglichene bzw. gleichwertige (Lebens-) Verhältnisse in den Regionen zu schaffen. Das ROG gibt hierbei aber ebenfalls vor: *„Mit dem Ziel der Stärkung und Entwicklung des Gesamtraums und seiner Teilräume ist auf Kooperationen innerhalb von Regionen und von Regionen miteinander, die in vielfältigen Formen, auch als Stadt-Land-Partnerschaften, möglich sind, hinzuwirken."*

Eine vollkommene Gleichheit der Bedingungen aller Menschen einer Region oder eines Landes kann und wird es nie geben. Das ist praktisch unmöglich und auch juristisch nicht gefordert. Die Gleichheit vor dem Gesetz wurde vom RVHNF durch das über die gesamte Region gleichermaßen identisch angewendete Kriterienset erfüllt.

Weiter ist auf unterschiedliche gesetzliche Grundlagen in den Bundesländern einzugehen. Häufig wurden Vergleiche etwa zu Bayern gezogen, wo nach Sicht der Stellungnehmer bessere gesetzliche Vorgaben herrschen würden, wodurch die Bürger Baden-Württembergs benachteiligt wären. Gleiches wurde auch innerhalb Baden-Württembergs im Vergleich zu benachbarten Regionen angeführt. Einerseits sei auf den zuvor schon genannten Sachverhalt hingewiesen, dass Rheinland-Pfalz und Hessen deutlich höhere Flächenbeitragswerte beigemessen wurden als Baden-Württemberg. Der RVHNF geht davon aus, dass diese Form der vermeintlichen „Ungleichbehandlung" von Stellungnehmern nicht kritisiert wird. Der RVHNF hat insgesamt keinen Einfluss darauf welche gesetzlichen Rahmenbedingungen in anderen Ländern herrschen und wie andere Regionalverbände ihre Kriterien entwickeln und auswählen. Unterschiede in den Planungskriterien und in gesetzlichen Vorgaben anderer Länder sind im Übrigen keine Ungerechtigkeit oder Ungleichbehandlung, sondern Ausdruck unterschiedlicher Voraussetzungen, politischer Entscheidungen oder Abwägungen und eine vollkommen normale Situation im Grenzbereich zweier Verwaltungsräume auf jeder Ebene. So ändern sich an den meisten Ländergrenzen regelmäßig Gesetze und Vorgaben (und zwar nicht nur im Bereich des Windkraftausbaus) oder an Kreis- und Gemeindegrenzen z.B. die jeweiligen örtlichen Vorschriften, Abgaben und Planungsüberlegungen. Dies hat keinerlei Einfluss auf die regionale Planung, ist durch sie weder zu verantworten noch zu verändern. Der RVHNF plant in dem für ihn gültigen rechtlichen Rahmen mit dem durch sein politisches Gremium beschlossenen Kriterienset. Hätte das Land Baden-Württemberg hingegen zum Ziel gehabt, ein einheitliches Kriterienset für das gesamte Land anzuwenden, hätte diese Möglichkeit durchaus bestanden, indem die Landesplanung auf Ebene des MLW für das gesamte Land das Flächenziel von 1,8% durch Ausweisung entsprechender VRG im Landesentwicklungsplan hätte erreichen können. Aufgrund der Tatsache, dass Heilbronn-Franken mit Blick auf den Windatlas als eine der windhöffigsten Regionen in Baden-Württemberg einzustufen ist,

wäre für diesen Fall allerdings naheliegend, dass ein deutlich über 1,8% liegender Anteil der baden-württembergischen VRG für Windenergie in Heilbronn-Franken gelegen hätte. Diese Vorgehensweise war aber seitens des Landes ausdrücklich nicht gewünscht, das Flächenziel von 1,8% wurde vielmehr einheitlich auf alle Regionen des Landes heruntergebrochen und den Regionen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung die Bestimmung der Methodik zur Ausweisung der Flächen überlassen.

Es sei auch darauf hingewiesen, dass ein Aufrechnen z.B. von FFPV oder Biogas gegen Windkraft weder möglich noch rechtens ist. Häufig wurden Aussagen vorgebracht, die betreffende Kommune bzw. der Landkreis leiste bereits viel durch den Ausbau erneuerbarer Energieträger. Dem Argument ist zu entgegnen, dass Windkraftplanungen und Bestandsanlagen durch den RVHNF berücksichtigt wurden. Andere erneuerbare Energieträger sind jedoch für das Ausbauziel der Windkraft irrelevant. Hierzu wird auch auf Kap. 2.2 verwiesen. Der RVHNF hat das Flächenziel für Windkraft unabhängig von anderen Ausbauzielen und Ständen zu erreichen. Hierfür wurde ein Kriterienset erarbeitet, politisch beschlossen und mit den Fachbehörden abgestimmt. Diesem ist über die gesamte Region hinweg einheitlich zu folgen. Ein Kriterium zur Berücksichtigung anderer erneuerbarer Energien kann hier nicht eingebracht werden. Zumal mögliche Auswirkungen auf Bevölkerung und Naturhaushalt durch FFPV oder Biogas vollkommen andere sind als durch Windkraft, es also kaum zu sich verstärkenden Wirkungen kommt.

Eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Lasten in der gesamten Region war und ist neben der Zielerfüllung an sich eines der Hauptziele des RVHNF. Der RVHNF ist auch überzeugt, dass bei einem Blick auf die Gesamtkarte der geplanten VRG in der Region diese Verteilung auch deutlich erkennbar ist. Der Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie II sieht, nach Abzug der in das Annexverfahren, der Teilfortschreibung Windenergie IIa, fallenden VRG, 21 VRG im Stadt- und Landkreis Heilbronn sowie 10 VRG im Hohenlohekreis vor. Im Landkreis Schwäbisch Hall und im Main-Tauber-Kreis sind jeweils 28 VRG geplant. Hierbei ist weiter darauf hinzuweisen, dass in den beiden letztgenannten Kreisen häufig bereits bestehende kommunale Windenergiegebiete und Windparks (>= 3 genehmigte Anlagen) durch die regionale Planung überzeichnet wurden, während es sich im Stadt- und Landkreis Heilbronn fast ausschließlich um neue VRG handelt, da hier bislang kaum kommunale Ausweisungen vorhanden sind. So sind bspw. im Landkreis Schwäbisch Hall 18 der 28 VRG zumindest teilweise auf Basis rechtskräftiger Konzentrationszonen bzw. bereits bestehender Windparks übernommen worden. Allerdings sind einer gleichmäßigen Verteilung auch technisch und fachrechtliche Grenzen gesetzt. Es bleibt unausweichlich, dass in Bereichen, in denen bspw. die Windhöffigkeit zu gering für eine Windkraftnutzung ist, keine VRG geplant werden können. Gleiches gilt für Bereiche, in denen andere Nutzungen Vorrang haben bzw. fachrechtliche Belange einer Ausweisung entgegenstehen. Deshalb bleibt es unausweichlich auch im Landkreis Schwäbisch Hall und im Main-Tauber-Kreis trotz der bereits bestehenden Windenergiegebiete weitere neue VRG festzulegen.

Es sei abschließend noch darauf hingewiesen, dass sowohl § 2 ROG als auch § 2 LplG die Forderung enthalten (Zitat aus § 2 LplG): *„die räumlichen Voraussetzungen des Klimaschutzes zu schaffen; insbesondere ist dem Flächenbedarf einer treibhausgasneutralen Energieerzeugung Rechnung zu tragen“.*

## 19.2 Allgemeine Kritik an der Information der Bürgerschaft und am Umfang der Beteiligungsmöglichkeiten

Die vorgetragene Kritik, dass die allgemeine Information der Bürgerschaft sowie der Umfang der Beteiligungsmöglichkeiten am Verfahren der Teilfortschreibung Windenergie II nicht ausreichend war, weist der RVHNF mit aller Deutlichkeit zurück.

Im Rahmen des Verfahrens zur Teilfortschreibung Windenergie II des Regionalplans Heilbronn-Franken bestehen zahlreiche gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit. Diese

richten sich nach den Vorgaben des ROG und des LplG. Die Frist zur Beteiligung der Öffentlichkeit ergibt sich aus § 9 Abs. 2 ROG i. V. m. § 12 Abs. 3 LplG: Sie beträgt i.d.R. einen Monat. Bezüglich der Information zum Verfahren der Teilfortschreibung Windenergie II war dem RVHNF Transparenz und die einfache Zugänglichkeit zu den Planunterlagen sehr wichtig. Über ein eigens dafür eingerichtetes Online-Beteiligungstool war die Abgabe von Hinweisen, Anregungen und Änderungsvorschlägen auch digital möglich. Alle Beteiligungsmöglichkeiten wurden in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Die Verfahrensunterlagen waren während der Öffentlichkeitsbeteiligung zusätzlich auf der Internetseite des Verbandes einsehbar. In dieser Zeit lagen sie zur Einsichtnahme im Rathaus der Stadt Heilbronn, den Landratsämtern und der Geschäftsstelle des RVHNF öffentlich aus. Zur zusätzlichen Erläuterung von Planinhalten, dem Verfahren und Beteiligungsmöglichkeiten wurden vier Informationsveranstaltungen im Stadtkreis und in allen Landkreisen angeboten. Darüber hinaus hat die Verbandsverwaltung speziell im 4. Quartal 2024 an zahlreichen öffentlichen Gemeinderatssitzungen bzw. kommunal organisierten Bürgerinformationsveranstaltungen mit Vorträgen teilgenommen. Zudem wurden und werden auch weiterhin zahlreiche Erklärvideos sowie zusätzliche Informationen zum Verfahren auf der Homepage des RVHNF sowie Infoschreiben veröffentlicht. Und schließlich sei darauf hingewiesen, dass die Sitzungen der regionalen Gremien in der Regel öffentlich sind, so dass bereits der gesamte Planungsprozess auch im Vorfeld der Beteiligung öffentlich bekannt war.

## 19.3 Fehlende Abstimmung mit Nachbarregionen

Der Einwand, dass sich der RVHNF nicht mit den Nachbarregionen abgestimmt hat, trifft nicht zu, da es mit allen an die Region Heilbronn-Franken abgrenzenden Planungsverbänden sowohl innerhalb Baden-Württembergs als auch mit den benachbarten bayerischen Verbänden zumeist mehrere Abstimmungstermine gegeben hat. Dabei ist zu beachten, dass die Planungsstände und die der Planung zugrunde liegende Konzeption von Region zu Region aufgrund unterschiedlicher zeitlicher und räumlicher Voraussetzungen variieren, was die Erstellung von vergleichbaren grenzüberschreitenden Karten erschwert. Trotzdem streben die benachbarten Verbände bei grenzüberschreitenden VRG für Windkraftanlagen eine Harmonisierung der jeweiligen Planungen an. Die Abstimmung mit den Nachbarregionen hatte auch die Aspekte "Überlastung und Umzingelung" zum Gegenstand, um lokale Belastungen zu vermeiden. Diese Abstimmung wird zudem im weiteren Verfahren fortgesetzt, mit dem Ziel Umfassungen von Ortslagen entlang der kompletten Regionsgrenze sowohl innerhalb als auch außerhalb der Region Heilbronn-Frankens zu vermeiden.

## 19.4 In Stellungnahmen genannte Gerichtsurteile zum Thema Gleichbehandlung

In zahlreichen Stellungnahmen werden unter dem Stichwort ‚Gleichbehandlung zu anderen Gemeinden' folgende Gerichtsurteile, mit vermeintlichem Bezug zur Raumordnung und Regionalplanung genannt:

- OVG Lüneburg, Urteil vom 21.05.2019 (Az. 12 KN 175/18)
- VG Freiburg, Urteil vom 19.05.2017 (Az. 4 K 2920/15)
- VG Gießen, Urteil vom 09.09.2014 (Az. 1 K 1367/13.Gl)
- OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 20.12.2016 (Az. 10 D 81/14.NE)
- BVerwG, Urteil vom 13.12.2012 (Az. 4 CN 1.11)

Der RVHNF hat versucht, die Relevanz der genannten Gerichtsurteile für die Teilfortschreibung Windenergie II zu prüfen und in einschlägigen Rechtssprechungsdatenbanken der Länder und der beck-online Datenbank recherchiert. Dabei wurde zum einen nach dem gesamten genannten Aktenzeichen gesucht. Für den Fall, dass sich in den Aktenzeichen Zahlen- oder Zeichendreher eingeschlichen hätten, wurde zum anderen auch nach dem jeweils genannten Datum und Gerichtsstand gesucht.

Im Ergebnis konnte nur das genannte Urteil des BVerwG vom 13.12.2012 (Az. 4 CN 1.11) gefunden werden. Es beschäftigt sich mit der kommunalen Konzentrationsflächenplanung und diesbezüglich mit der Unterscheidung zwischen „harten“ und „weichen“ Tabuzonen sowie mit der Frage, ob die Planung im Ergebnis der Windenergie substanziell Raum verschafft. Es weist keine Relevanz für die vorliegende Planung Teilfortschreibung Windenergie II zum Regionalplan Heilbronn-Franken 2020 auf.

In der Niedersächsischen Rechtsprechungsdatenbank (Niedersächsisches Vorschrifteninformationssystem (NI-VORIS), https://voris.wolterskluwer-online.de) und unter beck-online konnte kein relevantes Urteil des OVG Niedersachsen / Lüneburg mit dem genannten Datum 21.05.2019 oder dem genannten Aktenzeichen 12 KN 175/18 gefunden werden.

In der Landesrechtsprechungsdatenbank Baden-Württemberg (https://www.landesrecht-bw.de) und unter beck-online konnte kein relevantes Urteil des VG Freiburg mit dem genannten Datum 19.05.2017 oder dem genannten Aktenzeichen 4 K 2920/15 gefunden werden.

In der Landesrechtsprechungsdatenbank Hessen (LaReDa, https://www.rv.hessenrecht.hessen.de) und unter beck-online konnte kein relevantes Urteil des VG Gießen mit dem genannten Datum 09.09.2014 oder dem genannten Aktenzeichen 1 K 1367/13.GI gefunden werden.

In der Rechtsprechungsdatenbank Nordrhein-Westfalen (NRWE, nrwe.de) und unter beck-online konnte kein Urteil des OVG Nordrhein-Westfalen mit dem genannten Datum 20.12.2016 oder dem genannten Aktenzeichen 10 D 81/14.NE gefunden werden.